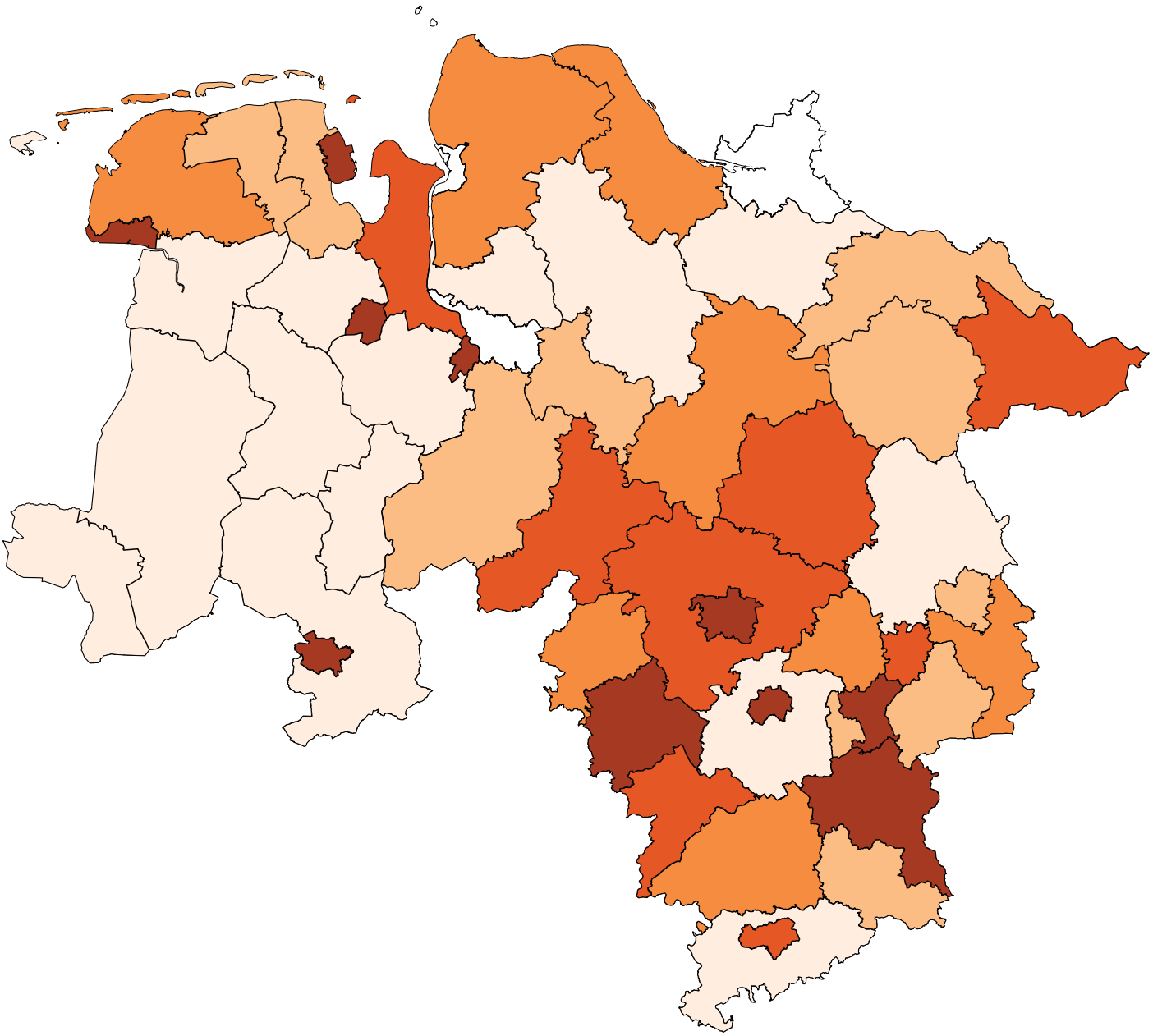
Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen

Statistikteil
Bericht 2017

Niedersachsen

Inhalt

Zeichen- und Abkürzungserläuterungen 4

Impressum 4

Vorwort 6

Allgemeines zur HSBN 8

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick 11

1. Demografie 16
- 1.1 Bevölkerungsstruktur 18
- 1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung 20
- 1.3 Wanderungen 22
- 1.4 Bevölkerungsvorausberechnung 24

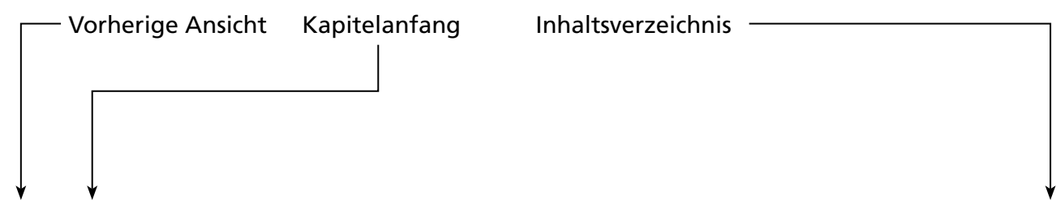
2. Lebensformen: Haushalte und Familie 26
- 2.1 Haushalte nach Größe und Zusammensetzung 28
- 2.2 Familienstrukturen 30
- 2.3 Alleinerziehende 32
- 2.4 Eheschließungen und Ehescheidungen 34

3. Bildung und Qualifikation 36
- 3.1 Kindertagesbetreuung 38
- 3.2 Allgemein bildende Schulen 40
- 3.3 Schulische Abschlüsse, frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger 42
- 3.4 Berufliche Ausbildung 44
- 3.5 Ausbildungsstand der Bevölkerung und der Erwerbstätigen 46

4. Wirtschaft und Erwerbstätigkeit 48
- 4.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 50
- 4.2 Erwerbstätige am Arbeitsort 52
- 4.3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Teilzeitarbeit 54
- 4.4 Mini-Jobs 56
- 4.5 Erwerbstätige am Wohnort 58
- 4.6 Erwerbstätigkeit von Müttern 60

5. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung 62
- 5.1 Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquoten 64
- 5.2 Unterbeschäftigung 66
- 5.3 Erwerbslose 68

Navigation



6. Einkommen, Verdienste und Vermögen 70
6.1 Einkommen 72
6.2 Verdienste 74
6.3 Vermögen 76

7. Relative Armut und relativer Reichtum 78
7.1 Armutsrisiko- und Reichtumsquoten nach Ländern 80
7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen 82
7.3 Armutsrisiko in Regionen und Städten 84

8. Bekämpfte Armut: Soziale Mindestsicherung 86
8.1 Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger insgesamt 88
8.2 Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften 90
8.3 Bezugsdauer von SGB II-Leistungen 92
8.4 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 94

9. Besondere Lebenslagen 96
9.1 Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen 98
9.2 Abweichendes Verhalten 100
9.3 Wohnen und Wohnungslosigkeit 102
9.4 Menschen mit Behinderungen 104
9.5 Schwangerschaftsabbrüche 106

10. Gesundheit/Lebenserwartung 108
10.1 Lebenserwartung 110

11. Kinder und Jugendliche 112
11.1 Kinder junger Mütter 114
11.2 Scheidungskinder 116
11.3 Erziehungshilfen und Schutzmaßnahmen 118
11.4 Kommunaler Zuschussbedarf für Soziales und Jugend 120
11.5 Unterhaltszahlungen für Kinder vor Familiengerichten 122

12. Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement 124
12.1 Freiwilliges Engagement 126
12.2 Vereinsmitgliedschaften und politische Beteiligung 128

13. Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge 130

Anhang (im Internet unter www.sozialberichterstattung-niedersachsen.de) 140

Zeichen- und Abkürzungserläuterungen

Zeichenerklärung

–	= Nichts vorhanden
0	= Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
.	= Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
x	= Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich oder Fragestellung trifft nicht zu.
/	= Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
dav.	= davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
dar.	= darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.
und zwar	= Mit diesem Wort wird die Zergliederung einer Gesamtmasse in Teilmassen angekündigt; diese ergeben in der Addition nicht die Gesamtmasse.

Abkürzungen

BA	= Bundesagentur für Arbeit
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BWS	= Bruttowertschöpfung
LHSt	= Landeshauptstadt
Lk	= Landkreis/Landkreise
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.
www.ms.niedersachsen.de

Erstellt im: Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) von Arne Lehmann, Lothar Eichhorn, Ilka Seyfarth unter Mitarbeit von Bettina Cericius, Christopher Königsberg und Julian Schmidt
www.statistik.niedersachsen.de

Hannover 2017

Vorwort



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

die Handlungsorientiere Sozialberichtserstattung Niedersachsen (HSBN) erscheint zum achten Mal und hat sich als wertvolle Arbeitshilfe für die Landesregierung sowie für Kommunen, Verbände und gesellschaftliche Initiativen bewiesen. Wir setzen damit die langjährige Tradition der Berichterstattung über die sozialen Lebensbedingungen und Perspektiven in Niedersachsen erfolgreich fort.

Die Themen sind weit gefasst: von der Demografie über Familienstrukturen, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt bis hin zu Menschen in besonderen sozialen Lebenslagen. Mit einem Blick können wir erkennen, wo wir schon gut dastehen und in welchen sozialpolitischen Feldern noch verstärkt Handlungsbedarf besteht.

Ein besonderes Augenmerk richtet der Bericht 2017 auf die Entwicklung der Armutsgefährdung in Niedersachsen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.
Erneut zeigt die Datenlage, dass die gleichen sozialen Gruppen identifiziert werden, die stark von Armut betroffen sind: Erwerbslose sind mit 58,5 % am häufigsten arm, dicht gefolgt von Alleinerziehenden mit Kindern (46,6%) und Personen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau (41,6 %). Besonders bedrückend ist die Armut von Kindern: jedes fünfte Kind in Niedersachsen ist von Armut und damit von sozialer Exklusion bedroht.

Armut ist zunächst einmal ein soziales Problem, aber Armut gefährdet auch unseren Bildungs- und Wirtschaftsstandort und verhindert soziale und politische Teilhabe. Deshalb sind wir alle aufgerufen, uns für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen, wenn wir Niedersachsen zukunftssicher gestalten wollen.

Die Landesregierung hat folglich ein breites Portfolio an Maßnahmen initiiert, um Armut zu bekämpfen:

- Wir fördern gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 1000 Plätze öffentlicher Beschäftigung. Dadurch können Langzeitarbeitslose wieder Arbeitserfahrungen sammeln und langfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Begleitend hierzu werden umfassende Coachingprogramme zur Arbeitsmarktintegration angeboten. Hierbei werden auch Familienmitglieder bei gesundheitlichen oder psychosozialen Problemen unterstützt, um eine soziale Integration der gesamten Familie zu fördern. In den nächsten zwei Jahren stellen wir hierfür insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit dem gesetzlichen Mindestlohn hat sich die Einkommenssituation Erwerbstätiger verbessert; die entsprechende Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns haben wir gemeinsam auf den Weg gebracht. Wir haben uns auch gegen die Ausweitung von Minijobs ausgesprochen.
- Insbesondere die Bekämpfung von Kinderarmut ist für die Landesregierung ein zentrales Anliegen. Wir unterstützen daher eine ganze Reihe von Angeboten früher Hilfen und Projekten zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Förderschwerpunkte aus dem Bereich der frühen Hilfen sind der Einsatz von Familienhebammen sowie die Weiterentwicklung von Netzwerken Früher Hilfen.
- Entscheidend ist vordinglich, für eine ausreichende finanzielle Absicherung von Kindern zur sorgen. Wir haben uns daher erfolgreich für eine Erhöhung des Kindergelds, Kinderzuschlags, des Wohngelds und die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses eingesetzt. Diese Erhöhungen können nur als ein erster Schritt bei der Bekämpfung von Kinderarmut betrachtet werden. Unter unserer Federführung haben wir daher im März 2017 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Möglichkeiten wirksamerer Leistungssysteme für Kinder wie z.B. das System einer „Kindergrundsicherung" untersucht. Wichtig ist, dass zukünftig jedem Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern ein auskömmlicher Betrag zur Verfügung gestellt wird, der ihm ein gesichertes und gleichberechtigtes Leben ermöglicht.
- Der Bericht zeigt: Die Höhe der Mieten mit einer Mietbelastungsquote von 27,8 % belastet zunehmend die Haushalte, insbesondere die von armutsgefährdeten Personen. Um für Haushalte mit kleinem oder mittlerem Einkommen Entlastung zu schaffen, haben wir die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöht. Bis 2019 stellen wir in Niedersachsen 800 Millionen Euro für den Bau von sozialgebundenen Wohnraum zur Verfügung. Damit haben wir ein Unterstützungsvolumen in der Wohnraumförderung, wie wir es seit 15 Jahren nicht mehr hatten. Darüber hinaus haben sich im Jahr 2016 durch die von Niedersachsen unterstützte Erhöhung des Wohngeldes die Ausgaben dafür im Land um mehr als 50 Prozent auf 115 Millionen Euro gesteigert. Die Hälfte dieser Summe wurde vom Bund erstattet. Dies trägt entscheidend dazu bei, Menschen mit niedrigem Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen.

Dies ist lediglich ein Auszug der vielfältigen Handlungsfelder und Sie sehen: Wir haben einiges erreicht, aber es gibt noch viel zu tun. Die niedersächsische Sozialberichtserstattung gibt zahlreiche Anhaltspunkte für weitere Initiativen und „Anpacker". Ich danke daher allen Autorinnen und Autoren sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Lenkungsgruppe HSBN[1] für die geleistete Arbeit.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle ebenfalls bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die auch in diesem Jahr die HSBN um einen Anlagenbericht ergänzt hat. Ich freue mich sehr das mit dem Titel „Leben in Nachbarschaft – von Menschen mit und ohne Behinderung" ein Thema im Mittelpunkt steht, welches Fragen aufgreift, nach inklusiven Handeln, Beteiligung von Betroffenen und auch nach adäquaten Wohnformen von Menschen mit, aber auch ohne Behinderung. Damit werden wichtige Denkanstöße für mehr Teilhabegerechtigkeit gegeben.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine interessante Lektüre.



Cornelia Rundt
Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

1 *Die Lenkungsgruppe der HSBN setzt sich zusammen aus den kommunalen Spitzenverbänden, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW), der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF), dem Kultusministerium und dem Landesamt für Statistik als Auftragnehmer. Den Vorsitz hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung*

Allgemeines zur HSBN

Mit dem Bericht 2017 wird der Statistikteil „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen" (HSBN) zum achten Mal vorgelegt. Die Zusammenstellung sozialpolitisch wichtiger Regionaldaten und Analysen erscheint jährlich und wird nach den Informationsbedürfnissen der Akteure der Armutsbekämpfung in Politik, Verwaltung und Verbänden laufend fortentwickelt. Die HSBN ist ein lernendes System. Aufgrund der fachlichen Breite ihres Datenspektrums ist es problemlos möglich, entsprechend aktueller Notwendigkeiten wechselnde inhaltliche Schwerpunkte bei Beibehaltung ihres Grundprogramms zu setzen.

Die inhaltlichen Aussagen des hier vorliegenden Berichts haben vor allem den Charakter von Interpretationshilfen. Alle in diesem Zusammenhang wichtigen Begriffe werden auch für Laien verständlich erläutert. Es wird erklärt, was aus den Daten „herausgelesen" werden kann; es wird aber auch auf eventuelle methodische Brüche und Grenzen der Aussagefähigkeit der Statistiken hingewiesen.

Was leistet die HSBN?

Die HSBN stellt relativ umfassend grundlegende gesellschaftliche Strukturen und Wandlungsprozesse dar. Sie ist daher nicht nur eine Berichterstattung über Armut, sondern nimmt die Gesellschaft insgesamt in den Blick.

Das Themenspektrum der HSBN ist breit. Es reicht von der Demographie und Familienstrukturen über die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifikation, Einkommen und Vermögen, Gesundheit, öffentliche Finanzen bis hin zu öffentlichen Sozialleistungen und Indikatoren für die Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft. Alle diese Themenbereiche hängen eng miteinander zusammen und müssen daher ganzheitlich betrachtet werden.

Wenn auch die gesamte Gesellschaft betrachtet wird, so ist der Blick doch schwerpunktmäßig auf Armut bzw. Armutsgefährdung gerichtet, und hier besonders auf Kinder- und Jugendarmut, die besonders skandalös ist. Wird nicht rechtzeitig eingegriffen, besteht die Gefahr, dass sich die Armut der Eltern auf die Kinder vererbt. Da Kinder und Jugendliche niemals aus sich heraus arm sind, sondern weil ihre Eltern beispielsweise arbeitslos sind oder ein zu geringes eigenes Einkommen beziehen, weitet sich der Blick sofort auf die gesellschaftlichen Ursachen von Armutsgefährdung und sozialer Exklusion.

Schon hier zeigt sich die **Handlungsorientierung** der HSBN: Auf Kinder und Jugendliche muss besonders geachtet werden, damit sie als Erwachsene nicht arm werden oder langfristig in prekäre Lebenslagen geraten. Es gilt, sie zu stärken und gut zu qualifizieren. Bildung ist für den Einzelnen bzw. die Einzelne der beste Schutz vor Armut.
Die HSBN hat die Aufgabe, allen Akteuren in Politik, Verwaltung, Verbänden und gesellschaftlichen Initiativen die sozialpolitisch nötigen Daten und Hintergrundinformationen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt im Bund-Länder- und im Regionalvergleich sowie vergleichend für jeden Kreis, jede Stadt und jede Gemeinde.

Die HSBN nutzt dabei den Schatz an statistischen Informationen, den vor allem die amtliche Statistik bietet. Ergänzend werden Daten der Bundesagentur für Arbeit, der Polizei und anderer meist amtlicher Quellen herangezogen. Alle diese Datenquellen werden für Zwecke der Sozialberichterstattung daraufhin untersucht, ob sie Informationen enthalten, die Auskunft über soziale Verhältnisse geben können. Die HSBN stützt sich dabei auch auf die Erkenntnisse des Arbeitskreises „Amtliche Sozialberichterstattung" der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Durch diese Vorgehensweise ist sichergestellt, dass die Daten

- qualitativ wertvoll (möglichst zuverlässig und aktuell),
- in der Zeitschiene langfristig vergleichbar,
- regional vergleichbar,
- miteinander kombinierbar
- und für das Thema relevant sind.

Die Erkenntnisse für die HSBN werden ausschließlich aus bereits vorhandenem Datenmaterial gewonnen und dienen als Arbeitsgrundlage für die Akteure der Armutsbekämpfung. Grundlage des vorliegenden Berichtes sind die bis Mitte 2016 verfügbaren Daten. Die Zahlen beziehen sich am aktuellen Rand daher meist auf die Jahre 2014 oder 2015.

Regionalisierung als Grundprinzip

Niedersachsen ist ein Land der Regionen, die zum Teil sehr unterschiedliche Strukturen und Entwicklungspfade aufweisen. Dies gilt auch für die Kreise, Städte und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund legt die HSBN größtes Gewicht auf die Darstellung von regionalen Informationen für die kreisfreien Städte und Landkreise. Die Region Hannover sowie die Landkreise Göttingen und Hildesheim werden nicht nur als Ganzes, sondern zusätzlich differenziert in die jeweilige zentrale Stadt und ihr Umland nachgewiesen. So können die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Strukturen besser herausgearbeitet werden.

Oft wird auch ein großräumiger Vergleich der 16 Bundesländer benötigt. Diesem Erfordernis wird Rechnung getragen, indem für die wichtigsten Eckdaten Angaben aller 16 Bundesländer und Deutschlands insgesamt nachgewiesen werden.
Wenn ein europäischer Vergleich notwendig ist, bedarf es der Darstellung der **sogenannten Statistischen Regionen.** Diese entsprechen in Niedersachsen den Gebieten der vier ehemaligen Regierungsbezirke bzw. denen der jetzigen Ämter für regionale Entwicklung. Die Statistischen Regionen sind die im europäischen Vergleich und für die europäische Regionalpolitik wichtigste regionale Ebene.

Regional werden im Bericht die jeweiligen Daten der Indikatoren für die Landkreise und kreisfreien Städte (und der genannten Großstädte mit Umland) mit den fünf niedrigsten und fünf höchsten Werten in Schaubildern dargestellt. Die kompletten Regionaldaten mit allen betreffenden Gebietseinheiten werden im Internet verfügbar gemacht, damit alle Nutzerinnen und Nutzer diese Daten jederzeit und kostenfrei elektronisch herunterladen und weiterverarbeiten können.

Wo gibt es tiefere Informationen? – Verknüpfung des Berichts mit Internet-Quellen

Die hier vorliegende Ausgabe 2017 der HSBN kann im Internet unter www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales sowie www.sozialberichterstattung-niedersachsen.de heruntergeladen werden.

- **Tabellen der HSBN:** An der oben angegebenen Fundstelle finden die Leserinnen und Leser auch den Anhang der HSBN. Dieser enthält vor allem 97 Tabellen, ergänzt um Angaben über die Fundstellen in den Datenbanken des LSN, der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit. Mithilfe dieser Datenbanken, die alle öffentlich zugänglich sind, können fachlich und vor allem regional tiefere Untersuchungen und Vergleiche angestellt werden.

- **Kreis- und Gemeindedaten über Mindestsicherungsempfänger:** In der Datenbank LSN-Online (www.statistik.niedersachsen.de > LSN-Online-Datenbank > Statistische Erhebung > 255 Soziale Mindestsicherung) sind für die Einheits- und Samtgemeinden sowie für die Landkreise und kreisfreien Städte Niedersachsens Daten über die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz enthalten.

- **Zusammenstellung der wichtigsten Daten für einen Ort:** Wenn es erforderlich ist, auf einen Blick die wichtigsten Informationen für eine bestimmte Gemeinde zu finden, greift man auf das Angebot „Meine Gemeinde, meine Stadt" zurück (www.statistik.niedersachsen.de > Datenangebote > Meine Gemeinde, meine Stadt). Die dortigen Informationen sind mit dem Datenprogramm der HSBN abgestimmt und für alle Einheits- und Samtgemeinden des Landes auf aktuellem Gebietsstand verfügbar.

- **Bundesweite Daten über Armutsgefährdung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen:** Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen gemeinsam nach einheitlichen Methoden Daten über die Armutsgefährdung sowie ergänzend über Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen. Auch Reichtumsquoten werden ermittelt. Für die Bundesländer und Deutschland liegen ab dem Berichtsjahr 2005 Daten über Armutsgefährdung nach Lebenslagen und sozialen Gruppen vor. In größerer regionaler Tiefe – unter anderem Regierungsbezirke und Statistische Regionen sowie für Großstädte – liegen Informationen über die Armutsgefährdungsquote und ihre Entwicklung vor (siehe www.amtliche-sozialberichterstattung.de).

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Die folgenden Schlüsselzahlen enthalten die wichtigsten Ergebnisse der Berichterstattung. In den Fachkapiteln sind tiefer gehende Informationen enthalten.

Armutsgefährdungsquote stieg 2015 auf 15,9 Prozent – besondere Betroffenheit von Erwerbslosen, Geringqualifizierten und Alleinerziehenden

In Niedersachsen lag 2015 die Armutsgefährdungsquote mit 15,9 % höher als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr stieg sie um 0,6 Prozentpunkte. Dies ist vor allem auf die erhöhte Zuwanderung zurückzuführen. Fast ein Sechstel der Bevölkerung bzw. 1 233 000 Menschen waren damit von Armut bedroht. Die Reichtumsquote lag mit 7,4 % weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt. Erwerbslose trugen das relativ höchste Armutsrisiko, gefolgt von Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau und Alleinerziehenden. Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten gab es auch bei Personen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2014 in Niedersachsen bei 930 € für eine allein lebende Person.
Die niedersächsische Regionalstruktur zeigte 2015 weiterhin Ost-West- sowie Stadt-Land-Divergenzen: Die Armutsgefährdungsquoten sind in den Städten und im Osten des Landes relativ hoch.

Nähere Informationen: Kapitel 7.

Fast 10 Prozent der Bevölkerung bezogen 2015 Mindestsicherungsleistungen

Ende 2015 erhielten in Niedersachsen 775 056 Menschen bzw. 9,8 % der Bevölkerung Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Ein Jahr zuvor waren es erst 9,0 %. Bundesweit lag der Anteil der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger bei 9,7 %.

Die größte Empfängergruppe stellten mit über 51 % Anteil an allen Empfängerinnen und Empfängern die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach SGB II. Danach folgten die Gruppe der Menschen, die Sozialgeld bezogen, mit knapp 20 %, so dass die SGB II-Empfängerinnen und -empfänger insgesamt gut 71 % ausmachten. Der Anteil der Menschen, die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen, lag Ende 2015 bei knapp 14 %.

Kinder und Jugendliche waren überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Mindestsicherungsquote lag 2015 bei den unter 18-Jährigen im Landesdurchschnitt bei 15,3 % und damit deutlich höher als die der 18- bis unter 65-Jährigen (10,0 %) und die der älteren Menschen über 65 (3,3 %). Zwischen den Geschlechtern gab es keine erheblichen Unterschiede. Erheblich stärker waren die Unterschiede zwischen den Staatsangehörigkeiten ausgeprägt: So empfingen Ende 2015 insgesamt 58,4 % der minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer Mindestsicherungsleistungen; bei den Deutschen waren es 11,6 %.

Im Länder- und Regionalvergleich zeigen sich außerdem erhebliche Unterschiede zwischen Stadt und Land: In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie in den niedersächsischen Großstädten ist die Armut, insbesondere auch die Kinderarmut, erheblich stärker ausgeprägt als in eher ländlichen Räumen.

Nähere Informationen: Kapitel 8

Niedersachsens Bevölkerung wächst durch Zuwanderung

Am 31.12.2015 hatte Niedersachsen 7 926 599 Einwohnerinnen und Einwohner, 0,1% mehr als Ende 2010. Seit dem Jahr 2011 nahm nach Jahren des Rückgangs die Bevölkerungszahl des Landes wieder zu, im wesentlich aufgrund einer erhöhten Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa und seit 2014 auch aus dem Nahen Osten.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Bevölkerung lag Ende 2015 wie im Vorjahr bei 13,4 % und damit etwas höher als der Bundesdurchschnitt von 13,2 %.

Im Jahr 2015 wurden in Niedersachsen 67 183 Kinder geboren und es starben 92 460 Menschen. Das Geburtendefizit betrug somit 25 277. Seit 1972 übersteigt in fast allen Jahren die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen. Das Geburtendefizit ist heute erheblich höher als etwa noch vor zehn Jahren, obwohl die Zahl der Geburten seit 2011 ansteigt, denn schneller als die Zahl der Geburten steigt die der Gestorbenen.

Die Geburtenhäufigkeit ist in den letzten Jahren leicht gestiegen. Regional gibt es nach wie vor deutliche Unterschiede: Sie ist am höchsten im Landkreis Cloppenburg und am niedrigsten in den Universitätsstadt Göttingen.

Nähere Informationen: Kapitel 1

Familien- und Haushaltsgröße weiter rückgängig

Die Hälfte aller 1,1 Mio. Familien in Niedersachsen war 2014 eine Ein-Kind-Familie, es folgte die Familie mit zwei Kindern mit etwas über einem Drittel. Familien mit mindestens 3 Kindern machten nur knapp 13 % an allen Familien aus. Die durchschnittliche Familiengröße betrug 3,45 Mitglieder, im Jahr 2005 waren es noch 3,53. In 70,8 % (771 200) aller Familien lebten die Eltern verheiratet zusammen. Jede fünfte Familie war eine „Alleinerziehenden"-Familie (21,9 % bzw. 237 900 Familien), und Lebensgemeinschaften machten 7,3 % (79 700) aus.

Mit der um 0,4 % gewachsenen Bevölkerungszahl ist auch die Zahl der Haushalte um 1,4 % im Zeitraum von 2011 bis 2014 gestiegen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,1 auf 2,0 Mitglieder gesunken. Das liegt daran, dass insbesondere die Anzahl der kleineren Haushalte überdurchschnittlich gewachsen ist: bei den Einpersonenhaushalten um 2,0 % und bei den Zweipersonenhaushalten um 2,9 % – ein Trend, der die Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten weiter befördert.

2015 wurden 17 226 Ehen geschieden. Darunter waren 9 539 Scheidungen, in denen auch Kinder betroffen waren. Insgesamt waren 15 827 gemeinsame Kinder betroffen. Scheidungen gelten als ein wichtiges Armutsrisiko.

Nähere Informationen: Kapitel 2 und 11.

Bildungs- und Qualifikationsniveau steigt, bleibt jedoch unter dem Bundesniveau

Zwar gibt es immer mehr Absolventinnen und Absolventen an allgemein bildenden Schulen mit hohen Schulabschlüssen und auch das Bildungsniveau der Bevölkerung und der Erwerbstätigen steigt, allerdings hinkt Niedersachsen dem Bundesdurchschnitt im Bereich Bildung oftmals noch hinterher. Dies trifft bei den Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss jedoch nicht zu. Deren Zahl ging von 2009 bis 2014 um fast ein Viertel (23,6 %) auf rund 4 200 zurück, und die Quote lag mit 5,0 % unter dem Deutschlandwert von 6,0 %. Die Quote der sog. frühen Schulabgängerinnen und -abgänger betrug 2015 nur noch rund 11,0 %. Gleichzeitig stieg die der Absolventinnen und Absolventen allgemein bildender und berufsbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung auf 37,7 % (Deutschland: 41,0 %).

Unter den Erwerbstätigen hatten in Niedersachsen 17,1 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss bzw. eine Promotion. Auch hier lag das Land unterhalb des Bundesdurchschnitts von 19,8 %.

Bei der frühkindlichen Bildung erfuhr die Quote der betreuten Kinder nicht mehr die relativ starken Zuwächse der vergangenen Jahre und stieg von 2014 zu 2015 „nur noch" um weniger als einen halben Prozentpunkt auf 28,3 %, nach neuesten Zahlen für 2016 auf 28,4 %. Zudem vergrößerte sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt von 32,9 % wieder etwas. Allerdings stieg die Zahl der betreuten Kinder von 2014 zu 2015 um 4,5 % an. Zum einen ist die Zahl der unter 3-jährigen Kinder insgesamt stärker als in den Vorjahren gestiegen (2015 zu 2014: +4,5 %) und zum anderen der Betreuungsbedarf, bei örtlich stockendem Ausbau der Betreuungsplätze.

Mehr als 3,9 Millionen Jobs im Land

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Niedersachsens betrug im Jahr 2014 insgesamt 248,5 Milliarden €. Pro Kopf waren das 31 824 €. Im Ländervergleich war dies relativ wenig, denn der Deutschland-Wert lag bei 36 003 €. Dies liegt überwiegend daran, dass viele in Niedersachsen wohnhafte Erwerbstätige in Hamburg oder Bremen arbeiten und das dortige BIP mit erwirtschaften.

Im Jahr 2014 waren in Niedersachsen im Jahresdurchschnitt 3 932 000 Erwerbstätige beschäftigt. Der Anteil marginal Beschäftigter lag bei 15,1 %, höher als im Bundesdurchschnitt von 13,4 %. Minijobs sind in Niedersachen immer noch vergleichsweise häufig vertreten, und zwar insbesondere in einigen Kreisen im Westen des Landes.

Mitte 2015 waren 2,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Niedersachsen gemeldet. Der Frauenanteil war mit 45,5 % etwas niedriger als im Bund (46,5 %). Andererseits lag im Land sowohl der Anteil der Teilzeitbeschäftigung mit 27,4 % höher als der entsprechende Deutschlandwert von 26,6 % als auch der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten mit 82,7 % (Deutschland: 80,3 %).

Die Mehrzahl der Mütter mit ledigen Kindern ging 2015 einer Erwerbstätigkeit nach. Fast zwei Drittel (464 000 bzw. 60,9 %) der Mütter waren aktiv erwerbstätig. Darunter waren 351 000 Mütter, die in Teilzeit tätig waren.

Nähere Informationen: Kapitel 3 und 4.

Arbeitslosenquote sinkt auf Tiefststand

Mit dem Anstieg bei der Erwerbstätigkeit sinken auch die Arbeitslosenzahlen stetig und erreichen historische Tiefstwerte. Im Juni 2015 waren in Niedersachsen 246 598 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet (-5,5 % gegenüber dem Juni 2014). Die Arbeitslosenquote lag bei 5,9 % und damit wiederholt unter dem Bundeswert (6,2 %). Auch die Unterbeschäftigungsquote sinkt seit Jahren und lag 2015 (Dezember) bei 7,6 %.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen betrug in Niedersachsen 39,1 %, ein seit Jahren steigender Wert bei gleichzeitig sinkenden Arbeitslosenzahlen insgesamt. Die Jugendarbeitslosigkeitsquote bezifferte sich im Jahresdurchschnitt 2015 auf 5,3 % (Deutschland: 5,5 %). Der Anteil der Jugendlichen an allen Arbeitslosen betrug 9,0 % (Juni 2015) und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 8,1 %.

Nähere Informationen: Kapitel 5.

1,9 Prozent der Steuerpflichtigen erzielten 15,5 Prozent der Einkünfte

Das verfügbare Einkommen pro Kopf betrug 2014 in Deutschland 21 117 €, das waren 1,9 % mehr als im Vorjahr. In Niedersachsen lag das Durchschnittseinkommen 2014 mit 20 169 € erheblich niedriger, der Anstieg war mit 2,0 % in etwa auf gleichem Niveau. Das niedersächsische Durchschnittseinkommen erreichte etwa 96 % des Bundeswertes. Überdurchschnittlich hohe verfügbare Einkommen gab es vor allem in den „Speckgürteln" der Großstädte Hamburg und Bremen.

Die Einkommen sind aber sehr ungleich verteilt. 2010 hatten in Niedersachsen 1,9 % der Steuerpflichtigen Einkünfte von 125 000 € und mehr; sie vereinigten zusammen 15,5 % aller Einkünfte auf sich.

Der Bruttostundenverdienst der voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag im 2. Quartal 2015 in Niedersachsen bei 21,76 €, wobei der Verdienst der Männer mit 23,90 € immer noch deutlich über dem der Frauen (18,27 €) lag. Im Bundesvergleich lagen die niedersächsischen Verdienste leicht unter dem Durchschnitt von 22,89 €.

Unter der Niedriglohngrenze von seinerzeit 11,09 € Stundenlohn lagen im April 2014 in Niedersachsen 21,8 % aller Beschäftigten. 2010 waren es 22,0 %.

Im Juni 2015 gab es in Niedersachsen 122 265 Personen, die trotz eigener Erwerbstätigkeit auf SGB II-Leistungen angewiesen waren, mehr als die Hälfte davon waren Frauen.

Nähere Informationen: Kapitel 6.

Mieten belasten immer mehr das Einkommen

Wohnen wird gemessen am Nettoeinkommen immer teurer. Das liegt vor allem an steigenden Mieten. Besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen bekommen dies zu spüren. Die Mietbelastungsquote, also der Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens, der für die Miete aufgewendet werden muss, betrug 2014 in Niedersachsen 27,8 % (Bundesdurchschnitt: 27,2 %). Gegenüber 2010 war dies eine Steigerung um 4,5 Prozentpunkte (Deutschland: +3,7 Prozentpunkte). Die höchste Mietbelastung hatten Einpersonenhaushalte, die fast ein Drittel (31,0 %) ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben mussten.

Nach Selbsteinschätzung empfinden besonders armutsgefährdete Personen (28,5 % gegenüber Gesamtbevölkerung: 17,2 %) die monatlichen Wohnmietkosten als große Belastung.

Nähere Informationen: Kapitel 9.

Zahl der Menschen mit Schwerbehinderung nimmt weiter zu

Ende 2015 hatten in Niedersachsen 724 265 Menschen eine Schwerbehinderung. Gegenüber dem letzten Erhebungsjahr 2013 nahm deren Anzahl deutlich um 8,2 % zu. Die Quote stieg auf 9,3 %. Dies ist insbesondere auf demographische Effekte zurückzuführen, da der Anteil der älteren Menschen ebenfalls gestiegen ist. Gleichfalls stieg die Zahl derjenigen, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung erhielten um 1,7 % auf rund 83 000 Personen.

Nähere Informationen: Kapitel 9.

Großes zivilgesellschaftliches Engagement

46,2 % der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens waren 2014 freiwillig engagiert. Das ehrenamtliche Engagement hat seit 1999, dem ersten Jahr der entsprechenden Erhebung, stark zugenommen.

Nähere Informationen: Kapitel 12.

Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge: Wer kann sich mit wem vergleichen?

Zur Beurteilung der jeweiligen regionalen und/oder kommunalen Entwicklung benötigen die örtlichen Akteure einen sinnvollen Vergleichsmaßstab. Das kann der Durchschnittswert des Landes, der einer anderen übergeordneten Regionalebene oder der von benachbarten Landkreisen oder Kommunen sein. Noch aussagekräftiger ist es aber, wenn der Vergleich mit Kommunen oder Kreisen, die eine ähnliche Struktur und Entwicklung wie die eigene aufweisen, angestellt wird. Zu diesem Zweck wurde eine Clusteranalyse erstellt, die die Gemeinden und Samtgemeinden des Landes in insgesamt sieben Cluster einteilt. Diese Cluster fassen Kommunen mit ähnlichen Strukturen und Entwicklungspfaden zusammen.

Nähere Informationen; Kapitel 13

1. Demografie

Tabellen zum Thema im Anhang	
1.1	Bevölkerungsstruktur 2015
1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung 2015
1.3	Wanderungen 2015 in Niedersachsen
1.4	Vorausberechnung der Bevölkerung 2060 in Niedersachsen – Lebendgeborene, Gestorbene und Wanderungssaldo – nach Altersgruppen und Geschlecht

Demografische Grunddaten sind von höchster Bedeutung als Planungs- und Entscheidungsgrundlage der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft: So hat vor allem der Altersaufbau der Bevölkerung großen Einfluss auf das Angebot von Arbeitskräften, die Bildungsnachfrage und den Pflegebedarf.

Der aktuelle Bevölkerungsbestand ist das Ergebnis der natürlichen (Geburten und Sterbefälle) und räumlichen (Zu- und Fortzüge) Bevölkerungsbewegungen. Lange Zeit, von 1972 bis 2004, wurde in Niedersachsen das Geburtendefizit – es sterben mehr Menschen, als geboren werden – durch Wanderungsgewinne ausgeglichen. Von 2004 bis 2011 reichte der Wanderungsgewinn nicht mehr aus, und Niedersachsens Bevölkerung schrumpfte. Ab 2012, vor allem im Jahr 2015, nahm die Zuwanderung aus dem Ausland erheblich zu, so dass auch die Bevölkerung des Landes wieder zunahm. Die Zuwanderung aus dem Ausland hat dabei das Altern der Gesamtbevölkerung verlangsamt.

Dennoch bleiben die Grundelemente des demografischen Wandels langfristig wirksam: Die Geburtenhäufigkeit ist zu niedrig, um die Sterbefälle auszugleichen. Deren Zahl nimmt sogar zu, weil immer mehr Menschen in hohe Altersjahrgänge mit entsprechend höherem Sterberisiko kommen. Zugleich steigt die durchschnittliche Lebenserwartung, so dass die Alterszusammensetzung der Bevölkerung sich vermutlich stark ändern wird. Die Relation zwischen Jung und Alt verschiebt sich zugunsten der Alten, die Erwerbstätigen werden im Schnitt ebenfalls älter und haben für eine wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern zu sorgen. Vor allem gut qualifizierte Fachkräfte werden voraussichtlich weniger zur Verfügung stehen. Von größter Bedeutung wird daher die Integration und Qualifikation der Zugewanderten sein.
Die künftige Entwicklung ist derzeit schwer prognostizierbar, denn niemand kann vorhersagen, wie viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland bzw. Niedersachsen kommen werden. Die künftige Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und der innerdeutschen Wanderungen lassen sich besser abschätzen. Relativ sicher lässt sich sagen: Der Abstand zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Sterbefälle wird weiterhin wachsen. Wanderungsgewinne werden vor allem die wirtschaftlich prosperierenden Räume aufweisen.
Lösungen für die Herausforderungen des demographischen Wandels mit seinen vielfältigen und vielschichtigen Auswirkungen und Wechselwirkungen in sämtlichen Bereichen des sozialen, kulturellen und auch individuellen Lebens lassen sich nur durch flexible und innovative Strategien finden. Beispiele guter Praxis in den Bereichen Bildung und Mobilität hat das Zukunftsforum der Landesregierung zusammengestellt sowie Handlungsempfehlungen, um kleine und mittelgroße Städte im ländlichen Raum zu stärken. Themenschwerpunkt 2017 sind die „Chancen der Digitalisierung für die Gestaltung des demografischen Wandels".[1]

Die Basis für die Bevölkerungsfortschreibung sind ab dem Berichtsjahr 2011 die Ergebnisse des Zensus 2011. Dies führt bei einem zeitlichen Vergleich mit älteren Daten bis 2010 manchmal zu Brüchen in der Zeitreihe, da der Zensus durch Aufdeckung von „Karteileichen" die Bevölkerungszahlen nach unten korrigierte.

Im Folgenden werden die **Bevölkerungsstruktur,** die **natürliche Bevölkerungsbewegung,** die **Wanderungen** sowie die **Vorausberechnung der Bevölkerung** dargestellt.

1 *http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/zukunftsforum_niedersachsen/zukunftsforum-niedersachsen-147815.html.*

1.1 Bevölkerungsstruktur

Definition des Indikators: Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ermittelt die amtliche Einwohnerzahl bis auf Gemeindeebene. Diese umfasst auch die Struktur nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer). Einwohnerzahlen sind maßgebliche Grundlage u.a. für die Verteilung der Länderstimmen im Bundesrat, für die Beteiligung der Länder an der aufkommenden Umsatzsteuer, u.a. für den *Kommunalen Finanzausgleich,* für die Einteilung der Wahlkreise und Größe der Wahlbezirke sowie für allgemeine Planungsaufgaben. Zudem stellen Bevölkerungszahlen Grunddaten in vielen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen dar.

Methodische Hinweise: Bei der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes handelt es sich um eine Berechnung auf Basis des jeweils letzten Zensus sowie der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen. Die Ergebnisse werden auf Gemeindeebene fortgeschrieben. Der Zensus 2011 korrigierte die Bevölkerungszahlen meist nach unten, sodass die Vergleichbarkeit älterer Daten mit denen ab 2011 eingeschränkt ist. Die Angaben über Menschen mit Migrationshintergrund stammen aus dem Mikrozensus.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

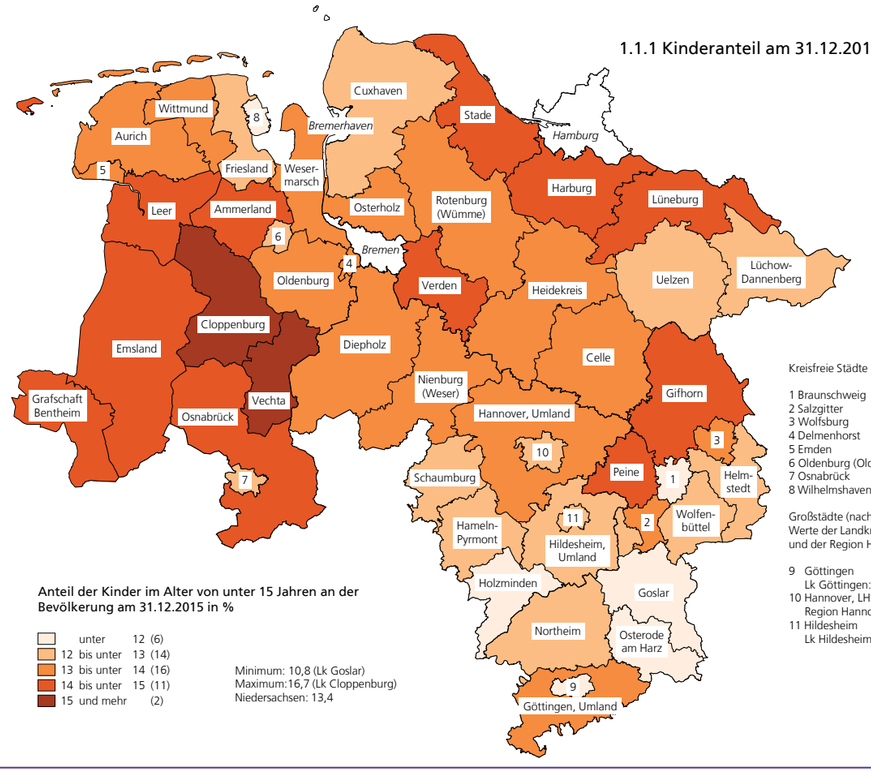
Am 31.12.2015 hatte Niedersachsen 7 926 599 Einwohnerinnen und Einwohner, 0,1 % mehr als Ende 2010. Seit dem Jahr 2011 nahm nach Jahren des Rückgangs die Bevölkerungszahl des Landes wieder zu, wesentlich aufgrund einer erhöhten Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa und seit 2014 auch aus dem Nahen Osten. Relativ hohe Zuwächse gab es in einigen Städten, z. B. in Wolfsburg (+2,1 %), Hannover (+1,8 %) und Delmenhorst (+2,6 %) sowie in Landkreisen im westlichen Niedersachsen: Im Emsland gab es ein Plus von 2,1%, im Ammerland von 2,9 %, Cloppenburg verzeichnete sogar +4,1 %. Auf der anderen Seite gab es vor allem in südniedersächsischen Landkreisen weiterhin Abnahmen, die höchsten in Goslar (-3,3 %), Hameln-Pyrmont (-3,8 %) und Osterode am Harz (-4,5 %). Die landesweit höchste Abnahme musste mit 6,6 % allerdings die Stadt Wilhelmshaven verkraften. Die regionale Zu- und Abnahme der Bevölkerung wurde stark von der wirtschaftlichen und der Arbeitsmarktsituation beeinflusst: Wie auch die Länderergebnisse zeigen, ziehen die wirtschaftlich starken Regionen Menschen an, während wirtschaftlich schwächere Gebiete für die Zuwanderung weniger attraktiv sind und sogar Wanderungsverluste erleiden.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Bevölkerung lag Ende 2015 wie im Vorjahr bei 13,4 % und damit etwas höher als der Bundesdurchschnitt von 13,2 %. 2015 lag der Kinderanteil im Oldenburger Münsterland (Landkreise Vechta und Cloppenburg) bei über 16 %. Am niedrigsten lag er in der Universitätsstadt Göttingen (11,4 %) und in Wilhelmshaven (11,2 %) sowie im Harz: Osterode am Harz wies ebenfalls 11,2 %, Goslar sogar nur 10,8 % auf. Im Vergleich der Bundesländer liegen die Kinderanteile zwar relativ eng beieinander bei ca. 13 %, aber alle ostdeutschen Flächenländer lagen unter dieser Marke, während fast alle westdeutschen Länder (Ausnahme: Saarland und Bremen) sowie Berlin bei über 13 % lagen.

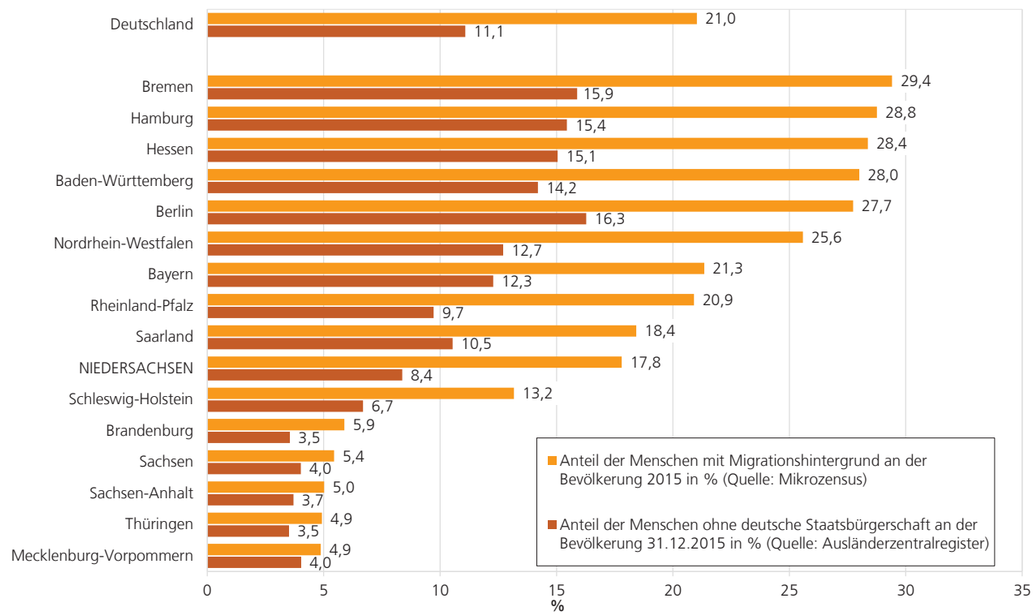
Der Anteil der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen, bietet sozusagen das Spiegelbild. Landesweit wie auch im Bundesgebiet lag er bei 5,8%. Höhere Werte gab es vor allem in Ostdeutschland. Regional war er mit 8,3 % im Landkreis Osterode am Harz am höchsten und im Oldenburger Münsterland (Vechta 4,4 %, Cloppenburg 4,5 %) am niedrigsten.

Die Anteile der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund und der Ausländerinnen und Ausländer lagen in Niedersachsen bei 17,8 % bzw. 8,4 %. Beide Werte sind im Bundesvergleich relativ niedrig. Die höchsten Anteile von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gab es in den Städten Hannover, Wolfsburg und Delmenhorst, wo fast jeder Dritte ausländische Wurzeln hatte.

1.1.1 Kinderanteil am 31.12.2015



1.1.2 Menschen mit "Migrationshintergrund" 2015 in den Bundesländern



1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Definition des Indikators: Die „natürliche Bevölkerungsbewegung" umfasst die Geburten und die Sterbefälle. Die Datengrundlagen der Geburtenstatistik sind die Meldungen der Geburten von den Standesämtern an die statistischen Ämter.

Die Zahl der Geborenen eines Jahres je 1 000 Einwohner am 31.12. desselben Jahres wird als **Geburtenhäufigkeit** bezeichnet. Die Geborenen werden dem Wohnort der Mutter zugeordnet. Die Altersstruktur einer Region hat Auswirkungen auf die dortige Geburtenhäufigkeit: die **zusammengefasste Geburtenziffer** ermöglicht ein differenzierteres Bild der Fertilität. Bereinigt, also unabhängig von der Altersstruktur, stellt diese „Total Fertility Rate" die durchschnittliche hypothetische Kinderzahl einer Frau im Alter zwischen 15 bis 49 Jahren dar.

Die **Sterbeziffer** bezieht die Gestorbenen am zuletzt gemeldeten Wohnort auf 1 000 Personen der Bevölkerung. Bei den Sterbefällen handelt es sich nur um die im Berichtszeitraum Gestorbenen: Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen sind in den Zahlen der Standesämter zwar teilweise auch enthalten, werden in der Statistik jedoch nicht ausgewertet. Die Altersstruktur beeinflusst die Sterbeziffer.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

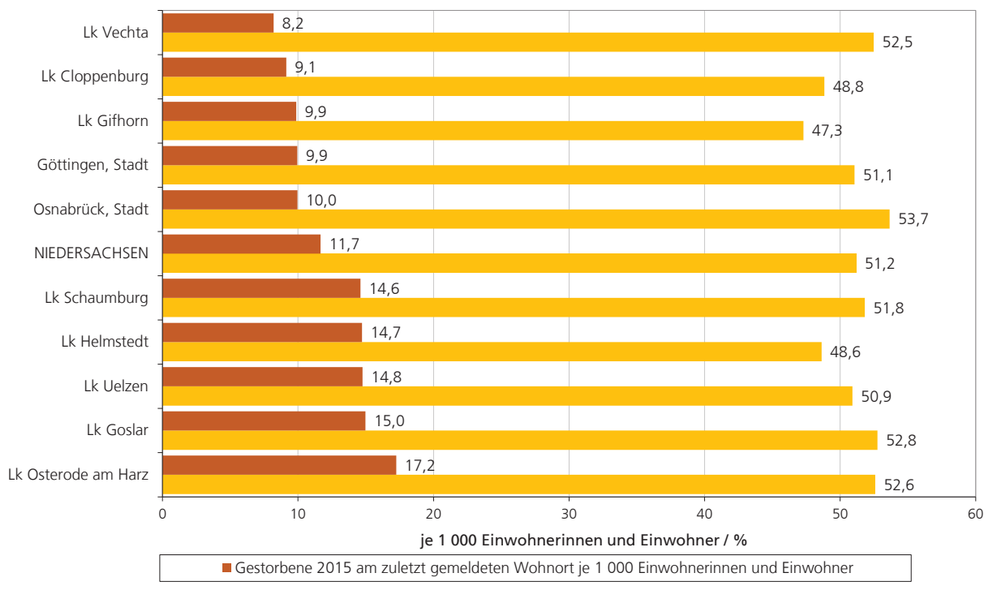
Im Jahr 2015 wurden in Niedersachsen 67 183 Kinder geboren (darunter 52 % Jungen), und es starben 92 460 Menschen. Das Geburtendefizit betrug somit 25 277.[2] Seit 1972 übersteigt in fast allen Jahren die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen. Das Geburtendefizit ist heute erheblich höher als etwa noch vor zehn Jahren, obwohl die Zahl der Geburten seit 2011 ansteigt. Im Jahr 2005 lag es bei „nur" -15 983. Schneller als die Zahl der Geborenen steigt die der Gestorbenen. Das liegt an der erhöhten Zahl älterer und sehr alter Menschen, die ein höheres Sterberisiko tragen.

Mit 11,7 lag die Sterbeziffer 2015 in Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt von 11,3. Die regionalen Unterschiede sowohl auf Länder- als auch auf Kreisebene gehen vor allem auf eine unterschiedliche Altersstruktur zurück. Innerhalb Niedersachsens lag die höchste Sterbeziffer mit 17,2 Gestorbenen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im „unterjüngten" Landkreis Osterode am Harz, die niedrigste im Landkreis Vechta (8,2) mit seiner nach wie vor hohen Geburtenrate. Unter den 92 460 Gestorbenen des Jahres 2015 waren 51 % Frauen.

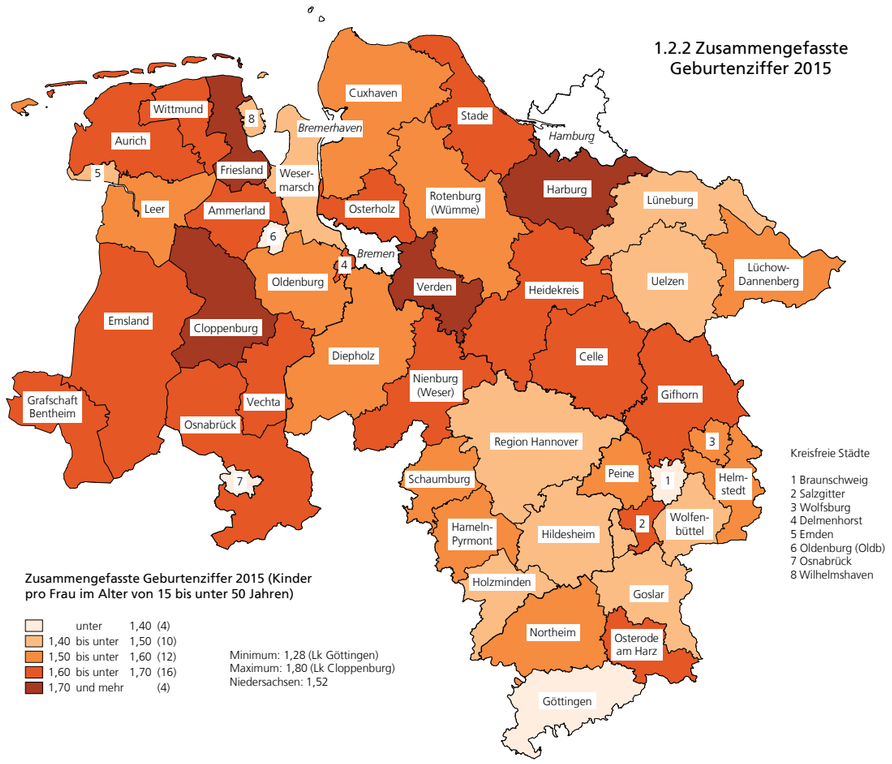
Die zusammengefasste Geburtenziffer (Total fertility rate, TFR) müsste 2,1 Kinder je Frau betragen, wenn die nächste Generation – ohne Berücksichtigung von Wanderungen – genauso groß sein sollte wie die gegenwärtige. Im Jahr 2015 lag die TFR in Niedersachsen bei 1,52. Das war zwar mehr als der Bundesdurchschnitt von 1,50 und bedeutete gegenüber z. B. dem Jahr 2011 (seinerzeit 1,42) auch eine Steigerung, ist aber immer noch zu wenig. Die regionalen Unterschiede in Niedersachsen sind deutlich: Sie bewegen sich zwischen 1,19 in der Universitätsstadt Göttingen und 1,80 im ländlich-katholischen Landkreis Cloppenburg. Diese Differenzen machen deutlich, dass die Geburtenhäufigkeit sehr stark von den konkreten Lebensumständen der Familien und Frauen, aber auch von Traditionen und Mentalitäten bestimmt wird.

2 LSN-Online-Tabelle Z1100001 unter www.statistik.niedersachsen.de > LSN-Online Datenbank für Niedersachsen> Statistische Erhebung > 110 Natürliche Bevölkerungsbewegung.

1.2.1 Regionale Sterbeziffern 2015 in Niedersachsen



1.2.2 Zusammengefasste Geburtenziffer 2015



1.3 Wanderungen

Definition des Indikators: Die Wanderungsstatistik ist eine wichtige Quelle für die Abbildung der demographischen Entwicklung und des Migrationsgeschehens. Sie weist die räumliche Mobilität der Bevölkerung nach als Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen sowie über Landes- oder Bundesgrenzen. Es werden zum einen die Zu- und Fortzüge sowie der Wanderungssaldo der Gebietseinheiten und zum anderen die Wanderungsströme zwischen Regionen innerhalb Deutschlands sowie mit dem Ausland nach demographischen Merkmalen abgebildet.

Methodische Hinweise: Die Wanderungsstatistik beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Berücksichtigt werden dabei die Wechsel der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung über die Gemeindegrenzen.

Ein Umzug wird in der Statistik als Wanderungsfall bezeichnet, die umziehende Person als Wandernde. Die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr ist etwas größer als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen bzw. den Wohnungsstatus (Haupt- oder Nebenwohnsitz) ändern kann. Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge), von Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte sowie von ausländischen, diplomatischen und konsularischen Vertretern mit ihren Familienangehörigen.

Studierende aus dem Ausland melden ihren Wohnsitz für die Dauer ihres Studiums am Studienort an.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

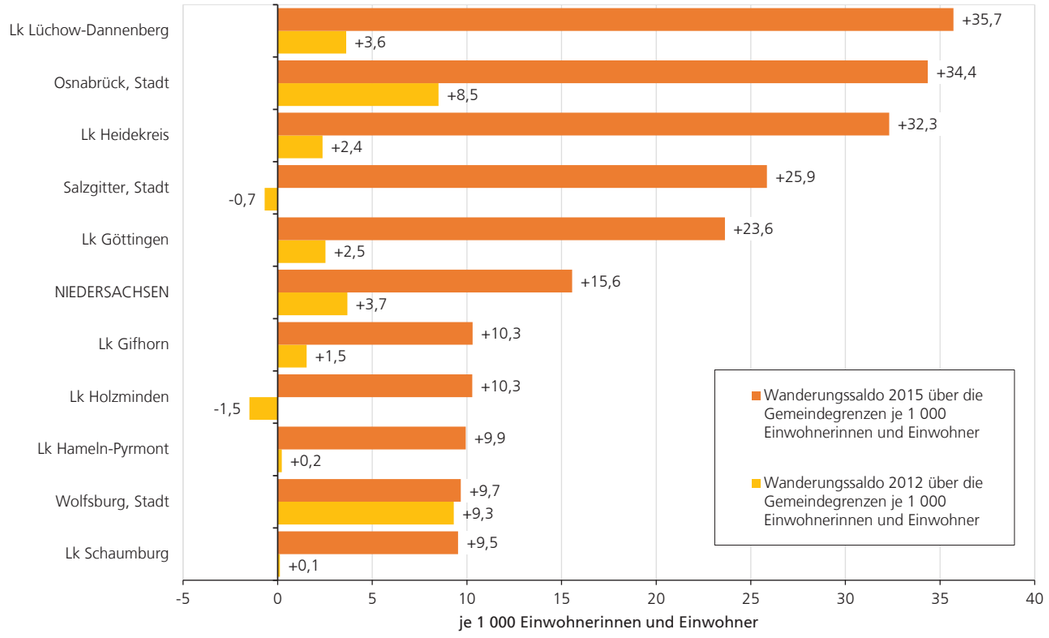
Wanderungsbewegungen haben noch stärker als die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle) einen direkten Einfluss auf den Bevölkerungsstand. Zugleich sind Zu- und Abwanderung ein guter Indikator für die Attraktivität einer Region, gerade auch im Arbeitsplatzangebot. Die Zuwanderung aus dem Ausland wird stark durch internationale Entwicklungen bestimmt. So hat die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU zu einem verstärkten Zuzug aus ost- und südosteuropäischen Staaten geführt. Seit 2014 kommen zahlreiche Flüchtlinge, vor allem aus dem Nahen Osten, ins Land.

Insgesamt gewann das Land durch Zuwanderung per Saldo 123 347 Einwohnerinnen und Einwohner. 2015 betrug der Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge) bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen +15,6, drei Jahre zuvor waren es erst +3,7. Der Wanderungsgewinn des Landes war fast ausschließlich auf die Zuwanderung aus dem Ausland (119 599 Personen bzw. +15,1 je 1 000 Einwohner) zurückzuführen.

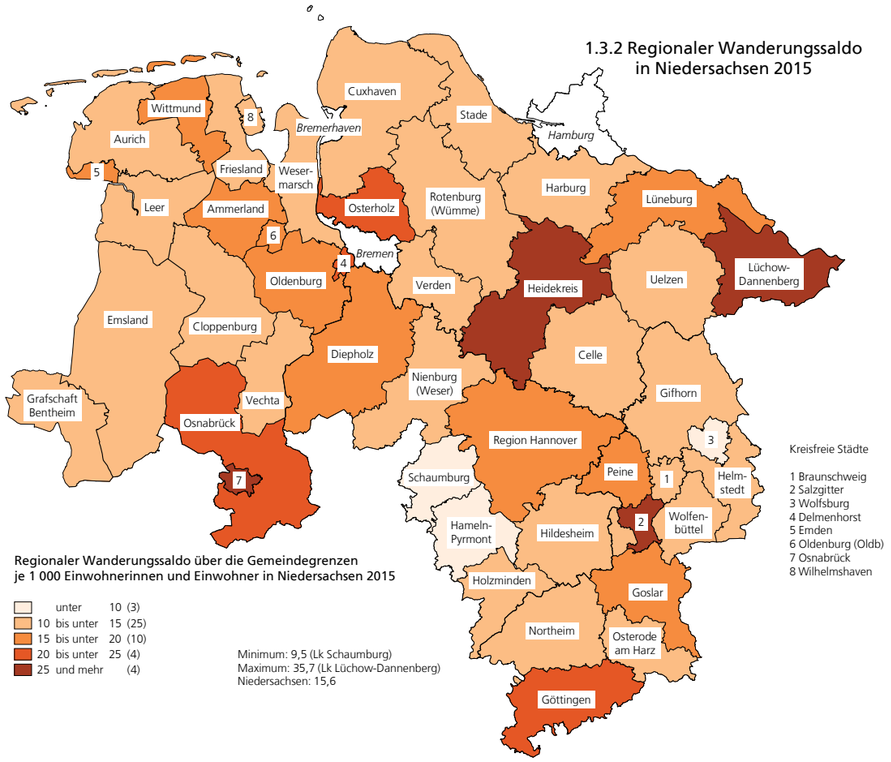
Die Wanderungsgewinne waren 2015 in Niedersachsen aber regional sehr unterschiedlich verteilt. Infolge der starken Zuwanderung aus dem Ausland konnten alle Landkreise und kreisfreien Städte Wanderungsgewinne verbuchen, auch diejenigen Regionen, die wie z. B. der Harz in den Vorjahren von Abwanderung betroffen waren. Die bezogen auf die Bevölkerungszahl höchsten Wanderungsgewinne erzielten die Stadt Osnabrück (+34,4) sowie die relativ dünn besiedelten Landkreise im Nordosten des Landes: Heidekreis +32,3 und Lüchow-Dannenberg +35,7. Durch die verstärkte Zuwanderung ergibt sich ein erhöhter Integrationsbedarf.

Die bezogen auf die Bevölkerungszahl höchsten Zuwächse in der Zuwanderung aus dem Ausland gab es in der Stadt Braunschweig (+77,1) sowie in den Landkreisen Göttingen (+96,4) und Osnabrück (+68,9) – in diesen Regionen gibt es Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende, die von hier aus in andere Regionen weiterverteilt werden.

1.3.1 Wanderungssaldo 2012 und 2015 in Niedersachsen über die Gemeindegrenzen



1.3.2 Regionaler Wanderungssaldo in Niedersachsen 2015



1.4 Bevölkerungsvorausberechnung

Definition des Indikators: Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen künftige Entwicklungstendenzen der Bevölkerung auf. Besonders wichtig, aber auch schwierig und mit Unsicherheiten behaftet sind regionale Vorausberechnungen. Auf deren Basis kann bspw. der zukünftige Bedarf an Kinderbetreuungs-, Schulungs- sowie Pflegeeinrichtungen geplant werden. Solche regionalisierten Berechnungen sind erforderlich, denn die demografische Entwicklung in Niedersachsen ist regional stark differenziert.

Methodische Hinweise: Die 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beginnt mit dem 01.01.2014 und endet am 01.01.2060. Grundlage der Berechnung ist der Bevölkerungsstand zum 31.12.2013 (= 01.01.2014). Langfristige Bevölkerungsvorausberechnungen sind keine Prognosen. Sie haben vielmehr Modellcharakter und zeigen auf, wie sich die Bevölkerung und deren Struktur bei bestimmten Annahmen verändern würden. Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung der Zuwanderung aus dem Ausland sehr schwierig vorherzusagen ist.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de Themenbereiche > Bevölkerung > Statistische Berichte sowie Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2015: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html

Bevölkerungsvorausberechnungen sind derzeit mit großen Unsicherheiten behaftet, denn niemand kann vorhersagen, wie sich die Zuwanderung aus dem Ausland in den nächsten Jahren entwickeln wird. Bevölkerungsvorausberechnungen sind eben keine Prognosen, die die Zukunft vorhersagen, sondern zeigen, wie sich die Bevölkerung und deren Struktur bei bestimmten Annahmen, die auf der Erfahrung früherer Jahre basieren, verändern würden. Entgegen der hier dokumentierten Annahme der 13. Koordinierten Vorausberechnung nimmt aktuell die Bevölkerung des Landes nicht ab, sondern wächst aufgrund einer starken Zuwanderung. Dieser Prozess verläuft regional sehr unterschiedlich.[3] Die grundlegenden Aussagen der Vorausberechnungen über den demographischen Wandel bleiben aber richtig. Dessen Tendenzen werden durch die erhöhte Zuwanderung nur zeitweise überlagert. Weiterhin gilt: Wir werden älter und zumindest langfristig auch wieder weniger. Nach neuesten Berechnungen wird der Anteil der über 65-Jährigen bis 2060 auf ein Drittel der Bevölkerung steigen.

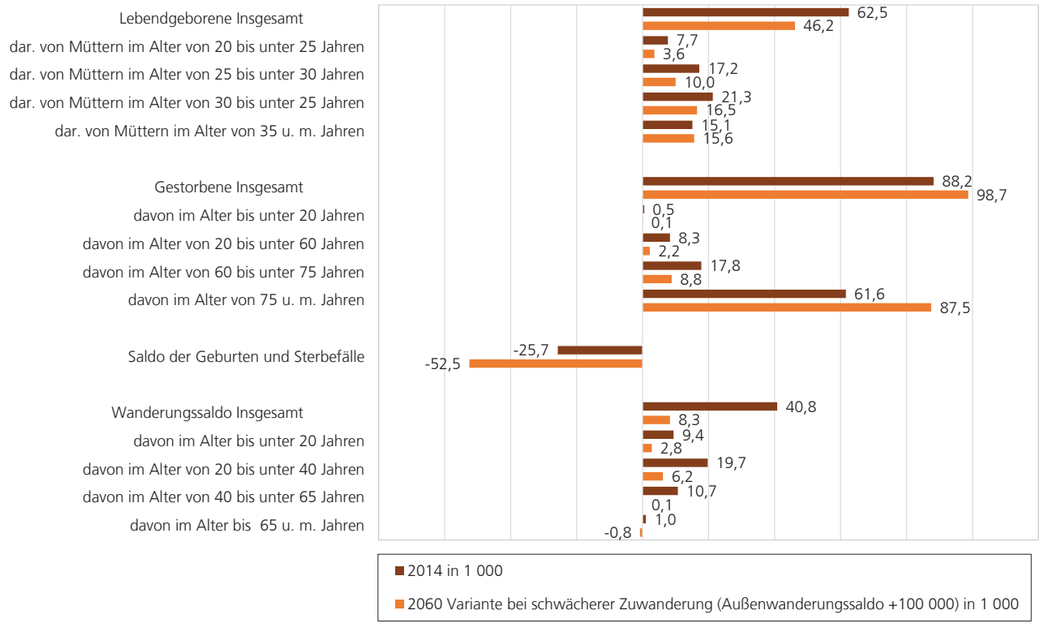
Die 13. Koordinierte Vorausberechnung des Bundes und der Länder ermittelte aufgrund ihrer Annahmen zu Geburten, Sterbefällen und Wanderungen folgende Eckwerte: Bis 2060 wird der Rückgang der Bevölkerung in Niedersachsen im Vergleich zu 2014 insgesamt 20,5 % auf 6 222 200 Personen betragen, wenn im Saldo bundesweit 100 000 Menschen durch Zuwanderung hinzukommen (-14,6 % bei einem Saldo von +200 000 auf insgesamt 6 682 600 Personen).[4]

Die Altersstruktur wird sich weiter nach oben verschieben, und die Zahl der erwerbsfähigen Personen verringert sich. 2060 wird der Anteil der Senioren den der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit übertreffen. Der Anteil der Hochbetagten im Alter von 80 Jahren und älter wird ebenfalls in allen Regionen stark ansteigen.

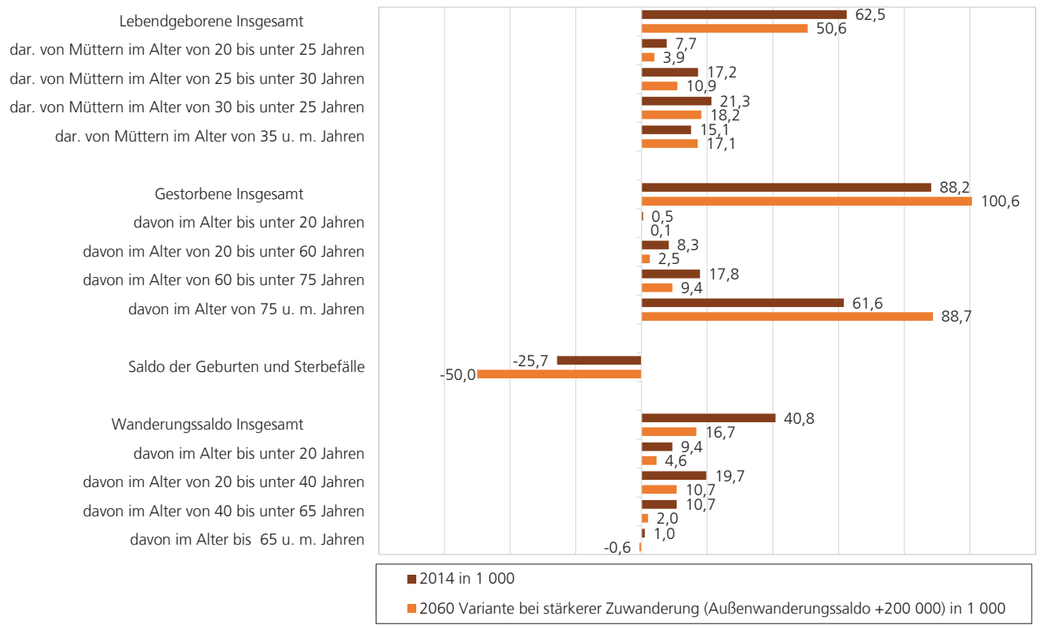
3 *Vgl. Kapitel 1 Demografie sowie: Geschäftsstelle des Zukunftsforums (Hrsg.): Niedersachsen 2030. Zukunft vor Ort gemeinsam gestalten. Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen. Starke Städte und lebendige Dörfer im ländlichen Raum, Hannover 2016, S. 8 – 10.*

4 *Vgl. Thomsen, Margot: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsen: Bis 2060 sind sinkende Bevölkerungszahlen und eine Fortsetzung der Alterung zu erwarten, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen (Landesamt für Statistik Niedersachsen) 10/2015, S. 536-553.*

1.4.1 Bevölkerungsvorausberechnung 2060 in Niedersachsen bei schwächerer Zuwanderung



1.4.2 Bevölkerungsvorausberechnung 2060 in Niedersachsen bei stärkerer Zuwanderung



2. Lebensformen: Haushalte und Familie

Tabellen zum Thema im Anhang	
2.1	Bevölkerung in Privathaushalten und Privathaushalte 2005 bis 2014 in Niedersachsen
2.2	Familien 2014 in Niedersachsen nach Familientyp, Alter sowie Zahl der ledigen Kinder
2.3	Alleinerziehende 2014 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen
2.4	Eheschließungen und Ehescheidungen 2014 in Niedersachsen

Nicht nur vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der eine alternde Bevölkerung mit weniger Kindern zur Folge hat, wandelt sich das Zusammenleben der Gesellschaft. Auch die Individualisierung ist ein Grund für den demografischen Wandel und zugleich Auslöser und Ausdruck für einen **Wandel der Familienformen** und Haushaltsstrukturen.

Kurzfristige entgegengesetzte Entwicklungen können über den langfristig anhaltenden Trend der Fragmentierung der Lebensformen nicht hinwegtäuschen: „Die Vormachtstellung der ‚traditionellen' Familienform ‚Ehepaar mit Kindern' hat sich aufgelöst, Lebensformen ohne den institutionellen Charakter der Ehe haben an Bedeutung gewonnen."[5] Das bedeutet tendenziell weniger Eheschließungen, kleinere Familien, mehr Kinder von unverheirateten Paaren, mehr Alleinerziehende, mehr kleine Haushalte und mehr Alleinlebende.

Verschwunden ist die „klassische" Familie allerdings nicht: Der überwiegende Teil der Paare mit Kindern ist auch gegenwärtig verheiratet, und insbesondere mit dem zweiten Kind nimmt der Anteil der ehelichen Elternpaare nochmals zu.

Einige der Lebensformen, die nicht immer freiwillig gelebt werden, gehen wie bei den **Alleinerziehenden** zugleich mit einer höheren Armutsgefährdung einher. Ein Hauptgrund ist das im Vergleich zu Paarhaushalten in der Regel niedrigere Haushaltseinkommen. Und so waren auch am häufigsten Kinder von Alleinerziehenden von schwierigeren finanziellen Lebenslagen betroffen. Bei nur etwas über der Hälfte dieser Kinder (54,8 %) bezogen die Alleinerziehenden ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, bei den Kindern von verheirateten Eltern waren es 92,0 %. Zugleich lebten 22,8 % der Kinder von Alleinerziehenden in Familien mit überwiegenden ALG I und ALG II-Bezug, bei den Kindern von verheirateten Eltern waren es lediglich 1,9 %.[6]

Aber auch innerhalb der Gruppe der 237 900 Alleinerziehenden in Niedersachsen 2014 zeigen sich Unterschiede mit Blick auf das Alter der Kinder. Für die 147 900 Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern ist es nicht nur schwieriger, Familie und Beruf zu vereinbaren, als bei denjenigen mit volljährigen Kindern. Die finanzielle Situation ist auch schlechter als bei Letzteren. Rund ein Drittel derjenigen mit minderjährigen Kindern (34,6 %) musste 2014 mit nur bis zu 1 300 € auskommen, bei den Alleinerziehenden insgesamt waren es mit 26,8 % deutlich weniger.

Neben direkter finanzieller staatlicher Unterstützung mittels Steuererleichterungen, Kindergeldanhebungen oder der Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende, ermöglicht eine Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trägt damit zur Vermeidung von Armutsgefährdung bei.

Zu den Familien gehören in den folgenden Betrachtungen Ehepaare, Lebensgemeinschaften (darunter nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften) und Alleinerziehende mit Kindern; das schließt minderjährige wie erwachsene Kinder ein. Nicht mehr zu den Familien gehören Eltern, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben.

---

5 *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Familien und Lebensformen unter: http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/12/familien_und_lebensformen_node.html.*

6 *Zufall, Gabriele: Das Jahr in Zahlen: Lebensverhältnisse – Familien und Erwerbstätigkeit von Eltern in Niedersachsen 2014, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen (Landesamt für Statistik Niedersachsen) 9/2015, S. 489.*

2.1 Haushalte nach Größe und Zusammensetzung

Definition des Indikators: Die Erhebung erstreckt sich auf die Wohnbevölkerung, dazu gehören alle Personen in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Methodische Hinweise: Als ***(Privat-)Haushalt*** zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Haushalte mit mehreren Wohnsitzen werden mehrfach gezählt

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte, Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte sowie Tabellen

In Niedersachsen lebten 2014 insgesamt 7,8 Mio. Personen in 3,8 Mio. Haushalten. Daraus ergab sich eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,0 Personen.

Einpersonenhaushalte machten mit 40 % unter allen Haushalten den größten Teil aus. In ihnen lebten 1,5 Millionen Menschen, das entsprach etwa einem Fünftel der Bevölkerung.

In Zweipersonenhaushalten lebte rund ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens, so hoch war auch der Anteil der Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten. Bei Haushalten mit drei bis fünf und mehr Personen nimmt der Anteil an den Haushalten entsprechend stärker ab als der jeweilige Anteil an der Bevölkerung.

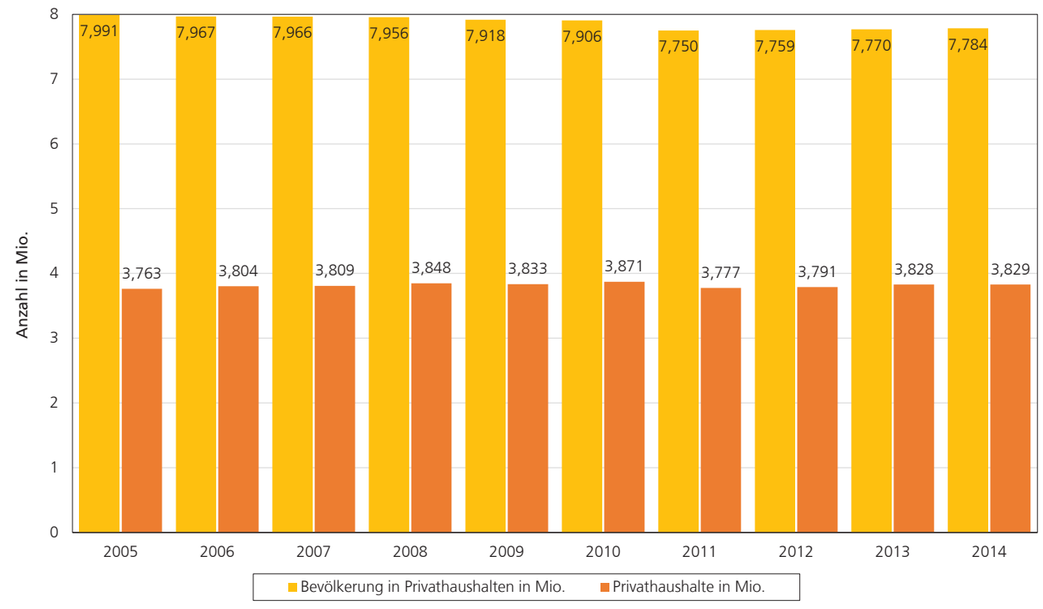
Von 2011 bis 2014 gab es sowohl eine Zunahme der Bevölkerungszahl (+0,4 %) als auch der Zahl der Haushalte (+1,4 %). Allerdings war die durchschnittliche Haushaltsgröße mit 2,1 Personen damals minimal höher. Insbesondere die Anzahl der kleineren Haushalte ist überdurchschnittlich gewachsen, bei den Einpersonenhaushalten um 2,0 % und bei den Zweipersonenhaushalten um 2,9 %. Eine Abnahme gab es hingegen bei Haushalten mit vier (-5,2 %) und ab fünf Personen (-2,4 %). Ihr Anteil an allen Haushalten verringerte sich so auch leicht auf 9,3 % bzw. 3,6 %. Mit dem Rückgang bei diesen großen Haushalten verringerte sich auch der Anteil der Menschen, die in Haushalten mit vier sowie fünf und mehr Personen lebten (Vierpersonenhaushalte: -1,1 Prozentpunkte auf 18,4 %; Fünfpersonenhaushalte und größer: -0,2 Prozentpunkte auf 9,8 %). Die Dreipersonenhaushalte machten unverändert 12,2 % aus. Diese Zahlen spiegeln einen langfristigen Trend wider und sind auch Ausdruck der veränderten Zusammensetzung der Familienformen.

Wohnungsknappheit und die damit meist einhergehenden Mietsteigerungen sind hieraus nicht direkt ablesbar, dennoch können sie zumindest auf Ersteres Hinweise geben, da sich die Zahl der kleineren Haushalte stetig vergrößert. Dies zeigt, dass der Bedarf hiernach weiterhin anhält.

Das Ausmaß der Belastung durch monatliche Wohnkosten der Haushalte hängt nicht nur von deren Größe ab. Armutsgefährdete oder einkommensschwache Personen fühlen sich deutlich stärker belastet im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt.[7]

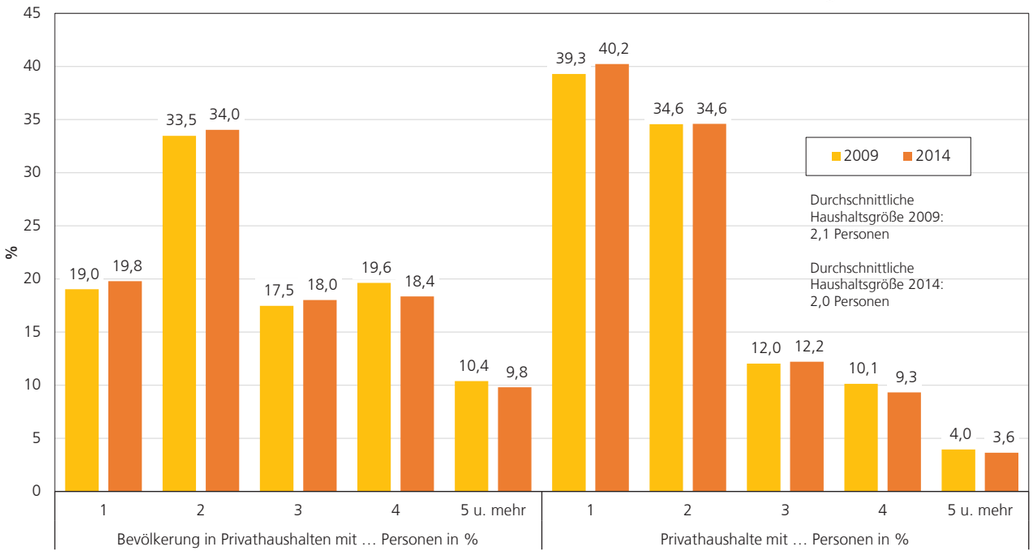
7 Vgl. Kapitel 9.3 Wohnen und Wohnungslosigkeit.

2.1.1 Bevölkerung in Haushalten und Haushalte 2005 bis 2014 in Niedersachsen



Quelle: Mikrozensus - Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2.1.2 Haushalte 2009 und 2014 in Niedersachsen nach Haushaltsgröße



Quelle: Mikrozensus - Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2.2 Familienstrukturen

Definition des Indikators: Eine ***„Familie"*** besteht im Mikrozensus immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel). Die Familie umfasst alle Eltern-Kind-Gemeinschaften unterschiedlicher Familientypen, d.h. Ehepaare, nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt; einbezogen sind auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Methodische Hinweise: Zur Darstellung der Haushalte und ihrer Struktur wird die ***Bevölkerung in Privathaushalten*** zu Grunde gelegt. Hierzu zählen alle Personen, die am Haupt- oder Nebenwohnsitz allein (Einpersonenhaushalt) oder zusammen mit anderen Personen (Mehrpersonenhaushalt) eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden.

Kinder, die gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben und dort eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einem/r Partner/in in einer Lebensgemeinschaft leben, werden im Mikrozensus nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. „Lebensform".

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte und Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte sowie Tabellen

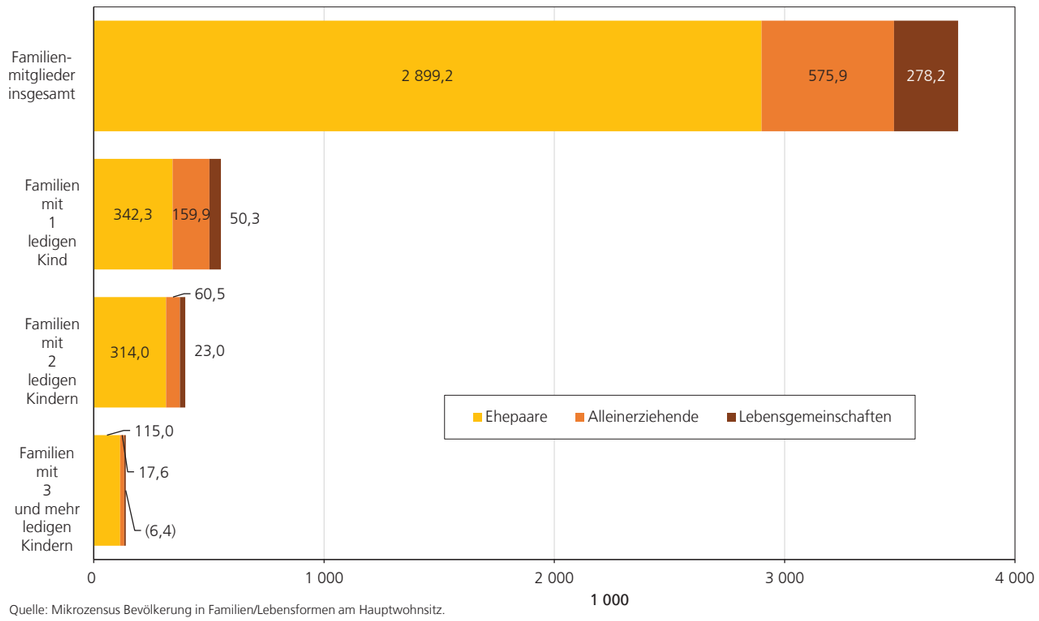
In Niedersachsen lebten 2014 mit 3,8 Mio. Menschen etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung in 1,1 Mio. Familien (Eltern-Kind-Gemeinschaften) zusammen. Rechnerisch bestanden diese im Durchschnitt aus 3,5 Mitgliedern. In etwas weniger als drei Viertel aller Familien gab es mindestens ein Kind im Alter von unter 18 Jahren. Familien, in denen es mindestens ein Kind zwischen 6 und unter 10 Jahren gab, waren mit 4,0 Mitgliedern durchschnittlich am größten. Je älter die Kinder in den Familien sind, desto mehr nimmt auch die Familiengröße ab, was nicht ungewöhnlich ist: Die ledigen Kinder wachsen aus den Familien heraus und bilden eigene Familien oder leben in anderen Konstellationen zusammen.

In 70,8 % (771 200) aller Familien lebten die Eltern verheiratet zusammen. Jede fünfte Familie war eine „Alleinerziehenden"-Familie (21,9 % bzw. 237 900 Familien), und Lebensgemeinschaften machten 7,3 % (79 700) aus. Ähnlich verhält es sich auch mit der Anzahl der Menschen, die in diesen drei Konstellationen zusammenlebten. Mit 77,2 % lebten die meisten in Ehepaar-Familien, gefolgt von den Alleinerziehenden (15,3 %) und den Lebensgemeinschaften (7,4 %).

Bezogen auf die Kinderzahl zeigte sich folgendes Bild: Die Hälfte aller Familien war eine Ein-Kind-Familie, es folgte die Familie mit zwei Kindern mit etwas über einem Drittel. Familien mit mindestens 3 Kindern machten nur knapp 13 % an allen Familien aus. Je mehr Kinder eine Familie hatte, desto häufiger waren die Elternpaare auch verheiratet. Bei Ein-Kind-Familien waren dies etwa 3 von 5, und bei 2 sowie 3 Kindern und mehr waren etwa 4 von 5 Elternpaare verheiratet.

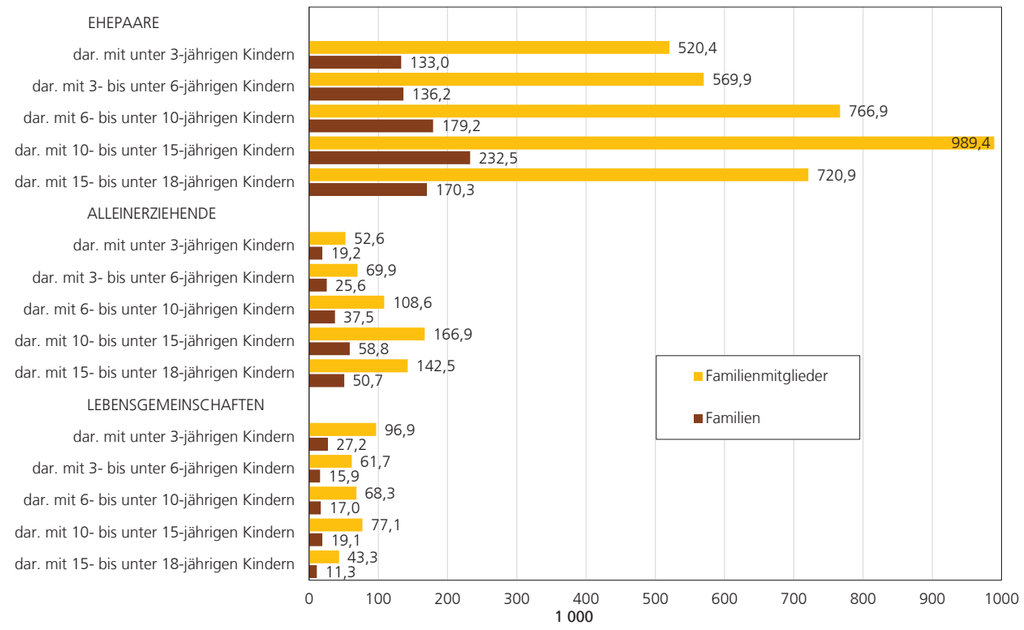
Insgesamt betrug der Anteil von Familien mit mindestens einem Kind unter 3 Jahren 16,5 %, Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren fanden sich in 16,3 % der Familien wieder. Die Familientypen unterschieden sich in diesem Punkt erheblich: Bei den Lebensgemeinschaften haben rund ein Drittel ein Kind im Alter von unter 3 Jahren (34,1 %), bei den Verheirateten beträgt der Anteil nur ein Sechstel (17,2 %), bei den Alleinerziehenden ist es ein Zwölftel (8,1 %). Die Situation bzgl. der Lebensgemeinschaften spiegeln auch die Zahlen der unehelichen Geburten wieder, deren Zahl sich fortlaufend erhöht: Die Eheurkunde hat nicht mehr eine so große Bedeutung für die Gründung einer Familie als noch 30 Jahre zuvor. Allerdings ist es auch für Lebensgemeinschaften eher untypisch, mehrere Kinder zu haben.

2.2.1 Familientypen 2014 in Niedersachsen nach Anzahl der Kinder



Quelle: Mikrozensus Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.2.2 Familientypen 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen minderjähriger Kinder



2.3 Alleinerziehende

Definition des Indikators: ***Alleinerziehende*** sind laut Mikrozensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartner/-in im Haushalt zählen zu Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Methodische Hinweise: Zur Darstellung der Haushalte und ihrer Struktur wird die ***Bevölkerung in Privathaushalten*** zu Grunde gelegt. Hierzu zählen alle Personen, die am Haupt- oder Nebenwohnsitz allein (Einpersonenhaushalt) oder zusammen mit anderen Personen (Mehrpersonenhaushalt) eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden. Eine ***„Familie"*** besteht im Mikrozensus immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel) und umfasst alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d.h. Ehepaare, nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt; einbezogen sind auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder. Kinder, die gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben und dort eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einem/r Partner/in in einer Lebensgemeinschaft leben, werden im Mikrozensus nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. Lebensform.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte und Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte und www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anlagebericht zur HSBN 2014

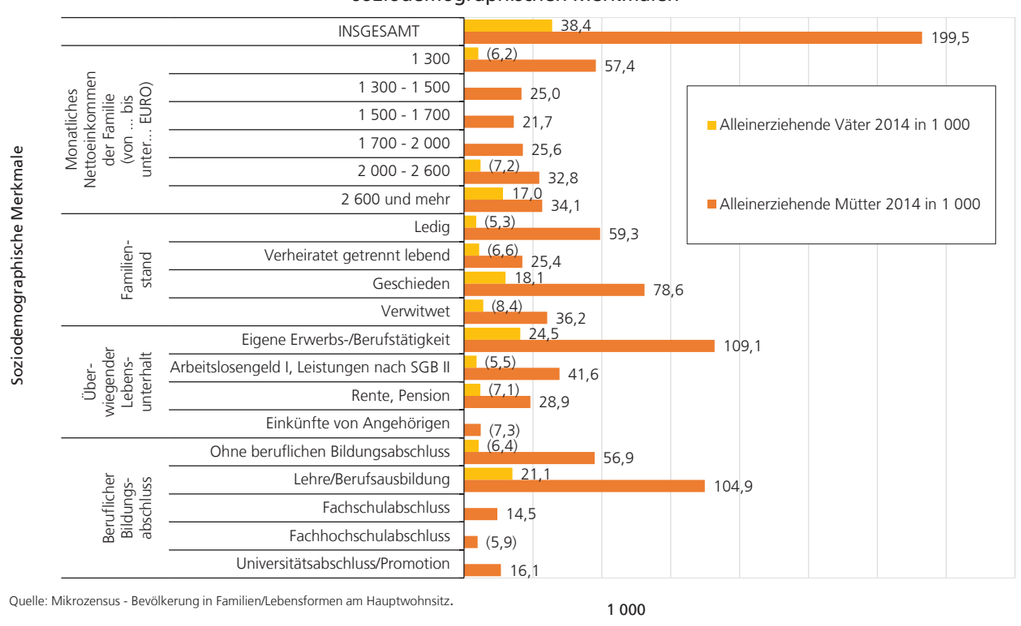
Im Jahr 2014 lebten in Niedersachsen 237 900 Alleinerziehende. Knapp 84 % davon waren Frauen, auch wenn der Männeranteil langsam wächst. Alleinerziehende sind mehrheitlich zwischen 35 und 54 Jahre alt, geschieden oder verwitwet, haben eine Lehre bzw. Berufsausbildung absolviert und sind berufstätig. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Allerdings verfügte auch etwa jeder bzw. jede Vierte unter ihnen über keinen Berufsabschluss, und ein Fünftel bestritt den überwiegenden Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld I und Leistungen nach dem SGB II.

Fast zwei Drittel der Alleinerziehenden (62,3 % bzw. 147 900 Mütter und Väter) hatten minderjährige Kinder, was in der Regel mit höherem Betreuungs-, Erziehungs- oder Pflegeaufwand verbunden ist. Insbesondere in den Punkten Bildung und Einkommen unterscheidet sich diese Gruppe von den Alleinerziehenden insgesamt. Die Schulbildung ist bei den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern höher und die berufliche Qualifikation etwas besser als bei den Alleinerziehenden insgesamt. Dies ist zum einen insbesondere auf das niedrigere Lebensalter der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern zurückzuführen und zum anderen auf den allgemeinen gesellschaftlichen Wandel, die Emanzipation und die Bildungsexpansion.

Das höhere Bildungsniveau korrespondierte 2014 allerdings nicht mit dem monatlichen Familiennettoeinkommen. Auch dies wird größtenteils Ausdruck des niedrigeren Alters der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern sein, die entsprechend weniger Jahre im Beruf stehen, was wiederum Auswirkungen auf das Einkommen hat. Während rund ein Drittel derjenigen mit minderjährigen Kindern (34,6 %) mit bis zu 1 300 € auskommen musste, waren es bei den Alleinerziehenden insgesamt nur 26,8 %. Bei den höheren Einkommen war es umgekehrt: 2 600 € und mehr verdiente etwa jede fünfte alleinerziehende Person (21,5 %), bei den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern waren es 13,2 %. Das ist ein Grund für das hohe Armutsrisiko[8] der Alleinerziehenden und der Frauen insgesamt. Bei den Vätern waren die Unterschiede zwischen denen mit und ohne minderjährige Kindern weniger stark ausgeprägt als bei den Müttern.

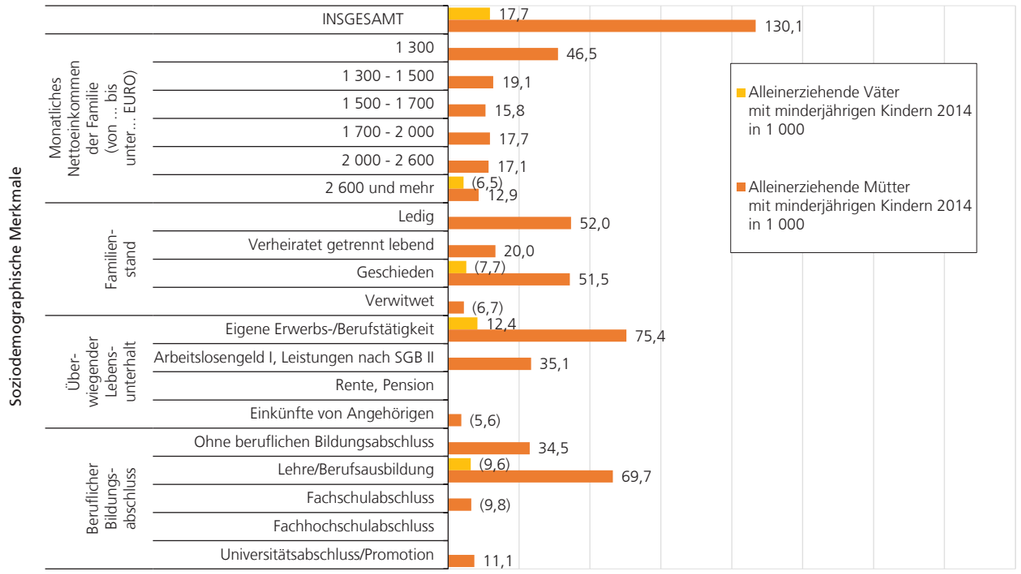
8 Vgl. Kapitel 7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen.

2.3.1 Alleinerziehende insgesamt 2014 in Niedersachsen nach Geschlecht und soziodemographischen Merkmalen



Quelle: Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.3.2 Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern 2014 in Niedersachsen nach Geschlecht und soziodemographischen Merkmalen



Quelle: Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.4 Eheschließungen und Ehescheidungen

Definition des Indikators: Die Statistik der ***Eheschließungen*** informiert über das Eheschließungsverhalten und damit über einen wesentlichen Aspekt der Lebensverhältnisse. Auch die Statistik der ***Ehescheidungen*** erfasst das Alter der Ehegatten, Ehedauer und Kinderzahl.

Methodische Hinweise: Angaben für die Statistik der ***Eheschließungen*** machen Standesbeamte, erfasst werden außerdem Trauungen von Ausländern in Deutschland und Deutschen im Ausland (nach freiwilliger Nachbeurkundung). Ausgenommen sind Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer und konsularischer Vertretungen. Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Registrierort.

Die Statistik rechtskräftiger Beschlüsse in ***Eheauflösungssachen*** stellt die rechtskräftigen Beschlüsse vor deutschen Familiengerichten dar. Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem für den Gerichtsstand maßgeblichen Wohnort. Ehen werden gerichtlich geschieden oder aufgehoben und durch den Tod des Ehepartners gelöst.

Nicht erfasst sind Ehelösungssachen von Deutschen im Ausland vor ausländischen Gerichten sowie Ehescheidungen vor ausländischen Konsulaten in Deutschland sowie von Angehörigen ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer und konsularischer Vertretungen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.statistik.niedersachsen.de > LSN-Online Datenbank > Statistische Erhebungen 130 Eheschließungen und 140 Ehescheidungen

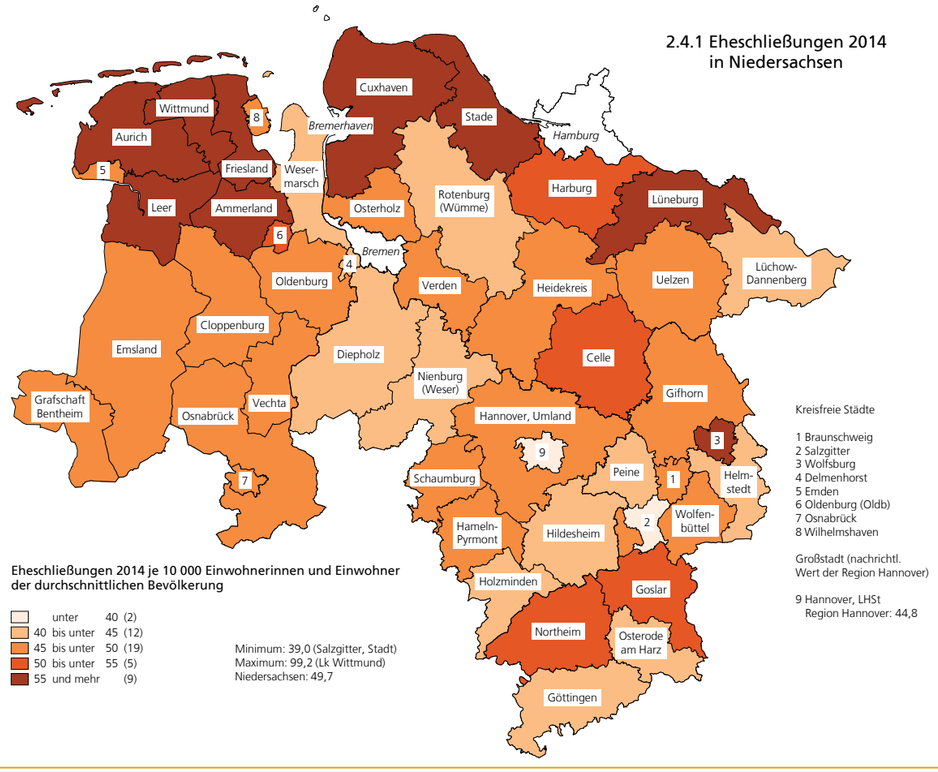
In Niedersachsen stieg die Zahl der Eheschließungen 2014 im Vergleich mit dem Vorjahr um 3,7 % auf 38 792 an. Ein klarer Trend zu mehr Eheschließungen ist jedoch nicht auszumachen: Seit 2006 schwankt die Zahl zwischen ca. 37 000 und 39 000. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen so rund 50 Eheschließungen. In den ostfriesischen Landkreisen Wittmund und Aurich war der Wert doppelt so hoch. Die niedrigste Quote (39,0) zählte die kreisfreie Stadt Salzgitter. Da die regionale Zuordnung am Ort der Registrierung vorgenommen wird, ist der Aussagewert über die regionale Heiratsfreudigkeit zwar etwas eingeschränkt, weil sich jedes Paar unabhängig seines Wohnortes vom Standesamt seines Wunschortes trauen lassen kann. Es zeigt sich jedoch, dass insbesondere in der Statistischen Region Weser-Ems (vor allem in den Küstenlandkreisen) sowie in der Statistischen Region Lüneburg deutlich mehr Ehen geschlossen wurden als in den beiden anderen Statistischen Regionen Hannover und Braunschweig in der Mitte und im Süden des Landes.

Ehescheidungen sind oftmals Ursachen von Überschuldung und Armutsgefährdung, besonders wenn Kinder mitbetroffen sind.[9] Im Jahr 2014 gab es in Niedersachsen 16 776 Ehelösungen, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3,1 %, gegenüber 2009 um 12,5 %. Entgegen diesen Trend stiegen die Ehescheidungen in 15 Landkreisen und kreisfreien Städten an, im Landkreis Wittmund mit 42,6 % im Vergleich zum Vorjahr am stärksten, allerdings waren es auch nur 144 insgesamt. Den höchsten Rückgang verzeichnete die kreisfreie Stadt Osnabrück (-36,9 %).

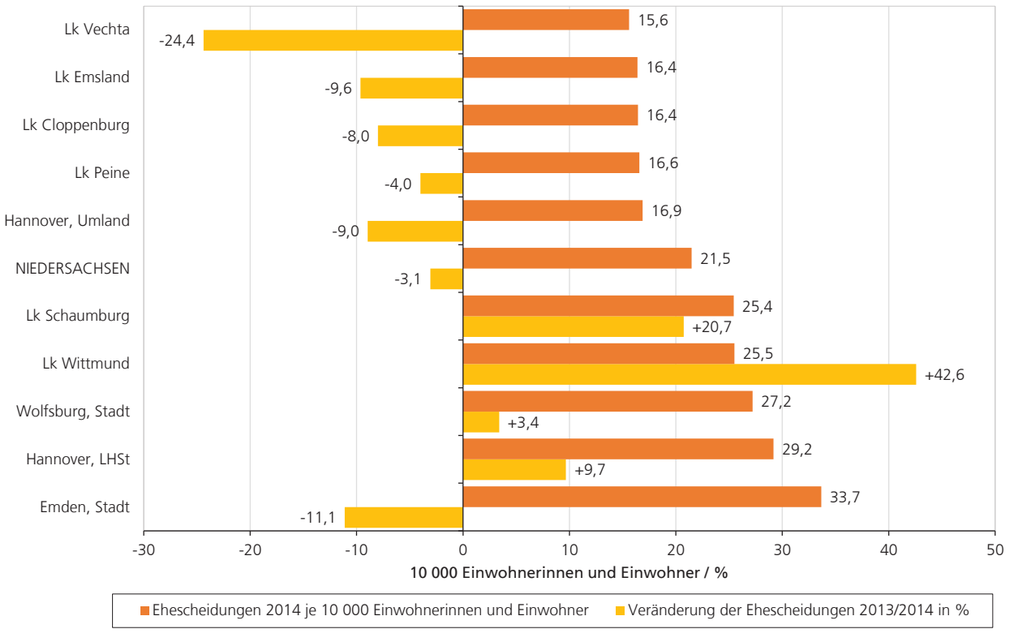
In der kreisfreien Stadt Emden kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner mit rund 34 Scheidungen die meisten Scheidungen, gefolgt von der Landeshauptstadt Hannover und Wolfsburg, im niedersächsischen Durchschnitt waren es rund 22. Am niedrigsten waren die Quoten in den katholisch geprägten Landkreisen Vechta (15,6), Emsland und Cloppenburg (beide 16,4).

9 *Vgl. Kapitel 7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen, Einleitung von Kapitel 9 Besondere Lebenslagen und Kapitel 11.2 Scheidungskinder.*

2.4.1 Eheschließungen 2014 in Niedersachsen



2.4.2 Ehescheidungen 2014 in Niedersachsen



3. Bildung und Qualifikation

Tabellen zum Thema im Anhang	
3.1.1	Betreute Kinder und Besuchsquoten in Tagespflege und Tageseinrichtungen am 01.03.2015 nach Altersgruppen
3.1.2	Betreute Kinder bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2015
3.2	Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 5. Schuljahrgang auf die Schularten 2014 in Niedersachsen
3.3.1	Abgängerinnen und Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss 2014
3.3.2	Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen mit allgemeiner Hochschulreife 2014
3.3.3	Schulische Abschlüsse an berufsbildenden Schulen 2014
3.3.4	Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger 2009 bis 2014 nach Bundesländern
3.4.1	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge 2010 bis 2014 nach Bundesländern
3.4.2	Bestandene Abschlussprüfungen im Prüfungsjahr 2014 (Wintersemester 2013/2014 und Sommersemester 2014) nach Hochschulart (Erst- und weiteres Studium)
3.5.1	Niedriger Bildungsstand 2010 bis 2015 nach Bundesländern und Geschlecht
3.5.2	Bevölkerung in Niedersachsen 2014 nach allgemeinem Schulabschluss und beruflichem Bildungsabschluss
3.5.3	Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Qualifikation (allgemeiner Schulabschluss)
3.5.4	Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Qualifikation (beruflicher Ausbildungs-/Hochschulabschluss)
3.5.5	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 31.12.2014 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Qualifikation

Eine gute (Aus-)Bildung ist Voraussetzung für eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist sie maßgeblich für die gesellschaftliche Teilhabe und ein recht sicherer Weg zur Armutsvermeidung: Gut ausgebildete Menschen haben ein signifikant niedrigeres Armutsrisiko als Geringqualifizierte.[10] Bildungschancen und -erfolg von Kindern werden in Deutschland trotz des breiten und offenen Bildungssystems allerdings weiterhin maßgeblich vom Bildungsniveau der Eltern beeinflusst[11] und dieses wiederum stark vom sozio-ökonomischen Status.

Eine Weichenstellung für den Bildungserfolg stellt bereits die frühkindliche Bildung dar. Dabei ermöglicht bzw. erleichtert ein ausreichendes Angebot der **Kindertagesbetreuung** für Kinder aller Altersgruppen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Niedersachsen wurden 2015 rund 55 000 Kinder unter drei Jahren in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung bzw. öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Das waren rund 80 % mehr als noch fünf Jahre zuvor und eine Steigerung gegenüber 2014 um knapp 5 %. Dennoch stieg die Betreuungsquote, gemessen an allen gleichaltrigen Mädchen und Jungen von 2014 auf 2015 nur noch marginal an und lag bei 28,3 % (Bundesdurchschnitt: 32,9 %). Der bundesweit schon für das Jahr 2013 ermittelte Durchschnittsbedarf ist mit 35 % deutlich höher.

Gute Schulabschlüsse sind wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskarriere. Zwar hinkt Niedersachsen im Ländervergleich weiterhin dem Durchschnitt beim Bildungserfolg hinterher (u.a. weniger Abiturientinnen und Abiturienten und weniger Studienanfängerinnen und -anfänger als im Bundesdurchschnitt). Positiv festzuhalten ist jedoch, dass zum einen immer mehr Schülerinnen und Schüler höhere Abschlüsse machen und ein Studium aufnehmen: Die **Abiturientenquote** lag 2014 bei 37,7 % bei kontinuierlichem Anstieg, wenn auch noch unter dem Bundesdurchschnitt von 41,0 %. Die Studienanfängerinnen und -anfängerquote ist in den vergangenen fünf Jahren um rund 12 Prozentpunkte auf 43,3 % gestiegen (Bundesdurchschnitt: 58,3 Prozent).

Zugleich gibt es immer weniger Schülerinnen und Schüler, die die allgemein bildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Deren Anzahl ging von 2009 bis 2014 um fast ein Viertel (23,6 %) zurück, die Quote lag bei rund 5 %, in Deutschland insgesamt bei 6 %. Auch betrug die Quote der sog. **frühen Schulabgängerinnen und -abgänger** 2015 nur noch 11,0 %.

Um auch die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung zu verbessern sowie deren Integration in die Gesellschaft zu fördern, hat das Land Niedersachsen zum Schuljahresbeginn 2013/2014 die **inklusive Schule** verbindlich eingeführt. Eltern dieser Kinder erhalten ein Wahlrecht, ob ihr Kind die allgemeine Schule oder eine Förderschule besuchen soll. Im Schuljahr 2014/2015 besuchten 52,2 % der Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf eine inklusive Schule.

Die steigende Zahl hoher Schulabschlüsse und bei der beruflichen Qualifikation zeigt sich schließlich auch bei der Qualifikation der Erwerbstätigen: So lag unter diesen der Anteil derjenigen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss bzw. Promotion 2014 bei 17,1 %. Auch hier war der Bundesdurchschnitt jedoch um fast 3 Prozentpunkte höher.

10 Vgl. Kapitel 7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen.

11 Vgl. HSBN 2012 und 2013, Kapitel 5.2.

3.1 Kindertagesbetreuung

Definition des Indikators: Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, die Erziehung und Bildung in der Familie zu unterstützen sowie Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, sind die Aufgaben der öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestätten (KiTa). „Förderung mit öffentlichen Mitteln" bedeutet bei der Kindertagespflege nicht ausschließlich die Gewährung laufender Geldleistungen an die Kindertagespflegepersonen, Leistungen können auch nicht-monetärer Art sein.

Methodische Hinweise: Neben den persönlichen Merkmalen Geschlecht und Alter werden auch Angaben der Kinder zum „Migrationshintergrund" sowie das Verwandtschaftsverhältnis zur Kindertagespflegeperson erfragt. Der Migrationshintergrund bzw. die Zuwanderungsgeschichte wird ermittelt über die Fragen nach der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils und danach, ob in der Familie vorrangig deutsch gesprochen wird. Bei den Zahlen in Tabelle und Abbildung 3.1.1 besuchen die erfassten Kinder möglicherweise auch noch andere Betreuungseinrichtungen, es kann also zu Doppelerfassungen kommen. Keine weiteren Einrichtungen besuchen die Kinder, die in der Tabelle und Abbildung 3.1.2 dargestellt werden.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Soziales > Statistische Berichte

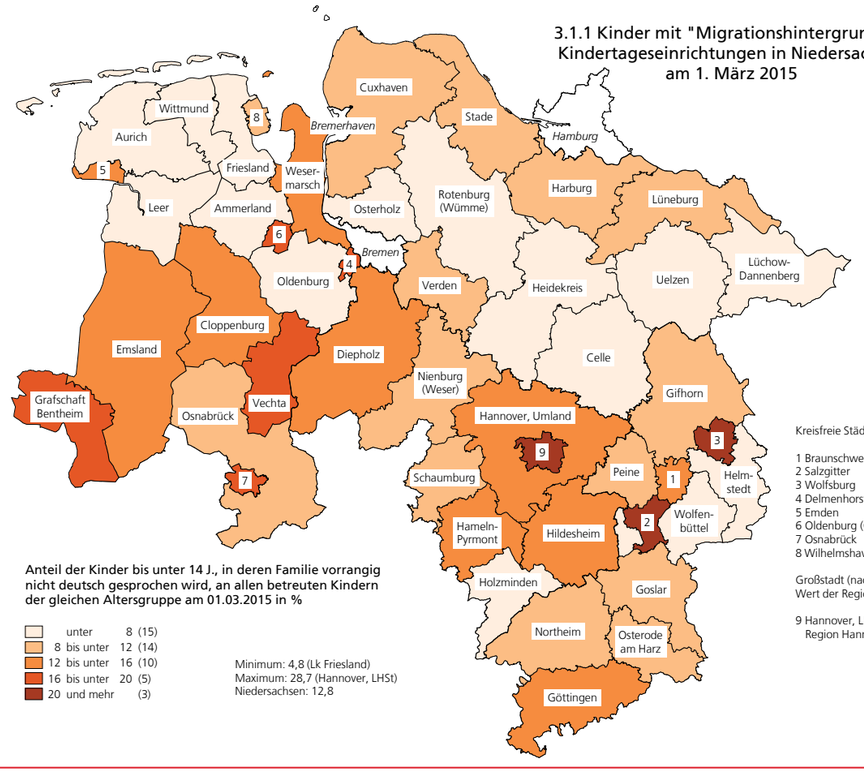
Eine breite Palette von familien- und ehebezogenen Leistungen, das Elterngeld und der Ausbau der Kindertagesbetreuung sollen Eltern helfen, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung wirkt sich dabei nicht nur auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern positiv aus, sondern auch auf den späteren Schulerfolg der Kinder, insbesondere wenn diese eine Zuwanderungsgeschichte haben.

In Deutschland besuchten 2015 insgesamt 32,9 % der unter 3-Jährigen Betreuungseinrichtungen, jedes fünfte dieser Kinder (19,4 %) besaß einen Migrationshintergrund. In Niedersachsen betrug die Betreuungsquote mit 55 318 Kindern „nur" 28,3 %. Unter ihnen hatten 15,6 % einen Migrationshintergrund. In der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung haben jedoch etwa ein Drittel der Kinder einen Migrationshintergrund,[12] wobei sich dieser hier anders definiert ist als bei den betreuten Kindern. Es kann unter Berücksichtigung dieser Einschränkung festgestellt werden, dass z. B. in Hamburg die Kinder mit Migrationshintergrund etwa ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend eine Krippe besuchten. Nach wie vor wiesen ausschließlich ostdeutsche Bundesländer Betreuungsquoten von 50,0 % und mehr auf. Hier lagen die Anteile der Kinder mit Migrationshintergrund an den betreuten Kindern jeweils unter 5 %, bedingt vor allem durch den auch in der Gesamtbevölkerung niedrigen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

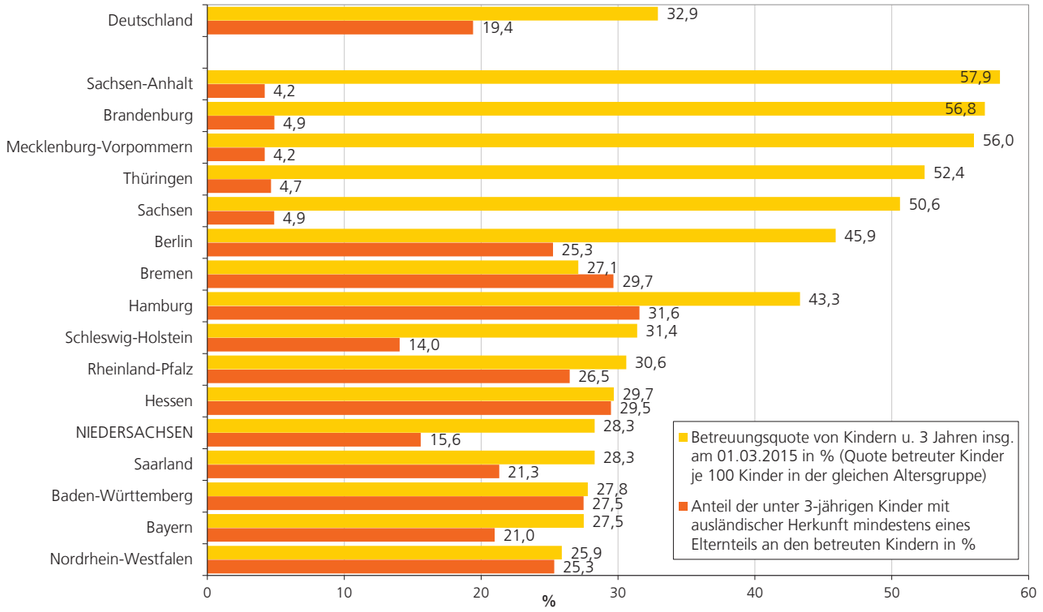
Besonders förderlich ist der Besuch einer KiTa für Kinder mit Migrationshintergrund, wenn in der betreffenden Betreuungsstätte viele Kinder ausschließlich Deutsch sprechen. In Niedersachsen sprach 2015 von den unter 14-Jährigen in Tageseinrichtungen etwa jedes achte Kind (12,8 %) in seiner Familie vorrangig nicht Deutsch (Deutschland insgesamt: 16,7 %). Regional reichte der Anteil dieser Kinder an allen betreuten Kindern von 4,8 % im Landkreis Friesland bis 28,7 % in der Landeshauptstadt Hannover.

12 *Vgl. www.ms.niedersachsen.de > Migration und Teilhabe > Monitoring > Zahlen und Fakten > Tabelle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2014 nach Altersgruppen und Geschlecht (Quelle: Mikrozensus).*

3.1.1 Kinder mit "Migrationshintergrund" in Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen am 1. März 2015



3.1.2 Betreuungsquoten von Kindern unter 3 Jahren am 1. März 2015 in den Bundesländern



3.2 Allgemein bildende Schulen

Definition des Indikators: Die Schularten sind: ***Grundschulen*** (1.-4. Klasse), ***Hauptschulen*** (5./7.-9./10. Klasse, auch Hauptschulzweige an ***Kooperativen Gesamtschulen (KGS)***) und ***Realschulen*** (5./7.-10. Klasse, auch Realschulzweige der KGS). ***Oberschulen*** sind nach Schuljahrgängen gegliedert oder in ihnen sind Hauptschule und Realschule als aufeinander bezogene Schulzweige geführt, möglich ist ein Gymnasialzweig bis zur 10. Klasse. Eine Oberschule, die nach §183 a Abs.2 NSchG aus einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe hervorgegangen ist, umfasst die Schuljahrgänge 5 bis 13. ***Gymnasien*** (5./7.-9./10. Klasse), *Einführungs-* (ehem. 10./11. Klasse) und *Qualifikationsphasen* (ehem. 12./13. Klasse) sowie Gymnasialzweige der KGS, ***Integrierte Gesamtschulen (IGS)*** (1.-9./10. Klasse, *Einführungs- und Qualifikationsphasen* sowie Grundschulen/-stufen an Integrierten Gesamtschulen, auch ***Schulen mit Gesamtschulcharakter (SmG)***) und ***Freie Waldorfschulen*** (private Ersatzschulen) (1.-10. Klasse und 11.-12. bzw. 13. Jahrgangsstufe). ***Förderschulen*** haben verschiedene Schwerpunkte bspw. Sprache, Sehen, Hören. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und emotional benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können. Die Schülerinnen und Schüler werden zunehmend auch außerhalb von Förderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen sonderpädagogisch gefördert (Integrationsschüler) und bei der jeweiligen Schulart nachgewiesen.

Methodische Hinweise: Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigten, dass Schülerinnen und Schüler nicht nach ihrem Wohnort, sondern nach dem Ort der „Beschulung" gezählt werden. Daher sind statistische Verzerrungen möglich durch Schulgliederungen, die eine Großstadt mit überörtlicher Funktion für das jeweilige Umland vorhält.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

Die 5. Klasse stellt meist eine Weichenstellung für den schulischen Werdegang der Schülerinnen und Schüler dar. Im Jahr 2014 besuchten 79 634 Schülerinnen und Schüler diese Jahrgangsstufe, wobei die regionalen Anteile der Schulgliederungen erheblich differierten.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler des 5. Jahrgangs am Gymnasium betrug 39,9 % (mit entsprechenden Zweigen der KGS) und übertraf somit das Niveau von 2009 (38,8 %). Die Extreme der Veränderungen reichten dabei regional von +7,3 Prozentpunkten in der kreisangehörigen Stadt Hildesheim bis -5,2 Prozentpunkten in der kreisangehörigen Stadt Göttingen.

Die Oberschule mit mehreren Bildungsgängen besuchten 19,9 %, gefolgt von den Integrierten Gesamtschulen und Schulen mit Gesamtschulcharakter sowie Waldorfschulen, die zusammen einen Anteil von 14,9 % ausmachten. Eine Realschule besuchten 14,8 % und die Hauptschule 4,2 %. Die Schülerinnen und Schüler an Förderschulen hatten einen Anteil von 6,3 %.

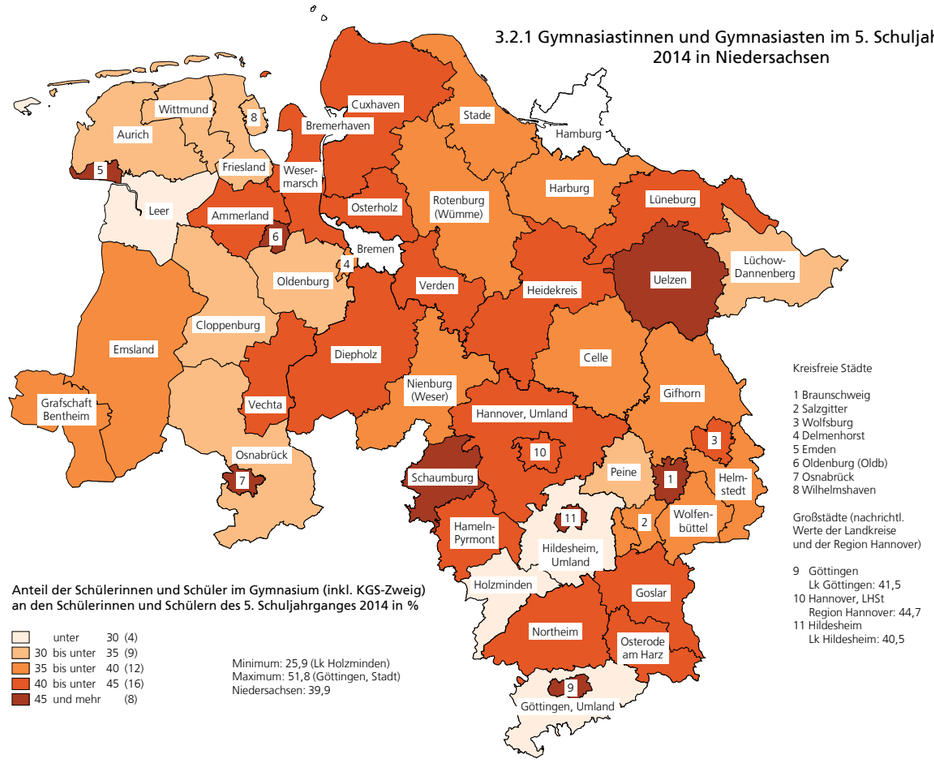
Der Ausländeranteil unter den Schülerinnen und Schülern betrug 4,9 %. Am größten war er mit 13,6 % in der kreisfreien Stadt Salzgitter und mit 1,3 % am niedrigsten im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

In Niedersachsen wird die inklusive Schule aufsteigend eingeführt. Förderschulen bleiben mit folgenden Schwerpunkten jedoch bestehen: Emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Sprache.[13] Im Schuljahr 2014/2015 besuchten bereits mehr als die Hälfte (52,2 %) der Schülerinnen und Schüler mit „sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf" in den entsprechenden Jahrgängen eine inklusive Schule.[14]

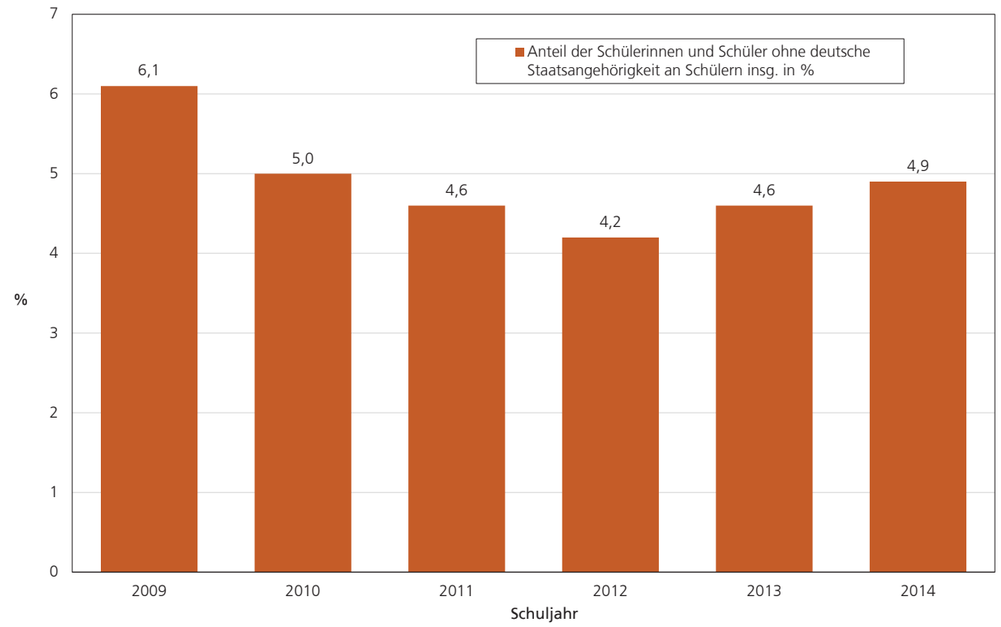
13 Vgl. www.mk.niedersachsen.de > Aktuelles > Einführung der inklusiven Schule.

14 Vgl. Pressegespräch des niedersächsischen Kultusministeriums zum Schuljahresbeginn 2015/2016.

3.2.1 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im 5. Schuljahrgang 2014 in Niedersachsen



3.2.2 Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der 5. Klasse 2009-2014 in



3.3 Schulische Abschlüsse, frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger

Definition des Indikators: Die Zahl der Schulentlassenen aus dem allgemein bildenden Schulwesen ist von großer Bedeutung, da diese Auskunft über das Ausmaß des weiteren Bildungs- bzw. Ausbildungspotentials je nach erreichtem Abschluss gibt. Die Zahl bzw. Quote der jeweils erreichten Abschlüsse geben Hinweise auf die mögliche künftige Qualifikation der Bevölkerung und damit auch der Erwerbstätigen (Quelle: Schulstatistik).

Frühe Schulabgänger sind zwischen 18 und unter 25 Jahre alt, ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-)Hochschulreife (maximal ISCED 2). Sie befinden sich nicht in schulischer oder beruflicher Ausbildung und nehmen nicht an Weiterbildungen teil. Grundwehr- und Zivildienstleistende sind ausgeschlossen. Der Indikator fasst Personen zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben, also maximal über einen Haupt- oder Realschulabschluss verfügen beziehungsweise maximal die 10. Klasse des Gymnasiums oder ein Berufsvorbereitungsjahr abgeschlossen haben. Länderspezifische Besonderheiten der Schulsysteme erschweren einen Bundesländervergleich, deshalb wird als Datenquelle der Mikrozensus verwendet.

Methodische Hinweise: In der Schulstatistik wird jede ***Schülerin*** bzw. jeder ***Schüler,*** der das allgemein bildende Schulwesen verlässt, nur einmal gezählt und zwar mit dem höchsten erreichten Abschluss. ***Abgängerinnen und Abgänger*** der allgemein bildenden Schulen haben die Schulart ohne Abschluss verlassen und sind nicht auf eine andere allgemein bildende Schulart gewechselt.

Schulische (allgemein bildende) Abschlüsse können innerhalb des beruflichen Schulwesens nachgeholt werden. Schülerinnen und Schüler, die sowohl im allgemein bildenden als auch im beruflichen Schulwesen einen allgemein bildenden Abschluss erreichen, werden mind. zweimal gezählt.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

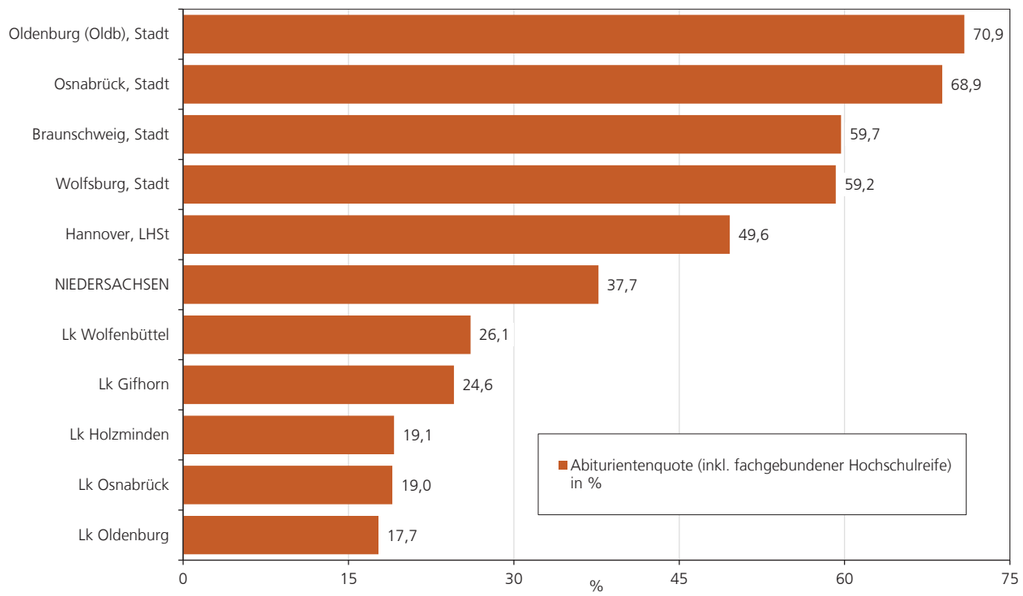
Die Quote der Absolventinnen und Absolventen allgemein bildender und berufsbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife (inkl. fachgebundener Hochschulreife) betrug 2014 in Niedersachsen 37,7 %, Bundesdurchschnitt waren 41,0 %. Die mit 17,7 % niedrigste Abiturientenquote im Landkreis Oldenburg und die höchste Quote in der kreisfreien Stadt Oldenburg (70,9 %) weisen auf die überörtliche Funktion einer Großstadt für das jeweilige Umland hin. Entsprechendes gilt auch für Stadt und Landkreis Osnabrück.

Ohne zumindest über einen Hauptschulabschluss zu verfügen, beendeten 2014 in Niedersachsen 4 245 Jugendliche die allgemein bildende Schule. Das entspricht einer Quote von 5,0 % der gleichaltrigen Bevölkerung, der Bundesdurchschnitt betrug 6,0 %. Über die Hälfte dieser Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss besuchte zuvor eine Förderschule. Die Anzahl der Betroffenen war im Vergleich mit dem Vorjahr in Niedersachsen mit -2,9 % stärker zurückgegangen als im Bundesdurchschnitt (-1,4 %).

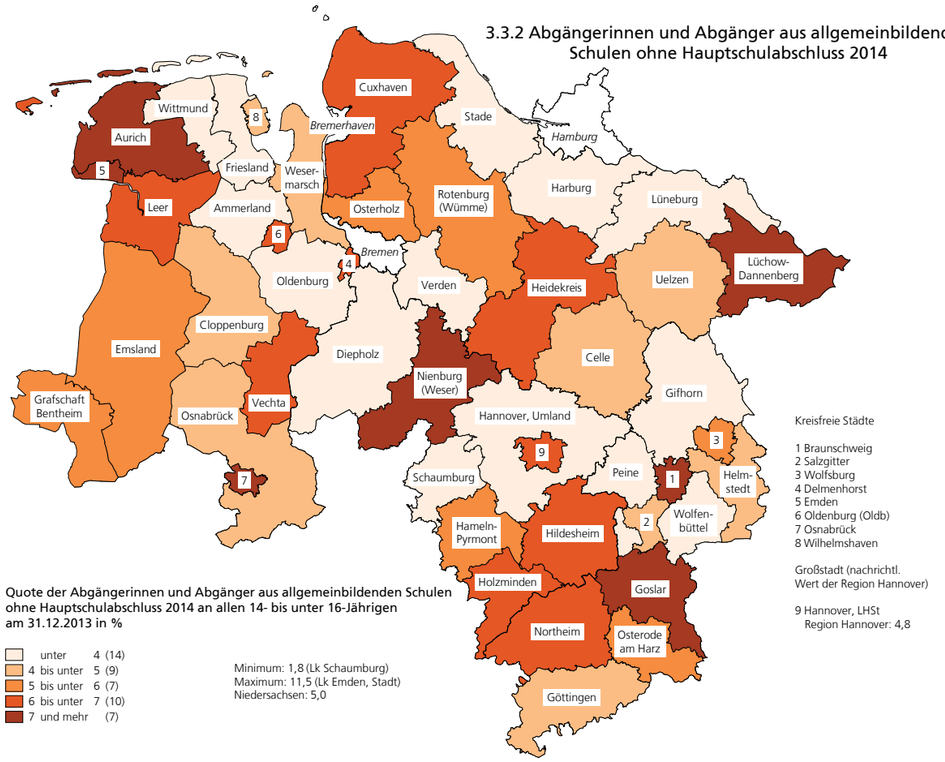
Die 2014 an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen nachgeholten schulischen Abschlüsse waren mit 45,3 % überwiegend Realschulabschlüsse, gefolgt von 32,1 % Fachhochschulreife. Mit weitaus geringerem Anteil wurde die allgemeine Hochschulreife (13,8 %) sowie der Hauptschulabschluss (8,8 %) nachgeholt. Insgesamt war im Vergleich zu 2009 die Zahl derjenigen stark gestiegen (+7,4 %), die schulische Abschlüsse im Anschluss an die allgemeinbildende Schule nachholten.

Der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger an der gleichaltrigen Bevölkerung lag in Niedersachsen mit 10,7 % immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 9,5 %. Männer waren in Niedersachsen mit 11,5 % deutlich stärker betroffen als Frauen mit 9,9 %.

3.3.1 Schulabsolventinnen und -absolventen mit fachgebundener und allgemeiner Hochschulreife 2014 in Niedersachsen



3.3.2 Abgängerinnen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss 2014



3.4 Berufliche Ausbildung

Definition des Indikators: Die ***Berufsbildungsstatistik*** stellt den aktuellen Stand in der beruflichen Bildung dar und dient dazu, zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarfe im Berufsbildungssystem rechtzeitig erkennen zu können.

Die ***Hochschulstatistik*** liefert Daten z.B. für finanzstatistische Kennzahlen aus dem Hochschulbereich oder für Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Absolventenzahlen. Sie setzt sich aus mehreren Statistiken (bspw. aus Studierenden- und Prüfungsstatistik) zusammen.

Methodische Hinweise: In der ***Berufsbildungsstatistik*** wird die vorherige Berufsausbildung sowie die Ausbildungsdauer erfasst. Das bedeutet, dass die Jugendlichen dem Ausbildungsbetrieb dies mitteilen müssen, auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht. Der Betrieb muss dies, auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat, an die zuständige Stelle melden.

Die ***Prüfungsstatistik*** ist eine Sekundärerhebung (Vollerhebung) der Verwaltungsdaten staatlicher und kirchlicher Prüfungsämter, die ein Studium an deutschen Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken und sonstiger der Ausbildung von Studierenden dienenden Krankenanstalten) abschießen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang und www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Bildung und Kultur > Statistische Berichte sowie http://www.bibb.de/datenreport/

Nicht alle begonnenen Berufsausbildungen werden auch erfolgreich beendet, sondern oftmals vorzeitig gelöst. Gründe hierfür können Betriebsschließungen, Gesundheit, geänderte Berufswahlentscheidungen oder auch Konflikte zwischen Ausbildern und Auszubildenden sein. Solche Vertragslösungen bedeuten einen „[…] Ressourcenverlust und können stark demotivierende Effekte zur Folge haben, im schlimmsten Fall führen sie zum Ausstieg aus der Bildungsbeteiligung sowohl der Jugendlichen als auch der Ausbildungsbetriebe.“[15] Im Jahr 2014 wurden in Niedersachsen 15 450 und damit jeder vierte (24,6 %) Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst, was genau dem Deutschlanddurchschnitt entsprach. Im Vergleich zu 2010 nahm der Anteil an allen Ausbildungsverträgen in Niedersachsen mit +2,1 Prozentpunkten etwas stärker zu als im Bundesdurchschnitt (+1,6 Prozentpunkte).

Auf 100 Auszubildende kamen 2014 in Niedersachsen demnach 10,6 vorzeitige Lösungen der Ausbildungsverträge (Deutschland: 10,5 %). Die Hälfte der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen setzt die Ausbildung im dualen System fort.[16]

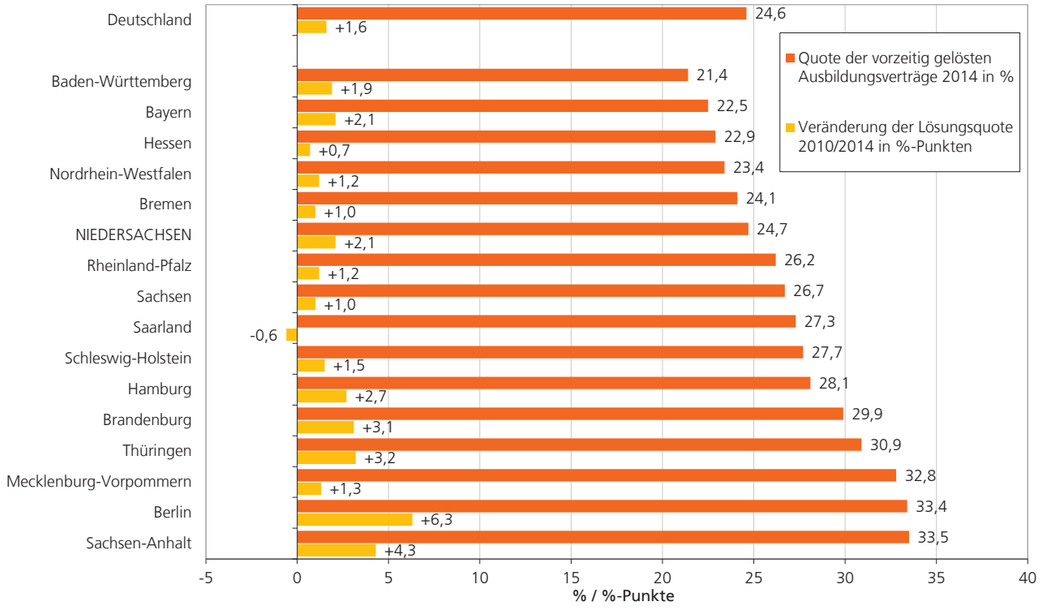
Neben diesem Aspekt auf dem Weg zur beruflichen Qualifizierung soll hier kurz auf die Situation von Frauen in der beruflichen Qualifizierung eingegangen werden. Diese hat sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert: Dafür spricht beispielsweise der Frauenanteil von 53,1 % der im Prüfungsjahr 2014 an niedersächsischen Hochschulen bestandenen 34 261 Abschlussprüfungen im Erst- und weiteren Studium. Unter den verschiedenen Hochschularten waren dabei die Frauenanteile an Kunsthochschulen mit 66,0 % und an Verwaltungsfachhochschulen (62,6 %) am höchsten. 56,4 % der Abschlussprüfungen an Universitäten wurden von Frauen bestanden.

Unter den in 2014 in Niedersachsen Promovierten waren zwar nach wie vor mehr Männer als Frauen: von 2 289 Promovierten waren 46,4 % weiblich (1 062), 2009 lag der Anteil jedoch noch 5,0 Prozentpunkte niedriger.

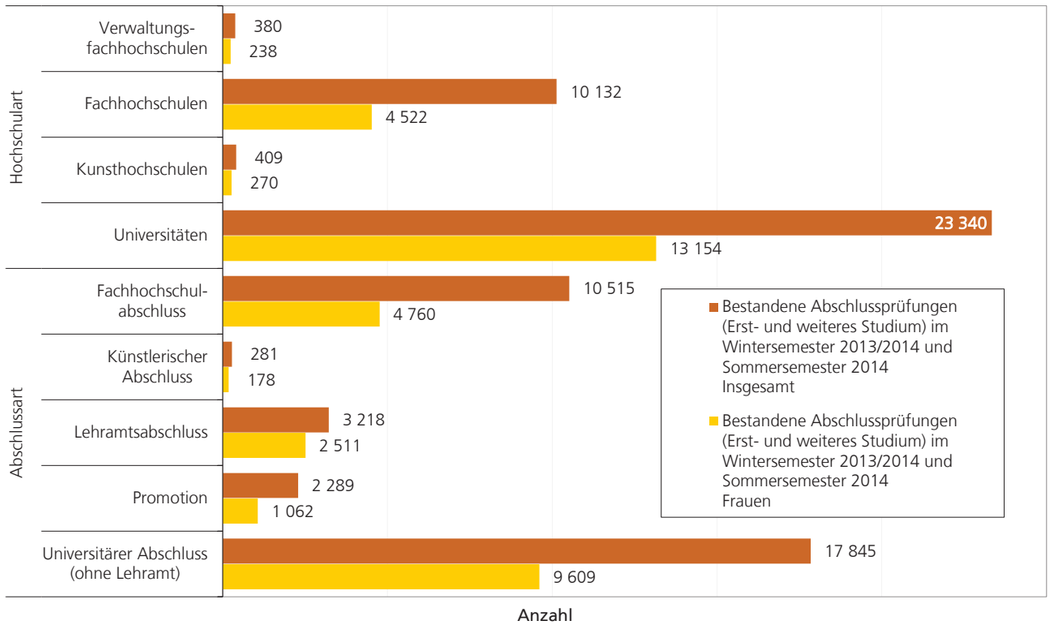
15 *Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, S. 181; http://www.bibb.de/datenreport/.*

16 *Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015, Kapitel A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen: http://www.bibb.de/datenreport/de/2015/30777.php.*

3.4.1 Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge 2014 nach Bundesländern



3.4.2 Abschlussprüfungen im Prüfungsjahr 2014 in Niedersachsen nach Hochschulart und Geschlecht



3.5 Ausbildungsstand der Bevölkerung und der Erwerbstätigen

Definition des Indikators: Ein hohes Qualifikationsniveau der Bevölkerung steigert durch die Qualität der Arbeitskraft („Humankapital") die Stärke der Volkswirtschaft sowie die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt. Auch hängt die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft von einer Zunahme der Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte ab, weil dann auch das „Innovationspotential" zunimmt.

Methodische Hinweise: Der Mikrozensus ist Datenquelle für den Bildungsstand der Bevölkerung. Als ***niedriger Bildungsstand*** gilt bei den 25- bis unter 65-Jährigen das Fehlen eines schulischen oder beruflichen Abschlusses oder wenn ausschließlich ein Haupt- oder Realschulabschluss erlangt wurde.

Die ***Qualifikation sozialversicherungspflichtig Beschäftigter*** am Wohnort wird differenziert nach: a) Geschlecht, b) mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, c) Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, d) in Ausbildung, e) Altersgruppen sowie f) ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, g) mit anerkanntem Berufsabschluss (ist die Summe aus „mit anerkannten Berufsabschluss" und „Meister- / Techniker-/ gleichwertigem Fachschulabschluss"), h) mit akademischem Abschluss (ist die Summe aus „Bachelor", „Diplom / Magister / Master / Staatsexamen" und „Promotion"), i) Ausbildung unbekannt. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de > Statistik nach Themen > Beschäftigung > Beschäftigte und www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Familien, Mikrozensus > Statist. Berichte sowie www.amtliche.sozialberichtersatttung.de > Qualifikationsniveau

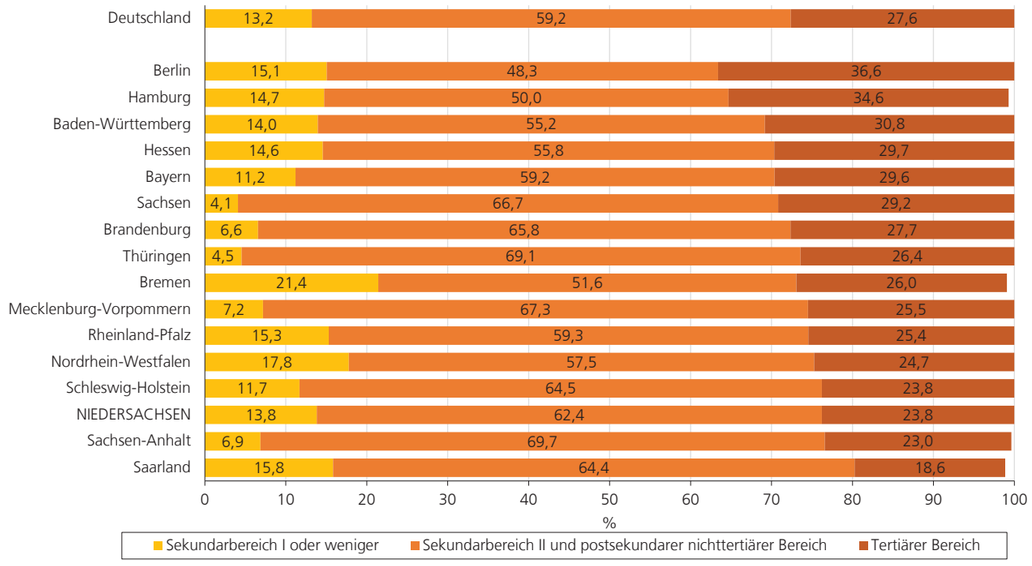
Seit Jahren verlassen immer mehr Jungen und Mädchen bzw. junge Erwachsene die Schule mit einem Abiturzeugnis. Der Einfluss auf die Zahlen in der Gesamtbevölkerung ist dabei jedoch erst nach und nach spürbar. Auch 2014 noch verfügten in Niedersachen mit 30,9 % anteilig die meisten Einwohnerinnen und Einwohner über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss als höchsten allgemein bildenden Schulabschluss. Dahinter folgten der Realschul- oder gleichwertige Abschluss mit 26,3 % und mit 22,3 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Regional differierten die Anteile der jeweiligen allgemeinen Schulabschlüsse erheblich. Unter den Erwerbstätigen wiederum hatte 2014 mit 33,2 % in Niedersachsen jede bzw. jeder Dritte die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Der Wert lag aber 3,2 Prozentpunkte unterhalb des Bundesdurchschnitts (36,4 %).

Abbildung 3.5.1 und Tabelle 3.5.1, die bereits Daten des Jahres 2015 beinhalten, teilen die Bevölkerung in die drei ISCED (International Standard Classification of Education)-Bildungsniveaus „niedrig" (Sekundarbereich I oder weniger), „mittel" (Sekundarbereich II und postsekundarer nichttertiärer Bereich) und „hoch" ein (Tertiärer Bereich). Demnach hatten in Niedersachsen 13,8 % der Bevölkerung ein niedriges, 62,4 % ein mittleres und 23,8 % ein hohes Bildungsniveau gemessen an den höchsten Bildungsabschlüssen (Deutschland: niedrig: 13,2 %; mittel: 59,2 %; hoch: 27,6 %)

Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen der Niedersachsen überwogen 2014 mit 51,4 % die Lehre bzw. Berufsausbildung im dualen System, ein gleichwertiger Abschluss, Fachschulabschluss, eine Meister- oder Technikerausbildung. Über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, eine Promotion oder ein Ingenieur- oder Verwaltungsfachhochschulabschluss verfügten 2014 insgesamt 11,3 % der Bevölkerung.

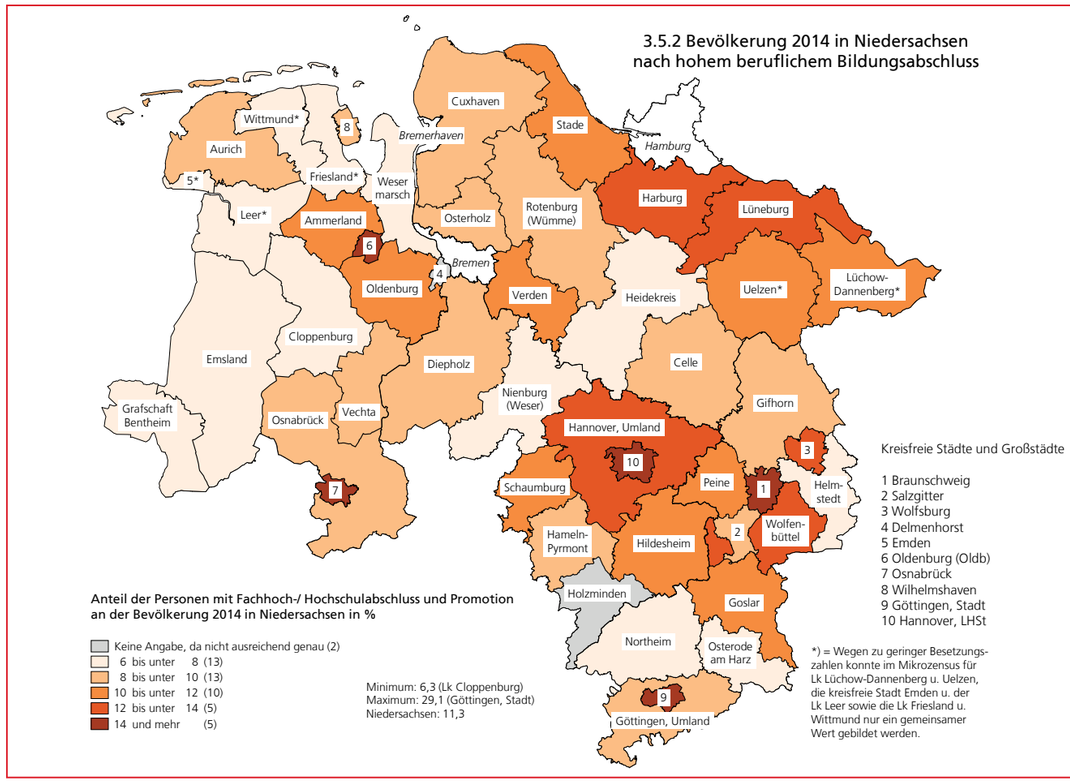
Die regionalen Unterschiede waren auch hier erheblich und reichten von sehr niedrigen, aber methodisch bedingt nicht ausreichend genauen Werten in der kreisfreien Stadt Delmenhorst und im Landkreis Holzminden über 6,3 % im Landkreis Cloppenburg bis 29,1 % in der (Universitäts-)Stadt Göttingen. Unter den Erwerbstätigen hatten in Niedersachsen 17,1 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss bzw. Promotion. Auch hier lag das Land unterhalb des Bundesdurchschnitts von 19,8 %.

3.5.1 Bildungsabschlüsse der Erwachsenenbevölkerung in den Bundesländern 2015



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.), Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ergebnisse des Mikrozensus, Bevölkerung 25-64 J. am Hauptwohnsitz in Privathaushalten. Einstufung nach ISCED 2011: Qualifikationsniveau "niedrig" Sekundarbereich I oder weniger; "mittel "Sekundarbereich II und postsekundarer nichttertiärer Bereich; "hoch" Tertiärer Bereich.

3.5.2 Bevölkerung 2014 in Niedersachsen nach hohem beruflichem Bildungsabschluss



4. Wirtschaft und Erwerbstätigkeit

Tabellen zum Thema im Anhang	
4.1	Wirtschaft in Niedersachsen 2014
4.2	Erwerbstätigenstruktur 2014
4.3.1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.2015 am Wohn- und am Arbeitsort, Frauenanteil und Teilzeit
4.3.2	Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am 30.06.2015 in Niedersachsen am Wohn- und am Arbeitsort
4.4	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30. Juni 2013 und 30. Juni 2015
4.5.1	Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Stellung im Beruf
4.5.2	Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote 2014 in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht
4.5.3	Regionale Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten 2014 in Niedersachsen
4.6	Mütter im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in Niedersachsen 2015 nach Zahl der Kinder

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) ist der wichtigste Indikator, der von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ermittelt wird. Das BIP stellt die gesamte Wirtschaftsleistung eines Landes oder einer Region dar. Die VGR berechnen auch andere für eine Sozialberichterstattung relevante Daten, so vor allem das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Das BIP und auch die verfügbare Einkommen sind aber keine direkten Wohlfahrtsindikatoren, denn ein komplexer Begriff wie „Wohlfahrt" umfasst auch nicht-finanzielle Komponenten der Lebensqualität. So werden z. B. die unentgeltliche Familienarbeit der Pflege, Betreuung und Kindererziehung sowie ehrenamtliche Tätigkeiten in den VGR im BIP nicht berücksichtigt. Auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen kann diesem Rechensystem nur unzureichend entnommen werden.

Die Daten über **Erwerbstätige am Arbeitsort**[17] sind für die regionale Arbeitsmarktbeobachtung wichtig. Sie umfassen nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Beamtinnen und Beamte sowie Selbstständige. Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2015 eine Höchstzahl erreicht. Jeder bzw. jede vierte Erwerbstätige unter den abhängig Beschäftigten stand 2015 in Niedersachsen nach Ergebnissen des Mikrozensus allerdings in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis (Befristet-, Teilzeit- mit höchstens 20 Stunden oder geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeitnehmerinnen und -nehmer), bei den Frauen waren es fast 39 %.

Rund 70 % der Erwerbstätigen sind **sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Aus den Daten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kann entnommen werden, dass im Bundesvergleich in Niedersachsen der Anteil der Teilzeitbeschäftigung über- und der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterdurchschnittlich ist. Die Quote der **geringfügig entlohnten Beschäftigten** ist in Niedersachsen nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Es gibt innerhalb des Landes starke regionale Unterschiede.

Auch wegen der möglichen Folgen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt rückt das „ungenutzte Arbeitskräftepotential" in den Fokus.[18] 2014 waren 7 % der Erwerbstätigen und 13 % der Teilzeitbeschäftigten unterbeschäftigt in dem Sinne, dass Teilzeitbeschäftigte gerne länger arbeiten würden, wenn es nur möglich wäre.

Der **Mikrozensus** ist eine weitere Datenquelle über Erwerbstätige. Er zählt diese **am Wohnort**, so dass seine Zahlen mit denen der Gesamtbevölkerung und der Familien kombiniert werden können. Hier werden insbesondere auch Daten über **erwerbstätige Mütter erfasst**. Ob und inwieweit die eigene Erwerbstätigkeit und die Betreuung von Kindern miteinander vereinbar sind, ist eine ganz entscheidende Frage der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Vor allem der Ausbau der Kinderbetreuung[19] trägt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

17 *Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR).*

18 *Vgl. Kapitel 5 Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie Kapitel 7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen. Siehe auch Rengers, Martina. Unterbeschäftigung, Überbeschäftigung und Wunscharbeitszeiten in Deutschland, Ergebnisse für das Jahr 2014, in: Wirtschaft u. Statistik 6/2015, S. 22 ff.; www.destatis.de/publikationen.*

19 *Vgl. Kapitel 3.1 Kindertagesbetreuung.*

4.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Definition des Indikators: Zu den wichtigsten Kennzahlen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gehören das Bruttoinlandsprodukt (BIP), dessen nominale Veränderungsrate und die Bruttowertschöpfung (BWS).

Das BIP umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP und seine nominale Veränderungsrate sind Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung einer Region.

Methodische Hinweise: Für Regionalvergleiche ist ein Bezug auf die Einwohnerzahl (BIP pro Kopf) üblich. In Gebieten mit starken Pendlerverflechtungen ist der Indikator problematisch. Das BIP wird am Entstehungsort erhoben, die Bevölkerung wird jedoch an ihrem Wohnort erfasst. Da Niedersachsen zwei Stadtstaaten als Nachbarn hat, ist schon auf Ebene des Landes mit Verzerrungen zu rechnen, was bei der Interpretation dieses Indikators berücksichtigt werden muss.

Auf Kreisebene wird die Veränderungsrate des BIP nur nominal nachgewiesen (ohne Preisbereinigung), da hier entsprechende Deflatoren fehlen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Konjunktur, VGR

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Niedersachsens betrug im Jahr 2014 insgesamt 248,5 Milliarden €. Pro Kopf waren das 31 824 €. Im Ländervergleich war dies relativ wenig, denn der Deutschland-Wert lag bei 36 003 €. Dies liegt überwiegend daran, dass viele in Niedersachsen wohnhafte Erwerbstätige in Hamburg oder Bremen arbeiten und das dortige BIP mit erwirtschaften. Die sehr hohen Werte beim BIP pro Kopf für die benachbarten Stadtstaaten Bremen (45 660 €) und vor allem Hamburg (59 958 €) sind ebenfalls auf diesen Effekt der Pendlerverflechtung zurückzuführen.

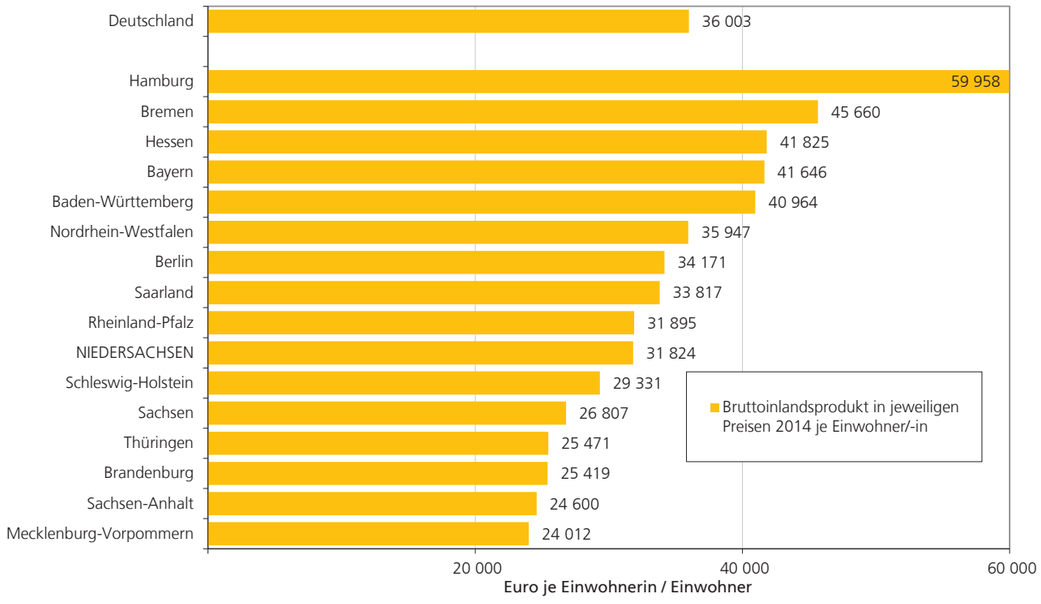
Dennoch hat der Indikator BIP pro Kopf eine hohe Aussagekraft. Nach wie vor ist eine große Spanne der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West zu erkennen; das BIP pro Kopf liegt z. B. in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erheblich unter dem niedersächsischen Wert. Unter den Flächenländern gab es 2014 in Hessen und Bayern die höchsten Pro-Kopf-Werte.

Regional differiert das BIP pro Kopf am Arbeitsort zwischen einem Spitzenwert von 136 531 € in Wolfsburg und Minimalwerten von 17 875 € (Landkreis Osterholz) und 18 000 € im Landkreis Gifhorn. Auch diese beiden Extremwerte spiegeln insbesondere die funktionale Verflechtungen wider, denn viele der in Wolfsburg Tätigen wohnen im Kreis Gifhorn, und der Landkreis Osterholz ist Wohnort vieler Menschen, die in Bremen arbeiten.

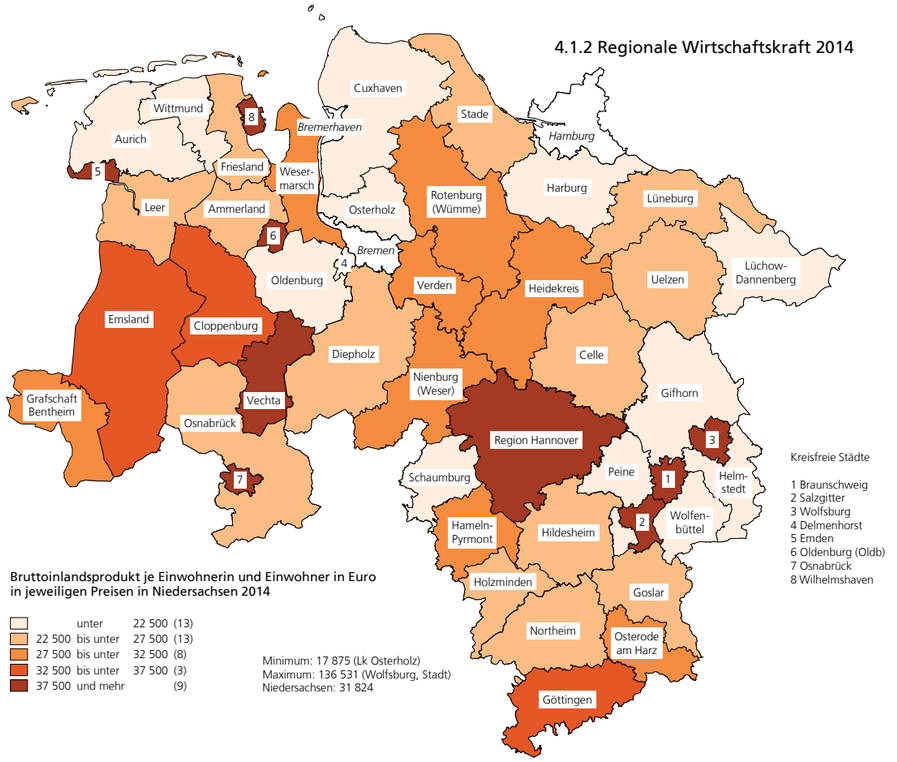
Bemerkenswert ist, dass einige ländliche Landkreise, die nicht zum Einzugsbereich einer Metropole gehören und in denen es eine eigenständige Wachstumsdynamik gab, klar überdurchschnittliche Werte aufweisen (vor allem die Landkreise Vechta, Cloppenburg und Emsland).

Zur wirtschaftlichen Leistung trugen 2014 mit einem Anteil von zwei Drittel die Dienstleistungsbereiche bei. Die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei trug 1,5 % bei, das Baugewerbe 5,5 % und das sonstige Produzierende Gewerbe 26,3 %. Im Bundesvergleich sind der industrielle Sektor und die Landwirtschaft in Niedersachsen über- und die Dienstleistungsbranchen unterrepräsentiert. Regional gibt es zum einen ausgeprägte Industriestandorte, wie Salzgitter und Wolfsburg, aber auch Emden und der Landkreis Holzminden, zum anderen auf Dienstleistungen ausgerichtete Regionen wie den Landkreis Leer mit einem Spitzenwert von 82,9 %.

4.1.1 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Bundesländern 2014



4.1.2 Regionale Wirtschaftskraft 2014



4.2 Erwerbstätige am Arbeitsort

Definition des Indikators: Wichtige Indikatoren der regionalen Arbeitsmarktbeobachtung sind die Erwerbstätigenzahlen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

„Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. (Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2 Band 2, 2014) Als „marginal Beschäftigte" gelten Personen, die als Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach der ILO als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben, in Deutschland v. a. ausschließlich geringfügig Beschäftigte und solche in Arbeitsgelegenheiten (sog. „Ein-Euro-Jobs«).

Methodische Hinweise: Die ausschließliche Darstellung der Anzahl der Erwerbstätigen ist wegen der Bedeutung „atypischer" Arbeitsverhältnisse, speziell Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung, unzureichend. Es wird daher auch das Arbeitsvolumen berechnet: Das *Standard-Arbeitsvolumen* umfasst die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, die eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Das Arbeitsvolumen ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und durchschnittlicher Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Wirtschaftsbereich. *Vollzeit-Äquivalente* sind ergänzend zur Personenzahl bereinigt um das Maß der Teilnahme am Erwerbsprozess der beteiligten Personen.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt sowie www.statistik-portal.de und www.ak-etr.de

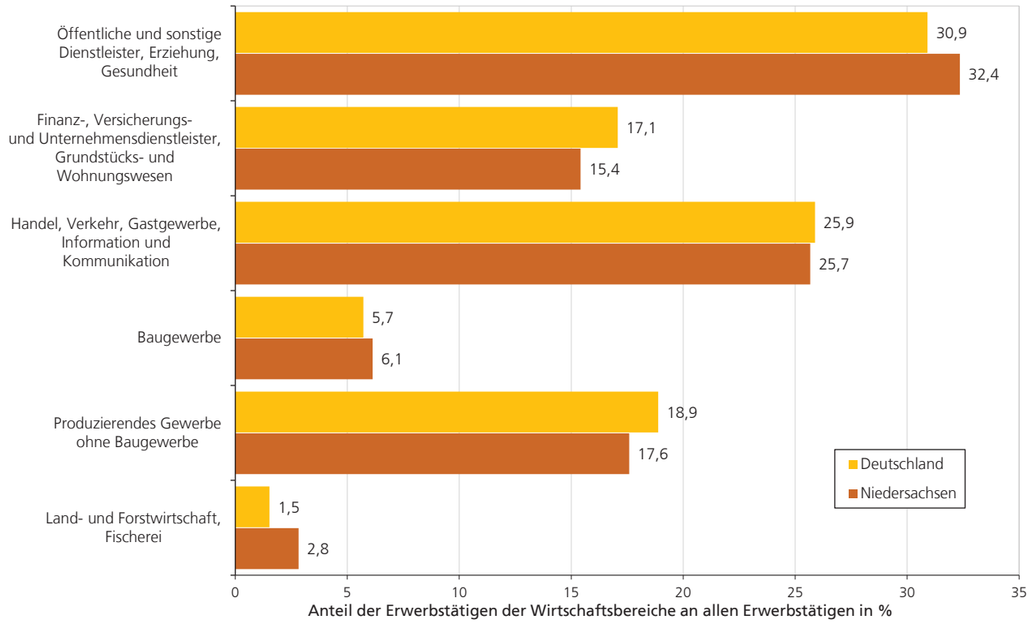
In Niedersachsen waren im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt 3 932 000 Erwerbstätige beschäftigt. Unter diesen waren 591 900 nur marginal Beschäftigte (zumeist ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten – sog. 1-Euro Jobs), ein Anteil von 15,1 %. Die marginale Beschäftigung gibt es in Niedersachsen vergleichsweise häufig, denn der entsprechende Anteil lag bundesweit nur bei 13,4 %.

Fast drei Viertel (73,4 %) der Erwerbstätigen waren in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen tätig, nur 23,7 % waren in den produzierenden Sektoren der Wirtschaft beschäftigt. Der entsprechende Prozentanteil lag bundesweit mit 24,6 % höher.

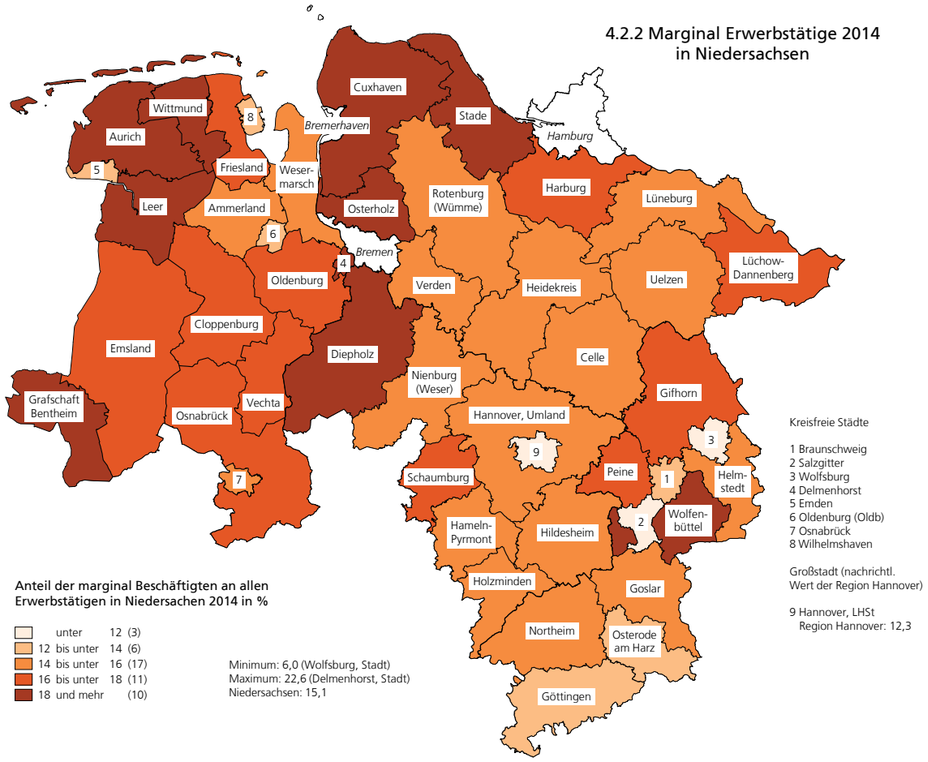
Im Bundesvergleich stark vertreten war nach wie vor die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei. Diese hatte in Niedersachsen 2014 ein Gewicht von 2,8 % - bundesweit waren es 1,5 %. Auch das Baugewerbe, in dem in Niedersachsen 6,1 % der Erwerbstätigen arbeiten, ist leicht überrepräsentiert – bundesweit lag der Anteil bei 5,7 %. Andererseits ist die Branche der Finanzen, Versicherungen, Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen in Niedersachsen unterdurchschnittlich stark ausgeprägt: Hier arbeiteten 15,4 % der Erwerbstätigen, bundesweit waren es 17,1 %.

Die regionale Struktur ist sehr vielfältig. Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist vergleichsweise stark in einigen Landkreisen, die vor allem im Westen des Landes liegen, vertreten. Der höchste Anteilswert trat mit 8,4 % im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf. Der industrielle Sektor (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe) ist sehr stark in den kreisfreien Städten Wolfsburg, Salzgitter und Emden, aber auch in Landkreisen wie Holzminden und der Wesermarsch vertreten. Die Branche der Finanzen, Versicherungen, Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen ist vor allem in den Städten Braunschweig, Hannover, Delmenhorst, Oldenburg und Osnabrück mit Anteilswerten über 20 % stark vertreten. Die Öffentlichen und sonstigen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit beschäftigten 2014 landesweit fast ein Drittel (32,4 %) aller Erwerbstätigen. Der Spitzenwert trat mit 50,9 % in der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven auf.

4.2.1 Erwerbstätigenstruktur 2014



4.2.2 Marginal Erwerbstätige 2014 in Niedersachsen



4.3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Teilzeitarbeit

Definition des Indikators: Arbeitgeber melden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Beschäftigungsstatistik ist Teil der amtlichen Arbeitsmarktstatistik und erfasst u.a. die Versicherungsnummer des Beschäftigten sowie die Merkmale Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Ausbildung, Beruf, Stellung im Betrieb, Voll-/Teilzeitbeschäftigung, Wirtschaftszweig, Rentenversicherungsträger, Gleitzone, Arbeitsort und Wohnort.

Methodische Hinweise: ***Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*** sind alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Arbeitgeber hiernach Beitragsanteile entrichten. Nicht dazu zählen Menschen im Beamtenverhältnis, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, Wehr- und Zivildienstleistende (Ausnahme: Personen, die zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten, z. B. einer Wehrübung, einberufen wurden).

Als ***Teilzeitarbeit*** gilt eine Beschäftigung, die eine/n Arbeitnehmer/in vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt.

Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de

In Deutschland lebten am 30.06.2015 insgesamt 30,6 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, darunter 2,9 Mio. in Niedersachsen.[20] Frauen hatten hier einen Anteil von 45,5 % (Deutschland: 46,5 %). Regional relativ niedrig waren deren Anteile vor allem in industriell geprägten Standorten wie dem Emsland (41,0 %) und der Wesermarsch (41,6 %) sowie den Städten Emden (42,0 %), Salzgitter (40,9 %) und Wolfsburg (42,0 %). Frauenquoten nahe 50 % gab es dort, wo die Dienstleistungen dominierten, z.B. in den Städten Göttingen (49,6 %), Oldenburg (49,3 %) und Hannover (48,0 %).

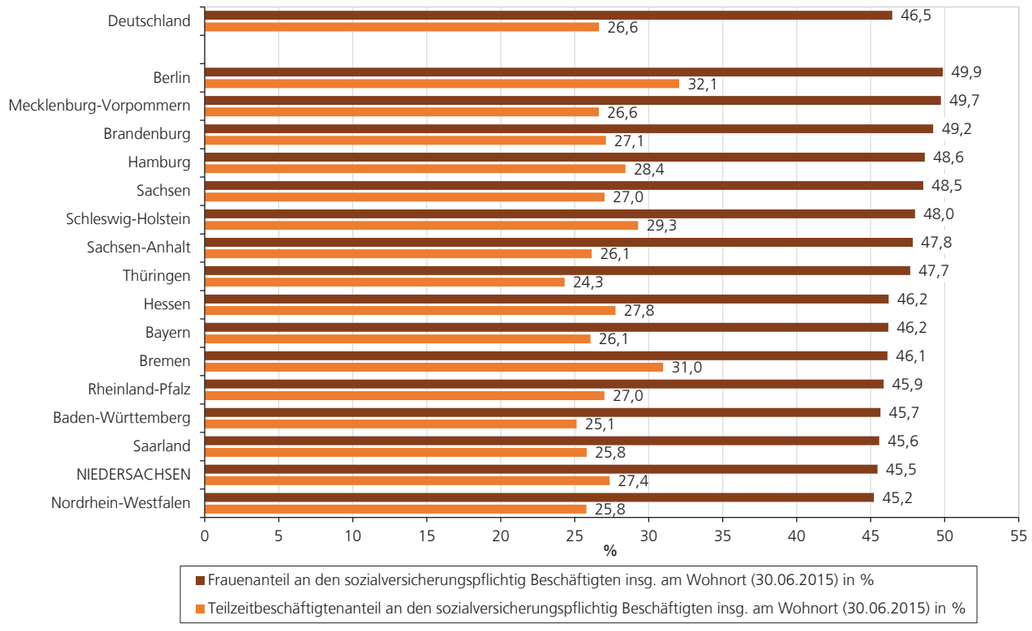
Zugleich lag sowohl der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in Niedersachen mit 27,4 % höher als im Bundesdurchschnitt von 26,6 % als auch der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten mit 82,7 % (Deutschland: 80,3 %). Teilzeitarbeit ist in Niedersachsen noch mehr als anderswo eine Frauendomäne. In den Großstädten mit ihrem hohen Dienstleitungsanteil, zahlreichen Behörden und Forschungseinrichtungen ist der Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigten noch am niedrigsten, so z.B. in Göttingen (68,6 %) und Hannover (71,7 %). Am höchsten sind sie in eher ländlichen Regionen mit einem hohen Gewicht produzierender Branchen wie in den Landkreisen Vechta (87,9 %), Grafschaft Bentheim und Holzminden (je 87,4 %).

Teilzeitarbeit ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits erleichtert sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben nach einer „Babypause“. Andererseits zeigt die Tatsache, dass vier von fünf Teilzeiterwerbstätigen Frauen sind, dass alte Rollenmuster noch wirksam sind. Eine allzu lange Dauer der Teilzeitarbeit führt auch immer zu niedrigen Verdiensten und damit langfristig zu einem niedrigen Rentenanspruch.

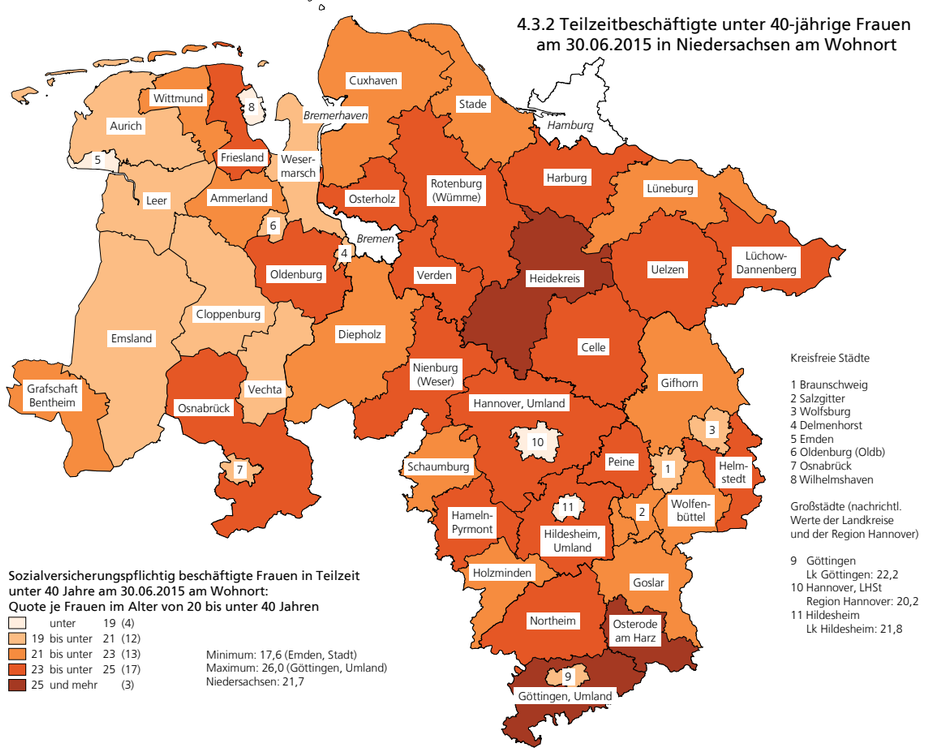
Teilzeitarbeit wird besonders relevant für Frauen unter 40, die oft Beruf und Familie miteinander vereinbaren müssen. In Niedersachsen lag Mitte 2015 der Anteil unter 40-jähriger Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten bei 23,6 %. Ihre Quote, bezogen auf die weibliche Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 40, betrug 21,7 % (+1,2 Prozentpunkte gegenüber 2014).

20 Nach Wohnortprinzip. Am Arbeitsort waren es 2015 in Deutschland mit 30,766 Mio. etwas mehr, bzw. in Niedersachsen mit 2,784 Mio. etwas weniger Beschäftigte, da viele Niedersachsen arbeiten z.B. in Hamburg oder Bremen.

4.3.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen und Teilzeitbeschäftigung 2015 nach Bundesländern



4.3.2 Teilzeitbeschäftigte unter 40-jährige Frauen am 30.06.2015 in Niedersachsen am Wohnort



4.4 Mini-Jobs

Definition des Indikators: Der Indikator gibt Auskunft über das Ausmaß der geringfügigen Beschäftigung.

Die Quote der Geringfügig Beschäftigten wird berechnet, indem die Anzahl der Geringfügigen Beschäftigten auf die Bevölkerung im Erwerbsalter (15- unter 65 Jahre am 31.12. des Vorjahres) bezogen wird. Zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen („Mini-Jobs“) zählen die geringfügig entlohnte und die kurzfristige Beschäftigung.

Die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten sind eine Teilgruppe der marginal Beschäftigten (siehe auch hierzu die Erläuterungen unter 4.2).

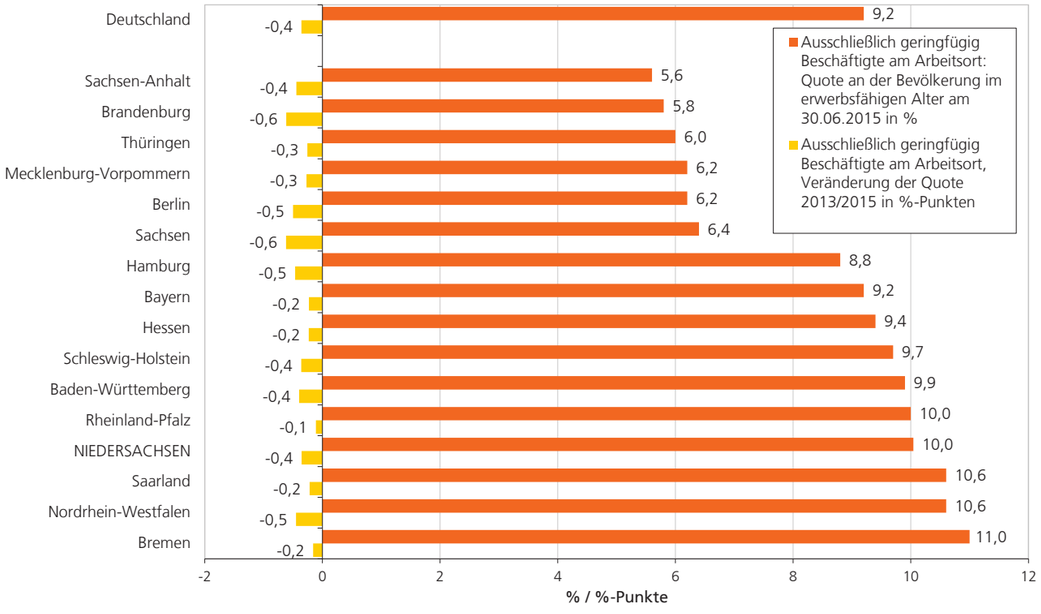
Methodische Hinweise: Ausschließlich geringfügige Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze von 450 € nicht überschreitet. Bei mehreren geringfügigen Beschäftigungen werden nur diejenigen erfasst, die sich – auch bei einer Zusammenrechnung – in der Geringfügigkeitsgrenze bewegen. Eine **kurzfristige Beschäftigung** liegt vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die innerhalb eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.

Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de

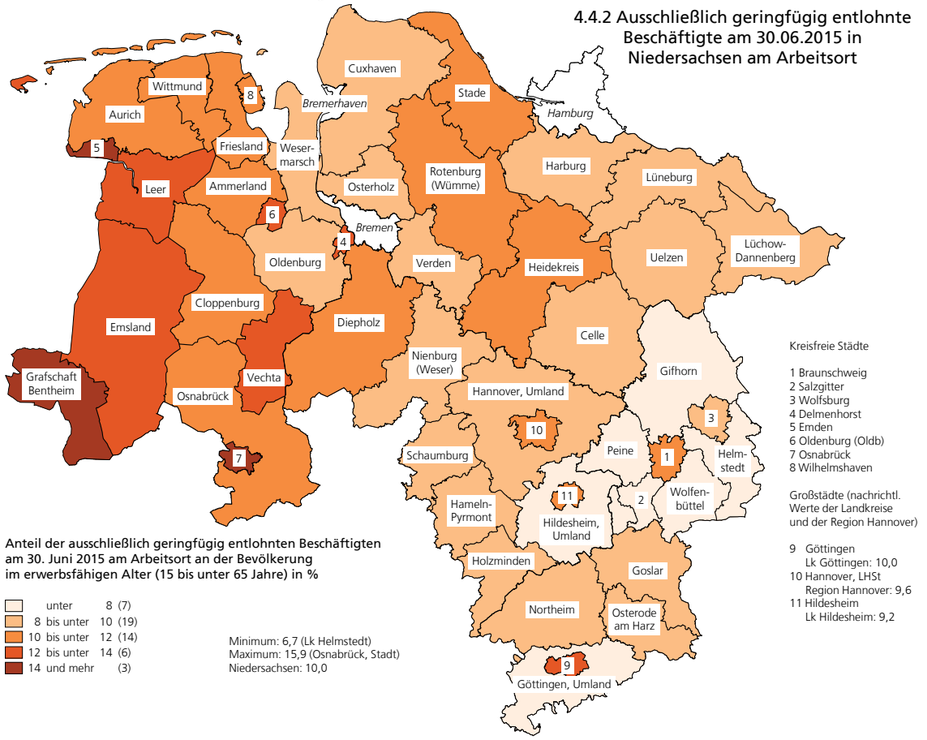
In Deutschland waren am 30.06.2015 durchschnittlich 9,2 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausschließlich geringfügig beschäftigt; geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Nebenjob wurden dabei nicht mitgezählt. In Niedersachsen (Arbeitsort) gab es 512 082 dieser sogenannten „Mini-Jobs“. Das entsprach einer Quote von 10,0 %. Nur in Bremen (11,0 %), Nordrhein-Westfalen (10,6 %) und im Saarland (10,6 %) waren die Minijob-Quoten höher. Relativ niedrige Quoten zwischen 5,6 % und 6,4 % wiesen die ostdeutschen Länder auf. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann zwar ein (Wieder-)Einstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis sein und ist für viele eine willkommene Gelegenheit für einen kleinen Zuverdienst. Sie wird aber überwiegend sehr kritisch gesehen, besonders in Hinblick auf die Altersversorgung, denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in der Regel keine Beiträge in die Sozialversicherung und verdienen brutto für netto. Wenn die ausschließlich geringfügige Beschäftigung lange währt, droht damit die Altersarmut.

Die Spannweite der Quoten reichte 2015 von 6,7 % im Landkreis Helmstedt bis zu 15,9 % in den kreisfreien Städten Osnabrück bzw. 15,6 % in Emden. Das Schaubild zeigt, dass die Minijob-Quoten vor allem in einigen Kreisen in der Statistischen Region Weser-Ems (11,8 %) überdurchschnittlich hoch sind. Außer den genannten Städten sind hier auch die Grafschaft Bentheim (14,2 %) und die Stadt Delmenhorst (13,8 %) zu nennen. In den vergangenen Jahren war strukturell dasselbe Bild zu betrachten, allerdings fiel der insbesondere mit Einführung des Mindestlohnes zum 1.1.2015 einhergehende Rückgang der Quote mit -0,5 Prozentpunkten in Weser-Ems etwas höher als anderswo aus. Nur in Emden kam es im Vergleich zu 2013 zu einem nennenswerten Quotenanstieg um +0,6 Prozentpunkte; überall sonst ging die Mini-Job-Quote zurück, landesweit und auch im bundesdeutschen Durchschnitt um -0,4 Prozentpunkte.

4.4.1 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30.06.2015 nach Bundesländern am Arbeitsort



4.4.2 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30.06.2015 in Niedersachsen am Arbeitsort



4.5 Erwerbstätige am Wohnort

Definition des Indikators: Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (auch mithelfende Familienangehörige sowie Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben.

Es gelten auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung" als erwerbstätig (Quelle: Mikrozensus).

Methodische Hinweise: Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte und Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte sowie Tabellen

Die Erwerbstätigkeit ist von zentraler Bedeutung nicht nur für die Bestreitung des Lebensunterhalts, sondern auch für das Lebens- und Selbstwertgefühl der Person und ihres gesellschaftlichen Ansehens und Status. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung steigt langfristig an; dies liegt vor allem an der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Erwerbstätigenquoten – der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe – variieren nach Geschlecht, Alter, Region, Nationalität und beruflicher Qualifikation.

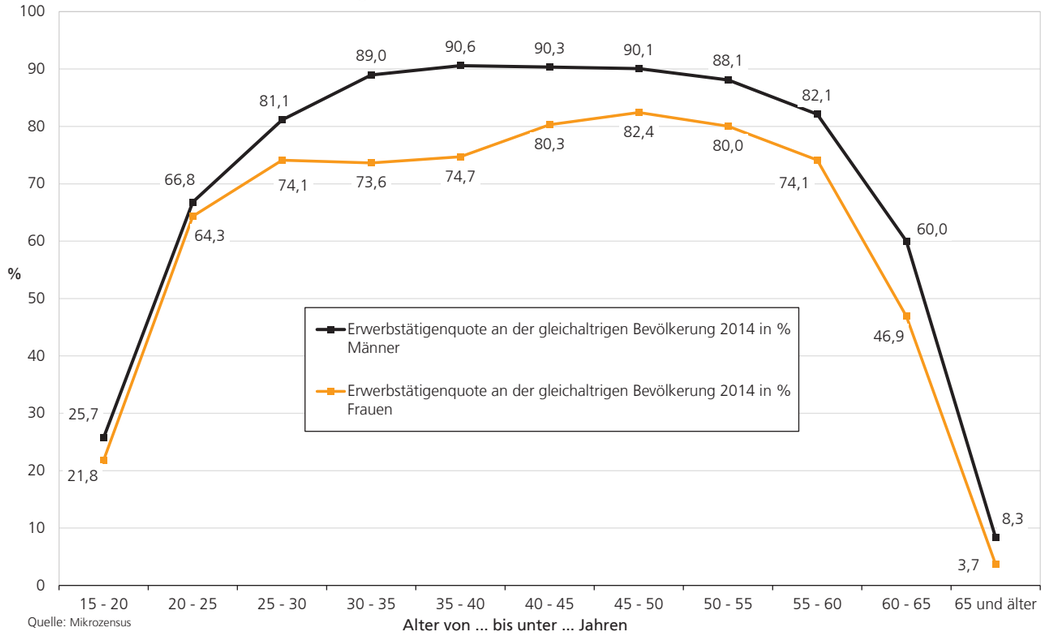
Im Jahr 2014 waren in Niedersachsen 3,8 Mio. Menschen erwerbstätig. Das entsprach einer Quote von 73,3 % der Bevölkerung im Erwerbsalter und einem Zuwachs von +4,3 % gegenüber 2009. Die Erwerbstätigenquote der Frauen (68,7 %) war -9,1 Prozentpunkte niedriger als die der Männer (77,8 %). Regional differierten die Erwerbstätigenquoten zwischen einem Minimum von 62,5 % im Landkreis Helmstedt und einem Maximum von 81,5 % in der Grafschaft Bentheim. Die Erwerbstätigenquoten der Männer und Frauen lagen vor allem in klassischen Industriestandorten Ostniedersachsens noch weit auseinander: In Salzgitter betrug der Abstand 21,5 Prozentpunkte, in Wolfsburg 15,2 % und im Landkreis Gifhorn, wo viele in Wolfsburg arbeitende Menschen wohnen, 15,5 %. Einzig in der Universitätsstadt Göttingen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen mit 69,6 % über der der Männer von 67,3 %.

Die Kurve der altersspezifischen Erwerbstätigenquote der Geschlechter hat einen charakteristischen Verlauf. Bei den 15- bis unter 20-Jährigen sind die Quoten noch fast identisch. Ab der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen bis zu den 35- bis unter 40-Jährigen wird der Abstand der Erwerbstätigenquoten größer. Dies liegt an einer nach wie vor vorhandenen familiären Rollenverteilung bei der Kinderbetreuung.[21] Der Abstand der beiden Quoten wird bei 40- bis unter 55-Jährigen wieder geringer. In diesen Altersklassen steigt die weibliche Erwerbsbeteiligung an, denn die Frauen kehren oft nach einer familienbedingten Unterbrechung in den Beruf zurück. Im Alter ab 50 Jahren nimmt die Erwerbstätigenquote bei beiden Geschlechtern ab, bei Frauen stärker als bei Männern.

9,6 % der Erwerbstätigen Niedersachsens waren 2014 selbstständig tätig. Dieser Anteil ist im Ländervergleich leicht unterdurchschnittlich – bundesweit lag der Anteil bei 10,5 %. Die höchsten Anteile an Selbstständigen wiesen die Stadtstaaten Berlin (16,5 %) und Hamburg (13,2 %) auf. Am niedrigsten mit 7,4 % war der Anteil im Saarland.

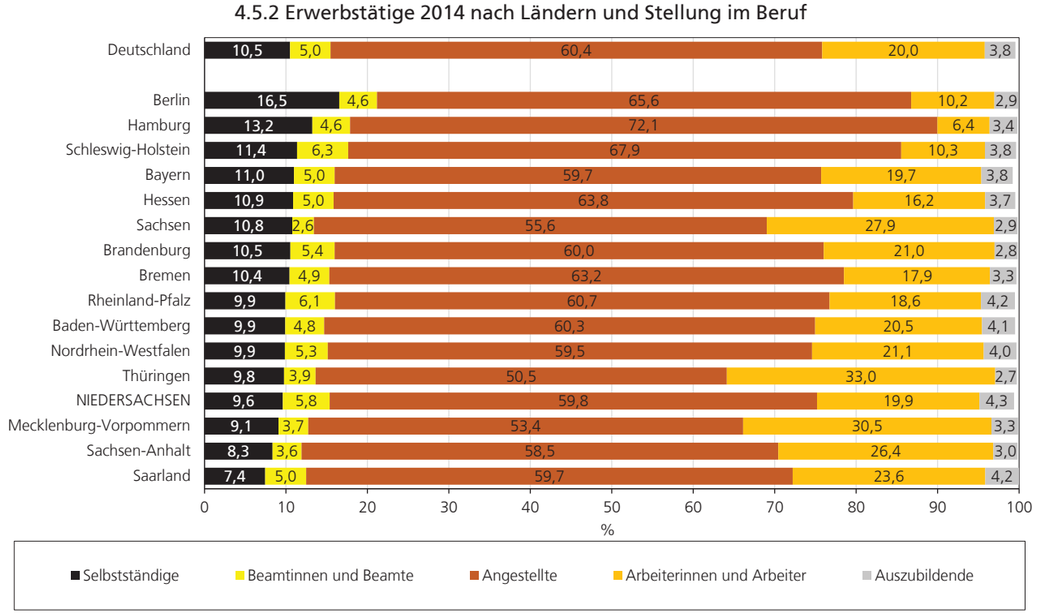
21 Vgl. Kapitel 4.6 Erwerbstätigkeit von Müttern.

4.5.1 Erwerbstätige 2014 in Niedersachsen nach Geschlecht und Alter



Quelle: Mikrozensus

4.5.2 Erwerbstätige 2014 nach Ländern und Stellung im Beruf



Quelle: Mikrozensus

4.6 Erwerbstätigkeit von Müttern

Definition des Indikators: *Erwerbstätige* sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner auf Erwerb gerichtete Tätigkeit nachgehen, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Aktiv Erwerbstägige sind nicht vorübergehend beurlaubt, z. B. wegen Mutterschutz oder Elternzeit. (Quelle: Mikrozensus).

Es wird die normalerweise geleistete *Arbeitszeit* je Woche und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche erhoben. Bei ersterer werden gelegentliche oder einmalige Abweichungen nicht berücksichtigt. Die „normale" Arbeitszeit kann von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abweichen, wenn regelmäßig wöchentlich Überstunden geleistet werden.

Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche enthält z.B. auch unregelmäßig geleistete Überstunden. Dargestellt werden nur normalerweise oder tatsächlich geleistete Arbeitszeiten aus der einzigen oder der Haupterwerbstätigkeit (von mehreren Tätigkeiten).

Methodische Hinweise: Die Ergebnisse zur *Vollzeit- und Teilzeittätigkeit* beruhen zunächst auf einer Selbsteinstufung der Befragten. In Verbindung mit der Angabe zu den normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden wird diese Angabe dahingehend korrigiert, dass Personen mit bis einschließlich 24 Wochenarbeitsstunden als teilzeitbeschäftigt in den Veröffentlichungen ausgewiesen werden.

Personen mit 37 Wochenarbeitsstunden und mehr werden als *Vollzeittätige* eingestuft. Für Personen, die zwischen 25 und 36 Wochenarbeitsstunden leisten, gilt die Selbsteinstufung der Befragten als vollzeit- oder teilzeittätig.

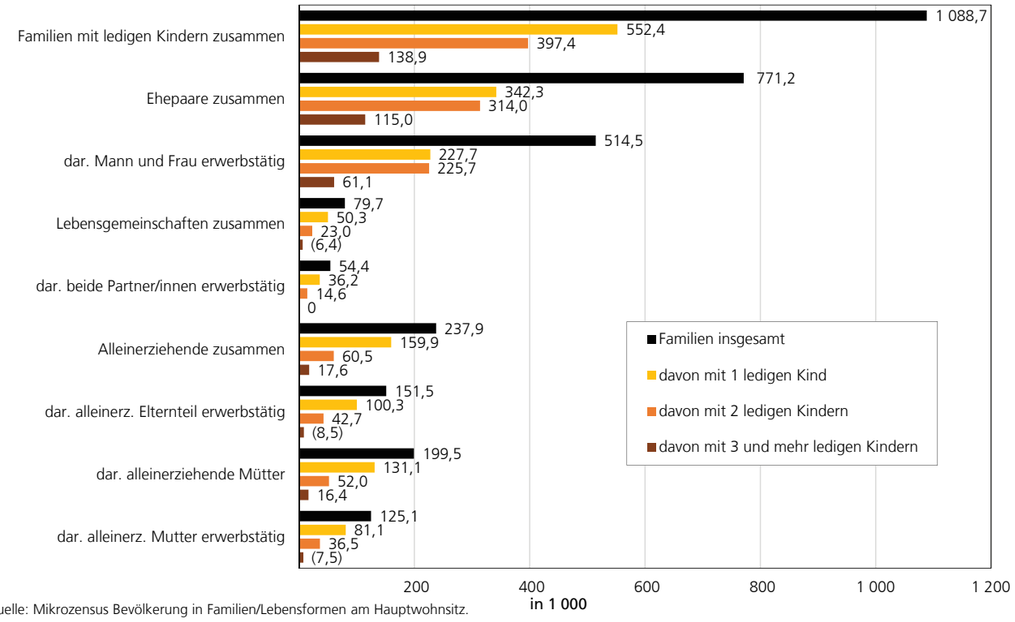
Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte und Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte

In Niedersachsen gab es im Jahr 2015 insgesamt 762 000 Mütter im Erwerbsalter, die ledige Kinder unter 18 Jahre hatten. Die Hälfte von ihnen (50,7 %) hatte ein Kind, ein gutes Drittel (37,3 %) hatte zwei Kinder und nur 12,2 % hatten drei oder mehr Kinder. Fast zwei Drittel (464 000 bzw. 60,9 %) der Mütter war „aktiv erwerbstätig". „Aktiv erwerbstätig" sind diejenigen Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgingen und nicht etwa vorübergehend, z. B. wegen Mutterschutz oder Elternzeit, beurlaubt waren oder krankheitsbedingt nicht gearbeitet haben. Die Mehrheit, nämlich 351 000 von diesen 464 000 erwerbstätigen Mütter, war in Teilzeit tätig. In Anteilswerten ausgedrückt, bedeutet dies zum einen, dass 46,1 % aller Mütter in Teilzeit erwerbstätig waren, und zum anderen, dass mehr als drei Viertel (75,6 %) der erwerbstätigen Mütter „nur" in Teilzeit arbeitete.

Differenziert man dies nach der Kinderzahl, wird das Bild noch deutlicher. Je höher die Kinderzahl, desto geringer ist die Erwerbsbeteiligung der Mütter und desto höher ist der Teilzeitanteil unter den erwerbstätigen Müttern. 63,7 % der Mütter mit nur einem Kind waren aktiv erwerbstätig, bei zwei Kindern sank der Anteil nur geringfügig auf 62,0 %. Der entscheidende „Knick" tritt bei den Müttern von 3 und mehr Kindern auf, die nur noch zu 44,1 % erwerbstätig waren. Mit drei zu betreuenden Kindern wird eine zusätzliche Erwerbstätigkeit für die Mütter schwierig. Diese Gruppe von Frauen ist nicht sehr groß; es handelt sich um 93 000 Mütter, von denen 41 000 erwerbstätig sind. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den verbleibenden nicht aktiv erwerbstätigen 52 000 Müttern zum Teil auch um Frauen handelt, deren Lebensentwurf weniger auf das Erwerbsleben und mehr auf Familie und Kinder ausgerichtet ist.

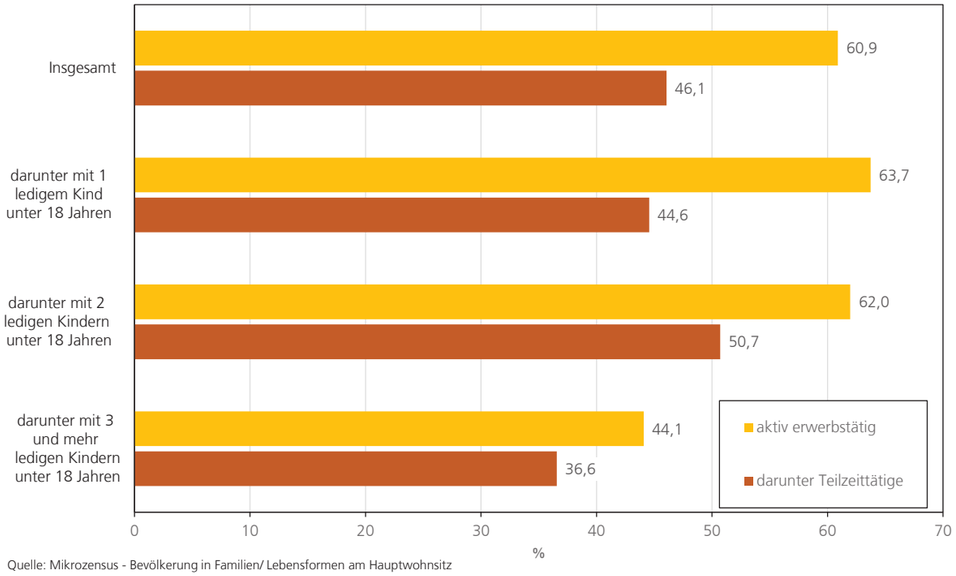
Der Teilzeitanteil unter den erwerbstätigen Müttern lag bei den Müttern von einem Kind bei 69,9 %. Bei den Müttern mit 2 Kindern (81,8 %) und 3 und mehr Kindern (82,9 %) lag er fast gleichauf.

Abb. 4.6.1 Erwerbstätigkeit 2014 in Niedersachsen nach Familienform und Kinderzahl



Quelle: Mikrozensus Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 4.6.2 Aktive Erwerbstätigkeit von Müttern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65) in Niedersachsen 2015 nach Zahl der Kinder unter 18 Jahre



Quelle: Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/ Lebensformen am Hauptwohnsitz

5. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Tabellen zum Thema im Anhang	
5.1.1	Arbeitslosenquoten aller zivilen Erwerbspersonen im Juni 2015
5.1.2	Struktur der Arbeitslosigkeit im Juni 2015 nach Personengruppen
5.2	Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Dezember 2015 in Niedersachsen
5.3.1	Erwerbslose 2014 in Niedersachsen nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf der letzten Tätigkeit
5.3.2	Erwerbslose 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Dauer der Arbeitssuche
5.3.3	Anteil der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebenden Personen 2009 bis 2014 nach Bundesländern, Altersgruppe und Geschlecht
5.3.4	Erwerbslosenquote 2009 bis 2014 nach Bundesländern und Geschlecht
5.3.5	Langzeiterwerbslosenquote 2009 bis 2014 nach Bundesländern und Geschlecht

Arbeitslosigkeit führt unmittelbar erst einmal zu finanziellen Einbußen, bei längerer Dauer auch zu eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe der Betroffenen und ihrer Familienmitglieder sowie oftmals zur sozialen Stigmatisierung. Erwerbslose sind am stärksten armutsgefährdet.

Bei Betrachtung der Struktur der Arbeitslosigkeit muss der Blick zum einen auf die **Unterbeschäftigung** geworfen werden: Wie viele Menschen insgesamt suchen eine Arbeit, auch wenn sie sich gerade in Beschäftigungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen befinden oder länger erkrankt sind? Zu der Gruppe der Unterbeschäftigten gehören auch Arbeitslose im Alter über 58, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet sind, aber aufgrund mangelnder Chancen über ein Jahr keine Angebote seitens der BA erhalten haben.

Zum anderen hilft der Blick auf das Verhältnis von Arbeitslosigkeit der **Rechtskreise SGB III und SGB II**, um beispielsweise Aussagen über die Verfestigung der Arbeitslosigkeit in einer Region machen zu können. Wie setzt sich also die Arbeitslosenquote durch die Quoten der beiden Rechtskreise zusammen, und wie hoch ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen insgesamt? In Niedersachsen sinken mit dem Anstieg bei der Erwerbstätigkeit auch die Arbeitslosenzahlen stetig und erreichten 2015 ein historisches Tief. Die Quote lag mit 5,9 % (Juni) unter dem Bundeswert (6,2 %). Dabei setzte sich die Quote zusammen aus 4,1 % SGB II- und 1,8 % SGB III-Arbeitslosigkeit. Aber auch die Unterbeschäftigungsquote sinkt seit Jahren und lag 2015 (Dezember) bei 7,6 %.

Wichtig ist es, auch **jugendliche Arbeitslose** in Arbeit zu bringen, vor allem, wenn diese noch gar nicht im Erwerbsleben gestanden haben. In Niedersachsen lag die Quote der Jugendarbeitslosigkeit 2015 (Jahresdurchschnitt) bei 5,3 %, etwas unter dem Deutschlandwert (5,5 %). Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 2015 insgesamt 9,0 %, hier über dem Bundesdurchschnitt von 8,1 %. Regional hohe Anteile können als Zeichen gewertet werden, dass der örtliche Arbeitsmarkt nicht dem (örtlichen) Ausbildungsmarkt entspricht, insbesondere, wenn zugleich ein Fachkräftemangel und eine Nachwuchslücke vorliegen.

Nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit sind Arbeitslose, dem § 16 SGB III folgend, und Unterbeschäftigte zwischen 15 Jahren und der Rentenaltersgrenze alt, können bis zu 15 Stunden wöchentlich arbeiten und sind arbeitsfähig und auch -bereit. Aber nicht jeder registrierte Arbeitslose, der den geltenden sozialrechtlichen Vorgaben entspricht, möchte bzw. kann subjektiv betrachtet auch arbeiten, bspw. weil Angehörige zu pflegen und/oder kleine Kinder zu versorgen sind.

Für internationale Vergleiche ist das Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) geeignet, das die „ökonomisch aktive Bevölkerung" darstellt. Es teilt die Erwerbsbevölkerung (dazu reicht bereits eine Stunde bezahlter Arbeit pro Woche aus) in erwerbstätige oder erwerbslose „Erwerbspersonen" sowie in „Nichterwerbspersonen", die entweder ungewollt oder gewollt weder erwerbstätig noch erwerbslos sind. **Erwerbslose** sind nicht erwerbstätig, haben aber in den letzten vier Wochen im Berichtszeitraum aktiv nach einer Tätigkeit gesucht. Als unterbeschäftigt gelten hier Erwerbstätige, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben oder für diese zur Verfügung ständen.

5.1 Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquoten

Definition des Indikators: ***Arbeitslose*** sind Arbeitsuchende, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben. Sie suchen eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung und stehen dabei den Vermittlungsbemühungen der Bundesagentur für Arbeit oder des kommunalen Trägers zur Verfügung, sind also arbeitsfähig und -bereit. Sie wohnen in der Bundesrepublik Deutschland, sind nicht jünger als 15 Jahre und haben die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht.

Arbeitslose haben sich bei einer Arbeitsagentur persönlich arbeitslos gemeldet (vgl. §§ 2, 16, 327 SGB III). Die Arbeitslosmeldung hat im SGB II unter leistungsrechtlichen Aspekten keine Bedeutung, ist aber aus Vermittlersicht für die Betreuung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen notwendig.

Methodische Hinweise: Da die Statistik der Arbeitsuchenden und Arbeitslosen der BA dem „Konzept der registrierten Arbeitslosigkeit" folgt, ist diese nicht identisch mit der „Erwerbslosigkeit". Arbeitslose können sowohl Leistungen der BA beziehen, als auch *Nichtleistungsbezieher* sein. Letztere können die Vermittlungs- und Beratungsleistungen der BA in Anspruch nehmen.

Weder arbeitsuchend noch arbeitslos sind Personen, die zwar als *nichtarbeitsuchende erwerbsfähige Personen* bei der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter gemeldet sind, aus unterschiedlichen Gründen jedoch die genannten Kriterien nicht erfüllen. Sie können Leistungsansprüche nach SGB II haben ohne jedoch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, sei es, weil sie länger als sechs Wochen arbeitsunfähig sind, Kinder oder Angehörige betreuen oder bspw. an längeren Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang und www.statistik.arbeitsagentur.de

Im Juni 2015 waren in Niedersachsen 246 598 (im Vorjahresmonat: 260 840) Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag damit mit 5,9 % (Vorjahresmonat 6,3 %) auf einem historisch niedrigen Niveau und unterhalb des Bundesdurchschnitts von 6,2 % (Vorjahresmonat: 6,5 %). Geschlechtsspezifisch gab es keinen großen Unterschied: Im Durchschnitt war die Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland mit 6,0 % etwas niedriger als die der Männer (6,3 %). In Niedersachsen betrugen die Quoten 5,8 % (Frauen) bzw. 5,9 % (Männer).

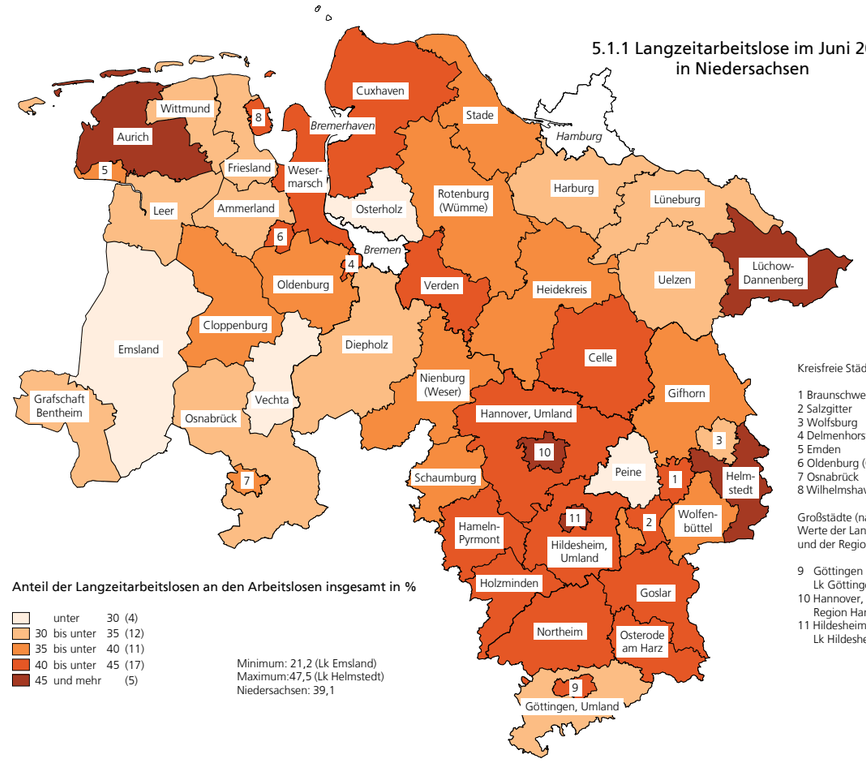
Unter den Arbeitslosen waren 9,0 %, also etwa jeder Elfte, unter 25 Jahre alt (Vorjahresmonat: 9,1 %) auf Bundesebene waren es 8,1 % (Vorjahresmonat: 8,4 %). Regional reichte der Anteil von 4,9 % (Vorjahresmonat: 5,0 %) in der Stadt Göttingen bis zu 11,7 % in der kreisfreien Stadt Emden. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinken auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen betrug in Niedersachsen 39,1 % (Vorjahresmonat 38,4 %) und lag somit kaum höher als der Bundesdurchschnitt von 38,2 % (Vorjahresmonat: 36,4 %).[22]

Die niedrigsten, aber auch die höchsten, Arbeitslosenquoten fanden sich in der Statistischen Region Weser-Ems. Im Landkreis Emsland betrug die Quote nur 3,0 %. Andererseits gab es vergleichsweise hohe Quoten in den Küsten-Kreisen sowie in den kreisfreien Städten Wilhelmshaven und Delmenhorst. Diese wiesen die niedersachsenweit höchsten Werte auf (12,1 % und 10,6 %).[23]

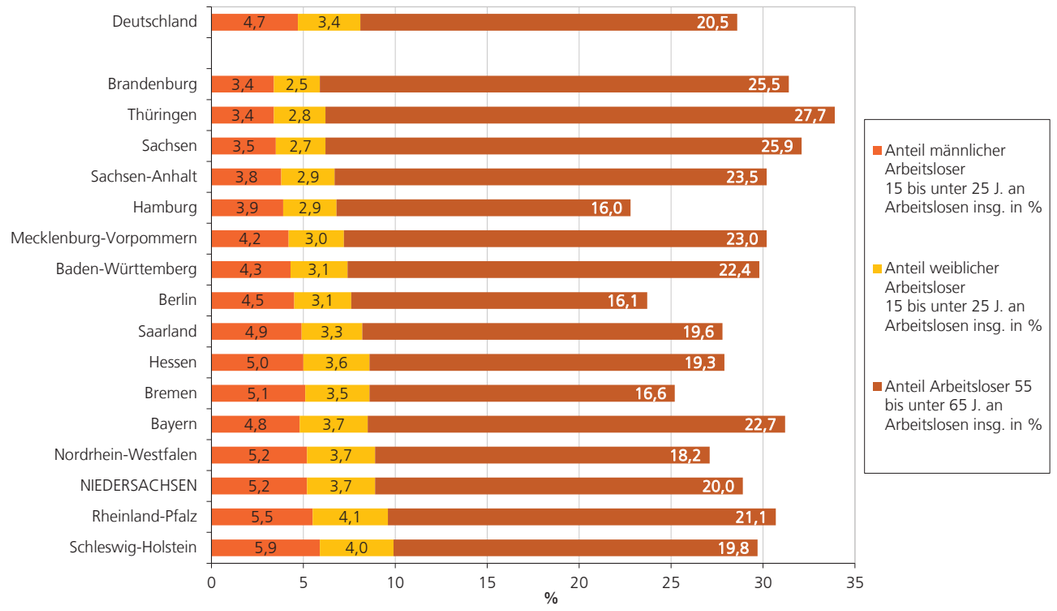
22 Vgl. Kapitel 5.3 Erwerbslose. Der Anteil der Langzeiterwerbslosen (mehr als ein Jahr ohne Arbeit bzw. Erwerbstätigkeit) an den Erwerbslosen ist im europäischen Vergleich in Deutschland hoch, bei einer insgesamt niedrigen Erwerbslosenquote.

23 Vgl. Kapitel 5.2 Unterbeschäftigung und Tabelle 5.2.

5.1.1 Langzeitarbeitslose im Juni 2015 in Niedersachsen



5.1.2 Arbeitslosigkeit im Juni 2015 in den Bundesländern nach Altersgruppen



5.2 Unterbeschäftigung

Definition des Indikators: Als Unterbeschäftigte gelten nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit *Arbeitslose* und *Arbeitslose im weiteren Sinne,* bei denen bspw. Regelungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung greifen. *Personen nahe am Arbeitslosenstatus* nehmen z.B. an einer beruflichen Weiterbildung teil oder sind in einer Arbeitsgelegenheit oder mit Bürgerarbeit beschäftigt. Zu den *Personen fern vom Arbeitslosenstatus* gehören diejenigen mit Gründungszuschuss, Einstiegsgeld für Selbstständige oder Altersteilzeit, diese Maßnahmen sollen die Gesamtwirtschaft entlasten.

Methodische Hinweise: Die Unterbeschäftigung erfasst zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder einen Sonderstatus haben. Ohne den Einsatz dieser Maßnahmen würde die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen.

Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung wird ein möglichst umfassendes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. Es können realwirtschaftliche (strukturell oder konjunkturell) bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt besser erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert.

Die hier dargestellte Unterbeschäftigung auf Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte enthält keine Angaben über Kurzarbeit, Altersteilzeit und geförderte Selbstständigkeit.

Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de > Grundlagen > Methodenberichte > Arbeitsmarkt

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie trotzdem ohne ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis sind und ein solches anstreben. Ein umfassenderes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert daher ergänzend zur Arbeitslosenquote die Unterbeschäftigungsquote. Sie bildet zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen ab, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Arbeitsförderungsmaßnahme teilnehmen oder kurzfristig erkrankt sind. Im Dezember 2015 waren in Niedersachsen 322 369 Personen unterbeschäftigt, im Vergleich zum Vorjahresmonat sank die Anzahl um 13 271 Personen bzw. um 4,0 %.

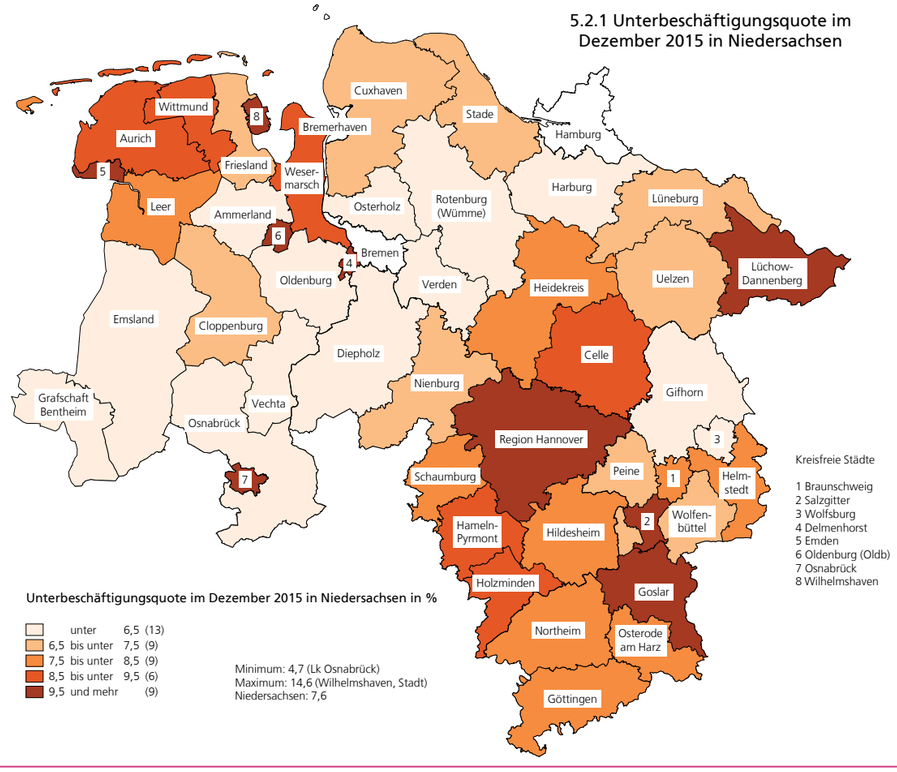
Die Unterbeschäftigungsquote lag mit 7,6 % erheblich über der Arbeitslosenquote im gleichen Berichtsmonat (5,9 %)[24]. Gut drei Viertel (76,9 %) der Unterbeschäftigten waren auch arbeitslos. Regional unterschiedlich hohe Anteile der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung lassen auf ein unterschiedliches Ausmaß der örtlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen schließen.

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinken die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.[25] Deshalb gibt das jeweilige örtliche Verhältnis von Arbeitslosenquoten der Rechtskreise SGB II und SGB III einen weiteren Hinweis auf die regional differierenden Chancen für Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt: nur ein Drittel der Arbeitslosen nach SGB III machen zwei Drittel der Beschäftigungsaufnahmen am ersten Arbeitsmarkt aus. In Niedersachsen war die Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II mit 4,1 % mehr als doppelt so hoch wie im Bereich SGB III (1,8 %). In der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven teilte sich die Arbeitslosenquote von 12,0 % nach Rechtskreisen in 2,0 % SGB III und 10,0 % SGB II auf. Eine hohe Arbeitslosigkeit ist in der Regel Ausdruck einer starken Verfestigung der Arbeitslosigkeit mit vielen Langzeitarbeitslosen. Wo die Arbeitslosenquote insgesamt eher niedrig war, war in der Regel auch die Aufteilung in den beiden Rechtskreisen relativ ausgeglichen.

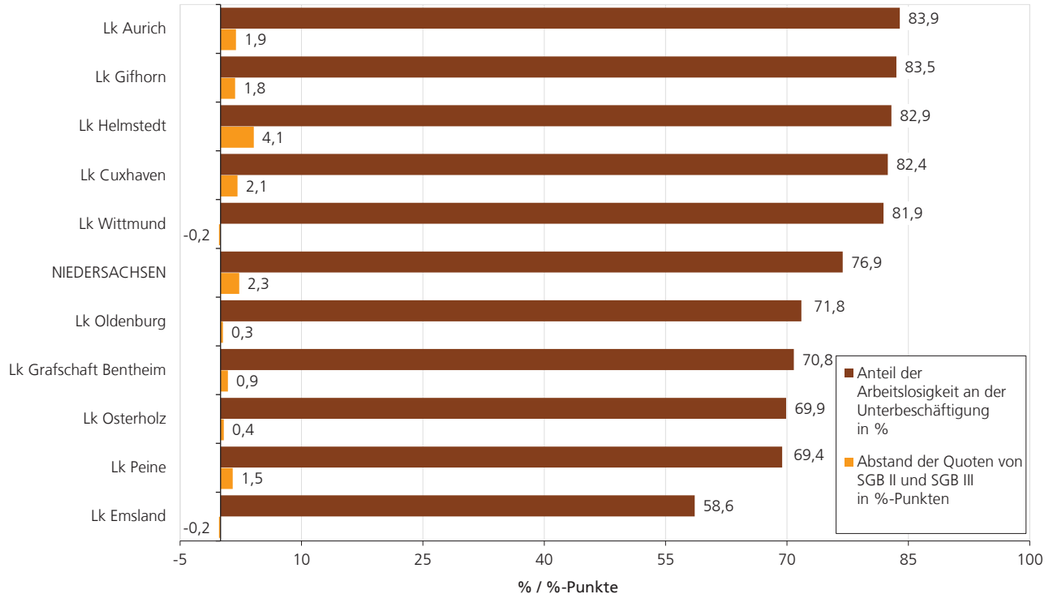
24 Vgl. Kapitel 5.1 Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquoten und Tabelle 5.1.1.

25 Vgl. Kapitel 8.3 Bezugsdauer von SGB II-Leistungen.

5.2.1 Unterbeschäftigungsquote im Dezember 2015 in Niedersachsen



5.2.2 Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung und Abstand der Quoten von SGB II und SGB III im Dezember 2015 in Niedersachsen



5.3 Erwerbslose

Definition des Indikators: Erwerbslose waren im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig, haben aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht, diese muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können.

Die ***Langzeiterwerbslosenquote*** ist der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (jeweils 15 bis unter 65 Jahre), die bereits 12 Monate oder länger erwerbslos sind.

Methodische Hinweise: Das Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) ermöglicht zur Darstellung der „ökonomisch aktiven Bevölkerung" auch internationale Vergleiche von Arbeitsmärkten. Ausgangspunkt ist die Gesamtheit aller in Privathaushalten lebenden Personen im Erwerbsalter (15- bis unter 65 Jahre), ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende (bis 2011), die ***Erwerbsbevölkerung.*** Diese wird eingeteilt in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen. Erwerbspersonen sind erwerbstätig oder erwerbslos. Nichterwerbspersonen im Erwerbsalter, sind weder erwerbstätig noch erwerbslos, sondern stehen dem Arbeitsmarkt gewollt oder ungewollt nicht zur Verfügung. (Datenquelle: Mikrozensus).

Erwerbstätig ist jede Person im Erwerbsalter, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt erwerbstätig oder selbstständig war bzw. mithelfend gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Hinzugezählt werden Personen, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen, jedoch unterbrochenen, Beschäftigungsverhältnis stehen.

Weiterführende Informationen: www.amtliche-sozialberichterstattung.de > Indikator Erwerbsbeteiligung sowie www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte und Familien, Mikrozensus > Statistische Berichte

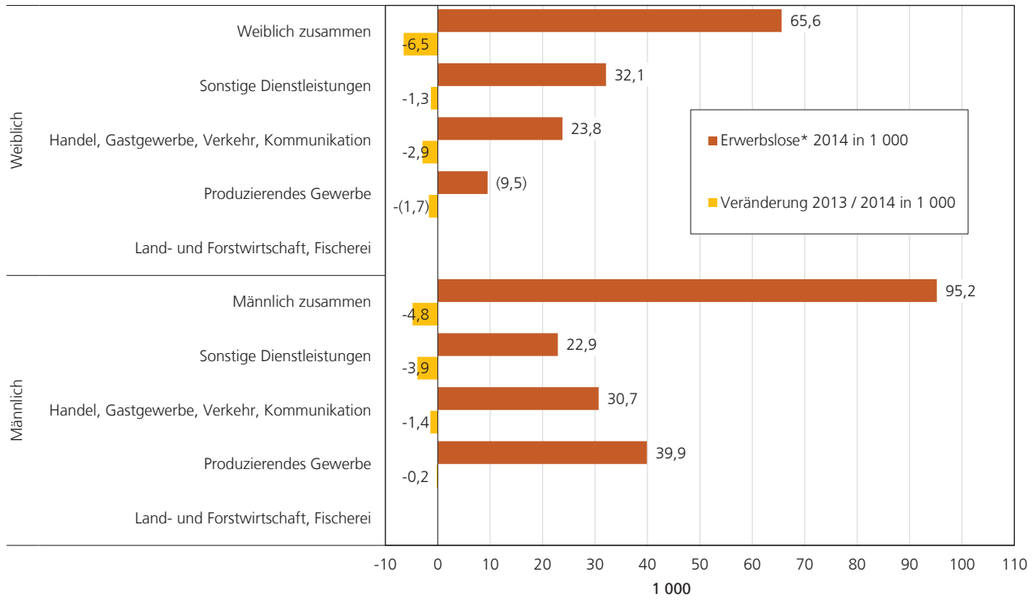
In Deutschland waren 2014 insgesamt 5,1 % der Bevölkerung im Erwerbsalter erwerbslos, in Niedersachsen lag die Quote mit 4,7 % deutlich darunter. Im Vergleich zu 2009 gab es einen bundesweiten Rückgang um 2,7 Prozentpunkte, in Niedersachsen um 2,4 Prozentpunkte. Insgesamt gab es in Niedersachsen 184 000 Erwerbslose, unter ihnen waren 95 200 Männer und 65 600 Frauen, die schon einmal erwerbstätig waren, rund 23 000, also jede bzw. jeder Achte unter ihnen waren demnach noch nie erwerbstätig.

Die Erwerbsbevölkerung 2014 in Niedersachsen zeigte nach Geschlecht und Altersgruppen deutliche Unterschiede. Bis auf die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen war die Anzahl der männlichen Erwerbsbevölkerung größer als die weibliche, wobei mit steigendem Lebensalter der Abstand geringer wurde.

Nichterwerbspersonen stehen dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht zur Verfügung, sind also nicht erwerbslos. Die Anzahl der weiblichen Nichterwerbspersonen übertraf in jeder Altersgruppe die der männlichen Personen. Eine Ausnahme bildeten nur die 15- bis unter 25-jährigen Frauen.

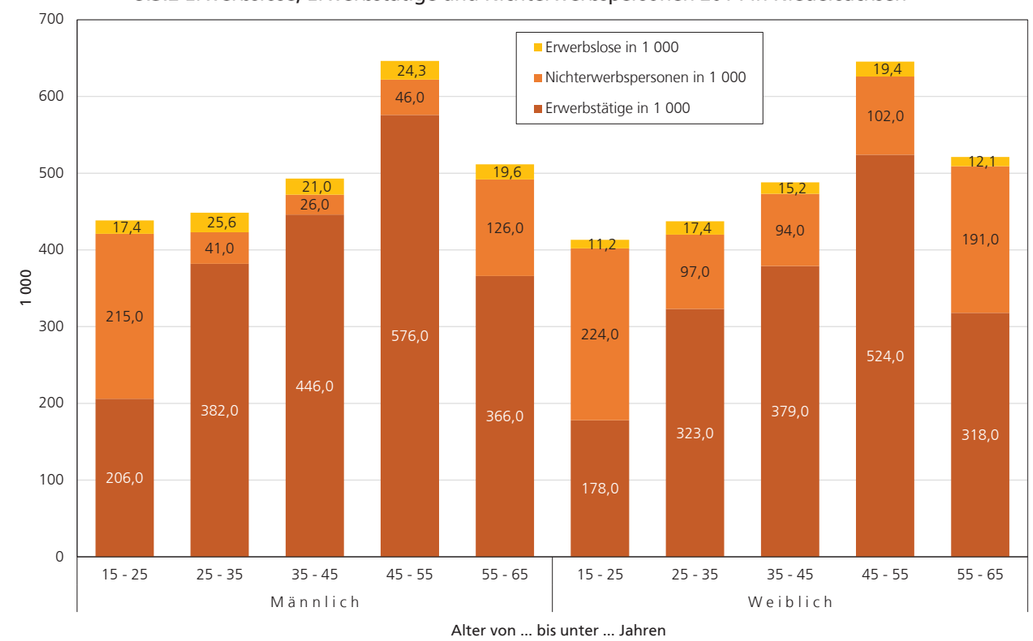
Die Langzeiterwerbslosen, also diejenigen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung waren, machten einen Anteil von 44,8 % an allen der 184 000 Erwerbslosen in Niedersachsen aus. Die Langzeiterwerbslosenquote lag mit 2,1 % auf dem Bundesniveau (2,2 %).

5.3.1 Erwerbslose 2014 in Niedersachsen nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht



* Ohne Erwerbslose,die noch nie erwerbstätig waren. Land- und Forstwirschaft, Fischerei stichprobenbedingt (unter 5 000 Personen) nicht nachweisbar.

5.3.2 Erwerbslose, Erwerbstätige und Nichterwerbspersonen 2014 in Niedersachsen



6. Einkommen, Verdienste und Vermögen

Tabellen zum Thema im Anhang	
6.1	Verfügbare Einkommen 2014 und Anteil der „Reichen" am Gesamtbetrag der Einkünfte 2010
6.2.1	Bruttostundenverdienste der abhängig Beschäftigten im April 2014 in Niedersachsen nach Beschäftigungsform und Geschlecht
6.2.2	Anteile der Beschäftigungsverhältnisse mit Niedrig- und Hochlohn im Produzierenden und im Dienstleistungsgewerbe in Niedersachsen 2006 bis 2014
6.2.3	Bruttostundenverdienste der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 2. Quartal 2015 nach Bundesländern und Geschlecht
6.2.4	Geringverdienerinnen und Geringverdiener im Juni 2015
6.3	Vermögen, Schulden, Wohneigentum 2003, 2008 und 2013 in Niedersachsen

Ein ausreichendes und gesichertes Einkommen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, das Erreichen und den Erhalt des jeweiligen Lebensstandards – auch über das Renteneintrittsalter hinaus. Für Frauen und Männer im Erwerbsalter ist zumeist die eigene Erwerbstätigkeit, zumeist in der Form einer abhängigen Beschäftigung, die Hauptquelle des Einkommens.

Die Arbeitswelt besteht schon lange nicht mehr nur aus „normalen" Arbeitsverhältnissen mit 5-Tage- und 40-Stunden-Woche, sondern es gibt eine Vielzahl „atypischer" Beschäftigungsverhältnisse und einen Niedriglohnsektors. Die Einkommen dieser Beschäftigtengruppen sind vergleichsweise gering, und sie befinden sich oft in einer von Unsicherheit geprägten, prekären Beschäftigungslage. Seit der Agenda 2010 ist der Einzelne in steigendem Maße gefordert sich den wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen, um Sanktionen bei Sozialleistungen zu vermeiden. Zwar kam es seitdem zu einem starken Anstieg der Beschäftigung, viele Beschäftigte sind jedoch auch von Reallohnverlusten und Einschnitten betroffen und die soziale Absicherung wurde beschränkt. Zu beobachten ist auch das Phänomen der „working poor", also derjenigen Personen, die trotz eigener Erwerbstätigkeit auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Die Daten über Einkommen und Verdienste zeigen nach wie vor deutliche Diskrepanzen zwischen den Löhnen und Gehältern der Männer und Frauen auf. Viele Indikatoren weisen darauf hin, dass die berufliche Qualifikation sowie die Branchen- und Berufszugehörigkeit eine ganz entscheidende Rolle für die Höhe der Verdienste spielt.

In diesem Kapitel werden verschiedene Datenquellen über Einkommen, Verdienste und das Vermögen herangezogen:

Das verfügbare **Einkommen** umfasst neben dem Nettolohn auch monetäre Sozialleistungen und andere laufende Transfers. Es wird errechnet vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Aus der **Lohn- und Einkommensteuerstatistik** stammen die Angaben über die Einkünfte pro Steuerpflichtigem. Diese Erhebung erfasst naturgemäß diejenigen nicht, die keine Lohn- und Einkommensteuern zahlen. Zusammen veranlagte Ehepartner gelten als **ein** Steuerpflichtiger. Diese Erhebung ist vor allem darum wichtig, weil sie nicht nur Durchschnittswerte über die Einkünfte, sondern nach Größenklassen gegliederte Ergebnisse enthält.

Zu den Ergebnissen der **Verdienststrukturerhebung** gehören Angaben über Verdienste, auch im **Niedriglohnbereich**.

Angaben über das **Vermögen**, die Konsumentenkredite und das Wohneigentum privater Haushalte stammen aus der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe**. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 18 000 € und mehr nehmen nicht an der Erhebung teil, so dass schon darum die Erkenntnisse der EVS über Einkommen und Vermögen nur Anhaltspunkte über deren tatsächliches Ausmaß geben können.

6.1 Einkommen

Definition des Indikators: Das ***verfügbare Einkommen der privaten Haushalte*** (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Es entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Beim ***Gesamtbetrag der Einkünfte der Steuerpflichtigen*** handelt es sich um die Summe der Einkünfte (Einnahmen abzgl. Ausgaben bzw. Werbungskosten) aus sieben verschiedenen Einkunftsarten des Steuersystems. Bezogen wird die Summe des Gesamtbetrages der Einkünfte auf die Zahl der Steuerpflichtigen. Zusammen veranlagte Ehepaare gelten als ein Steuerpflichtiger. Der ***Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 € und mehr an allen Steuerpflichtigen*** ergibt sich aus einer Division der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 € und mehr und der Gesamtheit der Steuerpflichtigen.

Methodische Hinweise: Weil sich Pendlerverflechtungen nicht auswirken, ist das ***verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner*** (Wohnortprinzip) als Einkommensmaß problemlos interpretierbar, im Unterschied zum BIP pro Einwohner.

Der Zeitvergleich des ***Gesamtbetrages der Steuerpflichtigen*** ist aufgrund steuerrechtlicher Änderungen zum Teil problematisch. Der Vorzug der Steuerstatistiken ist, dass diese nicht nur durchschnittliche Pro-Kopf-Werte, sondern nach Größenklassen differenzierte Einkommensangaben liefern.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen> Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie unter www.vgrdl.de

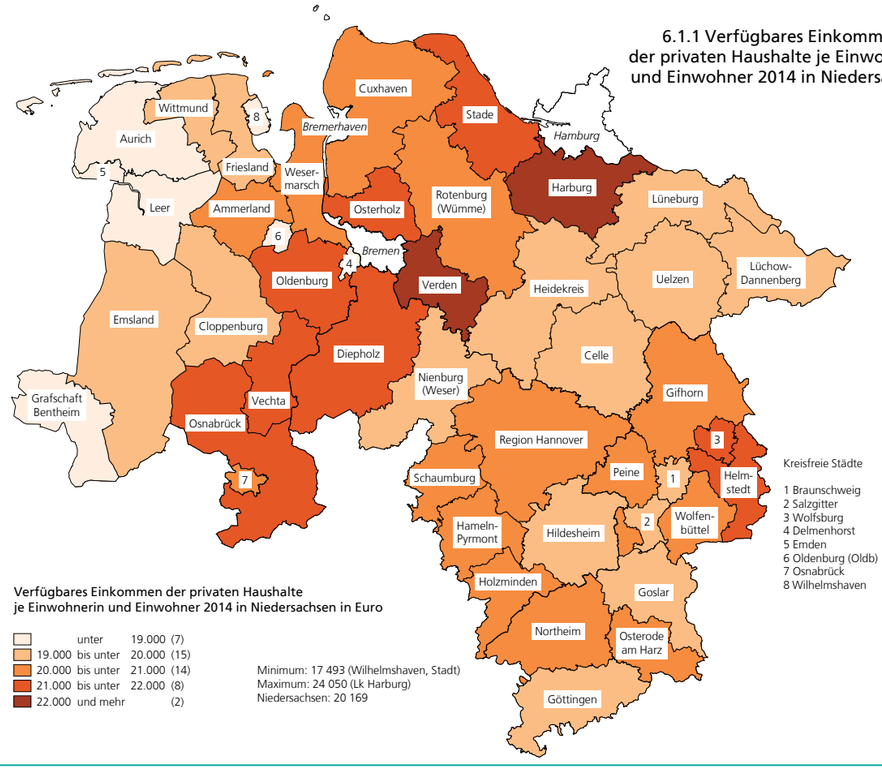
Das verfügbare Einkommen pro Kopf betrug 2014 in Deutschland 21 117 €, das waren 1,9 % mehr als im Vorjahr. In Niedersachsen lag es mit 20 169 € erheblich niedriger (+2,0 % gegenüber 2013). Im Ländervergleich werden mit Werten über 23 000 € pro Kopf die höchsten verfügbaren Einkommen in Hamburg und Bayern erzielt. Alle ostdeutschen Länder weisen Werte auf, die deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt und in Niedersachsen sind.

Regional gab es die höchsten verfügbaren Einkommen pro Kopf 2014 im Landkreis Harburg. Überdurchschnittliche Werte von über 21 000 € gab es auch in den Landkreisen Helmstedt und Osnabrück, in Wolfsburg sowie in den Landkreisen Diepholz, Osterholz, Stade (Bremer und Hamburger Umland), Oldenburg und Vechta. Sehr niedrige Durchschnittseinkommen sind andererseits im Westen des Landes, und zwar im Landkreis Leer sowie in Wilhelmshaven zu finden.

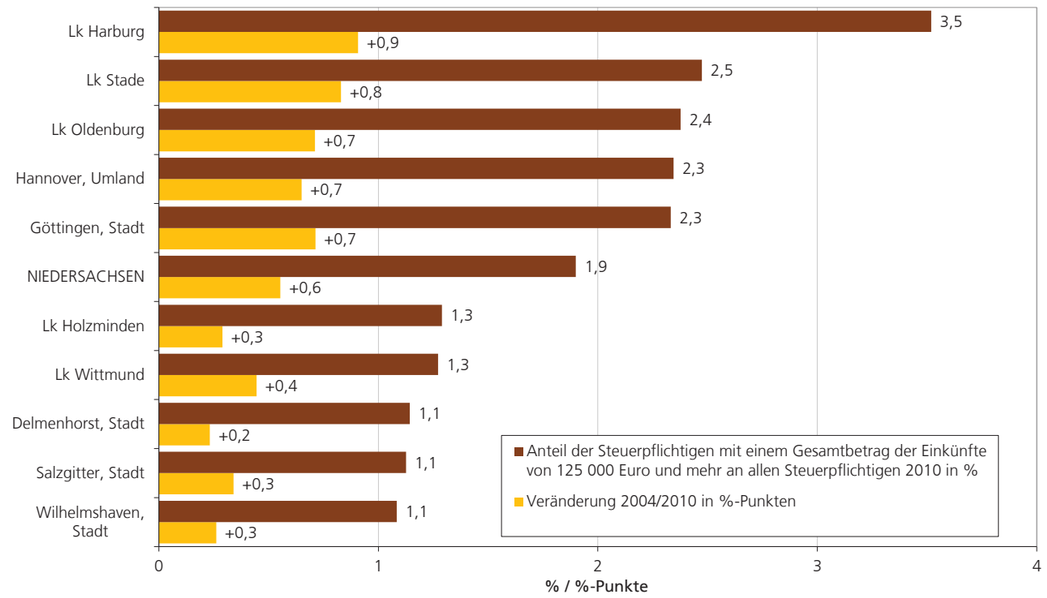
Die Daten der Einkommensteuerstatistik liefern Aufschlüsse auch über die Einkünfte der wohlhabenden Bürgerinnen und Bürger, die 2010 Einkünfte von mehr als 125 000 € verbuchten. Dies betraf in Deutschland 2,2 % der Steuerpflichtigen, die aber 17,4 % aller Einkünfte auf sich vereinigten. Die höchsten Werte erreichten Hamburg (25,4 %) und Hessen (20,0 %), die niedrigsten gab es in den ostdeutschen Ländern (Sachsen-Anhalt und Thüringen nur 9,2 %).

In Niedersachsen hatten 1,9 % der Steuerpflichtigen 2010 Einkünfte von 125 000 € und mehr; sie vereinigten zusammen 15,5 % aller Einkünfte auf sich. Drei Jahre zuvor waren es 1,7 % bzw. 15,0 % und 2004 kamen 1,3 % auf einen Anteil von 11,8 %. Das Gewicht der „Reichen" stieg also im Zeitverlauf an, wenngleich die Auswirkungen der Geldentwertung berücksichtigt werden müssen. Die Wohlhabenden bzw. „Reichen" mit Einkünften von mehr als 125 000 € hatten 2010 besonders hohe Anteile von mehr als 20 % an den Gesamteinkünften aller Steuerpflichtigen in den Landkreisen Harburg, Vechta sowie der Stadt Osnabrück.

6.1.1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner 2014 in Niedersachsen



6.1.2 Steuerpflichtige 2010 in Niedersachsen mit Einkünften von 125 000 Euro und mehr



6.2 Verdienste

Definition des Indikators: Der ***Bruttostundenverdienst*** umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich sonstiger Bezüge sowie steuerfreier Zuschläge. Beschäftigungsformen sind: Vollzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit mehr als 20 Stunden pro Woche (Normalarbeitnehmer) und „atypisch" Beschäftigte (Teilzeit bis 20 Stunden, befristet, geringfügig, Zeitarbeit) (Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010). ***Bruttostundenverdienst nach Leistungsgruppen:*** 1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, 2) herausgehobene Fachkräfte mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, 3) Fachkräfte mit schwierigen Fachtätigkeiten, 4) angelernte und 5) ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Quelle: Vierteljährliche Verdiensterhebung). ***Beschäftigte mit Niedriglohn*** erhalten weniger als zwei Drittel des Median-Verdienstes (Niedriglohngrenze). ***Erwerbstätige Bezieherinnen und Bezieher („Geringverdiener") von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit*** erzielen ein Einkommen aus selbstständiger oder abhängiger Beschäftigung, das jedoch für den Lebensunterhalt nicht ausreicht.

Methodische Hinweise: Der **Median** ist der Wert, der genau in der Mitte liegt.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang

Die *Verdienststrukturerhebung* und die *Vierteljährliche Verdiensterhebung* zeigen grundsätzliche Unterschiede des Verdienstniveaus zwischen den Beschäftigungsformen und Geschlechtern auf.

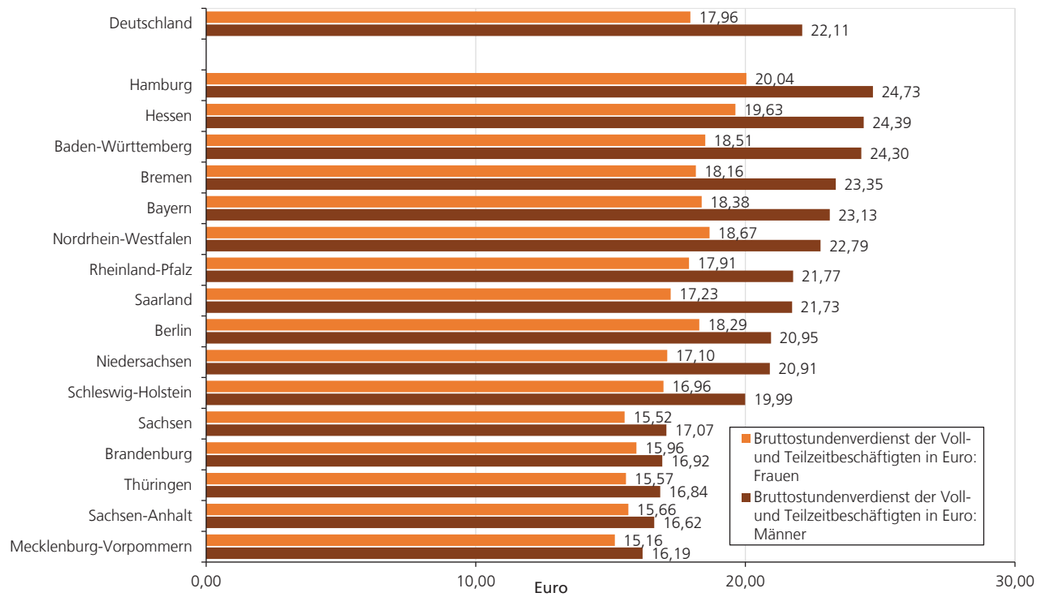
Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer hatten im April 2014 mit 19,14 € deutlich höhere Bruttostundenverdienste als atypisch Beschäftigte (12,56 €), das sind Teilzeit-, befristet und geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeitskräfte.

Zum Niedriglohnbereich zählen Beschäftigte, die weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenlohns (Median) von 15,99 € und damit weniger als 11,09 € im April 2014 erhielten. Zum Hochlohnbereich zählen Beschäftigte, die mehr als das 1,5-fache des mittleren Verdienstes erhalten (24,96 € je Stunde). Unter der Niedriglohngrenze von 11,09 € Stundenlohn (2014) lagen in Niedersachsen 21,8 % aller Beschäftigten (2010: 22,0 %, 2006: 18,9 %).

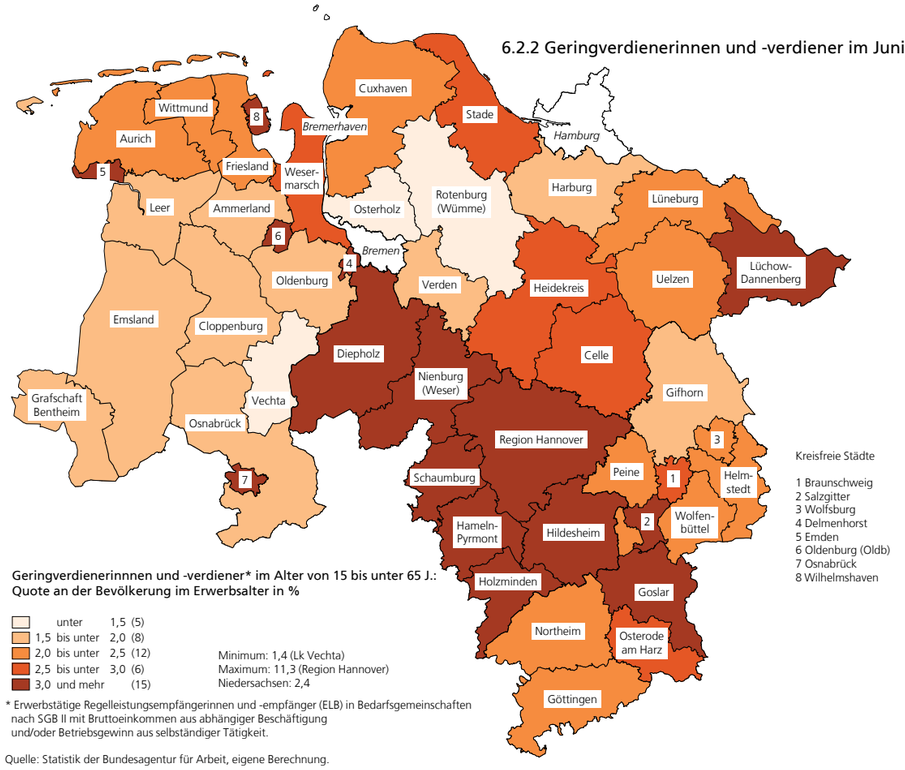
Der Bruttostundenverdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag im 2. Quartal 2015 in Niedersachsen bei 21,76 €, wobei der Verdienst der Männer mit 23,90 € immer noch deutlich über dem der Frauen (18,27 €) lag. Im Bundesvergleich waren die niedersächsischen Verdienste leicht unter dem Durchschnitt von 22,89 €. Die höchsten Verdienste gab es in Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern und Bremen, die niedrigsten in den ostdeutschen Flächenländern. Die relativ niedrigen Verdienste in Niedersachsen erklären sich zum Teil mit dem hier hohen Anteil von Beschäftigten in den niedrigen Leistungsgruppen 4 und 5 (an- und ungelernte Kräfte) gibt.

Eine andere Quelle für die Untersuchung niedriger Verdienste sind die SGB II-Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Diese weisen unter anderem nach, wie viele erwerbstätige Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen es gibt. Dieser Personenkreis ist auf SGB II-Leistungen trotz eigener Erwerbstätigkeit angewiesen („working poor"), was auch am Umfang (Teilzeit) der Erwerbstätigkeit liegen kann. Im Juni 2015 waren in Niedersachsen 122 265 Leistungsempfängerinnen und -empfänger erwerbstätig, mit einem Frauenanteil von 56,2 %. Das waren 2,4 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Deutschland: 2,3 %). Diese Quote war in Berlin und Bremen am höchsten, in Bayern und Baden-Württemberg am niedrigsten. Regional differieren die Quoten zwischen einem Minimum von 1,4 % in den Landkreisen Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Vechta und einem Maximalwert von 11,3 % in der Region Hannover.

6.2.1 Bruttostundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne Sonderzahlungen) im 2. Quartal 2015 nach Bundesländern



6.2.2 Geringverdienerinnen und -verdiener im Juni 2015



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung.

6.3 Vermögen

Definition des Indikators: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird alle fünf Jahre durchgeführt. Die teilnehmenden Haushalte machen auf freiwilliger Basis gegen Zahlung einer finanziellen Anerkennung Angaben zu Einkommen und Ausgaben, Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, Wohnsituation sowie zu ihrem Geld- und Sachvermögen. Teilnehmen können zwar auch Privathaushalte, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen mehr als 18 000 € beträgt, sind stichprobenbedingt für die Aufbereitung nicht einbezogen. Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten sind unberücksichtigt.

Methodische Hinweise: In einem Haushalt wohnen mehrere Personen gemeinsam, sie betreiben mit Ihrem Einkommen eine gemeinsame Hauswirtschaft. Zeitweilig nicht im Haushalt lebende Personen werden dazugezählt, wenn sie ihren Lebensunterhalt aus dem Einkommen des Haushaltes beziehen oder aus ihrem Einkommen den Lebensunterhalt des Haushaltes bestreiten. Allein lebende Personen mit eigenem Einkommen bilden einen Haushalt. ***Nettogeldvermögen*** sind immaterielle Vermögensarten (Bruttogeldvermögen), ggf. bereinigt um Konsumenten- und Ausbildungskredite. Nicht dazu gehören Bargeld, Guthaben auf Girokonten, Ansprüche an Pensions- und Sterbekassen sowie Guthaben der betrieblichen Altersversorgung und Versorgungswerke. ***Konsumentenkredite*** erhalten private Haushalte zur Beschaffung von Gütern. Die Kreditschuld der Konsumentenkredite umfasst Kreditschuld zuzüglich der Zinsen bis zur Tilgung.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte, Familien - Mikrozensus > Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) sowie > Statistische Berichte

Es gibt nur wenige zuverlässige Daten über das Vermögen der privaten Haushalte. Die Einkommens- und Verbrauchstichproben (EVS) liefern immerhin Anhaltspunkte. Allerdings erfolgen diese Erhebungen auf freiwilliger Basis und sind konzeptionell nicht in der Lage, die Vermögen der sehr Reichen zu erfassen. Das Geld- und sonstige Vermögen in Deutschland und Niedersachsen ist wahrscheinlich tatsächlich sehr viel höher, als die EVS es nachweisen können.

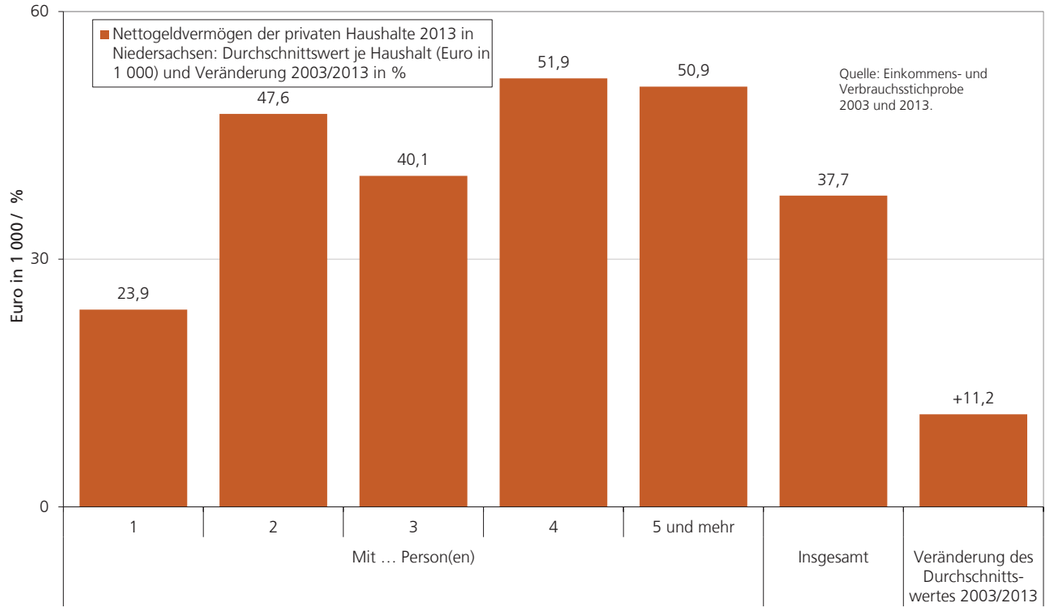
Das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte in Niedersachsen stieg 2013 im Vergleich zu 2003 um 11,2 % auf 37 700 € pro Haushalt an. Mit durchschnittlich 51 900 € hatten die Vierpersonenhaushalte das größte Nettogeldvermögen, gefolgt von 50 900 € der Fünf- und Mehrpersonenhaushalte.[26] Auffällig ist die große Diskrepanz zwischen diesem Durchschnittswert (arithmetisches Mittel) und dem viel niedriger liegenden Median. Dies deutet auf große Disparitäten der Einkommensverteilung hin.

Die EVS erfassen auch die Schulden: Von den 3,8 Mio. Haushalten im Jahr 2013 hatten 0,83 Mio. bzw. 21,8 % Konsumentenkredite, 2003 waren es 17,9 %. Mit 0,27 Mio. waren die Zweipersonenhaushalte die größte Schuldnergruppe, gefolgt von 0,26 Mio. Einpersonenhaushalten.

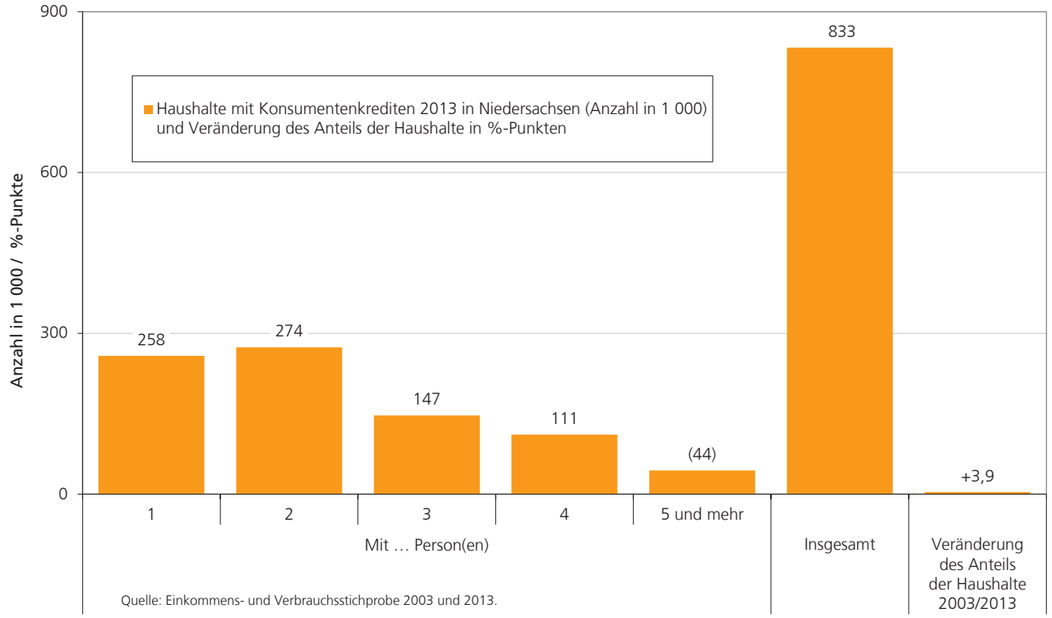
Im Jahr 2013 verfügte mehr als die Hälfte aller Haushalte (51,6 %) in Niedersachsen über Haus- und Grundbesitz. Allerdings lässt sich ein leichter Rückgang gegenüber 2003 und 2008 feststellen; seinerzeit lag der Anteil der Haushalte mit Immobilienbesitz etwa bei 53 %. Das Haus- und Grundeigentum bestand 2013 zumeist in einem Einfamilienhaus, über das 38,2 % aller Haushalte verfügten, 2,7 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor. 10,7 % der Haushalte hatten Eigentumswohnungen, ein Plus von 1,2 Prozentpunkten gegenüber 2003. Zwei- und Mehrfamilienhäuser besaßen 6,6 % der Haushalte, 1,4 Prozentpunkte weniger als 2003.

26 Vgl. Statistische Berichte Niedersachsen: O II 2 – 5j / 2013, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 Heft 2, Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25695&article_id=87590&_psmand=40.

6.3.1 Nettogeldvermögen privater Haushalte 2013 in Niedersachsen



6.3.2 Konsumentenkredite privater Haushalte 2013 in Niedersachsen



7. Relative Armut und relativer Reichtum

Tabellen zum Thema im Anhang	
7.1.1	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Regionalkonzept)
7.1.2	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Nationalkonzept)
7.1.3	Einkommensreichtumsquoten 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Regionalkonzept)
7.1.4	Einkommensreichtumsquoten 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Nationalkonzept)
7.2.1	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen (Regionalkonzept)
7.2.2	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen (Nationalkonzept)
7.2.3	Armutsgefährdungsschwellen für Einpersonenhaushalte 2011 bis 2015 nach Bundesländern
7.2.4	Armutsgefährdungsschwellen für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 2011 bis 2015 nach Bundesländern
7.3.1	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalmedian)
7.3.2	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Landesmedian)
7.3.3	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Bundesmedian)
7.3.4	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Regionalmedian)
7.3.5	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Landesmedian)
7.3.6	Armutsgefährdungsquoten 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Bundesmedian)

Armut bedeutet in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern die mangelnde Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine Einschränkung der individuellen Handlungsmöglichkeiten. Auch soziale Ausgrenzung (Exklusion) kann eine Folge der Armut sein. Die Faktoren Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung, Niedriglöhne, geringe Qualifikation, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine zu niedrige Altersabsicherung verstärken das Armutsrisiko und die Auswirkungen prekärer Lebenslagen. Treten sie gemeinsam auf, führt dies oft zu einer sich verstärkenden negativen Wirkung.[27]

Armut kann nur bekämpft werden, wenn bekannt ist, wer besonders von ihr bedroht ist und wo es positive oder negative Entwicklungen gibt. Quoten der Armutsgefährdung und ergänzend des Reichtums erarbeitet die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung“, und zwar über Einkommensarmut, Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen, Qualifikationsniveau sowie Erwerbsbeteiligung[28]. Zentraler Begriff ist die „relative Armut“. Diese wird auf Basis von Informationen des Mikrozensus an einem variablen gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen gemessen: Armutsgefährdung beginnt bei weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens (Median). Von „Armutsgefährdung” anstatt von Armut spricht man, weil die Ermittlung lediglich auf Einkommensangaben basiert und keine Daten darüber vorliegen, welche Fähigkeiten die Menschen haben, mit diesem Einkommen zurecht zu kommen. Auch unterschiedlich hohe Bedarfe werden – bis auf die Berücksichtigung der Haushaltsgröße und des Alters der Mitglieder – nicht ermittelt.

Armutsgefährdungsquoten können auf Basis des bundesdeutschen Medians oder auch auf Basis der regionalen Durchschnittseinkommen berechnet werden. Beide Informationen ergänzen sich, weil sie verschiedene Blickwinkel auf den Sachverhalt darstellen. Die Berechnung auf Basis regionaler Durchschnitte ist aber von Verzerrungen freier und richtet den Blick stärker auf inner-regionale als auf inter-regionale Einkommensdisparitäten.[29]

Wer über mindestens 200 % dieses Durchschnittseinkommens verfügt gilt als „reich“. So wird eine Kennzahl für die Zahl der Reichen bzw. Wohlhabenden ermittelt, nicht aber für das Ausmaß des Reichtums. Aus stichprobentheoretischen Gründen gibt es derzeit Reichtumsquoten nur bis auf Länderebene, während die Armutsgefährdungsquoten auch tiefer regionalisiert berechnet werden.

Weitere relevante Datenquellen sind die Statistik „Leben in Europa” (EU-SILC), die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und das Sozioökonomische Panel. Da sich deren Einkommenskonzepte und -erfassung sowie die Stichprobenmethodik vom Mikrozensus unterscheiden, sind deren Ergebnisse nur schwer vergleichbar. Aus diesen Erhebungen liegen kaum regionale Daten für das Land und seine Regionen vor. Im Folgenden werden die **Armuts- und Reichtumsquoten der Länder**, das **Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen** sowie das **Armutsrisiko in den Regionen und Städten** dargestellt.

27 *Vgl. Kapitel 8 Bekämpfte Armut: Soziale Mindestsicherung.*

28 *Vgl. www.amtliche-sozialberichterstattung.de.*

29 *Vgl. Eichhorn, Lothar, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2015, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen (Landesamt für Statistik Niedersachsen) 12/2016, S. 666-678.*

7.1 Armutsrisiko- und Reichtumsquoten nach Ländern

Definition des Indikators: Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen über 200 % des Medians gelten als „einkommensreich".

Methodische Hinweise: Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen wird durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt: Es wird angenommen, dass gemeinsames Wirtschaften Einsparungen zur Folge hat. Zur Bedarfsgewichtung wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet. Für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von 0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren verwendet.

In der HSBN wird vorzugsweise der jeweilige regionale Durchschnitt, das ***Regionalkonzept,*** herangezogen, weil nur dieser Durchschnitt dem der Berechnung zugrunde liegenden Teilhabekonzept entspricht. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Regionen Rechnung getragen.

Alternativ kann auch der jeweilige nationale Durchschnitt (Nationalkonzept) verwendet werden, was aber dazu führt, dass in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut über- und in prosperierenden Räumen systematisch unterschätzt wird.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.amtliche-sozialberichterstattung.de

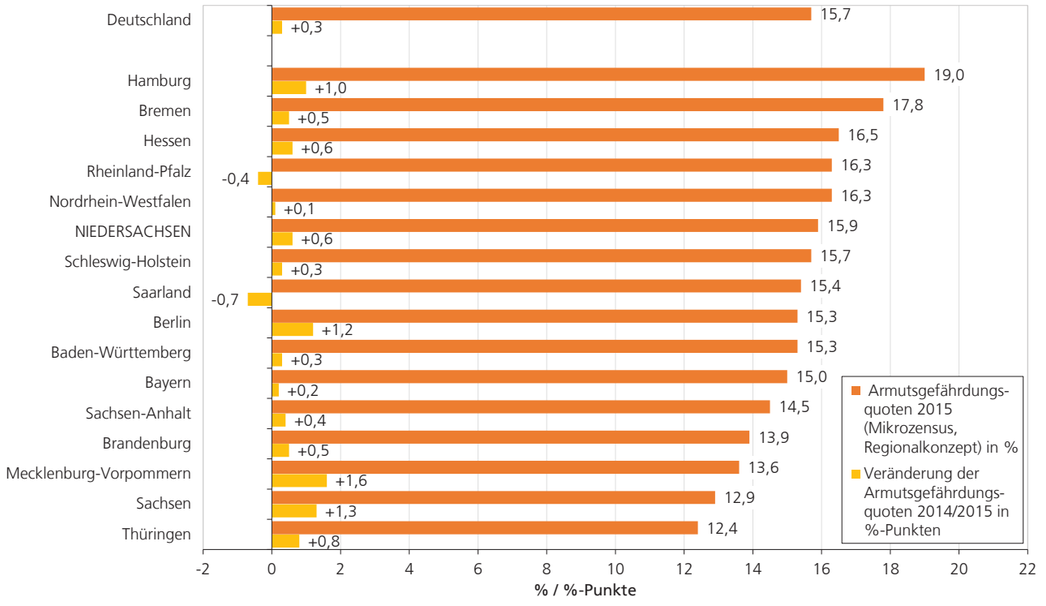
Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens stieg im Jahr 2015 auf 15,9 %. Damit lag sie um 0,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und sogar 1,4 Prozentpunkte über dem Wert aus dem Jahr 2010. Im langfristigen Zeitvergleich ab dem Jahr 2005 erweist sich diese Quote von 15,9 % als höchster jemals gemessener Wert. Das Jahr 2010 stellt einen Wendepunkt der Entwicklung dar. Bis dahin ging die Armutsgefährdung in Niedersachsen wie auch deutschlandweit zurück. Seitdem aber nahm die Gefährdungsquote mit Ausnahme von 2014 jährlich zu.

Die Quote lag in Niedersachsen 2015 um 0,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 15,7 %. Fast ein Sechstel der Bevölkerung bzw. 1 233 000 Menschen waren damit im Lande von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2015 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 930 €; bundesweit lag der Schwellenwert bei 942 €. Berechnet man die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens auf Basis des höheren bundesdeutschen Schwellenwerts, liegt sie sogar bei 16,5 %.

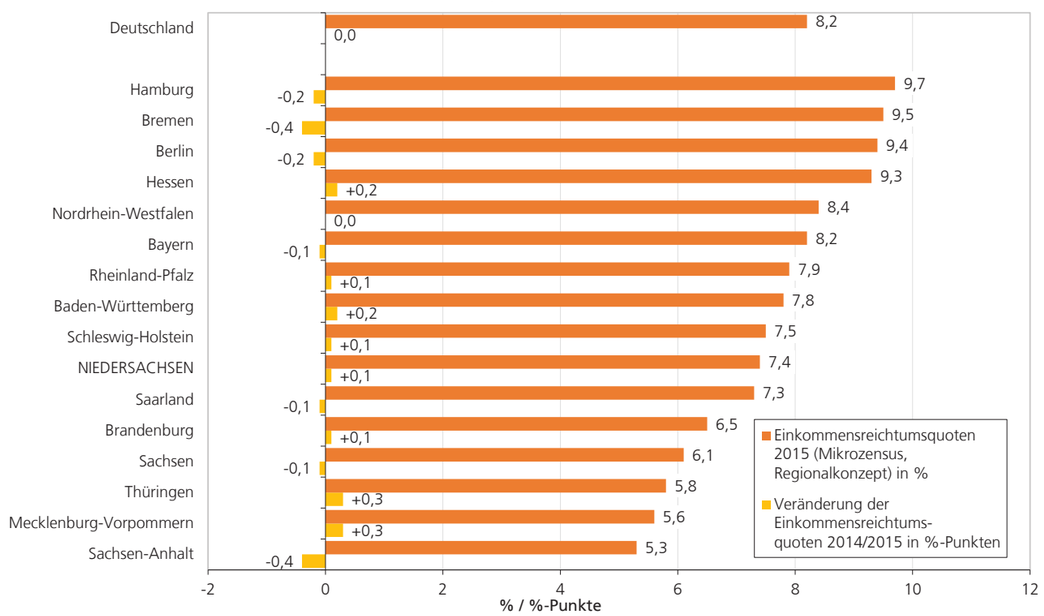
Die Reichtumsquote lag 2015 in Niedersachsen bei 7,4 % und damit genauso hoch wie 2005, dem Ausgangsjahr der Berechnungen. Seit Beginn der Berechnungen über Armut und Reichtum lag die Reichtumsquote, von geringfügigen Schwankungen nach unten in den Jahren 2007 und 2008 einmal abgesehen, immer bei 7,4 % oder 7,3 %. Werden die etwas höheren bundesdeutschen Schwellenwerte zugrunde gelegt, lag die niedersächsische Reichtumsquote 2015 bei 7,0 %. Die Quote war damit wie auch in den Vorjahren deutlich unter der bundesdeutschen Quote von 8,2 %.

Im Ländervergleich ist vor allem auffällig, dass die Armutsgefährdungsquoten in den ostdeutschen Flächenländern relativ gering sind, weil dort die Einkommensdisparitäten immer noch nicht das Ausmaß wie im Westen erreicht haben. Hohe Quoten gibt es vor allem in den Stadtstaaten Hamburg (19,0 %) und Bremen (17,8 %).

7.1.1 Armutsgefährdungsquoten 2015 in den Bundesländern



7.1.2 Einkommensreichtumsquoten 2015 in den Bundesländern



7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen

Definition des Indikators: Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Methodische Hinweise: Das monatliche „Haushaltsnettoeinkommen" wird durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt. Es wird angenommen, dass gemeinsames Wirtschaften Einsparungen zur Folge hat. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Zur Bedarfsgewichtung wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet. Für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von 0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren verwendet. In der HSBN wird der jeweilige regionale Durchschnitt, das Regionalkonzept, herangezogen. Dieser entspricht am besten dem der Berechnung zugrunde liegenden Teilhabekonzept. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Regionen Rechnung getragen. Alternativ kann man auch den jeweiligen nationalen Durchschnitt (Nationalkonzept) verwenden, was dazu führt, dass in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut über- und in prosperierenden Räumen unterschätzt wird.

Nichterwerbspersonen sind nicht erwerbstätig und auch nicht erwerbslos. Zu den Gründen zählen z. B. die Wahrnehmung von Haushaltstätigkeiten, aber auch Arbeits- oder Berufsunfähigkeit. Dazu gehören jedoch auch vom Arbeitsmarkt entmutigte Personen oder sich beruflich Fortbildende. **Sonstige Nichterwerbspersonen** sind weder Minderjährige, noch Rentner oder Rentnerinnen bzw. Pensionäre.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (synonym mit Migrationshintergrund): Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen: 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer; 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte; 3. (Spät-) Aussiedler; 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.amtliche-sozialberichterstattung.de

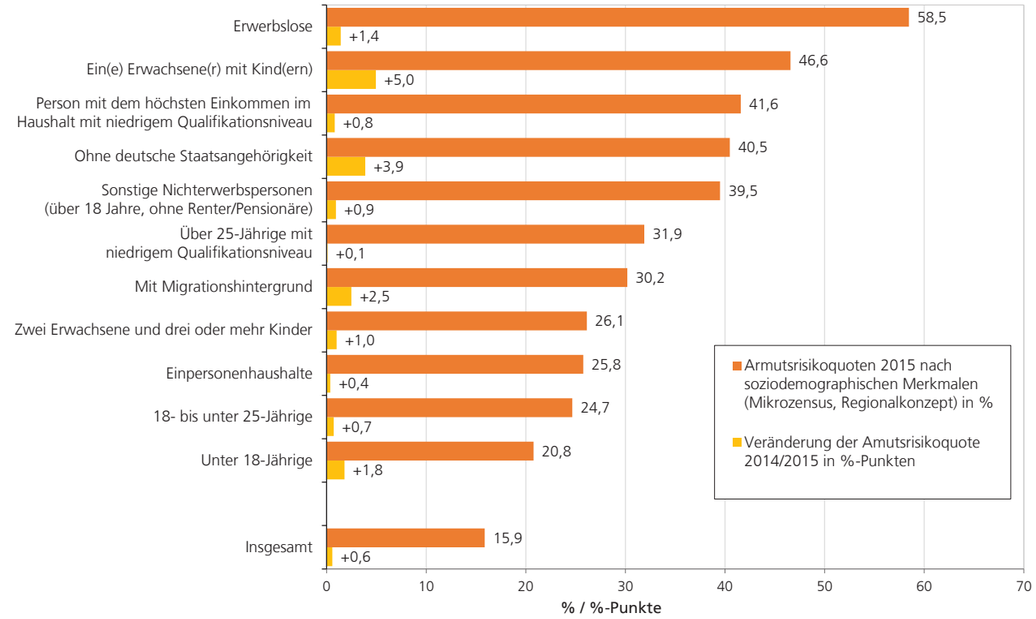
Das höchste relative Armutsrisiko trugen in Niedersachsen 2015 mit 58,5 % die Erwerbslosen. Ein deutlich erhöhtes Risiko hatten auch die Alleinerziehenden und ihre Kinder mit 46,6 % und Menschen in Haushalten von Geringqualifizierten mit 41,6 %. Gemessen am Durchschnitt von 15,9 % hatten auch „sonstige Nichterwerbspersonen" (39,5 %), Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (40,5 %) oder mit Zuwanderungsgeschichte (30,2 %) sehr hohe Armutsgefährdungsquoten. Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten gab es auch bei kinderreichen Familien, bei jungen Frauen im Alter von 18 bis unter 25. Bei älteren Frauen über 65 Jahre lag sie bei 17,5 %; das waren 3,8 Prozentpunkte mehr als 2010.

In absoluten Zahlen ergibt sich ein etwas modifiziertes Bild.[30] So betrug die Zahl der armutsgefährdeten Erwerbslosen im Jahr 2015 nur 99 000 Personen, denn die Zahl der Erwerbslosen war niedrig und im Vergleich zu den Vorjahren gesunken. Auf der anderen Seite lag die Gefährdungsquote bei den Erwerbstätigen zwar nur bei 7,5 %; in absoluten Zahlen waren es aber 288 000 Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht waren.

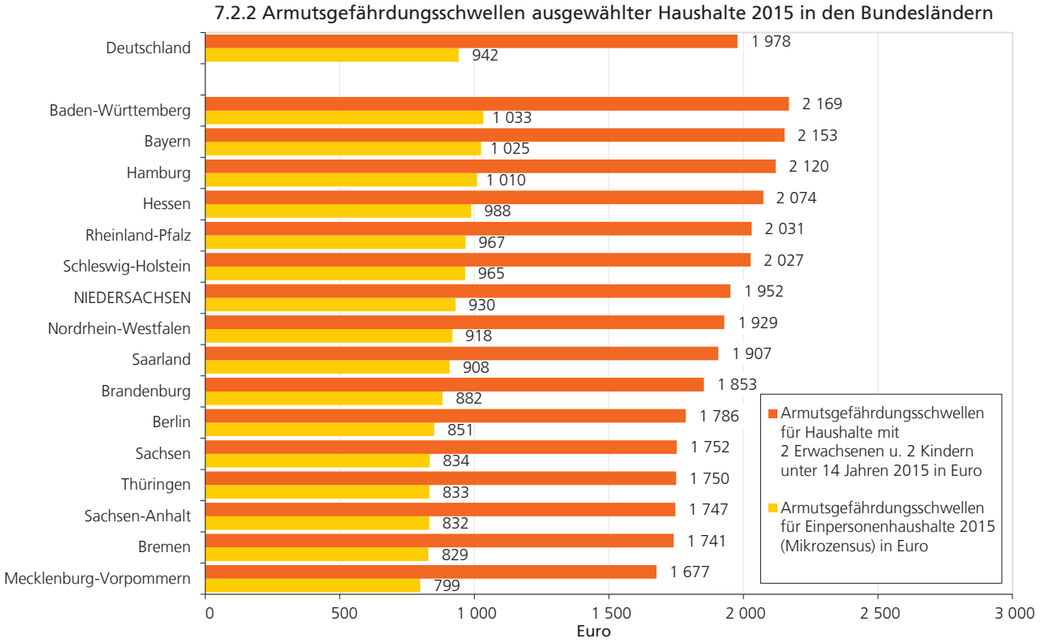
Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2015 im Bundesdurchschnitt bei 942 € für eine allein lebende Person. In Niedersachsen lag die Schwelle mit 930 € etwas niedriger, denn das Verdienstniveau des Landes ist unterdurchschnittlich.

30 Vgl. ebd., S. 673.

7.2.1 Hohe Armutsrisikoquoten 2015 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen



7.2.2 Armutsgefährdungsschwellen ausgewählter Haushalte 2015 in den Bundesländern



7.3 Armutsrisiko in Regionen und Städten

Definition des Indikators: Die Armutsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Methodische Hinweise: Das ***Äquivalenzeinkommen*** ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Dieses „Haushaltsnettoeinkommen" wird durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt. Zur Bedarfsgewichtung wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet. Für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von 0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren verwendet.

Die ***tiefste verfügbare Regionalebene (Anpassungsschichten)*** des Mikrozensus umfasst ca. 500 000 Einwohner, einen „amtlichen" Charakter i. S. der Statistik haben die Gebietsbezeichnungen deswegen nicht. Sind Landkreise zu klein, werden sie mit Nachbarn zusammengefasst.

In der HSBN wird der jeweilige regionale Durchschnitt, das ***Regionalkonzept***, herangezogen. Dieser Durchschnitt entspricht am besten dem der Berechnung zugrunde liegenden Teilhabekonzept. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Regionen Rechnung getragen. Alternativ kann auch der jeweilige nationale Durchschnitt (Nationalkonzept) verwendet werden, dabei werden in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut überschätzt und in prosperierenden Räumen systematisch unterschätzt.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Tief regionalisierte Armutsgefährdungsquoten z. B. für Großstädte lassen sich nur in der Zusammenschau mit Daten über das Einkommen[31] sowie die Mindestsicherung interpretieren.

Gemessen jeweils am regionalen Durchschnittseinkommen lag die Spanne der Armutsrisikoquoten von 15 deutschen Großstädten Deutschlands zwischen 15,3 % (Berlin) und 20,6 % (Nürnberg). Werte von 20 % und mehr gab es auch in den Landeshauptstädten Hannover (20,0 %), Düsseldorf und Stuttgart. In einem mittelfristigen Vergleich mehrjähriger Zeiträume – ein einfacher Vorjahresvergleich ist mathematisch unsicher – lassen sich für Hannover und vier weitere Städte Abnahmen feststellen. In den anderen 10 Städten stieg die Quote.[32]

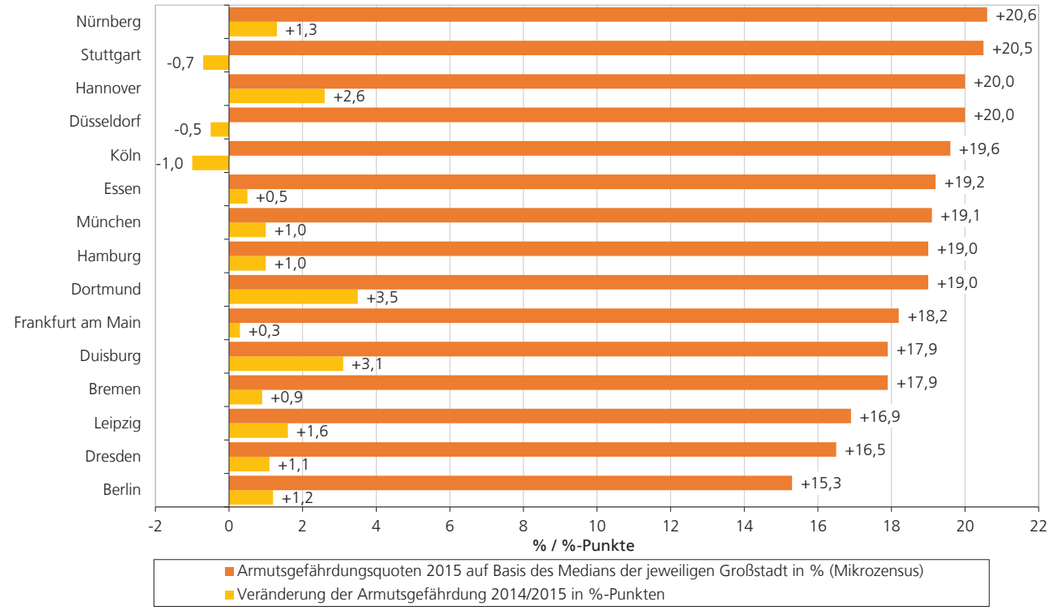
Die niedersächsische Regionalstruktur zeigte 2015 weiterhin Ost-West- sowie Stadt-Land-Divergenzen. Die eher ländliche Statistische Region Weser-Ems hatte die niedrigste Quote von 14,4 %; die höchste wies die stark verstädterte Statistische Region Braunschweig mit 17,4 % auf.

Tiefer gegliedert sind die elf Mikrozensus-Anpassungsschichten: Eine relativ niedrige Armutsgefährdung mit Quoten von jeweils 14,9 % wurde in den Regionen Ostfriesland-Nordseeküste, in Nordniedersachsen und im Oldenburger Raum gemessen. Noch niedriger lag sie mit nur 13,7 % in Westniedersachsen. Hohe Werte gab es in der Stadt Hannover (20,0 %) und ihrem Umland (17,2 %), aber auch in Ost- (17,5 %) und Südniedersachsen (17,1 %). Im mittelfristigen Vergleich (Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 zum Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012) standen Abnahmen von 1,6 Prozentpunkten in der Landeshauptstadt Zunahmen der Quoten in den anderen Regionen gegenüber, am stärksten mit +2,6 Prozentpunkten in Ostniedersachsen.

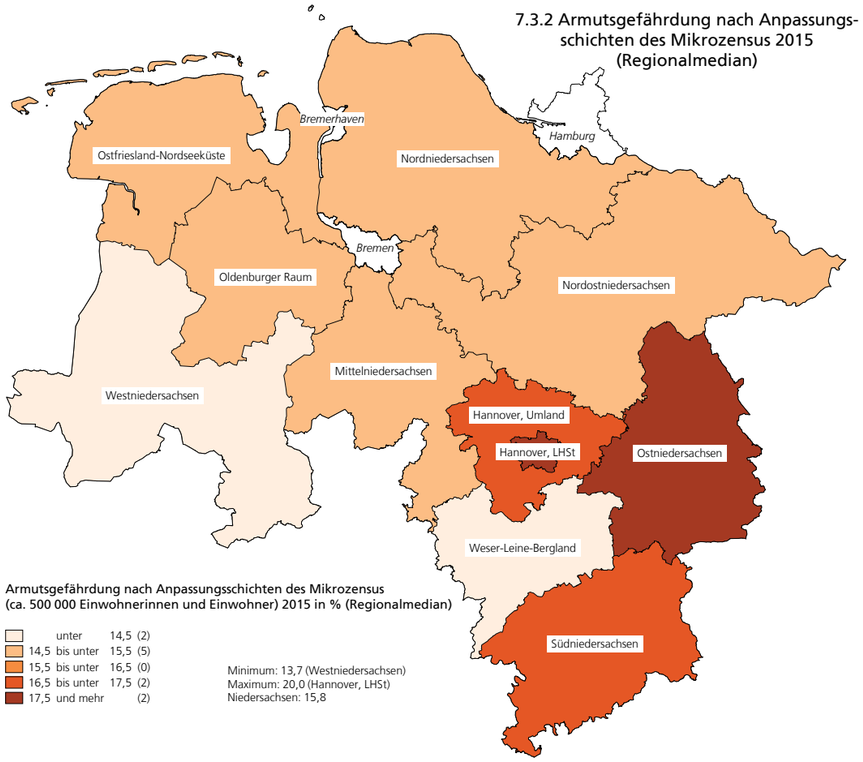
31 Vgl. Kapitel 6.1 Einkommen und 8.1 Bekämpfte Armut.

32 Näheres bei Eichhorn, Lothar, a.a.O., S. 675ff.

7.3.1 Armutsgefährdungsquoten 2015 in deutschen Großstädten



7.3.2 Armutsgefährdung nach Anpassungsschichten des Mikrozensus 2015 (Regionalmedian)



8. Bekämpfte Armut: Soziale Mindestsicherung

Tabellen zum Thema im Anhang	
8.1.1	Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2015 nach Bundesländern und Geschlecht
8.1.2	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2015 nach Anzahl und Leistungsartenanteil
8.1.3	Bezug von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2015 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit und Veränderung 2014/2015
8.1.4	Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2015 in Niedersachsen nach Geschlecht und Altersgruppen
8.1.5	Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2015 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen
8.2	Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II im Juni 2015
8.3	Verweildauern erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in SGB II-Bezug im Juni 2015 in Niedersachsen
8.4.1	Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen am Wohnort
8.4.2	Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen nach Sitz des Trägers
8.4.3	Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen am Wohnort

Die „bekämpfte Armut" bezeichnet das Ausmaß der Abhängigkeit von staatlichen Mindestsicherungsleistungen, deren Empfängerinnen und Empfänger als „behördlich wahrgenommen" arm gelten: Durch die Transferleistungen soll ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.[33]

Vier Hilfearten werden zu den Leistungen der „sozialen Mindestsicherung"[34] gezählt: Leistungen nach SGB II (ALG II und Sozialgeld) und die Sozialhilfe nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Daten über die Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind nur alle zwei Jahre und nur bis auf Länderebene verfügbar und gehen daher nicht mehr in die Berechnung ein.

Im Rahmen der HSBN ist die regionale Darstellungsebene die der Kreise und kreisfreien Städte. In der interaktiven Datenbank LSN-Online stehen darüber hinaus Daten für die Einheits- und Samtgemeinden Niedersachsens zur Verfügung.

Aufgrund verschiedener Datenrevisionen wurden die Daten über die „bekämpfte Armut" auch rückwirkend auf allen Regionalebenen neu berechnet: Die Bundesagentur für Arbeit revidierte ihre Angaben über die SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher; der Zensus 2011 brachte neue Informationen über die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, was sich auf die entsprechende Quote auswirkte; Daten über die – quantitativ nicht sehr bedeutsame – Kriegsopferfürsorge wurden nicht mehr in die Berechnung einbezogen.

Mindestsicherungsleistungen erhielten Ende 2015 in Niedersachsen 775 056 Menschen bzw. 9,8 % der Bevölkerung. Ein Jahr zuvor waren es erst 9,0 %. Bundesweit lag der Anteil der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger bei 9,7 %. Bei der Interpretation der Regionaldaten über Menschen, die Mindestsicherungsleistungen beziehen, ist zu beachten, dass ein Teil der Asylsuchenden, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, von überörtlichen Trägern betreut werden. Diese 23 085 Menschen (Ende 2015) sind in den Tabellen, die die Empfängerinnen und Empfänger nach Wohnort darstellen, nicht berücksichtigt.

Unter den Leistungsbeziehenden nach **SGB II** werden im Folgenden die Empfängerinnen und Empfänger unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dargestellt.

Die **Verweildauer im SGB II** von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern ist u.a. abhängig vom Geschlecht und differiert auch in den Kreisen bzw. kreisfreien Städten Niedersachsens erheblich. Von den Leistungen nach dem **SGB XII** werden die Empfängerinnen und Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt (nach dem 3. Kapitel) und die Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (nach dem 4. Kapitel) dargestellt.

33 Vgl. Kapitel 7 Relative Armut und relativer Reichtum.

34 Weitere Informationen und Daten für alle Bundesländer unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

8.1 Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger insgesamt

Definition des Indikators: Nach der Festlegung der Höhe eines Mindestsicherungsbedarfes sollen diese Leistungen Armut verhindern und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Empfängerinnen und Empfänger sind „behördlich wahrgenommen" arm, in der Armutsforschung ist die bekämpfte Armut ein feststehender Begriff.

Methodische Hinweise: Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen Arbeitslosengeld II (ALG II), Sozialgeld, SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) hier außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (in und außerhalb von Einrichtungen) sowie Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz. (Hier verwendete Daten ab 2014 berücksichtigen die SGB II-Revision 2016.)

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten ***ALG II*** nach SGB II, wenn kein Anspruch auf Zahlung des Arbeitslosengeldes I besteht. Die nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten – überwiegend Kinder, die in Haushalten von Empfängerinnen und Empfängern von ALG II leben – erhalten ***Sozialgeld.***

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de und www.statistik.niedersachsen.de > LSN-Online Datenbank > Statistische Erhebung 255 Soziale Mindestsicherung

Ende 2015 erhielten in Niedersachsen 775 056 Personen Mindestsicherungsleistungen, das entspricht einer Quote von 9,8 %. Gegenüber dem Vorjahr stieg damit die Anzahl deutlich um 70 399 Personen bzw. um 10,0 %. Die Quote erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte.

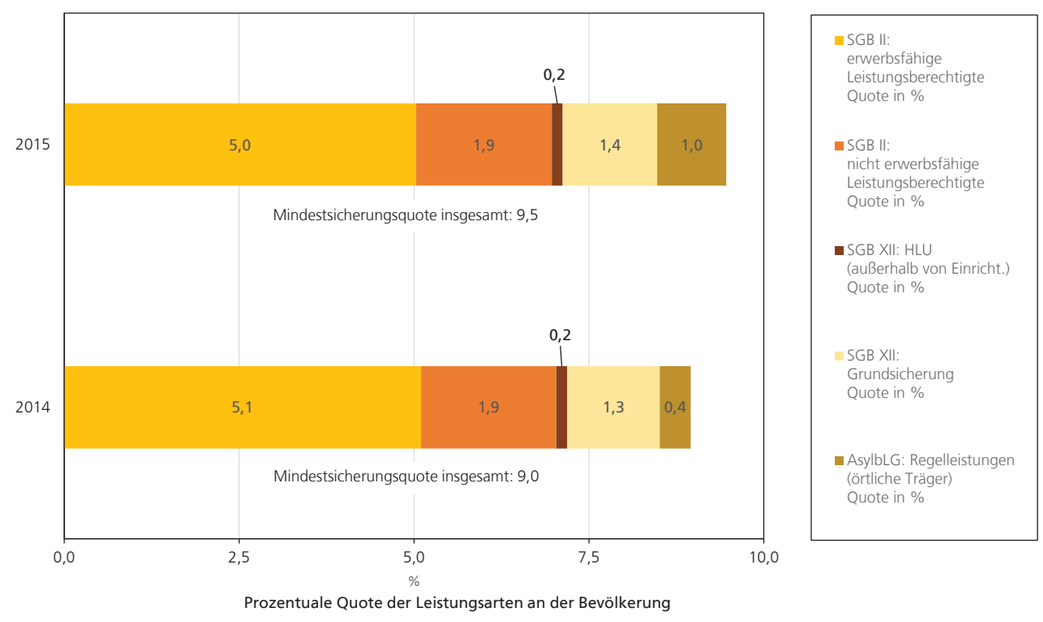
Bundesweit gab es eine ähnliche, etwas schwächere Entwicklung der Quote von 9,1 % auf 9,7 %. Der Anstieg geht vor allem auf die verstärkte Zuwanderung zurück. Während die Zahl der Deutschen im SGB II-Bezug im Vorjahresvergleich um 2,1 % zurückging, stieg die der Nichtdeutschen um 37,9 %. Aus demselben Grund stieg die Zahl der Männer im SGB II-Bezug mit 10,2 % erheblich stärker als die der Frauen mit 3,9 %, vor allem bei den Schutzsuchenden (nach Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft SGB II-leistungsberechtigt) übersteigt die Zahl der Männer deutlich die der Frauen.

Die Differenzierung der Mindestsicherungsquoten nach Alter und Geschlecht zeigt, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Ihre Quote lag 2015 im Landesdurchschnitt mit 15,3 % deutlich höher als die der 18- bis unter 65-Jährigen (10,0 %) und die der 65-Jährigen und älter (3,3 %). Zwischen den Geschlechtern gab es keine erheblichen Unterschiede.

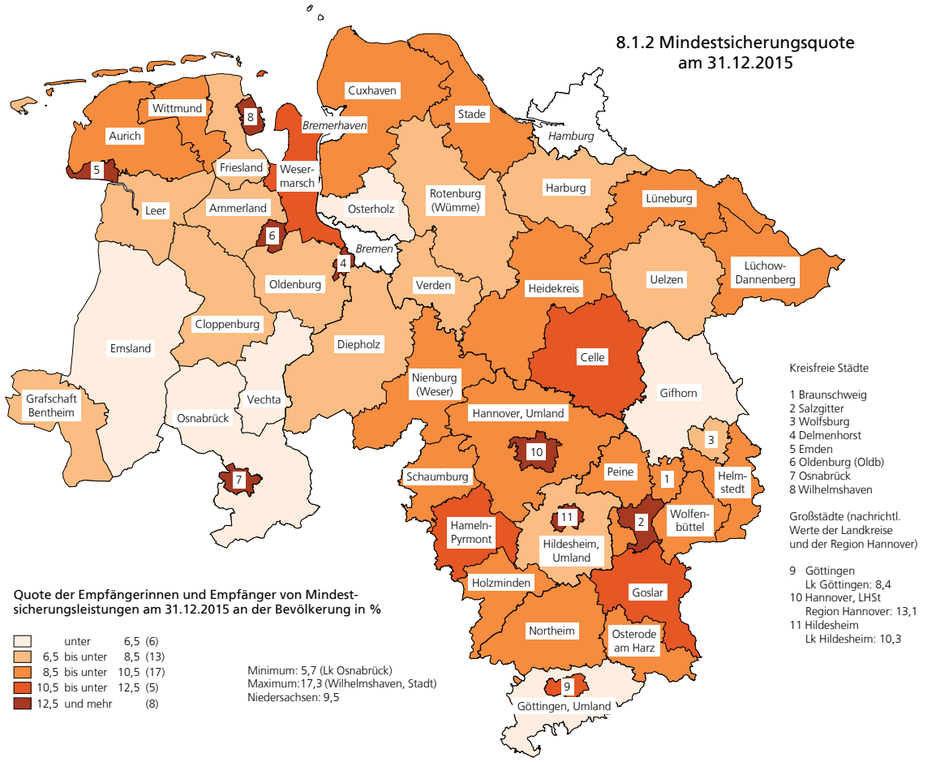
Regional ist in erster Linie ein starkes Stadt-Land-Gefälle sichtbar. Bei den Minderjährigen gab es einerseits Städte mit Quoten weit über 25 % (Wilhelmshaven 30,1 %, Delmenhorst 29,1 %, Hannover 28,0 %, Hildesheim 26,3 %) und andererseits Quoten mit unter 10 % wie in den Landkreisen Osnabrück und Emsland (8,5 % bzw. 8,6 %). Die Mindestsicherungsquote der Frauen über 65 war Ende 2015 mit 7,8 % in der Landeshauptstadt Hannover am höchsten und mit 1,8 % im Landkreis Gifhorn am niedrigsten.

Erheblich deutlicher waren die Unterschiede zwischen den Staatsangehörigkeiten: Ende 2015 empfingen 58,4 % der minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer Mindestsicherungsleistungen; unter den Deutschen „nur" 11,6 %. In einigen Landkreisen und kreisfreien Städten bezogen weit über 70 % der unter 18-jährigen Nicht-Deutschen Mindestsicherungsleistungen. Diese strukturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sind auch der Hauptgrund für die beschriebene Stadt-Land-Struktur, denn in den Groß- und kreisfreien Städten ist der Anteil der Nicht-Deutschen erheblich höher als auf dem Lande.

8.1.1 Mindestsicherung 2014 und 2015 in Niedersachsen am Wohnort nach Leistungsarten



8.1.2 Mindestsicherungsquote am 31.12.2015



8.2 Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften

Definition des Indikators: In der SGB-II-Statistik berichtet die Bundesagentur für Arbeit (BA) über die Anzahl der leistungsberechtigten Personen und ihre Leistungen nach dem SGB II.

Methodische Hinweise: Hilfebedürftige werden unterschieden in ***erwerbsfähige Leistungsberechtigte,*** die Arbeitslosengeld II erhalten, und in ***nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte,*** die Sozialgeld erhalten. Die Grenze der ***Erwerbsfähigkeit*** liegt bei drei Stunden Arbeit pro Tag und hängt von Lebensalter, Hilfebedürftigkeit, der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit und möglicher rechtlicher Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit ab.

Eine ***Bedarfsgemeinschaft (BG)*** besteht aus mindestens einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person, sie kann mit weiteren leistungsberechtigten oder auch mit nicht leistungsberechtigten Personen in einem Haushalt leben. Es wird erwartet, dass jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft, ausgenommen Kinder, sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfes aller einsetzt.

Bei ***erwerbstätigen SGB-II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern*** erreicht das Erwerbseinkommen nicht das Existenzminimum. Ist das Arbeitslosengeld I zu niedrig, können diese Arbeitslosen auch ***SGB-II-Leistungsempfänger*** sein („Aufstocker"): Weil sie Kinder betreuen, selbst noch zur Schule gehen, über 15 Stunden in der Woche arbeiten oder sich weiterbilden, sind etwa die Hälfte der Empfänger von Arbeitslosengeld II nicht arbeitslos.

Die ***„SGB-II-Kinderarmutsquote"*** wird errechnet auf Basis der Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres.

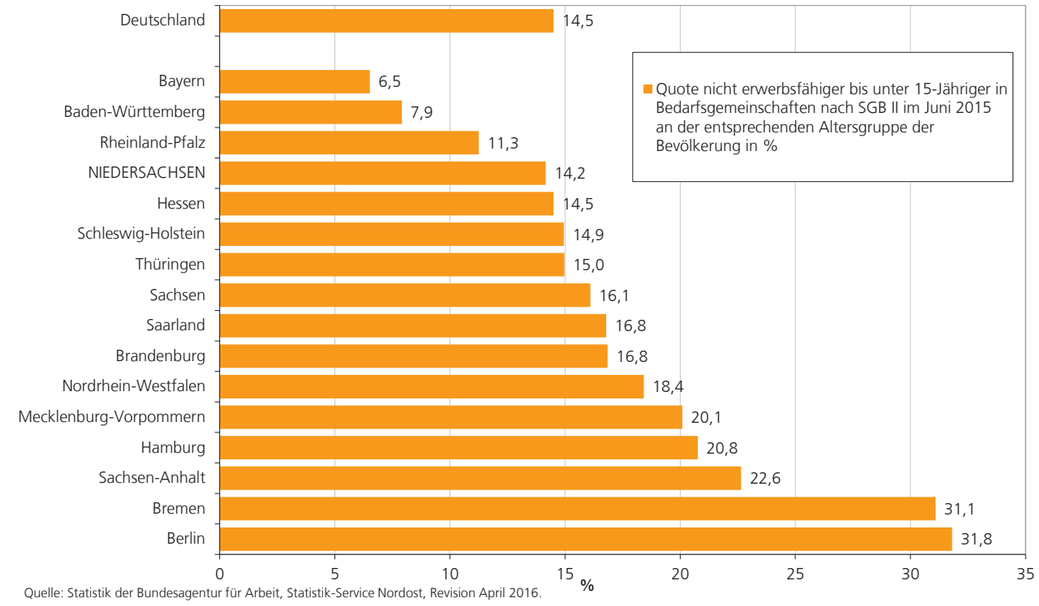
Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de

In Niedersachsen lebten im Juni 2015 insgesamt 148 743 regelleistungsberechtigte Kinder unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Das waren 14,2 % aller Kinder in dieser Altersgruppe. Deutschlandweit betrug die sog. Kinderarmutsquote 14,5 % und wies eine Spanne von 6,5 % in Bayern bis 31,1 % in Bremen bzw. 31,8 % in Berlin auf. Die Kinderarmutsquote war 2015 in allen ostdeutschen Ländern zwar höher als im Bundesdurchschnitt, der Abstand zu den westdeutschen Ländern aber nur noch gering. Aufgrund einer Revision der SGB II-Statistiken durch die BA ist die Vergleichbarkeit der Zahlen mit älteren Daten leicht eingeschränkt.

Besonders stark von Armut betroffen waren die unter 3-Jährigen mit einer SGB II-Quote von 16,0 % (31 397 Kinder). Bei den 3- bis unter 6-Jährigen waren es 15,7 % (30 799 Kinder). Bei den in der Regel schulpflichtigen 6- bis unter 15-Jährigen lag die Quote mit 13,1 % (86 547 Kinder) wieder deutlich niedriger. Das deutet daraufhin, dass durch den abnehmenden Betreuungsaufwand für ältere Kinder, deren Mütter und Väter eher die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dasselbe Muster ist auch in anderen Ländern festzustellen – ein Hinweis darauf, wie wichtig die Bereitstellung von KiTa-Plätzen gerade auch für Kleinkinder ist.

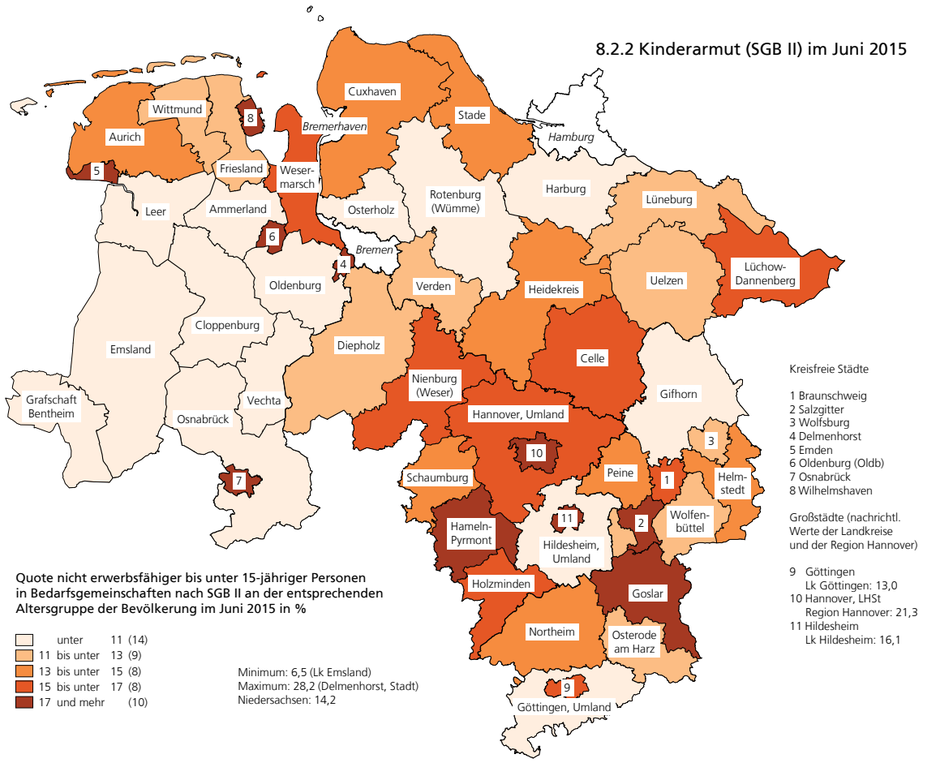
In neun niedersächsischen Landkreisen war die Kinderarmutsquote 2015 einstellig, besonders oft in der Statistischen Region Weser-Ems. Die niedrigsten Werte wies mit 6,5 % das Emsland auf. Auch in der niedersächsischen Regionalstruktur zeigt sich der unter den Länderdaten auffällige Stadt-Land-Gegensatz. Viele Großstädte und kreisfreie Städte wiesen Mitte 2015 eine sehr hohe Kinderarmutsquote auf: Delmenhorst (28,2 %), Wilhelmshaven (28,1 %), Hannover (27,8 %) und Hildesheim (26,5 %). Deutlich niedriger lag sie in Wolfsburg (12,9 %) und Braunschweig (15,3 %). Neben der hier genannten Anzahl der regelleistungsberechtigten Kinder leben in Niedersachsen rund 16 000 weitere Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften, die jedoch sonstige Leistungen oder keine SGB II-Leistungen erhalten.

8.2.1 SGB-II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger unter 15 Jahren im Juni 2015 in den Bundesländern



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Nordost, Revision April 2016.

8.2.2 Kinderarmut (SGB II) im Juni 2015



8.3 Bezugsdauer von SGB II-Leistungen

Definition des Indikators: In der SGB-II-Statistik berichtet die Bundesagentur für Arbeit über die Anzahl der leistungsberechtigten Personen und ihre Leistungen nach dem SGB II. Die errechnete Bedarfshöhe des Hilfebedürftigen hängt von den Einkommensverhältnissen ab, die tatsächliche Leistungshöhe jedoch auch von eventuellen Sanktionen. Die **Verweildauern der Leistungsberechtigten im SGB II** können als „abgeschlossene Dauer" und „bisherige Dauer" gemessen werden. Die ***abgeschlossene Dauer*** umfasst den Zeitraum vom Zugang bis zum Abgang, also die gesamte Verweilzeit; es wird das durchschnittliche Verbleiberisiko beim SGB-II-Zugang abgebildet. Die bisherige Dauer reicht vom Beginn der Hilfebedürftigkeit bis zu einem bestimmten Auswertungsstichtag. Da die Hilfebedürftigkeit noch andauert, wird die Verfestigung des Hilfebezugs deutlich. Ein **Abgang aus Regelleistungsbezug** liegt vor, wenn ein Regelleistungsberechtigter (RLB) den Regelleistungsbezug beendet.

Methodische Hinweise: Damit kurzzeitige Unterbrechungen bzw. Datenausfälle die abzubildenden Dauern im SGB II nicht unterbrechen, werden ***Unterbrechungen von 31 Tagen*** als unschädlich definiert. Für den Übergang bspw. in Hilfen nach SGB XII bei Erreichung der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren ist die sukzessive Anhebung der Altersgrenze ab 01.01.2012 für Geburtsjahrgänge ab 1947 von Bedeutung.

Weiterführende Informationen: www.statistik.arbeitsagentur.de

Seit Januar 2005 gibt es ein einheitliches System der Grundsicherung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit quantitativ und qualitativ hohen Ansprüchen an die Betroffenen.

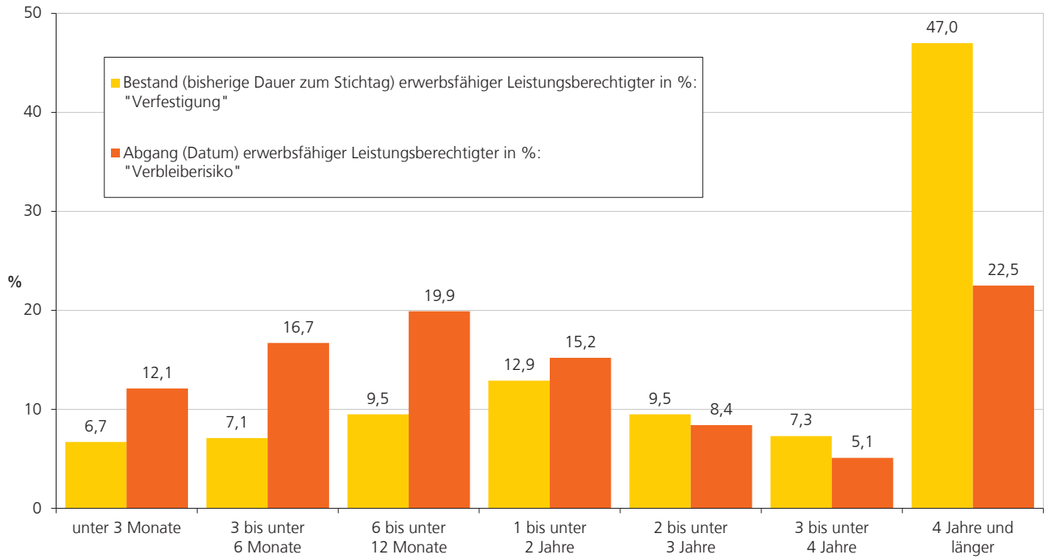
Die **verfestigte Hilfebedürftigkeit** wird durch die bisherige Bezugsdauer zum Stichtag deutlich. Insgesamt waren im Juni 2015 in Niedersachsen 408 848 erwerbsfähige Leistungsberechtigte bei der Bundesagentur für Arbeit erfasst.

Im Juni 2015 erhielten 191 982 Menschen bzw. 47,0 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bereits seit vier Jahren SGB-II-Leistungen (Juni 2014: 48,3 %). In einigen Regionen, so vor allem in der Stadt Braunschweig und im Landkreis Osterode, lag der Anteil über 50 %. Im Landkreis Vechta war mit 32,8 % der Anteil derjenigen, die über einen so langen Zeitraum SGB-II-Leistungen bezogen, noch am geringsten.

Wichtig sind auch Informationen darüber, wie viele erwerbsfähige SGB II-Beziehende aus dem Bezug dieser Sozialleistung ausscheiden („Abgang"). Ein Abgang liegt vor, wenn der Regelleistungsbezug beendet wird; das bedeutet allerdings nicht immer, dass eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wurde. Im Juni 2015 beendeten in Niedersachsen 13 232 erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Leistungsbezug: Fast die Hälfte (49,0 %) bezog seit weniger als einem Jahr SGB II-Leistungen und 51 % waren seit mehr als einem Jahr im SGB II-Bezug, darunter 22,5 % (2 981 Personen), die vier Jahre und länger entsprechende Leistungen erhielten. Immerhin 12,1 % (1 604 Personen) schieden schon nach weniger als 3 Monaten aus.

Regional differieren die Anteile derjenigen, die ihren Leistungsbezug schnell beendeten zwischen 19,2 % in der Stadt Osnabrück und 9,0 % in Wolfsburg erheblich. Die Höhe dieser Anteile im Abgang hängt sehr stark davon ab, wie hoch die jeweiligen entsprechenden Anteile im Bestand der Beziehenden sind. Bezieht man die Abgänge im Juni 2015 auf die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieherinnen und -bezieher, ist zu erkennen, dass landesweit 3,2 % in diesem Monat aus dem Bezug ausschieden. Diese Quote war mit 5,2 % im Landkreis Wittmund und 5,0 % im Landkreis Vechta am höchsten, am niedrigsten war sie mit 2,6 % in der Region Hannover bzw. 2,8 % in der Stadt Oldenburg.

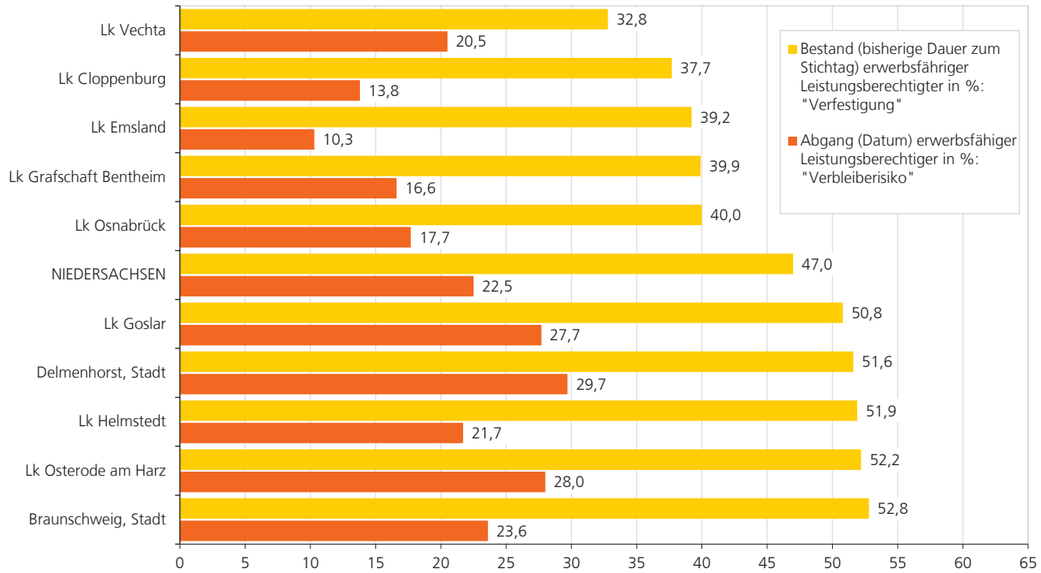
8.3.1 Verweildauern im SGB II im Juni 2015 in Niedersachsen



Verweildauern mit Unterbrechung von 31 Tagen (jeweils zusammen 100 %)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Verweildauern SGB II.

8.3.2 Regionale Unterschiede des SGB-II-Bezuges von vier und mehr Jahren im Juni 2015 in Niedersachsen



Verweildauern von vier Jahren und länger (mit Unterbrechung von 31 Tagen):
Anteil an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in %

8.4 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Definition des Indikators: Leistungen nach SGB XII erhalten seit dem 01.01.2005 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch andere Sozialleistungen decken können. Dazu gehören z.B. vorübergehend Erwerbsunfähige, Langzeiterkrankte und Vorruhestandsrentner.

Methodische Hinweise: Bei der ***Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)*** (3. Kap. SGB XII) werden für die Berechnung des Anspruchs die Haushaltsangehörigen der Bedarfsgemeinschaft einbezogen (Ehegatten, Lebenspartner, Personen in eheähnlicher Gemeinschaft sowie minderjährige, unverheiratete Kinder).

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII) erhalten dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können. Die Leistungen der Grundsicherung sollen dazu beitragen die „verschämte Armut" einzugrenzen.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Soziales

Die Sozialhilfe soll als „letztes Auffangnetz" vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung schützen. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch Leistungen für Personen, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft (insbesondere durch Einkommen und Vermögen) decken können und auch keine ausreichenden Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben. Im Rahmen des SGB XII „Sozialhilfe" gibt es vor allem folgende Leistungen:

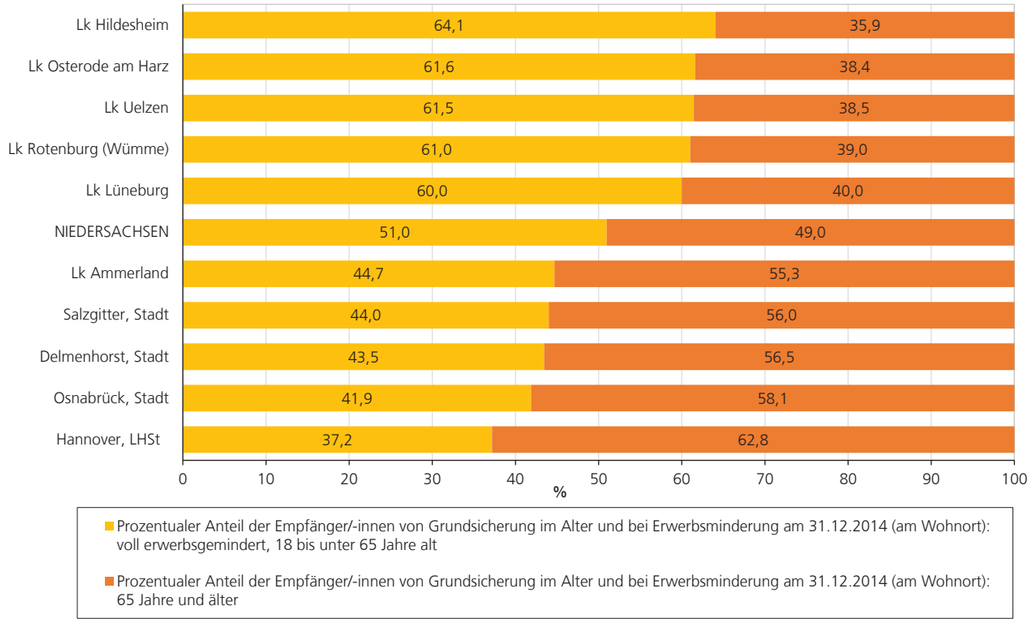
3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt

4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

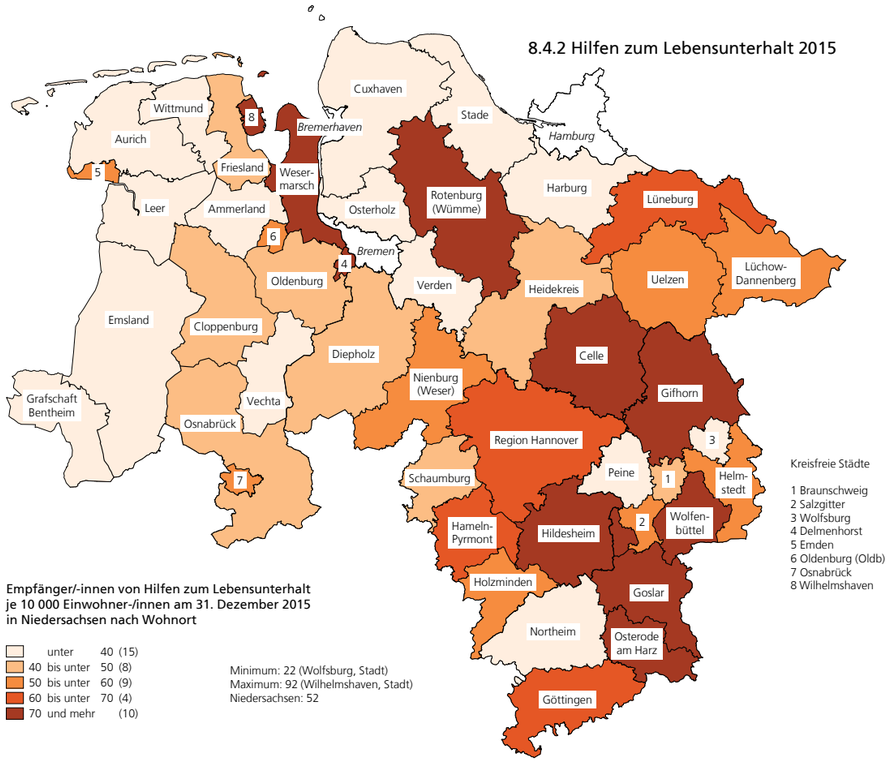
Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) erhielten in Niedersachsen Ende 2015 insgesamt 40 289 Personen bzw. 52 von 10 000 Einwohnern. Im Vergleich zum 31.12.2014, als 39 398 Personen HLU-Leistungen bezogen, gab es einen Anstieg um 891 Personen bzw. 2,3 %. Die Empfängerinnen und Empfänger von HLU-Leistungen waren ganz überwiegend Deutsche mit einem Anteil von 95,0 %. Es erhielten mehr Männer als Frauen HLU-Leistungen; der Männeranteil lag bei 53,4 %, der der Frauen bei 46,6 %. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene waren relativ selten unter den HLU-Empfängern zu finden. Insgesamt bezogen Ende 2015 nur 6 363 Personen unter 25 Jahren HLU-Leistungen. Das entsprach einem Anteil von 15,8 % an allen HLU-Empfängerinnen und -empfängern.

Regional gab es eine erhebliche Spreizung der HLU-Quoten. Sehr niedrigen Werten von 22 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Wolfsburg) und 28 (Landkreise Cuxhaven und Harburg) standen sehr hohe Werte von 92 (Wilhelmshaven) und 91 (Landkreis Osterode am Harz) gegenüber. Ein klares räumliches Muster ist nicht zu erkennen. Zum Teil grenzen Regionen mit sehr hohen Quoten direkt an solche mit niedrigen Quoten, so z. B. der Landkreis Gifhorn mit 87 und Wolfsburg mit 22. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten in Niedersachsen am 31.12.2015 insgesamt 107 193 Menschen (Sitz des Trägers: 109 007). Ein Jahr zuvor waren es 103 636 Personen, was eine Steigerung um 3 557 Personen bzw. 3,4 % bedeutet; am Jahresende 2007 lag die Zahl erst bei 77 011 (nach Sitz des Trägers: 2014: 105 335; 2007: 78 276). Neueste Zahlen für Dezember 2016 weisen 107 814 Empfängerinnen und Empfänger (Sitz des Trägers) aus. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden schon allein aufgrund des demographischen Effekts der Alterung der Bevölkerung immer wich-tiger. Besonders gilt dies für Frauen, da diese oftmals zu geringe eigene Rentenansprüche besitzen.

8.4.1 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 in Niedersachsen



8.4.2 Hilfen zum Lebensunterhalt 2015



9. Besondere Lebenslagen

Tabellen zum Thema im Anhang	
9.1.1	Haushalte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten 2015
9.1.2	Überschuldung 2014 in Niedersachsen nach sozioökonomischen Merkmalen, Schuldenhöhe und Hauptauslöser
9.2.1	Opfer von Straftaten 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen
9.2.2	Straftaten 2014 in Niedersachsen
9.2.3	Abgeurteilte und Verurteilte 2014 in Niedersachsen
9.2.4	Dunkelfeldstudie 2015: raumbezogenes Unsicherheitsgefühl nach Alter und Geschlecht
9.3.1	Belastung durch monatliche Wohnkosten 2008 bis 2014 in Deutschland
9.3.2	Mietbelastungsquote von Haushalten 2014 nach Bundesländern und Haushaltsgröße
9.3.3	Platzangebot und Personen in ordnungsrechtlicher Unterbringung am 31.12.2013 in Niedersachsen
9.4.1	Menschen mit Schwerbehinderung am 31.12.2015 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Geschlecht
9.4.2	Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung 2014 in Niedersachsen
9.4.3	Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung Ende 2014 in Niedersachsen in und außerhalb von Einrichtungen nach Hilfearten
9.4.4	Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung Ende 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Geschlecht
9.5.1	Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach Bundesländern
9.5.2	Schwangerschaftsabbrüche 2014 in Niedersachsen und Deutschland nach Wohnsitz und Alter der Frauen

Unter der Überschrift „Besondere Lebenslagen" wurden hier fünf Indikatoren ausgewählt, die Lebenslagen beschreiben, die kurz- oder langfristig das Leben der Betroffenen unterschiedlich stark einschränken. Dabei sind sie ganz verschieden gelagert. Sie können weder miteinander gleichgesetzt noch unmittelbar in Verbindung gebracht werden.

Eine besondere einschränkende Lebenslage ergibt sich beispielsweise aus der privaten Überschuldung, die oftmals aus der Arbeitslosigkeit, Trennung, Scheidung oder Tod des Partners entsteht, und die zur Folge hat, dass laufende Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können, da das Einkommen eingebrochen ist. Weitere Ursachen sind u.a. Erkrankungen, Sucht, ein Unfall, aber auch unwirtschaftliche Haushaltsführung oder eine gescheiterte Selbstständigkeit.

Zur größten Gruppe unter den in Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen (diese müssen nicht unbedingt auch überschuldet sein) zählen allein lebende Männer (29,6 %), mit 17,9 % stellen die allein lebenden Frauen die zweitgrößte Gruppe.[35] Betroffene finden in den zahlreichen niedersächsischen Schuldnerberatungsstellen Hilfe. In jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es mindestens eine anerkannte Beratungsstelle.[36]

Der Indikator „Abweichendes Verhalten" zeigt auf, wie sich die Anzahl der Straftaten und die Zahl der betroffenen Opfer entwickelt haben. Die Anzahl der Opfer von Straftaten in Niedersachsen 2014 ging im Vergleich zum Vorjahr beispielsweise um -1,3 % auf 94 549 zurück.

Der Indikator „Wohnen und Wohnungslosigkeit" zeigt auf, wie sich die Mietbelastungsquote in den letzten Jahren entwickelt hat. Ein Ergebnis ist, dass steigende Mieten dazu geführt haben, dass insbesondere bei den Einpersonenhaushalten der Anteil des Nettohaushaltseinkommen, der für die Wohnungsmiete aufgebracht werden muss, im Jahr 2014 bei bald einem Drittel lag. Im Hinblick auf die Wohnungsknappheit, insbesondere in den Ballungsgebieten, wird sich diese Situation nicht kurzfristig ändern lassen.

Inklusion bedeutet die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft, und zwar von **Menschen mit Behinderungen** jeden Alters. Auch alte oder behinderte Menschen sollen und wollen nicht auf Lebensqualität verzichten und so lange wie möglich ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben führen können. Die Entwicklung der Zahlen von Menschen mit Schwerbehinderung zeigt dabei eine wachsende Herausforderung für die Gesellschaft und das Pflegesystem, dies auch vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft. Jeder fünfte Mensch mit Schwerbehinderung war im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahre alt und jeder zweite 65 Jahre und älter. Von 2013 zu 2014 stieg die Zahl der Menschen mit Schwerbehinderung um 8,9 %.

Die Betrachtung von **Schwangerschaftsabbrüchen** geschieht insbesondere im Kontext von **Teenager-Schwangerschaften**. Diese sind oft Ergebnis mangelnder Sexualaufklärung, eines niedrigen Bildungsniveaus sowie mangelnder Zukunftsperspektiven. Zuletzt gingen sowohl die Zahl der Abbrüche wie auch der Schwangerschaften zurück.

---

35 *Vgl. Statistische Berichte Niedersachsen (Landesamt für Statistik Niedersachsen): Überschuldung 2015, S. 5: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Haushalte, Familien – Mikrozensus > Statistische Berichte.*

36 *Vgl. Niedersächsisches Justizministerium (Hrsg.): Neubeginn ohne Schulden! Informationen über Verbraucherinsolvenzverfahren und zur Restschuldenbefreiung, 2017, www.mj.niedersachsen.de > Service > Publikationen.*

9.1 Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen

Definition des Indikators: Bei Natürlichen Personen liegt ***Überschuldung*** vor, wenn es der betroffenen Person nicht möglich ist, ihre Schulden innerhalb eines überschaubaren Zeitraums unter Einsatz vorhandenen Vermögens und freien Einkommens zu bezahlen, ohne dabei die eigene Grundsicherung zu gefährden. Die Folgen für die Betroffenen hängen u.a. von den Ursachen der Überschuldung ab. Hilf- und Perspektivlosigkeit kann nicht nur Ängste auslösen, sondern auch handlungsunfähig machen.

Erst wenn keine gütliche Einigung mit den Gläubigern zu erreichen ist, können sich Schuldnerinnen und Schuldner durch ein ***Verbraucherinsolvenzverfahren*** von der Restschuld nach einer Wohlverhaltensperiode von sechs Jahren befreien (nach drei Jahren, wenn die Gläubiger 35 % ihrer Forderung mit der Insolvenzeröffnung erhalten; nach fünf Jahren, wenn die Verfahrenskosten abgetragen werden. Die Verteilung und Entwicklung der ***Überschuldung privater Haushalte*** stellt der „Schuldneratlas Deutschland" der Creditreform dar. Bei Betroffenen sind die zu leistenden Gesamtausgaben höher als die Einnahmen; „nachhaltige Zahlungsstörungen" ergeben sich aus mindestens zwei vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger.

Methodische Hinweise: Die Zahl der ***Verbraucherinsolvenzen*** wird mit der Einwohnerzahl (je 10 000) in Bezug gesetzt: In den Ergebnissen sind Insolvenzverfahren von Schuldnern enthalten, die ihren Wohnsitz nicht im Nachweisland haben, aber deren Insolvenzabwicklung bei einem Insolvenzgericht im Nachweisland erfolgt. Die ***Schuldnerquote*** der Creditreform bezieht sich auf den Anteil der ab 18-Jährigen an allen Volljährigen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang, www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Unternehmen

In Niedersachsen gab es 2015 insgesamt 11 220 Verbraucherinsolvenzen (-22,5 % gegenüber dem Höchststand 2010). Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag das Land mit 14,3 Verbraucherinsolvenzen weit über dem Bundesdurchschnitt von 9,9. Regional reichte die Spanne von 5,2 % im Landkreis Grafschaft Bentheim bis 27,4 % in der kreisfreien Stadt Delmenhorst. Die durchschnittlichen Forderungen je Fall betrugen in Niedersachsen rund 40 000 €, im Bundesdurchschnitt waren es 10 000 € mehr.

Hilfe können sich die Betroffenen in 273 niedersächsischen Insolvenzberatungsstellen[37] holen und damit auf ein dichtes Netz von Anlaufstellen zurückgreifen (bundesweit knapp 1 400 Beratungsstellen[38]). Das Land finanziert entsprechend der Fallpauschalen nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) die Einrichtungen. Es werden damit starke Anreize für eine bedarfsorientierte Ausrichtung geboten, verbunden mit geringen Wartezeiten bzw. im Bedarfsfall einem guten Zugang in das Privatinsolvenzverfahren. Als Hauptursachen für Überschuldung stellten für Niedersachsen die beratenden Verbände Arbeitslosigkeit (22,8 %), Scheidung oder Tod des Partners (13,2 %) und Erkrankung, Sucht, Unfall (11,7 %) fest. Fast die Hälfte (44,5 %) der beratenen Personen war arbeitslos. 44,9 % der Beratenen hatten keine Berufsausbildung. Es handelt sich zumeist um Ein- oder Zweipersonenhaushalte, und die Hälfte der Beratenen war zwischen 25 und 45 Jahre alt.

Die Schuldnerquote lag 2015 in Niedersachsen mit 10,4 % über dem Durchschnitt auf Bundesebene (9,9 %). Das heißt, dass etwa jeder zehnte Erwachsene überschuldet war. Die Spanne reichte von 7,1 % in Bayern bis 14,1 % in Bremen.[39] In Niedersachsen lag der Anstieg der Schuldnerquote von 2009 auf 2015 mit +0,2 Prozentpunkten leicht unter dem des Bundesniveaus (+0,4 Prozentpunkte).[40]

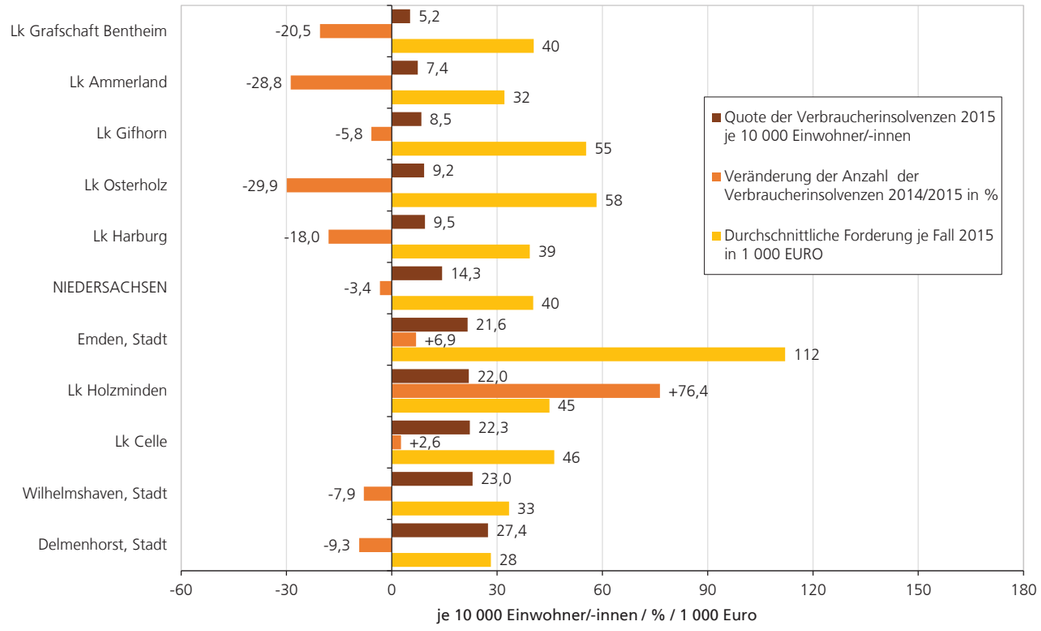
37 Statistische Berichte Niedersachsen (Landesamt für Statistik Niedersachsen): O IV- j/2015, Überschuldung 2015.

38 Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistik zur Überschuldung privater Personen 2015, Fachserie 15, Reihe 5, 2016, S. 3.

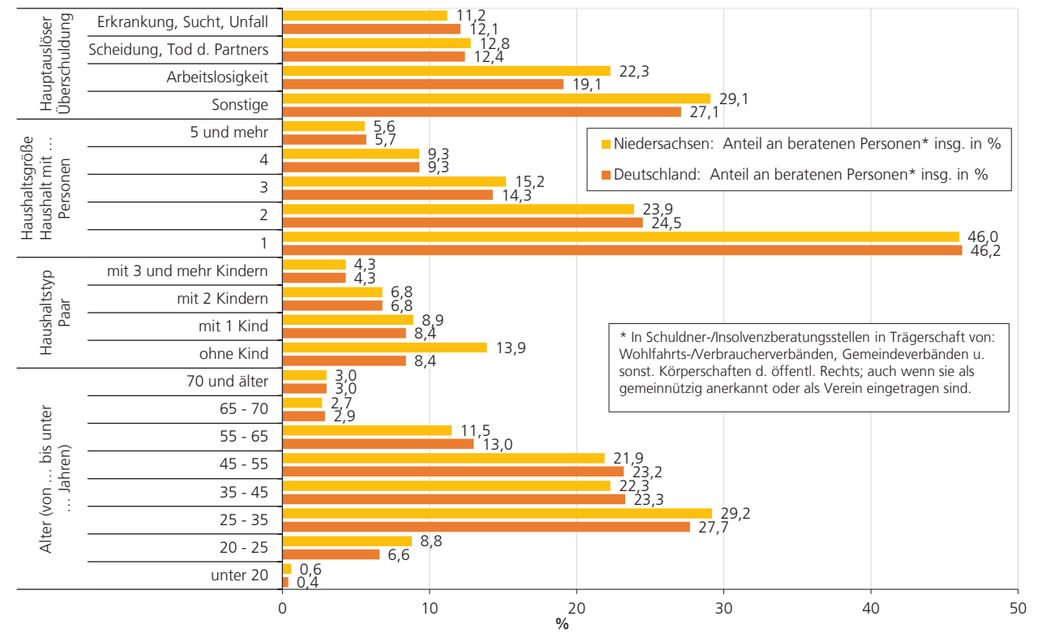
39 Vgl. Creditreform: Schuldneratlas Deutschland. Überschuldung von Verbrauchern. Jahr 2015, Neuss 2015; unter http://www.creditreform.de abrufbar.

40 Vgl. Kapitel 6.3 Vermögen.

9.1.1 Verbraucherinsolvenzen 2015 in Niedersachsen



9.1.2 Überschuldung 2014 nach Alter, Haushaltstyp und -größe sowie Hauptauslöser



9.2 Abweichendes Verhalten

Definition des Indikators: ***Abweichendes Verhalten*** (Devianz) ist keine direkte Folge von Armut, es ist von einem einkommensunabhängigen Zusammenhang zwischen geringer Identifikation mit der Gesellschaft und ihren Normen auszugehen. Hier wird ausschließlich ***Umfang, Struktur und Entwicklung der Kriminalität*** betrachtet.

Methodische Hinweise: Angaben über ***Opfer von Straftaten*** (natürliche Personen, gegen die sich eine mit Strafe bedrohte Handlung unmittelbar richtete) wurden dem Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2014 des Landeskriminalamts (LKA) entnommen. Die Zahlen der ***Straftaten*** stammen aus dem Jahrbuch der Polizeilichen Kriminalstatistik Niedersachsen 2014 des LKA. Die Rechtspflegestatistik ist die Quelle für Zahlen über ***Abgeurteilte und Verurteilte.*** Gegen Abgeurteilte wurden Strafbefehle erlassen oder es wurde ein Strafverfahren abgeschlossen. Nicht zu den Abgeurteilten gezählt werden u.a. Personen, bei denen gemäß Jugendgerichtsgesetz von der Verfolgung abgesehen bzw. die Entscheidung ausgesetzt wurde. Das Jugendgerichtsgesetz ist auf alle strafmündigen Jugendlichen ab 14 J. anwendbar, es kann bei Heranwachsenden (18- bis u. 21-Jährige) ebenfalls angewandt werden. Vorrang hat hierbei die Erziehung, nicht die Verhängung von Strafe. Die Angaben über das raumbezogene ***Sicherheitsgefühl*** entstammen der in zweijährigem Rhythmus durchgeführten Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015, Kernbefunde der Studie des LKA, (Kapitel Kriminalitätsfurcht, Abbildung 15).

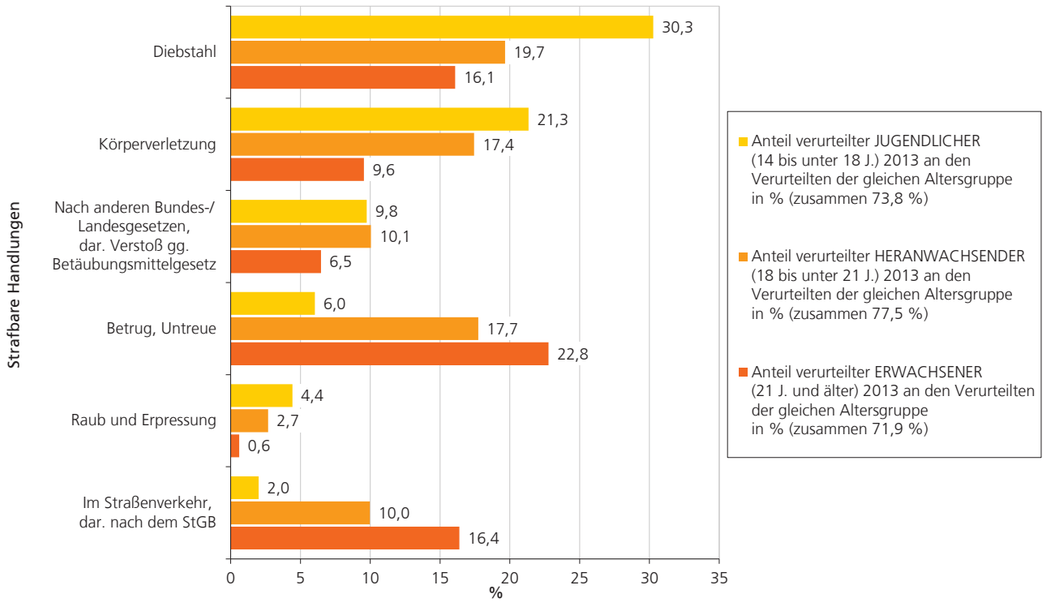
Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang sowie http://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html.

In Niedersachsen wurden 2014 insgesamt 86 181 Personen in Strafverfahren *abgeurteilt*. Weil aber bei 16 567 Betroffenen das Verfahren eingestellt wurde bzw. ein Freispruch erfolgte, wurden nur 69 614 Personen auch *verurteilt*. Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren hatten hierbei einen Anteil von 6,1 % an allen Verurteilten, deren häufigste Delikte Diebstahl (30,3 %) und Körperverletzung (21,3 %) waren. Bei den Heranwachsenden kommen noch Betrug und Untreue hinzu.

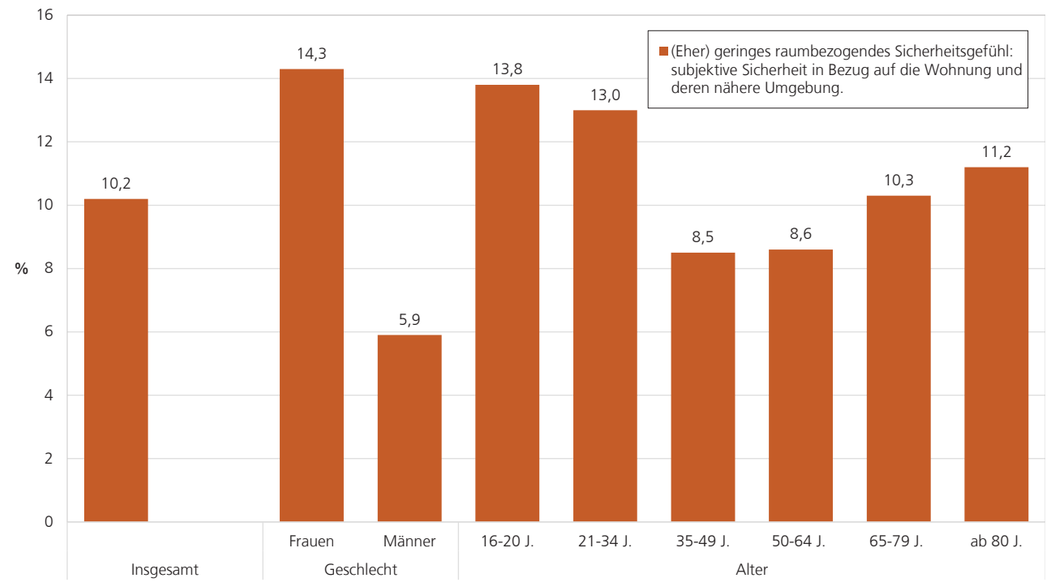
Die Anzahl der Opfer von Straftaten 2014 ging im Vergleich zum Vorjahr um -1,3 % auf 94 549 zurück. Bei den minderjährigen Straftatopfern fiel der Rückgang mit -2,3 % auf 15 449 etwas höher aus. Dennoch sind Minderjährige nach wie vor nicht seltener Opfer von Straftaten als die Gesamtbevölkerung. Die Quote an der Bevölkerung betrug in beiden Fällen 1,2 % (2013: ebenfalls 1,2 %.

Nicht jede Straftat gelangt auch zur Anzeige. Während das „Hellfeld" der Kriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik abgebildet wird, kann das „Dunkelfeld" nur durch Befragung der Bürgerinnen und Bürger zu Sicherheit und Kriminalität beleuchtet werden. Die Ergebnisse der zweijährlichen Befragung des Landeskriminalamts (LKA) Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik (KFS) ergeben hier beispielsweise, dass jeder zehnte Befragte ein (eher) geringes raumbezogenes Sicherheitsgefühl empfindet in Bezug auf die Wohnung und deren nähere Umgebung. Bei den Frauen ist der Anteil mit 14,3 % dabei erheblich höher als bei den Männern (5,9 %).

9.2.1 Verurteilte verschiedener Altersgruppen 2014 in Niedersachsen nach strafbaren Handlungen



9.2.2 Dunkelfeldstudie 2015: raumbezogenes Sicherheitsgefühl nach Alter und Geschlecht



Quelle: Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik (KFS). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015, Bericht zu den Kernbefunden der Studie, Hannover, Januar 2016

9.3 Wohnen und Wohnungslosigkeit

Definition des Indikators: Die monatlichen Ausgaben eines Haushaltes können vor allem für einkommensschwache oder armutsgefährdete Personen eine erhebliche Belastung darstellen.

Methodische Hinweise: Die Angaben über ***Belastungen durch die monatlichen Wohnkosten 2014*** stammen aus den Erhebungen EU SILC LEBEN IN EUROPA sowie einer *Sondererhebung des Mikrozensus 2010.*

Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe bieten Hilfen gemäß §§ 67 ff SGB XII an. Diese sind *Tagesaufenthalte, Ambulante Hilfe mit Basisangebot und Ambulanter Einzelfallhilfe, Stationäre Hilfe und Ambulante Nachgehende Hilfe nach stationärem Aufenthalt. Tagesaufenthalte und Basisangebot sind sogenannte „niedrigschwellige" Hilfen"* (Quelle: Statistik der Zentralen Beratungsstelle Niedersachsen (ZBS)).

Weiterführende Informationen: www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, Wohnen > Wohnen > Belastungen durch Wohnsituation; www.ms.niedersachsen.de Anlagenbericht zur HSBN 2015 „Wohnungslosigkeit in Niedersachsen" sowie www.caritas-os.de/zbs; www.diakonie-in-niedersachsen.de und www.bagw.de

Wohnen wird gemessen am Nettoeinkommen immer teurer, was vor allem an steigenden Mieten liegt. Besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen sind davon betroffen. Die Mietbelastungsquote, also der Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens, der für die Miete aufgewendet werden muss, betrug 2014 in Niedersachsen 27,8 % (Bundesdurchschnitt: 27,2 %). Gegenüber 2010 war dies eine Steigerung um 4,5 Prozentpunkte (Deutschland: +3,7 Prozentpunkte). Die höchste Mietbelastung und den höchsten Anstieg hatten Einpersonenhaushalte, die fast ein Drittel (31,0 %) ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben mussten (+4,6 Prozentpunkte). Bei den Mehrpersonenhaushalten betrug der Anteil etwa ein Viertel. Nur bei Haushalten mit fünf und mehr Personen war die Mietbelastungsquote in Niedersachsen etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Regionale Daten für Niedersachsen gehen aus einer Wohnungsmarktanalyse der NBank hervor: 2014 war die Mietbelastungsquote in den meisten ländlichen Regionen mit unterdurchschnittlichen Nettokaltmieten gering. Überdurchschnittlich hoch hingegen war der für die Miete aufzuwendende Kaufkraftanteil in den großen Zentren und in der nordwestlichen Küstenregion. Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnraum zu angemessenen Bedingungen sei besonders gefährdet in den kreisfreien Städten Braunschweig und Wolfsburg, in der Landeshauptstadt Hannover, Langenhagen, Buchholz in der Nordheide, Oldenburg, Osnabrück, Leer und Vechta.[41]

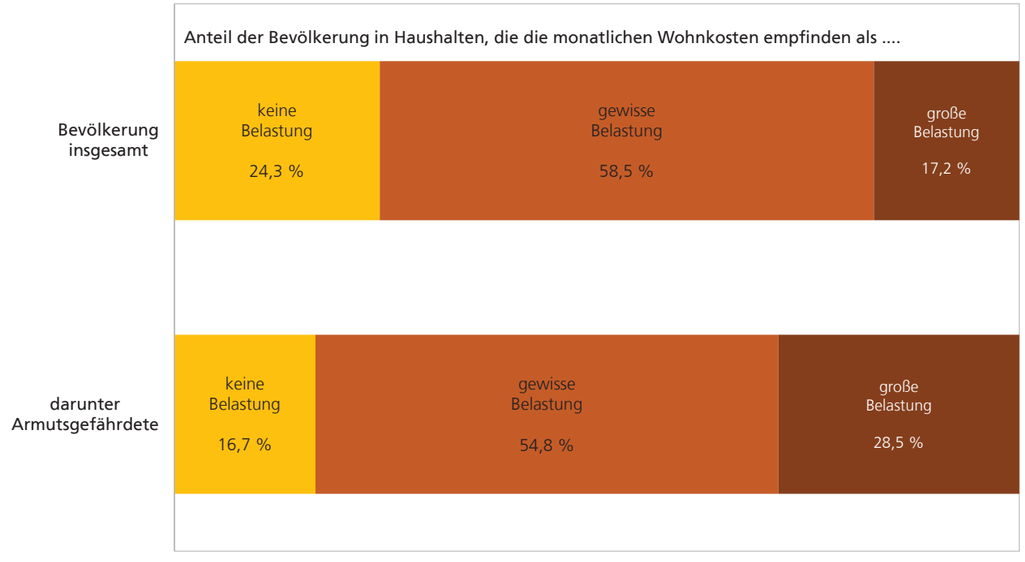
Besonders armutsgefährdete Personen – und zwar 28,5 % von ihnen – sehen die monatlichen Wohnkosten als große Belastung an, bei der Bevölkerung insgesamt waren es nach Selbsteinschätzung mit 17,2 % deutlich weniger (Deutschlandwerte).

Die Datenlage zur Wohnungslosigkeit ist leider sehr beschränkt. Hier beobachten die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe insbesondere einen Zuwachs der Probleme bei den unter 25-Jährigen. Dem bei dieser Personengruppe intensiven Unterstützungsbedarf kann meist nicht ausreichend entsprochen werden, was hinderlich für die Stabilität, Selbstständigkeit und Integration in den Arbeitsmarkt junger Betroffener sein kann.[42]

41 Vgl. NBank (Hrsg.): Analyse zur Festlegung der Gebietskulisse für eine Mietbegrenzungsverordnung in Niedersach-sen, Nov. 2015, S. 13 und 23; http://www.ms.niedersachsen.de/themen/bauen_wohnen/wohnungsmarkt_wohnungswirtschaft/wohnungsmarkt-wohnungswirtschaft-14190.html.

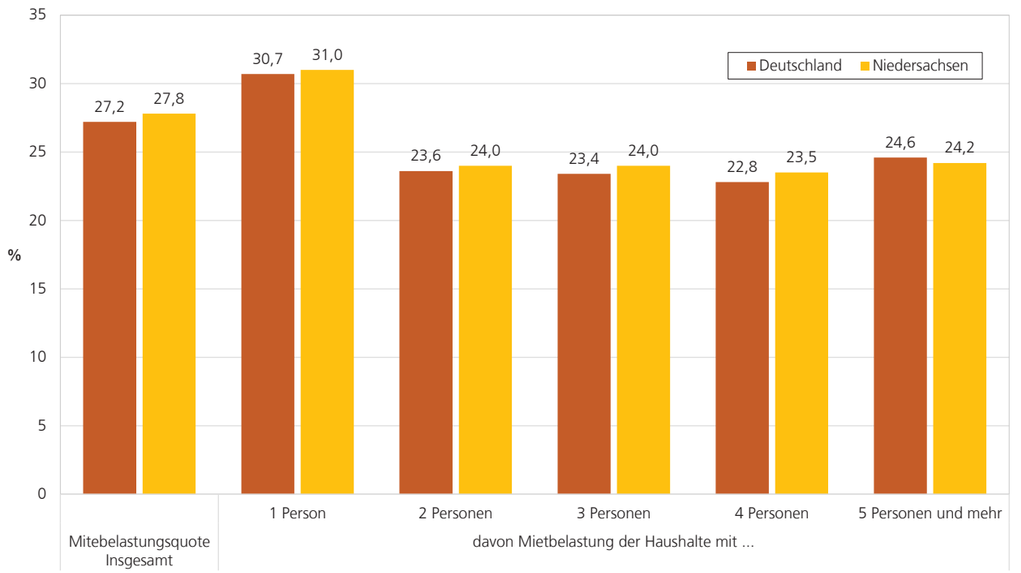
42 Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen: Schwerpunktjahresbericht 2015 - Unter 25-Jährige – Angebote – Schnittstellen – Entwicklungen, S. 4-5; http://www.caritas-os.de/zbs.

9.3.1 Belastung durch Wohnkosten 2014 in Deutschland



Quelle: Ergebnisse aus Leben in Europa (EU-SILC). – Die Angaben beruhen auf einer Selbsteinschätzung der Haushalte.

9.3.2 Mietbelastungsquote 2014 nach Haushaltsgröße



Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung 2014.
Angabe von Hauptmieterhaushalten in Mietwohnungen über den Anteil des Haushaltsnettoeinkommens, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht wurde.

9.4 Menschen mit Behinderungen

Definition des Indikators: Menschen gelten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX als behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Auf Antrag überprüft das zuständige Versorgungsamt Vorhandensein und Grad der Behinderung. Eine ***Schwerbehinderung*** liegt ab einer Beeinträchtigung von 50 Grad vor.

Die ***Eingliederungshilfe für Behinderte*** nach dem 6. Kapitel des SGB XII soll die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und eine möglichst selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen. Einer drohenden Behinderung soll vorgebeugt oder die Folgen einer bestehenden abgemildert werden. Eingliederungshilfen können Kindern ermöglichen, gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut zu werden. Empfängerinnen und Empfänger mehrerer Hilfearten werden bei jeder Hilfeart gezählt. Bei der Insgesamt-Zahl werden Mehrfachzählungen rausgerechnet, sofern erkennbar, sind.

Methodische Hinweise: Die ***Statistik der schwerbehinderten Menschen*** erfasst im zweijährigen Turnus die Anzahl der Betroffenen mit gültigem Schwerbehindertenausweis, persönliche Merkmale sowie Art, Ursache und Grad der Behinderung. Bei mehrfach behinderten Menschen werden bis zu drei Behinderungen nach Art und Ursache erfasst.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Soziales

Im Jahr 2015 hatten in Niedersachsen insgesamt 724 265 Menschen, also 9,3 % der Bevölkerung eine Schwerbehinderung. Die Zahl stieg gegenüber 2013 (zweijährliche Statistik) um 8,2 % und die Quote um 0,8 Prozentpunkte. Die Quote der Männer war dabei mit 9,8 % etwas höher als die der Frauen mit 8,7 %.

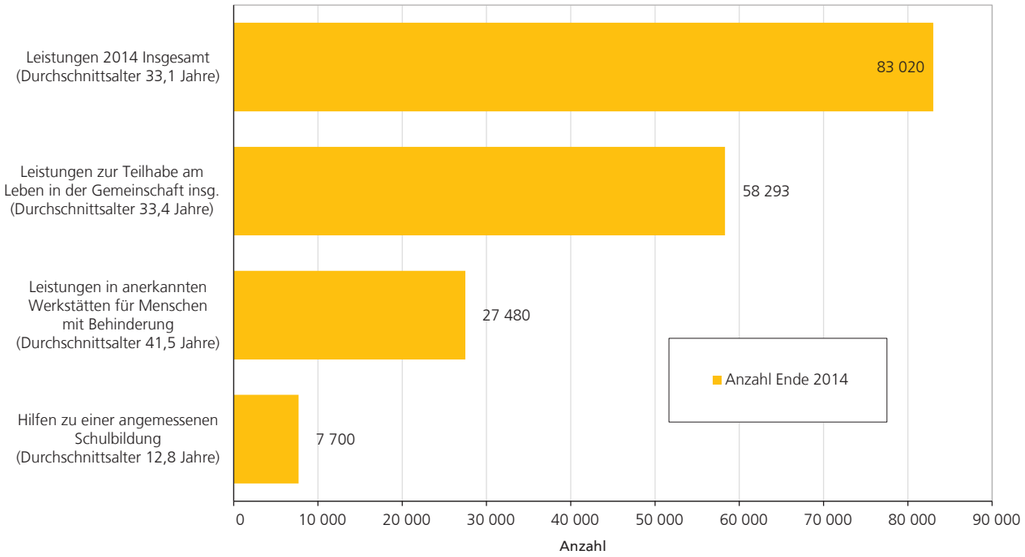
Kinder sind in dieser Statistik unterrepräsentiert, u.a. weil Schädigungen bei ihnen nicht immer sofort als Behinderung erkannt werden. 2015 waren 0,5 % der Schwerbehinderten unter 6 Jahre alt. Eine Schwerbehinderung trifft vor allem ältere Menschen: Jeder fünfte (19,8 %) Mensch mit Schwerbehinderung war zwischen 55 und unter 65 Jahre alt und jeder zweite (55,9 %) 65 Jahre und älter. Dabei geht eine Schwerbehinderung insbesondere im Erwerbsalter mit einem höheren und langfristigen Armutsrisiko einher, wenn sie die Erwerbstätigkeit erschwert oder unmöglich macht.[43]

So genannte Eingliederungshilfen für Behinderte nach dem 6. Kapitel SGB XII empfingen Ende 2014 in Niedersachsen 83 020 Personen bzw. rund 11 von 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ein Jahr zuvor waren es 81 674 Personen, was einem Anstieg um +1,7 % gegenüber dem Vorjahr und +14,5 % gegenüber dem Jahr 2009 entsprach. Im Landkreis Wolfenbüttel gab es 2014 im Vergleich zu 2009 mit einem Plus von 48,0 % den höchsten Anstieg. Rückgänge der Zahlen verzeichneten die Landkreise Heidekreis, Stade, Leer und besonders Osterholz (-16,5 %). Mit 5,4 Empfängerinnen und Empfängern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern war 2014 hier die Quote am niedrigsten und am höchsten in der kreisfreien Stadt Osnabrück (17,6).

Drei große Leistungsarten dominieren die Eingliederungshilfen: Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen erhielten 27 480 Personen, Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft 58 293 Personen, und Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung bekamen 7 700 Personen.

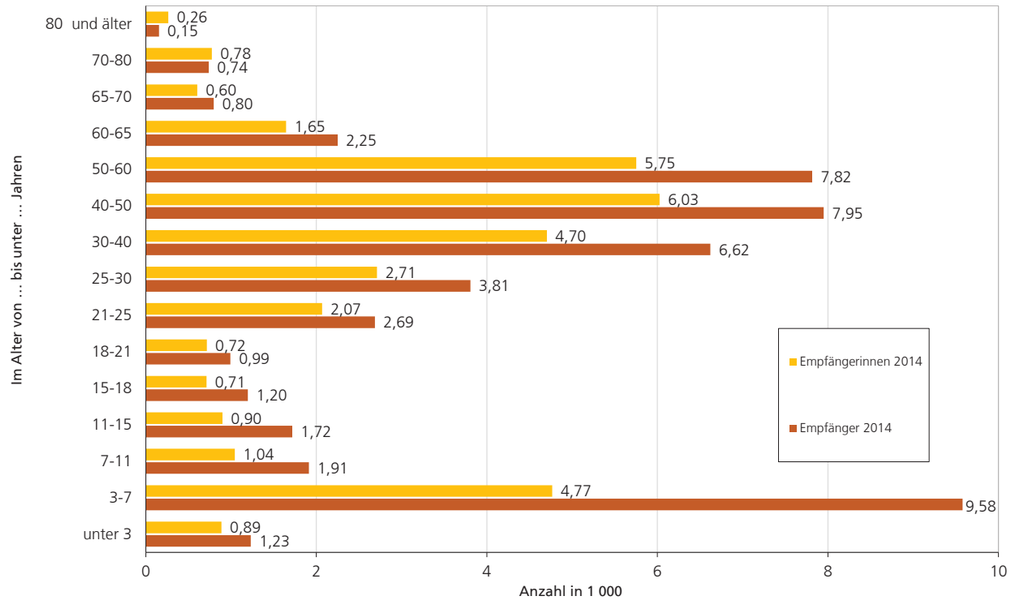
43 Vgl. auch Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Sozialbericht NRW 2016, Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2016, S. 396.

9.4.1 Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung Ende 2014 in Niedersachsen nach häufigsten Hilfearten und Durchschnittsalter



Eingliederungshilfen in und außerhalb von Einrichtungen nach Sitz des Trägers. Empfänger/-innen meherer Hilfearten werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfegewährung) gezählt. Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

9.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Geschlecht



9.5 Schwangerschaftsabbrüche

Definition des Indikators: Die Statistik gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche sowie über ausgewählte Lebensumstände der betreffenden Mädchen bzw. Frauen. Dazu zählen das Alter der Betroffenen, der Familienstand, die Zahl der minderjährigen Kinder im Haushalt sowie die Zahl der bisher lebendgeborenen Kinder.

Damit stehen wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen zur Verfügung.

Methodische Hinweise: Es handelt sich um eine Totalerhebung mit Auskunftspflicht der Inhaber der Arztpraxen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden.

Die rechtliche Voraussetzung eines Schwangerschaftsabbruches ergibt sich aus dem Vorliegen einer Indikation (medizinisch oder kriminologisch) oder nach einer gesetzlich vorgeschriebenen Beratung durch eine anerkannte Beratungsstelle.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Gleichberechtigung / Frauen > Frauen & Gesundheit > Schwangerschaftskonflikt/Schwangerschaftsabbruch, www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Gesundheit > Schwangerschaftsabbrüche sowie unter http://www.gbe-bund.de

In Deutschland wurden 2014 137,7 Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene vorgenommen. Diese Quote reichte von 106,2 in Bayern bis 231,3 in Berlin. Niedersachsen gehörte mit einer Quote von 118,9 zu den fünf Bundesländern mit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Werten. Relativ hohe Werte von Schwangerschaftsabbrüchen gab es in allen Stadtstaaten und in allen ostdeutschen Ländern.

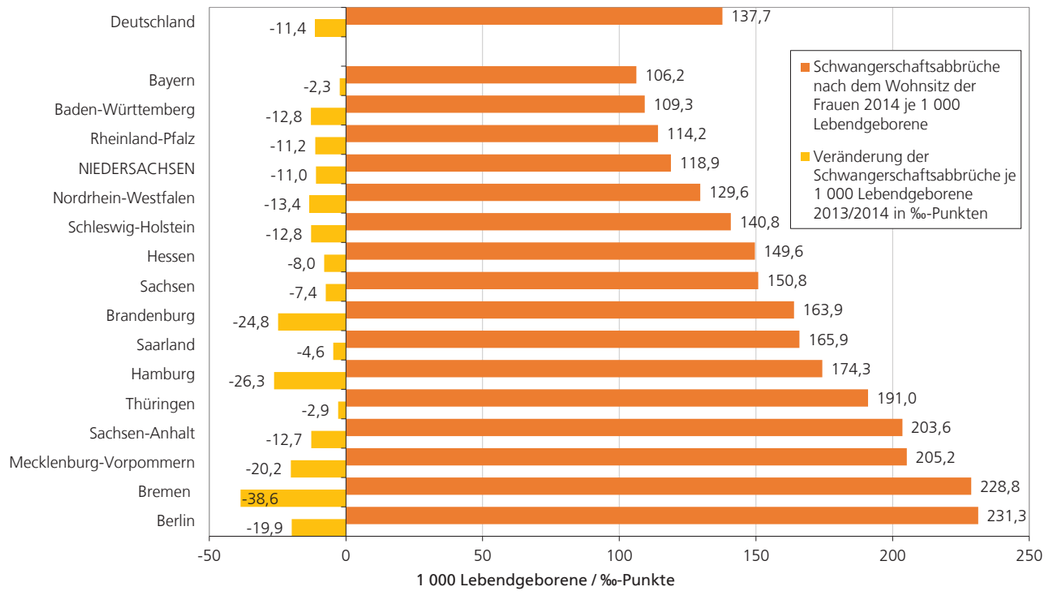
In Niedersachsen wohnende Frauen ließen 2014 insgesamt 7 895[44] Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Gegenüber 2009 sank die Zahl mit -13,6 % stärker als im Bundesdurchschnitt von -10,5 %.

Teenager-Schwangerschaften stehen sowohl im Kontext mangelnder Sexualaufklärung als auch im Zusammenhang mit einem niedrigen Bildungsniveau und einer damit zusammenhängenden mangelnden Berufs- und Zukunftsperspektive.[45] Im Jahr 2014 gab es in Niedersachsen 737 Schwangerschaftsabbrüche junger Frauen unter 20 Jahre, ein Rückgang von 38,0 % gegenüber dem Jahr 2009.

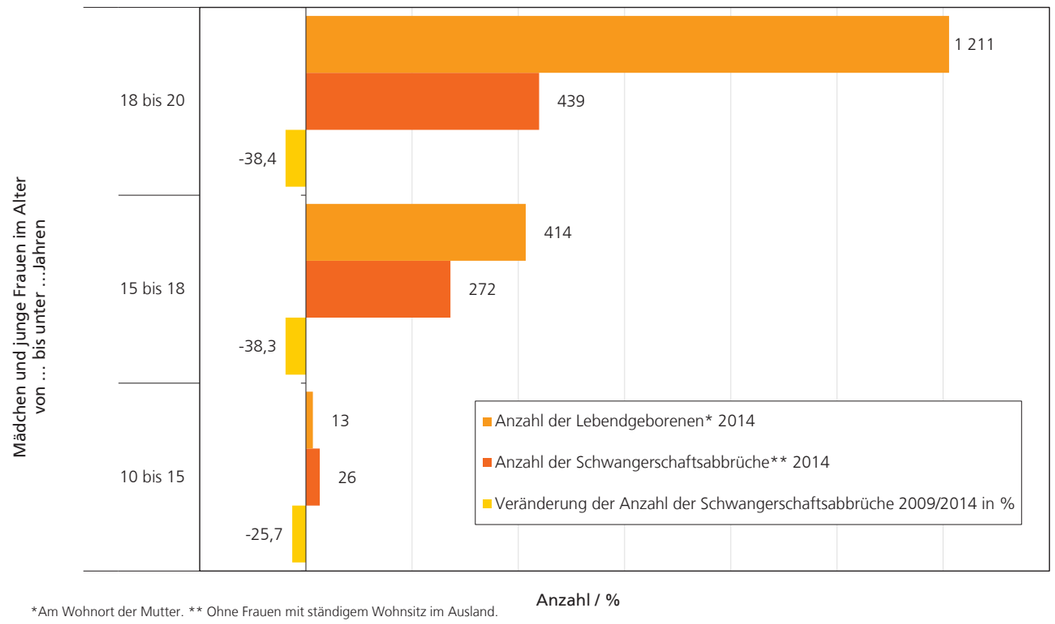
44 Davon 6 524 in Niedersachsen und 1 371 in einem anderen Bundesland: vgl. Statistisches Bundesamt: Gesundheit – Schwangerschaftsabbrüche, Fachserie 12 Reihe 3.

45 Vgl. Forschungsbericht der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), 2009: Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen, http://www.bzga.de/?uid=ae128df5bba6f9b546d96ca97b547924&id=medien&sid=72&idx=1352. Näheres in Kapitel 11.1. Kinder junger Mütter.

9.5.1 Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach Bundesländern



9.5.2 Schwangerschaftsabbrüche 2014 in Niedersachsen nach Alter der Mädchen und jungen Frauen



*Am Wohnort der Mutter. ** Ohne Frauen mit ständigem Wohnsitz im Ausland.

10. Gesundheit/Lebenserwartung

Tabellen zum Thema im Anhang	
10.1	Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt 1993/1995 und 2012/2014 nach Ländern und Geschlecht
10.2	Durchschnittliche Lebenserwartung 1986/1988 und 2012/2014 in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht

Neben der Abwesenheit von Krankheit bedeutet „Gesundheit" auch Wohlbefinden und Leistungsvermögen. Die individuelle Gesundheit hängt dabei nicht nur vom eigenen gesundheitsbewussten Verhalten ab, sondern auch von Umweltfaktoren wie der Schadstoffbelastung der Luft oder Sicherheitsmaßnahmen (bspw. der Reduktion von Unfallschwerpunkten im Straßenverkehr).

Durch die Wechselwirkungen zwischen Armut, prekären Lebenslagen und Gesundheit kann Krankheit eine der Ursachen für Armut sein. Umgekehrt kann Armut auch Erkrankungen und prekäre Lebenslagen zur Folge haben. Begründet ist dies sowohl in den Lebensumständen als auch in der Lebensführung. Von Armut oder prekären Lebenslagen betroffene Menschen fühlen sich häufiger seelisch bedrückt, geben öfter als Nichtbetroffene[46] an, krank zu sein und verhalten sich auch vergleichsweise gesundheitsriskanter.

Armut hat Auswirkungen auf die Ernährung, die körperliche Aktivität und nicht zuletzt auch auf die Teilhabe am Gesundheitssystem.[47] Belastungen sind sozial ungleich verteilt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind meistens von mehreren belastenden Faktoren betroffen, daher ist ein Einfluss auch auf die spätere gesundheitliche Lebenslaufperspektive dieser Kinder anzunehmen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und der *vorzeitigen Sterblichkeit* (vor Erreichen des Rentenalters) sowie den Lebensjahren, die bei guter Gesundheit gelebt werden.[48] Das Risiko, dass die vergleichsweise wenigen Lebensjahre auch noch durch Krankheit beeinträchtigt sind, steigt durch die *gesundheitliche Ungleichheit* bei Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status (hier: Bildungsniveau, berufliche Stellung und Netto-Äquivalenzeinkommen). Regionale Unterschiede in der Lebenserwartung sind in Zusammenhang mit der Gesamtheit der Lebensbedingungen in den Regionen zu sehen.[49]

Die Nachfrage nach Gesundheitsgütern und -leistungen wird weiter steigen, da die Menschen immer älter werden und viele Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen eine Altersabhängigkeit aufweisen.[50]

Im Folgenden wird die **Lebenserwartung** dargestellt.

---

46 Vgl. Gesundheitszustand und Arztbesuch (Selbsteinschätzung) 2013 in: Leben in Europa (EU-SILC 2013), Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 Reihe 3, S.32 bis 34.

47 Lampert T, Müters S, Stolzenberg H, Kroll LE (2013a) Messung des sozioökonomischen Status in der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Bundesgesundheitsblatt 56(5/6): S 634 http://link.springer.com/journal/103/56/5/page/1.

48 Lampert T, Kroll LE (2014, Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung: Hrsg. Robert Koch-Institut, Berlin. GBE kompakt 5(2), Kernaussagen https://www.gbe-bund.de/gbe10/ergebnisse.prc_tab?fid=16560&suchstring=GBE_Kompakt&query_id=&sprache=D&fund_typ=TXT&methode=2&vt=1&verwandte=1&page_ret=0&seite=&p_lfd_nr=3&p_news=&p_sprachkz=D&p_uid=gast&p_aid=11602852&hlp_nr=3&p_janein=J#SEARCH=%2522GBE%20Kompakt%2522.

49 Lampert T, Kroll LE, Kuntz B, Ziese T (2013b) Gesundheitliche Ungleichheit. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundes-republik Deutschland. Bonn 2014, S. 260-261; https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013.pdf?__blob=publicationFile.

50 Vgl. Kapitel 1 Demographie.

10.1 Lebenserwartung

Definition des Indikators: Das demographische Modell der ***Sterbetafel*** ermöglicht die zusammenfassende Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung. Das Ziel ist die Ermittlung der durchschnittlichen ***Lebenserwartung,*** unabhängig von deren Größe und Altersstruktur.

Durch die Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit hat sich die Lebenserwartung insgesamt erhöht. Wegen des sozialen und medizinischen Fortschrittes werden auch ältere Menschen insgesamt vermehrt und zunehmend „gesünder" älter. Die Bewertung der ansteigenden Lebenserwartung wird jedoch uneinheitlich beurteilt wegen der Folgen für die medizinische Versorgung wie die Zunahme der Rehabilitations- und Pflegeaufgaben, sowie wegen des zunehmenden sozialen Ungleichgewichtes der durch die medizinische Versorgung verbrauchten Mittel und Ressourcen.

Es werden mehr Jungen als Mädchen geboren und es sterben mehr männliche als weibliche Neugeborene. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Mädchen bzw. Frauen ist deutlich höher als die der Jungen bzw. Männer.

Methodische Hinweise: Die Periodensterbetafeln basieren auf der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und der Statistik der Sterbefälle, ab dem Alter 90 Jahre werden in der Schätzungen verwendet. Sterbetafeln dienen zur Berechnung der Nettoreproduktionsraten in der Geburtenstatistik und werden für die Bevölkerungsvorausberechnungen verwendet.

Weiterführende Informationen: www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Gesellschaft und Staat > Bevölkerung > Sterbefälle, Lebenserwartung

In Deutschland war die Lebenserwartung eines im Zeitraum 2012/2014 geborenen Mädchens im Durchschnitt 4,9 Jahre höher als die eines Jungen. In Niedersachsen betrug der Abstand 5,0 Jahre. Ein Mädchen wird demnach 82,8 Jahre (Deutschland: 83,1) und ein Junge 77,8 Jahre (Deutschland: 78,1). Die Spanne der berechneten längeren Lebenserwartung der Mädchen reichte von 4,4 Jahren in Hessen bis 6,3 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern.

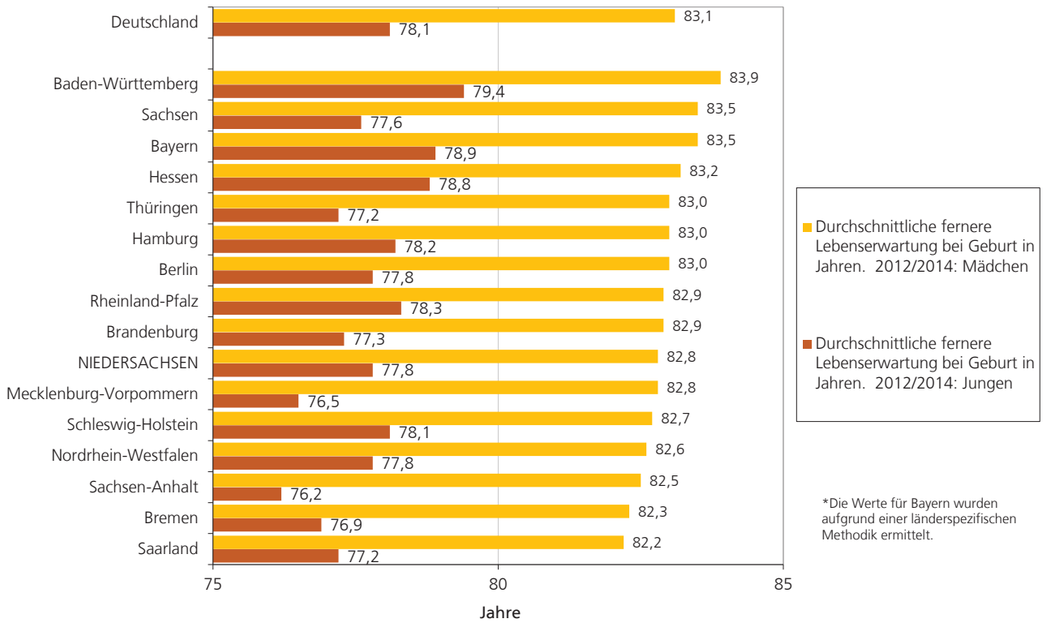
Seit dem Berechnungszeitraum 1993/1995 verlängerte sich in Niedersachsen die durchschnittliche Lebenserwartung von Jungen um 5,0 Jahre und von Mädchen um 3,5 Jahre. Im nationalen Durchschnitt stieg im selben Zeitraum die Lebenserwartung der Jungen um 5,1 Jahre die der Mädchen um 3,6 Jahre.

75-Jährige hatten in Niedersachsen rechnerisch 1986/1988 noch eine durchschnittliche Lebensspanne von 8,3 Jahre (Männer) bzw. 10,6 Jahre (Frauen). 2012/2014 waren es 10,6 Jahre bzw. 12,8 Jahre.

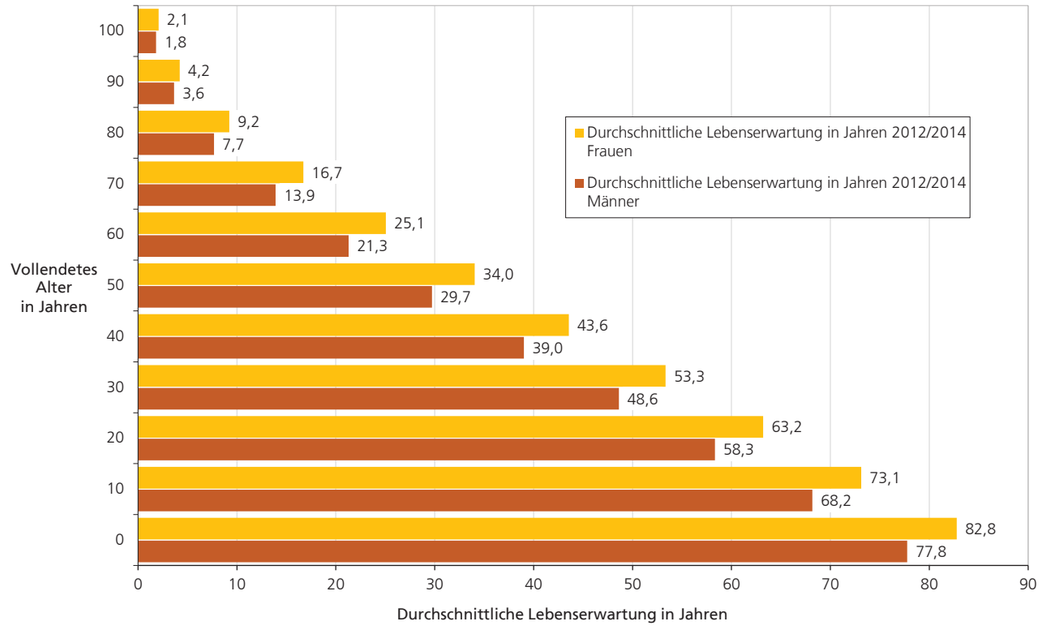
Die 75-Jährigen der Jahre 1986 bis 1988 unterschieden sich von denen des Zeitraumes 2012 bis 2014 hinsichtlich ihrer Lebensweise, ihrer Bildung und Qualifikation, ihrer Haushaltsstruktur und auch ihres Familienstandes. Die heutigen Alten sind vergleichsweise gesünder, wobei die materiellen und sozialen Lebensbedingungen im gesamten Lebensverlauf einen erheblichen Einfluss haben. Die Fähigkeit, gesundheitliche Beeinträchtigungen zu kompensieren, nimmt im Lebensverlauf eher zu. Auch hängt die Lebenszufriedenheit in hohem Maß von der sozialen Einbindung ab. Ob aus Erkrankungen wesentliche Einschränkungen bzw. Behinderungen resultieren, hängt also auch von der bisherigen und derzeitigen Lebenssituation des Individuums ab.[51]

51 Vgl. Robert Koch-Institut: Beträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes – Der Lebensverlängerungsprozess in Deutschland, Berlin 2001, S. 61 und 62; http://edoc.rki.de/documents/rki_fv/ren4T3cctjHcA/PDF/212JaPJMPhQ_23.pdf

10.1 Lebenserwartung 2012/2014 bei Geburt nach Bundesländern und Geschlecht



10.2 Durchschnittliche Lebenserwartung 2012/2014 in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht



11. Kinder und Jugendliche

Tabellen zum Thema im Anhang	
11.1	Kinder junger Mütter 2014 in Niedersachsen
11.2	Scheidungskinder 2004 bis 2015 in Niedersachsen
11.3.1	Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses 2014 in Niedersachsen
11.3.2	Staatliche „Eingriffe" 2014 in Niedersachsen
11.4	Doppischer Zuschussbedarf 2014 in Niedersachsen nach ausgewählten Produktgruppen
11.5	Familiensachen vor dem Amtsgericht 2015 in Niedersachsen: (fehlende) Unterhaltsleistungen für Kinder

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ist von Anfang an der thematische Schwerpunkt der HSBN gewesen. Dabei wurde stets der Tatsache Rechnung getragen, dass problematische Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen auf tiefergehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Problemlagen und Strukturen zurückgehen. In diesem Kapitel werden fünf Indikatoren speziell für schwierige Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen dargestellt:

- Ohne ein tragfähiges familiäres Netz und ausreichende finanzielle Ressourcen kann die Geburt eines Kindes für eine sehr **junge Mutter** einen Abbruch der schulischen bzw. der beruflichen Ausbildung und den Nicht-Einstieg in die Erwerbstätigkeit bedeuten.
- Von einer Scheidung sind nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren Kinder (**„Scheidungswaisen"**) betroffen.
- Die Inanspruchnahme von **Erziehungshilfen** und **Schutzmaßnahmen** ist regional sehr stark unterschiedlich ausgeprägt. Dies hängt offenbar mit regionalen Ballungen von Problemlagen zusammen, ohne dass es direkte kausale Abhängigkeiten gibt.
- Der Indikator „Doppischer **Zuschussbedarf für Soziales und Jugend**" zeigt das finanzielle Ausmaß sozialer Problemlagen in den Regionen und zugleich deren Haushaltsbelastung an.
- Der Indikator „Unterhaltszahlungen für Kinder" gibt Auskunft darüber, in wie vielen Familiensachen die Amtsgerichte über Unterhaltszahlungen urteilen mussten.

11.1 Kinder junger Mütter

Definition des Indikators: Für Frauen im Alter von unter 20 Jahren können die Folgen einer so frühen Mutterschaft für den späteren Werdegang und Lebensweg einschneidend sein. Das gilt besonders für Minderjährige. Zudem bestehen gesundheitliche Risiken. Darüber hinaus ist ihr Anteil an allen Müttern sehr gering. Es handelt sich hier um eine Lebenslage, in der Unterstützungsbedarf bestehen kann.

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Methodische Hinweise: Das Alter der Mutter ergibt sich aus der Differenz zwischen Geburtsmonat/-jahr des Kindes und Geburtsmonat/-jahr der Mutter. Trotz der leichten Unschärfe aufgrund von Mehrlingsgeburten wird hier ein Lebendgeborenes mit einer jungen Mutter gleichgesetzt.

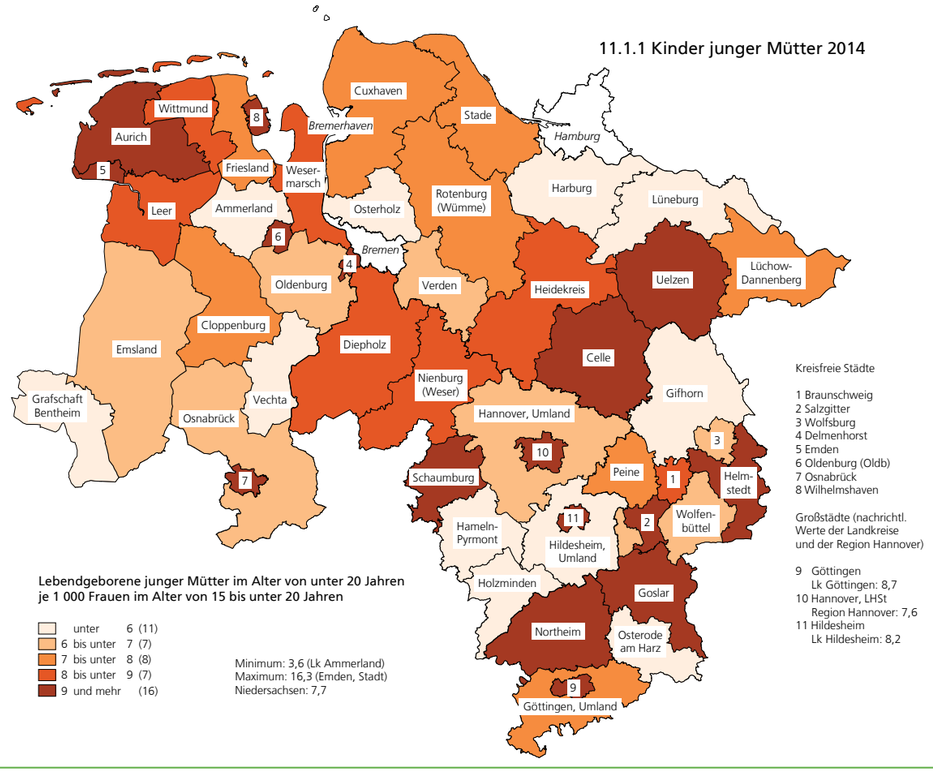
Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Bevölkerung > Übersicht > Statistische Berichte >A II Natürliche Bevölkerungsbewegung; www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Gleichberechtigung/Frauen > Frauen & Gesundheit > Sexualaufklärung/ Schwangerenberatungsstellen sowie www.bzga.de

Wenn Frauen schon in sehr jungen Jahren gewollt oder ungewollt Kinder bekommen, so ist dies in vielen Fällen eine wichtige Ursache für langjährige soziale Problemlagen. Es wird dann, zumal wenn wenig Unterstützung von der Familie oder von Netzwerken kommt, oft sehr schwierig, eine gute Ausbildung zu bekommen bzw. abzuschließen. Der Start in die Erwerbstätigkeit ist folglich erschwert. Schlecht bezahlte Jobs und Abhängigkeit von Sozialleistungen sind oft die Folge.

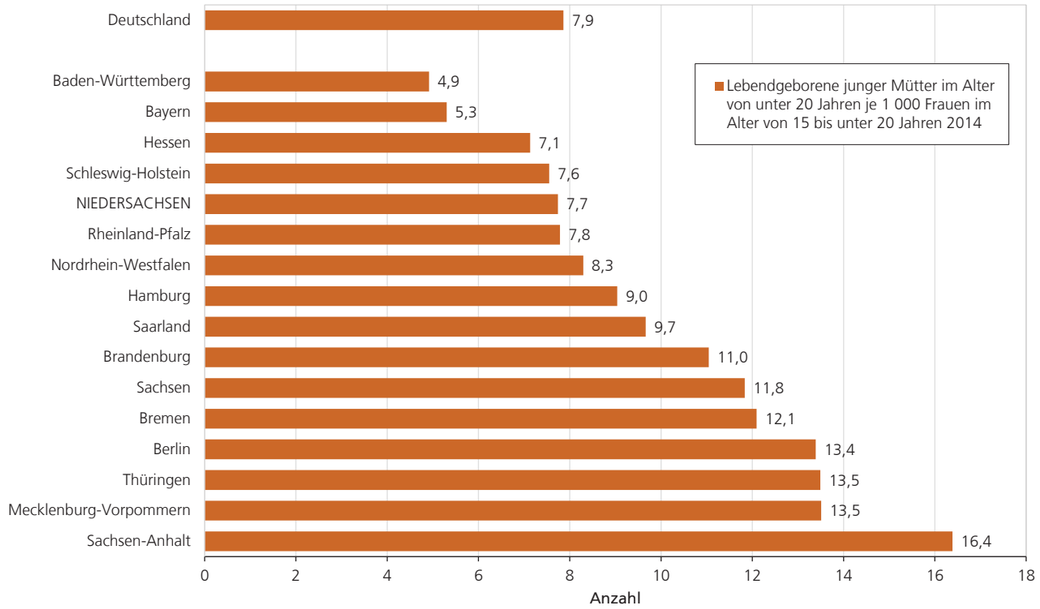
In Niedersachsen wurden 2014 insgesamt 66 406 Kinder geboren, davon 1 638 von unter 20-jährigen Müttern, 427 Mütter waren minderjährig. Der Anteil der Lebendgeborenen mit unter 20-jährigen Mütter an allen Lebendgeborenen betrug 2,5 %. Im Jahr 2015 stieg die Geburtenzahl auf 67 183. Die Zahl der Mütter unter 20 sank aber auf 1 544 und ihr Anteil an allen Lebendgeborenen auf nur noch 2,3 %. Auch die Zahl der minderjährigen Mütter ging zurück auf nur noch 400.

Das Ausmaß der Problemlage wird deutlich, wenn die Kinder junger Mütter auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren bezogen werden. Im Jahr 2014 kamen in Niedersachsen noch 7,7 Kinder dieser sehr jungen Mütter auf je 1 000 Frauen der entsprechenden Altersklasse. Fünf Jahre zuvor waren es noch 1,4 Kinder mehr. Ein Vergleich der Bundesländer zeigt, dass Niedersachsen auf dem Bundesniveau von 7,9 Kindern lag. Die Spanne reicht von 4,9 in Baden-Württemberg bis 16,4 in Sachsen-Anhalt. Die durch sehr frühe Mutterschaft verursachten Problemlagen nehmen tendenziell also ab und sind in Niedersachsen vergleichsweise wenig ausgeprägt. Regional bestehen große Unterschiede: Relativ hohe Werte über 12,0 gab es in den Städten Emden, Osnabrück, Wilhelmshaven und Hildesheim, während in den ländlichen Regionen deutlich niedrigere Werte auftraten: Im Ammerland lag der Indikator nur bei 3,6.

11.1.1 Kinder junger Mütter 2014



11.1.2 Kinder junger Mütter 2014 in den Bundesländern



11.2 Scheidungskinder

Definition des Indikators: Anzahl der von einer Scheidung betroffenen noch lebenden minderjährigen Kinder zum Zeitpunkt der Ehescheidung (vgl. Kapitel 2.4 Ehescheidungen und Eheschließungen).

Da das Alter der Ehegatten, Ehedauer und Kinderzahl erfasst wird, dient die Statistik als Grundlage für familien- und sozialpolitische Untersuchungen und Entscheidungen.

Methodische Hinweise: Erfasst werden alle gerichtlichen Ehelösungen von Deutschen und Ausländern durch deutsche Gerichte. Nicht gezählt werden Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sind.

Ehescheidungen werden auf Landkreisebene nach dem Gerichtsstand der Ehesache zugeordnet.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang und www.statistik.niedersachsen.de > LSN-Online Datenbank für Niedersachsen > 140 Statistik der Ehescheidungen > Tabelle K140020

Das Zerbrechen von Partnerschaften und Familien durch Trennung, Scheidung und Tod birgt das Risiko arm zu werden. Das gilt besonders, wenn Kinder mitbetroffen sind: 2015 waren von 100 Alleinerziehenden 47 armutsgefährdet.[52]

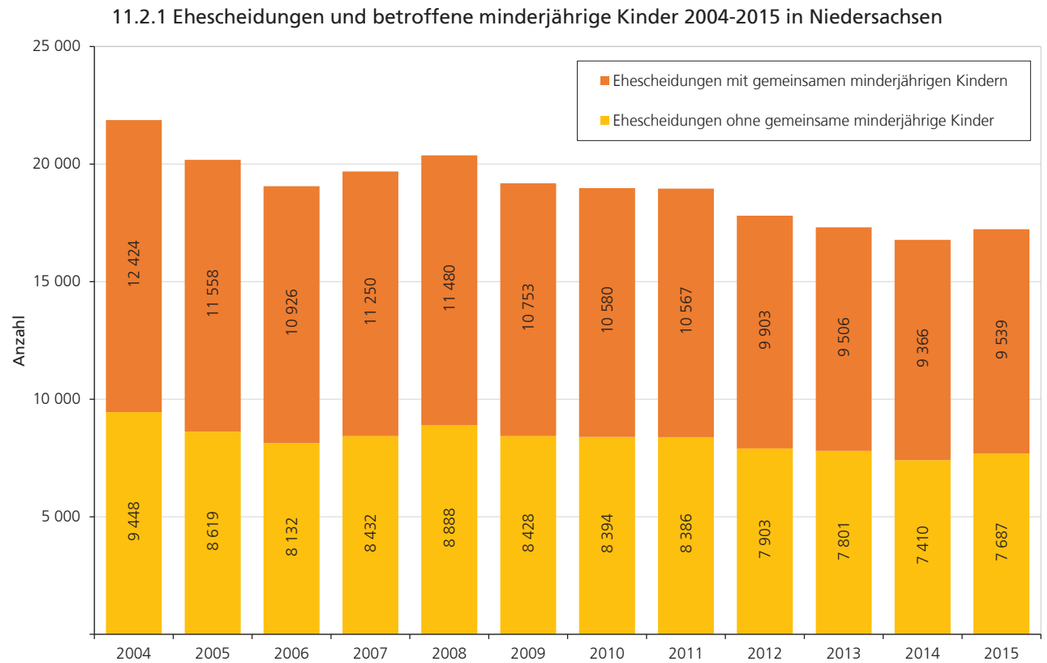
In Niedersachsen wurden 2004 insgesamt 21 872 Ehen geschieden. Seinerzeit waren 20 754 gemeinsame minderjährige Kinder betroffen. Bis 2015 war die Zahl der Scheidungen auf 17 226 zurückgegangen. In 9 539 Fällen waren von der Scheidung gemeinsame minderjährige Kinder betroffen. So wurden 2015 insgesamt 15 827 Kinder zu „Scheidungswaisen"; im Vorjahr waren es 15 544.

Von 2004 bis zum Jahr 2012 konnte insgesamt ein Rückgang der Zahl der Scheidungen beobachtet werden. Seitdem liegt deren Zahl in etwa bei 17 000 jährlich.

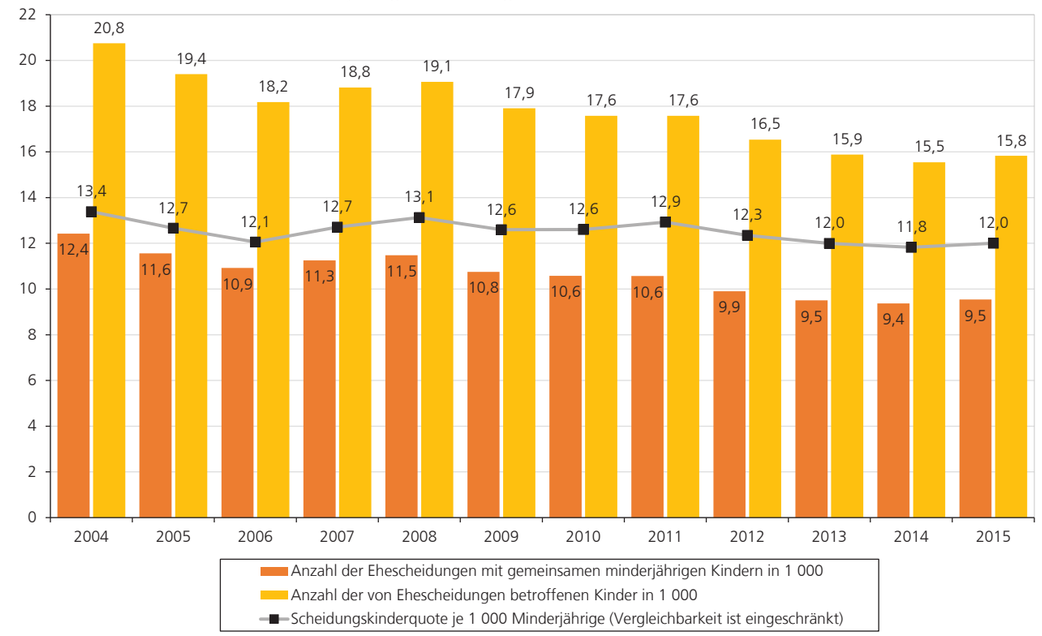
Die Quote der jährlich von Scheidungen betroffenen minderjährigen Kinder gemessen an je 1 000 unter 18-Jährigen sank von 13,4 im Jahr 2004 auf 12,0 im Jahr 2015.

52 Vgl. Kapitel 7.2 Armutsrisiko nach Lebenslagen und gesellschaftlichen Gruppen.

11.2.1 Ehescheidungen und betroffene minderjährige Kinder 2004-2015 in Niedersachsen



11.2.2 Minderjährige Scheidungskinder 2004-2015 in Niedersachsen



11.3 Erziehungshilfen und Schutzmaßnahmen

Definition des Indikators: Die Kinder- und Jugendhilfe bietet eine Reihe von Unterstützungen für Kinder und Jugendliche und auch für ihre Eltern an, diese reichen von der Erziehungsberatung bis hin zur Heimerziehung.

Bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendämtern) werden Daten über alle ambulanten, teilstationären und stationären ***erzieherischen Hilfen*** sowie über die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und die Hilfen für junge Volljährige erfasst. Bei den Erziehungsberatungen werden auch die Beratungsstellen der Träger der freien Jugendhilfe in die Erhebung einbezogen. Hier werden ausschließlich die Hilfen außerhalb der Familie dargestellt, nicht aber die *Hilfen innerhalb der Familie* (Erziehungsberatung, Einzelbetreuung junger Menschen sowie die Sozialpädagogische Familienhilfe).

Die örtlichen Träger der Jugendhilfe melden die Leistungen in den Bereichen ***Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften*** und ***Sorgerecht***. Die ***vorläufigen Schutzmaßnahmen*** nach § 42 SGB VIII sind die in einem Kalenderjahr beendeten vorläufigen Maßnahmen für Kinder und Jugendliche der örtlichen und freien Träger der Jugendhilfe.

Methodische Hinweise: Es handelt sich um jährliche Totalerhebungen.

Weiterführende Informationen: www.ms.niedersachsen.de > Themen > Soziales > Handlungsorientierte Sozialberichterstattung > Anhang und www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Soziales

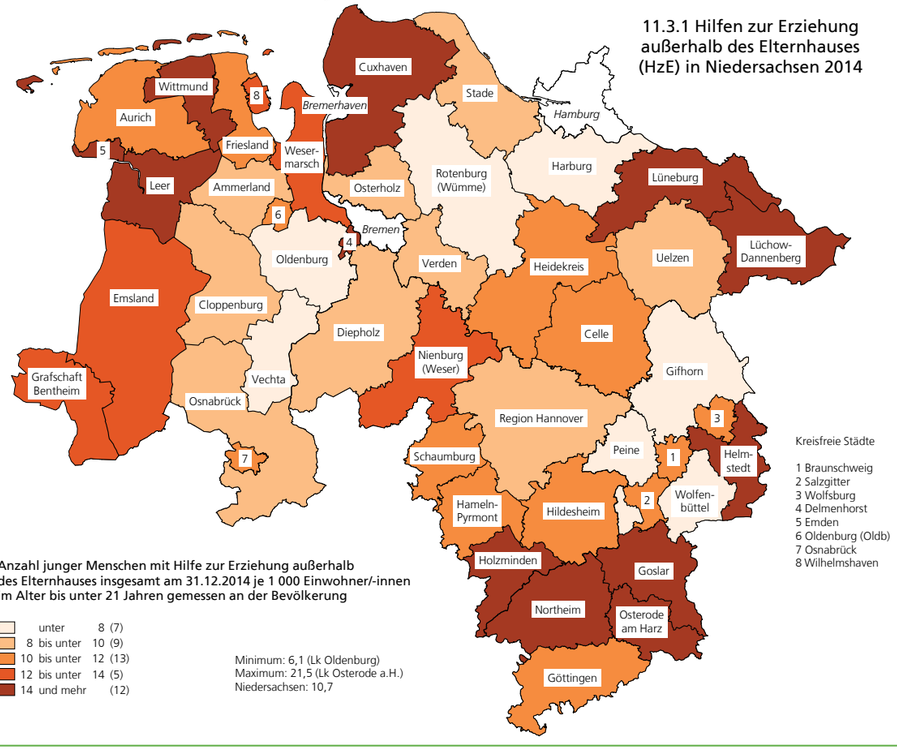
Sorgeberechtigte haben einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für das Kind oder den Jugendlichen für die Entwicklung geeignet und notwendig ist. Die Daten hierzu sind normiert auf je 1 000 Minderjährige.

Im Jahr 2014 waren in Niedersachsen von 1 000 unter 21-Jährigen 5,0 in einer anderen Familie, 4,4 in einem Heim und 1,1 in einer Tagesgruppe untergebracht. Gegenüber dem Vorjahr gab es Zuwächse bei der Familien- und Heimunterbringung (+0,2 bzw. +0,1) und einen Rückgang von -0,1 bei den Tagesgruppen. Insgesamt gab es 2014 für 10,7 von 1 000 jungen Menschen Hilfen zur Erziehung. Regional sehr hohe Werte von über 20 gab es in den Landkreisen Osterode am Harz (21,5) und Lüchow-Dannenberg (20,1) sowie in der Stadt Delmenhorst (20,5). Umgekehrt traten sehr niedrige Werte unter 7 in den Landkreisen Gifhorn (6,7), Oldenburg (6,1) und Vechta (6,9) auf.

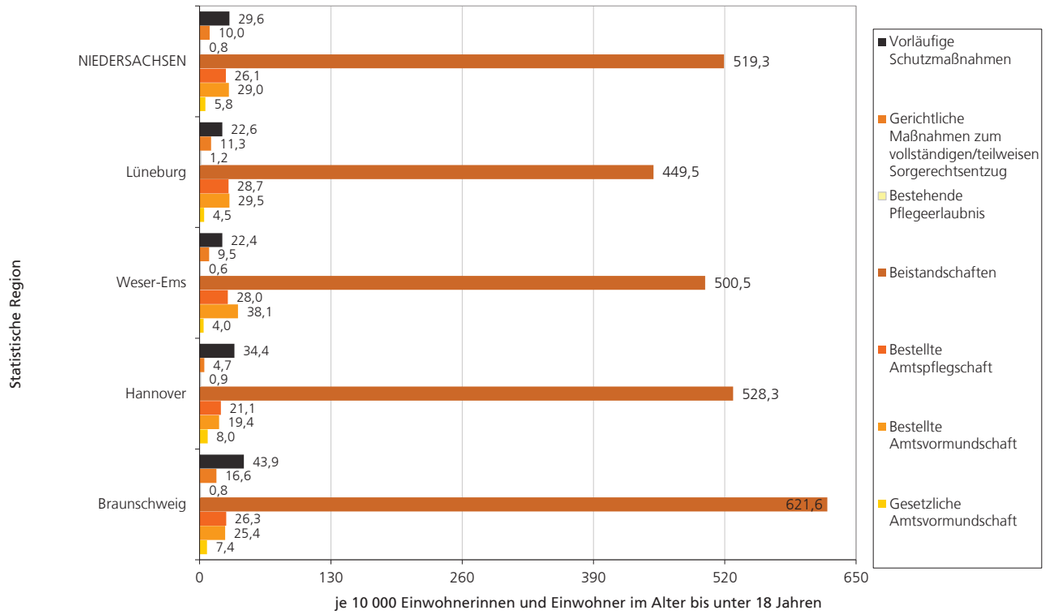
Die Daten über Schutzmaßnahmen bzw. Unterstützungsleistungen für Minderjährige und ihre Eltern 2014 sind auf je 10 000 Minderjährige normiert. Mit einem Wert von 519,3 (Vorjahr: 528,7) waren die Beistandschaften weiterhin die quantitativ überwiegende Maßnahme. Mit großem Abstand folgten mit einem Wert von 29,6 (Vorjahr 28,4) die vorläufigen Schutzmaßnahmen. Unter Amtsvormundschaft standen 29,0 und unter Amtspflegschaft 26,1 von je 10 000 Minderjährigen.

Am Beispiel der vorläufigen Schutzmaßnahmen lassen sich erhebliche regionale Unterschiede feststellen, die aber nicht immer eine Folge regional unterschiedlich stark ausgeprägter Problemlagen für Kinder und Jugendliche sein müssen, da insbesondere bei Jugendlichen der Ort, wo die Schutzmaßnahme eingeleitet bzw. durchgeführt wird, nicht der Wohnort der Jugendlichen sein muss. Die Werte reichen von 113,5 (Stadt Braunschweig) und 106,2 (Stadt Wilhelmshaven) einerseits, bis zu 5,1 (Landkreis Friesland), 5,7 (Landkreis Stade) und 6,2 (Landkreis Wittmund) andererseits.

11.3.1 Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses (HzE) in Niedersachsen 2014



11.3.2 Schutzmaßnahmen u. Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche 2014 in Niedersachsen



11.4 Kommunaler Zuschussbedarf für Soziales und Jugend

Definition des Indikators: Zuschussbedarf ist definiert als einer Aufgabe zurechenbare Ausgaben abzüglich zurechenbarer Einnahmen.

Methodische Hinweise: Die kommunale Jahresrechnungsstatistik erfasst Ausgaben und Einnahmen der Kommunen nach Produktgruppen (z.B. Soziale Einrichtungen, Volkshochschulen, Brandschutz) und Konten der Einzahlungs- bzw. Auszahlungsarten (z.B. Steuereinnahmen, Personalausgaben, Investitionen, Zinsausgaben).

Um die regionalen Angaben vergleichen zu können, sind die Daten der Landkreise, einschließlich der Region Hannover, und der kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden in der Tabelle konsolidiert dargestellt, d.h. gegenseitige Zahlungsströme sind bereits abgesetzt. Die Zuordnung der Ausgaben erfolgt nach dem Jahr des sachlichen Entstehungsgrundes einer Ausgabe oder Einnahme.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Finanzen, Steuern, Personal, Soziales > Haushalt > Kommunale Haushaltssystematik und Doppik in Niedersachsen

Der Indikator „Doppischer Zuschussbedarf für Soziales und Jugend" zeigt das Ausmaß der Belastung der Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften durch Nettoausgaben in diesem wichtigen Aufgabengebiet. Der Indikator gibt einerseits das finanzielle Ausmaß sozialer Problemlagen wider und zeigt andererseits, wie stark der finanzielle Bewegungsspielraum der Kommunen durch diese Ausgaben eingeschränkt wird. Alle Angaben sind standardisiert in „Euro je Einwohner", um die unterschiedlich großen Gebietskörperschaften miteinander vergleichbar zu machen. Im Jahr 2014 betrug dieser Zuschussbedarf im Landesdurchschnitt 556,82 € je Einwohner; das waren 40,24 € mehr als im Jahr davor. Wichtige Produktgruppen waren:

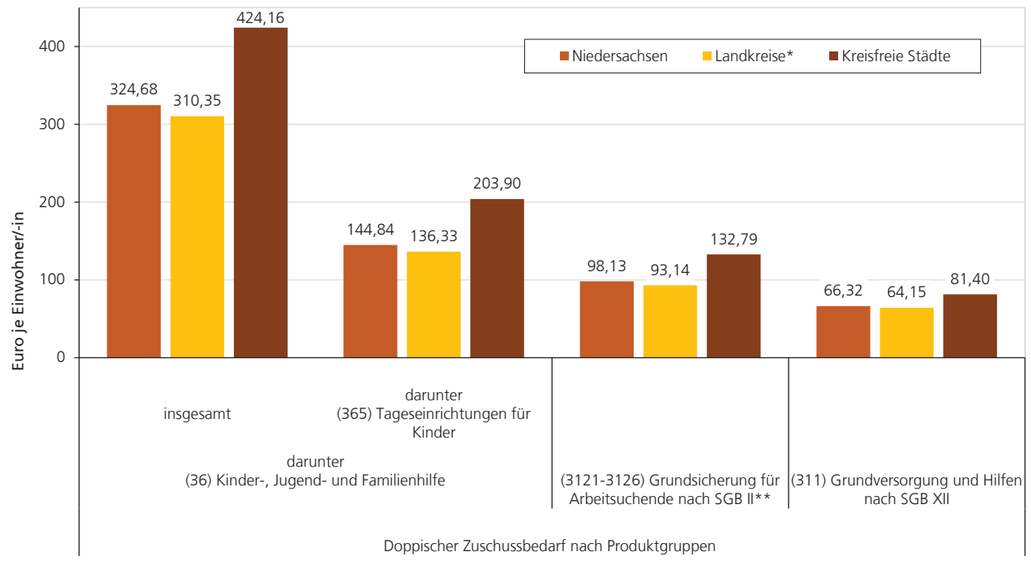
- 324,68 € für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 98,13 € für Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II
- 66,32 € für Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Der Zuschussbedarf für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe stieg 2014 gegenüber 2013 um 23,95 € und der für Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB II um 10,68 €. Der Zuschussbedarf für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sank aber um 20,27 €.

Auch in den Ergebnissen der Finanzstatistik zeigt sich die stärkere Ausprägung sozialer Problemlagen in den Städten. So lag der Zuschussbedarf für Soziales und Jugend in den kreisfreien Städten mit 728,09 € erheblich höher als in den Landkreisen (532,15 €); zu diesen wird auch die Region Hannover gezählt. In den kreisfreien Städten war der Anstieg des Zuschussbedarfs gegenüber dem Vorjahr zudem größer als in den Landkreisen. Dasselbe zeigt sich auch im großräumigen Vergleich: Die Werte für die dicht besiedelten Statistischen Regionen Braunschweig und Hannover liegen deutlich über den Werten der dünner besiedelten Statistischen Regionen Lüneburg und Weser-Ems.

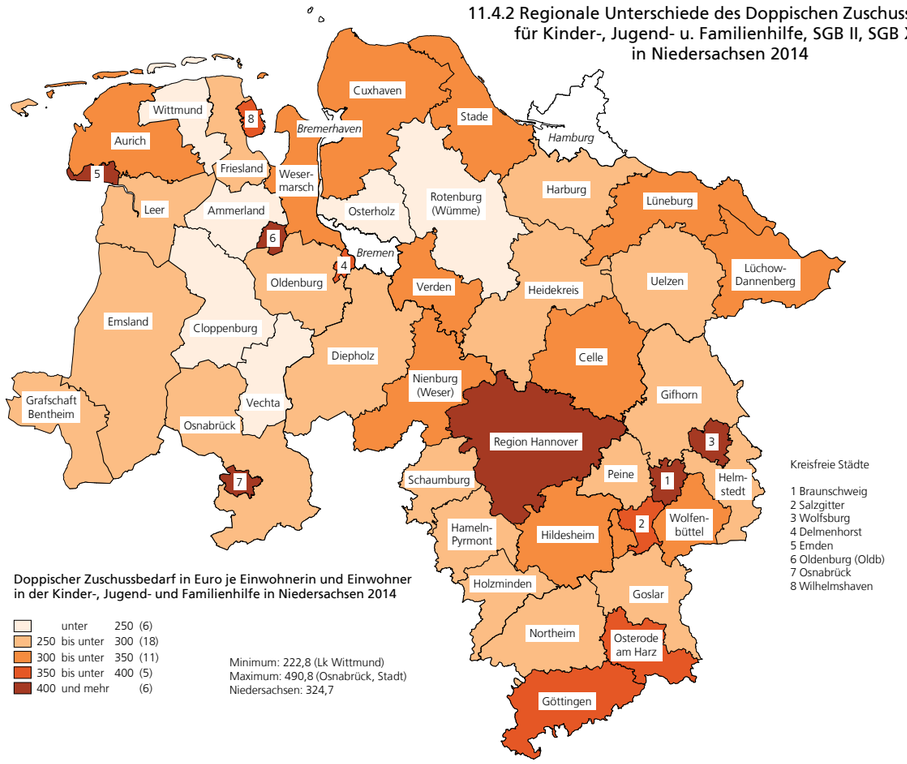
Die Spanne des Zuschussbedarfs reichte 2014 von 389,41 € im Landkreis Osterholz bis zu 820,31 € in der Stadt Osnabrück. Hohe Zuschussbedarfe von mehr als 700 € pro Kopf gab es auch in der Region Hannover sowie den kreisfreien Städten Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven. Gegenüber dem Vorjahr gab es nur in den Landkreisen Aurich und Osterholz geringfügige Rückgänge und sonst überall mehr oder weniger große Zuwächse. Am kräftigsten fiel die Steigerung mit +160,76 € in der Stadt Oldenburg aus.

11.4.1 Doppischer Zuschussbedarf 2014 in Niedersachsen für Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe, SGB II, SGB XII



* Die Angaben der Landkreise enthalten auch den Zuschussbedarf der kreisangehörigen Gemeinden.
** Abzüglich Produkt 611/Konto 6052: Zuweisungen des Landes gemäß § 5 Nds. AG SGB II.

11.4.2 Regionale Unterschiede des Doppischen Zuschussbedarfs für Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe, SGB II, SGB XII in Niedersachsen 2014



11.5 Unterhaltszahlungen für Kinder vor Familiengerichten

Definition des Indikators: Wenn die Unterhaltszahlungen für Kinder von Zahlungspflichtigen nicht geleistet werden, kann die betroffene Familie in eine nicht nur finanziell problematische Lage geraten. Die Zahl der im Berichtsjahr erledigten Verfahren vor Familiengerichten, die *Unterhaltszahlungen für das Kind* zum Gegenstand haben, kann hier nur einen ungefähren Hinweis auf das Ausmaß der „Zahlungsunwilligkeit" der zu Unterhaltszahlungen verpflichteten Personen liefern, da von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden kann.

Eine bedürftige Partei, die die Kosten des Rechtsstreits nicht tragen kann, erhält auf Antrag Prozesskostenhilfe, wenn der Rechtsstreit nicht mutwillig geführt wird und hinreichende Aussicht auf einen Prozesserfolg besteht.

Methodische Hinweise: Für die Statistik über Familiensachen werden Verfahren bei den Familiengerichten (Amts- und Oberlandesgerichte) sowie in der Instanz abgeschlossene Verfahren in Familiensachen von den Berichtsstellen an das Statistische Landesamt gemeldet. Es handelt sich um eine Sekundärerhebung auf der Basis der Verwaltungsdaten in den Geschäftsstellen der Familiengerichte. Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass es zu Mehrfachzählungen kommen kann. So besteht bspw. die Möglichkeit innerhalb eines Verfahrens, dass dieses an ein anderes Gericht abgeben wird. Aus Sicht der Beteiligten handelt es sich selbstverständlich um ein und denselben Rechtsstreit. Auch können mehrere Verfahrensgegenstände, wie bspw. Scheidung und Unterhalt, in einem Verfahren abgehandelt werden.

Weiterführende Informationen: www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Rechtspflege > Gerichte & Personal > Ausgewählte Publikationen > Familiengerichte

In Niedersachsen wurden 2015 in Familiensachen in 65 901 erledigten Verfahren insgesamt 89 155 Verfahrensgegenstände behandelt, davon betrafen 23,6 % den *Versorgungsausgleich* und 21,5 % die *Scheidung*. Im Vergleich mit 2010 war jeweils ein Rückgang festzustellen. Anders war es bei den Verfahrensgegenständen *Elterliche Sorge* (20,2 %) und *Umgangsrecht* (5,9 %): beide stiegen im Vergleich mit 2010 an.

Unter den hier dargestellten Familiensachen vor dem Amtsgericht 2015 haben die Verfahren wegen des *Unterhaltes für den Ehegatten/Lebenspartner* mit 5,3 % einen vergleichsweise geringen Anteil. Die Zahl dieser Verfahren ging im Vergleich zu 2010 ebenfalls zurück. 2015 waren 7,7 % der vor Amtsgerichten erledigten Familiensachen *Unterhaltszahlungen für das Kind* (6 867), 2014 jedoch 7 042 oder 8,2 %. 2010 war sowohl die Anzahl mit 9 196, als auch der Anteil von 10,1 % der erledigten Familiensachen erheblich höher.

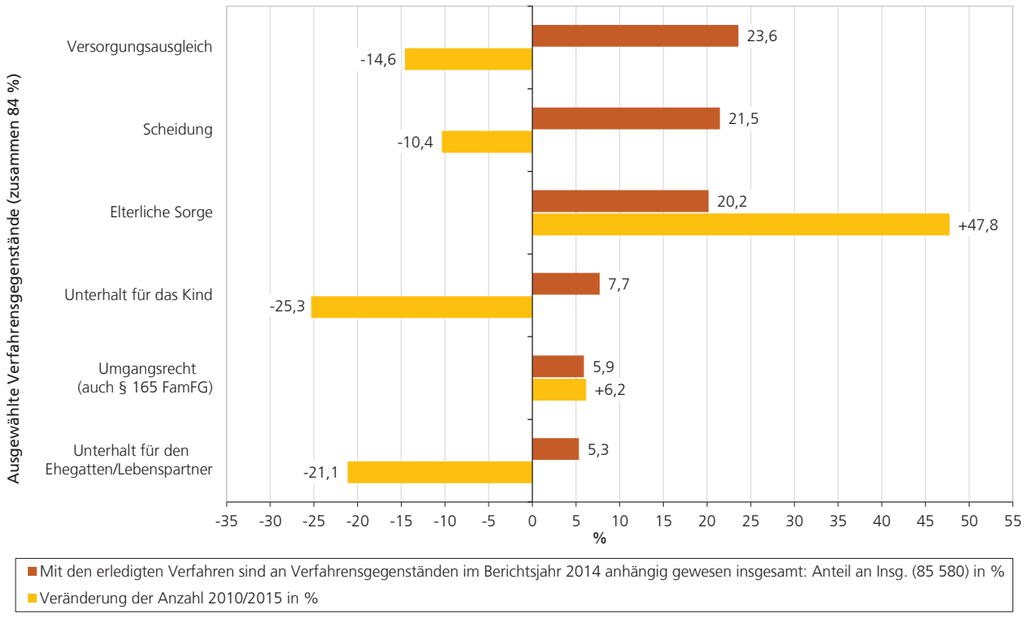
Wenn nicht wenigstens der Mindestunterhalt[53] vom anderen Elternteil bezahlt bzw. rechtzeitig bezahlt wird, kann Unterhaltsvorschuss nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) beantragt werden. Diese Unterstützungsleistung[54] endet spätestens mit dem Erreichen des 12. Lebensjahres des/der Kind/er und wird längstens für sechs Jahre gewährt.[55] Zum 1. Juli 2017 wird diese Altersgrenze allerdings auf 18 Jahre erhöht und die Grenze der Bezugsdauer aufgehoben.

53 Vgl. BGB § 1612a: Kinder unter 6 J.: 328 €, Kindern von 6 bis unter 12 J.: 376 €.

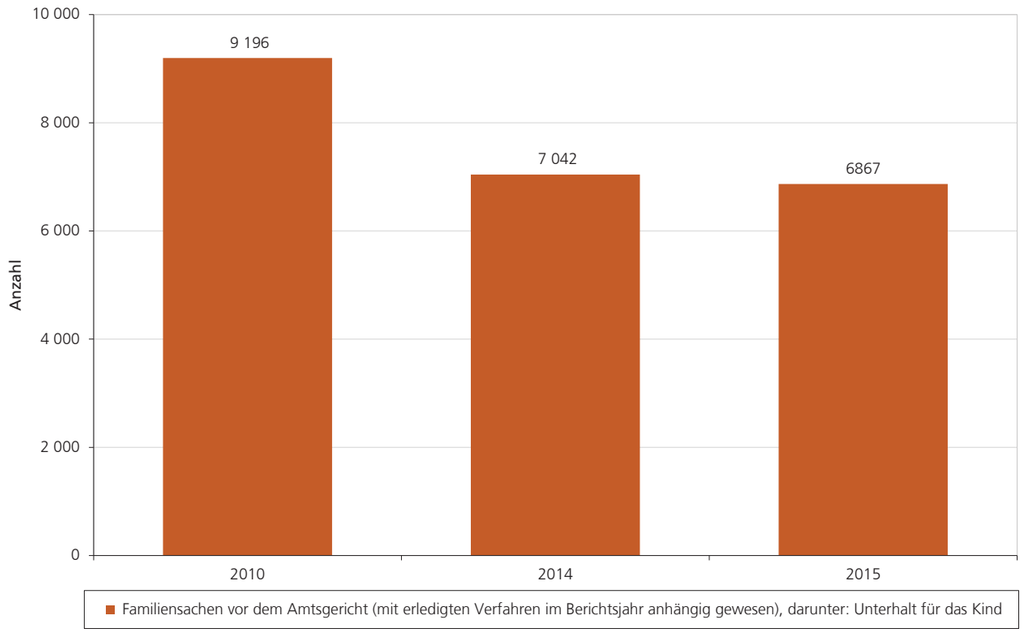
54 Wenn der alleinstehende Elternteil Anspruch auf das volle Kindergeld hat: Für Kinder unter sechs J. 144 € monatlich (seit 01.01.2017: 150 €) und für ältere Kinder unter 12 Jahre 192 € (seit 01.01.2017: 200 € für Kinder zwischen 6 und 18 Jahren).

55 Vgl. www.ms.niedersachsen.de > Themen > Familie > Unterhaltsvorschuss.

11.5.1 Familiensachen vor dem Amtsgericht 2015 in Niedersachsen



11.5.2 (Fehlende) Unterhaltsleistungen für Kinder 2010, 2014 und 2015 in Niedersachsen



12. Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement

Tabellen zum Thema im Anhang	
12.2.1	Mitgliedschaften in Sportvereinen am 01.01.2015
12.2.2	Kandidaturen bei den Kommunalwahlen 2006, 2011 und 2016 in Niedersachsen (Wahlarten insgesamt)
12.2.3	Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl 2013

Das Handeln und das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure sind unverzichtbar für das Gemeinwesen und die Bewältigung der vor ihm liegenden Aufgaben. Ohne zivilgesellschaftliche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer wäre es z. B. unmöglich gewesen, den großen Zustrom von Schutzsuchenden und Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 zu bewältigen. Dieses Engagement, z. B. in Form ehrenamtlicher Arbeit, geht zwar von nicht-staatlichen Akteuren aus, benötigt und findet aber staatliche Unterstützung, z. B. durch die Ehrenamtskarte und Förderprogramme. Freiwilliges Engagement wird als Gewinn für beide Seiten empfunden: Die Akteure übernehmen wichtige Aufgaben in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Sicherheit, Gesundheit und nicht zuletzt als politische Vertreterinnen und Vertreter und stärken dadurch die Solidarität und Integrität der Gesellschaft. Sie selbst können, neben der Freude an der Hilfe und Unterstützung anderer, ihre kommunikativen und sozialen Fähigkeiten einsetzen und fördern.

Zum großen Thema Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement gibt es nur wenige belastbare Zahlen. Einige wichtige werden in diesem Kapitel vorgestellt, und zwar

- Ergebnisse des Freiwilligen-Surveys 2014
- Mitgliedschaften in Sportvereinen
- Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013
- Kandidaturen bei den Kommunalwahlen 2001, 2006 und 2011

Das Datenangebot in diesem Bereich wird künftig umfassender werden: Die Kinder- und Jugendarbeit auch nichtstaatlicher Akteure soll durch die neukonzipierte Statistik der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der sogenannten Angebotsstatistik oder **Jugendarbeitsstatistik** sichtbar werden. Die Erhebung wird zu Beginn des Jahres 2016 rückwirkend für das Berichtsjahr 2015 durchgeführt, 2017 werden erstmals Ergebnisse vorliegen.[56]

56 *Vgl. LSN-Internetangebot > Themenbereich Soziales unter: http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=36694&article_id=133077&_psmand=40.*

12.1 Freiwilliges Engagement

Definition des Indikators: Im Gegensatz zum staatlichen Handeln wird die ***Bürger- oder Zivilgesellschaft*** vom Handeln und der Kooperation einzelner Menschen oder gesellschaftlicher Gruppen bestimmt. Ihr Engagement ist freiwillig und ohne Gewinnabsicht.

Methodische Hinweise: Begriffe des bürgerschaftlichen Engagements werden häufig synonym verwendet und unscharf abgegrenzt. Die Grenzen zwischen den Formen des Engagements – von einfacher Mitgliedschaft bis zur Übernahme eines Ehrenamtes – sind fließend und statistisch oft nicht abbildbar. *Bürgerschaftliches Engagement* ist der Oberbegriff für freiwillige, nicht auf finanzielle Vorteile gerichtete Tätigkeiten, die im öffentlichen und Gemeinwohl fördernden Raum stattfinden. Das *Ehrenamt* ist ein ehrenvolles und freiwilliges öffentliches Amt, in das man gewählt oder für bestimmte Zeit bestellt wird. *Freiwilliges Engagement* umfasst unentgeltliche, gemeinwohlbezogene, einmalige oder regelmäßige Tätigkeiten in Initiativen, Vereinen und Verbänden. Quellen: BMFSFJ (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Berlin März 2016; TNS Infratest Sozialforschung: Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999 –2004 – 2009, München 2010, www.niedersachsen.de > Arbeit & Soziales > Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt.

Weiterführende Informationen: www.freiwilligenserver.de und www.ms.niedersachsen.de > Themen > Bürgerschaftliches Engagement; BMFSFJ: http://www.bmfsfj.de.

Da es zum Thema des freiwilligen Engagements und der Ehrenamtlichkeit kaum belastbare Daten der amtlichen Statistik gibt, werden im Folgenden Befunde zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement aus dem Deutschen Freiwilligensurvey 2014 verwendet, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

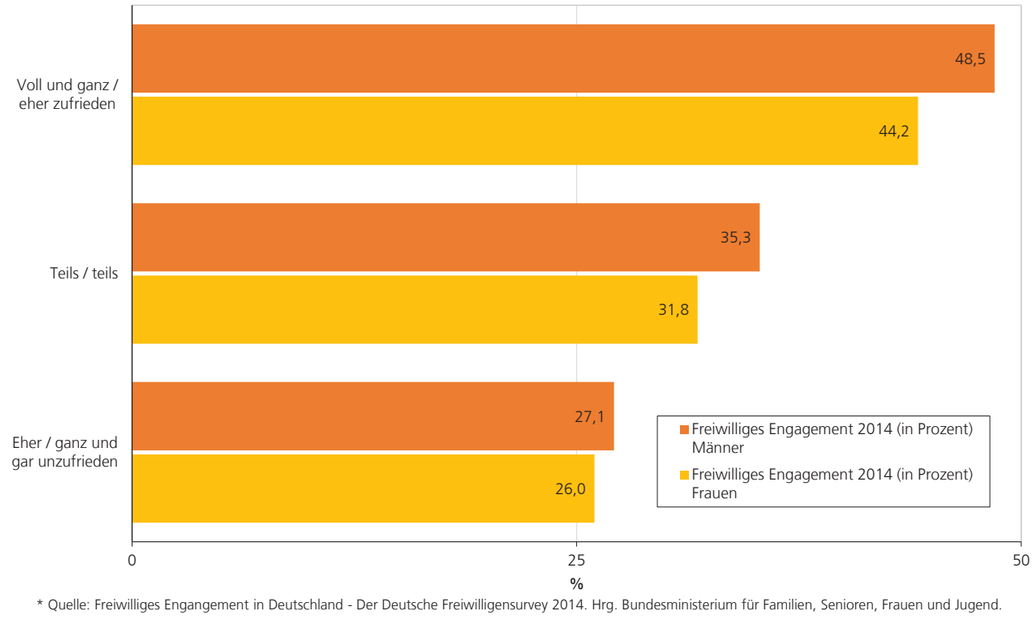
Für die Aufnahme eines freiwilligen Engagements ist, neben Aspekten wie dem Bildungsniveau, der finanziellen Situation, der verfügbaren Zeit und dem Gesundheitszustand, auch die eigene Lebenszufriedenheit wichtig. Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement steigt nämlich mit dieser: 48,5 % der Männer und 44,2 % der Frauen in Deutschland, die sich freiwillig engagieren, beurteilten ihre eigene Lebenszufriedenheit als hoch. Ist diese hingegen niedrig, gaben nur 27,1 % der Männer und 26,0 % der Frauen ein freiwilliges Engagement an.

Aus dem Survey geht zudem ein unterschiedliches Engagement zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte hervor: Während sich Letztere zu 46,8 % engagieren, sind es bei Ersteren nur 31,5 %. Auch ist der Anteil derer, die aktiv aber nicht engagiert sind, höher als bei Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Zugleich sind 39,9 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weder engagiert noch aktiv (ohne Migrationshintergrund: 27,1 %). Demnach gilt es, das freiwillige Engagement dieser Personengruppe zu fördern und auszuweiten, auch um diese stärker in die Gesellschaft miteinzubeziehen.

Die niedersächsischen Ergebnisse zeigen ein stetig wachsendes Engagement der Bevölkerung: 1999 waren 31,0 % im Alter von 14 Jahren und mehr ehrenamtlich engagiert, 2004 schon 40,8 %. 2014 stieg dieser Wert mit 3,2 Mio. Bürgerinnen und Bürger auf 46,2 %. Beinahe jede bzw. jeder Zweite in der betrachteten Altersgruppe hat sich freiwillig engagiert (2004: 2,4 Mio.; 2009: 2,8 Mio.) – ein Wert, der noch vor der Zuwanderung der vielen Schutzsuchenden 2015 und der damit verbundenen Hilfsbereitschaft festgestellt wurde. Wichtige Bereiche der Tätigkeiten sind Sport, Kirche und Religion sowie Schule und Kindergarten.

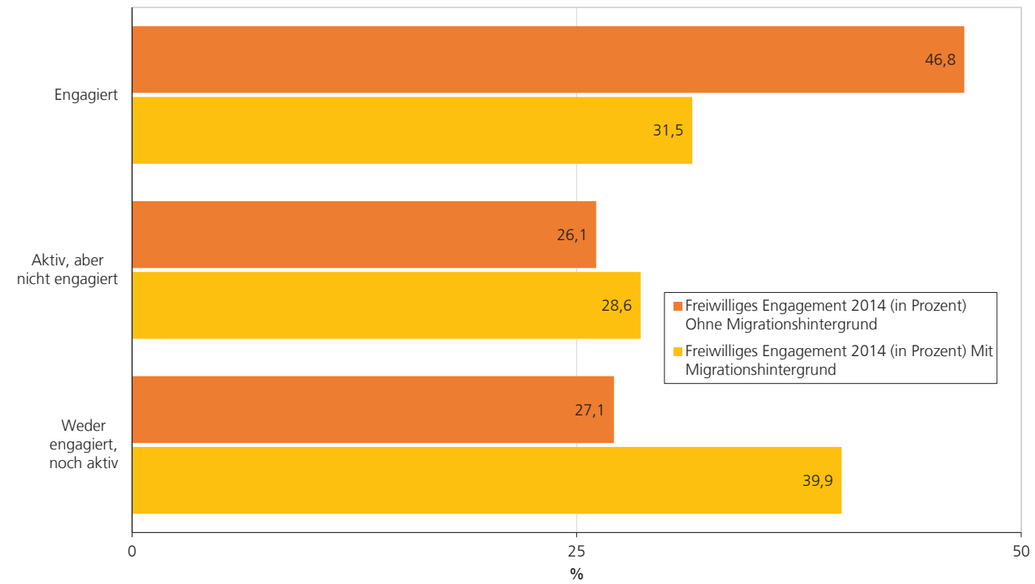
Das Land unterstützt bürgerschaftliches Engagement z.B. mit einem Internetportal, Fortbildungsangeboten, Wettbewerben, einem Versicherungsschutz für Aktive sowie mit gesellschaftlicher Anerkennung.

12.1.1 Freiwilliges Engagement 2014 in Deutschland nach Lebenszufriedenheit



* Quelle: Freiwilliges Engangement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Hrg. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

12.1.2 Freiwilliges Engagement 2014 in Deutschland nach Migrationshintergrund



* Quelle: Freiwilliges Engangement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Hrg. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

12.2 Vereinsmitgliedschaften und politische Beteiligung

Definition des Indikators: Im Gegensatz zum staatlichen Handeln wird die ***Bürger- oder Zivilgesellschaft*** vom Handeln und der Kooperation einzelner Menschen oder gesellschaftlicher Gruppen bestimmt. Ihr Engagement ist freiwillig und ohne Gewinnabsicht.

Methodische Hinweise: Begriffe des bürgerschaftliches Engagements werden häufig synonym verwendet und unscharf abgegrenzt. Die Grenzen zwischen den Formen des Engagements – von einfacher Mitgliedschaft bis zur Übernahme eines Ehrenamtes – sind fließend und statistisch oft nicht abbildbar. *Bürgerschaftliches Engagement* ist der Oberbegriff für freiwillige, nicht auf finanzielle Vorteile gerichtete Tätigkeiten, die im öffentlichen und Gemeinwohl fördernden Raum stattfinden. Das *Ehrenamt* ist ein ehrenvolles und freiwilliges öffentliches Amt, in das man gewählt oder für bestimmte Zeit bestellt wird (z.B. Vorstand und Delegierte eines Vereins). *Freiwilliges Engagement* umfasst unentgeltliche, gemeinwohlbezogene, einmalige oder regelmäßige Tätigkeiten in Initiativen, Vereinen und Verbänden.

Quellen: Vereinsmitgliedschaften: Landessportbund (LSB Niedersachsen) Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB); Wahlen: Wahlstatistik; Kandidaturen: Landeswahlleitung.

Weiterführende Informationen: www.statistik.niedersachsen.de > Themenbereiche > Wahlen

Sehr viel ehrenamtliche Arbeit, gerade auch zur Förderung und Integration von Kindern und Jugendlichen, wird in den Sportvereinen geleistet. Besonders auf dem Land sind die Sportvereine ein unentbehrlicher Teil des öffentlichen Lebens. Am 1. Januar 2015 waren 2 664 476 und damit 34,0 % der Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens Mitglied eines Sportvereins.

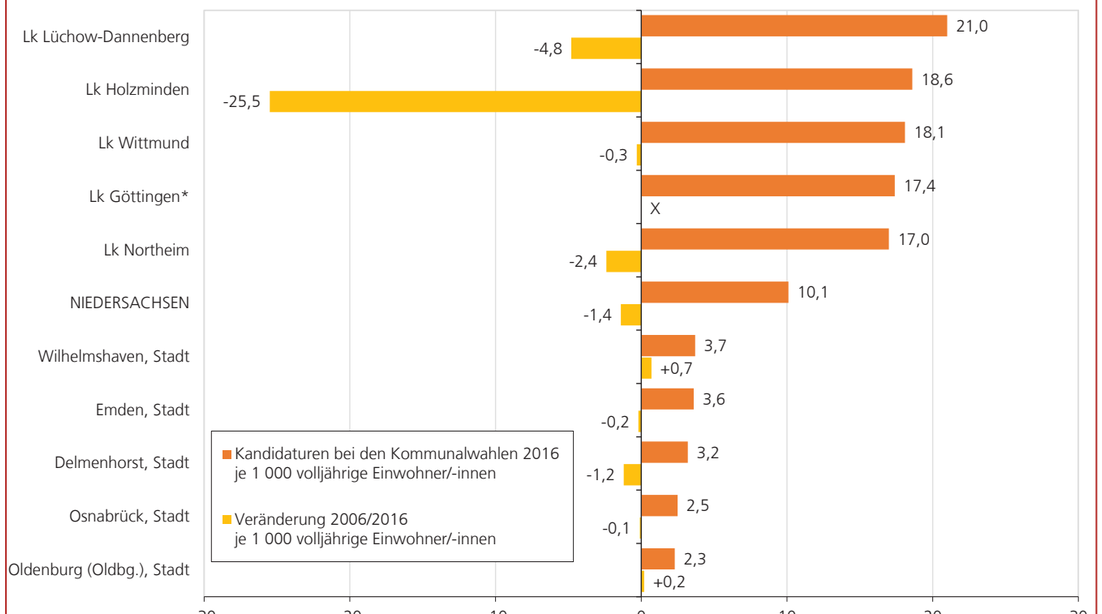
Der Organisationsgrad ist in Niedersachsen vergleichsweise hoch, denn bundesweit lag er mit „nur" 29,2 % deutlich niedriger. Die höchsten Organisationsgrade gab es im Südwesten Deutschlands, und zwar im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In Ostdeutschland liegt er erheblich niedriger mit Werten zwischen 15 und 18 Prozent.

Regional lässt sich ein Land-Stadt-Gefälle ausmachen: In den kreisfreien Städten sowie den Städten Göttingen und Hannover liegen die entsprechenden Werte zwischen 21 % und 30 %. Im ländlichen Raum gibt es deutlich höhere Organisationsgrade, vor allem in den Landkreisen Rotenburg (Wümme) mit 52,3 %, Wittmund (49,8 %) und Nienburg (Weser) mit 44,9 %.

Eine andere Form des Engagements ist die **Wahlbeteiligung**, die traditionell bei den Bundestagswahlen am höchsten ist. Diese lag bei der Wahl 2013 in Niedersachsen bei 73,4 % der Wahlberechtigten. Das war im Bundesvergleich (71,5 %) leicht überdurchschnittlich. In allen ostdeutschen Ländern und in Bremen lag sie unter 70 %, am höchsten war sie mit 74,3 % in Baden-Württemberg. In Niedersachsen ist die Spannweite der Wahlbeteiligung gering und die regionalen Disparitäten nicht sehr stark. Die höchste Wahlbeteiligung gab es mit 78,4 % im Landkreis Harburg und die niedrigste in der Stadt Emden mit 67,2 %. Auch in anderen kreisfreien Städten (Salzgitter, Wolfsburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven) lag sie unter 70 %.

Von hoher Bedeutung ist auch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger bei den Wahlen zu den kommunalen Vertretungskörperschaften. Bei den Kommunalwahlen 2016 gab es insgesamt 66 939 Kandidaturen. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter kommen somit 10,1 Kandidaturen. Im Zeitablauf ist diese Quote gesunken; 2006 lag sie noch bei 11,5 und 2011 bei 11,1. Dieser Rückgang geht zum Teil auf Gemeindezusammenschlüsse zurück, aber anscheinend auch darauf, dass andere Felder ehrenamtlichen Engagements gesucht werden.

12.2.1 Kandidaturen bei den Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen



*Die Kreistagswahl am 11.09.2016 fand für den neuen Landkreis Göttingen (Fusion Lk Osterode am Harz und Göttingen zum 01.11.2016) statt.

13. Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge

Tabellen zum Thema im Anhang	
13.1	Struktur und mittelfristige Entwicklung von Verwaltungseinheiten in sieben Clustern in Niedersachsen
13.2	Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Die HSBN wendet sich vor allem auch an kommunale Akteure, indem sie so weit wie möglich sozialpolitisch relevante Daten aus ganz verschiedenen Themengebieten bis auf die Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden herunterbricht. Diese Regionaldaten müssen korrekt verstanden und interpretiert werden, um aus ihnen Schlussfolgerungen für konkrete Maßnahmen und Entscheidungen ziehen zu können. Dabei kommt es sehr stark auf die Strukturen, Entwicklungspfade und Besonderheiten der jeweiligen Region an.

Zur Beurteilung der Situation und Entwicklung der eigenen Stadt oder Gemeinde wird ein sinnvoller Vergleichsmaßstab benötigt. Dieser kann z. B. der Durchschnittswert des Landes oder einer anderen übergeordneten Regionalebene sein; sinnvoll ist oft auch der Vergleich mit Nachbargemeinden oder -kreisen oder in etwa gleichgroßen Gemeinden. Oft ist dies aber nicht ausreichend. So ist es z. B. für Städte, die mit Deindustrialisierungstendenzen und Abwanderung von Jüngeren zu kämpfen haben, nicht sinnvoll, sich mit boomenden Städten zu vergleichen, auch wenn sie räumlich nahe gelegen sind und ungefähr die gleiche Größe haben. Delmenhorst und Wilhelmshaven sollten ihre Strukturen und Entwicklungstendenzen nicht unbedingt an Wolfsburg oder Hannover messen, und Vechta und Cloppenburg sollten als Vergleichsmaßstab für die Beurteilung ihrer Entwicklung nicht Northeim und Osterode heranziehen.

Zweck und Technik der Clusteranalyse

Daher wird in der Regionalforschung oft mit **Clusteranalysen** gearbeitet. Diese haben den Zweck, dass sich Kommunen mit anderen Kommunen vergleichen, die in etwa die gleiche Struktur aufweisen. Dabei werden die Einheits- und Samtgemeinden (Verwaltungseinheiten) des Landes in verschiedene Gruppen (Cluster) aufgeteilt. Ein Cluster vereinigt auf Basis einer sinnvollen Datenauswahl und eines mathematischen Verfahrens Verwaltungseinheiten, die untereinander viele Ähnlichkeiten aufweisen. Das Verfahren arbeitet so, dass die Unterschiede der Verwaltungseinheiten innerhalb eines Clusters minimiert und die Unterschiede zwischen den Clustern maximiert werden. Wie viele Cluster es insgesamt gibt, hängt von den Daten und deren Ähnlichkeiten bzw. Unterschieden selbst ab. Die Mitglieder eines Clusters müssen nicht unbedingt räumlich zusammenhängen, oft ist dies aber doch der Fall, weil regionale Strukturen und Entwicklungspfade meist ganze Regionen betreffen, so dass in bestimmten Regionen einige Cluster gar nicht, andere häufig vorkommen.

Die Einteilung der Kommunen in Cluster

Eine Clusteranalyse für Niedersachsens Verwaltungseinheiten wurde 2013 publiziert.[57] Die seinerzeit 421 Verwaltungseinheiten[58] wurden in sieben Cluster eingeteilt, die maximal zwischen 42 und 90 Mitglieder hatten.

Die Cluster wurden auf Basis von 9 Indikatoren gebildet. Diese wurden so ausgewählt, dass sie relevant (wichtige Sachverhalte abbilden) und umfassend (verschiedenen Themenfeldern entstammen) waren, auf Gemeindeebene vorlagen und untereinander nicht zu stark korrelierten: Wenn zwei Datenreihen sehr stark miteinander zusammenhängen, wie es z. B. die Neubautätigkeit und die

57 *Vgl. Hoffmeister, Rita und Huter, Jessica: Wer mit wem? – oder: was Twist, Scheeßel und Grasleben miteinander gemein haben, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen (Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen) 2/2013, S. 58 – 64.*

58 *Die gemeindefreien Bezirke Lohheide und Osterheide gingen nicht in die Analyse ein.*

Bevölkerungsentwicklung tun, und nähme man beide Datenreihen in die Analyse auf, machte man den Fehler, dieselbe Entwicklung zweimal zu messen.

Die seinerzeitigen Indikatoren waren:

- Mindestsicherungsquote (Anteil der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger an der Bevölkerung)
- Arbeitsplatzbesatz (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner)
- Lebendgeborene je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Wanderungssaldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Kinder-Alten-Ratio (Zahl der unter 15-Jährigen je 100 Personen über 75 Jahre)
- Kita-Besuchsquote der bis unter 6-Jährigen
- Schulabbrecherquote (Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängerinnen und Abgängern)
- Sachinvestitionen der Gemeinden (€ pro Kopf)
- Gesamtbetrag der Einkünfte pro Steuerpflichtigen in €.

In der Regel wurden, um Zufälligkeiten zu vermeiden, dreijährige Durchschnitte als Datenbasis gewählt, zumeist der Jahre 2008 bis 2010.

Die Entwicklung der sieben Cluster – Methode der Messung

Interessant ist nun zu sehen, wie sich diese seinerzeit gebildeten Cluster entwickelt haben. An diesem Ergebnis kann jede Verwaltungseinheit ablesen, ob sie sich besser oder schlechter als vergleichbare Kommunen entwickelt hat. Für die Analyse mussten einige methodische Schwierigkeiten bewältigt werden, die sich vor allem aus Gebietsstandsänderungen ergeben: Mittlerweile hat es zahlreiche Zusammenschlüsse von Gemeinden gegeben, so dass die Zahl der zu untersuchenden Verwaltungseinheiten von 421 auf 409 (ohne gemeindefreie Gebiete und Bezirke) geschrumpft ist.

Für die Kommunen und die Cluster, in die sie eingeteilt wurden, wurden in einem ersten Analyseschritt wie bei der ursprünglichen Analyse nicht Jahreswerte, sondern mehrjährige Durchschnitte gebildet, so dass im Normalfall die Entwicklung im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 zum Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 verglichen wird. Es gibt zwei Ausnahmen, die auf der spezifischen Datenlage beruhen: Die Ergebnisse der nur alle drei Jahre durchgeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik gehen im Vergleich 2004/2007 zu 2007/2010 ein und die Quoten der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher gehen im Vergleich 2007/2008 zum Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 ein. Durch diese Durchschnittsbildung werden einerseits Zufälligkeiten eines einzelnen Jahres oder Stichtages vermieden; andererseits geht damit unvermeidlich ein Verlust an Aktualität einher.

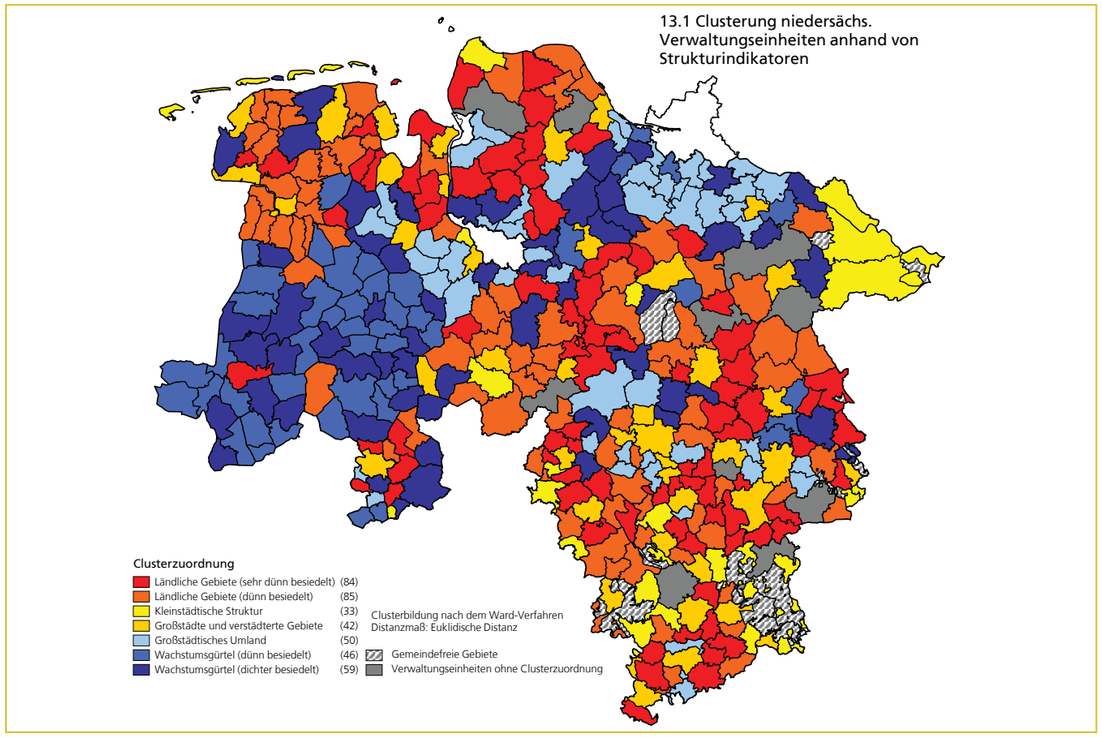
Daher wurden diese Ergebnisse ergänzt durch einen mittelfristigen Vergleich von Stichtagsergebnissen (also ohne die aufwändige Durchschnittsbildung) von zwei besonders aussagekräftigen Indikatoren, nämlich der Gesamtbevölkerung und der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.2015 im Vergleich zum 31.12.2011. Damit wurde die notwenige Aktualität der Berechnungen hergestellt; der 31.12.2015 ist das bei Redaktionsschluss (März 2017) aktuellste vorliegende Datum für Bevölkerungs- und Mindestsicherungsdaten.

In die Clusteranalyse des Jahres 2013 gingen alle 421 Verwaltungseinheiten ein, die seinerzeit in Niedersachsen bestanden. In die jetzige Analyse, die auf dieser aufbaut, gehen nur noch 399 Verwaltungseinheiten ein. Der Rückgang geht auf die kommunalen Zusammenschlüsse der Zwischenzeit zurück. In einigen Fällen schlossen sich Kommunen zusammen, die verschiedenen Clustern angehörten; diese 10 heutigen Kommunen sind in der folgenden Analyse nicht enthalten.

Die Tabelle 13.1 enthält die aggregierten Ergebnisse, in der Tabelle 13.2 sind die Kommunen entlang ihrer Einteilung aufgelistet. Die Karte 13.1 visualisiert dies. Die Cluster wurden, um sie nicht mit „Cluster 1“, „Cluster 2” etc. benennen zu müssen, mit Bezeichnungen versehen. Diese haben keinen „amtlichen” und keinen wertenden Charakter. Sie sollen die Cluster lediglich aussagefähig charakterisieren. Es ist dabei wichtig sich klarzumachen, dass die Städte und Gemeinden nicht durch Willensentscheidung bestimmten Clustern zugeordnet wurden, sondern dass sie nach einem mathematisch-statistischen Verfahren gruppiert wurden, ohne dass von vornherein das Ergebnis oder auch nur die Anzahl der Cluster bekannt war.

In folgende sieben Cluster[59] wurden die 399 Städte, Einheits- und Samtgemeinden eingeteilt; in Klammern ist die jeweilige Anzahl dargestellt:
Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt) (84)
Ländliche Gebiete (dünn besiedelt) (85)
Großstädtisches Umland (50)
Kleinstädtisch geprägte Gebiete (33)
Großstädte und verstädterte Gebiete (42)
Wachstumsgürtel (dünn besiedelt) (46)
Wachstumsgürtel (dichter besiedelt) (59)

13.1 Clusterung niedersächs. Verwaltungseinheiten anhand von Strukturindikatoren



59 Die Clusterbezeichnungen wurden gegenüber der ursprünglichen Analyse verändert.

Ergebnisse: Großstädte und ihr Umland

Von der Einwohnerzahl her ist der Cluster **„Großstädte und verstädterte Gebiete"** mit 42 Verwaltungseinheiten und 2 600 487 Einwohnerinnen und Einwohnern der bei weitem bedeutendste. Zu diesem Cluster gehören unter anderem Hannover, Braunschweig, Delmenhorst, Emden, Göttingen, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter und Wilhelmshaven, also fast alle kreisfreien Städte und Großstädte des Landes. Zum Cluster gehören aber auch regionale Zentren wie Celle, Diepholz, Gifhorn, Hameln, Holzminden, Lüneburg, Nienburg, Peine, Stade, Stadthagen und Uelzen. Die Kommunen dieses Clusters haben eine durchschnittliche Größe von 61 916 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Einwohnerdichte in diesem Cluster lag Ende 2015 bei 580,2 Menschen je Quadratkilometer und damit weit über dem Landesdurchschnitt von 166,5. Auch der Arbeitsplatzbesatz ist hier mit 492,4 weit überdurchschnittlich, denn die meisten dieser Städte sind Einpendlerzentren. Zudem liegt das Wachstum des Arbeitsplatzbesatzes mit einem Plus von 106,6 Promillepunkten weit über dem Durchschnitt.

Die Kinder-Alten-Ratio dieses Cluster liegt bei 116,0, was ein Hinweis auf eine recht starke Überalterung bzw. besser Unterjüngung ist: Werte unter 100 würden bedeuten, dass es mehr Seniorinnen und Senioren als Kinder gibt; der Wert von 116,0 liegt deutlich unter dem Durchschnitt aller Cluster. Im Zuge der demografischen Entwicklung verschlechtert sich dieser Indikator laufend, wenn nicht gegengesteuert wird (Zuwanderung von Jüngeren, Steigerung der Geburtenhäufigkeit). In diesem Cluster ist immerhin die Verschlechterung des Indikators geringer ausgeprägt als in allen anderen Clustern (-21,4). Das liegt unter anderem an der gestiegenen Geburtenhäufigkeit (+1,2 Promillepunkte auf 9,1 Geburten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist zwar mit 7,1 % immer noch die höchste aller sieben Cluster, hier ist aber auch der größte Rückgang aufgetreten.

Die Bevölkerung dieses Clusters ist mit einem Plus von 2,8 % von 2011 bis 2015 rasch gewachsen. Die Mindestsicherungsquote war Ende 2015 in diesem Cluster mit 13,7 % sehr hoch. Gegenüber 2011 stieg sie um 0,5 Prozentpunkte.

Der Cluster **„Großstädtisches Umland"** umfasst 50 Verwaltungseinheiten mit einer Gesamtbevölkerung von 835 586 Einwohnerinnen und Einwohnern. Diese Städte und Gemeinden liegen in großer räumlicher Nähe, zum Teil auch in unmittelbarer Nachbarschaft der Großstädte Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig, aber auch Göttingen, Oldenburg und Bremerhaven. Allein aus der Region Hannover kommen 7 Kommunen dieses Clusters, aus dem Landkreis Harburg südlich von Hamburg kommen sogar 10 Kommunen. Ein wenig aus dem Rahmen fällt die Gemeinde Friedland im Landkreis Göttingen, deren statistische Werte immer sehr stark durch die dortige Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge im Grenzdurchgangslager beeinflusst werden. Die Kommunen dieses Clusters haben eine durchschnittliche Größe von 16 712 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Einwohnerdichte dieses Clusters lag bei 176,0 Menschen je Quadratkilometer und damit leicht über dem Landesdurchschnitt von 166,5. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen lag hier bei 35 858 € und war damit der höchste aller sieben Cluster. Schon hieran sieht man, dass dieses Cluster geprägt ist durch „Speckgürtel-Gemeinden" aus dem Hamburger, Bremer und hannoverschen Umland. Hier wohnen zum Teil sehr wohlhabende Menschen, die oftmals in den jeweiligen Zentren arbeiten. Der Arbeitsplatzbesatz dieses Clusters ist daher mit 206,2 sehr unterdurchschnittlich und weist auch keine bemerkenswerten Wachstumstendenzen auf.

Soziale Problemlagen gibt es hier deutlich weniger als in den Zentren: Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher liegt bei nur 2,8 %, und die Mindestsicherungsquote ist mit 6,3 % ebenfalls sehr unterdurchschnittlich. Ihr Anstieg gegenüber 2011 war mit einem Plus von 0,6 Prozentpunkten allerdings überdurchschnittlich. Die Kinder-Alten-Ratio liegt bei 130,8 und damit vergleichsweise hoch – hier leben viele Familien mit Kindern. Der demografische Alterungsprozess vollzieht sich aber schneller als in den anderen Clustern: Der Wert dieser Ratio ging hier um 52,9 zurück. Dennoch wachsen die Kommunen dieses Clusters schneller als anderswo: Von 2011 bis 2015 wuchs die Bevölkerung um 3,1 % und damit mehr als in allen anderen Clustern.

Kleinstädtisch geprägte und ländliche Gebiete

Der Cluster **„Kleinstädtisch geprägte Gebiete"** umfasst 33 zumeist kleinere Verwaltungseinheiten mit einer Gesamtbevölkerung von zusammen 370 866 Menschen. Zu diesem Cluster gehören im Norden sechs Ostfriesische Inseln sowie die Stadt Cuxhaven, die zugleich die bei weitem größte Gemeinde innerhalb dieses Clusters ist. Außerdem gehören unter anderem alle Verwaltungseinheiten im Landkreis Lüchow-Dannenberg und zahlreiche Verwaltungseinheiten im Berg- und Hügelland dazu. Viele der Kommunen, die zu diesem Cluster gehören, tragen die Bezeichnung „Stadt", auch wenn sie relativ klein oder Teil einer Samtgemeinde sind. Im Schnitt leben in jeder Kommune dieses Clusters nur 11 238 Menschen, ein im Vergleich der Cluster sehr niedriger Wert.

Dieses Cluster ist mit 121,2 Menschen je Quadratkilometer insgesamt recht dünn besiedelt. Auch der Besatz an Arbeitsplätzen ist unterdurchschnittlich. Während in den anderen Clustern der Arbeitsplatzbesatz zum Teil deutlich zunahm, wuchs er mit einem Zuwachs von nur 10,5 Promillepunkten hier nur leicht. Die Kommunen dieses Clusters sind zumeist stark überaltert: die Kinder-Alten-Ratio liegt bei nur 83,9 – es gibt hier also erheblich mehr alte Menschen als Kinder und Jugendliche. Der Wert der Geborenen je 100 Einwohnerinnen und Einwohner ist mit nur 6,5 der niedrigste aller Cluster. Die KiTa-Besuchsquote ist leicht über- und die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher leicht unterdurchschnittlich. Die Bevölkerung dieses Clusters verfügt mit 27 406 € über den geringsten Gesamtbetrag der Einkünfte aller Cluster, und die Mindestsicherungsquote lag Ende 2015 mit 10,0 % vergleichsweise hoch.

In diesem Cluster kumulieren sich Problemlagen: Relativ geringer Arbeitsplatzbesatz, Überalterung, niedrige Geburtenhäufigkeit, geringer Durchschnittsverdienst, überdurchschnittliche Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen. Die Bevölkerung dieses Clusters ist daher entgegen dem Landestrend auch nicht gewachsen, sondern sie stagnierte bzw. ging von 2011 bis 2015 sogar leicht um 67 Einwohner zurück.

Es gibt zwei Cluster mit jeweils 84 bzw. 85 Mitgliedern, die im ländlichen Raum angesiedelt sind. Im Cluster **„Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt)"** leben 844 108 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Besiedlungsdichte ist mit 99,3 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer niedrig. Zu diesem Cluster gehören nur vier Verwaltungseinheiten, die „Städte" sind (Twistringen, Bad Münder, Hessisch Oldendorf, Schortens und Elsfleth), aber allein 36 Samtgemeinden (Gebietsstand 01.01.2015);

die Institution der Samtgemeinde gibt es nur in ländlichen Räumen. Die 84 Verwaltungseinheiten verteilen sich auf das ganze Land; lediglich in dem westniedersächsischen Wachstumsgürtel südlich von Oldenburg sind sie selten vertreten. Die Kommunen haben eine Durchschnittsgröße von 10 049 Einwohnern; das ist die geringste aller sieben Cluster.

Der Arbeitsplatzbesatz liegt mit 172,7 nur bei etwa der Hälfte des Durchschnitts aller Cluster, obwohl die meisten Gemeinden dieses Clusters außerhalb des unmittelbaren Einzugsbereichs der Großstädte liegen. Bemerkenswert ist, dass die Zunahme des Arbeitsplatzbesatzes dieses Clusters mit einem Plus von nur 28,1 Promillepunkten stark unterdurchschnittlich ist.

Die demografischen Indikatoren sind im Vergleich der Cluster unauffällig: Die Geburtenhäufigkeit ist mit 7,4 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner leicht unter- und die Kinder-Alten-Ratio mit 129,0 noch leicht überdurchschnittlich. Die demografische Alterung schreitet hier allerdings überdurchschnittlich schnell fort, denn die Ratio ging um 49,4 zurück.

Die Sozialindikatoren dieses Clusters sind vergleichsweise günstig. Das Einkommensniveau liegt nahe am Landesdurchschnitt. Die KiTa-Besuchsquote liegt bei 58,5 % leicht über und die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher mit nur 2,2 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die Mindestsicherungsquote betrug Ende 2015 nur 6,0 %, ein im Landesvergleich sehr niedriger Wert. Sie stieg im Vergleich zu 2011 um 0,3 Prozentpunkte. Von 2015 zu 2011 ging die Gesamtbevölkerung in diesem Cluster aber gegen den positiven Landestrend um 0,3 % zurück.

Der Cluster **„Ländliche Gebiete (dünn besiedelt)"** umfasst 85 Verwaltungseinheiten mit einer Bevölkerung von zusammen 1 149 416 Menschen. In diesem Cluster sind durchaus auch größere Orte vertreten, und die durchschnittliche Einwohnerdichte des Clusters liegt mit 115,6 deutlich höher als der Cluster Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt). 27 Verwaltungseinheiten sind Städte, es gibt aber auch 28 Samtgemeinden. Zu den bekannteren Orten in diesem Cluster gehören u. a. die Städte Wittingen, Duderstadt, Königslutter, Wolfenbüttel, Bückeburg, Munster, Walsrode und Jever sowie sechs Städte der Region Hannover. Auch die Mitglieder dieses Clusters sind in ganz Niedersachsen verteilt, es gibt aber einen gewissen Schwerpunkt mit zusammen 32 Einheiten in der Statistischen Region Hannover, gefolgt von 28 Einheiten in Weser-Ems. Im Schnitt leben in jeder Kommune dieses Clusters 13 523 Menschen.

Die demografischen Indikatoren dieses Clusters liegen leicht unter dem Durchschnitt: Die Geburtenhäufigkeit liegt bei 7,8 Geborenen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner und die Kinder-Alten-Ratio bei 118,7. Der Arbeitsplatzbesatz ist mit 228,2 und einem relativ geringen Zuwachs ebenso unterdurchschnittlich wie die Durchschnittseinkünfte je Steuerpflichtigem von 28 155 €.

Die Sozialindikatoren bieten kein einheitliches Bild. Die KiTa-Quote ist mit 55,3 leicht unterdurchschnittlich, hat aber mit einem Plus von 9,2 Prozentpunkten am stärksten zugenommen. Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist trotz eines starken Rückgangs mit 6,6 % immer noch hoch. Die Mindestsicherungsquote lag Ende 2015 mit 8,2 % zwar unter dem Durchschnitt aller Cluster, aber deutlich höher als in den meisten anderen eher ländlichen Clustern. Die Quote stieg um 0,5 Prozentpunkte, was dem Landesdurchschnitt entspricht. Von 2011 bis 2015 wuchs die Bevölkerung in diesem Cluster um 0,6 %. Diese Zunahme lag deutlich unter dem Durchschnitt aller Cluster von +2,0 %.

Wachstumsgürtel

Zwei Cluster tragen die Bezeichnung „Wachstumsgürtel". Dieser Gürtel zieht sich vom Großraum Hamburg im Nordosten über Bremen nach Südwesten in Richtung Emsland / Osnabrück hin, in etwa dem Verlauf der Autobahn A 1 folgend. Die meisten Kommunen der beiden Cluster liegen in diesem Wachstumsgürtel, es kommen allerdings noch Kommunen vor allem im Umkreis der Städte Hannover und Wolfsburg hinzu.

Zum Cluster **„Wachstumsgürtel (dünn besiedelt)"** gehören 46 Verwaltungseinheiten, darunter 17 Samtgemeinden mit einer Gesamtbevölkerung von 526 927. Nur bei einer einzigen Kommune, nämlich Friesoythe, handelt es sich um eine Stadt. Schon daran ist erkennbar, dass die Kommunen dieses Clusters überwiegend recht dünn besiedelt sind: Die entsprechende Dichte liegt bei 98,1 Menschen je Quadratkilometer und ist damit die niedrigste aller sieben Cluster.

Die regionale Lage dieses Clusters ist auffällig Richtung Westen orientiert: Zu ihm gehört keine einzige Kommune aus der Statistischen Region Hannover und nur drei aus der Statistischen Region Braunschweig; letztgenannte liegen im Süden des Landkreises Gifhorn und nahe der Stadt Wolfsburg. Gering ist mit sechs Kommunen auch die Zahl der Clustermitglieder aus der Statistischen Region Lüneburg; diese liegen im Einzugsbereich von Hamburg. Die große Mehrheit, nämlich 37 Kommunen, liegt in der Statistischen Region Weser-Ems: Je 10 kommen allein aus den Landkreisen Cloppenburg und Emsland.

Die Arbeitsplatzdichte liegt bei 279,8 und ist damit noch unterdurchschnittlich; auch ihre Zunahme um 34,1 Promillepunkte liegt unter dem Durchschnitt. Die demografischen Indikatoren sind vergleichsweise gut: Es gab 9,2 Lebensgeborene je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kinder-Alten-Ratio liegt bei 194,4 und ist damit die bei weitem höchste aller sieben Cluster. Zum Cluster gehören viele Gemeinden aus den Kreisen Cloppenburg, Vechta und Emsland, die schon seit langem hohe Geburtenraten aufweisen. Allerdings hat sich die Kinder-Alten-Ratio vergleichsweise stark (-51,6) verschlechtert – der demografische Wandel ereilt auch diese Gebiete, allerdings zeitlich später als anderswo.

Die KiTa-Besuchsquote dieses Clusters ist mit 54,5 % leicht unter dem Durchschnitt. Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist mit 2,2 % erfreulich niedrig. Die Mindestsicherungsquote weist mit nur 5,2 % den niedrigsten Wert aller sieben Cluster auf. Die Einkünfte sind mittlerweile durchschnittlich hoch; dabei ist zu berücksichtigen, dass Mieten in dieser Region zumeist relativ niedrig sind und dass viele der Kommunen dieses Clusters vor noch nicht allzu langer Zeit als „Armenhaus Deutschlands" galten.

Der Cluster **„Wachstumsgürtel (dichter besiedelt)"** umfasst 59 Verwaltungseinheiten. 30 davon, also gut die Hälfte, liegen in der Statistischen Region Weser-Ems. Dieser Cluster ist mit einer Bevölkerung von 1 356 816 Menschen und einer Besiedlungsdichte von 175,7 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer deutlich größer und dichter besiedelt als der verwandte Cluster „Wachstumsgürtel (dünn besiedelt)". Er umfasst 28 Verwaltungseinheiten, die die Bezeichnung Stadt tragen, und 17 Samtgemeinden. Zu diesem Cluster gehören mit der Industriemetropole Wolfsburg auch eine kreisfreie Stadt sowie regionale Zentren bzw. Kreisstädte wie Osterholz-Scharmbeck, Verden, Westerstede, Aurich, Cloppenburg, Lingen, Meppen, Bad Bentheim, Nordhorn, Wildeshausen und Vechta.

Der Arbeitsplatzbesatz dieses Clusters ist mit 426,3 sehr hoch und erreicht fast den des Clusters „Großstädte und verstädterte Gebiete“. Die demografischen Indikatoren sind relativ gut: Die Geburtenhäufigkeit liegt bei 8,8 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner und die Kinder-Alten-Ratio bei 139,8. Allerdings verschlechtert sich dieser Indikator mit -51,7 schnell.

Die Einkünfte in diesem Cluster sind mit im Schnitt 31 989 € überdurchschnittlich und sind auch schneller gestiegen als anderswo. Die KiTa-Besuchsquote ist mit 57,5 leicht überdurchschnittlich, allerdings ist die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher trotz eines Rückgangs mit 6,1 % immer noch hoch. Die Mindestsicherungsquote, die um 0,5 Prozentpunkte stieg, war 2015 mit 7,6 % immer noch deutlich unterdurchschnittlich.

Ein vorläufiges Fazit

Vier der sieben Cluster weisen im Vergleich von 2015 zu 2011 deutlich überdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse auf, und zwar – in dieser Reihenfolge – das großstädtische Umland (+3,1 %), Großstädte und verstädterte Gebiete sowie der Wachstumsgürtel (dünn besiedelt) (jeweils + 2,8 %) und der Wachstumsgürtel (dichter besiedelt) mit einem Plus von 2,7 %. Die drei anderen Cluster wuchsen nur sehr verhalten (ländliche Gebiete, dünn besiedelt mit + 0,6 %), stagnierten (kleinstädtisch geprägte Gebiete, 0,0 %) oder schrumpften sogar (ländliche Gebiete, sehr dünn besiedelt, -0,3 %). Die Bevölkerung wuchs also in den großstädtisch geprägten Gebieten einschließlich ihres Umlandes sowie in den als „Wachstumsgürtel” gekennzeichneten Gemeinden überdurchschnittlich.

Der Arbeitsplatzbesatz stieg überdurchschnittlich stark im dichter besiedelten Wachstumsgürtel sowie in den Großstädten und verstädterten Gebieten.

Die sozialen Problemlagen sind, gemessen an der Mindestsicherungsquote, in allen sieben Clustern gestiegen. Die Quote liegt in den Clustern Großstädte und verstädterte Gebiete sowie kleinstädtisch geprägte Gebiete mit jeweils zweistelligen Werten deutlich über dem Landesdurchschnitt; in den anderen fünf Clustern ist die Quote unterdurchschnittlich.

Die Kinderbetreuungsquote ist erfreulicherweise überall kräftig gestiegen und weist zumindest auf Ebene der sieben Cluster keine große Streuung mehr auf. Die Schulabbrecherquote ging überall stark zurück, weist jedoch auf Ebene der Cluster noch erhebliche Unterschiede auf: Im Cluster Großstädte und verstädterte Gebiete ist sie mit 7,1 % immer noch hoch, während sie in ländlichen Clustern nur noch bei 2,2 % liegt.

Die insgesamt problematischsten Werte zeigt der kleinste Cluster, die kleinstädtisch geprägten Gebiete. Hier kommen eine hohe Mindestsicherungsquote und ein weit fortgeschrittener demografischer Alterungsprozess zusammen, so dass hier die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner stagniert bzw. sogar leicht sinkt.

Anhang (im Internet unter www.sozialberichterstattung-niedersachsen.de)

Tabellen zum Thema im Anhang	
A)	Alphabetisches Stichwortverzeichnis der Erläuterungen
B)	Erläuterungen
C)	Zeichen- und Abkürzungserläuterungen
D)	Tabellen

A) Alphabetisches Stichwortverzeichnis der Erläuterungen

A

Abiturientenquote
Absolventen berufsbildender Schulen mit zusätzlich erworbenem schulischen Abschluss
Anteil der *arbeitslosen Ausländer*
Anteil der *älteren Arbeitslosen*
Anteil der *jugendlichen Arbeitslosen*
Anteil der *Langzeitarbeitslosen* (ohne zugelassene kommunale Träger (zkT))
Arbeitslose
Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen)
Arbeitslosenquote der Ausländer (alle zivilen Erwerbspersonen)
Armutsquote
Äquivalenzeinkommen / durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen
Vorzeitig gelöste *Ausbildungsverträge*

B

Anteile der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* am Arbeitsort nach Art der Ausbildung, Geschlecht und Nationalität
Beschäftigte mit Niedriglohn (Verdienststrukturerhebung)
Bevölkerungsdichte
Besuchsquoten von Kindern in Tageseinrichtungen
Besuchsquoten von Kindern in Tagespflege
Betreuungsquoten von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
Bildungsstufen (nach ISCED)
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen
Bruttostundenverdienst nach Beschäftigungsform, Gebiet und Geschlecht (Verdienststrukturerhebung)
Bruttostundenverdienst (vierteljährliche Verdiensterhebung)
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

E

Ehescheidungen / Ehelösungen
Einbürgerungsquote
Einkommensarmut (relative)
Einkommensreichtum (relativer)
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner
Gesamtbetrag der *Einkünfte pro Steuerpflichtigen*
Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der *Einkünfte von 125 000 Euro und mehr* an allen Steuerpflichtigen
Anteil der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der *Einkünfte von 125 000 Euro und mehr* an allen Einkünften
Einwohner (Bevölkerungsfortschreibung)
Erwerbstätige Bezieher von Leistungen der BA für Arbeit (Geringverdiener)

G

Geburtenhäufigkeit
Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen von 15 bis unter 50)

H *Haushalte mit Konsumentenkrediten*
Private Haushalte mit Wohneigentum
Anteil junger Menschen mit *Hilfe zur Erziehung außerhalb* des Elternhauses

K *Kinder- und Jugendhilfe:* Anteile verschiedener Schutzmaßnahmen und Unterstützungsleistungen
Kinderarmutsquote / Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach SGB II unter 15 Jahre
Kinderzuschlag (KiZ)

L *Lebendgeborene junger Mütter*
Anteil der Lebendgeborenen junger Mütter an allen Lebendgeborenen

M *Anteil junger Mütter*
Menschen mit Migrationshintergrund (Mikrozensus)
Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik
Migrationshintergrund in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit
Mindestsicherungsquote / Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen

N *Nettogeldvermögen* der privaten Haushalte

O Minderjährige *Opfer von Straftaten* in Niedersachsen

S *Scheidungskinder* / von einer Scheidung betroffene Kinder
Schulabbrecherquote / Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss
Schuldnerquote (Creditreform)
Säuglingssterblichkeit

T Minderjährige *Tatverdächtige von Straftaten* in Niedersachsen
Erwerbsform *Teilzeitbeschäftigung*

U *Überschuldung*
Umland der drei Großstädte Hannover, Göttingen, Hildesheim
Unterbeschäftigung

V *Verbraucherinsolvenzen*

W *Wanderungssaldo* Kreisgrenze

Z Kommunaler *Zuschussbedarf für Soziales und Jugend*

B) Erläuterungen

Die Definitionen und methodischen Hinweise entstammen Fachveröffentlichungen und Glossaren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit sowie ggf. Dritter (z.B. Creditreform).

Es wird in der Regel angegeben, welche öffentlich verfügbaren Datenquellen für weitere Informationen zur Verfügung stehen. Dies sind vor allem:

GENESIS-Online
(Daten für den Bund und die Länder)

GENESIS Regionaldatenbank Deutschland
(Kreis, Bezirks- und Landesdaten für ganz Deutschland)

LSN-Online
(Daten für niedersächsische Gemeinden, Verwaltungseinheiten, Landkreise, Statistische Regionen und das Land)

Statistik-Angebot der Bundesagentur für Arbeit

Zum Teil liegen bei den verschiedenen Anbietern fachlich und regional noch tiefer gegliederte Daten vor.

Letztmaliger Link-Abruf der Erläuterungen im Anhang des HSBN Statistikteils: 20.03.2017

Abiturientenquote Definition: Prozentualer Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Definition: Prozentualer Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Berechnung: Anteil der Absolventen der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen mit allgemeiner Hochschulreife dividiert durch die Bevölkerung (Durchschnittsjahrgang) im Alter von 18 bis unter 21 Jahren (bzw. 17 bis unter 20 Jahren bei Abitur nach 12 Schuljahren) multipliziert mit 100. Unter den Absolventen der berufsbildenden Schulen werden dabei solche mit fachgebundener Hochschulreife einbezogen. Stichtag für die Bevölkerungsdaten ist der 31.12. des Jahres vor dem der Abschluss erfolgt (d.h. der 31.12.2014 für das Schuljahr 2014/2015).

Methodische Hinweise: Die von der Kultusministerkonferenz veröffentlichten Ergebnisse für das Land enthalten zusätzlich die Daten der Erhebung zum Zentralabitur und Nichtschülerreifeprüfungen.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Kreisebene

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der allgemeinbildenden Schulen und Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BildungForschungKultur/Schulen/AllgembBerufISchulen.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt Fachserie 11 Reihe 1 (allgemeinbildende Schulen) und Reihe 2 (berufliche Schulen), Kultusministerkonferenz – Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2014 (=Statistische Veröffentlichungen der KMK)

LSN-Online-Tabelle: K3002519, K3002520, K3050611

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 192-71-4-B und 200-32-4-B

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.3 (in HSBN 2014 Kapitel 5.2)

Absolventen berufsbildender Schulen mit zusätzlich erworbenem schulischen Abschluss

Definition: Unter einem zusätzlich erworbenen schulischen Abschluss an einer berufsbildenden Schule sind Abschlüsse wie Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Fachhochschulreife oder allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife zu verstehen.

Die Angaben umfassen nur solche Absolventen berufsbildender Schulen, die an diesen Schularten zusätzlich (zum bisher vorhandenen schulischen Abschluss) einen schulischen Abschluss erworben haben.

Methodische Hinweise: Ergänzend zu den beruflichen Abschlüssen können in der Regel an allen berufsbildenden Schulen auch schulische Abschlüsse erworben werden. Der Erwerb von Fachhochschulreife und allgemeiner Hochschulreife ist aber nicht an allen Standorten berufsbildender Schulen möglich. Der Erwerb eines zusätzlichen schulischen Abschlusses an einer berufsbildenden Schule sagt nichts über den Erfolg bei der Erlangung des beruflichen Abschlusses aus.

Aus der Statistik geht nicht eindeutig hervor, ob eine Person, die an einer berufsbildenden Schule z.B. den Hauptschulabschluss erwirbt, diesen damit erstmals erwirbt oder bereits vorher diesen Abschluss hatte und an der berufsbildenden Schule nur verbessert hat. Überwiegend dürfte es sich bei den zusätzlich erworbenen Abschlüssen Realschulabschluss, Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife um eine echte Weiterqualifikation handeln.

Die Interpretation der regionalen Anteile der zusätzlich erworbenen schulischen Abschlussarten setzt Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten voraus. Bei der Interpretation regionaler Unterschiede sind zentralörtliche Funktionen und Kooperationen zwischen den Landkreisen sowie fachliche Schwerpunkte der berufsbildenden Schulen zu berücksichtigen.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BildungForschungKultur/Schulen/AllgembBerufISchulen.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 11 Reihe 2 (berufliche Schulen)

LSN-Online-Tabelle: K3050611

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 200-32-4-B

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.3 (in HSBN 2014 Kapitel 5.2)

Anteil der arbeitslosen Ausländer

Definition: Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Ausländer können nur dann als arbeitslos erfasst werden, wenn sie eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Der prozentuale Anteil der arbeitslosen Ausländer wurde wie folgt berechnet: Zahl der arbeitslosen Ausländer dividiert durch Zahl der Arbeitslosen insgesamt multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden (sofern keine Geheimhaltungsfälle vorliegen)

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008 und 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Anteil der älteren Arbeitslosen

Definition: Ältere Arbeitslose sind Arbeitsuchende im Alter von 55 bis unter 65 Jahre, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Der prozentuale Anteil der älteren Arbeitslosen wurde wie folgt berechnet: Zahl der älteren Arbeitslosen dividiert durch Zahl der Arbeitslosen insgesamt multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Die bis zum 31.12.2007 geltende, gleichermaßen im SGB III wie im SGB II fixierte 58er-Regelung sah vor, dass Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet hatten, Arbeitslosengeld I und II unter erleichterten Bedingungen beziehen konnten. Sie konnten der Arbeitsagentur bzw. dem zuständigen Träger gegenüber erklären, dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung zu stehen, was dem weiteren Bezug von Arbeitslosengeld I und II anders als bei jüngeren Arbeitslosen nicht im Wege stand. Voraussetzung war die Bereitschaft zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine abschlagsfreie Rente zu beantragen Für Altfälle, d.h. für Leistungsempfänger, deren Anspruch vor dem 01.01.2008 entstanden ist und die vor dem 01.01.2008 das 58. Lebensjahr vollendet haben, gilt diese Regelung weiter. „Neufälle“ können nach Auslaufen der Regelung nur noch aus dem Kreis der Bezieher von Arbeitslosengeld II kommen. Für diese ist auch eine mit Abschlägen verbundene vorzeitige Rente eine gegenüber dem Arbeitslosengeld II vorrangige Leistung. All diese Personen haben gemein, dass sie in der Arbeitsmarktstatistik nicht mehr als Arbeitslose erscheinen.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden (sofern keine Geheimhaltungsfälle vorliegen)

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008, 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Anteil der jugendlichen Arbeitslosen

Definition: Jugendliche Arbeitslose sind Arbeitsuchende im Alter bis unter 25 Jahre, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Der prozentuale Anteil jugendlicher Arbeitsloser wurde wie folgt berechnet: Zahl der jugendlichen Arbeitslosen dividiert durch Zahl der Arbeitslosen insgesamt multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Prozentualer Anteil an den Arbeitslosen

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden (sofern keine Geheimhaltungsfälle vorliegen)

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter **http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008, 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Anteil der Langzeitarbeitslosen (ohne zugelassene kommunale Träger (zkT))

Definition: Als Langzeitarbeitslose gelten nach § 18 SGB III alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern für Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren.

Der prozentuale Anteil der Langzeitarbeitslosen wurde wie folgt berechnet: Zahl der Langzeitarbeitslosen dividiert durch Zahl der Arbeitslosen insgesamt multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Im Rahmen der Experimentierklausel (§ 6a SGB II) wurde 69 Landkreisen und kreisfreien Städten (Gebietsstand vor dem 1. Juli 2007) die alleinige Wahrnehmung aller Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende übertragen (zugelassene kommunale Träger). Fehlen die Daten der zugelassenen kommunalen Träger über Langzeitarbeitslose, sind auch die Ergebnisse der Statistischen Region, in der diese Gebiete liegen, und das Land insgesamt mehr oder weniger stark zum Positiven hin verzerrt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008, 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Arbeitslose

Definition: Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Ortsteilebene

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008, 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen)

Definition: Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Alle zivilen Erwerbstätigen sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen errechnet sich entsprechend als:
AQEP = Arbeitsloset dividiert durch alle zivilen Erwerbstätiget + Arbeitslose t multipliziert mit 100
a = aktueller Zeitpunkt
t = terminierter Zeitpunkt (Zeitpunkt Erhebung der Bezugsgröße)

Methodische Hinweise: Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Eine Alternative stellt die Berechnung eines Arbeitslosenanteils an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) dar, zumal dies auch für die Ebene der Gemeinden möglich ist.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2007 659-51-4, 659-61-4 für 2008, 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Arbeitslosenquote der Ausländer (alle zivilen Erwerbspersonen)

Definition: Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur oder dem nach SGB II zuständigen Träger gemeldet haben.

Die Quote wird analog der Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen berechnet.

Ausländer können nur dann als arbeitslos erfasst werden, wenn sie eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden untere „keine Angabe“ ausgewiesen.

Methodische Hinweise: Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Weil Ausländer – relativ gesehen – häufiger als Selbständige tätig sind als Deutsche, liegt ihre Quote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen deutlicher unter der Quote bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen als bei Deutschen. Die Verwendung aller zivilen Erwerbspersonen als Basis für Arbeitslosenquoten liefert daher ein im Vergleich präziseres Bild der realen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Eine Alternative stellt die Berechnung eines Arbeitslosenanteils an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) dar, zumal dies auch für die Ebene der Gemeinden möglich ist.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: für 2008 659-61-4, ab 2001 659-71-4 bis 2015

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Armutsquote

Definition: Die Armutsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als ein bestimmter Prozentsatz des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Bei einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) spricht man von Armutsgefährdung, bei weniger als 50% von Armut und bei weniger als 40% von strenger Armut.

Methodische Hinweise: Armutsquoten lassen sich auch nach Haushaltsgrößenklassen, Familientypus, Altersklassen, Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehers, beruflichem Qualifikationsgrad des Haupteinkommensbeziehers, Migrationshintergrund etc. ausweisen. Diese fachlichen Differenzierungen schränken jedoch die Regionalisierbarkeit nach unten stark ein.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Welche Ebene verfügbar ist, hängt von den Fallzahlen unterhalb der jeweiligen Schwellenwerte ab. Generell gilt, je niedriger die Fallzahlen, desto gröber die regionale Ebene, die für eine Darstellung verfügbar ist. Sollen fachliche Differenzierungen vorgenommen werden, sind die entsprechenden Quoten in der Regel nur auf Ebene des Landes verfügbar. Für Armutsgefährdungsquoten ohne weitere fachliche Differenzierung sind dies in der Regel die „Untergruppen“ des Mikrozensus, die in etwa der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte entsprechen. Sind einzelne Landkreise und kreisfreie Städte zu klein, werden diese dabei mit Nachbarn zusammengefasst. Für Armutsquoten ohne fachliche Differenzierung unterliegt diese Regionalebene bereits erheblichen Einschränkungen, sodass hier ohne Einschränkungen nur die „Mikrozensusanpassungsschichten“, Zusammenfassungen von Landkreisen mit im Ergebnis insgesamt etwa 500 000 Einwohnern, in Frage kommen.

Anpassungsschichten	Zusammengefasste Gebietseinheiten
Ostniedersachsen:	KS Wolfsburg, Lk Gifhorn, Lk Helmstedt, Lk Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, Lk Peine
Südniedersachsen:	Lk Goslar, Lk Osterode am Harz, Lk Göttingen, Lk Northeim
Hannover, Landeshauptstadt:	Hannover, Landeshauptstadt
Hannover, Umland:	Hannover, Umland
Weser-Leine-Bergland:	Lk Hameln-Pyrmont, Lk Holzminden, Lk Hildesheim
Mittelniedersachsen:	Lk Diepholz, Lk Nienburg (Weser), Lk Schaumburg
Nordniedersachsen:	Lk Cuxhaven, Lk Stade, Lk Harburg, Lk Osterholz, Lk Rotenburg (Wümme)
Nordostniedersachsen:	Lk Lüneburg, Lk Lüchow-Dannenberg, Lk Uelzen, Lk Celle, Lk Heidekreis, Lk Verden
Ostfriesland-Nordseeküste:	KS Emden, Lk Leer, Lk Aurich, KS Wilhelmshaven, Lk Friesland, Lk Wittmund, Lk Wesermarsch
Oldenburger Raum:	Lk Ammerland, Lk Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, Lk Oldenburg
Westniedersachsen:	KS Osnabrück, Lk Osnabrück, Lk Vechta, Lk Emsland, Lk Grafschaft Bentheim

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus, www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2015.pdf?__blob=publicationFile**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 3, LSN – Fachbeiträge aus den Statistischen Monatsheften im Internet abrufbar unter http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25686&article_id=87681&_psmand=40; Munz-König, Eva (2013). Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. Sozialer Fortschritt: Vol. 62, No. 5, S. 123-131. im Internet abrufbar unter http://ejournals.duncker-humblot.de/doi/abs/10.3790/sfo.62.5.123

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 7.1, 7.2 und 7.3 (in HSBN 2014 Kapitel 2.2 und 2.3)

Äquivalenzeinkommen / durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen

Definition: Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: „Regionale Untergruppen" des Mikrozensus, die in etwa der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte entsprechen. Sind einzelne Landkreise und kreisfreie Städte zu klein, werden diese dabei mit Nachbarn zusammengefasst.

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2015.pdf?__blob=publicationFile**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 3

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 7.1, 7.2 und 7.3 (in HSBN 2014 Kapitel 2.1, 2.2 und 2.3)

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge

Definition: Die Lösungsquote gibt den Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen Neuabschlüssen wieder.

Methodische Hinweise: Da zum aktuellen Berichtsjahr nicht bekannt ist, wie viele der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Vertrag künftig noch den Vertrag vorzeitig lösen werden, wird bei der Berechnung der Lösungsquote ein Schichtenmodell herangezogen, das die Lösungsquote der aktuellen Ausbildungskohorte näherungsweise ermittelt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Bundesländer

Quelle (Statistik/Statistiken): Berufsbildungsstatistik„Datenbank Auszubildende“ und Datenreport zum Berufsbildungsbericht

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BildungForschungKultur/BeruflicheBildung/QBBeruflicheBildung.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: „Datenbank Auszubildende“ und Datenreport zum Berufsbildungsbericht; http://www.bibb.de/

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.4 (in HSBN 2014 Kapitel 5.2)

Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach Art der Ausbildung, Geschlecht und Nationalität

Definition: Prozentuale Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Qualifikation sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort wird differenziert nach a) Geschlecht, b) mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, c) Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, d) in Ausbildung, e) Altersgruppen sowie f) ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, g) mit anerkanntem Berufsabschluss (ist die Summe aus „mit anerkannten Berufsabschluss“ und „Meister- / Techniker-/ gleichwertigem Fachschulabschluss)“, h) mit akademischem Abschluss (ist die Summe aus „Bachelor“, „Diplom / Magister / Master / Staatsexamen“ und „Promotion“), i) Ausbildung unbekannt.

Methodische Hinweise: Gegenstand sind hier nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im betrachteten Gebiet wohnen.

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung. Hier werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (circa 75 bis 80% aller abhängig Beschäftigten) erfasst.

2014 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine weitreichende Datenrevision rückwirkend bis 1999 vorgenommen. Die in der HSBN veröffentlichten Zahlen können daher abweichen. Methodenbericht abrufbar unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Revision-2014.pdf

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Beschäftigungsstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/ArbeitsmarktErwerbstaetigkeit/Sozialversbeschaeftigte.pdf sowie bei der Bundesagentur für Arbeit unter **http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Beschaeftigung.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 254-45-4, 254-63-4 (Arbeitsort), 254-46-4, 254-58-4 (Wohnort)

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.5, Kapitel 4.3 (in HSBN 2014 Kapitel 5.1)

Beschäftigte mit Niedriglohn (Verdienststrukturerhebung)

Definition: Das Statistische Bundesamt hat die Niedriglohngrenze nach Standards der OECD und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei seinen Berechnungen bei zwei Dritteln des Median-Verdienstes angesetzt.

Der Anteil der Arbeitnehmer mit Niedriglohn ergibt sich aus der Division der Beschäftigten mit einem Bruttostundenverdienst von weniger als zwei Dritteln des Median-Verdienstes und den Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Auszubildende und Altersteilzeit. Zwecks besserer Darstellung wurde durch Multiplikation mit 100 der Anteil in Prozent ausgewiesen.

Methodische Hinweise: Mit der Heranziehung des Bruttoverdienstes wird verhindert, dass Steuern und Abgaben, soziale Transferleistungen und andere Einkünfte den Konnex zwischen Erwerbstätigkeit und Verdienst in der Untersuchung überlagern. Der Bruttostundenverdienst erlaubt den Vergleich der Beschäftigungsformen. Die Verdienststrukturerhebung findet in einem Rhythmus von vier Jahren statt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): Verdienststrukturerhebung

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/VerdiensteArbeitskosten/VerdienststrukturerhebungVSE_2010.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 16 Reihe 2.1

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Bevölkerungsdichte

Definition: Einwohner je Quadratkilometer (Berechnung: Einwohner dividiert durch Fläche)

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinde

Quelle (Statistik/Statistiken): Gebietsstand

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.3, Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Gemeindeverzeichnis

LSN-Online-Tabelle: statistische Erhebung 100 (Bevölkerungsfortschreibung)

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 171-01-4, 171-01-5 und 173-21-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Besuchsquoten von Kindern in Tageseinrichtungen

Definition: Tageseinrichtungen für Kinder sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie erzieherisch und pflegerisch betreut werden, die über haupt- oder nebenberufliches Personal verfügen und für die eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII oder eine vergleichbare Genehmigung vorliegt.

Unterschieden werden bei den betreuten Kindern die drei Lebensaltersgruppen „unter 3 Jahre“, „3 bis unter 6 Jahre“ und „6 bis unter 14 Jahre“.

Die Besuchsquote von Kindern in Tageseinrichtungen wird gebildet aus der Anzahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in der entsprechenden Altersgruppe dividiert durch die Anzahl der Kinder in der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung (31.12. des Vorjahres) multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Der Migrationshintergrund wird mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde **(mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft).** Hierbei ist die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern nicht maßgeblich.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/EinrichtungenTeil3_1.pdf?

Wichtige Veröffentlichungen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Kindertagesbetreuung regional 2014 – Ein Vergleich aller 402 Landkreise in Deutschland, Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, LSKN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Heft 11/2009, 3/2011, 8/2011, 2/2012, 05/2013

LSN-Online-Tabelle: K2300222

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2010 473-33-4, ab 2011 473-43-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.1 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Besuchsquoten von Kindern in Tagespflege

Definition: Die öffentlich geförderte Kindertagespflege bezeichnet die zeitweise Betreuung von Kindern bei einer von den Jugendämtern geförderten Tagespflegeperson (Tagesmutter bzw. Tagesvater). Die öffentlich geförderte Kindertagespflege ist neben der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen eine gleichwertige Form der Kindertagesbetreuung. Private Tagespflegeverhältnisse sind kein Bestandteil dieser Erhebung.

Unterschieden werden bei den betreuten Kindern die drei Lebensaltersgruppen „unter 3 Jahre“, „3 bis unter 6 Jahre“ und „6 bis unter 14 Jahre“.

Die Besuchsquote von Kindern in Tagespflege wird gebildet aus der Anzahl der in Tagespflege betreuten Kinder in der entsprechenden Altersgruppe dividiert durch die Anzahl der Kinder in der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung (31.12. des Vorjahres) multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Der Migrationshintergrund wird mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde **(mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft).** Hierbei ist die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern nicht maßgeblich.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/EinrichtungenTeil3_3.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Kindertagesbetreuung regional 2014 – Ein Vergleich aller 402 Landkreise in Deutschland, Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, LSKN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Heft 11/2009, 3/2011, 8/2011, 2/2012, 05/2013

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2010 473-33-4, ab 2011 473-43-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.1 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Betreuungsquoten von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Definition: Indem sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen als auch solche in Kindertagespflege in der Statistik erfasst werden, ermöglicht dies einen umfassenden Überblick über die Zahl der Kinder, die Tagesbetreuung in Anspruch nehmen. Die zentrale Kennziffer dafür ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt.

Unterschieden werden bei den betreuten Kindern die drei Lebensaltersgruppen „unter 3 Jahre“, „3 bis unter 6 Jahre“ und „6 bis unter 14 Jahre“.

Die Betreuungsquote wird gebildet aus der Anzahl der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder sowie der Anzahl der in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreuten Kinder, die nicht zusätzlich eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen, in der entsprechenden Altersgruppe dividiert durch die Anzahl der Kinder in der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung (31.12. des Vorjahres) multipliziert mit 100.

Methodische Hinweise: Der Migrationshintergrund wird mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde **(mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft).** Hierbei ist die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern nicht maßgeblich.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen (nach Art der Kindertagesbetreuung) und Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege (nach Art der Kindertagesbetreuung)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/EinrichtungenTeil3_1.pdf?
sowie unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/EinrichtungenTeil3_3.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Kindertagesbetreuung regional 2014 – Ein Vergleich aller 402 Landkreise in Deutschland, Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, LSKN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Heft 11/2009, 3/2011, 8/2011, 2/2012, 05/2013

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2010 473-33-4, ab 2011 473-43-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.1 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Bildungsstufen (nach ISCED in der Fassung von 1997)

Definition: Bildung wurde nach ISCED (siehe methodische Hinweise) in sieben Ausbildungsstufen untergliedert:

- *Stufe 0*, Vorprimarstufe: Kindergarten
- *Stufe 1*, Primarstufe: Grundschule
- *Stufe 2*, Sekundarstufe I: Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 bis 10), Berufsaufbauschule und Berufsvorbereitungsjahr
- *Stufe 3*, Sekundarstufe II: Gymnasium (Klassen 11 bis 13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- *Stufe 4*, Postsekundäre, nicht tertiäre Stufe: Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule
- *Stufe 5*, Tertiärer Bereich, Phase 1: Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- *Stufe 6*, Tertiärer Bereich, Phase 2: Promotion, Habilitation

Das Qualifikationsniveau bzw. die Bildungsstände sind aus den Ausbildungsstufen in drei Gruppen wie folgt zusammengefasst:

- Niedriger Bildungsstand: ISCED-Stufen 0, 1 und 2
- Mittlerer Bildungsstand: ISCED-Stufen 3 und 4
- Hoher Bildungsstand: ISCED-Stufen 5 und 6

Methodische Hinweise: Die Indikatoren Qualifikationsniveau und Bildungsstand basieren auf den Bildungsstufen nach ISCED (International Standard Classification of Education), der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (in der Fassung von 1997). Die Bildungsstufen nach ISCED gelten als Standards der UNESCO für internationale Vergleiche der länderspezifischen Bildungssysteme. Sie werden auch von der OECD genutzt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Länder

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder – Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2014, Tabellenband

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.5 und 7.2 (in HSBN 2014 Kapitel 2.2 und 5.2)

Bildungsstufen (nach ISCED in der Fassung von 2011)

Definition: Bildung wurde nach ISCED (siehe methodische Hinweise) in acht Ausbildungsstufen untergliedert:

- *Stufe 0*, Elementarbereich: Krippe, Kindergarten
- *Stufe 1*, Primarbereich: Grundschule
- *Stufe 2*, Sekundarbereich I: Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 bis 10), Berufsaufbauschule und Berufsvorbereitungsjahr
- *Stufe 3*, Sekundarbereich II: Gymnasium (Klassen 11 bis 13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- *Stufe 4*, Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich: Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule
- *Stufe 5*, Kurzes tertiäres Bildungsprogramm: Meisterausbildung
- *Stufe 6*, Bachelor- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm: Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- Stufe 7, Master- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm: Fachhochschule, Universität, Schulen des Gesundheitswesens, Verwaltungsfachhochschule, Berufsakademie
- Stufe 8, Promotion: Universität, Fachhochschule

Das Qualifikationsniveau bzw. die Bildungsstände sind aus den Ausbildungsstufen in drei Gruppen wie folgt zusammengefasst:

- Niedriger Bildungsstand: ISCED-Stufen 0, 1 und 2
- Mittlerer Bildungsstand: ISCED-Stufen 3 und 4
- Hoher Bildungsstand: ISCED-Stufen 5 bis 8

Methodische Hinweise: Die Indikatoren Qualifikationsniveau und Bildungsstand basieren auf den Bildungsstufen nach ISCED (International Standard Classification of Education), der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (in der Fassung von 2011). Die Bildungsstufen nach ISCED gelten als Standards der UNESCO für internationale Vergleiche der länderspezifischen Bildungssysteme. Sie werden auch von der OECD genutzt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Länder

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder – Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2016, Tabellenband

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.5 und 7.2

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen

Definition: Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Methodische Hinweise: Das BIP und seine nominale Veränderungsrate sind Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung einer Region. Für Regionalvergleiche ist ein Bezug auf die Einwohnerzahl (BIP pro Kopf) üblich. In Gebieten, die starke Pendlerverflechtungen aufweisen, ist der Indikator problematisch, weil das BIP am Entstehungsort erhoben wird, die Bevölkerung jedoch an ihrem Wohnort erfasst wird. Da Niedersachsen zwei Stadtstaaten als Nachbarn hat, ist schon auf Ebene des Landes mit Verzerrungen zu rechnen.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Qualitätsbericht: abrufbar unter http://www.vgrdl.de

Wichtige Veröffentlichungen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2012. Im Internet abrufbar unter http://www.vgrdl.de

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 4.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.1)

Bruttostundenverdienst nach Beschäftigungsform, Gebiet und Geschlecht (Verdienststrukturerhebung)

Definition: Der Bruttoverdienst umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß der Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen), steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags oder Nachtarbeit, steuerfreier Beiträge des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer im Rahmen der Entgeltumwandlung (z.B. an Pensionskassen oder –fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG) und steuerfreier Essenszuschüsse. Der Bruttoverdienst wird als durchschnittlicher Bruttomonats- oder Bruttostundenverdienst dargestellt.

Um Verzerrungen durch „Ausreißer" zu vermeiden, wurde das arithmetische Mittel gebildet.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Länder

Quelle (Statistik/Statistiken): Verdienststrukturerhebung

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/VerdiensteArbeitskosten/VerdienststrukturerhebungVSE_2010.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 16 Reihe 2.1

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Bruttostundenverdienst (vierteljährliche Verdiensterhebung)

Definition: Der Bruttoverdienst umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß der Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen), steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit, steuerfreier Beiträge des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer/-innen im Rahmen der Entgeltumwandlung (z.B. an Pensionskassen oder –fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG) und steuerfreier Essenszuschüsse. Der Bruttoverdienst wird als durchschnittlicher Bruttomonats- oder Bruttostundenverdienst dargestellt.

Für Analysezwecke werden Leistungsgruppen gebildet, die eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach der Qualifikation darstellen. Sie sind wie folgt definiert:

Leistungsgruppe 1 – Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu zählen z. B. angestellte Geschäftsführer/-innen, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmer/-innen, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen und Arbeitnehmer/-innen mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. I.d.R. werden Fachkenntnisse durch ein Hochschulstudium erworben.

Leistungsgruppe 2 – Herausgehobene Fachkräfte mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die i. d. R. nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbstständig ausgeführt. Dazu gehören auch Arbeitnehmer/-innen, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiter(n)/-innen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z.B. Vorarbeiter/-innen, Meister/-innen).

Leistungsgruppe 3 – Fachkräfte mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung i.d.R. eine abgeschlossene Berufsausbildung, z.T. verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

Leistungsgruppe 4 – Angelernte Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten werden in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren erworben.

Leistungsgruppe 5 – Ungelernte Arbeitnehmer mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): vierteljährliche Verdiensterhebung

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/VerdiensteArbeitskosten/VierteljaehrlicheVerdiensterhebung.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 16 Reihe 2.1, LSN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Tabellenteil (vierteljährlich)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Definition: Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Qualitätsbericht: abrufbar unter http://www.vgrdl.de

Wichtige Veröffentlichungen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2012. Im Internet abrufbar unter http://www.vgrdl.de

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 4.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.1)

Ehescheidungen / Ehelösungen

Definition: Scheidungen durch gerichtliche Entscheidung

Methodische Hinweise: Es werden alle gerichtlichen Ehelösungen von Deutschen und Ausländern durch deutsche Gerichte erfasst. Nicht gezählt werden Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind. Ehescheidungen werden auf Landkreisebene nach dem Gerichtsstand der Ehesache zugeordnet. Aufgrund der geringen Fallzahlen bietet es sich an, diese je 10 000 Einwohner auszudrücken.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Ehescheidungen

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Scheidungsstatistik.pdf?

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, LSN Statistischer Bericht – Ehescheidungen 2013 und 2014

LSN-Online-Tabelle: K1400101

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 2.4 und 11.2 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Einbürgerungsquote

Definition: Quotient aus der Anzahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte sowie Landeshauptstadt Hannover

Quelle (Statistik/Statistiken): Einbürgerungsstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Einbuergerungsstatistik.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 2.1

LSN-Online-Tabelle: Z1060011

Tabelle in der GENESIS-Online Datenbank Deutschland: 12511-0005

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Einkommensarmut (relative)

Definition: Als relativ einkommensarm gelten nach Definition der Europäischen Union Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Methodische Hinweise: Als Durchschnittseinkommen wird in der HSBN der jeweilige regionale Durchschnitt (= Regionalkonzept) herangezogen, weil nur dieser Durchschnitt dem der Berechnung wissenschaftlich zugrunde liegenden Teilhabekonzept entspricht. Alternativ kann man auch den jeweiligen nationalen Durchschnitt (Nationalkonzept) zugrunde legen, was allerdings dazu führt, dass man in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut überschätzt und sie in prosperierenden Räumen systematisch unterschätzt.

Armutsgefährdungsquoten gemessen am jeweiligen regionalen Median: Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen. Diese werden anhand des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen regionalen Einheit errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Regionen Rechnung getragen.

Armutsgefährdungsquoten gemessen am Landesmedian beziehungsweise am regionalen Median: Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen. Diese werden anhand des mittleren Einkommens (Median) des jeweiligen Bundeslandes beziehungsweise der jeweiligen Region errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern bzw. Regionen Rechnung getragen.

Armutsgefährdungsquoten gemessen am Bundesmedian: Grundlage der Berechnungen ist die Armutsgefährdungsschwelle des Bundes. Diese wird anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet errechnet. Den Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde. Allerdings werden bei dieser Betrachtung Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern nicht beachtet.

Tiefste verfügbare Regionalebene: „Regionale Untergruppen" des Mikrozensus, die in etwa der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte entsprechen. Sind einzelne Landkreise und kreisfreie Städte zu klein, werden diese dabei mit Nachbarn zusammengefasst.

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2014.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 3, LSKN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Heft 12/2008, 12/2009, 6/2010, 9/2010, 12/2010, 10/2011, 10/2012, 9/2013

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 7.1, 7.2 und 7.3 (in HSBN 2014 Kapitel 2.1, 2.2 und 2.3)

Einkommensreichtum (relativer)

Definition: Als relativ einkommensreich gelten hier Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Methodische Hinweise: Als Durchschnittseinkommen wird in der HSBN der jeweilige regionale Durchschnitt (= Regionalkonzept) herangezogen, weil nur dieser Durchschnitt dem der Berechnung wissenschaftlich zugrunde liegenden Teilhabekonzept entspricht. Alternativ kann man auch den jeweiligen nationalen Durchschnitt (Nationalkonzept) zugrunde legen, was allerdings dazu führt, dass man in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut überschätzt und sie in prosperierenden Räumen systematisch unterschätzt.

Einkommensreichtumsquote gemessen am Landesmedian beziehungsweise am regionalen Median: Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Einkommensreichtumsschwellen. Diese werden anhand des mittleren Einkommens (Median) des jeweiligen Bundeslandes beziehungsweise der jeweiligen Region errechnet. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern beziehungsweise Regionen Rechnung getragen.

Einkommensreichtumsquote gemessen am Bundesmedian: Grundlage der Berechnungen ist die Einkommensreichtumsschwelle des Bundes. Diese wird anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet errechnet. Den Einkommensreichtumsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Einkommensschwelle zugrunde. Allerdings werden bei dieser Betrachtung Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern nicht beachtet.

Tiefste verfügbare Regionalebene: „Regionale Untergruppen" des Mikrozensus, die in etwa der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte entsprechen. Sind einzelne Landkreise und kreisfreie Städte zu klein werden diese dabei mit Nachbarn zusammengefasst.

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2014.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 3, LSKN – Statistische Monatshefte Niedersachsen Heft 12/2008, 12/2009, 6/2010, 9/2010, 12/2010, 10/2011, 10/2012, 9/2013

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 7.1 (in HSBN 2014 Kapitel 2.1, 2.2 und 2.3)

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner

Definition: Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Methodische Hinweise: Im Unterschied zum BIP pro Kopf ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner als Einkommensmaß problemlos interpretierbar.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Qualitätsbericht: abrufbar unter http://www.vgrdl.de

Wichtige Veröffentlichungen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2012. Im Internet unter: http://www.vgrdl.de

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Gesamtbetrag der Einkünfte pro Steuerpflichtigen

Definition: Beim Gesamtbetrag der Einkünfte handelt es sich um die Summe der Einkünfte – also Einnahmen abzgl. Ausgaben bzw. Werbungskosten – aus den sieben Einkunftsarten. Bezogen wird die Summe des Gesamtbetrages der Einkünfte auf die Zahl der Steuerzahler im betrachteten Gebiet. Dabei zählen zusammen veranlagte Ehepaare als ein Steuerpflichtiger.

Methodische Hinweise: Alle drei Jahre (zum Beispiel 2001, 2004, 2007, 2010) wird eine ausführliche Lohn- und Einkommensteuerstatistik über die Statistischen Landesämter durchgeführt. Hierfür werden neben den Einkommensteuerveranlagungen auch die Lohnsteuerkarten bzw. elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen statistisch ausgewertet. Im Gegensatz zur jährlichen Statistik lassen sich aus den Angaben der dreijährlichen Statistik auch regional tief gegliederte Ergebnisse und zuverlässige Ergebnisse für Freiberufler erstellen. Der Zeitvergleich ist aufgrund steuerrechtlicher Änderungen zum Teil problematisch.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/FinanzenSteuern/Lohnundeinkommensteuer.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 14 Reihe 7.1

LSN-Online-Tabelle: A9170001

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 368-01-4, 368-41-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr an allen Steuerpflichtigen

Definition: siehe Gesamtbetrag der Einkünfte.

Der Anteil ergibt sich aus einer Division der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr und der Gesamtheit der Steuerpflichtigen. Zwecks besserer Darstellung wurde durch Multiplikation mit 100 der Anteil in Prozent ausgewiesen. Letztlich werden so „Reiche“ abgebildet.

Methodische Hinweise: Der Zeitvergleich ist aufgrund steuerrechtlicher Änderungen zum Teil problematisch.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Verwaltungseinheiten (Einheits- und Samtgemeinden)

Quelle (Statistik/Statistiken): Lohn- und Einkommenssteuerstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/FinanzenSteuern/Lohnundeinkommensteuer.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 14 Reihe 7.1

LSN-Online-Tabelle: A9170100

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2004 368-31-4 und für 2007 368-41-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Anteil der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr an allen Einkünften

Definition: Der Anteil ergibt sich aus einer Division des Gesamtbetrags der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr und dem Gesamtbetrag der Einkünfte aller Steuerpflichtigen. Zwecks besserer Darstellung wurde durch Multiplikation mit 100 der Anteil in Prozent ausgewiesen. Letztlich wird so dargestellt wie viele Einkünfte „Reiche“ auf sich vereinen.

Methodische Hinweise: Der Zeitvergleich ist aufgrund steuerrechtlicher Änderungen zum Teil problematisch.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Verwaltungseinheiten (Einheits- und Samtgemeinden)

Quelle (Statistik/Statistiken): Lohn- und Einkommenssteuerstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/FinanzenSteuern/Lohnundeinkommensteuer.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 14 Reihe 7.1

LSN-Online-Tabelle: A9170100

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: bis 2004 368-31-4 und für 2007 368-41-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Einwohner (Bevölkerungsfortschreibung)

Definition: Menschen, die in einem definierten Gebiet wohnen. Einwohner werden der Gemeinde zugerechnet, in der sie ihre alleinige Wohnung oder – bei mehreren Wohnungen in verschiedenen Gemeinden – Hauptwohnung („Erstwohnsitz") haben.

Methodische Hinweise: Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes wird, ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten Volkszählung, aufgrund der Meldungen der Standesämter zu Geburten und Sterbefällen sowie der von den Einwohnermeldeämtern gemeldeten Angaben über Zu- und Fortzüge durchgeführt. Bei den Bevölkerungsdaten ab 31. Dezember 1987 in den alten Bundesländern handelt es sich um Fortschreibungszahlen, die auf Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 basieren, in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost beruhen sie auf der durch einen Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters vom 3. Oktober 1990 festgestellten Einwohnerzahl.

Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschließlich Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in Deutschland ein registergestützter **Zensus 2011** durchgeführt. Es haben sich Konsequenzen für andere Teile der amtlichen Statistik bzw. für die Interpretation ihrer Ergebnisse ergeben. Im Jahr 2011 wurde die Bevölkerungsfortschreibung, das statistische Verfahren zur Ermittlung aktueller amtlicher Einwohnerzahlen, auf eine neue Basis gestellt: Grundlage sind nun die Ergebnisse des Zensus 2011 und nicht länger die der Volkszählung von 1987. Dadurch kommt es zu einem Zeitreihenbruch zwischen den Jahren 2010 und 2011, weshalb mittel- bzw. langfristige Vergleiche auf Basis von Beziehungszahlen zur Bevölkerung eingeschränkt aussagekräftig sind.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinde

Quelle (Statistik/Statistiken): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Bevoelkerungsfortschreibung.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.3

LSN-Online-Tabelle: statistische Erhebung 100 (Bevölkerungsfortschreibung)

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 173-01-4, 173-41-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Erwerbstätige Bezieher von Leistungen der BA für Arbeit (Geringverdiener)

Definition: Erwerbstätige Bezieher von Leistungen der BA für Arbeit mit Einkommen aus selbständiger oder abhängiger Beschäftigung. Hilfebedürftig ist nach § 9 SGB II, wer seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen aus eigenen Kräften nicht oder nicht ausreichend sichern kann. Zuerst müssen die eigenen Mittel eingesetzt werden, bevor finanzielle Hilfen aus der Grundsicherung geleistet werden. Zu den eigenen Mitteln gehören Einkommen und Vermögen.

Methodische Hinweise: Das SGB II selbst enthält keine Definition der Arbeitslosigkeit, da diese keine Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen nach dem SGB II ist. Die landläufige Bezeichnung von erwerbstätigen SGB II-Leistungsbezieher als „Aufstocker" ist nicht korrekt. Als „Aufstocker" werden von der BA für Arbeit Parallelbezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II bezeichnet.

2014 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine weitreichende Datenrevision rückwirkend bis 1999 vorgenommen. Die in der HSBN veröffentlichten Zahlen können daher abweichen. Methodenbericht abrufbar unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Revision-2014.pdf

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik und Grundsicherungsstatistik (SGB II)

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Geburtenhäufigkeit

Definition: Geborene eines Jahres je 1 000 Einwohner am 31.12. desselben Jahres.

Methodische Hinweise: Die Geborenen werden dem Wohnort der Mutter zugeordnet. Bis zum 30. Juni 1998 wurde nach ehelich und nichtehelich Geborenen unterschieden.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Verwaltungseinheiten (Einheits- und Samtgemeinden)

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, Statistisches Bundesamt – Geburten in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: K1101011 und K1101031

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 178-31-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen von 15 bis unter 50)

Definition: Zahl der Kinder, die eine Frau in ihrem Leben im Alter von 15 bis unter 50 im Durchschnitt bekommen würde, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird berechnet, indem die altersspezifischen Geburtenziffern des Beobachtungsjahres für die Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren addiert werden.

Teilweise wird die zusammengefasste Geburtenziffer auch je 1 000 Frauen angegeben.

Methodische Hinweise: Die zusammengefasste Geburtenziffer eines Kalenderjahres bezieht sich auf alle Frauen, die im betrachteten Jahr im Alter von 15 bis unter 50 Jahren waren (alternative Berechnungen setzen den Zeitraum mit 15 bis unter 45 Jahre an). Bei der Berechnung wird unterstellt, dass diese Frauen einen hypothetischen Jahrgang bilden. Das Geburtenverhalten wird dabei anhand der altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen in den einzelnen Altersjahren von 15 bis 49 Jahren gemessen. Die altersspezifische Geburtenziffer gibt die Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder im Verhältnis zur Zahl aller Frauen dieses Alters an. Diese altersspezifischen Geburtenziffern werden zur zusammengefassten Geburtenziffer addiert.

Welcher Wert der zusammengefassten Geburtenziffer für die Bestandserhaltung einer Bevölkerung erforderlich ist, hängt von der Sexualproportion der Lebendgeborenen und den Sterblichkeitsverhältnissen ab.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, Statistisches Bundesamt – Geburten in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: Z1101036

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Haushalte mit Konsumentenkrediten

Definition: Unter einem privaten Haushalt wird hier eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen verstanden, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Sie müssen über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen und vollständig oder überwiegend im Rahmen einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Es genügt nicht, wenn sich das Versorgen nur auf das Wohnen bezieht. Als Haushalt gilt auch eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet.

Bei den Konsumentenkrediten handelt es sich um an private Personen bzw. private Haushalte zur Beschaffung von langlebigen Gebrauchs- oder von Konsumgütern gewährte Kredite. Die jeweilige Konsumentenkreditschuld umfasst den gesamten Rückzahlungsbetrag einschließlich aller Zinsen bis zur vollständigen Kredittilgung.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (fünfjährig)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS08.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 15 Heft 2 (2003, 2008 und 2013) und Heft 7 (2003 und 2008)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Private Haushalte mit Wohneigentum

Definition: Unter einem privaten Haushalt wird hier eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen verstanden, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Sie müssen über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen und vollständig oder überwiegend im Rahmen einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Es genügt nicht, wenn sich das Versorgen nur auf das Wohnen bezieht. Als Haushalt gilt auch eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (fünfjährig)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS08.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 15 Sonderheft 1 (2003, 2008 und 2013)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Anteil junger Menschen mit Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Definition: Menschen im Alter von unter 21 Jahren, die Hilfe zur Erziehung erhalten, dividiert durch die Einwohner im Alter von unter 21 Jahren.

Methodische Hinweise: Die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gliedern sich in

- Unterbringung in einer Tagesgruppe (Teilstationäre Hilfe zur Erziehung (meist zwischen Schulschluss und Abend), bei der die Kinder und Jugendlichen weiter bei Ihren Eltern wohnen, ihre Schule besuchen und die Wochenenden bei der Familie verbringen),
- Vollzeitpflege in einer anderen Familie (Zeitweise oder dauerhafte Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen in einer Pflegefamilie oder in einer Erziehungsstelle (Angebot der freien Träger der Jugendhilfe)),
- Heimerziehung (Vollstationäre Hilfe zur Erziehung mit unterschiedlichen Trägern und Konzepten) und
- intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung.

Hilfe zur Erziehung wird in der Regel aber nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt. In Verbindung mit dem § 41 SGB VIII wird die Ausgestaltung der Hilfe in begründeten Einzelfällen allerdings teilweise auf junge Volljährige erweitert. In dem Fall können die Hilfeempfänger gemäß den Begriffsbestimmungen des § 7 SGB VIII maximal 26 Jahre alt sein. Üblich ist es, in Auswertungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfestatistik Bezüge zur Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren herzustellen. Aufgrund der geringen Fallzahlen bietet es sich an, diese je 1 000 Einwohner auszudrücken.

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik hat im Jahr 2007 eine Umstellung erfahren. Die Datenqualität für 2007 als erstem Berichtsjahr nach Umstellung ist zum Teil noch eingeschränkt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Kinder- und Jugendhilfestatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/ErzieherischeHilfeTeil1.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Statistisches Bundesamt – 16 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz in Deutschland 1991 bis 2006

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.5, in HSBN 2015 Kapitel 11.6)

Kinder- und Jugendhilfe: Anteile verschiedener Schutzmaßnahmen und Unterstützungsleistungen

Definition:
1. Kinder und Jugendliche unter gesetzlicher Amtsvormundschaft: Vom Jugendamt ausgeübte Vormundschaft. Elterliche Sorge wird von einem Vormund ausgeübt, wenn Kinder oder Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge stehen (wenn die Mutter minderjährig und unverheiratet ist, die Kinder und Jugendlichen Waisen sind oder sie zur Adoption freigegeben wurden). Umfasst die gesamte elterliche Sorge (Personensorge und Vermögenssorge).

2. Kinder und Jugendliche unter bestellter Amtsvormundschaft: Tritt insbesondere durch den Entzug der elterlichen Sorge ein. Umfasst die gesamte elterliche Sorge (Personensorge und Vermögenssorge).

3. Kinder und Jugendliche unter bestellter Amtspflegschaft: Eine bestellte Amtspflegschaft ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft, die der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht bedarf. Pflegschaften dienen der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen. Im Gegensatz zur Vormundschaft geht es bei der Pflegschaft nur um die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge und nicht um die elterliche Sorge insgesamt.

4. Kinder und Jugendliche mit Beistandschaften (Unterstützungsleistung!): Ein allein erziehender, sorgeberechtigter Elternteil wird auf dessen Antrag vom Jugendamt unterstützt. Der Beistand ist der Interessenvertreter des Kindes, nicht des antragstellenden Elternteils. Antragsziel ist im Wesentlichen die Feststellung der Vaterschaft und/oder Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Ist nicht mit Erziehungsbeistandschaft identisch.

5. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde: Eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII ist Ausdruck der staatlichen Fürsorge gegenüber den Kindern, die außerhalb des Elternhauses in einer Familie betreut werden. Die Aufsicht über die Pflegekinder ist eine Aufgabe des jeweils zuständigen örtlichen Jugendamts. Kinder, für die eine Pflegeerlaubnis gemäß § 44 SGB VIII erteilt wurde, erhalten ausdrücklich keine Vollzeitpflege im Rahmen von Hilfe zur Erziehung (§ 33 SGB VIII) oder Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII) aufgrund einer Vermittlung durch das Jugendamt. Hierunter fallen beispielsweise Kinder, die nach dem Tod ihrer Eltern von einem Paten aufgezogen werden.

6. Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug des Sorgerechts: gerichtlichen Beschlüsse gemäß § 1666 BGB, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen durch missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten gefährdet ist.

7. Vorläufige Schutzmaßnahmen: Vorläufige Schutzmaßnahmen umfassen die Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen sowie die Herausnahme eines jungen Menschen, z.B. aus einer Einrichtung, bei Gefahr im Verzug. Bei der Inobhutnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kindern und Jugendlichen vorläufigen Schutz zu bieten, wenn sie darum bitten oder wenn eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Die Herausnahme erfolgt bei Gefährdung des körperlichen, geistigen oder

seelischen Wohls von Kindern oder Jugendlichen und besteht in der Entfernung aus einer Pflegestelle oder einer Einrichtung, in der sich das Kind oder der Jugendliche mit Erlaubnis des Personensorgeberechtigten aufhält.

Berechnung: Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von der jeweiligen Schutzmaßnahme oder der Unterstützungsleistung betroffen sind, dividiert durch die Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 18 Jahren multipliziert mit 10 000.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/Pflegeerlaubnis.pdf (für die unter den Definitionen genannten Punkte 1 – 6)
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/Vorlschutzmassnahmen.pdf (für den unter den Definitionen genannten Punkt 7)

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen (diverse Jahre)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.5, in HSBN 2015 Kapitel 11.6)

Kinderarmutsquote / Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach SGB II unter 15 Jahre

Definition: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II sind Mitglieder einer so genannten Bedarfgemeinschaft (vulgo Hartz-IV-Empfänger), die aus mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten besteht. Die Altersgrenze von 15 Jahren beschränkt die betrachteten nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf Kinder. Diese werden als von Armut betroffene Kinder eingestuft. Die Kinderarmutsquote ergibt sich durch den Bezug der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II unter 15 Jahre auf die gleichaltrige Bevölkerung des betrachteten Gebietes.

Methodische Hinweise: Zu beachten ist auch der von der Bundesagentur für Arbeit eingeführte Kinderzuschlag. Der Bezug dieses Zuschlags soll Hilfebedürftigkeit vermeiden. Daher sind Bedarfsgemeinschaften mit Bezug des Kinderzuschlages vom Leistungsbezug nach SGB II ausgeschlossen, d.h. sie werden von der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht erfasst. Ebenfalls aus der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende fallen die Kinder, in denen die Hilfebedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft durch Kinderzuschlag und/oder Wohngeldbezug komplett beendet wird.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Gemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Grundsicherungsstatistik (SGB II)

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 8.2 (in HSBN 2014 Kapitel 2.4)

Kinderzuschlag (KiZ)

Definition: Eltern haben Anspruch auf einen Kinderzuschlag (KiZ) für jedes im Haushalt lebende ledige Kind unter 25 Jahren, für das Kindergeld bezogen wird, wenn sie in der Lage sind mit ihrem Einkommen den eigenen Bedarf zu decken. Durch die Zahlung des Kinderzuschlages muss der Bedarf der Familie gedeckt werden. Die monatlichen Einnahmen dürfen bei Paaren 900 € und bei Alleinerziehenden 600 € nicht unterschreiten. Sind andere Einkommen und / oder Vermögen vorhanden, dürfen diese eine Höchstgrenze nicht übersteigen. Gleichzeitig muss die Hilfebedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft durch den Kinderzuschlag beendet werden, sodass sie kein Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (mehr) erhält.

Methodische Hinweise: Bei den Kinderzuschlagszahlen handelt es sich immer um eine Stichtagszahl zum Ende des jeweiligen Zahlmonats. Angaben zur Anzahl der Kinder liegen nur in denjenigen Fällen vor, in denen Kinderzuschlag laufend gezahlt wird. Daneben gibt es Fälle, in denen Kinderzuschlag nur nachträglich für einen bestimmten Zeitraum gezahlt wird. Hierzu sind keine detaillierten Angaben vorhanden. Seit Dezember 2010 sind auch Angaben über die Altersstruktur der KiZ-Kinder möglich.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Bundesländer

Quelle (Statistik/Statistiken): Monatliche Bestandstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Direktion Familienkasse

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: (in HSBN 2014 Kapitel 2.4)

Lebendgeborene junger Mütter

Definition: Lebendgeborene von Müttern im Alter von unter 20 Jahren

Methodische Hinweise: Es handelt sich bei dem Beobachtungsgegenstand der Statistik nicht um Mütter, sondern um die Geborenen. Zu diesen wird jedoch das Alter der Mutter erfasst, so dass Rückschlüsse auf die Zahl von Gebärenden einer bestimmten Altersklasse möglich sind. Allerdings sind bei dieser Betrachtungsweise geringe Verzerrungen durch Mehrlingsgeburten nicht auszuschließen. Bekommt eine Frau im Alter von unter 20 Jahren Zwillinge, werden zwei Lebendgeborene mit einer Mutter im Alter von unter 20 Jahren erfasst. In der Auswertung unter dem Aspekt der jungen Mütter kann dann nur von zwei Müttern ausgegangen werden.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte sowie große Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, Statistisches Bundesamt – Geburten in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: K1101041

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 178-31-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.4)

Anteil der Lebendgeborenen junger Mütter an allen Lebendgeborenen

Definition: Lebendgeborene von Müttern im Alter von unter 20 Jahren dividiert durch alle Lebendgeborenen innerhalb derselben regionalen Abgrenzung

Methodische Hinweise: Es handelt sich bei dem Beobachtungsgegenstand der Statistik nicht um Mütter, sondern um die Geborenen. Zu diesen wird jedoch das Alter der Mutter erfasst, so dass Rückschlüsse auf die Zahl von Gebärenden einer bestimmten Altersklasse möglich sind. Allerdings sind bei dieser Betrachtungsweise geringe Verzerrungen durch Mehrlingsgeburten nicht auszuschließen. Bekommt eine Frau im Alter von unter 20 Jahren Zwillinge, werden zwei Lebendgeborene mit einer Mutter im Alter von unter 20 Jahren erfasst. In der Auswertung unter dem Aspekt der jungen Mütter kann dann nur von zwei Müttern ausgegangen werden.

Der Indikator drückt aus wie viele Neugeborene einer Region von sehr jungen Müttern geboren worden sind und von diesen betreut werden.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte sowie große Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, Statistisches Bundesamt – Geburten in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: K1101041

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 178-31-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.4)

Anteil junger Mütter

Definition: Lebendgeborene von Müttern im Alter von unter 20 Jahren dividiert durch alle Frauen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren

Methodische Hinweise: Es handelt sich bei dem Beobachtungsgegenstand der Statistik nicht um Mütter, sondern um die Geborenen. Zu diesen wird jedoch das Alter der Mutter erfasst, so dass Rückschlüsse auf die Zahl von Gebärenden einer bestimmten Altersklasse möglich sind. Allerdings sind bei dieser Betrachtungsweise geringe Verzerrungen durch Mehrlingsgeburten nicht auszuschließen. Bekommt eine Frau im Alter von unter 20 Jahren Zwillinge, werden zwei Lebendgeborene mit einer Mutter im Alter von unter 20 Jahren erfasst. In der Auswertung unter dem Aspekt der jungen Mütter kann dann nur von zwei Müttern ausgegangen werden.

Die untere Grenze wurde bei 15 Jahren gezogen, weil die Ausweitung der Bezugsgröße in der Bevölkerung in keinem rechten Verhältnis zur sehr geringen Zahl von Geburten durch Mädchen und Frauen im Alter von unter 15 Jahren steht.

Der Indikator gibt einen Hinweis auf das Ausmaß, in dem Lebensumstände junger Frauen durch die frühe Geburt eines Kindes beeinflusst werden.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte sowie große Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, Statistisches Bundesamt – Geburten in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: K1101041

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 178-31-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.4)

Menschen mit Migrationshintergrund (Mikrozensus)

Definition: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Das heißt, zur Bestimmung des Migrationshintergrundes:

- wird nur die Zuwanderung auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik ab 1950 berücksichtigt.
- werden auch die Nachkommen der Zuwanderer berücksichtigt, die bereits in der Bundesrepublik geboren sind. Mit den Informationen des Mikrozensus lassen sich bei der Altersstruktur der Migranten in aller Regel auch Personen identifizieren, deren Großeltern zugewandert sind, weil die Vertreter der 3. Generation gegenwärtig mehrheitlich noch so jung sind, dass sie mit ihren Eltern im Haushalt leben, aus deren Angaben sich die Zuwanderung der Großeltern ergibt.
- wird darauf verzichtet, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund vollständig nach der Generationenfolge gegliedert nachzuweisen. Stattdessen wird lediglich zwischen Zuwanderern (1. Generation) und in Deutschland Geborenen (2. Generation und höher) unterschieden. Dies geschieht, weil von den insgesamt 5,1 Mio. in Deutschland Geborenen mehr als 10% nicht eindeutig entweder der 2. oder der 3. Generation zugeordnet werden können.
- wird für alle Ausländer und für alle Eingebürgerten ein Migrationshintergrund unterstellt.

Methodische Hinweise: In der amtlichen Statistik wurde ein umfassendes Konzept zur Erfassung des Migrationshintergrundes erstmals mit dem Mikrozensus 2005 eingeführt. Dazu wurde zusätzlich eine Reihe von Fragen zur Migration aufgenommen, aus denen der Migrationshintergrund abgeleitet wird. Allerdings steht diese umfassende Definition des Migrationshintergrundes nur für die Indikatoren aus dem Mikrozensus zur Verfügung. Die komplette Übertragung der aus dem Mikrozensus abgeleiteten Definition auf andere Statistiken ist aufgrund der Komplexität der Definition nicht möglich.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise, kreisfreie Städte und die Großstädte Hannover und Göttingen

Quelle (Statistik/Statistiken): Mikrozensus

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/MigrationshintergrundMikrozensus2007.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt 2015 – Fachserie 1 Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014 –

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.1 und 7.2 (in HSBN 2014 Kapitel 2.2 und 4.1.4)

Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik

Definition: In der bundesweiten Kinder- und Jugendhilfestatistik wird der Migrationshintergrund mit der Frage erfasst, ob mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren wurde. Ergänzend wird zu jedem Kind erhoben, ob es zu Hause überwiegend Deutsch spricht (Familiensprache).

Methodische Hinweise: Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern ist nicht maßgeblich. So hat ein Kind, dessen Vater als deutschstämmiger Spätaussiedler aus Russland zugewandert ist, einen Migrationshintergrund. Ein Kind, dessen Vater die italienische Staatsangehörigkeit hat, der aber in Deutschland geboren wurde, hat gemäß Kinder- und Jugendhilfestatistik keinen Migrationshintergrund.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Kinder- und Jugendhilfestatistik: „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen", jährliche Totalerhebung zum Stichtag 1. März

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/EinrichtungenTeil3_1.pdf?

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2014; Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Kindertagesbetreuung regional 2014, ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.1 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Migrationshintergrund in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Definition: Ein Migrationshintergrund liegt dann vor, wenn: 1. die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder 2. der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder 3. der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Methodische Hinweise: Für die Zwecke der Arbeitsmarktstatistik wird der Migrationshintergrund nach obiger Definition zukünftig erfasst.

Tiefste verfügbare Regionalebene: -

Quelle (Statistik/Statistiken): Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: Es liegt die Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung – MighEV) vom 29. September 2010 (BGBl. I S. 1372) vor, ergänzt durch den Methodenbericht Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III Grundlagen der Erhebung.

Wichtige Veröffentlichungen: –

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.3)

Mindestsicherungsquote / Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen

Definition: Die Mindestsicherungsquote ist ein zusammengefasster Indikator, der den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung darstellt. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen folgende Hilfen: Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Methodische Hinweise: Die Daten lassen sich nach Geschlecht und Nationalität sowie Altergruppen fachlich differenzieren. Limitierend wirkt hinsichtlich der Regionalisierbarkeit hier nur die statistische Geheimhaltung. Die Daten der Kriegsopferfürsorge sind unterhalb der Landesebene nicht regionalisierbar.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Einheits- und Samtgemeinden

Quelle (Statistik/Statistiken): Asylbewerberleistungsstatistik, Sozialhilfestatistik, Bundesagentur für Arbeit Grundsicherungsstatistik (SGB II)

Qualitätsberichte: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII.pdf und beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/Lebensunterhaltohne.pdf sowie unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Soziales/Regelleistungenasylbewerber.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Soziale Mindestsicherung in Deutschland (Ausgaben 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010 im Internet abrufbar unter http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de), Statistisches Bundesamt – Fachserie 13 Reihe 2, LSN – Fachbeiträge aus den Statistischen Monatsheften im Internet abrufbar unter http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25686&article_id=87681&_psmand=40; Munz-König, Eva (2013). Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. Sozialer Fortschritt: Vol. 62, No. 5, S. 123-131 im Internet abrufbar unter http://ejournals.duncker-humblot.de/doi/abs/10.3790/sfo.62.5.123

LSN-Online-Tabelle: K2550111, M2551011, M2551021, Z2550111 und weitere

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 661-31-4, 662-31-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 8.1 (in HSBN 2014 Kapitel 2.4)

Nettogeldvermögen der privaten Haushalte

Definition: Unter einem privaten Haushalt wird hier eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen verstanden, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Sie müssen über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen und vollständig oder überwiegend im Rahmen einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Es genügt nicht, wenn sich das Versorgen nur auf das Wohnen bezieht. Als Haushalt gilt auch eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet.

Das Nettogeldvermögen bezeichnet die Differenz zwischen Einkommen und Schulden (= Saldo von Forderungen und Verbindlichkeiten).

Methodische Hinweise: Ob die an der EVS teilnehmenden Haushalte immer ihr gesamtes Nettogeldvermögen vollständig angeben, ist nicht nachprüfbar. Andere Statistiken weisen andere Werte aus. Es kann somit von einer erheblichen Untererfassung des Nettogeldvermögens ausgegangen werden.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (fünfjährig)

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS08.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 15 Heft 2 (2003, 2008 und 2013) und Heft 7 (2003 und 2008)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 6.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2)

Minderjährige Opfer von Straftaten in Niedersachsen

Definition: Als Opfer werden nur diejenigen natürlichen Personen erfasst, gegen die sich der Täterangriff unmittelbar gerichtet hat. Maßgeblich ist die Verletzung oder Bedrohung höchstpersönlicher Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Freiheit, sexuelle Selbstbestimmung). Minderjährig sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik Personen unter 18 Jahre.

Methodische Hinweise: Opferdaten werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik nur bei folgenden Delikten erfasst: Straftaten gegen das Leben (Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen, fahrlässige Tötung); Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (z.B. Sexualdelikte unter Gewaltanwendung oder Ausnutzen eines Abhängigkeitsverhältnisses, sexueller Missbrauch von Kindern, exhibitionistische Handlungen, Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger oder der Prostitution, Menschenhandel); Raub/räuberische Erpressung, Körperverletzungsdelikte (z.B. Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, gefährliche und schwere Körperverletzung/ Vergiftung, Misshandlung von Schutzbefohlenen), Straftaten gegen die persönliche Freiheit (z.B. erpresserischer Menschenraub, Freiheitsberaubung, Geiselnahme); Körperverletzung im Amt, leichtfertige Verursachung des Todes eines anderen durch Abgabe von Betäubungsmittelgesetz (§ 30 Abs. 1 Nr. 3 BtMG); Brandstiftung mit Todesfolge; Einschleusen mit Todesfolge.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land (Daten für Zuständigkeitsbereiche der Polizeiinspektionen nur zu ausgewählten Teilbereichen auf Anfrage verfügbar)

Quelle (Statistik/Statistiken): Landeskriminalamt Niedersachsen Polizeiliche Kriminalstatistik

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Landeskriminalamt Niedersachsen – Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen (diverse Jahre)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 9.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.2)

Scheidungskinder / von einer Scheidung betroffene Kinder

Definition: Anzahl der von einer Scheidung betroffenen noch lebenden minderjährigen Kinder zum Zeitpunkt der Ehescheidung.

Methodische Hinweise: Es werden alle gerichtlichen Ehelösungen von Deutschen und Ausländern durch deutsche Gerichte erfasst. Nicht gezählt werden Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind. Ehescheidungen werden auf Landkreisebene nach dem Gerichtsstand der Ehesache zugeordnet.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land

Quelle (Statistik/Statistiken): Ehescheidungen

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1, LSN Statistischer Bericht – Ehescheidungen 2013 und 2014

LSN-Online-Tabelle: K1400201

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.2 (in HSBN 2014 Kapitel 6.1)

Schulabbrecherquote / Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss

Definition: Prozentualer Anteil der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Berechnung: Zahl der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss dividiert durch den Durchschnittsjahrgang der Bevölkerung im Alter von 14 bis unter 16 Jahren multipliziert mit 100. Stichtag für die Bevölkerungsdaten ist dabei der 31.12. des Jahres vor dem der Abgang erfolgt (d.h. der 31.12.2012 für das Schuljahr 2012/2013).

Methodische Hinweise: Die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss ist keinesfalls zu verwechseln mit der Zahl der Abgänger ohne Abschluss. Zu den Abgängern ohne Hauptschulabschluss werden auch die erfolgreichen Absolventen von Förderschulen gerechnet. Die Zahl der Abgänger ohne Abschluss fällt geringer aus, weil sie nur solche Schüler enthält, die gar keinen Abschluss (auch nicht den der Förderschule o.ä.) erlangen. Unter dem Aspekt problematischer Lebenslagen ist die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss zu bevorzugen, weil die berufliche Perspektive von Absolventen der Förderschule in der Regel nicht besser ist als die der Abgänger ohne Abschluss.

Zu den Abgängern ohne Hauptschulabschluss zählen Abgänger aus Haupt-/Volksschulen, Förderschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschulen ohne Hauptschulabschluss, sowie Abgänger aus Klassen- / Jahrgangsstufe 7 und 8 (bei Ländern mit 10-Jähriger Vollzeitschulpflicht auch Klassen der Jahrgangsstufe 9) der Realschulen, Gymnasien, Freien Waldorfschulen und dreiund vierstufigen Wirtschaftsschulen, nach Ableistung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Statistik der allgemeinbildenden Schulen und Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter **https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/BildungForschungKultur/Schulen/AllgembBeruflSchulen.pdf**

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 11 Reihe 1

LSN-Online-Tabelle: K3002519, K3002520

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 192-71-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 3.3 (in HSBN 2014 Kapitel 5.2)

Schuldnerquote (Creditreform)

Definition: Überschuldung liegt nach Creditreform dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen.

Die Schuldnerquote wird angegeben als Personen mit so genannten Negativmerkmalen je 100 Einwohner im Alter von 18 Jahren oder mehr.

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Haftanordnungen zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und Privatpersoneninsolvenz), unstrittigen Inkassofällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen.

Methodische Hinweise: Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Diese Daten basieren auf negativen Zahlungserfahrungen der Poolteilnehmer der CEG – Creditreform Consumer GmbH, einem Tochterunternehmen von Creditreform.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Creditreform

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Creditreform – Schuldneratlas (diverse Jahre)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 9.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.1)

Säuglingssterblichkeit

Definition: Gestorbene Säuglinge im Alter von 0 bis unter 1 Jahr je 1 000 Lebendgeborene. Die Gestorbenen werden dabei auf die aus dem gleichen Geburtsmonat bzw. bei jährlichen Angaben auf die aus dem gleichen Geburtsjahr stammenden Lebendgeborenen bezogen.

Als Lebendgeborene gelten Kinder, bei denen nach der Geburt die Atmung eingesetzt hat oder ein anderes Lebenszeichen wie Herzschlag, Pulsieren der Nabelschnur oder deutliche Bewegungen der willkürlichen Muskulatur beobachtet werden. Kinder mit einem Gewicht über 500g, bei denen diese Anzeichen nicht vorhanden sind, gelten als Totgeburt. Totgeborene mit einem Geburtsgewicht unter 500g werden als Fehlgeburt bezeichnet.

Methodische Hinweise: Um Zufallsschwankungen der Ergebnisse zu minimieren, empfiehlt sich die Bildung mehrjähriger Durchschnitte. Die regionale Zuordnung erfolgt zum Wohnort der Mutter (siehe Geburtenhäufigkeit). Neben der Säuglingssterblichkeit gibt es für die nähere Untersuchung ausgewählter Gruppen weitere geschlechts- und altersspezifische Sterbeziffern. Dazu gehören z. B. die Neugeborenensterblichkeit (Gestorbene unter 24 Stunden Lebensdauer je 1 000 Lebendgeborene), die Frühsterblichkeit (Gestorbene unter 7 Lebenstagen je 1 000 Lebendgeborene) und die neonatale Sterblichkeit (Gestorbene unter 28 Lebenstagen je 1 000 Lebendgeborene).

Tiefste verfügbare Regionalebene: Verwaltungseinheiten (Einheits- und Samtgemeinden)

Quelle (Statistik/Statistiken): Natürliche Bevölkerungsbewegung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.1

LSN-Online-Tabelle: K1101011, K1102041

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 178-31-4, 179-41-4

Vorkommen im Statistikteil: (in HSBN 2014 Kapitel 4.2, in HSBN 2015 Kapitel 11.3)

Minderjährige Tatverdächtige von Straftaten in Niedersachsen

Definition: Tatverdächtiger ist jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-) Tat begangen zu haben. Dazu zählen auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen (Definitionen siehe §§ 25 ff. Strafgesetzbuch). Schuldausschließungsgründe bleiben unberücksichtigt. Die Polizeiliche Kriminalstatistik zählt als Tatverdächtige z. B. auch schuldunfähige Kinder (§ 19 StGB) und Personen, die wegen seelischer Störungen schuldunfähig sind (§ 20 StGB). Minderjährig sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik Personen unter 18 Jahre.

Methodische Hinweise: In Niedersachsen hat es im Jahr 2008 eine Umstellung der Zählweise gegeben. Die Tatverdächtigenzahlen 2008 sind daher nur eingeschränkt mit denen der Vorjahre vergleichbar. Dies gilt insbesondere in den einzelnen Deliktsbereichen und ist stets bei der Betrachtung des dargestellten Zahlenmaterials zu berücksichtigen.

Jeder Tatverdächtige wird zu jeder von ihm begangenen Deliktsart – unabhängig von der Anzahl der Fälle – einmal gezählt. Die Anzahl der aufgeklärten Fälle muss demnach nicht mit der der Tatverdächtigen übereinstimmen. In der Straftatenuntergliederung wird der Tatverdächtige, selbst wenn er in einer Untergruppierung mehrfach gezählt wurde, in der nächst höheren Gruppe nur einmal gezählt. Die Summe der Tatverdächtigen aus den Untergruppen stimmt folglich nicht mit der Anzahl der Tatverdächtigen der jeweils nächst höheren Gruppe überein.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Land (Daten für Zuständigkeitsbereiche der Polizeiinspektionen nur zu ausgewählten Teilbereichen auf Anfrage verfügbar)

Quelle (Statistik/Statistiken): Landeskriminalamt Niedersachsen Polizeiliche Kriminalstatistik

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: Landeskriminalamt Niedersachsen – Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen (diverse Jahre)

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.2, in HSBN 2015 Kapitel 9.2)

Erwerbsform Teilzeitbeschäftigung

Definition: Die Definitionen von Teilzeitbeschäftigung der in der HSBN verwendeten verschiedenen Datenquellen sind nicht einheitlich.

Bundesagentur für Arbeit (BA): Ein Beschäftigter gilt dann als Teilzeitbeschäftigter, wenn seine Arbeitszeit geringer ist als tariflich bzw. betrieblich üblich, was zum Beispiel schon dann der Fall ist, wenn die Arbeitszeit auf 90 Prozent der tariflich oder betrieblich üblichen Arbeitszeit reduziert wird. In der Arbeitslosenstatistik werden andere Beschäftigungsformen, die nicht dem typischen Vollzeitarbeitsverhältnis entsprechen, bspw. Heim- oder Telearbeit, der Beschäftigungsform „Teilzeit“ zugeordnet.

Mikrozensus: Die Ergebnisse zur Teilzeit beruhen zunächst auf einer Selbsteinstufung der Befragten. In Verbindung mit der Angabe zu den normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden wird diese Angabe dahingehend korrigiert, dass Personen mit 1 bis einschl. 31 Wochenarbeitsstunden als teilzeitbeschäftigt in den Veröffentlichungen ausgewiesen werden.

Verdienststrukturerhebung: Als Teilzeitbeschäftigte gelten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, deren vertragliche Arbeitszeit unter der betriebsüblichen liegt. Zur atypischen Beschäftigung zählt Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenarbeitsstunden.

Das **Statistische Bundesamt** definiert Teilzeitbeschäftigte als Erwerbsform der atypischen Erwerbstätigkeit folgendermaßen: abhängig Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren, mit einer normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit von weniger als 21 Stunden in der Haupttätigkeit, die nicht in Bildung oder Ausbildung sind. Personen in Altersteilzeit werden nicht berücksichtigt, da es sich um eine staatlich geförderte Maßnahme handelt und hier nicht von einer typischen Teilzeitbeschäftigung auszugehen ist.

Methodische Hinweise: -

Tiefste verfügbare Regionalebene: -

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Beschäftigtenstatistik, Mikrozensus, Verdienststrukturerhebung

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 4.3, 4.6 und 6.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.2, 4.1.3 und 6.1)

Überschuldung

Definition: Bei Natürlichen Personen liegt Überschuldung vor, wenn es der betroffenen Person nicht möglich ist, ihre Schulden innerhalb eines überschaubaren Zeitraums unter Einsatz vorhandenen Vermögens und freien Einkommens zu bezahlen, ohne dabei die eigene Grundsicherung zu gefährden. Die Folgen für die Betroffenen hängen u.a. von den Ursachen der Überschuldung ab. Hilf- und Perspektivlosigkeit kann nicht nur Ängste auslösen, sondern auch handlungsunfähig machen.

Mit der Überschuldungsstatistik kann die Datenlage zur Situation von Personen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden oder sogar von absoluter Überschuldung betroffen sind, erheblich verbessert werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, Lösungsvorschläge zu entwickeln, wie Überschuldungssituationen zu verhindern sind oder wie sich Wege aus einer schwierigen finanziellen Situation finden lassen.

Die Überschuldungsstatistik basiert auf dem am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Überschuldungsstatistikgesetz.

Methodische Hinweise: In Niedersachsen nahmen im Jahr 2014 insgesamt 91 von 240 Schuldnerberatungsstellen an der Überschuldungsstatistik teil. Die Teilnahme an dieser Erhebung ist für die Schuldnerberatungsstellen und die beratenen Personen freiwillig. Eine anonymisierte Datenweitergabe setzt das Einverständnis der beratenen Personen voraus. Mit Hilfe der gemeldeten Daten erfolgte im Jahr 2014 erstmals eine Hochrechnung auf die Grundgesamtheit aller niedersächsischen Schuldnerberatungsstellen. Da einerseits viele Personen die Dienste von Schuldnerberatungsstellen nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie überschuldet sind, und andererseits nicht alle Beratungsfälle zwangsläufig überschuldet sein müssen, kann die Statistik keinen Beitrag zur Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte leisten. Außerdem gibt es neben den in der Überschuldungsstatistik erfassten Schuldnerberatungsstellen auch andere Einrichtungen oder Dienstleister, die Beratungen durchführen sowie Bescheinigungen für das Scheitern außergerichtlicher Einigungsversuche ausstellen und danach das Insolvenzverfahren begleiten können. Hierzu zählen beispielsweise Sozialämter sowie Rechtsanwälte oder Steuer- und Wirtschaftsberater.

Tiefste verfügbare Regionalebene: -

Quelle (Statistik/Statistiken): Überschuldungsstatistik

Qualitätsbericht: -

Wichtige Veröffentlichungen: LSN – Statistische Berichte Niedersachsen, O III – j / 2014 Überschuldung 2014 im Internet abrufbar unter http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25695&article_id=87590&_psmand=40

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 9.1

Umland der drei Großstädte Hannover, Göttingen, Hildesheim

Zur regionalen Differenzierung der Informationen werden die Daten des Berichts nicht nur nach Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Wo es fachlich möglich ist, wird zudem das Umland der drei Großstädte Hannover, Göttingen und Hildesheim herausgestellt. Diese drei Städte sind Teil eines Landkreises bzw. einer Region (Region Hannover, Landkreis Göttingen, Landkreis Hildesheim) und damit nicht kreisfrei. Die Unterschiede zwischen der Stadt und dem jeweiligen, häufig ländlich geprägten, Umland können mit dieser Aufbereitung der Ergebnisse anhand der Statistiken besser betrachtet werden. Insbesondere für den Themenbereich der Armut kann eine gesonderte Analyse von Kernstadt und angrenzenden Umlandgemeinden den Blick schärfen.

Unterbeschäftigung

Definition: In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde. Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung wird zweierlei geleistet: (1) Es wird ein möglichst umfassendes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. (2) Realwirtschaftliche (insbesondere konjunkturell) bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt können besser erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert.

Methodische Hinweise:
Unterbeschäftigung im engeren Sinne (i. e. S.):
Zahl der Arbeitslosen i. w. S. plus Zahl der Personen, die an bestimmten entlastend wirkenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig sind und deshalb die Kriterien des § 16 Abs. 1 SGB III (Beschäftigungslosigkeit, Verfügbarkeit und Arbeitssuche) nicht erfüllen. Personen in der Unterbeschäftigung im engeren Sinne haben ihr Beschäftigungsproblem (noch) nicht gelöst; ohne diese Maßnahmen wären sie arbeitslos.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarktstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar bei der Bundesagentur für Arbeit unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Qualitaetsberichte/Generische-Publikationen/Qualitaetsbericht-Statistik-Arbeitslose-Arbeitsuchende.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: -

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 5.2 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1)

Verbraucherinsolvenzen

Definition: Natürliche Personen, für die im Berichtsjahr beim für sie zuständigen Gericht ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet worden ist.

Methodische Hinweise: Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten und zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Dazu werden die Gerichte bemüht, die auf der Grundlage der Insolvenzordnung diese Auseinandersetzung regeln. Auf den Angaben der Gerichte beruht auch die Insolvenzstatistik. Die Einführung des neuen Insolvenzrechts im Jahre 1999 sowie dessen Änderung Ende 2001 beeinträchtigt die statistische Vergleichbarkeit mit früheren Jahren. Dies gilt insbesondere für die Insolvenzen von natürlichen Personen.

In den Ergebnissen sind seit 2013 Insolvenzverfahren von Schuldnern enthalten, die ihren Wohnsitz nicht im Nachweisland haben, aber deren Insolvenzabwicklung im Nachweisland erfolgt.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte

Quelle (Statistik/Statistiken): Insolvenzstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/UnternehmenGewerbeInsolvenzenHandwerk/Insolvenz.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen (Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 21.10.2008), Statistisches Bundesamt – Statistik zur Überschuldung privater Personen 2014, Statistisches Bundesamt – Fachserie 2 Reihe 4.1

LSN-Online-Tabelle: -

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 325-33-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 9.1 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.1)

Wanderungssaldo

Definition: Zuzüge abzüglich der Fortzüge. Ist der Saldo positiv liegen Wanderungsgewinne vor, ist er negativ Wanderungsverluste.

Methodische Hinweise: Üblich ist ein Bezug auf die Einwohnerzahl des Landkreises oder der kreisfreien Stadt, um eine regionale Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Zuzüge und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Regionaleinheit gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Regionaleinheit gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt.

Die Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenzen sind niedriger als die Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen, weil hier nicht die Wanderungen innerhalb eines Landkreises berücksichtigt werden. Als Zuzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand in einem Kreis, in dem er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet. Als Fortzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in dem Kreis, in der er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einem Kreis im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein. Mit berücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunftsgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Tiefste verfügbare Regionalebene: Landkreise und kreisfreie Städte (Wanderungen sind auch auf Ebene der Verwaltungseinheiten verfügbar)

Quelle (Statistik/Statistiken): Wanderungsstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Wanderungsstatistik.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 Reihe 1.2

LSN-Online-Tabelle: K1200222, K1200224, K1200121, K1200221

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: 182-44-4, 182-41-4

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 1.3 (in HSBN 2014 Kapitel 4.1.4)

Kommunaler Zuschussbedarf für Soziales und Jugend

Definition: Zuschussbedarf ist definiert als einer Aufgabe zurechenbare Ausgaben abzüglich zurechenbare Einnahmen.

Methodische Hinweise: Die kommunale Jahresrechnungsstatistik erfasst Ausgaben und Einnahmen der Kommunen nach Produktgruppen (z.B. Soziale Einrichtungen, Volkshochschulen, Brandschutz) und Konten der Einzahlungs- bzw. Auszahlungsarten (z.B. Steuereinnahmen, Personalausgaben, Investitionen, Zinsausgaben).

Um die regionalen Angaben der Kreise untereinander und die der Landkreise mit denen der kreisfreien Städte vergleichen zu können, sind die Daten der Landkreise, einschließlich der Region Hannover, und der kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden in der Tabelle konsolidiert dargestellt, d.h. gegenseitige Zahlungsströme sind bereits abgesetzt. Die Zuordnung der Ausgaben erfolgt nach dem Jahr des sachlichen Entstehungsgrundes einer Ausgabe oder Einnahme.

Tiefste verfügbare Regionalebene: -

Quelle (Statistik/Statistiken): Kommunale Jahresrechnungsstatistik

Qualitätsbericht: abrufbar beim Statistischen Bundesamt unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/FinanzenSteuern/Rechnungsergebnissekommunal.pdf

Wichtige Veröffentlichungen: Statistisches Bundesamt – Fachserie 14 Reihe 3.3, LSKN Statistischer Bericht – Staatliche und kommunale Finanzen Jahresrechnung 2010

LSN-Online-Tabelle: K9500101 bis Berichtsjahr 2011 (Einführung der Doppik noch unvollständig)

Tabelle in der GENESIS-Regionaldatenbank Deutschland: -

Vorkommen im Statistikteil: Kapitel 11.4 (in HSBN 2014 Kapitel 4.3.3, in HSBN 2015 Kapitel 11.7)

C) Zeichen- und Abkürzungserläuterungen

Zeichenerklärung

–	=	Nichts vorhanden
0	=	Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
.	=	Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
x	=	Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich oder Fragestellung trifft nicht zu.
/	=	Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
dav.	=	davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
dar.	=	darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.
und zwar	=	Mit diesem Wort wird die Zergliederung einer Gesamtmasse in Teilmassen angekündigt; diese ergeben in der Addition nicht die Gesamtmasse.

Abkürzungen

BA	=	Bundesagentur für Arbeit
BIP	=	Bruttoinlandsprodukt
BWS	=	Bruttowertschöpfung
LHSt	=	Landeshauptstadt
Lk	=	Landkreis/Landkreise
VGR	=	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

D) Tabellen

Tab. 1.1 Bevölkerungsstruktur 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bevölkerungsdichte am 31.12.2015	Bevölkerung am 31.12.2015[1]	Veränderung 2010/2015[2]	Anteil an der Bevölkerung			Ausländer/-innen[4] insgesamt 31.12.2015	Ausländer/-innenanteil 31.12.2015[1]	Eingebürgerte Personen am Wohnort 2015
				im Alter von unter 15 Jahren[1]	im Alter von 80 Jahren und älter[1]	Menschen mit Migrationshintergrund*)[3]			
	Einw.[1] je qkm	Anzahl	%				Anzahl	%	je 1 000 Ausl.
Braunschweig, Stadt	1 308,0	251 364	+1,0	11,9	5,9	21,9	26 108	10,4	14,5
Salzgitter, Stadt	451,4	101 079	-1,3	13,4	6,6	29,2	13 554	13,4	9,1
Wolfsburg, Stadt	607,8	124 045	+2,1	13,1	6,4	31,1	16 966	13,7	17,1
Gifhorn	111,5	174 205	+0,9	14,4	5,0	20,8	9 857	5,7	14,2
Göttingen	228,8	255 653	-1,0	12,5	5,6	.	21 783	8,5	12,6
dav. Göttingen, Stadt	1 017,3	118 914	-1,8	11,4	5,3	19,5	15 410	13,0	.
dav. Göttingen, Umland	136,7	136 739	-0,3	13,4	5,9	(6,0)	6 373	4,7	.
Goslar	143,2	138 236	-3,3	10,8	7,8	10,7	10 620	7,7	8,2
Helmstedt	135,8	91 500	-1,4	12,1	6,7	15,1	5 221	5,7	8,0
Northeim	106,5	134 896	-3,0	12,2	7,3	11,1	7 164	5,3	8,7
Osterode am Harz	116,2	73 885	-4,5	11,2	8,3	(7,9)	3 926	5,3	11,7
Peine	247,3	132 320	+0,6	14,0	5,9	17,7	9 059	6,8	15,0
Wolfenbüttel	167,4	120 981	-0,9	12,6	6,1	14,9	6 675	5,5	17,4
Stat. Region Braunschweig	**197,3**	**1 598 164**	**-0,7**	**12,6**	**6,3**	.	**130 933**	**8,2**	**12,9**
Region Hannover	499,6	1 144 481	+1,1	13,3	5,8	.	154 696	13,5	12,5
dav. Hannover, LHSt	2 606,8	532 163	+1,8	12,9	5,5	31,7	97 357	18,3	12,3
dav. Hannover, Umland	293,4	612 318	+0,5	13,8	6,0	20,3	57 339	9,4	12,7
Diepholz	107,6	213 976	+0,2	13,3	5,8	14,3	13 826	6,5	8,8
Hameln-Pyrmont	186,2	148 281	-3,8	12,4	7,4	14,1	13 461	9,1	13,8
Hildesheim	229,7	277 055	-2,1	12,6	6,5	17,2	19 567	7,1	12,0
dav. Hildesheim, Stadt	1 102,9	101 667	-1,1	12,4	6,3	.	11 180	11,0	.
dav. Hildesheim, Umland	157,5	175 388	-2,6	12,7	6,7	.	8 387	4,8	.
Holzminden	103,5	71 659	-2,2	11,8	7,5	(8,2)	3 855	5,4	14,3
Nienburg (Weser)	86,2	120 632	-1,3	13,4	6,2	17,1	7 452	6,2	16,6
Schaumburg	231,2	156 206	-2,8	12,4	6,9	14,0	10 716	6,9	16,1
Stat. Region Hannover	**235,7**	**2 132 290**	**-0,3**	**13,1**	**6,2**	.	**223 573**	**10,5**	**12,6**
Celle	115,2	177 971	-0,3	13,8	6,2	18,4	10 974	6,2	18,0
Cuxhaven	96,3	198 103	-1,2	12,9	6,4	9,2	11 863	6,0	10,7
Harburg	199,3	248 122	+0,5	14,0	5,3	13,8	13 092	5,3	15,5
Lüchow-Dannenberg	41,1	50 128	+1,9	12,4	7,1	10,9	2 767	5,5	3,6
Lüneburg	136,5	180 719	+1,9	14,1	5,0	15,1	9 418	5,2	16,8
Osterholz	174,5	113 579	+1,5	13,5	5,4	(10,3)	6 083	5,4	13,8
Rotenburg (Wümme)	78,8	163 253	-0,4	13,9	5,3	11,0	9 727	6,0	9,6
Heidekreis	74,9	140 264	+0,5	13,7	6,0	16,2	9 386	6,7	10,8
Stade	158,0	200 054	+1,5	14,0	5,0	15,7	14 684	7,3	10,0
Uelzen	64,0	93 131	-0,9	12,3	6,9	10,9	4 184	4,5	9,6
Verden	170,9	134 645	+1,0	14,1	5,3	19,3	9 177	6,8	15,6
Stat. Region Lüneburg	**109,7**	**1 699 969**	**+0,5**	**13,7**	**5,7**	.	**101 355**	**6,0**	**12,9**
Delmenhorst, Stadt	1 223,9	76 323	+2,6	13,3	5,4	30,3	10 029	13,1	12,1
Emden, Stadt	451,2	50 694	-1,8	13,3	5,6	15,1	4 576	9,0	14,4
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 590,8	163 830	+1,0	12,7	4,9	14,9	13 579	8,3	18,6
Osnabrück, Stadt	1 355,6	162 403	-1,0	12,3	5,6	25,9	19 421	12,0	14,1
Wilhelmshaven, Stadt	710,8	75 995	-6,6	11,2	7,0	16,8	5 979	7,9	16,7
Ammerland	166,7	121 435	+2,9	14,0	5,5	8,8	6 084	5,0	25,1
Aurich	147,0	189 199	+0,1	13,5	5,4	10,2	9 789	5,2	11,0
Cloppenburg	116,1	164 734	+4,1	16,7	4,5	28,6	14 893	9,0	6,8
Emsland	110,9	319 488	+2,1	14,7	4,7	16,6	30 225	9,5	3,8
Friesland	161,0	97 900	-1,7	12,7	6,2	8,4	3 977	4,1	13,6
Grafschaft Bentheim	138,3	135 662	+0,5	14,9	5,5	22,9	19 829	14,6	8,7
Leer	154,3	167 548	+1,7	14,0	5,2	15,1	10 851	6,5	9,0
Oldenburg	121,0	128 608	+1,0	13,9	5,2	11,8	9 373	7,3	10,6
Osnabrück	168,8	358 079	+0,5	14,7	5,7	20,8	24 667	6,9	7,4
Vechta	169,7	137 866	+1,8	16,1	4,4	21,5	15 697	11,4	10,5
Wesermarsch	108,6	89 239	-1,7	13,0	6,0	13,0	6 429	7,2	12,3
Wittmund	87,1	57 173	-0,2	13,4	6,0	8,4	2 558	4,5	9,8
Stat. Region Weser-Ems	**166,7**	**2 496 176**	**+0,7**	**14,1**	**5,3**	.	**207 956**	**8,3**	**10,4**
Niedersachsen	**166,5**	**7 926 599**	**+0,1**	**13,4**	**5,8**	**17,8**	**663 817**	**8,4**	**12,0**
Baden-Württemberg	304,9	10 879 618	+1,2	13,7	5,5	28,0	1 544 665	14,2	11,4
Bayern	182,0	12 843 514	+2,4	13,3	5,4	21,3	1 577 194	12,3	8,5
Berlin	3 947,6	3 520 031	+1,7	13,5	4,7	27,7	572 801	16,3	11,0
Brandenburg	83,8	2 484 826	-0,7	12,5	6,2	5,9	88 158	3,5	9,7
Bremen	1 601,1	671 489	+1,6	12,9	5,8	29,4	106 693	15,9	16,4
Hamburg	2 366,7	1 787 408	+0,1	13,5	5,1	28,8	275 995	15,4	21,3
Hessen	292,5	6 176 172	+1,8	13,5	5,5	28,4	929 556	15,1	12,7
Mecklenburg-Vorpommern	69,5	1 612 362	-1,8	12,3	6,3	4,9	65 004	4,0	6,9
Nordrhein-Westfalen	523,8	17 865 516	+0,1	13,5	5,8	25,6	2 270 248	12,7	11,7
Rheinland-Pfalz	204,1	4 052 803	+1,2	13,0	5,9	20,9	394 088	9,7	14,6
Saarland	387,6	995 597	-2,2	11,6	6,5	18,4	104 878	10,5	11,7
Sachsen	221,8	4 084 851	-1,6	12,7	7,2	5,4	164 230	4,0	7,5
Sachsen-Anhalt	109,8	2 245 470	-3,8	11,7	6,7	5,0	83 051	3,7	7,3
Schleswig-Holstein	180,9	2 858 714	+0,9	13,1	5,7	13,2	191 327	6,7	15,3
Thüringen	134,0	2 170 714	-2,9	12,2	6,4	4,9	76 188	3,5	7,2
Deutschland	**229,9**	**82 175 684**	**+0,5**	**13,2**	**5,8**	**21,0**	**9 107 893**	**11,1**	**11,8**

1) Bevölkerung am 31.12.2015. 2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt. 3) Quelle: Mikrozensus. *)Aufgrund zu geringer Besetzungszahlen konnte für einige bevölkerungsarme Gebiete nur ein gemeinsamer Wert gebildet werden. 4) Quelle: Ausländerzentralregister.

Tab. 1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Geburtenhäufigkeit	Zusammengefasste Geburtenziffer[2]	Gestorbene - am zuletzt gemeldeten Wohnort -			
			2015			
	2015	2015	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
	je 1 000 Einw.[1]	Kinder pro Frau	Anzahl			je 1 000 Einw.[1]
Braunschweig, Stadt	9,6	1,38	2 838	1 363	1 475	11,3
Salzgitter, Stadt	8,5	1,66	1 390	694	696	13,8
Wolfsburg, Stadt	10,2	1,59	1 480	743	737	11,9
Gifhorn	9,0	1,69	1 719	906	813	9,9
Göttingen	8,3	1,28	2 743	1 328	1 415	10,7
dav. Göttingen, Stadt	9,1	1,19	1 183	579	604	9,9
dav. Göttingen, Umland	7,5	.	1 560	749	811	11,4
Goslar	6,8	1,43	2 070	978	1 092	15,0
Helmstedt	7,8	1,55	1 347	692	655	14,7
Northeim	7,3	1,54	1 869	914	955	13,9
Osterode am Harz	6,8	1,63	1 274	604	670	17,2
Peine	7,9	1,57	1 593	743	850	12,0
Wolfenbüttel	7,1	1,47	1 492	719	773	12,3
Stat. Region Braunschweig	**8,3**	**1,47**	**19 815**	**9 684**	**10 131**	**12,4**
Region Hannover	9,2	1,45	12 781	6 145	6 636	11,2
dav. Hannover, LHSt	10,4	1,38	5 621	2 683	2 938	10,6
dav. Hannover, Umland	8,2	.	7 160	3 462	3 698	11,7
Diepholz	7,7	1,53	2 528	1 300	1 228	11,8
Hameln-Pyrmont	7,5	1,52	2 148	1 003	1 145	14,5
Hildesheim	7,9	1,48	3 608	1 722	1 886	13,0
dav. Hildesheim, Stadt	9,1	1,45	1 264	599	665	12,4
dav. Hildesheim, Umland	7,2	.	2 344	1 123	1 221	13,4
Holzminden	6,9	1,48	1 021	511	510	14,2
Nienburg (Weser)	8,0	1,62	1 583	803	780	13,1
Schaumburg	7,3	1,51	2 281	1 099	1 182	14,6
Stat. Region Hannover	**8,5**	**1,48**	**25 950**	**12 583**	**13 367**	**12,2**
Celle	8,5	1,62	2 177	1 069	1 108	12,2
Cuxhaven	7,4	1,57	2 619	1 285	1 334	13,2
Harburg	8,7	1,72	2 579	1 284	1 295	10,4
Lüchow-Dannenberg	6,5	1,53	724	342	382	14,4
Lüneburg	8,5	1,43	1 890	926	964	10,5
Osterholz	7,6	1,60	1 259	622	637	11,1
Rotenburg (Wümme)	8,1	1,55	1 783	918	865	10,9
Heidekreis	8,2	1,64	1 656	838	818	11,8
Stade	8,8	1,64	2 107	1 044	1 063	10,5
Uelzen	6,9	1,47	1 375	675	700	14,8
Verden	9,1	1,75	1 472	680	792	10,9
Stat. Region Lüneburg	**8,2**	**1,60**	**19 641**	**9 683**	**9 958**	**11,6**
Delmenhorst, Stadt	9,4	1,67	847	427	420	11,1
Emden, Stadt	8,7	1,40	633	304	329	12,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	9,2	1,28	1 661	761	900	10,1
Osnabrück, Stadt	9,2	1,28	1 616	749	867	10,0
Wilhelmshaven, Stadt	7,8	1,42	1 105	517	588	14,5
Ammerland	8,3	1,63	1 329	650	679	10,9
Aurich	8,1	1,60	2 397	1 220	1 177	12,7
Cloppenburg	10,6	1,80	1 505	770	735	9,1
Emsland	9,0	1,61	3 260	1 636	1 624	10,2
Friesland	7,8	1,70	1 235	579	656	12,6
Grafschaft Bentheim	9,0	1,67	1 412	674	738	10,4
Leer	8,3	1,57	1 947	959	988	11,6
Oldenburg	7,6	1,54	1 394	690	704	10,8
Osnabrück	8,7	1,65	3 739	1 824	1 915	10,4
Vechta	9,9	1,60	1 130	537	593	8,2
Wesermarsch	7,0	1,45	1 144	557	587	12,8
Wittmund	8,1	1,65	700	342	358	12,2
Stat. Region Weser-Ems	**8,7**	**1,55**	**27 054**	**13 196**	**13 858**	**10,8**
Niedersachsen	**8,5**	**1,52**	**92 460**	**45 146**	**47 314**	**11,7**
Baden-Württemberg	9,2	1,51	108 066	51 691	56 375	9,9
Bayern	9,2	1,49	133 536	64 228	69 308	10,4
Berlin	10,8	1,46	34 278	16 917	17 361	9,7
Brandenburg	7,7	1,54	30 750	15 516	15 234	12,4
Bremen	9,7	1,51	7 811	3 839	3 972	11,6
Hamburg	11,1	1,45	17 565	8 321	9 244	9,8
Hessen	9,2	1,50	66 534	32 407	34 127	10,8
Mecklenburg-Vorpommern	8,2	1,55	20 315	10 418	9 897	12,6
Nordrhein-Westfalen	9,0	1,52	204 352	98 881	105 471	11,4
Rheinland-Pfalz	8,6	1,51	46 777	22 572	24 205	11,5
Saarland	7,5	1,38	13 427	6 505	6 922	13,5
Sachsen	8,9	1,59	54 467	26 283	28 184	13,3
Sachsen-Anhalt	7,8	1,54	32 369	16 024	16 345	14,4
Schleswig-Holstein	8,2	1,52	33 663	16 587	17 076	11,8
Thüringen	8,3	1,56	28 830	14 177	14 653	13,3
Deutschland	**9,0**	**1,50**	**925 200**	**449 512**	**475 688**	**11,3**

1) Bevölkerung am 31.12.2015. 2) Frauen im Alter von 15 bis u. 50 Jahren.

Tab. 1.3 Wanderungen 2015 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt) Statistische Region Land	Wanderungssaldo 2015				
	Wanderungssaldo Gemeindegrenze	davon			
		über die Kreisgrenzen innerhalb Niedersachsens	über die Landesgrenzen	davon	
				innerhalb des Bundesgebietes	über die Grenzen des Bundesgebietes
	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner[1]				
Braunschweig, Stadt	+12,7	-67,4	+80,1	+3,0	+77,1
Salzgitter, Stadt	+25,9	+8,2	+17,7	+4,2	+13,5
Wolfsburg, Stadt	+9,7	-3,3	+13,0	+1,7	+11,3
Gifhorn	+10,3	+4,9	+5,4	+0,5	+4,9
Göttingen	+23,6	-50,0	+73,6	-22,8	+96,4
dar. Göttingen, Stadt	+11,1	+3,1	+5,6	-1,9	+7,6
Goslar	+15,2	+3,5	+11,7	-0,2	+11,9
Helmstedt	+13,2	+9,9	+3,3	-0,1	+3,4
Northeim	+13,9	+6,8	+7,1	-0,3	+7,4
Osterode am Harz	+11,6	+7,0	+4,6	-0,1	+4,6
Peine	+16,9	+11,8	+5,1	-0,4	+5,5
Wolfenbüttel	+13,0	+8,1	+4,9	-1,1	+6,0
Stat. Region Braunschweig	**+15,4**	**-14,5**	**+29,9**	**-2,9**	**+32,8**
Region Hannover	+15,7	+7,0	+8,7	+0,9	+7,8
dar. Hannover, LHSt	+15,2	+8,5	+10,9	+1,6	+9,2
Diepholz	+17,5	+5,5	+12,0	+3,0	+9,1
Hameln-Pyrmont	+9,9	+6,4	+3,5	-0,1	+3,6
Hildesheim	+14,0	+6,6	+7,4	-0,6	+8,0
dar. Hildesheim, Stadt	+19,7	+3,8	+15,8	+1,0	+14,8
Holzminden	+10,3	+6,6	+3,7	-0,9	+4,6
Nienburg (Weser)	+13,3	+5,6	+7,7	+0,7	+7,0
Schaumburg	+9,5	+6,1	+3,4	+0,7	+2,7
Stat. Region Hannover	**+14,5**	**+6,6**	**+7,9**	**+0,8**	**+7,1**
Celle	+13,8	+5,3	+8,5	-0,1	+8,6
Cuxhaven	+12,4	+7,9	+4,5	+2,2	+2,2
Harburg	+13,3	+5,7	+7,6	+4,6	+2,9
Lüchow-Dannenberg	+35,7	+4,1	+31,6	+3,2	+28,4
Lüneburg	+16,3	+7,8	+8,5	+1,4	+7,2
Osterholz	+21,7	+11,9	+9,8	+6,7	+3,1
Rotenburg (Wümme)	+11,3	+7,0	+4,3	+0,1	+4,2
Heidekreis	+32,3	+3,7	+28,6	+0,7	+27,9
Stade	+14,5	+7,6	+7,0	+2,7	+4,3
Uelzen	+14,2	+7,9	+6,2	+0,9	+5,3
Verden	+12,4	+5,2	+7,2	+4,2	+2,9
Stat. Region Lüneburg	**+16,3**	**+6,8**	**+9,5**	**+2,4**	**+7,1**
Delmenhorst, Stadt	+20,7	+5,2	+15,5	+2,6	+12,9
Emden, Stadt	+16,8	+6,5	+10,3	+0,2	+10,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	+18,5	+10,5	+8,1	+1,1	+7,0
Osnabrück, Stadt	+34,4	+12,9	+21,4	+6,5	+14,9
Wilhelmshaven, Stadt	+12,6	+5,5	+7,1	+0,4	+6,7
Ammerland	+15,0	+10,3	+4,7	+1,1	+3,6
Aurich	+10,9	+3,5	+7,3	+2,9	+4,4
Cloppenburg	+12,8	+5,8	+7,1	-0,6	+7,6
Emsland	+12,8	+6,0	+6,8	+0,3	+6,5
Friesland	+14,6	+10,4	+4,2	+3,4	+0,8
Grafschaft Bentheim	+11,1	+5,1	+6,0	-0,9	+6,9
Leer	+13,6	+7,3	+6,4	+1,7	+4,6
Oldenburg	+17,2	+6,3	+11,0	+1,0	+10,0
Osnabrück	+20,5	-47,9	+68,4	-0,6	+68,9
Vechta	+10,3	+3,3	+7,0	-1,9	+8,9
Wesermarsch	+11,1	+7,1	+4,1	+1,2	+2,9
Wittmund	+15,1	+2,4	+12,7	+4,0	+8,6
Stat. Region Weser-Ems	**+16,1**	**-1,0**	**+17,0**	**+1,1**	**+16,0**
Niedersachsen	**+15,6**	**0,0**	**+15,6**	**+0,5**	**+15,1**

1) Bevölkerung am 31.12.2015.

Quelle: Wanderungsstatistik.

Tab. 1.4 Vorausberechnung der Bevölkerung 2060 in Niedersachsen - Lebendgeborene, Gestorbene und Wanderungssaldo - nach Altersgruppen und Geschlecht

Jahr Berechnungsvariante Geschlecht Ingesamt	Lebendgeborene					Gestorbene					Saldo der Geburten und Sterbefälle	Wanderungssaldo				
	Insg.	darunter von Müttern im Alter von ... bis unter ... Jahren				Insg.	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Insg.	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		20-25	25-30	30-35	35 und mehr		0-20	20-60	60-75	75 und mehr			0-20	20-40	40-65	65 und mehr
	1 000															
2014 (1. vorausberechnetes Jahr)																
Mann	32,1	3,9	8,8	10,9	7,7	43,2	0,3	5,4	11,4	26,2	-11,1	24,0	5,1	12,3	6,3	0,3
Frau	30,4	3,7	8,4	10,4	7,4	45,0	0,2	2,9	6,4	35,4	-14,6	16,8	4,3	7,4	4,4	0,7
Insgesamt	**62,5**	**7,7**	**17,2**	**21,3**	**15,1**	**88,2**	**0,5**	**8,3**	**17,8**	**61,6**	**-25,7**	**40,8**	**9,4**	**19,7**	**10,7**	**1,0**
2060 Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung[1]																
Mann	23,7	1,8	5,1	8,5	8,0	47,8	0,0	1,5	5,9	40,4	-24,1	4,6	1,5	3,6	0,0	-0,5
Frau	22,5	1,7	4,8	8,0	7,6	50,9	0,0	0,7	2,9	47,1	-28,4	3,8	1,4	2,6	0,1	-0,3
Insgesamt	**46,2**	**3,6**	**10,0**	**16,5**	**15,6**	**98,7**	**0,1**	**2,2**	**8,8**	**87,5**	**-52,5**	**8,3**	**2,8**	**6,2**	**0,1**	**-0,8**
2060 Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung[2]																
Mann	26,0	2,0	5,6	9,3	8,8	49,0	0,0	1,6	6,3	41,1	-23,1	9,1	2,4	6,0	1,0	-0,4
Frau	24,6	1,9	5,3	8,9	8,3	51,6	0,0	0,8	3,1	47,6	-26,9	7,6	2,2	4,7	0,9	-0,2
Insgesamt	**50,6**	**3,9**	**10,9**	**18,2**	**17,1**	**100,6**	**0,1**	**2,5**	**9,4**	**88,7**	**-50,0**	**16,7**	**4,6**	**10,7**	**2,0**	**-0,6**

Quelle: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis 31.12.2013.

1) Entspricht folgenden Annahmen für Deutschland: Geburtenrate 1,4 Kinder je Frau, Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen 84,8/Mädchen 88,8 Jahre, langfristiger Außenwanderungssaldo 100 000 (G1-L1-W1).
2) Entspricht folgenden Annahmen für Deutschland: Geburtenrate 1,4 Kinder je Frau, Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen 84,8/Mädchen 88,8 Jahre, langfristiger Außenwanderungssaldo 200 000 (G1-L1-W2).
Die Binnenwanderungsraten bleiben zwischen 2014 und 2025 konstant und sinken anschließend allmählich auf 0. Ab 2040 wurde somit nur die Außenwanderung berücksichtigt.
Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tab. 2.1 Bevölkerung in Privathaushalten und Privathaushalte 2005 bis 2014[1] in Niedersachsen

Bevölkerung Privathaushalte	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	1 000									
Bevölkerung in Privathaushalten										
Insgesamt	**7 990,5**	**7 966,9**	**7 966,1**	**7 955,8**	**7 917,8**	**7 906,1**	**7 750,3**	**7 758,8**	**7 770,1**	**7 783,8**
nach Haushaltsgröße										
in Einpersonenhaushalten	1 411,4	1 490,3	1 466,8	1 514,9	1 506,6	1 568,9	1 510,1	1 516,7	1 548,7	1 540,1
in Mehrpersonenhaushalten	6 579,1	6 476,6	6 499,3	6 440,9	6 411,2	6 337,2	6 240,1	6 242,1	6 221,4	6 243,7
mit 2 Personen	2 572,7	2 527,5	2 608,4	2 637,5	2 650,8	2 615,8	2 575,1	2 600,2	2 634,3	2 649,9
mit 3 Personen	1 439,2	1 445,4	1 432,0	1 412,8	1 383,5	1 385,5	1 380,6	1 385,6	1 385,5	1 402,5
mit 4 Personen	1 716,7	1 625,5	1 624,2	1 555,8	1 553,9	1 554,5	1 506,3	1 479,6	1 442,7	1 428,5
mit 5 und mehr Personen	850,4	878,1	834,6	834,8	823,0	781,4	778,1	776,6	758,9	762,9
Privathaushalte										
Insgesamt	**3 762,7**	**3 803,7**	**3 809,1**	**3 847,6**	**3 833,4**	**3 870,6**	**3 777,2**	**3 790,5**	**3 827,9**	**3 828,9**
nach Haushaltsgröße										
in Einpersonenhaushalten	1 411,4	1 490,2	1 466,8	1 514,9	1 506,6	1 568,9	1 510,1	1 516,7	1 548,7	1 540,1
in Mehrpersonenhaushalten	2 351,3	2 313,5	2 342,3	2 332,8	2 326,7	2 301,7	2 267,0	2 273,9	2 279,2	2 288,8
mit 2 Personen	1 286,4	1 263,8	1 304,2	1 318,8	1 325,4	1 307,9	1 287,5	1 300,1	1 317,1	1 324,9
mit 3 Personen	479,7	481,8	477,3	470,9	461,2	461,8	460,2	461,9	461,8	467,5
mit 4 Personen	429,2	406,4	406,1	388,9	388,5	388,6	376,6	369,9	360,7	357,1
mit 5 und mehr Personen	156,0	161,6	154,7	154,1	151,7	143,3	142,7	142,0	139,5	139,3
Durchschnittl. Haushaltsgröße	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1	2,0	2,0

1) Hochrechnung ab 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011, davor anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis VZ 1987.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 2.2 Familien 2014 in Niedersachsen nach Familientyp, Alter sowie Zahl der ledigen Kinder

Familienform Alter der ledigen Kinder (von ... bis unter ... Jahren)	insgesamt	davon mit ... ledigen Kind(ern)			Familienmitglieder	
		1	2	3 und mehr	insgesamt	je Familie
	1 000					Anzahl
Insgesamt	**1 088,7**	**552,4**	**397,4**	**138,9**	**3 753,3**	**3,45**
unter 3	179,4	80,6	65,0	33,8	669,9	3,73
3 - 6	177,7	47,7	87,0	43,0	701,5	3,95
6 - 10	233,7	51,9	114,8	66,9	943,8	4,04
10 - 15	310,4	73,7	151,4	85,3	1 233,5	3,97
15 - 18	232,3	63,6	108,4	60,3	906,7	3,90
unter 18	783,2	317,5	334,0	131,6	2 847,6	3,64
18 - 27	328,1	154,5	120,2	53,4	1 164,1	3,55
27 und älter	100,9	80,4	16,1	4,4	291,1	2,89
18 und älter	416,9	234,9	128,5	53,5	1 403,2	3,37
dav. Ehepaare	**771,2**	**342,3**	**314,0**	**115,0**	**2 899,2**	**3,76**
unter 3	133,0	52,8	53,3	27,0	520,4	3,91
3 - 6	136,2	29,3	71,2	35,8	569,9	4,18
6 - 10	179,2	32,1	91,6	55,6	766,9	4,28
10 - 15	232,5	43,4	119,1	70,0	989,4	4,26
15 - 18	170,3	36,4	84,4	49,5	720,9	4,23
unter 18	567,4	194,0	264,7	108,6	2 224,9	3,92
18 - 27	242,0	102,7	95,0	44,4	932,2	3,85
27 und älter	61,0	45,6	11,6	3,8	203,4	3,33
18 und älter	293,0	148,2	100,3	44,5	1 090,7	3,72
dav. Lebensgemeinschaften	**79,7**	**50,3**	**23,0**	**(6,4)**	**278,2**	**3,49**
unter 3	27,2	17,0	(6,9)	/	96,9	3,57
3 - 6	15,9	(6,0)	(7,1)	/	61,7	3,89
6 - 10	17,0	(5,7)	(7,6)	/	68,3	4,03
10 - 15	19,1	(6,5)	(8,1)	/	77,1	4,04
15 - 18	11,3	(5,3)	/	/	43,3	3,83
unter 18	67,9	40,6	21,1	(6,3)	240,9	3,55
18 - 27	13,4	(8,3)	/	/	47,5	3,54
27 und älter	/	/	/	/	(6,7)	/
18 und älter	15,2	(9,7)	/	/	53,1	3,50
dav. Alleinerziehende	**237,9**	**159,9**	**60,5**	**17,6**	**575,9**	**2,42**
unter 3	19,2	10,8	/	/	52,6	2,73
3 - 6	25,6	12,3	(8,8)	/	69,9	2,73
6 - 10	37,5	14,2	15,6	(7,7)	108,6	2,89
10 - 15	58,8	23,8	24,2	10,9	166,9	2,84
15 - 18	50,7	21,8	20,1	(8,7)	142,5	2,81
unter 18	147,9	82,9	48,2	16,7	381,8	2,58
18 - 27	72,6	43,5	21,5	(7,6)	184,5	2,54
27 und älter	37,9	33,4	/	/	81,0	2,14
18 und älter	108,7	77,0	24,1	(7,6)	259,4	2,39

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 2.3 Alleinerziehende 2014 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmal	insgesamt			Männer			Frauen		
	2014	Veränderung 2009/2014*)	darunter mit minderjährigen Kindern	2014	Veränderung 2009/2014*)	darunter mit minderjährigen Kindern	2014	Veränderung 2009/2014*)	darunter mit minderjährigen Kindern
	1 000								
Insgesamt	**237,9**	**-7,1**	**147,9**	**38,4**	**+5,5**	**17,7**	**199,5**	**-12,6**	**130,1**
Alter (von ... bis unter ... Jahren)									
unter 25	(8,2)	(+1,1)	(8,2)	-	-	-	(8,2)	(+1,1)	(8,2)
25 bis 35	31,6	-4,3	31,6	/	/	/	30,1	-4,7	30,1
35 bis 45	62,0	-16,1	54,9	(6,2)	(-0,4)	(5,2)	55,8	-15,7	49,8
45 bis 55	81,4	+5,3	48,3	16,5	+1,6	(9,1)	64,9	+3,7	39,2
55 bis 65	29,3	+7,0	/	(8,4)	(+1,3)	/	20,8	+5,6	/
65 und älter	25,4	-0,2	/	(5,8)	/	/	19,6	-2,7	/
darunter 15 bis unter 65	212,6	-6,9	147,5	32,7	+3,1	17,7	179,9	-10,0	129,9
Staatsangehörigkeit									
Deutsche	215,2	-9,1	131,8	37,0	+5,7	17,3	178,2	-14,8	114,5
Nichtdeutsche	22,7	+2,0	16,0	/	/	/	21,3	+2,2	15,6
Familienstand									
Ledig	64,5	+8,6	55,9	(5,3)	/	/	59,3	+7,3	52,0
Verheiratet getrennt lebend	32,0	-2,5	23,9	(6,6)	(+0,6)	/	25,4	-3,1	20,0
Geschieden	96,8	-11,9	59,3	18,1	+1,6	(7,7)	78,6	-13,5	51,5
Verwitwet	44,6	-1,4	(8,7)	(8,4)	(+2,0)	/	36,2	-3,4	(6,7)
Monatliches Nettoeinkommen der Familie (von ... bis unter ... EUR)									
unter 500	/	/	/	/	/	/	/	/	/
500 - 900	14,3	-11,0	11,6	/	/	/	13,1	-11,1	10,7
900 - 1 300	46,6	-13,0	36,8	/	/	/	41,7	-13,5	33,5
1 300 - 1 500	26,9	-1,7	20,6	/	/	/	25,0	-0,7	19,1
1 500 - 1 700	23,8	-0,5	17,2	/	/	/	21,7	-1,1	15,8
1 700 - 2 000	29,1	+1,7	19,1	/	/	/	25,6	+2,4	17,7
2 000 - 2 600	40,0	+7,0	19,7	(7,2)	(+1,0)	/	32,8	+6,0	17,1
2 600 - 3 200	23,4	+7,7	(8,6)	(6,3)	/	/	17,1	+5,6	(6,0)
3 200 - 4 500	20,1	+9,8	(8,1)	(6,7)	/	/	13,4	(+6,4)	(5,5)
4 500 und mehr	(7,6)	/	/	/	/	/	/	/	/
Sonstige[1)]	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Beteiligung am Erwerbsleben									
Erwerbspersonen	168,8	-6,0	114,6	29,1	+2,1	15,7	139,7	-8,1	98,9
Erwerbstätige	151,5	-3,8	100,2	26,4	+1,5	13,7	125,1	-5,3	86,6
Erwerbslose	17,3	-2,2	14,4	/	/	/	14,5	-2,9	12,3
Nichterwerbspersonen	69,1	-1,1	33,3	(9,3)	(+3,4)	/	59,8	-4,5	31,2
Überwiegender Lebensunterhalt									
Eigene Erwerbs-/Berufstätigkeit	133,6	-3,3	87,8	24,5	+0,6	12,4	109,1	-3,9	75,4
Arbeitslosengeld I, Leistungen n. SGB II	47,1	-10,1	39,3	(5,5)	/	/	41,6	-11,7	35,1
Rente, Pension	36,0	-1,8	/	(7,1)	/	/	28,9	-4,2	/
Einkünfte von Angehörigen	(7,7)	(+1,3)	(5,6)	/	/	-	(7,3)	(+0,9)	(5,6)
Allgemeiner Schulabschluss									
Mit allgemeinem Schulabschluss zus.	222,8	-6,4	137,6	37,3	+6,1	17,0	185,6	-12,4	120,6
Ohne allgemeinen Schulabschluss[2)]	14,4	-0,8	(9,9)	/	/	/	13,2	-0,3	(9,2)
Haupt-(Volks-)schulabschluss[3)]	75,3	-16,7	34,7	17,1	+0,4	(6,6)	58,2	-17,1	28,0
Realschul- oder gleichwert. Abschl.[4)]	89,9	+6,6	63,2	(8,9)	(+1,5)	/	81,0	+5,1	59,0
Fachhochschul-/Hochschulreife	56,7	+4,3	39,0	11,2	(+4,0)	(6,1)	45,5	+0,3	33,0
Beruflicher Bildungsabschlusses									
Mit berufl. Bildungsabschluss zus.	173,9	-1,9	109,7	32,0	+3,8	14,4	141,9	-5,7	95,3
Ohne beruflichen Bildungsabschluss[5)]	63,3	-5,0	37,8	(6,4)	/	/	56,9	-6,7	34,5
Lehre/Berufsausbildung[6)]	126,0	-11,9	79,4	21,1	+0,6	(9,6)	104,9	-12,5	69,7
Fachschulabschluss[7)]	19,3	+7,6	11,4	/	/	/	14,5	(+6,0)	(9,8)
Fachhochschulabschluss[8)]	(8,9)	(-1,1)	(5,5)	/	/	/	(5,9)	(-2,0)	/
Hochschulabschluss/Promotion	19,0	+3,1	12,9	/	/	/	16,1	+2,7	11,1
Zahl der ledigen Kinder (ohne Altersbegrenzung) in der Familie									
1 Kind	159,9	-2,4	82,9	28,7	+3,7	11,0	131,1	-6,3	71,9
2 Kinder	60,5	-0,8	48,2	(8,5)	(+1,6)	(5,8)	52,0	-2,4	42,5
3 Kinder und mehr	17,6	-3,9	16,7	/	/	/	16,4	-4,0	15,7

*) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt. 1) Familien, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbstständige(r) Landwirt(in) ist, kein Einkommen sowie ohne Angabe. 2) Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch. 3) Einschl. Abschluss der 8. oder 9. Klasse der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR. 4) Einschl. Abschluss der 10. Klasse der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR. 5) Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und beruflichem Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden. 6) Lehre/Berufsausbildung im dualen System, einschl. eines gleichwertigen Berufsabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst der öffentlichen Verwaltung, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens. 7) Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie oder einer Fachschule der ehemaligen DDR. 8) Auch Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschule.
Quelle: Mikrozensus

Tab. 2.4 Eheschließungen und Ehescheidungen 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Eheschließungen 2014				Ehescheidungen 2014			
	Insgesamt	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (durchschnittliche Bevölkerung)	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014	Insgesamt	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (durchschnittliche Bevölkerung)	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014
			%				%	
Braunschweig, Stadt	1 189	48,0	+3,7	-0,2	558	22,5	+0,2	-15,6
Salzgitter, Stadt	384	39,0	+15,0	+7,6	232	23,5	-14,1	-26,8
Wolfsburg, Stadt	706	57,5	+6,5	+16,3	334	27,2	+3,4	+17,2
Gifhorn	782	45,5	+12,0	+2,1	311	18,1	-4,6	-14,1
Göttingen	1 065	42,7	+6,5	-6,6	474	19,0	+7,0	-20,3
Goslar	699	50,8	-4,4	-6,0	286	20,8	-3,7	-20,3
Helmstedt	376	41,5	+5,6	-10,0	205	22,6	-1,4	-6,0
Northeim	673	50,1	+7,9	+1,7	247	18,4	-12,7	-23,1
Osterode am Harz	308	41,6	-1,0	-14,0	161	21,7	-19,5	-19,9
Peine	540	41,4	+5,5	+3,4	216	16,6	-4,0	-27,5
Wolfenbüttel	563	46,9	-4,6	+8,3	249	20,8	-2,4	-12,3
Stat. Region Braunschweig	**7 285**	**46,2**	**+4,6**	**0,0**	**3 273**	**20,8**	**-3,4**	**-16,1**
Region Hannover	5 033	44,8	+4,1	+6,3	2 537	22,6	+1,4	-7,9
dav. Hannover, Landeshauptstadt	2 068	39,7	+0,3	-4,8	1 520	29,2	+9,7	-6,6
dav. Hannover, Umland	2 965	49,2	+7,0	+15,7	1 017	16,9	-9,0	-9,8
Diepholz	886	42,1	-4,1	-4,8	446	21,2	-9,2	-14,7
Hameln-Pyrmont	667	45,1	-2,9	-7,5	351	23,8	-12,0	-14,8
Hildesheim	1 220	44,4	+7,2	+1,2	641	23,3	+14,5	-3,9
Holzminden	303	42,3	+2,0	+5,6	142	19,8	-0,7	-17,0
Nienburg (Weser)	516	43,1	-4,4	-9,6	237	19,8	-3,7	-6,0
Schaumburg	720	46,2	+1,7	+1,8	396	25,4	+20,7	-4,3
Stat. Region Hannover	**9 345**	**44,4**	**+2,4**	**+2,1**	**4 750**	**22,6**	**+1,7**	**-8,6**
Celle	943	53,6	+5,0	-0,3	421	23,9	-6,2	-21,3
Cuxhaven	1 277	64,9	+5,5	+8,3	448	22,8	-7,8	-16,1
Harburg	1 250	51,2	+8,9	+14,3	546	22,4	-7,0	-25,6
Lüchow-Dannenberg	214	43,9	+0,9	+10,3	85	17,5	+11,8	-4,5
Lüneburg	1 123	63,3	+6,4	+20,2	428	24,1	-4,3	-7,0
Osterholz	516	46,4	-3,2	-7,5	254	22,8	-5,2	-12,1
Rotenburg (Wümme)	726	44,9	+6,0	-2,2	376	23,3	+8,7	+3,3
Heidekreis	634	46,5	+7,1	-4,8	288	21,1	-18,9	-20,7
Stade	1 117	56,7	+3,2	+4,4	419	21,3	-16,7	-10,5
Uelzen	424	45,9	+8,7	+12,2	218	23,6	-8,8	-16,2
Verden	639	48,1	-0,2	+8,7	260	19,6	-8,8	-23,3
Stat. Region Lüneburg	**8 863**	**52,9**	**+4,9**	**+6,2**	**3 743**	**22,4**	**-7,4**	**-15,6**
Delmenhorst, Stadt	316	42,5	+3,9	+4,6	163	21,9	-10,9	-25,9
Emden, Stadt	233	46,7	+2,2	-8,3	168	33,7	-11,1	+0,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	844	52,7	+0,6	+6,7	395	24,6	+8,2	-21,0
Osnabrück, Stadt	724	46,2	+11,0	+0,7	294	18,8	-36,9	-49,4
Wilhelmshaven, Stadt	366	48,4	0,0	+8,6	162	21,4	-23,6	-14,3
Ammerland	657	55,0	+11,9	+11,0	291	24,4	+8,2	-8,2
Aurich	1 811	96,6	+8,8	+6,7	373	19,9	-11,0	-21,3
Cloppenburg	736	45,6	+2,6	+0,8	265	16,4	-8,0	-21,4
Emsland	1 475	46,9	+4,6	-1,8	516	16,4	-9,6	+0,2
Friesland	749	77,2	-5,5	-14,8	217	22,4	-17,5	-19,0
Grafschaft Bentheim	637	47,5	-1,2	-2,7	279	20,8	+3,3	+10,7
Leer	939	56,8	-0,7	-7,2	395	23,9	+35,7	+1,3
Oldenburg	590	46,7	+1,4	-5,9	262	20,7	-15,5	+37,2
Osnabrück	1 649	47,0	+1,7	-1,6	677	19,3	+26,1	+11,7
Vechta	650	48,1	+5,7	+8,7	211	15,6	-24,4	-21,3
Wesermarsch	363	40,9	+0,3	+2,0	198	22,3	+1,0	-12,8
Wittmund	560	99,2	+4,9	-6,5	144	25,5	+42,6	-2,7
Stat. Region Weser-Ems	**13 299**	**54,2**	**+3,4**	**-0,2**	**5 010**	**20,4**	**-3,8**	**-11,3**
Niedersachsen	**38 792**	**49,7**	**+3,7**	**+1,8**	**16 776**	**21,5**	**-3,1**	**-12,5**

Quelle: Statistik der Eheschließungen und Statistik der Ehescheidungen.

Tab. 3.1.1 Betreute Kinder und Besuchsquoten in Tagespflege und Tageseinrichtungen am 01.03.2015 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Betreute Kinder und Besuchsquoten in Tagespflege am 01.03.2015						Betreute Kinder und Besuchsquoten in Tageseinrichtungen am 01.03.2015					
	insgesamt	davon im Alter von			darunter		insgesamt	davon im Alter von			darunter	
		unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 14 Jahren	Kinder mit mind. einem Elternteil ausl. Herkunft	i. d. Fam. wird vorrangig nicht deutsch gesprochen		unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 14 Jahren	Kinder mit mind. einem Elternteil ausl. Herkunft	i. d. Fam. wird vorrangig nicht deutsch gesprochen
	Anzahl	%[1]			Anzahl		Anzahl	%[1]			Anzahl	
Braunschweig, Stadt	918	9,9	2,1	0,9	-	-	10 168	25,6	94,9	18,2	3 242	1 542
Salzgitter, Stadt	210	2,7	1,7	1,4	43	5	3 458	17,0	93,1	10,1	1 354	890
Wolfsburg, Stadt	282	4,7	2,4	0,5	104	62	4 534	28,1	96,3	5,7	1 382	947
Gifhorn	391	4,9	1,6	0,6	6	7	6 091	20,5	86,9	8,5	1 026	529
Göttingen	493	5,3	1,3	0,6	55	28	9 349	30,7	92,8	12,2	2 393	1 332
Goslar	381	7,7	3,4	1,1	11	10	3 955	25,1	95,3	10,0	609	331
Helmstedt	173	4,8	1,9	0,6	11	.	2 988	28,3	92,9	9,3	364	149
Northeim	286	5,1	1,9	0,9	23	5	4 168	23,1	93,5	8,2	785	410
Osterode am Harz	236	7,6	4,2	1,5	14	4	2 007	22,0	93,5	7,6	262	175
Peine	213	3,6	1,0	0,6	8	-	4 843	24,3	92,8	9,7	993	500
Wolfenbüttel	83	2,3	0,4	0,1	9	.	4 270	28,0	95,4	10,7	560	328
Stat. Region Braunschweig	**3 666**	**5,7**	**1,8**	**0,8**	**284**	**125**	**55 831**	**25,3**	**93,2**	**10,7**	**12 970**	**7 133**
Region Hannover	2 546	6,0	1,2	0,5	488	159	48 001	24,7	93,4	16,2	16 542	10 029
dav. Hannover, LHSt	1 084	5,7	0,9	0,3	343	83	23 354	26,1	93,6	18,9	10 397	6 705
dav. Hannover, Umland	1 462	6,2	1,4	0,6	145	76	24 647	23,4	93,1	14,2	6 145	3 324
Diepholz	700	5,7	4,0	1,3	62	10	7 141	22,5	90,8	8,1	1 300	864
Hameln-Pyrmont	236	3,0	1,9	0,7	48	15	5 336	23,8	97,3	13,2	1 311	742
Hildesheim	398	4,6	1,0	0,3	40	6	9 818	25,2	94,5	12,5	2 288	1 261
Holzminden	179	6,5	2,6	0,9	13	4	2 220	17,5	92,3	10,3	388	159
Nienburg (Weser)	180	4,0	1,4	0,3	5	5	3 908	21,8	91,8	7,0	816	358
Schaumburg	531	9,6	3,6	0,7	37	34	4 973	19,0	94,9	9,6	1 084	529
Stat. Region Hannover	**4 770**	**5,7**	**1,7**	**0,6**	**693**	**233**	**81 397**	**23,8**	**93,5**	**13,4**	**23 729**	**13 942**
Celle	431	5,8	2,1	0,6	32	8	6 014	22,0	94,9	5,9	827	374
Cuxhaven	464	5,0	2,4	0,9	5	.	7 474	23,3	94,2	14,2	1 263	728
Harburg	640	7,0	1,9	0,4	13	-	11 045	24,6	97,1	16,3	2 074	998
Lüchow-Dannenberg	73	4,3	0,9	0,6	7	.	1 578	25,4	96,9	9,9	215	115
Lüneburg	905	14,5	3,0	0,5	97	9	7 004	22,4	96,4	9,9	1 165	671
Osterholz	245	4,6	2,0	0,8	23	5	3 815	24,0	92,7	8,0	512	255
Rotenburg (Wümme)	246	3,1	1,7	0,4	24	12	5 415	19,7	92,8	6,7	741	316
Heidekreis	480	6,7	4,1	1,2	64	12	4 750	22,4	94,1	7,7	747	334
Stade	769	6,8	3,3	1,6	82	17	7 277	21,4	90,8	9,0	1 207	630
Uelzen	422	9,7	5,0	2,0	38	13	2 716	20,8	91,3	7,0	371	135
Verden	194	3,0	1,3	0,4	17	8	5 093	23,3	90,1	10,3	1 100	561
Stat. Region Lüneburg	**4 869**	**6,7**	**2,5**	**0,8**	**402**	**87**	**62 181**	**22,6**	**93,9**	**10,1**	**10 222**	**5 117**
Delmenhorst, Stadt	184	4,6	2,7	0,9	34	13	2 237	12,2	88,2	7,6	697	446
Emden, Stadt	43	2,1	0,5	0,2	.	-	1 725	19,6	90,5	8,7	361	208
Oldenburg (Oldb), Stadt	585	10,5	2,1	0,6	47	.	6 573	25,9	94,3	16,5	1 772	1 074
Osnabrück, Stadt	372	6,6	1,2	0,6	84	32	6 700	25,1	99,0	18,7	1 912	1 139
Wilhelmshaven, Stadt	113	3,7	1,8	0,5	5	.	2 062	14,3	89,5	9,4	434	214
Ammerland	465	10,8	1,7	1,0	21	14	4 120	18,9	95,4	7,1	544	260
Aurich	593	4,7	3,6	1,5	13	8	5 995	16,0	92,3	7,2	745	459
Cloppenburg	436	5,0	1,9	0,6	74	23	5 862	14,8	84,5	6,0	1 509	821
Emsland	766	3,8	3,0	0,7	49	17	11 546	21,7	95,5	6,0	2 138	1 493
Friesland	166	2,8	1,6	1,0	11	3	3 073	24,7	95,4	6,4	261	148
Grafschaft Bentheim	779	7,0	5,9	2,8	165	86	4 648	18,8	92,7	4,6	1 300	742
Leer	266	3,8	1,0	0,5	5	3	5 302	15,7	92,6	5,4	820	417
Oldenburg	330	6,0	2,2	0,8	21	7	4 533	20,9	95,0	8,3	548	359
Osnabrück	2 505	8,3	7,0	3,8	281	92	11 767	18,1	91,2	5,4	2 190	1 106
Vechta	595	7,7	3,4	1,1	78	22	5 561	20,6	97,6	6,2	1 525	965
Wesermarsch	136	4,1	1,2	0,5	.	-	2 968	23,7	96,2	9,1	579	363
Wittmund	154	3,8	3,3	1,4	13	5	1 683	17,4	90,6	5,1	205	127
Stat. Region Weser-Ems	**8 488**	**6,1**	**3,1**	**1,4**	**905**	**328**	**86 355**	**19,5**	**93,1**	**7,6**	**17 540**	**10 341**
Niedersachsen	**21 793**	**6,0**	**2,4**	**0,9**	**2 284**	**773**	**285 764**	**22,4**	**93,4**	**10,2**	**64 461**	**36 533**
Baden-Württemberg	20 759	3,6	1,6	0,7	3 748	1 319	406 430	24,3	95,0	8,9	147 343	89 539
Bayern	10 692	2,1	0,6	0,2	2 212	1 012	519 673	25,4	93,2	14,6	144 189	83 775
Berlin	6 061	4,1	1,4	0,2	682	950	146 583	41,8	94,7	4,4	47 244	41 266
Brandenburg	4 536	6,7	0,8	0,1	206	76	167 572	50,1	96,4	48,8	10 570	4 845
Bremen	1 137	4,9	1,0	0,3	136	59	24 458	22,3	90,3	13,7	11 072	7 362
Hamburg	3 762	4,1	1,7	0,7	261	612	74 077	39,4	91,3	8,1	28 871	19 122
Hessen	9 680	4,6	0,7	0,3	2 001	894	248 863	25,2	93,2	13,6	101 640	70 211
Mecklenburg-Vorpommern	5 025	11,1	1,6	0,1	197	82	99 367	45,0	94,6	43,2	5 445	2 992
Nordrhein-Westfalen	43 919	7,3	1,2	0,4	8 807	4 367	565 461	18,7	93,7	4,9	193 485	138 966
Rheinland-Pfalz	4 409	2,1	0,9	0,5	908	288	148 609	28,6	97,2	8,6	48 451	28 570
Saarland	825	2,2	0,8	0,3	252	111	32 984	26,1	96,4	10,9	9 416	5 212
Sachsen	7 529	6,7	0,3	0,0	360	119	288 284	43,9	96,5	53,7	20 263	11 349
Sachsen-Anhalt	737	1,2	0,2	0,0	30	7	139 757	56,7	95,9	45,3	8 264	3 900
Schleswig-Holstein	6 783	7,3	1,8	0,3	888	425	104 339	24,3	91,8	11,5	19 921	11 905
Thüringen	1 159	2,1	0,0	0,0	79	31	89 565	50,3	97,2	8,6	5 326	2 795
Deutschland	**148 806**	**4,8**	**1,2**	**0,4**	**23 051**	**11 125**	**3 341 786**	**28,2**	**94,2**	**14,0**	**865 961**	**558 342**

1) Eigene Berechnungen. In Prozent der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe am 31.12.2014.

Quelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe; Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

Tab. 3.1.2 Betreute Kinder bis unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2015

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung[1] am 01.03.2015												
	insgesamt 0 bis u. 6 Jahre	davon im Alter von 0 bis unter 3 Jahren						davon im Alter von 3 bis unter 6 Jahren					
		insg.	darunter mit ausländ. Herkunftsland mind. eines Elternteils			Betreuungsquote[2][3]		insg.	darunter mit ausländ. Herkunftsland mind. eines Elternteils			Betreuungsquote[2][3]	
	Anzahl			%	Veränd. 2014/2015 in %-Punkten	%	Veränd. 2014/2015 in %-Punkten	Anzahl		%	Veränd. 2014/2015 in %-Punkten	%	Veränd. 2014/2015 in %-Punkten
Braunschweig, Stadt	8 069	2 321	404	17,4	-0,7	35,4	+0,5	5 748	1 947	33,9	-0,0	96,2	+0,6
Salzgitter, Stadt	2 837	492	128	26,0	+8,0	19,6	+1,5	2 345	988	42,1	+0,8	93,8	+1,0
Wolfsburg, Stadt	4 290	1 122	301	26,8	+1,6	32,7	+1,9	3 168	1 029	32,5	+0,7	98,1	+4,3
Gifhorn	5 185	1 177	126	10,7	-1,0	25,2	+1,8	4 008	727	18,1	+1,6	87,8	+1,3
Göttingen	7 677	2 164	421	19,5	+1,7	35,9	-0,0	5 513	1 508	27,4	+1,5	93,6	-2,0
Goslar	3 336	807	60	7,4	-1,9	31,6	+0,8	2 529	443	17,5	+0,2	96,9	+1,1
Helmstedt	2 533	666	73	11,0	+4,6	33,0	+1,2	1 867	244	13,1	+2,7	93,6	+0,1
Northeim	3 578	820	104	12,7	-0,0	27,9	+1,3	2 758	560	20,3	+3,0	93,8	+1,3
Osterode am Harz	1 766	403	36	8,9	-1,7	28,8	-1,1	1 363	193	14,2	-2,3	94,7	-0,3
Peine	3 996	907	111	12,2	+0,1	27,9	+1,8	3 089	687	22,2	-0,6	93,7	+1,2
Wolfenbüttel	3 420	795	54	6,8	-0,5	30,2	-1,1	2 625	381	14,5	-0,6	95,5	-0,2
Stat. Region Braunschweig	**46 687**	**11 674**	**1 818**	**15,6**	**+0,6**	**30,7**	**+0,8**	**35 013**	**8 707**	**24,9**	**+0,9**	**94,1**	**+0,7**
Region Hannover	37 176	9 282	2 262	24,4	+2,1	30,6	+0,7	27 894	10 261	36,8	+0,0	94,1	+0,3
Diepholz	6 244	1 394	167	12,0	-0,1	28,1	+0,4	4 850	938	19,3	+0,1	92,8	+1,6
Hameln-Pyrmont	4 147	878	158	18,0	+0,7	26,7	-0,7	3 269	756	23,1	-3,8	98,5	+0,2
Hildesheim	7 732	1 855	299	16,1	-1,0	29,7	+0,8	5 877	1 406	23,9	+0,5	95,1	-2,7
Holzminden	1 841	353	36	10,2	-3,5	23,8	+2,1	1 488	273	18,3	-1,9	93,1	-0,5
Nienburg (Weser)	3 401	703	109	15,5	+2,2	25,6	+0,9	2 698	569	21,1	-1,3	92,4	+0,9
Schaumburg	4 304	969	138	14,2	+1,5	28,3	-0,1	3 335	774	23,2	+2,1	96,7	+0,7
Stat. Region Hannover	**64 845**	**15 434**	**3 169**	**20,5**	**+1,3**	**29,4**	**+0,6**	**49 411**	**14 977**	**30,3**	**-0,1**	**94,4**	**+0,1**
Celle	5 549	1 230	106	8,6	-3,0	27,8	-0,9	4 319	615	14,2	-1,5	96,4	-0,4
Cuxhaven	5 700	1 257	148	11,8	-0,6	28,0	+0,7	4 443	660	14,9	+0,2	95,1	-0,3
Harburg	8 503	2 017	217	10,8	-0,6	31,5	+0,4	6 486	1 299	20,0	+0,8	98,9	-0,7
Lüchow-Dannenberg	1 290	307	25	8,1	-0,6	29,6	+0,7	983	131	13,3	+2,4	97,6	-0,0
Lüneburg	6 428	1 754	203	11,6	-0,0	36,7	+2,2	4 674	752	16,1	-0,3	98,4	+1,8
Osterholz	3 309	732	74	10,1	+2,2	28,6	-0,2	2 577	367	14,2	-0,1	94,3	-0,3
Rotenburg (Wümme)	4 696	874	90	10,3	-3,5	22,8	-0,3	3 822	534	14,0	-1,0	93,4	+1,3
Heidekreis	4 237	933	118	12,6	-1,3	28,7	-0,8	3 304	535	16,2	-2,6	96,2	-0,3
Stade	6 352	1 425	153	10,7	+1,6	28,0	+1,8	4 927	873	17,7	+2,4	92,8	+1,3
Uelzen	2 530	601	53	8,8	-0,7	30,4	+0,3	1 929	280	14,5	-0,9	95,4	+1,6
Verden	4 131	914	141	15,4	+0,1	25,5	-1,9	3 217	718	22,3	+0,9	90,5	+1,0
Stat. Region Lüneburg	**52 725**	**12 044**	**1 328**	**11,0**	**-0,6**	**29,1**	**+0,3**	**40 681**	**6 764**	**16,6**	**+0,0**	**95,5**	**+0,4**
Delmenhorst, Stadt	1 950	322	65	20,2	-0,4	16,8	-2,2	1 628	519	31,9	-3,4	90,1	+3,7
Emden, Stadt	1 448	285	55	19,3	+4,5	21,7	+0,5	1 163	250	21,5	-1,4	91,0	+2,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	5 305	1 533	272	17,7	+4,3	36,4	+3,1	3 772	1 009	26,7	+8,9	96,1	-1,0
Osnabrück, Stadt	5 117	1 308	252	19,3	-4,5	31,6	+0,9	3 809	1 114	29,2	-10,8	99,7	+1,6
Wilhelmshaven, Stadt	1 716	289	38	13,1	+1,3	17,7	+2,0	1 427	294	20,6	-2,1	90,4	-1,3
Ammerland	3 819	877	68	7,8	+0,0	29,6	-1,0	2 942	403	13,7	+0,8	96,9	+3,5
Aurich	5 302	929	68	7,3	-0,5	20,6	+1,1	4 373	492	11,3	-0,7	95,2	+2,0
Cloppenburg	5 226	972	159	16,4	-0,7	19,7	-1,3	4 254	1 083	25,5	+0,4	85,0	+1,2
Emsland	10 301	2 098	313	14,9	-0,0	24,8	-0,2	8 203	1 506	18,4	+0,4	96,3	+3,1
Friesland	2 714	582	37	6,4	-0,4	27,4	-3,5	2 132	176	8,3	-0,3	96,2	-1,5
Grafschaft Bentheim	4 405	906	220	24,3	+2,2	24,9	-1,0	3 499	970	27,7	+1,5	93,7	+1,2
Leer	4 802	826	75	9,1	-3,5	19,5	+0,7	3 976	615	15,5	+0,0	93,6	+3,5
Oldenburg	3 913	818	66	8,1	-0,3	26,8	+0,8	3 095	392	12,7	+1,1	96,1	-1,7
Osnabrück	11 474	2 420	322	13,3	-0,8	26,2	-2,2	9 054	1 664	18,4	-1,9	96,6	+1,9
Vechta	5 217	1 187	224	18,9	-1,0	28,2	-0,0	4 030	1 070	26,6	-2,5	99,8	+1,1
Wesermarsch	2 462	541	59	10,9	+2,8	27,6	-1,1	1 921	410	21,3	+0,9	97,0	+1,0
Wittmund	1 550	273	18	6,6	-3,3	21,2	-2,9	1 277	159	12,5	+0,5	93,4	+1,9
Stat. Region Weser-Ems	**76 721**	**16 166**	**2 311**	**14,3**	**-0,2**	**25,3**	**-0,3**	**60 555**	**12 126**	**20,0**	**-0,5**	**95,0**	**+1,5**
Niedersachsen	**240 978**	**55 318**	**8 626**	**15,6**	**+0,3**	**28,3**	**+0,3**	**185 660**	**42 574**	**22,9**	**-0,0**	**94,8**	**+0,7**
Baden-Württemberg	346 627	78 729	21 638	27,5	+0,7	27,8	-0,0	267 898	101 036	37,7	+0,9	95,5	+0,5
Bayern	395 542	92 668	19 456	21,0	+1,2	27,5	+0,3	302 874	83 914	27,7	+1,0	93,5	+1,1
Berlin	142 064	48 885	12 348	25,3	+1,0	45,9	-0,3	93 179	32 033	34,4	+0,0	95,9	+0,7
Brandenburg	92 925	33 407	1 638	4,9	+0,1	56,8	-1,1	59 518	4 128	6,9	+0,5	97,2	+0,8
Bremen	19 447	4 698	1 394	29,7	+1,3	27,1	-0,1	14 749	6 935	47,0	+0,4	91,0	+1,4
Hamburg[4]	67 071	23 057	7 280	31,6	+0,3	43,3	+0,1	44 014	18 209	41,4	+0,9	92,5	+1,2
Hessen	196 840	47 713	14 071	29,5	+0,4	29,7	+0,9	149 127	62 124	41,7	+0,6	93,6	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	60 228	21 719	910	4,2	+0,4	56,0	-0,3	38 509	2 231	5,8	+0,3	96,3	+0,5
Nordrhein-Westfalen	539 150	117 428	29 758	25,3	+0,1	25,9	+2,0	421 722	147 596	35,0	+0,2	94,5	+1,3
Rheinland-Pfalz	126 352	30 286	8 017	26,5	+1,2	30,6	-0,3	96 066	32 406	33,7	+0,5	97,3	+0,3
Saarland	26 775	6 011	1 282	21,3	+0,8	28,3	+1,2	20 764	6 040	29,1	-0,1	96,7	+0,3
Sachsen	155 786	54 059	2 640	4,9	+0,1	50,6	+0,6	101 727	7 528	7,4	+0,5	96,8	+0,4
Sachsen-Anhalt	79 434	29 843	1 249	4,2	+0,1	57,9	-0,6	49 591	3 220	6,5	+0,4	96,0	-0,1
Schleswig-Holstein	86 667	21 575	3 030	14,0	+0,9	31,4	+1,1	65 092	12 959	19,9	+0,9	93,2	+1,1
Thüringen	79 008	27 947	1 301	4,7	+0,4	52,4	-0,1	51 061	3 329	6,5	+0,3	97,2	-0,0
Deutschland	**2 654 894**	**693 343**	**134 638**	**19,4**	**+0,7**	**32,9**	**+0,5**	**1 961 551**	**566 262**	**28,9**	**+0,5**	**94,9**	**+0,8**

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen.
2) Betreuungsquoten: eigene Berechnung 3) Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe am 31.12. des Vorjahres.
4) Zusätzlich waren 8,8 % der 3- bis unter 6-jährigen Kinder in vorschulischen Einrichtungen.

Quelle: Kindertagesbetreuung regional, Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Ausgabe 2014 u. 2015 (Tab. A1 u. A2).

Tab. 3.2 Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 5. Schuljahrgang auf die Schularten 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Schülerinnen und Schüler im 5. Schuljahrgang insgesamt		Schülerinnen	Ausländische Schüler und Schülerinnen		Hauptschule[1]	Oberschule[2]	Realschule[1]	Gymnasium[1]		IGS[3], SmG[4], Freie Waldorfschule	FöS Lernen + FöS Sonst. Schwerpunkte[5]	FöS Geistige Entwicklung[5][6]
	2014	Veränd. 2009/2014		insg.	darunter Schülerinnen				2014	Veränd. 2009/2014			
	Anzahl		%							%-Punkte	%		
Braunschweig, Stadt	2 413	- 87	46,2	5,2	46,8	4,1	-	12,1	47,5	+0,7	28,3	3,1	4,8
Salzgitter, Stadt	943	- 132	47,8	13,6	46,9	9,1	-	33,9	35,7	-4,4	15,3	2,7	3,3
Wolfsburg, Stadt	1 436	- 85	49,9	6,8	60,2	2,6	11,5	12,0	41,1	+3,4	28,3	0,6	3,9
Gifhorn	1 612	16	48,5	3,3	42,6	5,0	18,9	19,0	37,8	-1,3	18,1	1,2	-
Göttingen	2 133	- 358	48,9	4,9	56,2	3,7	8,9	13,9	41,5	-4,4	25,7	2,7	3,6
dav. Göttingen, Stadt	1 206	- 196	51,7	6,0	56,9	1,7	3,6	5,6	51,8	-5,2	31,3	1,7	4,3
dav. Göttingen, Umland	927	- 162	45,2	3,6	54,5	6,3	15,9	24,7	28,0	-3,4	18,4	4,0	2,7
Goslar	1 080	- 249	46,8	4,2	51,1	-	28,4	12,7	41,3	+0,4	8,0	4,1	5,6
Helmstedt	694	- 169	45,1	4,0	35,7	6,8	7,1	20,6	38,6	+1,9	16,1	1,7	9,1
Northeim	1 344	- 242	45,4	3,3	51,1	6,7	16,4	16,9	42,3	-1,7	14,0	2,2	1,4
Osterode am Harz	620	- 101	49,8	4,2	46,2	4,8	21,1	22,9	44,0	+2,7	-	4,4	2,7
Peine	1 416	- 157	45,8	5,9	52,4	8,8	3,7	23,5	34,5	+1,7	22,4	1,3	5,7
Wolfenbüttel	1 052	- 67	46,2	3,6	44,7	7,0	-	21,5	37,5	-3,7	27,1	2,0	4,8
Stat. Region Braunschweig	**14 743**	**-1 631**	**47,3**	**5,3**	**50,1**	**5,1**	**9,6**	**17,6**	**40,8**	**-0,6**	**20,8**	**2,3**	**3,9**
Region Hannover	10 738	- 728	47,8	7,9	47,1	3,9	3,4	15,8	44,7	+1,8	25,9	2,7	3,7
dav. Hannover, LHSt	4 588	- 153	48,8	10,6	48,8	2,6	2,7	8,7	44,9	+1,7	35,4	3,4	2,4
dav. Hannover, Umland	6 150	- 575	47,1	5,9	44,8	4,8	4,0	21,2	44,5	+1,9	18,8	2,2	4,6
Diepholz	2 095	- 345	46,5	3,8	61,3	4,7	23,6	24,6	42,8	+1,6	0,6	2,1	1,6
Hameln-Pyrmont	1 441	- 250	49,0	6,2	47,2	5,5	15,2	23,0	41,5	+1,0	9,0	0,9	4,9
Hildesheim	2 899	- 310	47,4	3,4	53,0	2,1	19,9	14,3	40,5	+3,5	14,3	2,2	6,7
dav. Hildesheim, Stadt	1 624	- 332	49,2	4,1	54,5	1,8	5,4	15,3	49,2	+7,3	18,2	2,5	7,6
dav. Hildesheim, Umland	1 275	22	45,0	2,7	50,0	2,5	38,4	13,0	29,5	+0,0	9,3	1,8	5,5
Holzminden	479	- 129	42,4	4,2	45,0	6,9	37,2	18,4	25,9	-1,4	-	5,4	6,3
Nienburg (Weser)	1 179	- 260	47,0	4,2	42,0	2,6	19,6	19,9	39,4	+1,4	11,8	2,2	4,4
Schaumburg	1 465	- 336	49,0	4,9	52,8	-	8,7	-	45,4	+0,8	43,0	0,1	2,9
Stat. Region Hannover	**20 296**	**-2 358**	**47,6**	**6,2**	**48,5**	**3,5**	**10,8**	**16,2**	**43,0**	**+1,9**	**20,2**	**2,3**	**4,0**
Celle	1 836	- 142	47,0	3,4	38,1	-	45,0	0,5	39,4	+3,4	8,2	3,2	3,8
Cuxhaven	2 055	- 292	50,2	4,2	48,8	7,8	22,9	21,4	40,5	+0,9	1,1	1,5	4,7
Harburg	2 647	- 160	47,9	3,3	50,0	1,7	22,3	13,5	38,6	-4,6	18,1	0,6	5,1
Lüchow-Dannenberg	548	- 20	46,2	1,3	28,6	6,6	27,7	14,8	33,9	+1,9	4,9	2,6	9,5
Lüneburg	1 990	- 82	46,5	2,6	40,4	2,3	28,1	2,1	44,6	-1,4	16,2	1,3	5,4
Osterholz	1 079	- 235	46,7	2,5	44,4	4,6	7,5	18,9	42,9	+0,3	20,9	1,4	3,7
Rotenburg (Wümme)	1 830	- 208	47,7	3,3	36,7	5,2	28,9	15,0	38,1	+0,4	7,0	1,7	4,0
Heidekreis	1 492	- 158	47,5	2,7	52,5	5,2	31,9	12,9	41,8	+4,8	2,2	2,9	3,1
Stade	2 071	- 299	50,3	3,9	60,0	4,6	26,3	13,4	36,7	-1,3	15,2	0,6	3,1
Uelzen	846	- 134	46,8	1,9	37,5	3,0	33,5	15,0	47,0	+2,5	-	1,5	-
Verden	1 402	- 123	48,1	3,6	52,0	3,6	20,2	15,9	44,2	-3,1	12,6	1,6	1,9
Stat. Region Lüneburg	**17 796**	**-1 853**	**48,0**	**3,2**	**47,1**	**3,8**	**26,9**	**12,5**	**40,5**	**-0,1**	**10,6**	**1,6**	**4,0**
Delmenhorst, Stadt	809	- 74	41,0	6,2	48,0	4,3	19,8	18,7	35,0	-0,0	14,3	1,6	6,3
Emden, Stadt	569	- 67	48,7	4,6	53,8	-	32,7	-	45,2	+1,3	14,6	1,6	6,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 760	- 167	50,3	4,5	40,5	-	19,5	-	46,7	-0,6	26,4	2,6	4,9
Osnabrück, Stadt	1 941	- 172	49,8	5,0	52,0	6,6	12,1	17,2	48,7	-2,3	7,4	3,6	4,5
Wilhelmshaven, Stadt	683	- 157	54,6	8,9	50,8	-	37,2	-	33,4	+6,0	25,3	4,1	-
Ammerland	1 262	- 128	46,7	2,8	51,4	2,7	36,6	12,8	40,0	+0,8	-	4,8	3,1
Aurich	1 992	- 350	47,8	3,7	58,1	6,9	2,4	23,1	30,6	+3,3	28,4	3,3	5,3
Cloppenburg	2 116	- 111	48,0	4,4	52,7	3,9	38,9	16,9	33,2	+2,2	-	1,8	5,2
Emsland	3 619	- 342	49,4	5,1	51,1	2,1	47,6	5,1	39,0	+3,1	3,3	2,9	-
Friesland	928	- 111	47,7	2,3	23,8	0,2	29,1	0,3	33,0	+2,8	27,6	4,1	5,7
Grafschaft Bentheim	1 520	- 192	48,9	8,9	48,1	14,0	7,2	34,7	36,7	+3,3	-	2,1	5,3
Leer	1 811	- 117	49,0	4,3	48,1	6,9	21,1	19,4	26,3	+3,2	15,7	2,9	7,7
Oldenburg	1 221	- 55	42,7	4,8	49,2	3,1	34,7	14,9	33,2	+3,4	8,4	2,6	3,1
Osnabrück	3 277	- 412	48,0	4,9	44,7	4,9	32,9	13,8	30,2	+1,4	12,4	2,2	3,7
Vechta	1 706	- 149	51,2	5,8	58,6	2,8	35,8	14,4	41,7	-0,4	-	2,4	2,9
Wesermarsch	993	- 207	46,0	3,0	43,3	2,7	32,7	4,4	40,9	+1,6	13,2	2,2	3,8
Wittmund	592	- 149	44,6	4,1	29,2	13,0	7,1	35,1	32,9	+1,4	-	3,5	8,3
Stat. Region Weser-Ems	**26 799**	**-2 960**	**48,3**	**4,9**	**49,2**	**4,4**	**27,9**	**13,7**	**36,6**	**+1,8**	**10,6**	**2,8**	**4,0**
Niedersachsen	**79 634**	**-8 802**	**47,9**	**4,9**	**48,8**	**4,2**	**19,9**	**14,8**	**39,9**	**+0,9**	**14,9**	**2,3**	**4,0**

1) Einschließlich entsprechender Zweige der Kooperativen Gesamtschule (KGS).
2) Schulart mit mehreren Bildungsgängen.
3) IGS = Integrierte Gesamtschule.
4) SmG = Schule mit Gesamtschulcharakter.
5) FöS = Förderschule.
6) Bei dieser Schulgliederung gibt es im Vergleich zu den anderen Schulgliederungen nur den Schuljahrgang 5 und 10.

Quelle: Schulstatistik.

Tab. 3.3.1 Abgängerinnen und Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss 2014 [1)2)]

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	insgesamt	davon		Veränderung		Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung[3)]
		männlich	weiblich	2013/2014	2009/2014	
		%				
Braunschweig, Stadt	140	60,0	40,0	-7,3	-20,5	7,2
Salzgitter, Stadt	43	65,1	34,9	+16,2	-48,2	4,3
Wolfsburg, Stadt	57	64,9	35,1	-6,6	+14,0	5,5
Gifhorn	60	58,3	41,7	-25,9	-44,4	3,0
Göttingen	107	63,6	36,4	+0,9	-13,0	4,5
Goslar	105	54,3	45,7	+31,3	-6,3	8,3
Helmstedt	45	57,8	42,2	-16,7	+32,4	4,9
Northeim	86	55,8	44,2	+34,4	+1,2	6,0
Osterode am Harz	44	63,6	36,4	+63,0	-10,2	5,7
Peine	52	67,3	32,7	-11,9	-33,3	3,4
Wolfenbüttel	45	44,4	55,6	0,0	-51,6	3,4
Stat. Region Braunschweig	**784**	**59,4**	**40,6**	**+2,5**	**-20,9**	**5,0**
Region Hannover	518	60,0	40,0	-4,8	-24,9	4,8
dav. Hannover, Landeshauptstadt	275	62,2	37,8	+3,0	-13,2	6,6
dav. Hannover, Umland	243	57,6	42,4	-12,3	-34,9	3,7
Diepholz	62	53,2	46,8	-25,3	-36,1	2,5
Hameln-Pyrmont	88	56,8	43,2	-21,4	-17,8	5,9
Hildesheim	180	58,9	41,1	-0,6	-25,3	6,3
Holzminden	51	78,4	21,6	+2,0	-10,5	6,7
Nienburg (Weser)	119	52,1	47,9	+52,6	+67,6	8,6
Schaumburg	32	50,0	50,0	-48,4	-60,0	1,8
Stat. Region Hannover	**1 050**	**58,9**	**41,1**	**-5,4**	**-21,8**	**4,9**
Celle	92	65,2	34,8	-19,3	-42,5	4,8
Cuxhaven	138	61,6	38,4	-3,5	-25,4	6,2
Harburg	72	72,2	27,8	-1,4	-32,7	2,6
Lüchow-Dannenberg	40	62,5	37,5	+42,9	-11,1	8,2
Lüneburg	72	56,9	43,1	-5,3	-17,2	3,6
Osterholz	66	63,6	36,4	-12,0	-25,0	5,1
Rotenburg (Wümme)	97	60,8	39,2	+2,1	-40,5	5,0
Heidekreis	94	50,0	50,0	-26,6	-27,7	6,1
Stade	87	60,9	39,1	-22,3	-41,2	3,8
Uelzen	44	61,4	38,6	+25,7	-32,3	4,4
Verden	54	64,8	35,2	-27,0	-28,0	3,6
Stat. Region Lüneburg	**856**	**61,4**	**38,6**	**-10,2**	**-31,7**	**4,5**
Delmenhorst, Stadt	52	46,2	53,8	-11,9	-20,0	6,9
Emden, Stadt	62	56,5	43,5	+17,0	+47,6	11,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	92	56,5	43,5	-19,3	-27,0	6,3
Osnabrück, Stadt	95	56,8	43,2	-3,1	-7,8	7,1
Wilhelmshaven, Stadt	31	61,3	38,7	-34,0	-60,3	4,8
Ammerland	48	58,3	41,7	+33,3	-41,5	3,4
Aurich	197	58,4	41,6	-1,5	-5,3	8,8
Cloppenburg	94	66,0	34,0	-9,6	-26,6	4,3
Emsland	208	67,8	32,2	+11,8	-14,4	5,3
Friesland	39	64,1	35,9	+2,6	-46,6	3,4
Grafschaft Bentheim	89	67,4	32,6	-23,9	-34,1	5,2
Leer	127	48,8	51,2	-9,3	-28,2	6,4
Oldenburg	59	42,4	57,6	+15,7	-27,2	3,8
Osnabrück	180	60,0	40,0	+25,9	-22,1	4,2
Vechta	106	65,1	34,9	+30,9	-4,5	6,0
Wesermarsch	49	55,1	44,9	+11,4	-3,9	4,6
Wittmund	27	59,3	40,7	-18,2	-22,9	3,9
Stat. Region Weser-Ems	**1 555**	**59,3**	**40,7**	**+0,7**	**-21,0**	**5,4**
Niedersachsen	**4 245**	**59,6**	**40,4**	**-2,9**	**-23,6**	**5,0**
Baden-Württemberg	5 868	60,3	39,7	+6,4	-13,6	5,2
Bayern	5 892	60,9	39,1	-1,7	-28,0	4,6
Berlin	2 430	57,5	42,5	+14,9	-12,5	9,2
Brandenburg	1 462	62,1	37,9	+2,1	-24,6	7,4
Bremen	448	59,4	40,6	-0,2	-3,2	7,6
Hamburg	755	61,1	38,9	+8,3	-37,8	5,2
Hessen	3 031	61,1	38,9	+0,1	-32,1	5,0
Mecklenburg-Vorpommern	961	62,2	37,8	-16,8	-40,6	8,0
Nordrhein-Westfalen	11 695	59,2	40,8	+4,5	-12,7	6,4
Rheinland-Pfalz	2 357	62,2	37,8	+0,5	-23,4	5,8
Saarland	489	60,7	39,3	-4,1	-31,1	5,4
Sachsen	2 348	61,2	38,8	-9,7	-12,7	7,9
Sachsen-Anhalt	1 528	61,9	38,1	+3,3	-22,9	9,3
Schleswig-Holstein	2 323	61,2	38,8	+3,8	+4,4	7,8
Thüringen	1 118	63,9	36,1	-5,0	-12,3	6,9
Deutschland	**46 950**	**60,4**	**39,6**	**+1,4**	**-19,5**	**6,0**

1) Einschließlich der Abgängerinnen und Abgänger mit Abschluss der Förderschulen.
2) In einigen Bundesländern Abweichungen zu früheren Veröffentlichungen und Publikationen der Kultusministerkonferenz.
3) Prozentanteil an der gleichaltrigen Bevölkerung (Durchschnittsjahrgang der 14- bis unter 16-Jährigen am 31.12. des Vorjahres).

Quelle: Statistik der allgemein bildenden Schulen.

Tab. 3.3.2 Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen mit allgemeiner Hochschulreife 2014

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Absolvent/-innen mit allgemeiner Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden[2)] Schulen	davon Absolvent/-innen mit allgemeiner Hochschulreife an		Abiturientenquote[3)]
		allgemein bildenden Schulen	berufsbildenden Schulen[2)]	
	Anzahl			%
Braunschweig, Stadt	1 356	1 206	150	59,7
Salzgitter, Stadt	341	259	82	31,6
Wolfsburg, Stadt	665	581	84	59,2
Gifhorn	501	448	53	24,6
Göttingen	1 261	1 094	167	45,9
Goslar	409	310	99	29,3
Helmstedt	293	293	-	30,8
Northeim	571	477	94	40,4
Osterode am Harz	292	207	85	40,3
Peine	506	472	34	34,1
Wolfenbüttel	346	334	12	26,1
Stat. Region Braunschweig	**6 541**	**5 681**	**860**	**39,5**
Region Hannover	4 883	4 440	443	43,4
dav. Hannover, LHSt	2 375	2 117	258	49,6
dav. Hannover, Umland	2 508	2 323	185	38,8
Diepholz	845	677	168	36,0
Hameln-Pyrmont	643	488	155	40,9
Hildesheim	1 344	1 039	305	44,3
Holzminden	153	108	45	19,1
Nienburg (Weser)	437	368	69	31,5
Schaumburg	775	706	69	45,5
Stat. Region Hannover	**9 080**	**7 826**	**1 254**	**41,1**
Celle	618	464	154	31,8
Cuxhaven	649	497	152	30,3
Harburg	1 066	859	207	41,1
Lüchow-Dannenberg	171	116	55	34,4
Lüneburg	846	695	151	43,2
Osterholz	506	421	85	41,5
Rotenburg (Wümme)	770	524	246	40,0
Heidekreis	599	489	110	38,7
Stade	822	617	205	36,1
Uelzen	297	276	21	28,9
Verden	559	467	92	37,4
Stat. Region Lüneburg	**6 903**	**5 425**	**1 478**	**37,1**
Delmenhorst, Stadt	363	256	107	45,1
Emden, Stadt	265	179	86	45,8
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 179	940	239	70,9
Osnabrück, Stadt	1 105	922	183	68,9
Wilhelmshaven, Stadt	323	261	62	41,1
Ammerland	381	348	33	28,4
Aurich	714	552	162	31,7
Cloppenburg	640	400	240	29,4
Emsland	1 272	911	361	32,8
Friesland	376	214	162	33,7
Grafschaft Bentheim	577	411	166	35,2
Leer	556	363	193	28,0
Oldenburg	257	183	74	17,7
Osnabrück	804	804	-	19,0
Vechta	674	546	128	37,4
Wesermarsch	326	283	43	31,1
Wittmund	219	219	-	32,3
Stat. Region Weser-Ems	**10 031**	**7 792**	**2 239**	**34,5**
Niedersachsen	**32 555**	**26 724**	**5 831**	**37,7**
Baden-Württemberg	50 523	33 531	16 992	42,2
Bayern[1)]	42 259	37 565	4 694	31,4
Berlin	13 493	12 285	1 208	48,2
Brandenburg	7 107	6 494	613	43,0
Bremen	3 156	2 784	372	47,8
Hamburg	9 103	8 459	644	55,8
Hessen	29 720	25 880	3 840	47,2
Mecklenburg-Vorpommern	4 108	3 678	430	39,4
Nordrhein-Westfalen	88 217	79 141	9 076	46,0
Rheinland-Pfalz	16 471	13 624	2 847	37,8
Saarland	3 631	3 223	408	36,0
Sachsen	9 761	8 193	1 568	38,1
Sachsen-Anhalt	4 582	4 254	328	31,8
Schleswig-Holstein	12 338	9 350	2 988	40,6
Thüringen	5 683	4 977	706	40,7
Deutschland	**332 707**	**280 162**	**52 545**	**41,0**

1) In Bayern 2014 Vorjahresdaten bei den Gymnasien. 2) Inkl. fachgebund. Hochschulreife. 3) Prozentanteil der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung: Durchschnittsjahrgang d. 17- bis unter 20-Jährigen (12 Schuljahre) bzw. Durchschnittsjahrgang d. 18- bis unter 21-Jährigen am 31.12.2013. Für Niedersachsen: eigene Berechnung.

Quelle: Für Niedersachsen: Statistik der allgemein bildenden Schulen, Statistik der berufsbildenden Schulen. Alle Länderergebnisse und das Bundesergebnis basieren auf Daten der Kultusministerkonferenz (KMK): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2005 bis 2014 (Statistische Veröffentlichungen der KMK, Dokumentation Nr. 209).

Tab. 3.3.3 Schulische Abschlüsse an berufsbildenden Schulen 2014

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Absolventen/-innen, Abgänger/-innen berufsbildender Schulen mit zusätzlich erworbenem schulischen Abschluss						Anteile der Absolvent/-innen nach zusätzlich erworbenem schulischen Abschluss				Veränderung der Absolvent./Abgänger berufsbild. Schulen mit zusätzl. erworb. schul. Abschluss 2009/2014
	insgesamt	weiblich	männlich	darunter mit Hauptschulabschluss[1]			Haupt-schul-abschluss	Realschul-abschluss[2]	Fachhoch-schulreife	Allg. Hoch-schulreife[3]	insgesamt
				insgesamt	weiblich	männlich					
	Anzahl						%				
Braunschweig, Stadt	1 586	739	847	104	33	71	6,6	40,6	43,4	9,5	+1,0
Salzgitter, Stadt	574	296	278	43	15	28	7,5	40,8	37,5	14,3	+19,1
Wolfsburg, Stadt	619	289	330	30	11	19	4,8	45,6	36,0	13,6	-5,9
Gifhorn	509	238	271	55	20	35	10,8	67,6	11,2	10,4	-19,3
Göttingen	1 321	669	652	58	22	36	4,4	43,8	39,1	12,6	+6,5
Goslar	774	404	370	80	36	44	10,3	38,0	38,9	12,8	-13,8
Helmstedt	184	64	120	40	19	21	21,7	66,3	12,0	0,0	+12,2
Northeim	846	342	504	108	35	73	12,8	47,4	28,7	11,1	+10,2
Osterode am Harz	495	260	235	49	20	29	9,9	48,9	24,0	17,2	+25,6
Peine	352	179	173	30	12	18	8,5	61,9	19,9	9,7	+9,3
Wolfenbüttel	264	106	158	16	9	7	6,1	56,4	33,0	4,5	-23,5
Stat. Region Braunschweig	**7 524**	**3 586**	**3 938**	**613**	**232**	**381**	**8,1**	**46,6**	**33,8**	**11,4**	**+0,7**
Region Hannover	4 988	2 343	2 645	365	137	228	7,3	49,2	34,6	8,9	+9,6
dav. Hannover, LHSt	3 804	1 788	2 016	292	113	179	7,7	48,2	37,4	6,8	+15,3
dav. Hannover, Umland	1 184	555	629	73	24	49	6,2	52,3	25,9	15,6	-5,5
Diepholz	790	355	435	45	16	29	5,7	41,6	31,4	21,3	+23,2
Hameln-Pyrmont	1 080	588	492	124	66	58	11,5	44,1	30,1	14,4	+14,5
Hildesheim	1 527	785	742	132	61	71	8,6	30,6	40,7	20,0	+19,1
Holzminden	268	129	139	17	4	13	6,3	31,0	45,9	16,8	-11,3
Nienburg (Weser)	765	408	357	75	28	47	9,8	43,9	37,3	9,0	+8,2
Schaumburg	684	302	382	51	29	22	7,5	42,1	40,4	10,1	+4,4
Stat. Region Hannover	**10 102**	**4 910**	**5 192**	**809**	**341**	**468**	**8,0**	**43,9**	**35,7**	**12,4**	**+11,2**
Celle	1 175	628	547	170	77	93	14,5	41,6	30,8	13,1	+12,5
Cuxhaven	924	411	513	77	33	44	8,3	44,9	30,3	16,5	+10,3
Harburg	851	456	395	56	20	36	6,6	51,1	18,0	24,3	+2,3
Lüchow-Dannenberg	203	95	108	5		5	2,5	44,8	25,6	27,1	+5,2
Lüneburg	886	415	471	99	35	64	11,2	44,7	27,1	17,0	+5,5
Osterholz	509	255	254	59	19	40	11,6	42,2	29,5	16,7	+1,6
Rotenburg (Wümme)	1 103	541	562	102	44	58	9,2	48,9	19,6	22,3	+19,5
Heidekreis	761	399	362	115	54	61	15,1	50,1	20,4	14,5	-8,0
Stade	1 112	555	557	112	44	68	10,1	46,9	24,6	18,4	-0,4
Uelzen	524	246	278	79	37	42	15,1	40,1	40,8	4,0	+6,1
Verden	462	246	216	34	12	22	7,4	45,0	27,7	19,9	+7,7
Stat. Region Lüneburg	**8 510**	**4 247**	**4 263**	**908**	**375**	**533**	**10,7**	**45,8**	**26,1**	**17,4**	**+5,9**
Delmenhorst, Stadt	565	313	252	20	11	9	3,5	47,6	29,9	18,9	+8,2
Emden, Stadt	688	310	378	41	15	26	6,0	53,6	27,9	12,5	+6,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 530	786	744	66	29	37	4,3	45,6	34,4	15,6	+18,3
Osnabrück, Stadt	2 284	1 123	1 161	87	37	50	3,8	47,2	41,0	8,0	+16,1
Wilhelmshaven, Stadt	417	197	220	23	8	15	5,5	49,4	30,2	14,9	-19,8
Ammerland	577	183	394	79	23	56	13,7	53,2	27,4	5,7	+8,5
Aurich	763	353	410	135	50	85	17,7	45,1	16,0	21,2	+12,0
Cloppenburg	1 448	682	766	173	87	86	11,9	40,7	30,8	16,6	+12,9
Emsland	2 510	1 229	1 281	187	76	111	7,5	38,3	39,8	14,4	+1,9
Friesland	621	317	304	39	20	19	6,3	47,0	20,6	26,1	+10,7
Grafschaft Bentheim	944	482	462	105	30	75	11,1	47,4	23,9	17,6	+19,8
Leer	1 188	561	627	239	106	133	20,1	41,0	22,6	16,2	+6,8
Oldenburg	387	164	223	27	13	14	7,0	32,6	41,3	19,1	+17,6
Osnabrück	740	325	415	85	33	52	11,5	45,7	42,8	0,0	+17,3
Vechta	894	475	419	31	21	10	3,5	50,1	32,1	14,3	+3,8
Wesermarsch	335	151	184	34	15	19	10,1	58,2	18,8	12,8	-6,7
Wittmund	359	187	172	21	9	12	5,8	58,8	35,4	0,0	+5,6
Stat. Region Weser-Ems	**16 250**	**7 838**	**8 412**	**1 392**	**583**	**809**	**8,6**	**45,3**	**32,3**	**13,8**	**+9,1**
Niedersachsen	**42 386**	**20 581**	**21 805**	**3 722**	**1 531**	**2 191**	**8,8**	**45,3**	**32,1**	**13,8**	**+7,4**
Baden-Württemberg	51 570	24 444	27 126	3 266	1 285	1 981	6,3	22,2	38,5	32,9	X
Bayern	40 796	18 730	22 066	3 519	1 266	2 253	8,6	28,6	51,3	11,5	X
Berlin	7 758	3 520	4 238	1 319	574	745	17,0	27,3	39,9	15,8	X
Brandenburg	4 629	1 969	2 660	1 045	324	721	22,6	31,8	32,4	13,2	X
Bremen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Hamburg	4 750	1 915	2 835	495	178	317	10,4	37,9	38,1	13,6	X
Hessen	20 346	9 597	10 749	1 962	797	1 165	9,6	17,6	53,8	18,9	X
Mecklenburg-Vorpommern	1 201	526	675	262	103	159	21,8	13,7	28,7	35,8	X
Nordrhein-Westfalen	50 771	25 818	24 953	9 216	3 467	5 749	18,2	32,3	31,7	17,9	X
Rheinland-Pfalz	13 676	6 869	6 807	1 248	473	775	9,1	18,6	51,5	20,8	X
Saarland	4 311	2 172	2 139	390	122	268	9,0	24,5	57,0	9,5	X
Sachsen	6 049	3 072	2 977	1 426	611	815	23,6	11,1	39,4	25,9	X
Sachsen-Anhalt	4 320	2 037	2 283	676	274	402	15,6	51,6	25,1	7,6	X
Schleswig-Holstein	11 631	5 297	6 334	1 221	459	762	10,5	33,6	30,2	25,7	X
Thüringen	3 590	1 842	1 748	380	140	240	10,6	23,1	46,6	19,7	X
Deutschland	**262 787**	**125 861**	**136 926**	**X**	**X**	**X**	**X**	**X**	**X**	**X**	**X**

1) Summe der Personen, die neben dem beruflichen Abschluss den HS-Abschluss oder den SEK I-HS-Abschluss erworben haben, und solchen, die die BBS ohne erfolgreichen beruflichen Abschluss verlassen, aber zumindest den HS-Abschluss erlangt haben.
2) Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: einschließlich schulischer Teil der Fachhochschulreife.
3) Inkl. fachgebundene Hochschulreife.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen.

Tab. 3.3.4 Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger[1] 2009 bis 2014 nach Bundesländern

Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014[2]	Veränderung 2009/2014[2]
	%						%-Punkte	
Insgesamt								
Baden-Württemberg	9,5	9,8	9,9	8,3	7,6	7,9	+0,3	-1,6
Bayern	8,8	9,4	9,1	7,4	7,3	6,4	-0,9	-2,4
Berlin	14,2	14,6	13,1	13,0	11,9	13,5	+1,6	-0,7
Brandenburg	9,0	9,6	10,2	10,0	10,6	9,0	-1,6	0,0
Bremen	14,5	14,3	17,2	13,3	14,9	14,0	-0,9	-0,5
Hamburg	12,1	13,2	13,2	12,5	11,6	11,8	+0,2	-0,3
Hessen	11,4	11,8	10,6	9,1	10,0	9,7	-0,3	-1,7
Mecklenburg-Vorpommern	9,3	9,2	9,9	11,0	9,6	9,9	+0,3	+0,6
Niedersachsen	**12,6**	**13,9**	**14,1**	**11,8**	**10,8**	**10,7**	**-0,1**	**-1,9**
Nordrhein-Westfalen	13,7	14,6	13,6	12,8	11,6	11,3	-0,3	-2,4
Rheinland-Pfalz	13,7	15,5	13,5	12,5	13,1	10,4	-2,7	-3,3
Saarland	14,4	13,2	15,4	12,9	14,1	11,9	-2,2	-2,5
Sachsen	6,7	7,6	7,7	7,7	6,5	6,8	+0,3	+0,1
Sachsen-Anhalt	10,8	11,7	12,9	11,1	9,7	9,3	-0,4	-1,5
Schleswig-Holstein	12,1	12,6	12,9	12,3	10,3	12,8	+2,5	+0,7
Thüringen	5,4	6,3	7,7	7,0	7,7	6,1	-1,6	+0,7
Deutschland	**11,1**	**11,9**	**11,6**	**10,4**	**9,8**	**9,5**	**-0,3**	**-1,6**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	11,6	12,3	11,9	10,4	9,9	9,5	-0,4	-2,1
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	9,3	10,0	10,2	10,0	9,4	9,4	0,0	+0,1
Frauen								
Baden-Württemberg	9,5	10,0	9,9	8,3	7,3	7,3	0,0	-2,2
Bayern	8,2	9,1	8,0	6,8	7,0	6,2	-0,8	-2,0
Berlin	13,0	12,4	11,2	10,8	9,1	11,9	+2,8	-1,1
Brandenburg	7,5	7,1	8,4	10,3	10,1	.	.	.
Bremen	.	.	.	.	.	.	.	.
Hamburg	10,2	11,7	11,0	11,1	11,9	9,7	-2,2	-0,5
Hessen	10,4	10,6	9,5	8,4	9,2	8,9	-0,3	-1,5
Mecklenburg-Vorpommern	8,9	.	8,8	10,9	.	.	.	.
Niedersachsen	**12,4**	**12,8**	**13,7**	**10,0**	**10,4**	**9,9**	**-0,5**	**-2,5**
Nordrhein-Westfalen	13,5	13,5	12,3	12,1	10,8	11,1	+0,3	-2,4
Rheinland-Pfalz	13,5	14,5	12,2	13,2	12,7	9,9	-2,8	-3,6
Saarland	14,0	.	.	.	14,2	.	.	.
Sachsen	6,6	7,6	7,5	7,2	6,7	6,6	-0,1	0,0
Sachsen-Anhalt	9,8	9,1	11,6	10,1	.	.	.	.
Schleswig-Holstein	13,1	12,8	12,0	11,6	10,3	12,5	+2,2	-0,6
Thüringen	6,0	6,4	6,7	.	.	.	.	.
Deutschland	**10,8**	**11,0**	**10,6**	**9,7**	**9,3**	**9,0**	**-0,3**	**-1,8**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	11,3	11,6	11,0	9,9	9,5	9,0	-0,5	-2,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	8,8	8,6	9,1	9,1	8,3	8,8	+0,5	0,0
Männer								
Baden-Württemberg	9,5	9,7	9,9	8,3	7,9	8,5	+0,6	-1,0
Bayern	9,5	9,7	10,2	7,8	7,6	6,6	-1,0	-2,9
Berlin	15,5	17,0	15,0	15,2	14,8	15,3	+0,5	-0,2
Brandenburg	10,4	11,7	11,8	9,7	11,0	9,2	-1,8	-1,2
Bremen	.	.	.	.	.	.	.	.
Hamburg	14,1	14,9	15,4	13,9	11,4	13,9	+2,5	-0,2
Hessen	12,4	13,1	11,7	9,7	10,7	10,4	-0,3	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	9,6	11,6	10,9	11,0	.	.	.	.
Niedersachsen	**12,7**	**15,0**	**14,5**	**13,5**	**11,1**	**11,5**	**+0,4**	**-1,2**
Nordrhein-Westfalen	14,0	15,7	14,8	13,4	12,3	11,4	-0,9	-2,6
Rheinland-Pfalz	13,9	16,6	14,8	11,8	13,4	10,9	-2,5	-3,0
Saarland	14,8	14,8	18,4	14,7	14,0	.	.	.
Sachsen	6,7	7,6	7,9	8,1	6,3	7,0	+0,7	+0,3
Sachsen-Anhalt	11,7	13,9	14,0	11,8	10,5	9,4	-1,1	-2,3
Schleswig-Holstein	11,2	12,5	13,6	12,9	10,4	13,1	+2,7	+1,9
Thüringen	4,8	6,2	8,5	8,0	8,3	.	.	.
Deutschland	**11,5**	**12,7**	**12,5**	**11,0**	**10,3**	**10,0**	**-0,3**	**-1,5**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	12,0	13,1	12,8	11,0	10,3	10,0	-0,3	-2,0
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	9,8	11,3	11,2	10,8	10,4	10,1	-0,3	+0,3

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-)Hochschulreife (maximal ISCED 2), die sich nicht in schulischer oder beruflicher Ausbildung befindet und nicht an Weiterbildung teilnimmt. Grundwehr- und Zivildienstleistende sind von der Berechnung ausgeschlossen.

Die Hochrechnung basierte bis 2013 auf der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis VZ 1987 (West) bzw. Registerzählung 1990 (Ost); ab 2014 Hochrechnung auf Basis Zensus 2011.
. = Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Tab. 3.4.1 Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge[1)] 2010 und 2014 nach Bundesländern

Land Geschlecht	2010		2014				Veränderung der Quote der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge 2010/2014[2)]
	vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Quote der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge[3)]	vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Quote der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge[3)]	Auszubildende am 31.12.	Lösungsquote je 100 Auszubildende[2)3)]	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		%-Punkte
Baden-Württemberg	16 101	19,5	17 334	21,4	192 441	9,0	+1,9
Bayern	20 955	20,4	22 734	22,5	242 076	9,4	+2,1
Berlin	5 901	27,1	6 318	33,4	40 497	15,6	+6,3
Brandenburg	4 473	26,8	3 498	29,9	26 265	13,3	+3,1
Bremen	1 494	23,1	1 509	24,1	14 781	10,2	+1,0
Hamburg	3 864	25,4	4 146	28,1	31 926	13,0	+2,7
Hessen	9 534	22,2	9 423	22,9	97 731	9,6	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 041	31,5	2 985	32,8	19 398	15,4	+1,3
Niedersachsen	**14 244**	**22,6**	**15 450**	**24,7**	**146 106**	**10,6**	**+2,1**
Nordrhein-Westfalen	29 625	22,2	30 567	23,4	309 876	9,9	+1,2
Rheinland-Pfalz	7 869	25,0	7 764	26,2	68 673	11,3	+1,2
Saarland	2 466	27,9	2 163	27,3	18 051	12,0	-0,6
Sachsen	6 660	25,7	5 364	26,7	47 064	11,4	+1,0
Sachsen-Anhalt	4 764	29,2	4 161	33,5	28 320	14,7	+4,3
Schleswig-Holstein	6 018	26,2	6 078	27,7	49 224	12,3	+1,5
Thüringen	4 233	27,7	3 588	30,9	26 118	13,7	+3,2
Deutschland	**142 242**	**23,0**	**143 082**	**24,6**	**1 358 550**	**10,5**	**+1,6**
dav. Männer	80 217	.	83 838	.	837 858	10,0	.
dav. Frauen	62 025	.	59 244	.	520 692	11,4	.
dav. Westdeutschland	112 170	22,0	117 168	23,6	1 170 888	10,0	+1,6
dav. Ostdeutschland	30 069	27,6	25 914	30,9	187 662	13,8	+3,3

1) "Datensystem Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder
2) Eigene Berechnung.
3) Auszubildende können nach vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen weitere Ausbildungen beginnen. Daher ist die Lösungsquote je 100 Auszubildende niedriger als die

Tab. 3.4.2 Bestandene Abschlussprüfungen im Prüfungsjahr 2014 (Wintersemester 2013/2014 und Sommersemester 2014) nach Hochschulart (Erst- und weiteres Studium)

Hochschulart Prüfungsgruppe Länder	Bestandene Abschlussprüfungen (Erst- und weiteres Studium)											
	insgesamt	darunter Frauen		Veränd. des Frauenanteils 2009/2014	und zwar							
					Deutsche				Erstabschluss			
					insgesamt		darunter Frauen		insgesamt		darunter Frauen	
	Anzahl		%	%-Punkte	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Niedersachsen												
Universitäten	23 340	13 154	56,4	-2,2	21 470	92,0	12 222	52,4	13 114	56,2	7 442	31,9
Kunsthochschulen	409	270	66,0	+3,9	313	76,5	214	52,3	250	61,1	166	40,6
Fachhochschulen	10 132	4 522	44,6	+1,0	9 573	94,5	4 283	42,3	8 483	83,7	3 856	38,1
Verwaltungsfachhochschulen	380	238	62,6	+2,5	380	100,0	238	62,6	380	100,0	238	62,6
Insgesamt	**34 261**	**18 184**	**53,1**	**-1,3**	**31 736**	**92,6**	**16 957**	**49,5**	**22 227**	**64,9**	**11 702**	**34,2**
davon:												
Universitärer Abschluss (ohne Lehramt)	17 845	9 609	53,8	-3,9	16 425	92,0	8 898	49,9	12 530	70,2	6 968	39,0
Promotion	2 289	1 062	46,4	+0,7	1 886	82,4	880	38,4	-	-	-	-
Lehramtsabschluss	3 218	2 511	78,0	+4,2	3 172	98,6	2 470	76,8	683	21,2	551	17,1
Künstlerischer Abschluss	281	178	63,3	+2,2	192	68,3	127	45,2	145	51,6	89	31,7
Fachhochschulabschluss	10 515	4 760	45,3	+1,4	9 956	94,7	4 521	43,0	8 868	84,3	4 094	38,9
Sonstiger Abschluss	113	64	56,6	-5,9	105	92,9	61	54,0	1	0,9	-	-
Länder Insgesamt												
Baden-Württemberg	70 304	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Bayern	71 942	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Berlin	30 337	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Brandenburg	9 575	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Bremen	6 194	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Hamburg	15 625	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Hessen	36 059	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	6 768	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	96 320	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Rheinland-Pfalz	23 690	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Saarland	5 132	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Sachsen	22 602	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Sachsen-Anhalt	10 227	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Schleswig-Holstein	10 136	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Thüringen	11 331	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
Deutschland	**460 503**	**232 627**	**50,5**	**-0,5**	**416 832**	**90,5**	.	.	.	.	.	.

Quelle: Hochschulstatistik.

Tab. 3.5.1 Niedriger Bildungsstand[1] 2010 bis 2015 nach Bundesländern und Geschlecht

Land	Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-) Hochschulreife (maximal ISCED 2) an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe						Veränderung des Anteils	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2014/2015	2010/2015
	%						%-Punkte	
Insgesamt								
Baden-Württemberg	15,5	15,0	14,9	14,6	13,9	14,0	0,1	-1,5
Bayern	13,3	13,0	12,6	12,2	11,2	11,2	0,0	-2,1
Berlin	15,7	15,6	15,4	15,7	14,7	15,1	0,4	-0,6
Brandenburg	6,3	6,2	6,8	6,4	6,2	6,6	0,4	0,3
Bremen	20,4	19,9	20,4	20,4	19,5	21,4	1,9	1,0
Hamburg	15,1	15,1	15,5	16,0	16,0	14,7	-1,3	-0,4
Hessen	14,9	14,1	13,6	13,8	14,5	14,6	0,1	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	6,3	6,9	6,7	7,1	7,0	7,2	0,2	0,9
Niedersachsen	**15,3**	**14,3**	**14,4**	**14,2**	**13,6**	**13,8**	**0,2**	**-1,5**
Nordrhein-Westfalen	18,7	18,3	18,3	18,4	17,6	17,8	0,2	-0,9
Rheinland-Pfalz	16,9	16,2	16,1	16,7	15,1	15,3	0,2	-1,6
Saarland	16,2	16,4	16,3	16,6	16,8	15,8	-1,0	-0,4
Sachsen	4,0	4,0	4,2	4,0	4,1	4,1	0,0	0,1
Sachsen-Anhalt	6,2	5,8	6,0	6,3	5,9	6,9	1,0	0,7
Schleswig-Holstein	13,3	12,5	12,7	12,5	12,0	11,7	-0,3	-1,6
Thüringen	5,0	4,1	4,1	4,6	4,1	4,5	0,4	-0,5
Deutschland	**14,2**	**13,7**	**13,7**	**13,7**	**13,1**	**13,2**	**0,1**	**-1,0**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	15,9	15,4	15,3	15,2	14,6	14,6	0,0	-1,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	7,6	7,4	7,6	7,7	7,3	7,7	0,4	0,1
Frauen								
Baden-Württemberg	18,9	18,3	18,2	17,6	16,7	16,4	-0,3	-2,5
Bayern	17,1	16,4	15,9	15,2	14,0	13,4	-0,6	-3,7
Berlin	16,3	16,1	15,4	15,8	14,6	14,9	0,3	-1,4
Brandenburg	6,3	6,5	7,0	6,6	5,9	6,3	0,4	0,0
Bremen	21,8	22,5	23,7	23,7	22,1	22,7	0,6	0,9
Hamburg	16,4	15,5	16,4	16,2	16,5	14,5	-2,0	-1,9
Hessen	18,0	16,9	16,1	15,8	16,7	16,6	-0,1	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	6,8	7,0	6,5	6,9	7,0	7,1	0,1	0,3
Niedersachsen	**18,2**	**16,8**	**17,0**	**16,6**	**15,7**	**16,0**	**0,3**	**-2,2**
Nordrhein-Westfalen	21,3	20,8	20,5	20,5	19,5	19,7	0,2	-1,6
Rheinland-Pfalz	20,2	19,7	19,6	20,0	17,9	18,0	0,1	-2,2
Saarland	19,5	20,1	20,3	20,7	20,1	18,2	-1,9	-1,3
Sachsen	4,1	3,9	4,3	3,9	3,9	4,1	0,2	0,0
Sachsen-Anhalt	6,6	6,0	6,5	6,4	6,0	6,6	0,6	0,0
Schleswig-Holstein	14,9	14,0	14,2	14,0	13,5	13,5	0,0	-1,4
Thüringen	5,2	4,5	4,4	5,0	4,1	4,5	0,4	-0,7
Deutschland	**16,7**	**16,1**	**15,9**	**15,7**	**14,9**	**14,9**	**0,0**	**-1,8**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	18,9	18,2	18,0	17,7	16,9	16,7	-0,2	-2,2
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	7,9	7,7	7,8	7,8	7,3	7,6	0,3	-0,3
Männer								
Baden-Württemberg	12,1	11,7	11,6	11,6	11,1	11,6	0,5	-0,5
Bayern	9,5	9,6	9,3	9,2	8,5	9,0	0,5	-0,5
Berlin	15,0	15,1	15,3	15,5	14,8	15,3	0,5	0,3
Brandenburg	6,3	6,0	6,7	6,3	6,4	6,8	0,4	0,5
Bremen	19,0	17,4	17,2	17,3	16,9	20,2	3,3	1,2
Hamburg	13,8	14,6	14,6	15,8	15,5	15,0	-0,5	1,2
Hessen	11,9	11,2	11,2	11,9	12,3	12,5	0,2	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	6,8	6,9	7,3	7,0	7,2	0,2	1,4
Niedersachsen	**12,5**	**11,8**	**11,9**	**11,7**	**11,4**	**11,6**	**0,2**	**-0,9**
Nordrhein-Westfalen	16,0	15,7	16,0	16,3	15,7	15,8	0,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	13,7	12,8	12,6	13,4	12,2	12,6	0,4	-1,1
Saarland	12,9	12,7	12,3	12,6	13,5	13,4	-0,1	0,5
Sachsen	3,9	4,0	4,1	4,1	4,2	4,1	-0,1	0,2
Sachsen-Anhalt	5,8	5,7	5,6	6,2	5,8	7,1	1,3	1,3
Schleswig-Holstein	11,6	10,9	11,3	10,9	10,5	9,8	-0,7	-1,8
Thüringen	4,8	3,7	3,8	4,3	4,0	4,6	0,6	-0,2
Deutschland	**11,7**	**11,4**	**11,5**	**11,7**	**11,3**	**11,5**	**0,2**	**-0,2**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	12,9	12,5	12,5	12,7	12,3	12,5	0,2	-0,4
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	7,2	7,2	7,4	7,6	7,4	7,8	0,4	0,6

1) Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-) Hochschulreife (maximal ISCED 2) an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe. Hochrechnung bis 2013 auf Basis der Bevölkerungsfoprtschreibung auf Basis VZ 1987 (West) bzw. der Registerzählung 1990 (Ost); ab 2014 auf Basis Zensus 2011.

Quelle: Mikrozensus; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Tab. 3.5.2 Bevölkerung in Niedersachsen 2014 nach allgemeinem Schulabschluss und beruflichem Bildungsabschluss

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land Insgesamt Geschlecht	Insgesamt	Darunter				
		mit allgemeinem Schulabschluss			mit beruflichem Bildungsabschluss	
		Haupt-(Volks-)schul-abschluss[1]	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss[2]	Fachhochschul-/ Hochschulreife	Lehre/ Berufsaus-bildung Fachschul-abschluss[3]	Fachhoch-/ Hochschule, Promotion[4]
	1 000					
Braunschweig, Stadt	248	65	55	82	108	49
Salzgitter, Stadt	98	34	23	18	48	(8)
Wolfsburg, Stadt	123	37	27	31	59	15
Gifhorn	172	53	43	33	79	16
Göttingen	.	.	.	.	.	.
dav. Göttingen, Stadt	117	18	19	58	37	34
dav. Göttingen, Umland	131	42	40	29	76	12
Goslar	138	47	36	31	73	14
Helmstedt	90	32	24	14	48	(6)
Northeim	135	45	38	23	75	10
Osterode am Harz	74	29	22	10	43	(5)
Peine	130	43	35	26	67	13
Wolfenbüttel	120	36	30	28	62	16
Stat. Region Braunschweig	.	.	.	.	.	.
Region Hannover	.	.	.	.	.	.
dav. Hannover, Landeshauptstadt	516	103	116	202	220	106
dav. Hannover, Umland	606	166	169	141	322	73
Diepholz	210	68	62	41	114	20
Hameln-Pyrmont	148	54	42	26	82	13
Hildesheim	275	80	79	59	147	28
Holzminden	72	27	21	(10)	43	/
Nienburg (Weser)	120	47	29	21	63	(9)
Schaumburg	156	52	36	35	83	18
Stat. Region Hannover	.	.	.	.	.	.
Celle	176	54	49	31	90	17
Cuxhaven	197	70	53	36	112	17
Harburg	243	61	71	63	131	33
Lüchow-Dannenberg und Uelzen*)	141	48	39	31	79	16
Lüneburg	177	47	51	43	90	24
Osterholz	111	32	28	23	58	11
Rotenburg (Wümme)	161	50	47	30	86	15
Heidekreis	136	43	37	20	70	(9)
Stade	197	61	55	37	102	20
Verden	133	39	36	28	67	15
Stat. Region Lüneburg	.	.	.	.	.	.
Delmenhorst, Stadt	74	25	18	12	40	/
Emden, Stadt und Leer, LK*)	215	89	53	33	120	15
Oldenburg (Oldb), Stadt	160	34	37	59	70	32
Osnabrück, Stadt	157	38	38	53	68	29
Wilhelmshaven, Stadt	76	26	20	16	39	(7)
Ammerland	119	41	29	24	62	13
Aurich	187	72	46	32	96	16
Cloppenburg	160	56	40	22	79	10
Emsland	314	115	82	50	166	21
Friesland und Wittmund*)	153	55	44	25	87	12
Grafschaft Bentheim	134	50	40	22	75	10
Oldenburg	126	41	31	27	67	14
Osnabrück	351	109	97	62	184	29
Vechta	134	43	36	28	67	13
Wesermarsch	89	30	27	16	50	(7)
Stat. Region Weser-Ems	.	.	.	.	.	.
Niedersachsen	**7 799**	**2 409**	**2 054**	**1 742**	**4 005**	**878**
Bevölkerungsanteil in %	100,0	30,9	26,3	22,3	51,4	11,3
dav. männlich	3 829	1 199	907	924	2 041	495
Bevölkerungsanteil in %	100,0	31,3	23,7	24,1	53,3	12,9
dav. weiblich	3 970	1 211	1 147	818	1 965	383
Bevölkerungsanteil in %	100,0	30,5	28,9	20,6	49,5	9,6

*) = Aufgrund zu geringer Besetzungszahlen konnte für einige Gebiete nur ein gemeinsamer Wert gebildet werden. Betroffen sind die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen, die Stadt Emden und der Landkreis Leer sowie die Landkreise Friesland und Wittmund.
1) Einschl. Abschluss nach der 8. oder 9. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR.
2) Einschl. Abschluss der 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR.
3) Lehre/Berufsausbildung im dualen System, einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, Anlernausbildung, Abschluss einer 1.jährigen Schule des Gesundheitswesens, Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie bzw. der Fachschule der ehemaligen DDR.
4) Auch Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschule.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 3.5.3 Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Qualifikation (allgemeiner Schulabschluss)

Land	Mit Angabe zum allgemeinen Schulabschluss*)						
	Erwerbstätige insgesamt	ohne allgemeinen Schulabschluss[1]	noch in schulischer Ausbildung	Haupt-(Volks-) schulabschluss[2]	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss[3]	Fachhochschul-/ Hochschulreife	
						Anteil an Erwerbstätigen	Anzahl
	1 000					%	1 000
Baden-Württemberg	5 566	140	38	1 661	1 749	35,5	1 978
Bayern	6 641	124	23	2 455	1 911	32,0	2 128
Berlin	1 641	48	/	183	550	52,4	860
Brandenburg	1 192	11	/	109	689	32,1	383
Bremen	301	11	/	60	91	46,2	139
Hamburg	896	40	/	138	228	54,7	490
Hessen	2 984	70	17	687	963	41,8	1 247
Mecklenburg-Vorpommern	729	(6)	/	90	448	25,4	185
Niedersachsen	**3 771**	**74**	**16**	**975**	**1 454**	-	**1 252**
Anteil an Erwerbstätigen in %	**100,0**	**2,0**	**0,4**	**25,9**	**38,6**	**33,2**	
Nordrhein-Westfalen	8 268	266	40	2 286	2 286	41,0	3 390
Rheinland-Pfalz	1 983	41	11	646	602	34,4	683
Saarland	455	10	/	167	126	33,4	152
Sachsen	1 927	(9)	/	201	1 130	30,5	587
Sachsen-Anhalt	1 024	(8)	/	100	650	26,0	266
Schleswig-Holstein	1 347	27	10	367	478	34,5	465
Thüringen	1 055	(7)	/	124	644	26,5	280
Deutschland	**39 801**	**893**	**174**	**10 249**	**13 999**	-	**14 486**
Anteil an Erwerbstätigen in %	**100,0**	**2,2**	**0,4**	**25,8**	**35,2**	**36,4**	**-**

*) Ohne Schülerinnen und Schüler, die bereits einen Schulabschluss erreicht haben, aber weiterhin eine allgemeinbildende Schule besuchen.
1) Einschließlich Personen mit höchstens 7 Jahren Schulbesuch.
2) Einschl. Abschluss der 8. oder 9. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR.
3) Einschl. Abschluss der 10. Klasse der allgemeinbildenden technischen Oberschule der ehemaligen DDR.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 3.5.4 Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Qualifikation (beruflicher Ausbildungs-/Hochschulabschluss)

Land	Mit Angabe zum beruflichen Ausbildungs- bzw. Hochschulabschluss						
	Erwerbstätige insgesamt	ohne beruflichen Abschluss[1]	Lehre/Berufs-ausbildung[2]	Fachschul-abschluss[3]	Fachhochschul-abschluss[4]	Hochschul-abschluss	Promotion
	1 000						
Baden-Württemberg	5 566	1 053	2 727	671	447	575	93
Bayern	6 625	1 030	3 508	763	460	753	111
Berlin	1 645	297	671	130	116	386	45
Brandenburg	1 194	94	706	182	88	114	10
Bremen	299	69	140	20	23	47	/
Hamburg	901	184	387	56	80	176	18
Hessen	2 981	561	1 454	285	240	390	51
Mecklenburg-Vorpommern	727	63	450	106	41	58	(9)
Niedersachsen	**3 764**	**615**	**2 177**	**328**	**246**	**359**	**39**
Anteil an Erwerbstätigen in %	**100,0**	**16,3**	**57,8**	**8,7**	**6,5**	**9,5**	**1,0**
Nordrhein-Westfalen	8 264	1 678	4 275	736	561	907	107
Rheinland-Pfalz	1 979	372	1 049	214	144	171	29
Saarland	454	85	268	34	25	42	/
Sachsen	1 930	125	1 122	318	127	216	22
Sachsen-Anhalt	1 017	70	652	139	66	82	(8)
Schleswig-Holstein	1 348	211	776	128	86	129	18
Thüringen	1 056	68	655	169	67	87	10
Deutschland	**39 754**	**6 574**	**21 016**	**4 280**	**2 816**	**4 490**	**578**
Anteil an Erwerbstätigen in %	**100,0**	**16,5**	**52,9**	**10,8**	**7,1**	**11,3**	**1,5**

1) Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erreicht werden.
2) Lehre/Berufsausbildung im dualen System, einschl. eines gleichwertigen Berufsabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, Anlernausbildung, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens.
3) Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie bzw. der Fachschule der ehemaligen DDR.
4) Auch Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschule.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 3.5.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 31.12.2014 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Qualifikation

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region[1] Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.12.2014										
			und zwar								
	insgesamt	Veränderung ggü. Vorjahresmonat	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	Auszubildende	ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	mit anerkanntem Berufsabschluss[2]	mit akademischem Abschluss[3]	Ausbildung unbekannt
	Anzahl		%								
Braunschweig, Stadt	95 231	+1,7	54,5	45,5	92,9	7,1	4,7	11,1	53,1	25,2	10,7
Salzgitter, Stadt	35 809	+1,5	59,0	41,0	91,1	8,9	6,4	14,6	66,4	6,5	12,5
Wolfsburg, Stadt	49 889	+1,4	58,0	42,0	89,1	10,8	5,1	8,6	60,3	15,4	15,6
Gifhorn	69 387	+2,0	57,7	42,3	96,2	3,8	6,5	10,9	65,7	12,4	11,0
Göttingen	88 601	+1,6	51,3	48,7	94,4	5,6	5,2	12,1	60,2	20,0	7,7
Goslar	45 286	+1,3	53,7	46,3	95,7	4,3	5,8	11,5	69,5	9,6	9,4
Helmstedt	34 968	+1,8	56,7	43,3	96,7	3,3	6,2	9,8	69,4	9,3	11,4
Northeim	48 607	+0,5	53,3	46,7	96,9	3,0	5,3	12,3	71,3	7,6	8,9
Osterode am Harz	25 310	+1,0	54,6	45,4	96,9	3,1	5,9	12,4	73,6	6,6	7,4
Peine	49 771	+2,0	55,2	44,8	96,2	3,8	5,8	12,3	69,1	9,5	9,2
Wolfenbüttel	43 230	+1,1	54,3	45,7	96,9	3,1	5,6	10,5	65,7	13,3	10,5
Stat. Region Braunschweig	**586 089**	**+1,5**	**55,0**	**45,0**	**94,6**	**5,4**	**5,6**	**11,4**	**64,0**	**14,3**	**10,3**
Region Hannover	415 709	+1,7	52,4	47,6	91,0	8,9	5,1	12,5	59,6	16,8	11,1
Diepholz	81 729	+2,0	54,8	45,2	95,7	4,2	6,1	11,8	67,7	8,3	12,2
Hameln-Pyrmont	52 733	+1,4	52,0	48,0	94,5	5,5	6,2	12,0	67,6	8,8	11,6
Hildesheim	98 423	+1,1	52,9	47,1	95,9	4,0	5,7	12,0	68,0	11,5	8,5
Holzminden	24 177	+1,1	55,0	45,0	96,5	3,5	6,3	14,7	70,5	7,8	7,1
Nienburg (Weser)	44 731	+1,3	55,3	44,7	95,6	4,3	6,4	14,3	68,4	6,4	10,9
Schaumburg	54 858	+1,6	53,5	46,5	95,7	4,3	5,8	11,3	70,0	9,3	9,4
Stat. Region Hannover	**772 360**	**+1,6**	**53,0**	**47,0**	**93,1**	**6,8**	**5,5**	**12,4**	**63,7**	**13,3**	**10,7**
Celle	61 881	+1,7	52,7	47,3	95,8	4,1	6,7	12,0	68,9	8,7	10,4
Cuxhaven	67 513	+1,4	53,9	46,1	95,6	4,4	6,4	12,3	67,9	7,1	12,6
Harburg	94 277	+1,9	52,8	47,2	95,4	4,6	5,5	10,4	65,3	12,1	12,2
Lüchow-Dannenberg	14 820	+2,9	53,3	46,7	96,7	3,3	6,3	10,0	69,1	7,7	13,1
Lüneburg	64 261	+2,0	51,5	48,5	96,6	3,4	5,5	11,6	63,0	15,1	10,4
Osterholz	41 748	+1,9	54,1	45,9	96,8	3,2	5,9	11,1	65,9	10,3	12,7
Rotenburg (Wümme)	62 095	+1,7	54,6	45,4	96,5	3,4	6,7	13,1	68,8	7,3	10,8
Heidekreis	49 377	+1,0	54,0	46,0	95,9	4,0	6,5	13,5	69,8	6,8	10,0
Stade	75 343	+1,1	56,7	43,3	94,8	5,2	6,8	12,7	65,9	10,1	11,3
Uelzen	31 575	+2,2	52,0	48,0	97,0	3,0	6,4	11,8	69,1	8,1	11,0
Verden	50 854	+1,1	53,9	46,1	95,9	4,1	6,2	12,9	66,0	10,2	10,9
Stat. Region Lüneburg	**613 744**	**+1,6**	**53,7**	**46,3**	**95,9**	**4,0**	**6,2**	**12,0**	**66,9**	**9,8**	**11,3**
Delmenhorst, Stadt	25 948	-0,5	55,4	44,6	92,8	7,2	6,4	13,6	64,6	6,4	15,4
Emden, Stadt	17 515	+4,4	58,0	42,0	94,8	5,2	6,6	12,8	64,2	9,8	13,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	58 284	+1,6	50,3	49,7	94,8	5,1	5,7	12,0	55,8	20,2	12,1
Osnabrück, Stadt	58 268	+1,9	52,7	47,3	92,0	7,9	6,1	13,7	55,3	19,1	11,9
Wilhelmshaven, Stadt	23 853	+0,7	52,8	47,2	96,0	3,9	7,2	13,9	65,0	8,2	12,8
Ammerland	43 679	+2,0	53,2	46,8	96,8	3,1	6,8	11,4	66,9	9,0	12,7
Aurich	63 541	+2,7	57,8	42,2	97,0	3,0	7,0	12,0	69,0	6,8	12,2
Cloppenburg	60 528	+2,9	58,7	41,3	92,7	7,2	7,8	16,6	63,1	5,4	14,9
Emsland	116 103	+2,9	59,1	40,9	94,5	5,4	6,9	11,9	69,6	8,0	10,5
Friesland	33 053	+1,3	53,2	46,8	97,8	2,1	7,2	11,0	68,5	8,1	12,4
Grafschaft Bentheim	47 696	+2,2	56,7	43,3	93,7	6,3	6,8	12,2	71,1	6,6	10,0
Leer	55 161	+2,9	58,6	41,4	97,0	3,0	7,7	12,8	69,8	7,1	10,3
Oldenburg	49 412	+3,4	54,0	46,0	93,2	6,8	5,9	10,7	64,8	8,9	15,6
Osnabrück	139 673	+1,8	56,2	43,8	95,2	4,8	6,6	13,1	67,5	8,1	11,3
Vechta	57 351	+3,3	57,5	42,5	90,9	9,0	6,6	15,3	63,1	7,8	13,9
Wesermarsch	31 875	+1,2	58,6	41,4	96,2	3,8	7,7	13,4	69,7	6,3	10,6
Wittmund	18 256	+2,3	55,0	45,0	97,7	2,3	8,0	12,6	68,0	5,2	14,3
Stat. Region Weser-Ems	**900 196**	**+2,3**	**56,1**	**43,9**	**94,7**	**5,3**	**6,8**	**12,9**	**65,8**	**9,1**	**12,2**
Niedersachsen	**2 872 389**	**+1,8**	**54,5**	**45,5**	**94,5**	**5,4**	**6,1**	**12,3**	**65,1**	**11,4**	**11,2**
Baden-Württemberg	4 170 212	+2,2	54,2	45,8	87,6	12,4	5,6	14,7	61,7	14,9	8,7
Bayern	5 017 912	+2,1	53,6	46,4	89,6	10,4	5,4	12,4	63,3	14,4	9,9
Berlin	1 159 217	+2,7	49,9	50,1	88,8	11,0	3,6	10,9	48,1	23,6	17,5
Brandenburg	930 780	+1,0	50,6	49,4	98,1	1,9	3,5	6,7	69,4	12,3	11,6
Bremen	224 839	+1,8	53,7	46,3	89,4	10,5	5,3	13,9	53,5	16,8	15,9
Hamburg	674 853	+2,2	51,1	48,9	88,4	11,5	4,3	12,3	48,8	21,8	17,1
Hessen	2 261 918	+1,9	53,6	46,4	87,6	12,3	5,0	13,2	58,4	16,0	12,4
Mecklenburg-Vorpommern	584 691	+0,6	50,2	49,8	98,3	1,7	3,9	6,7	70,4	12,1	10,8
Nordrhein-Westfalen	6 280 435	+1,6	54,7	45,3	91,6	8,4	5,8	14,4	59,4	13,1	13,1
Rheinland-Pfalz	1 461 768	+1,4	54,0	46,0	92,6	7,4	5,8	13,7	65,0	10,7	10,6
Saarland	349 531	+0,8	54,5	45,5	93,6	6,4	6,0	14,2	65,6	11,2	9,0
Sachsen	1 544 205	+0,9	51,3	48,7	98,1	1,9	3,7	6,0	69,6	16,5	8,0
Sachsen-Anhalt	839 990	+0,2	52,0	48,0	98,4	1,6	3,8	6,4	72,7	11,7	9,2
Schleswig-Holstein	995 117	+1,6	52,0	48,0	95,8	4,1	6,0	12,1	64,9	10,4	12,7
Thüringen	837 331	-0,2	52,1	47,9	98,2	1,7	3,6	6,2	74,0	12,4	7,5
Deutschland	**30 205 188**	**+1,7**	**53,4**	**46,6**	**91,7**	**8,2**	**5,2**	**12,2**	**62,4**	**14,1**	**11,2**

1) Eigene Berechnung. 2) Summe aus "mit anerkannten Berufsabschluss" und "Meister-/Techniker-/gleichw. Fachschulabschluss". 3) "Mit akademischem Abschluss" ist die Summe aus "Bachelor", "Diplom/Magister/Master/Staatsexamen" und "Promotion".

Quelle: Auswertungen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Tab. 4.1 Wirtschaft in Niedersachsen 2014

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2014		Wirtschaftsstruktur 2014 (Anteil der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung)					
			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe , Information und Kommunikation	Finanz-, Versicherungs- u. Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	Öffentl. u. sonst. Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit, private Haushalte mit Hauspersonal
	in Mill. Euro	je EW in Euro	%					
Braunschweig, Stadt	10 733	43 301	0,1	21,9	2,9	17,7	32,7	24,8
Salzgitter, Stadt	4 820	48 896	0,2	62,5	1,7	10,4	12,6	12,6
Wolfsburg, Stadt	16 758	136 531	0,0	72,1	0,7	9,7	11,4	6,1
Gifhorn	3 096	18 000	3,0	15,4	7,2	14,9	35,2	24,3
Göttingen	8 217	32 971	0,8	20,7	3,4	14,7	25,3	35,0
Goslar	3 473	25 250	1,0	23,2	4,1	17,1	24,8	29,8
Helmstedt	1 793	19 774	2,2	28,6	5,2	11,8	24,2	28,0
Northeim	3 429	25 539	3,8	27,7	4,5	15,5	23,9	24,6
Osterode am Harz	2 067	27 907	0,9	33,2	5,1	13,9	25,4	21,5
Peine	2 707	20 765	1,4	27,1	5,2	17,3	27,2	21,7
Wolfenbüttel	2 220	18 504	2,2	24,7	5,9	12,2	25,9	29,2
Stat. Region Braunschweig	**59 315**	**37 604**	**0,8**	**40,2**	**3,0**	**13,6**	**22,2**	**20,2**
Region Hannover	45 571	40 552	0,2	19,0	3,5	24,0	26,8	26,4
Diepholz	5 615	26 671	3,9	23,8	6,3	22,6	24,2	19,2
Hameln-Pyrmont	4 669	31 590	1,0	31,2	3,9	11,8	25,2	26,9
Hildesheim	6 893	25 108	0,9	25,8	5,0	16,4	22,7	29,1
Holzminden	1 910	26 660	1,7	42,9	4,6	11,0	20,2	19,6
Nienburg (Weser)	3 322	27 744	3,2	27,1	6,4	16,5	21,8	25,0
Schaumburg	3 484	22 373	1,2	24,4	5,2	14,6	24,3	30,4
Stat. Region Hannover	**71 464**	**33 970**	**0,9**	**22,1**	**4,2**	**21,2**	**25,6**	**26,1**
Celle	4 716	26 820	1,2	27,1	5,2	13,6	22,4	30,5
Cuxhaven	4 008	20 378	4,6	14,1	7,0	17,8	26,7	29,8
Harburg	5 171	21 188	1,4	8,5	9,1	26,4	31,5	23,2
Lüchow-Dannenberg	1 076	22 101	5,3	25,6	5,2	13,2	25,9	24,9
Lüneburg	4 249	23 946	1,4	12,8	5,2	19,0	25,2	36,5
Osterholz	1 987	17 875	1,8	13,1	6,6	18,2	29,3	31,0
Rotenburg (Wümme)	4 571	28 292	3,1	13,1	8,2	22,0	26,7	26,9
Heidekreis	3 946	28 963	2,0	16,4	7,1	21,0	18,5	35,0
Stade	5 401	27 419	2,2	25,1	8,8	19,7	23,8	20,4
Uelzen	2 270	24 558	4,0	14,9	5,8	20,2	23,7	31,4
Verden	3 753	28 250	1,4	29,0	7,2	19,8	23,0	19,6
Stat. Region Lüneburg	**41 148**	**24 581**	**2,3**	**18,0**	**7,1**	**19,8**	**25,1**	**27,8**
Delmenhorst, Stadt	1 565	21 021	0,2	14,0	4,7	17,6	26,5	37,0
Emden, Stadt	2 868	57 474	0,3	46,6	2,6	19,1	17,1	14,4
Oldenburg (Oldb), Stadt	6 599	41 178	0,0	8,7	4,1	23,2	29,5	34,5
Osnabrück, Stadt	7 163	45 736	0,1	18,7	4,7	24,0	23,6	28,9
Wilhelmshaven, Stadt	3 023	39 970	0,1	20,8	4,0	13,5	17,2	44,4
Ammerland	2 997	25 104	2,5	18,6	8,5	23,3	23,3	23,8
Aurich	4 197	22 382	1,8	13,1	7,6	22,0	28,9	26,6
Cloppenburg	5 492	34 055	3,8	23,6	8,0	14,1	35,5	15,1
Emsland	11 196	35 574	2,4	34,2	8,9	15,9	21,3	17,4
Friesland	2 208	22 758	1,8	18,6	5,1	16,8	27,0	30,8
Grafschaft Bentheim	3 816	28 477	2,4	28,5	9,4	17,5	22,8	19,4
Leer	4 495	27 191	1,4	9,9	5,8	37,6	23,1	22,3
Oldenburg	2 603	20 614	3,1	20,9	7,9	19,2	27,1	21,9
Osnabrück	9 259	26 395	1,7	31,7	8,0	17,5	22,9	18,3
Vechta	5 298	39 188	2,9	32,0	8,8	17,8	20,8	17,6
Wesermarsch	2 574	28 986	1,8	41,8	6,2	15,9	18,2	16,0
Wittmund	1 224	21 680	3,0	10,0	6,2	20,3	26,7	33,7
Stat. Region Weser-Ems	**76 577**	**31 210**	**1,7**	**24,3**	**6,9**	**19,7**	**24,2**	**23,1**
Niedersachsen	**248 504**	**31 824**	**1,5**	**26,3**	**5,5**	**17,1**	**25,3**	**24,2**
Baden-Württemberg	437 251	40 964	0,5	34,9	4,5	18,3	23,8	18,1
Bayern	526 740	41 646	0,8	29,4	4,8	20,0	26,0	19,0
Berlin	117 748	34 171	0,0	12,2	3,9	21,5	31,3	31,0
Brandenburg	62 366	25 419	1,6	20,0	7,1	17,4	25,3	28,5
Bremen	30 119	45 660	0,1	23,6	3,2	27,8	24,4	20,8
Hamburg	105 200	59 958	0,1	14,0	2,6	32,1	33,4	18,0
Hessen	253 864	41 825	0,3	21,2	3,8	22,2	32,5	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	38 367	24 012	2,8	14,7	7,1	18,6	23,0	33,8
Nordrhein-Westfalen	632 848	35 947	0,4	23,9	3,8	21,5	27,6	22,8
Rheinland-Pfalz	127 674	31 895	1,2	28,7	4,9	17,8	23,0	24,5
Saarland	33 474	33 817	0,2	31,1	4,0	18,4	22,6	23,8
Sachsen	108 592	26 807	0,8	24,5	7,0	18,4	22,4	26,9
Sachsen-Anhalt	55 105	24 600	1,8	25,4	7,0	16,5	20,5	28,8
Schleswig-Holstein	82 814	29 331	1,3	18,8	5,2	21,5	25,1	28,1
Thüringen	54 986	25 471	1,3	26,4	6,4	15,9	20,8	29,2
Deutschland	**2 915 650**	**36 003**	**0,7**	**25,7**	**4,6**	**20,4**	**26,3**	**22,3**

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 2, Kreisergebnisse Band 1, Berechnungsstand: August 2015.

Tab. 4.2 Erwerbstätigenstruktur 2014

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Erwerbstätige 2014								
	insgesamt	Anteil der Erwerbstätigen der Wirtschaftsbereiche an allen Erwerbstätigen						marginal Beschäftigte	Vollzeit-äquivalente
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	Finanz-, Versicher.- und Unternehmensdienstleister, Grundst. u. Wohnungswesen	Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit		
	1 000	%						1 000	
Braunschweig, Stadt	162,5	0,1	14,8	3,4	23,8	25,5	32,3	19,9	134,6
Salzgitter, Stadt	57,9	0,5	45,3	3,1	17,9	10,4	22,7	5,4	50,7
Wolfsburg, Stadt	129,1	0,1	50,4	1,9	14,2	18,0	15,4	7,8	117,1
Gifhorn	57,7	3,4	13,5	8,1	23,8	18,7	32,6	9,4	46,3
Göttingen	137,8	1,0	14,1	4,2	22,1	15,8	42,8	18,7	111,1
Goslar	62,8	1,3	17,4	5,0	27,3	12,3	36,8	9,7	50,8
Helmstedt	30,0	3,3	16,0	6,2	23,3	11,1	40,1	4,6	24,2
Northeim	59,5	4,4	22,1	5,9	23,1	13,3	31,2	8,8	48,3
Osterode am Harz	35,3	1,2	24,3	5,2	23,5	9,6	36,3	4,8	29,3
Peine	44,5	2,2	17,5	7,2	26,6	13,0	33,4	7,6	35,5
Wolfenbüttel	36,0	3,6	13,2	7,5	21,3	13,2	41,2	6,6	28,2
Stat. Region Braunschweig	**813,1**	**1,4**	**23,7**	**4,5**	**21,8**	**16,7**	**31,9**	**103,4**	**676,1**
Region Hannover	657,2	0,6	12,8	4,2	27,4	21,0	34,0	80,6	545,7
dav. Hannover, LHSt	411,7	0,0	12,4	2,6	23,3	24,0	37,7	41,9	.
dav. Hannover, Umland	245,5	1,5	13,6	7,0	34,2	16,0	27,7	38,7	.
Diepholz	97,1	5,6	17,8	7,0	30,0	12,3	27,3	17,7	77,2
Hameln-Pyrmont	70,4	2,1	18,3	5,7	23,2	15,2	35,5	9,9	57,4
Hildesheim	123,2	1,6	19,3	6,0	25,1	11,8	36,3	19,3	99,6
Holzminden	29,9	2,5	31,0	6,3	22,2	10,1	27,8	4,7	24,5
Nienburg (Weser)	56,1	5,7	18,6	7,5	24,3	10,7	33,2	8,8	45,6
Schaumburg	62,9	1,5	17,8	6,1	24,0	12,2	38,4	10,3	50,4
Stat. Region Hannover	**1 096,9**	**1,6**	**15,4**	**5,1**	**26,6**	**17,5**	**33,8**	**151,3**	**900,4**
Celle	79,8	2,3	18,1	6,4	23,5	11,5	38,1	11,8	65,3
Cuxhaven	71,7	7,6	10,4	8,4	27,7	10,3	35,6	13,2	56,9
Harburg	87,2	3,6	9,1	9,1	35,1	13,7	29,5	14,9	69,5
Lüchow-Dannenberg	19,8	8,4	17,0	6,9	24,4	11,4	31,9	3,2	15,8
Lüneburg	79,6	2,4	12,4	5,9	25,8	14,1	39,4	11,6	64,3
Osterholz	38,3	3,9	11,5	7,6	29,9	12,9	34,2	7,2	30,0
Rotenburg (Wümme)	80,6	5,5	13,0	8,6	27,7	10,3	34,9	12,8	65,6
Heidekreis	70,4	3,6	13,4	6,7	25,7	10,9	39,7	10,9	57,4
Stade	88,1	6,0	15,0	8,2	28,9	13,8	28,2	15,9	70,2
Uelzen	42,1	5,6	11,1	6,8	27,1	10,3	39,1	6,1	34,0
Verden	60,5	3,3	18,3	7,6	29,7	14,5	26,7	8,7	49,4
Stat. Region Lüneburg	**718,1**	**4,5**	**13,4**	**7,6**	**28,0**	**12,3**	**34,2**	**116,3**	**578,3**
Delmenhorst, Stadt	33,2	0,5	11,1	5,0	24,8	23,6	35,0	7,5	25,0
Emden, Stadt	41,9	0,4	30,8	3,7	24,2	18,4	22,6	5,7	35,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	112,2	0,2	6,9	3,7	25,8	21,3	42,2	15,5	90,4
Osnabrück, Stadt	124,0	0,1	12,5	4,4	27,0	20,8	35,1	18,8	99,1
Wilhelmshaven, Stadt	45,6	0,2	10,1	4,5	20,9	13,5	50,9	6,0	38,2
Ammerland	56,5	7,7	15,5	9,4	31,2	9,8	26,3	8,9	46,2
Aurich	82,3	4,2	12,1	8,9	30,3	13,0	31,4	15,1	66,2
Cloppenburg	84,0	8,3	22,9	9,9	23,4	11,7	23,7	14,8	68,5
Emsland	178,4	4,6	22,6	9,3	23,6	12,4	27,7	31,4	144,9
Friesland	41,1	4,0	14,4	6,5	27,3	14,8	33,0	7,0	32,8
Grafschaft Bentheim	68,2	4,1	19,6	7,9	27,9	13,0	27,5	14,0	53,8
Leer	71,5	4,0	10,6	7,8	29,4	16,4	31,9	15,1	55,9
Oldenburg	48,9	5,8	17,2	9,0	27,3	13,3	27,6	8,4	39,3
Osnabrück	163,5	4,0	24,2	7,6	25,5	12,9	25,7	27,6	133,0
Vechta	89,3	6,7	25,6	7,6	23,6	11,4	25,1	14,6	73,3
Wesermarsch	38,7	4,9	28,7	7,0	24,0	9,1	26,3	5,8	32,2
Wittmund	24,6	7,1	8,4	8,3	33,6	10,3	32,2	4,6	19,8
Stat. Region Weser-Ems	**1 303,8**	**3,8**	**17,9**	**7,2**	**26,0**	**14,6**	**30,4**	**220,9**	**1 054,2**
Niedersachsen	**3 932,0**	**2,8**	**17,6**	**6,1**	**25,7**	**15,4**	**32,4**	**591,9**	**3 208,9**
Baden-Württemberg	6 016,0	1,2	26,0	5,3	24,4	15,5	27,7	808,0	.
Bayern	7 183,1	2,0	21,7	5,9	25,6	16,3	28,5	891,0	.
Berlin	1 810,3	0,0	7,7	4,5	26,5	21,7	39,6	175,8	.
Brandenburg	1 081,5	2,8	13,9	8,9	25,1	16,2	33,1	117,9	.
Bremen	418,3	0,1	15,7	3,6	29,2	20,4	31,1	55,1	.
Hamburg	1 192,9	0,2	9,7	3,1	32,9	25,7	28,4	119,6	.
Hessen	3 310,5	0,9	16,5	5,1	27,5	20,7	29,2	428,1	.
Mecklenburg-Vorpommern	738,2	3,2	11,8	7,0	26,6	15,4	36,0	82,0	.
Nordrhein-Westfalen	9 118,6	0,9	18,1	4,9	26,5	17,8	31,7	1 434,7	.
Rheinland-Pfalz	1 969,7	2,2	19,8	6,2	25,1	13,4	33,3	310,5	.
Saarland	519,0	0,5	22,5	5,3	24,8	16,0	30,8	79,3	.
Sachsen	2 020,2	1,4	19,0	8,1	23,7	17,1	30,7	204,5	.
Sachsen-Anhalt	1 008,2	2,1	18,3	8,2	23,8	15,5	32,1	105,9	.
Schleswig-Holstein	1 337,4	2,6	13,5	6,0	28,8	14,8	34,3	204,9	.
Thüringen	1 047,1	2,1	22,1	7,9	22,0	14,6	31,4	98,8	.
Deutschland	**42 703,0**	**1,5**	**18,9**	**5,7**	**25,9**	**17,1**	**30,9**	**5 708,0**	**.**

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand: August 2015. Vollzeitäquivalente: LSN.

Tab. 4.3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.2015 am Wohn- und am Arbeitsort, Frauenanteil und Teilzeit

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort				Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort			
	Anzahl	Frauenanteil	Teilzeitbeschäftigtenanteil	Frauenanteil Teilzeit	Anzahl	Frauenanteil	Teilzeitbeschäftigtenanteil	Frauenanteil Teilzeit
		%				%		
Braunschweig, Stadt	123 532	47,6	28,1	80,3	95 951	45,4	26,5	77,0
Salzgitter, Stadt	47 371	32,4	19,8	79,6	36 136	40,9	25,1	81,0
Wolfsburg, Stadt	118 674	32,2	14,5	77,9	50 110	42,0	21,5	83,2
Gifhorn	40 434	46,8	30,0	85,3	69 595	42,4	24,5	85,3
Göttingen	99 247	50,1	33,6	78,0	89 303	48,6	33,4	76,8
dav. Göttingen, Stadt	67 137	51,3	34,2	75,9	40 179	49,6	36,3	68,6
dav. Göttingen, Umland	32 110	47,4	32,3	82,6	49 124	47,8	31,1	84,5
Goslar	43 415	49,8	30,4	83,9	45 769	46,4	28,9	82,6
Helmstedt	21 288	57,6	31,4	89,2	35 124	43,5	24,5	85,7
Northeim	43 019	45,8	29,2	85,5	48 900	46,7	28,9	85,4
Osterode am Harz	25 190	44,1	26,2	87,1	25 507	45,3	27,8	86,2
Peine	30 230	47,2	30,0	84,6	50 038	44,8	26,9	85,0
Wolfenbüttel	23 447	54,4	34,9	85,7	43 615	45,7	27,3	85,2
Stat. Region Braunschweig	**615 847**	**44,3**	**26,5**	**81,8**	**590 048**	**45,0**	**27,2**	**81,8**
Region Hannover	480 814	46,8	27,6	77,9	419 299	47,5	28,0	77,6
dav. Hannover, LHSt	308 272	47,3	26,2	77,1	194 558	48,0	28,1	71,7
dav. Hannover, Umland	172 542	46,0	30,0	79,1	224 741	47,1	28,0	82,8
Diepholz	66 019	45,4	29,4	84,7	83 123	45,3	27,2	85,2
Hameln-Pyrmont	50 063	50,5	31,1	84,0	53 207	47,8	29,5	83,1
Hildesheim	86 056	48,0	29,2	84,4	99 106	47,1	28,3	84,0
dav. Hildesheim, Stadt	46 181	50,4	30,3	83,5	33 956	47,8	29,6	78,9
dav. Hildesheim, Umland	39 875	45,1	28,0	85,5	65 150	46,7	27,7	86,9
Holzminden	20 999	44,0	27,2	87,1	24 367	44,9	26,7	87,4
Nienburg (Weser)	37 063	44,4	28,4	85,8	45 429	44,6	27,2	85,8
Schaumburg	42 742	47,9	31,0	85,7	55 394	46,5	28,3	85,5
Stat. Region Hannover	**783 756**	**47,0**	**28,4**	**80,7**	**779 925**	**46,9**	**28,0**	**80,9**
Celle	55 541	48,3	28,8	85,7	62 394	47,2	28,5	85,0
Cuxhaven	44 326	50,9	33,0	84,7	68 693	46,2	28,5	84,9
Harburg	56 691	48,5	31,4	83,7	94 840	47,0	27,3	84,4
Lüchow-Dannenberg	13 596	50,4	35,2	82,5	15 258	46,4	32,0	80,7
Lüneburg	53 906	50,5	32,5	81,3	64 575	48,5	29,7	81,0
Osterholz	23 909	50,2	34,6	84,1	41 989	45,9	29,2	84,1
Rotenburg (Wümme)	52 290	47,3	29,2	86,5	62 453	45,5	28,0	86,0
Heidekreis	44 518	47,9	30,5	85,5	50 391	46,1	28,6	84,8
Stade	58 811	46,0	28,9	85,9	76 151	43,3	25,5	85,1
Uelzen	28 433	52,1	31,5	85,2	31 848	47,8	29,8	83,5
Verden	44 008	45,8	29,0	83,9	51 142	46,2	28,0	85,3
Stat. Region Lüneburg	**476 029**	**48,5**	**30,8**	**84,6**	**619 734**	**46,3**	**28,2**	**84,3**
Delmenhorst, Stadt	19 582	54,6	36,2	83,3	26 266	44,7	28,2	80,8
Emden, Stadt	34 257	30,9	15,0	83,5	17 731	42,0	23,6	83,8
Oldenburg (Oldb), Stadt	78 496	53,0	34,0	80,3	59 012	49,3	32,3	75,3
Osnabrück, Stadt	89 821	49,1	31,5	81,0	59 355	46,9	29,6	75,5
Wilhelmshaven, Stadt	28 929	45,7	27,9	81,1	24 160	47,1	29,8	79,8
Ammerland	39 734	44,0	26,2	83,4	45 149	46,8	28,2	85,1
Aurich	56 932	46,7	26,0	84,7	66 376	42,6	23,7	84,4
Cloppenburg	57 687	39,2	21,6	85,5	62 660	40,9	22,7	85,6
Emsland	124 869	38,8	22,9	86,9	119 148	41,0	24,2	87,1
Friesland	27 565	49,8	32,7	84,3	33 833	47,2	30,2	84,5
Grafschaft Bentheim	45 523	43,3	25,9	87,4	48 339	43,5	26,2	87,4
Leer	44 738	46,4	28,6	83,6	56 789	41,7	24,9	84,1
Oldenburg	33 296	44,3	28,9	83,8	50 445	46,1	28,0	84,9
Osnabrück	117 120	42,7	24,7	84,8	141 233	43,9	26,2	85,8
Vechta	66 351	40,4	21,8	86,8	58 552	42,6	23,7	87,9
Wesermarsch	28 016	36,5	22,5	84,5	32 344	41,6	25,7	83,6
Wittmund	15 130	49,4	28,1	84,8	19 592	45,9	26,5	84,7
Stat. Region Weser-Ems	**908 046**	**43,9**	**26,3**	**84,0**	**920 984**	**44,0**	**26,3**	**83,8**
Niedersachsen	**2 783 678**	**45,6**	**27,7**	**82,7**	**2 910 691**	**45,5**	**27,4**	**82,7**
Baden-Württemberg	4 359 526	45,2	24,7	83,1	4 223 258	45,7	25,1	83,0
Bayern	5 184 546	45,8	25,8	82,1	5 108 702	46,2	26,1	82,2
Berlin	1 311 079	51,0	31,5	67,8	1 199 827	49,9	32,1	65,8
Brandenburg	805 964	48,5	28,1	77,9	944 478	49,2	27,1	79,8
Bremen	311 143	44,1	28,1	75,9	226 879	46,1	31,0	73,9
Hamburg	912 650	46,6	26,3	73,9	684 985	48,6	28,4	72,1
Hessen	2 408 671	45,5	27,2	78,3	2 286 604	46,2	27,8	78,4
Mecklenburg-Vorpommern	553 783	51,6	27,7	80,4	599 972	49,7	26,6	80,3
Nordrhein-Westfalen	6 406 122	45,1	25,7	79,6	6 324 028	45,2	25,8	79,6
Rheinland-Pfalz	1 345 268	46,6	27,7	82,8	1 479 055	45,9	27,0	82,7
Saarland	377 056	44,9	25,3	82,4	351 580	45,6	25,8	82,1
Sachsen	1 529 978	49,1	27,7	80,8	1 558 256	48,5	27,0	80,9
Sachsen-Anhalt	776 228	49,9	27,5	81,2	849 443	47,8	26,1	80,7
Schleswig-Holstein	914 451	47,9	29,7	80,7	1 011 397	48,0	29,3	81,2
Thüringen	786 070	48,7	25,0	82,9	845 432	47,7	24,3	83,0
Deutschland	**30 766 213**	**46,4**	**26,6**	**80,2**	**30 604 587**	**46,5**	**26,6**	**80,3**

Quelle: Auswertung der Beschäftigungsstatistik der BA für Arbeit. Wegen umfangreicher Revisionen ist die Vergleichbarkeit mit bisher veröffentlichten Daten eingeschränkt.

Tab. 4.3.2 Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am 30.06.2015 in Niedersachsen am Wohn- und am Arbeitsort

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Teilzeit am Wohnort am 30.06.2015				Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Teilzeit am Arbeitsort am 30.06.2015		
	insgesamt	darunter Frauen unter 40 Jahren			insgesamt	darunter Frauen unter 40 Jahren	
	Anzahl		%	je 100 Frauen im Alter von 20 bis unter 40 Jahren[1)]	Anzahl		%
Braunschweig, Stadt	25 449	6 908	27,1	19,8	34 772	9 011	25,9
Salzgitter, Stadt	9 069	2 189	24,1	21,3	9 356	2 125	22,7
Wolfsburg, Stadt	10 751	2 986	27,8	19,4	17 234	4 809	27,9
Gifhorn	17 023	4 037	23,7	22,3	12 140	2 991	24,6
Göttingen	29 863	7 506	25,1	22,2	33 344	8 756	26,3
dav. Göttingen, Stadt	14 591	4 098	28,1	19,9	22 973	6 305	27,4
dav. Göttingen, Umland	15 272	3 408	22,3	26,0	10 371	2 451	23,6
Goslar	13 244	2 942	22,2	22,7	13 211	3 025	22,9
Helmstedt	8 599	2 131	24,8	23,4	6 689	1 701	25,4
Northeim	14 153	3 097	21,9	24,6	12 573	2 756	21,9
Osterode am Harz	7 101	1 566	22,1	25,3	6 590	1 510	22,9
Peine	13 473	3 076	22,8	23,6	9 080	2 086	23,0
Wolfenbüttel	11 902	2 658	22,3	22,9	8 179	2 055	25,1
Stat. Region Braunschweig	**160 627**	**39 096**	**24,3**	**22,0**	**163 168**	**40 825**	**25,0**
Region Hannover	117 568	28 624	24,3	20,2	132 664	31 702	23,9
dav. Hannover, Landeshauptstadt	54 669	14 339	26,2	17,8	80 855	20 048	24,8
dav. Hannover-Umland	62 899	14 285	22,7	23,3	51 809	11 654	22,5
Diepholz	22 634	4 793	21,2	22,8	19 435	4 217	21,7
Hameln-Pyrmont	15 686	3 510	22,4	24,1	15 575	3 447	22,1
Hildesheim	28 094	6 563	23,4	21,8	25 162	5 937	23,6
dav. Hildesheim, Stadt	10 064	2 530	25,1	18,4	13 999	3 370	24,1
dav. Hildesheim, Umland	18 030	4 033	22,4	24,5	11 163	2 567	23,0
Holzminden	6 515	1 466	22,5	21,9	5 719	1 345	23,5
Nienburg (Weser)	12 379	2 827	22,8	23,8	10 508	2 302	21,9
Schaumburg	15 650	3 332	21,3	22,4	13 232	2 861	21,6
Stat. Region Hannover	**218 526**	**51 115**	**23,4**	**21,2**	**222 295**	**51 811**	**23,3**
Celle	17 808	4 225	23,7	23,1	15 998	3 938	24,6
Cuxhaven	19 594	4 194	21,4	22,9	14 608	3 286	22,5
Harburg	25 922	5 903	22,8	24,1	17 783	4 042	22,7
Lüchow-Dannenberg	4 881	1 030	21,1	24,8	4 786	1 045	21,8
Lüneburg	19 166	4 704	24,5	21,8	17 545	4 540	25,9
Osterholz	12 277	2 535	20,6	23,8	8 274	1 770	21,4
Rotenburg (Wümme)	17 465	3 923	22,5	23,5	15 268	3 476	22,8
Heidekreis	14 399	3 429	23,8	25,2	13 573	3 206	23,6
Stade	19 393	4 609	23,8	21,9	17 014	4 011	23,6
Uelzen	9 495	2 083	21,9	23,7	8 961	2 022	22,6
Verden	14 338	3 219	22,5	23,5	12 745	2 828	22,2
Stat. Region Lüneburg	**174 738**	**39 854**	**22,8**	**23,3**	**146 555**	**34 164**	**23,3**
Delmenhorst, Stadt	7 397	1 636	22,1	19,5	7 096	1 506	21,2
Emden, Stadt	4 192	1 088	26,0	17,6	5 127	1 260	24,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	19 077	4 616	24,2	19,2	26 712	6 397	23,9
Osnabrück, Stadt	17 543	4 666	26,6	19,2	28 318	7 173	25,3
Wilhelmshaven, Stadt	7 211	1 570	21,8	18,9	8 062	1 783	22,1
Ammerland	12 741	2 783	21,8	22,9	10 420	2 392	23,0
Aurich	15 739	3 749	23,8	19,8	14 810	3 674	24,8
Cloppenburg	14 242	3 706	26,0	19,4	12 461	3 210	25,8
Emsland	28 887	7 236	25,0	20,4	28 613	7 100	24,8
Friesland	10 228	2 237	21,9	24,9	9 013	1 991	22,1
Grafschaft Bentheim	12 671	3 091	24,4	21,4	11 804	2 828	24,0
Leer	14 142	3 598	25,4	20,5	12 799	3 094	24,2
Oldenburg	14 113	2 999	21,2	24,2	9 617	2 161	22,5
Osnabrück	36 976	8 689	23,5	23,4	28 896	6 877	23,8
Vechta	13 860	3 554	25,6	20,5	14 475	3 746	25,9
Wesermarsch	8 323	1 783	21,4	20,9	6 305	1 369	21,7
Wittmund	5 185	1 221	23,5	22,0	4 247	934	22,0
Stat. Region Weser-Ems	**242 527**	**58 222**	**24,0**	**20,9**	**238 775**	**57 495**	**24,1**
Niedersachsen	**796 418**	**188 287**	**23,6**	**21,7**	**770 793**	**184 295**	**23,9**

1) Bevölkerung am 31.12.2014.

Quelle: Auswertung der Beschäftigungsstatistik der BA für Arbeit. Wegen umfangreicher Revisionen ist die Vergleichbarkeit mit bisher veröffentlichten Daten eingeschränkt.

Tab. 4.4 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30. Juni 2013 und 30. Juni 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland[1)]) Statistische Region[1)] Land[1)]	30. Juni 2015			30. Juni 2013		Veränderung 2013/2015	
	Geringfügig Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob[2)]		Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter[3)]	Geringfügig Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob[2) 4)]	Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter[3)]	der Anzahl	des Anteils an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
	am Wohnort	am Arbeitsort		am Arbeitsort			
	Anzahl		%	Anzahl	%	%	%-Punkte
Braunschweig, Stadt	14 464	16 682	10,0	17 651	10,7	-5,5	-0,7
Salzgitter, Stadt	5 606	4 796	7,7	4 860	7,9	-1,3	-0,2
Wolfsburg, Stadt	6 364	7 217	9,1	7 226	9,2	-0,1	-0,1
Gifhorn	9 610	7 975	6,9	8 435	7,4	-5,5	-0,4
Göttingen	16 517	16 867	10,0	17 260	10,3	-2,3	-0,3
dav. Göttingen, Stadt	9 063	10 709	12,9	10 893	13,2	-1,7	-0,3
dav. Göttingen, Umland	7 454	6 158	7,2	6 367	7,5	-3,3	-0,3
Goslar	8 648	8 090	9,5	8 398	9,7	-3,7	-0,3
Helmstedt	4 781	3 927	6,7	4 143	7,1	-5,2	-0,4
Northeim	8 111	7 526	8,9	7 845	9,1	-4,1	-0,2
Osterode am Harz	4 626	4 059	9,0	4 227	9,2	-4,0	-0,2
Peine	7 456	6 551	7,7	6 856	8,2	-4,4	-0,4
Wolfenbüttel	6 489	5 414	7,0	5 593	7,2	-3,2	-0,2
Stat. Region Braunschweig	**92 672**	**89 104**	**8,7**	**92 494**	**9,0**	**-3,7**	**-0,4**
Region Hannover	66 085	70 761	9,6	71 326	9,8	-0,8	-0,2
dav. Hannover, LHSt	31 535	37 628	10,6	38 006	10,9	-1,0	-0,3
dav. Hannover, Umland	34 550	33 133	8,6	33 320	8,7	-0,6	-0,1
Diepholz	14 825	15 090	11,0	15 602	11,5	-3,3	-0,4
Hameln-Pyrmont	8 738	8 486	9,1	8 739	9,3	-2,9	-0,2
Hildesheim	17 081	16 322	9,2	16 608	9,3	-1,7	-0,1
dav. Hildesheim, Stadt	6 812	7 448	11,4	7 537	11,6	-1,2	-0,2
dav. Hildesheim, Umland	10 269	8 874	7,9	9 071	8,0	-2,2	-0,1
Holzminden	4 453	4 069	9,1	4 211	9,3	-3,4	-0,2
Nienburg (Weser)	7 710	6 972	9,0	7 119	9,1	-2,1	-0,1
Schaumburg	9 682	8 992	9,1	9 293	9,4	-3,2	-0,3
Stat. Region Hannover	**128 574**	**130 692**	**9,5**	**132 898**	**9,8**	**-1,7**	**-0,2**
Celle	10 794	10 079	9,0	10 342	9,2	-2,5	-0,2
Cuxhaven	13 541	11 885	9,6	11 988	9,6	-0,9	-0,0
Harburg	15 482	13 031	8,3	13 428	8,7	-3,0	-0,4
Lüchow-Dannenberg	2 675	2 556	8,6	2 688	8,9	-4,9	-0,3
Lüneburg	10 553	10 162	8,6	10 115	8,6	+0,5	-0,1
Osterholz	7 209	5 999	8,4	6 200	8,7	-3,2	-0,3
Rotenburg (Wümme)	12 153	11 331	10,6	11 712	11,0	-3,3	-0,4
Heidekreis	9 866	9 591	10,9	9 846	11,3	-2,6	-0,3
Stade	13 018	13 180	10,2	13 754	10,7	-4,2	-0,5
Uelzen	5 315	4 964	8,5	5 218	8,9	-4,9	-0,4
Verden	8 658	7 955	9,3	7 945	9,3	+0,1	+0,0
Stat. Region Lüneburg	**109 264**	**100 733**	**9,3**	**103 236**	**9,6**	**-2,4**	**-0,3**
Delmenhorst, Stadt	4 814	6 657	13,8	6 994	14,7	-4,8	-0,9
Emden, Stadt	3 957	5 141	15,6	4 917	15,0	+4,6	+0,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	10 958	13 567	12,3	14 096	13,0	-3,8	-0,6
Osnabrück, Stadt	12 658	17 014	15,9	16 959	16,1	+0,3	-0,2
Wilhelmshaven, Stadt	5 264	5 387	11,4	5 690	11,7	-5,3	-0,3
Ammerland	8 521	7 668	10,0	8 133	10,7	-5,7	-0,7
Aurich	14 324	12 987	10,7	13 625	11,3	-4,7	-0,6
Cloppenburg	12 723	12 123	11,1	12 582	11,7	-3,6	-0,6
Emsland	27 185	27 047	12,8	28 259	13,5	-4,3	-0,7
Friesland	6 954	6 103	10,1	6 463	10,6	-5,6	-0,5
Grafschaft Bentheim	12 260	12 465	14,2	12 985	14,8	-4,0	-0,7
Leer	13 070	13 245	12,2	13 498	12,6	-1,9	-0,3
Oldenburg	8 234	7 215	8,7	7 317	8,9	-1,4	-0,2
Osnabrück	26 616	24 183	10,5	25 557	11,1	-5,4	-0,6
Vechta	11 365	11 898	12,8	12 301	13,5	-3,3	-0,8
Wesermarsch	6 187	5 136	9,0	5 368	9,4	-4,3	-0,4
Wittmund	4 132	3 717	10,4	4 036	11,2	-7,9	-0,9
Stat. Region Weser-Ems	**189 222**	**191 553**	**11,8**	**198 780**	**12,3**	**-3,6**	**-0,5**
Niedersachsen	**519 732**	**512 082**	**10,0**	**527 408**	**10,4**	**-2,9**	**-0,4**
Baden-Württemberg	698 102	705 877	9,9	723 794	10,3	-2,5	-0,4
Bayern	769 606	774 415	9,2	783 767	9,4	-1,2	-0,2
Berlin	142 338	145 692	6,2	153 901	6,7	-5,3	-0,5
Brandenburg	94 390	91 804	5,8	102 155	6,4	-10,1	-0,6
Bremen	43 064	47 913	11,0	48 168	11,1	-0,5	-0,2
Hamburg	94 040	105 290	8,8	109 181	9,3	-3,6	-0,5
Hessen	373 933	379 066	9,4	384 577	9,6	-1,4	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	67 514	64 580	6,2	68 227	6,5	-5,3	-0,3
Nordrhein-Westfalen	1 226 244	1 235 052	10,6	1 282 925	11,1	-3,7	-0,5
Rheinland-Pfalz	273 199	264 448	10,0	266 840	10,1	-0,9	-0,1
Saarland	66 899	69 088	10,6	71 432	10,8	-3,3	-0,2
Sachsen	160 697	163 189	6,4	180 302	7,0	-9,5	-0,6
Sachsen-Anhalt	82 843	80 105	5,6	88 272	6,1	-9,3	-0,4
Schleswig-Holstein	182 796	176 408	9,7	181 755	10,1	-2,9	-0,4
Thüringen	86 184	82 385	6,0	87 591	6,2	-5,9	-0,3
Deutschland	**4 881 581**	**4 897 394**	**9,2**	**5 060 295**	**9,5**	**-3,2**	**-0,4**

1) Eigene Berechnung. 2) Daten der Beschäftigungsstatistik sind für 3 Jahre nach dem Stichtag vorläufig und können revidiert werden. 3) Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 J. am 31.12. des Vorjahres. 4) Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik, Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort Juni 2013, Erstellungsdatum: 28.08.2014 sowie Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort Juni 2015, Erstellungsdatum: 15.01.2016.

Tab. 4.5.1 Erwerbstätige 2014 nach Bundesländern und Stellung im Beruf

Land	Erwerbstätige am Hauptwohnort			Anteile der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf an allen Erwerbstätigen 2014						
						abhängig Beschäftigte				
							davon			
	2009	2014	Veränderung 2009/2014[1]	Selbstständige	mithelfende Familienangehörige	insgesamt	Beamte	Angestellte[2][3]	Arbeiter/-innen[2]	Auszubildende[4]
	1 000			%						
Niedersachsen	**3 637**	**3 795**	**+4,3**	**9,6**	**0,6**	**89,8**	**5,8**	**59,8**	**19,9**	**4,3**
dav. Männer	1 994	2 038	+2,2	12,2	(0,4)	87,4	6,1	50,6	26,3	4,4
dav. Frauen	1 643	1 757	+6,9	6,6	0,9	92,5	5,3	70,5	12,6	4,1
Baden-Württemberg	5 332	5 577	+4,6	9,9	0,5	89,6	4,8	60,3	20,5	4,1
Bayern	6 277	6 677	+6,4	11,0	0,8	88,2	5,0	59,7	19,7	3,8
Berlin	1 555	1 644	+5,7	16,5	/	83,4	4,6	65,6	10,2	2,9
Brandenburg	1 232	1 196	-2,9	10,5	/	89,2	5,4	60,0	21,0	2,8
Bremen	284	307	+8,1	10,4	/	89,3	4,9	63,2	17,9	3,3
Hamburg	880	907	+3,1	13,2	/	86,7	4,6	72,1	6,4	3,4
Hessen	2 882	2 990	+3,7	10,9	0,5	88,6	5,0	63,8	16,2	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	777	738	-5,0	9,1	/	90,8	3,7	53,4	30,5	3,3
Nordrhein-Westfalen	8 047	8 285	+3,0	9,9	0,3	89,8	5,3	59,5	21,1	4,0
Rheinland-Pfalz	1 900	1 986	+4,5	9,9	(0,5)	89,6	6,1	60,7	18,6	4,2
Saarland	451	457	+1,3	7,4	/	92,6	5,0	59,7	23,6	4,2
Sachsen	1 926	1 931	+0,3	10,8	/	89,0	2,6	55,6	27,9	2,9
Sachsen-Anhalt	1 082	1 042	-3,7	8,3	/	91,5	3,6	58,5	26,4	3,0
Schleswig-Holstein	1 323	1 355	+2,4	11,4	(0,4)	88,2	6,3	67,9	10,3	3,8
Thüringen	1 077	1 056	-1,9	9,8	/	90,0	3,9	50,5	33,0	2,7
Deutschland	**38 662**	**39 942**	**+3,3**	**10,5**	**0,4**	**89,1**	**5,0**	**60,4**	**20,0**	**3,8**

1) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt. Ab 2011 erfolgt die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.
2) Die Vergleichbarkeit mit Vorjahreswerten ist eingeschränkt, da die Angaben ab 2012 Auszubildende nicht mehr einschließen.
3) Einschl. geringfügig beschäftigte Schüler/-innen/Student/-innen, Rentner/-innen, Pensionäre und Personen im Freiwilligendienst.
4) Auszubildende in kaufmännischen, technischen und gewerblichen Ausbildungsberufen.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 4.5.2 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote 2014 in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätige			Erwerbstätigenquote[1]		
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	1 000			%		
15 - 20	99,9	54,6	45,3	23,8	25,7	21,8
20 - 25	283,5	150,9	132,6	65,6	66,8	64,3
25 - 30	337,9	178,1	159,8	77,7	81,1	74,1
30 - 35	366,3	203,7	162,6	81,4	89,0	73,6
35 - 40	373,0	202,0	171,0	82,5	90,6	74,7
40 - 45	452,4	244,3	208,2	85,4	90,3	80,3
45 - 50	559,7	293,8	265,9	86,3	90,1	82,4
50 - 55	539,8	281,9	257,9	84,1	88,1	80,0
55 - 60	419,9	219,8	200,1	78,1	82,1	74,1
60 - 65	263,8	145,8	118,0	53,3	60,0	46,9
65 und älter	98,3	63,1	35,2	5,7	8,3	3,7
Insgesamt	**3 794,5**	**2 037,9**	**1 756,6**	**56,2**	**61,9**	**50,7**

1) Erwerbstätige in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 4.5.3 Regionale Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Erwerbsquote[1]			Erwerbstätigenquote[1]		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	%					
Braunschweig, Stadt	75,2	78,1	72,0	70,6	72,6	68,4
Salzgitter, Stadt	69,8	83,5	57,0	64,8	76,0	54,5
Wolfsburg, Stadt	75,7	83,2	68,1	73,0	80,6	65,4
Gifhorn	72,5	80,6	64,0	69,5	77,1	61,6
Göttingen	.	.	.	.	.	.
dav. Göttingen, Stadt	72,9	72,8	73,1	68,4	67,3	69,6
dav. Göttingen, Umland	80,1	84,1	76,2	77,3	80,9	73,8
Goslar	74,4	79,5	69,3	67,2	71,4	63,0
Helmstedt	67,7	75,5	59,1	62,5	68,7	55,7
Northeim	75,1	78,4	71,6	71,2	74,3	67,9
Osterode am Harz	74,7	79,3	69,8	71,9	76,8	66,6
Peine	76,6	80,5	72,5	72,7	75,8	69,4
Wolfenbüttel	76,2	83,5	69,5	72,0	78,3	66,3
Stat. Region Braunschweig	.	.	.	.	.	.
Region Hannover	.	.	.	.	.	.
dav. Hannover, Landeshauptstadt	76,9	81,9	72,0	72,0	75,9	68,1
dav. Hannover, Umland	77,2	82,3	72,1	74,1	79,0	69,3
Diepholz	80,4	85,2	75,4	78,0	82,7	73,1
Hameln-Pyrmont	78,9	83,7	74,1	73,8	76,7	70,9
Hildesheim	76,1	81,7	70,4	70,3	75,4	65,1
Holzminden	74,1	79,5	68,7	68,1	72,0	64,0
Nienburg (Weser)	76,9	81,4	71,9	74,0	78,4	69,2
Schaumburg	74,3	79,7	69,3	70,8	75,3	66,6
Stat. Region Hannover	.	.	.	.	.	.
Celle	77,3	82,8	71,4	72,5	76,9	67,7
Cuxhaven	78,6	84,3	72,9	76,1	81,4	70,7
Harburg	81,2	85,1	77,3	79,1	83,5	74,9
Lüchow-Dannenberg und Uelzen*)	75,6	79,5	71,9	71,3	74,0	68,7
Lüneburg	77,6	79,8	75,4	74,9	76,6	73,2
Osterholz	81,3	85,3	77,4	79,2	84,2	74,6
Rotenburg (Wümme)	79,7	83,7	75,7	76,0	79,0	73,1
Heidekreis	78,9	82,0	75,4	75,2	78,3	71,6
Stade	78,3	84,4	72,2	74,5	79,7	69,3
Verden	77,2	81,9	72,4	74,4	78,7	69,8
Stat. Region Lüneburg	.	.	.	.	.	.
Delmenhorst, Stadt	75,2	80,7	69,2	69,2	72,5	65,6
Emden, Stadt und Leer, LK*)	71,8*)	78,5*)	65,6*)	69,9*)	76,3*)	64,0*)
Oldenburg (Oldb), Stadt	79,3	83,6	75,1	74,9	77,4	72,6
Osnabrück, Stadt	76,5	83,4	70,2	72,4	78,6	66,8
Wilhelmshaven, Stadt	74,8	81,1	68,3	67,9	72,9	62,7
Ammerland	78,0	81,7	74,5	75,5	79,9	71,3
Aurich	72,5	81,5	63,0	68,9	76,3	61,0
Cloppenburg	75,7	81,7	68,9	71,3	78,1	63,6
Emsland	76,9	82,1	71,4	74,8	80,1	69,2
Friesland und Wittmund*)	76,1	83,4	68,9	73,8	79,8	67,9
Grafschaft Bentheim	83,3	86,9	79,5	81,5	85,1	77,7
Oldenburg	81,9	85,3	78,5	76,6	78,6	74,5
Osnabrück	79,9	84,2	75,5	78,4	82,1	74,6
Vechta	79,9	85,7	73,9	76,8	83,2	70,3
Wesermarsch	76,1	83,2	69,1	70,8	77,9	63,7
Stat. Region Weser-Ems	.	.	.	.	.	.
Niedersachsen	**76,9**	**82,1**	**71,7**	**73,3**	**77,8**	**68,7**

*) = Aufgrund zu geringer Besetzungszahlen konnte im Mikrozensus für einige Gebiete nur ein gemeinsamer Wert gebildet werden. Betroffen sind die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen, die Stadt Emden und der Landkreis Leer sowie die Landkreise Friesland und Wittmund.
1) Anteil der Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 4.6. Mütter im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) mit ledigen Kindern unter 18 Jahren in Niedersachsen 2015 nach Zahl der Kinder

Alter der Kinder (von ... bis unter ... Jahren)	Erwerbsfähige Mütter (15 bis unter 65 Jahre) mit ledigen Kindern unter 18 Jahren 2015			
	zusammen	1	2	3 und mehr
	1000			
Insgesamt	**762**	**386**	**284**	**93**
Und zwar: mit Kindern				
Unter 1 Jahr	64	30	21	13
Unter 3 Jahren	183	86	63	33
Unter 6 Jahren	311	135	121	56
Unter 10 Jahren	453	188	187	78
Unter 15 Jahren	640	277	270	92
Unter 18 Jahren	762	386	284	93
Darunter Erwerbstätige				
Insgesamt	**548**	**293**	**205**	**50**
Und zwar: mit Kindern				
Unter 1 Jahr	33	18	11	/
Unter 3 Jahren	97	51	35	12
Unter 6 Jahren	190	89	77	24
Unter 10 Jahren	297	131	127	40
Unter 15 Jahren	447	203	194	49
Unter 18 Jahren	548	293	205	50
Erwerbstätige: Davon aktiv Erwerbstätige				
Insgesamt	**464**	**246**	**176**	**41**
Und zwar: mit Kindern				
Unter 1 Jahr	/	/	/	/
Unter 3 Jahren	57	29	20	(7)
Unter 6 Jahren	139	63	58	18
Unter 10 Jahren	237	100	105	32
Unter 15 Jahren	373	166	167	41
Unter 18 Jahren	464	246	176	41
Aktiv Erwerbstätige: Darunter Teilzeittätige				
Insgesamt	**351**	**172**	**144**	**34**
Und zwar: mit Kindern				
Unter 1 Jahr	/	/	/	/
Unter 3 Jahren	43	20	17	(6)
Unter 6 Jahren	111	46	49	15
Unter 10 Jahren	189	74	88	27
Unter 15 Jahren	290	119	137	34
Unter 18 Jahren	351	172	144	34
Anteile an Insgesamt in %				
Erwerbstätige Mütter an allen erwerbsfähigen Müttern in %	71,9	75,9	72,2	53,8
Aktiv Erwerbstätige Mütter an allen erwerbsfähigen Müttern in %	60,9	63,7	62,0	44,1
Teilzeittätige Mütter an allen erwerbsfähigen Müttern in %	46,1	44,6	50,7	36,6

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Tab. 5.1.1 Arbeitslosenquoten aller zivilen Erwerbspersonen im Juni 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Arbeitslosenquote			darunter Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer [1]		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	%					
Braunschweig, Stadt	6,3	6,4	6,2	15,0	13,4	17,1
Salzgitter, Stadt	9,1	8,2	10,3	20,1	15,9	28,5
Wolfsburg, Stadt	4,7	4,4	5,0	11,2	9,4	14,0
Gifhorn	4,5	4,4	4,5	14,0	12,6	16,4
Göttingen	5,9	6,2	5,5	15,2	13,5	17,3
dav. Göttingen, Stadt	7,2	7,9	6,5	15,1	13,6	16,9
dav. Göttingen, Umland	4,6	4,7	4,5	15,6	13,4	18,2
Goslar	7,6	7,6	7,5	14,6	12,1	18,7
Helmstedt	7,0	7,0	6,9	17,3	15,8	.
Northeim	6,4	6,7	6,1	20,5	18,3	23,7
Osterode am Harz	6,2	6,4	5,9	15,0	.	.
Peine	5,3	5,3	5,3	17,9	15,9	20,8
Wolfenbüttel	5,4	5,5	5,4	18,7	17,2	.
Stat. Region Braunschweig	**6,1**	**6,1**	**6,0**	**15,6**	**13,5**	**18,7**
Region Hannover	7,6	7,9	7,3	20,4	18,5	23,0
dav. Hannover, LHSt	9,5	10,0	8,9	21,3	19,5	23,7
dav. Hannover, Umland	6,0	6,0	5,9	18,8	16,7	21,6
Diepholz	4,2	4,3	4,1	11,9	10,7	13,4
Hameln-Pyrmont	7,0	7,4	6,6	20,1	18,3	22,7
Hildesheim	6,8	7,3	6,2	22,0	20,9	23,6
dav. Hildesheim, Stadt	9,6	10,6	8,6	24,5	23,5	25,8
dav. Hildesheim, Umland	5,2	5,6	4,7	18,3	17,0	20,1
Holzminden	7,1	7,3	7,0	16,8	.	.
Nienburg (Weser)	5,3	5,2	5,4	11,0	8,3	15,4
Schaumburg	6,3	6,4	6,3	19,9	18,3	22,1
Stat. Region Hannover	**6,9**	**7,1**	**6,6**	**19,4**	**17,5**	**21,9**
Celle	7,0	7,4	6,6	20,2	18,2	23,5
Cuxhaven	5,6	5,9	5,3	15,1	14,1	16,7
Harburg	4,2	4,3	4,2	12,8	11,6	14,3
Lüchow-Dannenberg	8,2	8,5	7,8	.	.	.
Lüneburg	5,9	6,4	5,4	17,8	19,2	16,2
Osterholz	4,0	3,7	4,4	18,6	14,8	.
Rotenburg (Wümme)	4,3	4,2	4,3	12,3	10,5	15,1
Heidekreis	5,6	5,3	5,9	14,1	12,3	16,4
Stade	5,7	5,4	6,0	12,9	10,3	17,9
Uelzen	6,0	6,5	5,4	14,8	.	.
Verden	5,2	4,9	5,4	18,1	15,5	21,5
Stat. Region Lüneburg	**5,4**	**5,5**	**5,3**	**15,3**	**13,6**	**17,8**
Delmenhorst, Stadt	10,6	10,3	11,0	31,7	26,1	39,9
Emden, Stadt	7,7	7,4	8,1	16,8	.	.
Oldenburg (Oldb), Stadt	7,7	8,5	6,8	21,6	20,1	23,7
Osnabrück, Stadt	7,8	8,1	7,3	22,3	20,8	24,4
Wilhelmshaven, Stadt	12,1	12,8	11,4	28,0	23,8	.
Ammerland	3,8	3,7	3,8	8,8	7,7	10,5
Aurich	6,3	5,8	6,8	13,9	12,2	16,1
Cloppenburg	4,9	4,4	5,5	8,4	6,4	11,8
Emsland	3,0	2,9	3,2	7,4	5,4	11,4
Friesland	4,9	5,1	4,7	16,5	.	.
Grafschaft Bentheim	3,8	3,6	4,0	11,7	9,8	14,3
Leer	5,7	5,5	5,9	16,1	14,1	19,2
Oldenburg	4,0	4,0	4,1	7,3	6,6	8,2
Osnabrück	3,5	3,3	3,7	9,9	8,0	12,9
Vechta	3,6	3,5	3,8	10,1	9,2	11,2
Wesermarsch	7,0	6,5	7,7	19,6	14,6	.
Wittmund	5,4	5,6	5,3	8,6	.	.
Stat. Region Weser-Ems	**5,2**	**5,2**	**5,3**	**13,7**	**11,7**	**16,7**
Niedersachsen	**5,9**	**5,9**	**5,8**	**16,3**	**14,3**	**19,1**
Baden-Württemberg	3,7	3,7	3,7	8,4	7,5	9,4
Bayern	3,4	3,3	3,4	8,0	7,2	9,1
Berlin	10,5	11,3	9,6	21,0	20,0	22,3
Brandenburg	8,3	8,6	7,9	17,2	14,4	20,9
Bremen	10,9	11,4	10,3	24,7	22,9	27,3
Hamburg	7,3	7,8	6,8	16,0	14,8	17,6
Hessen	5,3	5,4	5,3	12,6	11,1	14,4
Mecklenburg-Vorpommern	9,6	10,4	8,8	19,5	18,1	21,3
Nordrhein-Westfalen	7,9	8,1	7,8	20,4	18,3	23,3
Rheinland-Pfalz	5,0	5,1	5,0	11,9	10,7	13,4
Saarland	7,0	7,2	6,8	19,7	17,9	22,2
Sachsen	7,9	8,0	7,7	21,2	18,6	25,1
Sachsen-Anhalt	9,8	9,8	9,7	23,3	19,9	29,4
Schleswig-Holstein	6,2	6,6	5,7	17,7	16,7	19,0
Thüringen	7,0	7,0	7,1	17,0	14,6	20,6
Deutschland	**6,2**	**6,3**	**6,0**	**14,1**	**12,8**	**16,0**

1) Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht keine Arbeitslosenquoten für Personengruppen mit weniger als 1 000 zivilen Erwerbspersonen, da bei zu kleinen Personengruppen unplausible Quoten nicht auszuschließen sind.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach ausgewählten Merkmalen, Hannover, Erstellungsdatum: 25.01.2016, Statistik-Service Nordost, Auftragsnummer 218839.

Tab. 5.1.2 Struktur der Arbeitslosigkeit im Juni 2015 nach Personengruppen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Arbeitslose insgesamt	Anteil der weiblichen Arbeitslosen	Anteil der Langzeitarbeits-losen	Anteil der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer	Anteil der jungen Arbeitslosen (15 bis unter 25 Jahre)			Anteil der älteren Arbeitslosen (55 bis unter 65 Jahre)
					insg.	davon		
						männlich	weiblich	
	Anzahl	%						
Braunschweig, Stadt	8 662	45,4	40,0	18,7	5,6	3,1	2,5	19,0
Salzgitter, Stadt	4 691	48,9	40,2	22,6	9,3	4,9	4,3	19,2
Wolfsburg, Stadt	3 090	47,1	30,2	28,1	8,2	4,5	3,7	17,7
Gifhorn	4 212	44,9	38,2	13,5	9,9	6,4	3,5	20,7
Göttingen	7 610	45,2	37,1	15,9	6,6	4,0	2,6	18,2
dav. Göttingen, Stadt	4 407	44,2	40,5	19,4	4,9	2,9	1,9	17,0
dav. Göttingen, Umland	3 203	46,5	32,4	11,0	9,1	5,5	3,6	20,0
Goslar	5 153	46,0	42,1	9,6	7,0	3,6	3,4	21,8
Helmstedt	3 364	44,7	47,5	9,6	7,8	4,8	3,0	19,9
Northeim	4 512	44,3	41,4	11,7	10,4	6,1	4,3	21,5
Osterode am Harz	2 264	44,2	40,8	9,1	10,0	6,3	3,7	22,5
Peine	3 695	45,9	29,0	14,9	9,9	6,1	3,8	21,4
Wolfenbüttel	3 368	45,8	39,9	13,3	7,7	4,7	3,0	25,5
Stat. Region Braunschweig	**50 621**	**45,7**	**38,9**	**15,6**	**8,0**	**4,7**	**3,3**	**20,3**
Region Hannover	46 483	45,7	43,3	28,5	8,3	4,8	3,5	18,5
dav. Hannover, LHSt	27 312	44,8	45,0	32,4	7,8	4,5	3,3	17,2
dav. Hannover, Umland	19 171	46,9	41,0	22,8	9,1	5,2	3,8	20,4
Diepholz	4 927	46,0	32,3	15,5	10,5	6,3	4,2	21,1
Hameln-Pyrmont	5 387	44,9	40,6	18,9	11,3	6,2	5,1	19,5
Hildesheim	9 845	42,8	44,0	15,8	9,0	5,8	3,2	20,4
dav. Hildesheim, Stadt	4 988	43,0	45,7	20,8	9,4	5,9	3,5	17,2
dav. Hildesheim, Umland	4 857	42,6	42,1	10,7	8,6	5,7	2,9	23,7
Holzminden	2 548	45,4	44,4	10,4	9,5	5,8	3,8	21,4
Nienburg (Weser)	3 493	46,8	37,8	14,3	11,4	7,2	4,2	21,5
Schaumburg	5 075	46,8	38,6	16,4	10,9	6,4	4,5	21,8
Stat. Region Hannover	**77 758**	**45,4**	**42,0**	**23,4**	**9,1**	**5,4**	**3,7**	**19,4**
Celle	6 344	44,9	42,4	14,0	9,7	5,6	4,1	19,5
Cuxhaven	5 663	44,5	41,4	12,7	9,2	5,7	3,5	21,2
Harburg	5 650	47,2	34,1	15,6	9,0	5,3	3,7	24,3
Lüchow-Dannenberg	1 812	45,1	45,0	7,5	8,0	4,7	3,3	19,5
Lüneburg	5 589	43,9	31,2	11,8	8,2	4,9	3,3	20,1
Osterholz	2 354	51,7	29,8	15,7	11,5	6,6	4,9	20,7
Rotenburg (Wümme)	3 764	47,4	36,3	10,8	9,8	5,9	3,9	20,6
Heidekreis	4 108	50,1	39,8	13,2	11,3	6,0	5,3	18,1
Stade	6 163	47,8	39,4	13,6	10,0	5,5	4,4	20,3
Uelzen	2 762	43,0	33,7	8,2	11,0	6,3	4,7	21,0
Verden	3 716	49,6	41,1	17,4	7,6	4,2	3,4	19,8
Stat. Region Lüneburg	**47 925**	**46,6**	**37,8**	**13,2**	**9,5**	**5,5**	**4,0**	**20,6**
Delmenhorst, Stadt	4 181	47,3	44,3	26,1	8,1	4,8	3,3	18,7
Emden, Stadt	2 047	47,6	37,8	11,9	11,7	6,9	4,8	17,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	6 906	44,1	42,8	16,8	9,8	5,6	4,1	17,2
Osnabrück, Stadt	6 837	45,9	37,9	27,6	8,6	5,0	3,6	15,9
Wilhelmshaven, Stadt	4 593	43,9	42,9	11,2	9,3	5,5	3,8	17,4
Ammerland	2 415	48,9	33,3	10,1	7,4	4,0	3,4	21,4
Aurich	6 203	49,8	45,1	8,4	8,2	4,4	3,8	24,2
Cloppenburg	4 385	50,3	38,1	14,8	10,8	6,0	4,9	21,7
Emsland	5 229	47,9	21,2	12,0	10,6	6,4	4,2	21,7
Friesland	2 408	46,0	32,6	8,7	8,6	5,3	3,3	21,8
Grafschaft Bentheim	2 752	49,1	33,9	21,6	9,3	5,2	4,1	17,0
Leer	4 805	47,5	34,9	9,8	8,6	4,8	3,8	18,9
Oldenburg	2 824	48,5	35,2	14,0	8,9	5,3	3,6	21,8
Osnabrück	6 919	48,8	32,3	15,3	8,3	5,2	3,0	24,6
Vechta	2 982	48,4	28,7	29,3	10,3	5,6	4,7	21,3
Wesermarsch	3 269	48,6	42,6	13,1	10,9	6,0	4,9	18,1
Wittmund	1 539	46,5	33,6	6,3	9,0	5,2	3,8	25,1
Stat. Region Weser-Ems	**70 294**	**47,5**	**36,9**	**15,7**	**9,2**	**5,3**	**3,9**	**20,1**
Niedersachsen	**246 598**	**46,3**	**39,1**	**17,6**	**9,0**	**5,2**	**3,7**	**20,0**
Baden-Württemberg	219 002	47,2	32,7	28,0	7,4	4,3	3,1	22,4
Bayern	238 822	47,3	27,6	24,4	8,6	4,8	3,7	22,7
Berlin	191 613	43,8	32,5	25,6	7,6	4,5	3,1	16,1
Brandenburg	109 860	45,6	44,4	4,7	5,9	3,4	2,5	25,5
Bremen	37 283	44,5	43,8	28,0	8,6	5,1	3,5	16,6
Hamburg	71 967	45,0	32,2	28,4	6,8	3,9	2,9	16,0
Hessen	174 263	46,8	38,5	30,4	8,6	5,0	3,6	19,3
Mecklenburg-Vorpommern	79 507	44,0	38,0	4,4	7,2	4,2	3,0	23,0
Nordrhein-Westfalen	742 552	45,8	43,8	25,0	8,9	5,2	3,7	18,2
Rheinland-Pfalz	108 971	46,5	35,3	19,0	9,5	5,5	4,1	21,1
Saarland	36 038	45,3	39,0	19,5	8,3	4,9	3,3	19,6
Sachsen	166 968	46,3	40,1	6,4	6,3	3,5	2,7	25,9
Sachsen-Anhalt	113 442	46,8	39,0	4,8	6,8	3,8	2,9	23,5
Schleswig-Holstein	93 262	44,6	38,6	13,7	9,9	5,9	4,0	19,8
Thüringen	81 039	47,1	36,5	4,8	6,3	3,4	2,8	27,7
Deutschland	**2 711 187**	**46,0**	**38,2**	**20,3**	**8,1**	**4,7**	**3,4**	**20,5**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach ausgewählten Merkmalen, Hannover, Erstellungsdatum: 25.01.2016, Statistik-Service Nordost, Auftragsnummer 218839.
Der Neuaufbau der Arbeitslosenstatistik mit Berichtsmonat August 2014 führt zu einer rückwirkenden Revision der Daten ab Januar 2007. Die revidierten Daten können von den bisher veröffentlichten Ergebnissen abweichen.

Tab. 5.2 Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Dezember 2015 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeit)[1]			Unterbeschäftigungsquote Dez. 2015	Veränderung der Anzahl der Unterbeschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat		Arbeitslose im Dezember 2015[2]	Arbeitslosenquote im Dezember 2015			Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung[2]
	Dez. 2014	Juni 2015	Dez. 2015					insgesamt [2]	SGB III	SGB II	
	Anzahl			%	absolut	%	Anzahl	%			
Braunschweig, Stadt	11 540	11 215	10 826	7,8	- 714	-6,2	8 300	6,1	1,5	4,6	76,7
Salzgitter, Stadt	5 956	5 906	6 164	11,7	+ 208	+3,5	4 799	9,3	1,9	7,4	77,9
Wolfsburg, Stadt	4 288	4 228	4 005	6,0	- 283	-6,6	3 007	4,5	1,0	3,6	75,1
Gifhorn	5 250	5 029	4 995	5,3	- 255	-4,9	4 172	4,4	1,3	3,1	83,5
Göttingen	10 465	10 141	9 880	7,5	- 585	-5,6	7 429	5,7	1,8	3,9	75,2
Goslar	7 212	6 785	6 638	9,6	- 574	-8,0	5 049	7,4	1,9	5,6	76,1
Helmstedt	4 125	4 054	3 823	7,8	- 302	-7,3	3 169	6,6	1,2	5,3	82,9
Northeim	5 834	5 654	5 597	7,8	- 237	-4,1	4 415	6,3	2,0	4,3	78,9
Osterode am Harz	3 396	3 141	2 985	7,9	- 411	-12,1	2 174	5,9	1,8	4,1	72,8
Peine	5 481	5 365	5 138	7,2	- 343	-6,3	3 566	5,1	1,8	3,3	69,4
Wolfenbüttel	4 273	4 126	4 074	6,5	- 199	-4,7	3 306	5,3	1,6	3,7	81,1
Stat. Region Braunschweig	**67 820**	**65 644**	**64 125**	.	**-3 695**	**-5,4**	**49 386**	.	.	.	x
Region Hannover	61 559	60 472	59 401	9,6	-2 158	-3,5	45 171	7,4	1,6	5,8	76,0
Diepholz	6 510	6 223	6 519	5,5	+ 9	+0,1	5 149	4,4	1,7	2,7	79,0
Hameln-Pyrmont	7 220	6 789	6 845	8,8	- 375	-5,2	5 269	6,9	2,0	4,9	77,0
Hildesheim	12 597	12 184	11 665	7,9	- 932	-7,4	9 507	6,5	1,8	4,8	81,5
Holzminden	3 342	3 176	3 154	8,7	- 188	-5,6	2 518	7,1	2,1	5,0	79,8
Nienburg (Weser)	4 760	4 437	4 503	6,8	- 257	-5,4	3 556	5,4	1,8	3,6	79,0
Schaumburg	6 765	6 551	6 483	8,0	- 282	-4,2	5 072	6,3	1,8	4,5	78,2
Stat. Region Hannover	**102 753**	**99 832**	**98 570**	.	**-4 183**	**-4,1**	**76 242**	.	.	.	x
Celle	8 238	8 020	7 873	8,6	- 365	-4,4	6 243	6,9	2,0	5,0	79,3
Cuxhaven	7 596	7 004	7 492	7,3	- 104	-1,4	6 177	6,1	2,0	4,1	82,4
Harburg	7 201	7 078	7 054	5,2	- 147	-2,0	5 513	4,1	1,7	2,4	78,2
Lüchow-Dannenberg	2 569	2 305	2 284	10,1	- 285	-11,1	1 823	8,2	2,2	6,0	79,8
Lüneburg	7 281	7 216	7 053	7,4	- 228	-3,1	5 288	5,6	1,7	3,9	75,0
Osterholz	3 380	3 216	3 224	5,4	- 156	-4,6	2 253	3,8	1,7	2,1	69,9
Rotenburg (Wümme)	4 733	4 642	4 704	5,3	- 29	-0,6	3 747	4,3	1,5	2,7	79,7
Heidekreis	6 539	6 009	6 113	8,2	- 426	-6,5	4 445	6,1	2,1	3,9	72,7
Stade	7 992	7 815	7 762	7,0	- 230	-2,9	6 104	5,6	1,7	3,9	78,6
Uelzen	3 693	3 480	3 437	7,3	- 256	-6,9	2 779	6,0	1,9	4,1	80,9
Verden	4 683	4 639	4 582	6,3	- 101	-2,2	3 604	5,0	1,9	3,1	78,7
Stat. Region Lüneburg	**63 905**	**61 424**	**61 578**	.	**-2 327**	**-3,6**	**47 976**	.	.	.	x
Delmenhorst, Stadt	5 356	5 363	5 373	13,3	+ 17	+0,3	4 215	10,7	2,1	8,6	78,4
Emden, Stadt	2 782	2 707	2 857	10,6	+ 75	+2,7	2 144	8,1	2,2	5,9	75,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	9 004	8 904	8 888	9,7	- 116	-1,3	6 804	7,6	1,7	5,9	76,6
Osnabrück, Stadt	9 139	9 093	9 229	10,3	+ 90	+1,0	6 886	7,8	2,0	5,8	74,6
Wilhelmshaven, Stadt	5 755	5 687	5 665	14,6	- 90	-1,6	4 543	12,0	2,0	10,0	80,2
Ammerland	3 915	3 439	3 702	5,7	- 213	-5,4	2 734	4,3	2,2	2,1	73,9
Aurich	9 377	7 825	9 111	9,1	- 266	-2,8	7 647	7,7	2,9	4,8	83,9
Cloppenburg	6 122	5 669	5 966	6,6	- 156	-2,5	4 630	5,2	1,9	3,3	77,6
Emsland	9 516	9 130	8 826	5,0	- 690	-7,3	5 171	3,0	1,6	1,4	58,6
Friesland	3 694	3 121	3 451	6,9	- 243	-6,6	2 798	5,7	2,4	3,3	81,1
Grafschaft Bentheim	3 968	3 873	3 995	5,4	+ 27	+0,7	2 830	3,9	1,5	2,4	70,8
Leer	7 211	6 441	6 919	8,0	- 292	-4,0	5 476	6,5	3,0	3,5	79,1
Oldenburg	4 128	3 934	3 872	5,4	- 256	-6,2	2 779	4,0	1,8	2,1	71,8
Osnabrück	10 135	9 567	9 450	4,7	- 685	-6,8	6 984	3,5	1,7	1,9	73,9
Vechta	4 087	3 892	3 966	4,7	- 121	-3,0	3 044	3,7	1,4	2,3	76,8
Wesermarsch	4 214	4 098	4 138	8,7	- 76	-1,8	3 318	7,1	1,8	5,3	80,2
Wittmund	2 760	1 956	2 689	9,4	- 71	-2,6	2 203	7,8	4,0	3,8	81,9
Stat. Region Weser-Ems	**101 163**	**94 699**	**98 097**	.	**-3 066**	**-3,0**	**74 206**	.	.	.	x
Niedersachsen	**335 641**	**321 599**	**322 369**	**7,6**	**-13 271**	**-4,0**	**247 810**	**5,9**	**1,8**	**4,1**	**76,9**

1) Altersteilzeit kann in die Berechnung der Unterbeschäftigung auf Kreisebene nicht aufgenommen werden. Sie wird deshalb ohne Altersteilzeit ausgewiesen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit Statistik-Service Nordost, Datenstand Dezember 2015.
2) Eigene Berechnung.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tab. 5.3.1 Erwerbslose[1] 2014 in Niedersachsen nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf der letzten Tätigkeit

Wirtschaftsbereich Geschlecht	2014	Veränderung 2013/2014	2014		
	Insgesamt		Darunter		
			Angestellte	Arbeiter/innen	Auszubildende[2]
	1 000				
Männlich					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	/	/	/	/	-
Produzierendes Gewerbe	39,9	-0,2	(10,0)	27,0	/
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kommunikation	30,7	-1,4	12,6	13,8	/
Sonstige Dienstleistungen	22,9	-3,9	11,2	(8,8)	/
Zusammen	**95,2**	**-4,8**	**33,9**	**50,8**	**(5,3)**
Weiblich					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	/	/	-	/	-
Produzierendes Gewerbe	(9,5)	(-1,7)	/	/	/
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kommunikation	23,8	-2,9	15,2	(6,7)	/
Sonstige Dienstleistungen	32,1	-1,3	20,6	(8,6)	/
Zusammen	**65,6**	**-6,5**	**40,5**	**19,3**	**/**
Insgesamt					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	/	/	/	/	-
Produzierendes Gewerbe	49,5	-1,8	14,7	30,9	/
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kommunikation	54,5	-4,4	27,8	20,5	/
Sonstige Dienstleistungen	55,1	-5,1	31,8	17,4	/
Insgesamt	**160,8**	**-11,4**	**74,4**	**70,1**	**(8,7)**

1) Ohne Erwerbslose, die noch nie erwerbstätig waren.
2) Auszubildende in anerkannten kaufmännischen, technischen und gewerblichen Ausbildungsberufen.

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 5.3.2 Erwerbslose 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Dauer der Arbeitssuche

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	2014	Veränderung 2013/2014	2014			
	Insgesamt		Davon mit Dauer der Arbeitssuche seit			
			weniger als 3 Monate	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr bis unter 2 Jahre	2 und mehr Jahre
	1 000					
Männlich						
15 bis 25	17,4	-1,3	(5,0)	(6,6)	/	/
25 bis 35	25,6	-1,3	(6,4)	(7,6)	/	(6,8)
35 bis 45	21,0	-2,1	/	(5,9)	/	(6,7)
45 bis 55	24,3	+1,4	/	(6,9)	/	(9,2)
55 bis 65	19,6	+0,5	/	/	/	(7,8)
65 und älter	/	/	-	/	-	/
Zusammen	**108,2**	**-3,2**	**23,0**	**31,4**	**18,9**	**33,0**
Weiblich						
15 bis 25	11,2	-3,5	/	/	/	/
25 bis 35	17,4	+0,9	(5,9)	(6,3)	/	/
35 bis 45	15,2	-1,4	/	/	/	/
45 bis 55	19,4	-1,2	/	(5,2)	/	(7,1)
55 bis 65	12,1	-1,2	/	/	/	/
65 und älter	/	/	/	/	/	/
Zusammen	**75,8**	**-6,6**	**19,6**	**24,3**	**(9,5)**	**20,9**
Insgesamt						
15 bis 25	28,6	-4,8	(9,1)	11,1	/	/
25 bis 35	43,0	-0,4	12,3	13,9	(6,0)	(9,9)
35 bis 45	36,2	-3,4	(8,0)	10,8	(5,2)	11,7
45 bis 55	43,8	+0,4	(8,0)	12,0	(6,7)	16,3
55 bis 65	31,7	-0,8	(5,0)	(7,7)	(5,9)	12,4
65 und älter	/	/	/	/	/	/
Insgesamt	**184,0**	**-9,7**	**42,6**	**55,7**	**28,5**	**53,9**

Quelle: Mikrozensus.

Tab. 5.3.3 Anteil der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebenden Personen[1] 2009 bis 2014 nach Bundesländern, Altersgruppe und Geschlecht

Altersgruppe Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014[2]
	%						%-Punkte	
Unter 18-jährige								
Baden-Württemberg	5,2	5,5	4,7	4,5	4,6	4,3	-0,3	-0,9
Bayern	5,4	4,9	4,1	4,2	4,6	4,6	0,0	-0,8
Berlin	21,0	21,0	18,5	17,3	17,6	18,1	+0,5	-2,9
Brandenburg	12,7	11,2	11,1	12,4	10,5	10,4	-0,1	-2,3
Bremen	21,5	20,3	22,6	17,3	19,4	19,8	+0,4	-1,7
Hamburg	15,7	15,1	13,0	13,5	11,1	10,8	-0,3	-4,9
Hessen	8,2	7,6	6,8	6,7	6,1	7,7	+1,6	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	16,3	14,1	13,0	14,4	12,2	11,5	-0,7	-4,8
Niedersachsen	**10,0**	**10,1**	**9,0**	**8,5**	**8,6**	**9,3**	**+0,7**	**-0,7**
Nordrhein-Westfalen	11,8	12,1	11,3	10,6	10,8	11,4	+0,6	-0,4
Rheinland-Pfalz	8,2	8,0	7,0	6,5	6,3	7,6	+1,3	-0,6
Saarland	9,7	8,4	8,9	10,8	8,6	10,0	+1,4	+0,3
Sachsen	13,1	13,2	12,7	12,2	11,4	11,3	-0,1	-1,8
Sachsen-Anhalt	19,3	16,2	14,6	13,6	13,7	14,1	+0,4	-5,2
Schleswig-Holstein	9,3	9,4	9,0	8,3	9,8	8,8	-1,0	-0,5
Thüringen	14,4	9,2	10,0	10,8	11,2	10,7	-0,5	-3,7
Deutschland	**9,9**	**9,6**	**8,8**	**8,5**	**8,5**	**8,9**	**+0,4**	**-1,0**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,7	8,7	7,8	7,5	7,6	8,0	+0,4	-0,7
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	16,2	14,6	13,7	13,6	13,0	13,0	0,0	-3,2
18- bis unter 60-jährige								
Niedersachsen	**9,4**	**9,1**	**8,1**	**7,9**	**7,7**	**7,9**	**+0,2**	**-1,5**
dav. Männer	8,9	8,8	7,7	7,5	7,6	7,9	+0,3	-1,0
dav. Frauen	9,9	9,4	8,5	8,2	7,9	7,9	0,0	-2,0
Baden-Württemberg	5,8	5,9	5,1	5,0	4,9	5,0	+0,1	-0,8
Bayern	6,4	5,9	5,0	4,9	4,8	4,8	0,0	-1,6
Berlin	17,9	17,5	15,9	15,2	15,0	14,7	-0,3	-3,2
Brandenburg	11,0	10,6	10,0	10,0	9,5	9,5	0,0	-1,5
Bremen	16,5	14,3	15,0	13,1	13,8	14,2	+0,4	-2,3
Hamburg	11,3	11,1	9,9	10,3	10,3	10,0	-0,3	-1,3
Hessen	8,0	7,9	6,8	6,9	7,0	7,3	+0,3	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	13,9	13,5	12,9	13,8	12,4	12,5	+0,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	10,4	10,5	9,7	9,5	9,5	9,4	-0,1	-1,0
Rheinland-Pfalz	7,6	7,6	7,1	6,7	6,5	6,6	+0,1	-1,0
Saarland	10,3	9,0	9,1	9,5	9,4	9,0	-0,4	-1,3
Sachsen	11,9	11,4	10,7	10,2	9,6	9,7	+0,1	-2,2
Sachsen-Anhalt	13,0	11,7	11,0	11,5	11,3	11,7	+0,4	-1,3
Schleswig-Holstein	9,3	8,9	9,0	8,1	8,2	8,3	+0,1	-1,0
Thüringen	10,6	8,9	8,8	8,8	8,7	8,8	+0,1	-1,8
Deutschland	**9,4**	**9,1**	**8,3**	**8,1**	**8,0**	**8,0**	**0,0**	**-1,4**
dav. Männer	9,2	9,0	8,1	7,9	8,0	8,0	0,0	-1,2
dav. Frauen	9,6	9,2	8,5	8,3	8,0	8,0	0,0	-1,6
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,4	8,2	7,4	7,2	7,2	7,2	0,0	-1,2
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	13,2	12,5	11,7	11,6	11,2	11,3	+0,1	-1,9

1) Anteil der Personen, die in Haushalten ohne Erwerbstätige leben, an der Bevölkerung (in Privathaushalten) der entsprechenden Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende. Personen in Haushalten, in denen ausschließlich Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren leben, die sich noch in Ausbildung befinden und nicht erwerbstätig sind, werden bei der Berechnung dieses Indikators nicht berücksichtigt.
Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.
Im Jahr 2010 erfolgte eine Anpassung der Definition des Erwerbsstatus an internationale Vorgaben (geänderte Behandlung von Personen, die mehr als drei Monate vom Arbeitsplatz abwesend sind). Um die zeitliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten wurden alle Daten ab 2005 rückwirkend an diese Vorgaben angepasst.
Methodischer Hinweis: Die Ergebnisse weichen aufgrund geringer definitorischer Unterschiede leicht von den bei Eurostat veröffentlichten Ergebnissen ab.
2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus - Arbeitskräfteerhebung; Statistisches Bundesamt, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Tab. 5.3.4 Erwerbslosenquote[1] 2009 bis 2014 nach Bundesländern und Geschlecht

Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014[2]
	%						%-Punkte	
Insgesamt								
Baden-Württemberg	5,2	4,9	3,6	3,4	3,4	3,2	-0,2	-2,0
Bayern	5,2	4,5	3,3	3,2	3,1	2,9	-0,2	-2,3
Berlin	13,9	13,3	11,8	10,5	10,5	10,0	-0,5	-3,9
Brandenburg	11,4	10,0	8,8	8,3	7,4	6,8	-0,6	-4,6
Bremen	9,2	8,2	7,8	6,7	7,1	6,8	-0,3	-2,4
Hamburg	7,3	7,2	5,4	5,4	4,8	5,1	+0,3	-2,2
Hessen	6,5	6,0	4,8	4,8	4,4	4,6	+0,2	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	14,0	12,5	10,1	10,9	10,2	9,7	-0,5	-4,3
Niedersachsen	**7,0**	**6,6**	**5,6**	**4,9**	**5,0**	**4,7**	**-0,3**	**-2,3**
Nordrhein-Westfalen	7,9	7,6	6,4	5,9	6,0	5,7	-0,3	-2,2
Rheinland-Pfalz	6,1	5,6	4,8	4,1	4,1	3,9	-0,2	-2,2
Saarland	8,5	7,1	5,9	6,3	6,0	5,9	-0,1	-2,6
Sachsen	12,6	11,4	9,4	8,3	7,9	7,4	-0,5	-5,2
Sachsen-Anhalt	13,8	11,5	10,5	9,6	9,2	8,9	-0,3	-4,9
Schleswig-Holstein	7,5	6,9	5,9	5,1	5,0	4,7	-0,3	-2,8
Thüringen	10,7	8,7	7,6	7,3	6,1	6,1	0,0	-4,6
Deutschland	**7,9**	**7,2**	**5,9**	**5,5**	**5,3**	**5,1**	**-0,2**	**-2,8**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,6	6,1	4,9	4,6	4,5	4,3	-0,2	-2,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	12,7	11,3	9,8	9,1	8,5	8,1	-0,4	-4,6
Frauen								
Baden-Württemberg	5,2	4,9	3,7	3,4	3,4	2,9	-0,5	-2,3
Bayern	5,2	4,5	3,5	3,3	3,2	3,0	-0,2	-2,2
Berlin	11,7	11,7	10,6	9,3	9,3	8,6	-0,7	-3,1
Brandenburg	10,4	9,2	8,1	8,1	6,6	6,6	0,0	-3,8
Bremen	7,1	6,1	6,6	5,8	7,0	5,9	-1,1	-1,2
Hamburg	5,9	6,6	5,1	4,9	4,1	4,8	+0,7	-1,1
Hessen	6,3	5,7	4,8	4,5	4,0	4,3	+0,3	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	13,0	10,7	9,9	10,3	9,0	8,7	-0,3	-4,3
Niedersachsen	**6,6**	**6,0**	**5,6**	**4,6**	**4,5**	**4,2**	**-0,3**	**-2,4**
Nordrhein-Westfalen	7,1	6,6	5,6	5,3	5,3	5,1	-0,2	-2,0
Rheinland-Pfalz	5,8	5,3	5,0	4,2	4,0	3,6	-0,4	-2,2
Saarland	8,5	6,3	5,5	6,4	5,5	5,5	0,0	-3,0
Sachsen	12,4	10,7	9,1	8,2	7,9	7,1	-0,8	-5,3
Sachsen-Anhalt	13,4	10,8	10,2	9,8	9,3	8,4	-0,9	-5,0
Schleswig-Holstein	7,1	5,9	5,1	4,5	4,5	4,2	-0,3	-2,9
Thüringen	10,6	9,0	7,4	7,8	6,4	6,1	-0,3	-4,5
Deutschland	**7,4**	**6,6**	**5,7**	**5,2**	**5,0**	**4,7**	**-0,3**	**-2,7**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,2	5,6	4,7	4,3	4,2	4,0	-0,2	-2,2
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	11,9	10,4	9,3	8,8	8,1	7,6	-0,5	-4,3
Männer								
Baden-Württemberg	5,3	4,9	3,5	3,4	3,4	3,4	0,0	-1,9
Bayern	5,2	4,5	3,2	3,0	3,0	2,9	-0,1	-2,3
Berlin	15,8	14,8	12,9	11,6	11,7	11,3	-0,4	-4,5
Brandenburg	12,3	10,8	9,6	8,4	8,1	7,0	-1,1	-5,3
Bremen	11,1	10,1	9,0	7,5	7,2	7,6	+0,4	-3,5
Hamburg	8,5	7,8	5,8	5,9	5,5	5,3	-0,2	-3,2
Hessen	6,7	6,2	4,8	5,0	4,8	4,8	0,0	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	14,8	14,1	10,3	11,4	11,2	10,6	-0,6	-4,2
Niedersachsen	**7,3**	**7,1**	**5,6**	**5,2**	**5,3**	**5,2**	**-0,1**	**-2,1**
Nordrhein-Westfalen	8,6	8,4	7,0	6,4	6,6	6,2	-0,4	-2,4
Rheinland-Pfalz	6,3	5,8	4,7	4,0	4,1	4,2	+0,1	-2,1
Saarland	8,5	7,8	6,3	6,3	6,5	6,2	-0,3	-2,3
Sachsen	12,8	12,0	9,7	8,4	8,0	7,6	-0,4	-5,2
Sachsen-Anhalt	14,1	12,1	10,8	9,5	9,0	9,3	+0,3	-4,8
Schleswig-Holstein	7,8	7,8	6,6	5,6	5,5	5,1	-0,4	-2,7
Thüringen	10,8	8,4	7,8	7,0	5,9	6,1	+0,2	-4,7
Deutschland	**8,2**	**7,6**	**6,1**	**5,7**	**5,6**	**5,4**	**-0,2**	**-2,8**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,9	6,5	5,1	4,8	4,8	4,6	-0,2	-2,3
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	13,5	12,1	10,3	9,3	9,0	8,6	-0,4	-4,9

1) Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) der entsprechenden Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.
Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.
Im Jahr 2010 erfolgte eine Anpassung der Definition des Erwerbsstatus an internationale Vorgaben (geänderte Behandlung von Personen, die mehr als drei Monate vom Arbeitsplatz abwesend sind). Um die zeitliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten wurden alle Daten ab 2005 rückwirkend an diese Vorgaben angepasst.
2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus - Arbeitskräfteerhebung; Statistisches Bundesamt, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Tab. 5.3.5 Langzeiterwerbslosenquote[1] 2009 bis 2014 nach Bundesländern und Geschlecht

Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014[2]
	%						%-Punkte	
Insgesamt								
Baden-Württemberg	1,8	1,9	1,4	1,2	1,1	1,1	0,0	-0,7
Bayern	1,7	1,7	1,3	1,1	1,1	1,0	-0,1	-0,7
Berlin	7,9	7,6	5,9	5,4	5,1	5,0	-0,1	-2,9
Brandenburg	6,4	5,2	4,6	4,5	3,9	3,5	-0,4	-2,9
Bremen	3,8	4,1	2,9	2,3	2,4	2,5	+0,1	-1,3
Hamburg	3,0	3,0	2,5	2,3	2,3	2,1	-0,2	-0,9
Hessen	2,6	2,4	1,9	1,9	1,6	1,6	0,0	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	7,3	6,3	5,4	5,5	5,4	5,2	-0,2	-2,1
Niedersachsen	**3,2**	**3,2**	**2,6**	**2,1**	**2,1**	**2,1**	**0,0**	**-1,1**
Nordrhein-Westfalen	3,4	3,6	3,2	2,8	2,7	2,6	-0,1	-0,8
Rheinland-Pfalz	2,6	2,5	1,9	1,5	1,4	1,5	+0,1	-1,1
Saarland	3,4	3,3	3,0	2,6	2,6	2,8	+0,2	-0,6
Sachsen	6,7	5,9	5,3	4,6	4,3	3,9	-0,4	-2,8
Sachsen-Anhalt	7,8	6,4	6,2	5,6	5,3	4,9	-0,4	-2,9
Schleswig-Holstein	2,9	3,2	2,5	2,1	2,3	1,8	-0,5	-1,1
Thüringen	5,0	4,3	4,1	3,6	3,1	2,9	-0,2	-2,1
Deutschland	**3,5**	**3,4**	**2,8**	**2,5**	**2,4**	**2,2**	**-0,2**	**-1,3**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2,6	2,7	2,2	1,9	1,8	1,7	-0,1	-0,9
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	6,9	6,0	5,3	4,8	4,5	4,2	-0,3	-2,7
Frauen								
Baden-Württemberg	1,8	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	-0,2	-0,9
Bayern	1,9	1,6	1,2	1,0	1,1	0,9	-0,2	-1,0
Berlin	6,9	6,5	5,3	4,8	4,6	4,4	-0,2	-2,5
Brandenburg	6,3	4,9	4,3	4,2	3,6	3,6	0,0	-2,7
Bremen	2,7	2,9	.	.	.	.	.	.
Hamburg	2,2	2,4	2,2	1,6	2,0	1,9	-0,1	-0,3
Hessen	2,5	2,3	1,8	1,7	1,4	1,4	0,0	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	7,2	6,0	5,7	5,7	4,8	4,6	-0,2	-2,6
Niedersachsen	**2,9**	**2,9**	**2,4**	**1,8**	**1,7**	**1,6**	**-0,1**	**-1,3**
Nordrhein-Westfalen	3,0	2,9	2,6	2,3	2,3	2,1	-0,2	-0,9
Rheinland-Pfalz	2,6	2,3	2,0	1,6	1,4	1,3	-0,1	-1,3
Saarland	3,2	3,2	2,4	2,3	.	2,7	.	-0,5
Sachsen	7,2	5,9	5,2	4,6	4,4	3,7	-0,7	-3,5
Sachsen-Anhalt	8,3	6,1	6,3	5,8	5,7	4,7	-1,0	-3,6
Schleswig-Holstein	2,8	2,7	2,3	1,8	1,8	1,3	-0,5	-1,5
Thüringen	5,5	4,8	4,1	3,7	3,4	2,7	-0,7	-2,8
Deutschland	**3,4**	**3,0**	**2,6**	**2,3**	**2,2**	**2,0**	**-0,2**	**-1,4**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2,5	2,3	1,9	1,6	1,6	1,4	-0,2	-1,1
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	6,9	5,7	5,1	4,7	4,4	4,0	-0,4	-2,9
Männer								
Baden-Württemberg	1,8	2,1	1,5	1,2	1,2	1,3	+0,1	-0,5
Bayern	1,6	1,7	1,3	1,1	1,0	1,1	+0,1	-0,5
Berlin	8,8	8,6	6,4	5,9	5,6	5,5	-0,1	-3,3
Brandenburg	6,5	5,4	4,9	4,7	4,2	3,4	-0,8	-3,1
Bremen	4,8	5,2	4,2	3,0	.	3,0	.	-1,8
Hamburg	3,7	3,6	2,7	2,9	2,6	2,3	-0,3	-1,4
Hessen	2,7	2,6	2,0	2,1	1,8	1,8	0,0	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	7,5	6,6	5,2	5,3	6,0	5,8	-0,2	-1,7
Niedersachsen	**3,4**	**3,4**	**2,8**	**2,4**	**2,5**	**2,4**	**-0,1**	**-1,0**
Nordrhein-Westfalen	3,8	4,2	3,6	3,1	3,0	3,0	0,0	-0,8
Rheinland-Pfalz	2,6	2,7	1,8	1,5	1,4	1,7	+0,3	-0,9
Saarland	3,7	3,4	3,5	2,8	3,0	2,9	-0,1	-0,8
Sachsen	6,3	5,9	5,4	4,5	4,2	4,0	-0,2	-2,3
Sachsen-Anhalt	7,2	6,6	6,2	5,3	5,0	5,2	+0,2	-2,0
Schleswig-Holstein	3,1	3,6	2,7	2,3	2,7	2,2	-0,5	-0,9
Thüringen	4,6	3,9	4,0	3,5	2,9	3,0	+0,1	-1,6
Deutschland	**3,6**	**3,6**	**3,0**	**2,6**	**2,5**	**2,5**	**0,0**	**-1,1**
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2,8	3,0	2,4	2,1	2,0	2,0	0,0	-0,8
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	6,9	6,3	5,4	4,9	4,6	4,5	-0,1	-2,4

1) Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bei denen die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als 12 Monate anhält, an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) der entsprechenden Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.
2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus - Arbeitskräfteerhebung; Statistisches Bundesamt, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Tab. 6.1 Verfügbare Einkommen 2014 und Anteil der "Reichen" am Gesamtbetrag der Einkünfte 2010

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in[1]		Gesamtbetrag der Einkünfte pro Steuerpflichtigen	Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr an allen Steuerpflichtigen		Anteil der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 125 000 Euro und mehr an allen Einkünften	
	2014	Veränderung 2013/2014	2010	2007	2010	2007	2010
	Euro	%	Euro	%			
Braunschweig, Stadt	19 803	1,2	31 804	1,9	2,1	15,5	15,7
Salzgitter, Stadt	19 320	1,7	26 220	1,1	1,1	9,2	9,3
Wolfsburg, Stadt	21 176	1,6	31 015	1,7	1,7	14,8	14,0
Gifhorn	20 751	2,1	33 325	2,1	2,1	14,9	14,9
Göttingen	19 444	1,8	31 472	1,7	2,1	16,9	17,3
dav. Göttingen, Stadt	.	.	30 912	1,9	2,3	20,5	19,5
dav. Göttingen, Umland	.	.	32 014	1,5	1,9	13,4	15,2
Goslar	19 706	2,0	27 578	1,3	1,4	12,7	12,3
Helmstedt	21 005	1,6	30 714	1,5	1,6	12,9	13,4
Northeim	20 473	2,9	28 801	1,2	1,4	12,0	13,5
Osterode am Harz	20 428	2,9	27 283	1,2	1,3	11,0	11,5
Peine	20 021	2,2	30 392	1,5	1,6	10,9	10,6
Wolfenbüttel	20 293	2,4	32 793	1,9	2,2	14,1	14,2
Stat. Region Braunschweig	**20 129**	**2,0**	**30 584**	**1,6**	**1,8**	**13,9**	**14,1**
Region Hannover	20 135	1,2	32 291	2,0	2,2	16,5	16,6
dav. Hannover, LHSt	.	.	31 394	1,8	2,1	16,4	16,6
dav. Hannover, Umland	.	.	33 088	2,1	2,3	16,7	16,5
Diepholz	21 588	2,3	32 246	1,8	2,0	14,4	14,9
Hameln-Pyrmont	20 565	2,3	28 826	1,4	1,5	11,7	12,4
Hildesheim	19 957	2,3	30 328	1,6	1,8	13,9	13,5
dav. Hildesheim, Stadt	.	.	29 838	1,8	2,0	17,6	16,1
dav. Hildesheim, Umland	.	.	30 602	1,5	1,7	11,8	12,1
Holzminden	20 236	2,7	27 106	1,2	1,3	12,2	12,8
Nienburg (Weser)	19 941	2,7	28 635	1,2	1,4	10,6	11,7
Schaumburg	20 598	2,3	30 334	1,5	1,7	12,4	13,7
Stat. Region Hannover	**20 314**	**1,7**	**31 274**	**1,8**	**2,0**	**14,9**	**15,2**
Celle	19 482	2,2	30 389	1,6	1,7	13,8	13,1
Cuxhaven	20 518	2,4	31 021	1,5	1,7	13,0	14,5
Harburg	24 050	1,4	39 427	3,3	3,5	22,5	21,7
Lüchow-Dannenberg	19 035	2,2	26 314	1,2	1,3	11,3	12,0
Lüneburg	19 433	1,9	32 974	1,8	2,2	14,3	16,0
Osterholz	21 268	2,3	33 115	1,9	2,2	14,3	14,9
Rotenburg (Wümme)	20 557	2,5	31 432	1,6	1,8	13,2	14,3
Heidekreis	19 673	2,2	28 963	1,4	1,5	12,2	12,1
Stade	21 358	2,1	35 461	2,2	2,5	16,1	16,6
Uelzen	19 669	2,5	28 442	1,4	1,5	11,7	12,7
Verden	22 648	2,0	34 926	2,1	2,3	19,3	19,7
Stat. Region Lüneburg	**20 972**	**2,1**	**33 021**	**1,9**	**2,2**	**15,8**	**16,2**
Delmenhorst, Stadt	18 634	1,2	26 642	1,1	1,1	10,1	9,5
Emden, Stadt	18 048	1,5	27 634	1,2	1,4	12,5	13,8
Oldenburg (Oldb), Stadt	18 949	1,4	31 948	1,7	2,1	16,1	18,0
Osnabrück, Stadt	20 137	1,1	30 922	1,7	2,0	20,0	21,4
Wilhelmshaven, Stadt	17 493	2,6	27 406	1,0	1,1	11,2	16,8
Ammerland	20 845	2,1	33 204	1,8	2,1	17,6	18,9
Aurich	18 529	2,6	27 421	1,1	1,3	11,5	12,2
Cloppenburg	19 037	2,1	28 732	1,6	1,7	15,6	17,1
Emsland	19 189	2,4	30 213	1,5	1,7	15,5	16,0
Friesland	19 329	2,5	28 711	1,3	1,5	10,8	12,3
Grafschaft Bentheim	18 335	2,6	28 570	1,4	1,6	13,3	13,6
Leer	17 524	2,5	27 357	1,2	1,4	14,2	12,4
Oldenburg	21 272	1,8	34 022	2,1	2,4	17,4	18,6
Osnabrück	21 040	2,4	31 185	1,5	1,8	15,9	16,8
Vechta	21 202	1,7	33 581	2,0	2,1	20,2	20,8
Wesermarsch	20 143	2,6	28 910	1,2	1,4	10,6	11,5
Wittmund	19 062	2,5	26 693	1,1	1,3	11,8	11,3
Stat. Region Weser-Ems	**19 523**	**2,1**	**30 042**	**1,5**	**1,7**	**15,2**	**16,1**
Niedersachsen	**20 169**	**2,0**	**31 126**	**1,7**	**1,9**	**15,0**	**15,5**
Baden-Württemberg	22 869	1,5	35 119	2,2	2,4	18,4	18,3
Bayern	23 080	1,6	34 965	2,4	2,6	19,9	19,6
Berlin	18 594	1,3	28 378	1,6	1,8	16,1	15,8
Brandenburg	18 599	2,0	27 459	1,2	1,5	10,9	11,7
Bremen	20 054	1,3	29 159	1,6	1,8	19,0	18,6
Hamburg	23 596	1,3	35 567	2,8	3,0	27,2	25,4
Hessen	21 606	1,5	34 782	2,7	2,9	20,7	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	17 486	2,1	25 356	1,0	1,3	9,9	11,0
Nordrhein-Westfalen	21 207	2,4	33 199	2,1	2,3	18,0	18,6
Rheinland-Pfalz	21 781	2,0	32 031	1,8	2,0	18,5	15,8
Saarland	19 982	2,5	30 532	1,4	1,6	12,9	13,3
Sachsen	18 158	1,6	25 191	1,0	1,2	9,6	10,4
Sachsen-Anhalt	17 735	2,4	24 895	0,9	1,1	8,6	9,2
Schleswig-Holstein	21 548	1,9	32 248	2,0	2,2	16,9	17,0
Thüringen	17 938	2,1	25 212	0,9	1,1	8,4	9,2
Deutschland	**21 117**	**1,9**	**32 285**	**2,0**	**2,2**	**17,5**	**17,4**

1) Jahresdurchschnitt

Quellen: Statistische Ämter der Länder, VGR der Länder, R. 2, Kreisergebnisse Bd. 3, Berechnungsstand: August 2015 sowie Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Tab. 6.2.1 Bruttostundenverdienste der abhängig Beschäftigten im April 2014 in Niedersachsen nach Beschäftigungsform und Geschlecht

Geschlecht	Insgesamt	Normal-arbeitnehmer/-innen	atypisch Beschäftigte	und zwar			
				Teilzeit-beschäftigte unter 20	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeits-verhältnisse
	Euro						
Insgesamt	16,06	19,14	12,56	11,99	13,14	9,32	11,11
dav. Frauen	14,05	16,91	12,05	11,79	12,17	9,27	10,24
dav. Männer	17,94	20,59	13,52	12,54	14,24	9,43	11,45

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2014

Tab. 6.2.2 Anteile der Beschäftigungsverhältnisse mit Niedrig- und Hochlohn im Produzierenden und im Dienstleistungsgewerbe in Niedersachsen 2006 bis 2014

Grenzwerte und Anteile der Beschäftigten mit Niedriglohn bzw. Hochlohn	Einheit	2006	2010	2014
Grenzwert für ...				
... Niedriglohn	Euro	9,9	10,36	11,09
... Hochlohn	Euro	22,28	23,31	24,96
Anteil der Beschäftigten mit ...				
... Niedriglohn	%	18,9	22,0	21,8
... Hochlohn	%	16,2	14,8	16,5

Quelle: Verdienststrukturerhebungen 2006, 2010 und 2014

Tab. 6.2.3 Bruttostundenverdienste der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 2. Quartal 2015 nach Bundesländern und Geschlecht

Land	Insgesamt			Darunter							
		Bruttostundenverdienst		Leistungsgruppe 4 (Angelernte)				Leistungsgruppe 5 (Ungelernte)			
	bezahlte Wochenarbeitszeit	Insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Anteil an allen Beschäftigten	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Anteil an allen Beschäftigten	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst	
						Insgesamt	ohne Sonderzahlungen			Insgesamt	ohne Sonderzahlungen
	Stunden	€		%	Stunden	€		%	Stunden	€	
Insgesamt											
Baden-Württemberg	35,3	25,34	22,11	14,3	34,8	17,35	15,46	9,9	32,5	14,72	13,39
Bayern	35,3	24,33	21,30	16,4	34,6	16,14	14,92	9,1	31,6	12,78	12,14
Berlin	35,5	21,50	19,67	15,8	33,4	13,44	12,55	6,3	29,7	10,89	10,56
Brandenburg	37,0	17,57	16,48	16,8	35,4	11,86	11,36	6,2	33,6	10,96	10,53
Bremen	35,1	24,34	21,38	12,8	33,4	17,95	15,67	8,6	30,2	12,25	11,75
Hamburg	35,9	26,12	22,77	11,6	34,7	15,22	14,11	7,1	29,9	12,22	11,71
Hessen	35,4	25,87	22,52	13,6	34,4	15,55	14,46	8,0	30,9	12,62	11,99
Mecklenburg-Vorpommern	36,8	16,37	15,71	16,0	35,4	11,76	11,31	6,5	32,4	10,44	10,19
Niedersachsen	**35,4**	**21,76**	**19,46**	**16,3**	**34,7**	**15,38**	**14,12**	**8,9**	**31,5**	**11,80**	**11,33**
Nordrhein-Westfalen	35,3	23,42	21,21	14,2	34,2	15,67	14,56	8,0	30,0	12,82	12,10
Rheinland-Pfalz	35,1	22,68	20,28	15,8	33,9	16,07	14,72	8,4	31,0	12,19	11,75
Saarland	35,6	22,18	20,06	16,5	35,5	18,66	16,43	9,9	30,6	12,85	12,11
Sachsen	36,4	17,57	16,38	15,3	35,2	12,05	11,53	6,6	32,3	10,89	10,49
Sachsen-Anhalt	37,0	17,02	16,18	16,4	35,8	12,07	11,66	6,4	31,4	10,90	10,49
Schleswig-Holstein	35,3	20,18	18,75	15,1	34,6	13,25	12,71	8,5	30,4	11,73	11,26
Thüringen	36,8	17,21	16,28	18,4	36,0	12,82	12,12	6,8	33,0	11,37	10,74
Deutschland	**35,5**	**22,89**	**20,45**	**15,1**	**34,6**	**15,31**	**14,14**	**8,3**	**31,3**	**12,69**	**11,98**
Männer											
Baden-Württemberg	38,3	28,51	24,30	14,6	38,1	18,93	16,62	7,6	36,3	16,01	14,41
Bayern	38,2	27,04	23,13	16,3	37,7	17,14	15,76	7,2	35,4	13,12	12,41
Berlin	37,2	23,25	20,95	16,1	35,3	13,42	12,65	6,5	31,7	10,94	10,62
Brandenburg	38,7	18,27	16,92	16,9	37,8	12,35	11,82	6,6	36,0	11,28	10,83
Bremen	37,7	27,20	23,35	13,6	35,9	20,17	17,16	7,1	34,5	(13,14)	(12,53)
Hamburg	38,1	29,14	24,73	11,7	37,5	15,79	14,64	6,1	33,4	12,42	11,95
Hessen	38,3	28,74	24,39	13,7	37,8	16,45	15,17	6,5	34,7	13,28	12,53
Mecklenburg-Vorpommern	38,9	16,99	16,19	16,8	38,6	12,00	11,64	5,5	35,1	10,80	10,54
Niedersachsen	**38,5**	**23,90**	**20,91**	**16,9**	**38,1**	**16,34**	**14,93**	**6,6**	**36,2**	**12,29**	**11,76**
Nordrhein-Westfalen	38,2	25,53	22,79	14,2	38,1	16,30	15,09	6,2	34,1	13,23	12,43
Rheinland-Pfalz	38,4	24,84	21,77	16,4	37,8	17,20	15,59	6,9	35,7	12,68	12,15
Saarland	38,3	24,50	21,73	18,3	37,7	20,28	17,64	6,6	35,7	14,02	12,94
Sachsen	38,5	18,61	17,07	15,6	37,8	12,69	12,08	5,7	34,2	11,54	11,02
Sachsen-Anhalt	39,2	17,72	16,62	17,6	38,8	12,57	12,12	4,8	36,3	11,35	10,92
Schleswig-Holstein	38,4	21,75	19,99	15,3	38,5	13,65	13,11	6,8	34,2	11,98	11,47
Thüringen	38,8	17,94	16,84	19,1	38,2	13,19	12,55	5,1	36,0	11,65	11,08
Deutschland	**38,3**	**25,26**	**22,11**	**15,4**	**37,9**	**16,27**	**14,92**	**6,6**	**35,1**	**13,27**	**12,45**
Frauen											
Baden-Württemberg	31,3	20,15	18,51	13,9	30,2	14,57	13,42	13,0	29,5	13,49	12,42
Bayern	31,5	20,00	18,38	16,7	30,5	14,54	13,59	11,6	28,6	12,44	11,87
Berlin	33,9	19,61	18,29	15,4	31,5	13,47	12,44	6,2	27,7	10,83	10,48
Brandenburg	35,0	16,71	15,96	16,7	32,7	11,23	10,77	5,8	30,6	10,49	10,08
Bremen	31,6	19,64	18,16	11,7	29,5	13,62	12,78	10,7	26,3	11,18	10,82
Hamburg	33,1	21,94	20,04	11,5	31,2	14,36	13,34	8,3	26,9	11,99	11,44
Hessen	31,8	21,43	19,63	13,4	29,8	14,05	13,29	9,9	27,6	11,91	11,43
Mecklenburg-Vorpommern	34,7	15,67	15,16	15,3	31,9	11,44	10,88	7,5	30,3	10,12	9,90
Niedersachsen	**31,3**	**18,27**	**17,10**	**15,4**	**29,8**	**13,57**	**12,63**	**11,9**	**28,0**	**11,33**	**10,92**
Nordrhein-Westfalen	31,4	20,02	18,67	14,1	28,9	14,55	13,62	10,3	26,7	12,41	11,77
Rheinland-Pfalz	30,8	19,26	17,91	15,1	28,6	13,99	13,13	10,4	27,1	11,64	11,31
Saarland	31,7	18,26	17,23	14,1	31,4	15,13	13,81	14,6	27,4	11,90	11,43
Sachsen	34,1	16,27	15,52	15,1	32,2	11,19	10,78	7,6	30,6	10,29	10,00
Sachsen-Anhalt	34,8	16,21	15,66	15,1	32,2	11,36	10,98	8,1	28,4	10,56	10,15
Schleswig-Holstein	31,6	17,90	16,96	14,8	29,8	12,60	12,08	10,6	27,5	11,49	11,07
Thüringen	34,6	16,30	15,57	17,7	33,3	12,31	11,53	8,7	31,1	11,16	10,48
Deutschland	**32,1**	**19,31**	**17,96**	**14,9**	**30,3**	**13,76**	**12,89**	**10,4**	**28,2**	**12,12**	**11,51**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienste und Arbeitskosten, Fachserie 16 Reihe 2.1, 2. Vierteljahr 2015.

Tab. 6.2.4 Geringverdienerinnen und Geringverdiener im Juni 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region[1] Land	Erwerbstätige Regelleistungsempfängerinnen und Empfänger (ELB) in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung und/oder Betriebsgewinn aus selbständiger Tätigkeit[2]			
	Insgesamt	Anteil erwerbstätiger ELB an ELB insgesamt	Anteil Frauen	Quote an der Bevölkerung im erwerbsfähig. Alter[3]
	Anzahl	%		
Braunschweig, Stadt	4 719	31,7	54,9	2,8
Salzgitter, Stadt	1 858	25,0	54,4	3,0
Wolfsburg, Stadt	1 572	30,1	58,0	2,0
Gifhorn	1 892	30,4	54,1	1,6
Göttingen	3 767	31,5	53,2	2,2
Goslar	2 948	33,3	56,9	3,4
Helmstedt	1 361	27,4	55,3	2,3
Northeim	1 908	28,4	54,9	2,2
Osterode am Harz	1 249	31,7	57,2	2,8
Peine	1 941	29,4	56,8	2,3
Wolfenbüttel	1 746	30,9	55,4	2,3
Stat. Region Braunschweig	**24 961**	**30,3**	**55,3**	**2,4**
Region Hannover	24 294	28,6	51,5	11,3
Diepholz	2 458	30,5	59,0	6,0
Hameln-Pyrmont	2 883	30,7	53,4	10,2
Hildesheim	4 269	27,7	54,7	8,6
Holzminden	1 143	29,2	59,3	9,1
Nienburg (Weser)	1 662	28,6	56,1	7,5
Schaumburg	2 470	31,2	58,1	8,4
Stat. Region Hannover	**39 179**	**28,9**	**53,3**	**9,9**
Celle	2 937	28,7	56,0	2,6
Cuxhaven	2 644	29,4	56,3	2,1
Harburg	2 637	32,3	57,7	1,7
Lüchow-Dannenberg	932	31,0	58,6	3,1
Lüneburg	2 606	29,2	55,6	2,2
Osterholz	1 031	30,5	61,1	1,4
Rotenburg (Wümme)	1 543	30,4	59,4	1,4
Heidekreis	2 221	32,6	60,6	2,5
Stade	3 176	32,0	58,2	2,5
Uelzen	1 178	27,6	58,8	2,0
Verden	1 596	29,0	61,8	1,9
Stat. Region Lüneburg	**22 501**	**30,3**	**58,1**	**2,1**
Delmenhorst, Stadt	1 994	26,9	51,8	4,1
Emden, Stadt	1 055	29,8	60,2	3,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	3 978	32,2	55,0	3,6
Osnabrück, Stadt	3 957	32,3	53,2	3,7
Wilhelmshaven, Stadt	2 001	25,4	56,0	4,2
Ammerland	1 475	35,4	62,5	1,9
Aurich	2 820	28,8	57,5	2,3
Cloppenburg	1 701	27,6	63,0	1,6
Emsland	3 092	32,2	65,2	1,5
Friesland	1 257	31,0	57,2	2,1
Grafschaft Bentheim	1 566	32,0	60,7	1,8
Leer	2 049	28,8	60,9	1,9
Oldenburg	1 580	34,3	61,0	1,9
Osnabrück	3 423	31,7	62,7	1,5
Vechta	1 337	31,9	62,0	1,4
Wesermarsch	1 534	29,7	57,4	2,7
Wittmund	805	31,8	62,5	2,2
Stat. Region Weser-Ems	**35 624**	**30,6**	**58,8**	**2,2**
Niedersachsen	**122 265**	**29,9**	**56,2**	**2,4**
Baden-Württemberg	89 536	28,9	58,7	1,3
Bayern	87 369	28,9	59,2	1,0
Berlin	120 165	29,2	47,0	5,1
Brandenburg	53 552	31,2	54,5	3,4
Bremen	19 147	27,5	51,6	4,4
Hamburg	34 596	26,0	52,7	2,9
Hessen	84 722	28,9	52,4	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	39 240	30,2	55,0	3,8
Nordrhein-Westfalen	306 587	26,2	54,1	2,6
Rheinland-Pfalz	44 511	28,1	56,9	1,7
Saarland	14 915	25,7	57,9	2,3
Sachsen	88 298	32,4	55,1	3,5
Sachsen-Anhalt	54 731	28,1	55,3	3,8
Schleswig-Holstein	46 884	29,9	54,3	2,6
Thüringen	38 593	31,1	56,1	2,8
Deutschland	**1 245 111**	**28,5**	**54,5**	**2,3**

1) Eigene Berechnung. 2) Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat, zuletzt im April 2016, Datenrevisionen rückwirkend vorgenommen. Die bisher in der HSBN veröffentlichten Zahlen können daher abweichen. 3) Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 J. am 31.12. des Vorjahres.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 6.3 Vermögen, Schulden, Wohneigentum 2003, 2008 und 2013 in Niedersachsen

Land	Nettogeldvermögen der privaten Haushalte								
	2003	2008	2013	Veränderung 2003/2013	davon mit … Person(en) 2013				
					1	2	3	4	5 und mehr
	Euro			%	Euro				
Niedersachsen									
Durchschnittswert je Haushalt	33 900	39 400	37 700	+11,2	23 900	47 600	40 100	51 900	50 900
Median errechnet an allen Haushalten	.	10 300	10 000	-	3 100	16 000	16 400	21 300	18 700

Land Jahr	Haushalte insgesamt	Haushalte mit Konsumentenkrediten							
		insgesamt	Anteil der Haushalte mit Konsumentenkrediten an Haushalten insgesamt		davon mit … Person(en)				
					1	2	3	4	5 und mehr
	Anzahl in 1 000		%	Veränd. ggü. 2003 in %-Punkten	Anzahl in 1 000				
Niedersachsen									
2003	3 653	653	17,9	-	197	219	111	89	(36)
2008	3 763	807	21,4	+3,6	260	245	143	110	(48)
2013	3 824	833	21,8	+3,9	258	274	147	111	(44)

Eigentumsverhältnisse	Private Haushalte mit Wohneigentum						
	2003		2008		2013		Veränderung der Eigentumsquote 2003 bis 2013
	Anzahl in 1 000	Anteil an allen Haushalten	Anzahl in 1 000	Anteil an allen Haushalten	Anzahl in 1 000	Anteil an allen Haushalten	
		%		%		%	%-Punkte
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz insgesamt	1 928	52,8	2 006	53,3	1 975	51,6	-1,2
und zwar mit…							
… Eigentumswohnungen	347	9,5	419	11,1	410	10,7	+1,2
… Einfamilienhäusern	1 295	35,5	1 430	38,0	1 460	38,2	+2,7
… Zwei- und Mehrfamilienhäusern	293	8,0	261	6,9	254	6,6	-1,4

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, 2008 und 2013.

Tab. 7.1.1 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Baden-Württemberg	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	+0,3	+0,8
Bayern	14,0	14,1	14,6	14,8	15,0	+0,2	+1,0
Berlin	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	+1,2	-0,2
Brandenburg	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	+0,5	+0,1
Bremen	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	+0,5	+0,8
Hamburg	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	+1,0	+1,1
Hessen	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	+0,6	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	+1,6	-0,1
Niedersachsen	**15,0**	**15,2**	**15,8**	**15,3**	**15,9**	**+0,6**	**+0,9**
Nordrhein-Westfalen	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	+0,1	+0,7
Rheinland-Pfalz	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	-0,4	+0,3
Saarland	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	-0,7	+0,9
Sachsen	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	+1,3	+0,5
Sachsen-Anhalt	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	+0,4	+0,3
Schleswig-Holstein	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	+0,3	+0,5
Thüringen	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	+0,8	+1,4
Deutschland	**15,0**	**15,0**	**15,5**	**15,4**	**15,7**	**+0,3**	**+0,7**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.1.2 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Nationalkonzept)

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Baden-Württemberg	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	+0,4	+0,7
Bayern	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	+0,1	+0,5
Berlin	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	+2,4	+1,8
Brandenburg	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	-0,1	0,0
Bremen	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	+0,7	+2,8
Hamburg	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	+0,1	+1,0
Hessen	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	+0,6	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	+0,4	-0,4
Niedersachsen	**15,5**	**15,7**	**16,1**	**15,8**	**16,5**	**+0,7**	**+1,0**
Nordrhein-Westfalen	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	0,0	+1,1
Rheinland-Pfalz	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	-0,3	+0,1
Saarland	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	-0,3	+2,0
Sachsen	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	+0,1	-0,9
Sachsen-Anhalt	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	-1,2	-0,5
Schleswig-Holstein	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	+0,8	+1,0
Thüringen	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	+1,1	+2,2
Deutschland	**15,0**	**15,0**	**15,5**	**15,4**	**15,7**	+0,3	+0,7

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.1.3 Einkommensreichtumsquoten[1] 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Baden-Württemberg	7,5	7,5	7,8	7,6	7,8	+0,2	+0,3
Bayern	8,0	8,1	8,2	8,3	8,2	-0,1	+0,2
Berlin	9,2	8,7	9,6	9,6	9,4	-0,2	+0,2
Brandenburg	7,0	6,9	6,8	6,4	6,5	+0,1	-0,5
Bremen	9,1	8,8	9,5	9,9	9,5	-0,4	+0,4
Hamburg	9,8	9,2	9,9	9,9	9,7	-0,2	-0,1
Hessen	8,8	9,3	9,4	9,1	9,3	+0,2	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	5,5	5,7	5,6	5,3	5,6	+0,3	+0,1
Niedersachsen	**7,3**	**7,3**	**7,4**	**7,3**	**7,4**	**+0,1**	**+0,1**
Nordrhein-Westfalen	8,4	8,4	8,5	8,4	8,4	0,0	0,0
Rheinland-Pfalz	8,2	8,2	8,0	7,8	7,9	+0,1	-0,3
Saarland	6,6	6,7	7,6	7,4	7,3	-0,1	+0,7
Sachsen	5,4	5,9	6,1	6,2	6,1	-0,1	+0,7
Sachsen-Anhalt	5,2	5,3	6,3	5,7	5,3	-0,4	+0,1
Schleswig-Holstein	7,1	7,2	7,3	7,4	7,5	+0,1	+0,4
Thüringen	5,5	5,9	5,8	5,5	5,8	+0,3	+0,3
Deutschland	**8,1**	**8,1**	**8,2**	**8,2**	**8,2**	**0,0**	**+0,1**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.1.4 Einkommensreichtumsquoten[1] 2011 bis 2015 nach Bundesländern (Nationalkonzept)

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Baden-Württemberg	10,0	10,2	10,4	10,4	10,5	+0,1	+0,5
Bayern	10,2	10,4	10,6	10,7	10,7	0,0	+0,5
Berlin	7,3	6,8	7,1	7,1	6,7	-0,4	-0,6
Brandenburg	5,4	5,1	5,0	4,7	5,2	+0,5	-0,2
Bremen	7,2	6,8	6,5	7,0	6,3	-0,7	-0,9
Hamburg	12,0	11,2	11,3	11,4	12,0	+0,6	0,0
Hessen	10,5	11,0	10,9	10,5	10,7	+0,2	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	3,0	2,8	2,7	2,7	2,9	+0,2	-0,1
Niedersachsen	**7,0**	**7,0**	**7,2**	**7,0**	**7,0**	**0,0**	**0,0**
Nordrhein-Westfalen	8,0	7,9	7,8	7,8	7,8	0,0	-0,2
Rheinland-Pfalz	8,9	9,1	8,9	8,5	8,6	+0,1	-0,3
Saarland	6,3	6,4	6,9	6,7	6,5	-0,2	+0,2
Sachsen	3,2	3,4	3,4	3,6	4,0	+0,4	+0,8
Sachsen-Anhalt	3,0	3,0	3,4	3,4	3,1	-0,3	+0,1
Schleswig-Holstein	8,2	8,3	8,2	8,4	8,1	-0,3	-0,1
Thüringen	3,6	3,5	3,7	3,4	3,7	+0,3	+0,1
Deutschland	**8,1**	**8,1**	**8,2**	**8,2**	**8,2**	**0,0**	**+0,1**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.2.1 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen (Regionalkonzept)

Merkmal	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
						%-Punkte	
Insgesamt	**15,0**	**15,2**	**15,8**	**15,3**	**15,9**	**+0,6**	**+0,9**
Alter							
Unter 18	19,7	19,9	19,9	19,0	20,8	+1,8	+1,0
18 bis unter 25	21,9	23,7	25,6	24,0	24,7	+0,7	+2,7
25 bis unter 50	13,4	13,5	14,1	13,6	14,2	+0,6	+0,8
50 bis unter 65	11,8	11,6	11,9	11,9	12,3	+0,4	+0,5
65 und älter	14,0	14,4	15,4	15,3	15,3	+0,0	+1,3
Geschlecht							
Männlich	14,2	14,3	15,0	14,5	15,1	+0,6	+0,9
Weiblich	15,8	16,0	16,6	16,0	16,6	+0,6	+0,8
Alter und Geschlecht							
Männlich							
18 bis unter 25	21,9	22,5	24,5	23,1	23,4	+0,2	+1,5
25 bis unter 50	12,4	12,7	13,5	13,5	13,6	+0,1	+1,1
50 bis unter 65	11,5	11,1	11,7	11,5	12,1	+0,7	+0,6
65 und älter	11,3	11,5	12,6	12,4	12,6	+0,3	+1,4
Weiblich							
18 bis unter 25	22,0	24,9	26,6	24,8	26,0	+1,2	+4,1
25 bis unter 50	14,4	14,3	14,7	13,8	14,9	+1,1	+0,5
50 bis unter 65	12,1	12,2	12,1	12,3	12,4	+0,1	+0,3
65 und älter	16,2	16,6	17,7	17,6	17,5	-0,1	+1,3
Haushaltstyp[2]							
Einpersonenhaushalt	24,7	25,5	26,5	25,4	25,8	+0,4	+1,0
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,6	8,4	8,9	9,1	9,0	-0,1	+0,4
Sonstiger Haushalt ohne Kind	7,4	8,2	9,0	9,3	9,2	-0,1	+1,8
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	44,2	44,0	42,3	41,6	46,6	+5,0	+2,4
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,3	8,9	9,5	8,6	9,5	+0,9	+0,2
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	9,8	9,4	10,2	10,1	11,7	+1,7	+2,0
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	25,6	26,9	27,0	25,1	26,1	+1,0	+0,5
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	18,3	19,8	20,7	20,3	20,2	-0,2	+1,9
Erwerbsstatus[3]							
Erwerbstätige	7,4	7,5	8,0	7,2	7,5	+0,3	+0,1
Selbständige (einschl. mithelfende	8,4	8,8	9,1	8,5	9,2	+0,7	+0,8
Abhängig Erwerbstätige	7,3	7,3	7,8	7,0	7,3	+0,3	+0,0
Erwerbslose	56,4	57,8	56,8	57,0	58,5	+1,4	+2,1
Nichterwerbspersonen	20,0	20,6	21,5	21,4	22,4	+1,0	+2,4
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen[4]	14,1	14,6	15,8	15,9	16,4	+0,5	+2,3
Personen im Alter von unter 18 Jahren	19,8	20,0	20,1	19,1	21,0	+1,8	+1,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	34,5	36,3	38,2	38,6	39,5	+0,9	+5,0
Qualifikationsniveau[5] der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher/-in)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	38,3	40,1	42,4	40,8	41,6	+0,8	+3,3
Mittel (ISCED 3 und 4)	13,5	13,4	14,1	13,6	14,2	+0,6	+0,7
Hoch (ISCED 5 bis 8)	4,8	5,1	5,2	4,9	5,3	+0,4	+0,5
Qualifikationsniveau[5] (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	28,7	30,0	31,5	31,8	31,9	+0,1	+3,2
Mittel (ISCED 3 und 4)	11,0	10,8	11,5	11,0	11,5	+0,5	+0,5
Hoch (ISCED 5 bis 8)	5,1	5,2	5,5	5,1	5,5	+0,4	+0,4
Staatsangehörigkeit							
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	35,4	36,5	36,0	36,6	40,5	+3,9	+5,0
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,8	13,9	14,5	13,8	14,0	+0,2	+0,2
Migrationshintergrund							
Mit Migrationshintergrund	28,5	28,7	28,5	27,7	30,2	+2,5	+1,6
Ohne Migrationshintergrund	12,3	12,4	13,0	12,6	12,7	+0,1	+0,4

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.
3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).
4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.
5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED, bis 2013 Fassung von 1997, ab 2014 Fassung von 2011) bestimmt.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.2.2 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach soziodemographischen Merkmalen (Nationalkonzept)

Merkmal	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
			%			%-Punkte	
Insgesamt	**15,5**	**15,7**	**16,1**	**15,8**	**16,5**	**+0,7**	**+1,0**
Alter							
Unter 18	20,4	20,5	20,2	19,7	21,6	+1,9	+1,2
18 bis unter 25	22,5	24,2	25,9	24,5	25,3	+0,8	+2,8
25 bis unter 50	13,8	13,9	14,3	14,1	14,7	+0,6	+0,9
50 bis unter 65	12,1	12,0	12,1	12,2	12,7	+0,4	+0,5
65 und älter	14,5	15,0	15,8	15,9	16,1	+0,2	+1,6
Geschlecht							
Männlich	14,6	14,8	15,2	15,0	15,7	+0,7	+1,0
Weiblich	16,3	16,6	16,9	16,6	17,3	+0,7	+1,0
Alter und Geschlecht							
Männlich							
18 bis unter 25	22,4	23,1	24,8	23,6	24,0	+0,3	+1,6
25 bis unter 50	12,8	13,1	13,7	13,9	14,0	+0,1	+1,2
50 bis unter 65	11,8	11,4	11,9	11,7	12,5	+0,7	+0,6
65 und älter	11,7	12,0	12,9	12,9	13,3	+0,4	+1,7
Weiblich							
18 bis unter 25	22,5	25,5	27,0	25,4	26,7	+1,3	+4,2
25 bis unter 50	14,9	14,8	15,0	14,3	15,4	+1,2	+0,6
50 bis unter 65	12,4	12,6	12,3	12,7	12,9	+0,2	+0,4
65 und älter	16,8	17,3	18,1	18,3	18,4	+0,0	+1,6
Haushaltstyp[2]							
Einpersonenhaushalt	25,3	26,1	26,9	26,0	26,5	+0,5	+1,2
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,9	8,8	9,1	9,5	9,4	-0,1	+0,5
Sonstiger Haushalt ohne Kind	7,7	8,4	9,1	9,6	9,6	-0,0	+1,9
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	45,3	45,2	43,0	43,0	48,2	+5,2	+2,9
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,6	9,4	9,7	8,9	9,8	+0,9	+0,2
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,1	9,8	10,4	10,4	12,3	+1,8	+2,1
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	26,4	27,9	27,4	26,2	27,2	+1,0	+0,8
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	19,0	20,4	21,0	21,0	20,9	-0,1	+2,0
Erwerbsstatus[3]							
Erwerbstätige	7,7	7,8	8,1	7,5	7,9	+0,4	+0,2
Selbständige (einschl. mithelfende Familienangehörige)	8,7	9,1	9,2	8,9	9,7	+0,8	+1,0
Abhängig Erwerbstätige	7,6	7,6	8,0	7,4	7,7	+0,3	+0,1
Erwerbslose	57,5	58,9	57,4	57,9	59,4	+1,5	+1,9
Nichterwerbspersonen	20,5	21,3	21,8	22,1	23,2	+1,2	+2,7
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen[4]	14,6	15,2	16,2	16,5	17,2	+0,7	+2,6
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,4	20,7	20,4	19,8	21,8	+2,0	+1,3
Sonstige Nichterwerbspersonen	35,2	37,2	38,6	39,3	40,4	+1,1	+5,1
Qualifikationsniveau[5] der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	39,2	41,1	42,9	41,9	42,9	+1,0	+3,7
Mittel (ISCED 3 und 4)	14,0	13,9	14,3	14,1	14,8	+0,7	+0,8
Hoch (ISCED 5 bis 8)	4,9	5,3	5,3	5,0	5,5	+0,4	+0,6
Qualifikationsniveau[5] (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	29,5	30,9	32,0	32,7	33,0	+0,3	+3,5
Mittel (ISCED 3 und 4)	11,4	11,2	11,7	11,4	12,0	+0,6	+0,7
Hoch (ISCED 5 bis 8)	5,3	5,4	5,6	5,3	5,7	+0,4	+0,4
Staatsangehörigkeit							
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	36,3	37,4	36,5	37,5	41,6	+4,1	+5,3
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	14,2	14,4	14,7	14,3	14,6	+0,3	+0,3
Migrationshintergrund							
Mit Migrationshintergrund	29,4	29,6	28,9	28,6	31,1	+2,6	+1,8
Ohne Migrationshintergrund	12,7	12,8	13,2	13,1	13,2	+0,2	+0,5

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.
3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).
4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.
5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED, bis 2013 Fassung von 1997, ab 2014 Fassung von 2011)

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.2.3 Armutsgefährdungsschwellen[1)] für Einpersonenhaushalte 2011 bis 2015 nach Bundesländern

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	Euro						
Baden-Württemberg	925	952	979	1 009	1 033	+24	+108
Bayern	916	943	973	998	1 025	+27	+109
Berlin	785	803	814	841	851	+10	+66
Brandenburg	793	803	826	848	882	+34	+89
Bremen	781	806	797	822	829	+7	+48
Hamburg	913	928	934	964	1 010	+46	+97
Hessen	895	919	941	961	988	+27	+93
Mecklenburg-Vorpommern	718	724	735	769	799	+30	+81
Niedersachsen	**841**	**861**	**887**	**907**	**930**	**+23**	**+89**
Nordrhein-Westfalen	835	855	873	895	918	+23	+83
Rheinland-Pfalz	869	894	920	942	967	+25	+98
Saarland	836	856	869	890	908	+18	+72
Sachsen	736	755	775	803	834	+31	+98
Sachsen-Anhalt	741	753	773	800	832	+32	+91
Schleswig-Holstein	882	905	927	952	965	+13	+83
Thüringen	759	770	791	815	833	+18	+74
Deutschland	**849**	**870**	**892**	**917**	**942**	**+25**	**+93**

1) 60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.2.4 Armutsgefährdungsschwellen für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren[1)] 2011 bis 2015 nach Bundesländern

Land	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	€						
Baden-Württemberg	1 942	1 999	2 055	2 119	2 169	+50	+227
Bayern	1 923	1 980	2 043	2 096	2 153	+57	+230
Berlin	1 648	1 687	1 710	1 767	1 786	+19	+138
Brandenburg	1 664	1 687	1 735	1 781	1 853	+72	+189
Bremen	1 640	1 693	1 674	1 727	1 741	+14	+101
Hamburg	1 917	1 948	1 961	2 025	2 120	+95	+203
Hessen	1 878	1 930	1 975	2 018	2 074	+56	+196
Mecklenburg-Vorpommern	1 509	1 520	1 544	1 615	1 677	+62	+168
Niedersachsen	**1 766**	**1 808**	**1 863**	**1 905**	**1 952**	**+47**	**+186**
Nordrhein-Westfalen	1 754	1 797	1 833	1 879	1 929	+50	+175
Rheinland-Pfalz	1 824	1 878	1 932	1 979	2 031	+52	+207
Saarland	1 756	1 797	1 826	1 870	1 907	+37	+151
Sachsen	1 546	1 585	1 626	1 686	1 752	+66	+206
Sachsen-Anhalt	1 556	1 580	1 622	1 680	1 747	+67	+191
Schleswig-Holstein	1 853	1 900	1 947	2 000	2 027	+27	+174
Thüringen	1 593	1 617	1 660	1 712	1 750	+38	+157
Deutschland	**1 784**	**1 828**	**1 873**	**1 926**	**1 978**	**+52**	**+194**

1) Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte (60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten Äquivalenzeinkommen der

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.1 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalmedian)

Mikrozensus-Anpassungsschicht (ca. 500 000 Einwohner/-innen) Statistische Region Land	zugehörige Kreise und Kreisfreie Städte	2011	2012	2013	2014	2015
		%				
Ostniedersachsen:	KS Wolfsburg, Lk Gifhorn, Lk Helmstedt, Lk Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, Lk Peine	15,5	16,6	18,1	18,1	17,5
Südniedersachsen:	Lk Goslar, Lk Osterode am Harz, Lk Göttingen, Lk Northeim	16,9	17,3	17,5	16,4	17,1
Stat. Region Braunschweig		**16,1**	**16,9**	**17,9**	**17,5**	**17,4**
Hannover, Landeshauptstadt:	Hannover, Landeshauptstadt	20,2	18,9	17,1	17,4	20,0
Hannover, Umland:	Hannover, Umland	14,5	15,0	14,9	14,6	17,2
Weser-Leine-Bergland:	Lk Hameln-Pyrmont, Lk Holzminden, Lk Hildesheim	14,5	13,3	15,1	14,4	13,8
Mittelniedersachsen:	Lk Diepholz, Lk Nienburg (Weser), Lk Schaumburg	15,1	13,4	15,3	15,0	14,7
Stat. Region Hannover		**16,2**	**15,6**	**16,2**	**15,8**	**16,8**
Nordniedersachsen:	Lk Cuxhaven, Lk Stade, Lk Harburg, Lk Osterholz, Lk Rotenburg (Wümme)	14,4	14,2	14,0	14,0	14,9
Nordostniedersachsen:	Lk Lüneburg, Lk Lüchow-Dannenberg, Lk Uelzen, Lk Celle, Lk Heidekreis, Lk Verden	15,0	15,6	17,1	15,7	15,4
Stat. Region Lüneburg		**14,7**	**14,9**	**15,5**	**14,9**	**15,1**
Ostfriesland-Nordseeküste:	KS Emden, Lk Leer, Lk Aurich, KS Wilhelmshaven, Lk Friesland, Lk Wittmund, Lk Wesermarsch	12,8	14,6	14,3	15,1	14,9
Oldenburger Raum:	Lk Ammerland, Lk Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, Lk Oldenburg	13,5	13,4	15,5	14,6	14,9
Westniedersachsen:	KS Osnabrück, Lk Osnabrück, Lk Vechta, Lk Emsland, Lk Grafschaft Bentheim	13,0	12,4	13,1	12,7	13,7
Stat. Region Weser-Ems		**13,2**	**13,4**	**14,1**	**13,8**	**14,4**
Niedersachsen		**15,0**	**15,2**	**15,8**	**15,3**	**15,9**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.2 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Landesmedian)

Mikrozensus-Anpassungsschicht (ca. 500 000 Einwohner/-innen) Statistische Region Land	zugehörige Kreise und Kreisfreie Städte	2011	2012	2013	2014	2015
		%				
Ostniedersachsen:	KS Wolfsburg, Lk Gifhorn, Lk Helmstedt, Lk Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, Lk Peine	13,7	15,5	16,4	16,9	16,4
Südniedersachsen:	Lk Goslar, Lk Osterode am Harz, Lk Göttingen, Lk Northeim	19,2	18,8	19,4	18,6	17,9
Stat. Region Braunschweig		**15,8**	**16,8**	**17,5**	**17,6**	**17,0**
Hannover, Landeshauptstadt:	Hannover, Landeshauptstadt	21,6	21,2	20,5	19,1	21,7
Hannover, Umland:	Hannover, Umland	12,2	12,5	12,1	12,1	14,7
Weser-Leine-Bergland:	Lk Hameln-Pyrmont, Lk Holzminden, Lk Hildesheim	15,0	14,6	17,0	16,2	16,2
Mittelniedersachsen:	Lk Diepholz, Lk Nienburg (Weser), Lk Schaumburg	15,6	12,9	14,5	13,7	14,3
Stat. Region Hannover		**15,9**	**15,2**	**15,9**	**15,2**	**16,7**
Nordniedersachsen:	Lk Cuxhaven, Lk Stade, Lk Harburg, Lk Osterholz, Lk Rotenburg (Wümme)	11,5	11,9	12,1	11,2	11,9
Nordostniedersachsen:	Lk Lüneburg, Lk Lüchow-Dannenberg, Lk Uelzen, Lk Celle, Lk Heidekreis, Lk Verden	13,8	14,3	15,9	14,9	13,8
Stat. Region Lüneburg		**12,5**	**13,0**	**13,9**	**12,9**	**12,8**
Ostfriesland-Nordseeküste:	KS Emden, Lk Leer, Lk Aurich, KS Wilhelmshaven, Lk Friesland, Lk Wittmund, Lk Wesermarsch	17,0	18,5	17,6	17,1	18,8
Oldenburger Raum:	Lk Ammerland, Lk Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, Lk Oldenburg	14,5	13,9	15,0	16,1	15,3
Westniedersachsen:	KS Osnabrück, Lk Osnabrück, Lk Vechta, Lk Emsland, Lk Grafschaft Bentheim	14,7	14,7	15,2	14,3	15,8
Stat. Region Weser-Ems		**15,3**	**15,6**	**15,9**	**15,6**	**16,6**
Niedersachsen		**15,0**	**15,2**	**15,8**	**15,3**	**15,9**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.3 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 in Niedersachsen nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Bundesmedian)

Mikrozensus-Anpassungsschicht (ca. 500 000 Einwohner) Statistische Region Land	zugehörige Kreise und Kreisfreie Städte	2011	2012	2013	2014	2015
		%				
Ostniedersachsen:	KS Wolfsburg, Lk Gifhorn, Lk Helmstedt, Lk Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, Lk Peine	14,1	16,0	16,6	17,4	16,9
Südniedersachsen:	Lk Goslar, Lk Osterode am Harz, Lk Göttingen, Lk Northeim	19,7	19,3	19,7	19,2	18,5
Stat. Region Braunschweig		**16,3**	**17,2**	**17,8**	**18,1**	**17,5**
Hannover, Landeshauptstadt:	Hannover, Landeshauptstadt	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3
Hannover, Umland:	Hannover, Umland	12,6	12,9	12,3	12,5	15,2
Weser-Leine-Bergland:	Lk Hameln-Pyrmont, Lk Holzminden, Lk Hildesheim	15,4	15,1	17,3	16,8	16,9
Mittelniedersachsen:	Lk Diepholz, Lk Nienburg (Weser), Lk Schaumburg	16,1	13,3	14,8	14,2	14,9
Stat. Region Hannover		**16,4**	**15,7**	**16,2**	**15,7**	**17,3**
Nordniedersachsen:	Lk Cuxhaven, Lk Stade, Lk Harburg, Lk Osterholz, Lk Rotenburg (Wümme)	11,9	12,3	12,3	11,6	12,3
Nordostniedersachsen:	Lk Lüneburg, Lk Lüchow-Dannenberg, Lk Uelzen, Lk Celle, Lk Heidekreis, Lk Verden	14,1	14,8	16,2	15,4	14,4
Stat. Region Lüneburg		**12,9**	**13,4**	**14,1**	**13,3**	**13,3**
Ostfriesland-Nordseeküste:	KS Emden, Lk Leer, Lk Aurich, KS Wilhelmshaven, Lk Friesland, Lk Wittmund, Lk Wesermarsch	17,5	19,2	17,9	17,6	19,6
Oldenburger Raum:	Lk Ammerland, Lk Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, Lk Oldenburg	15,0	14,4	15,3	16,7	16,0
Westniedersachsen:	KS Osnabrück, Lk Osnabrück, Lk Vechta, Lk Emsland, Lk Grafschaft Bentheim	15,2	15,2	15,5	14,8	16,5
Stat. Region Weser-Ems		**15,8**	**16,2**	**16,2**	**16,1**	**17,3**
Niedersachsen		**15,5**	**15,7**	**16,1**	**15,8**	**16,5**

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.4 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Regionalmedian)

Städte in der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt						
	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Berlin	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	+1,2	-0,2
Bremen	17,3	17,8	18,3	17,0	17,9	+0,9	+0,6
Dortmund	18,0	15,2	14,0	15,5	19,0	+3,5	+1,0
Dresden	15,9	16,2	16,0	15,4	16,5	+1,1	+0,6
Duisburg	14,2	14,1	13,9	14,8	17,9	+3,1	+3,7
Düsseldorf	20,5	19,7	18,2	20,5	20,0	-0,5	-0,5
Essen	19,1	18,6	19,4	18,7	19,2	+0,5	+0,1
Frankfurt am Main	19,5	20,3	19,0	17,9	18,2	+0,3	-1,3
Hamburg	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	+1,0	+1,1
Hannover	**20,2**	**18,9**	**17,1**	**17,4**	**20,0**	**+2,6**	**-0,2**
Köln	18,9	19,2	19,5	20,6	19,6	-1,0	+0,7
Leipzig	15,8	16,0	16,8	15,3	16,9	+1,6	+1,1
München	18,5	18,4	18,0	18,1	19,1	+1,0	+0,6
Nürnberg	18,0	17,3	17,9	19,3	20,6	+1,3	+2,6
Stuttgart	20,7	19,3	20,4	21,2	20,5	-0,7	-0,2

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.5 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Landesmedian)

Städte in der Bundesrepublik	Auf Basis des Landesmedian						
	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Berlin	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	+1,2	-0,2
Bremen	16,2	17,4	17,3	16,0	16,5	+0,5	+0,3
Dortmund	22,5	24,1	23,1	22,0	24,1	+2,1	+1,6
Dresden	13,2	13,0	12,0	13,0	14,9	+1,9	+1,7
Duisburg	22,2	23,4	22,8	23,2	25,3	+2,1	+3,1
Düsseldorf	17,8	16,3	15,8	16,4	17,1	+0,7	-0,7
Essen	18,7	18,8	19,1	19,5	19,8	+0,3	+1,1
Frankfurt am Main	18,9	18,6	17,1	17,2	16,2	-1,0	-2,7
Hamburg	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	+1,0	+1,1
Hannover	**21,6**	**21,2**	**20,5**	**19,1**	**21,7**	**+2,6**	**+0,1**
Köln	18,8	19,2	20,4	19,3	18,5	-0,8	-0,3
Leipzig	16,8	17,6	17,8	16,0	18,2	+2,2	+1,4
München	14,1	13,9	12,9	12,3	12,7	+0,4	-1,4
Nürnberg	23,1	21,7	23,7	25,3	26,1	+0,8	+3,0
Stuttgart	19,2	16,8	19,0	19,7	18,7	-1,0	-0,5

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 7.3.6 Armutsgefährdungsquoten[1] 2011 bis 2015 nach ausgewählten deutschen Großstädten (Bundesmedian)

Städte in der Bundesrepublik	Auf Basis des Bundesmedian						
	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2014/2015	Veränderung 2011/2015
	%					%-Punkte	
Berlin	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	+2,4	+1,8
Bremen	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	+0,6	+2,2
Dortmund	23,5	25,4	25,0	23,5	25,7	+2,2	+2,2
Dresden	19,4	19,8	18,5	19,4	20,0	+0,6	+0,6
Duisburg	23,2	24,6	24,3	24,8	26,6	+1,8	+3,4
Düsseldorf	18,7	17,2	16,7	17,7	18,3	+0,6	-0,4
Essen	19,4	19,7	20,6	20,8	21,0	+0,2	+1,6
Frankfurt am Main	16,0	15,5	14,7	14,7	14,2	-0,5	-1,8
Hamburg	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	+0,1	+1,0
Hannover	**22,1**	**21,8**	**20,8**	**19,6**	**22,3**	**+2,7**	**+0,2**
Köln	19,6	20,2	21,5	20,5	19,6	-0,9	0,0
Leipzig	24,5	25,4	25,1	24,1	25,1	+1,0	+0,6
München	11,5	11,2	10,3	9,4	9,6	+0,2	-1,9
Nürnberg	19,3	17,4	19,0	20,8	22,3	+1,5	+3,0
Stuttgart	14,9	13,3	15,2	16,1	14,8	-1,3	-0,1

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW.

Tab. 8.1.1 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2015 nach Bundesländern und Geschlecht

Land	2010			2014			2015			Veränderung der Quote
	Insgesamt		Differenz Frauenquote abzüglich Männerquote	Insgesamt		Differenz Frauenquote abzüglich Männerquote	Insgesamt		Differenz Frauenquote abzüglich Männerquote	2010/ 2015 Insgesamt
	Anzahl	Bevölkerungsanteil (%)	%-Punkte	Anzahl	Bevölkerungsanteil (%)	%-Punkte	Anzahl	Bevölkerungsanteil (%)	%-Punkte	
Baden-Württemberg	532 846	5,0	+0,3	555 997	5,2	+0,1	650 679	6,0	-0,6	+0,8
Bayern	544 316	4,3	+0,3	578 878	4,6	+0,1	668 639	5,2	-0,6	+0,6
Berlin	654 312	18,9	-1,8	660 634	19,0	-1,9	684 436	19,4	-2,3	+0,4
Brandenburg	287 925	11,5	-0,8	266 335	10,8	-0,9	273 128	11,0	-1,6	-0,5
Bremen	108 156	16,4	-0,3	114 163	17,2	-0,3	124 092	18,5	-0,8	+2,1
Hamburg	228 223	12,8	-0,4	232 743	13,2	-0,6	247 723	13,9	-1,2	+1,1
Hessen	492 097	8,1	+0,2	528 217	8,7	-0,1	576 454	9,3	-0,6	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	219 232	13,3	-1,1	207 838	13,0	-1,4	210 699	13,1	-2,1	-0,2
Niedersachsen	**694 703**	**8,8**	**+0,1**	**704 657**	**9,0**	**0,0**	**775 056**	**9,8**	**-0,7**	**+1,0**
Nordrhein-Westfalen	1 815 849	10,2	+0,1	1 959 939	11,1	-0,2	2 135 701	12,0	-0,7	+1,8
Rheinland-Pfalz	261 854	6,5	+0,3	277 828	6,9	+0,1	314 446	7,8	-0,5	+1,3
Saarland	88 469	8,7	+0,2	94 350	9,5	-0,1	106 405	10,7	-1,0	+2,0
Sachsen	464 727	11,2	-0,8	414 856	10,2	-0,7	419 168	10,3	-1,4	-0,9
Sachsen-Anhalt	317 026	13,6	-1,0	298 382	13,3	-1,1	301 702	13,4	-1,9	-0,2
Schleswig-Holstein	252 749	8,9	-0,2	269 157	9,5	-0,4	295 124	10,3	-1,1	+1,4
Thüringen	213 157	9,5	-0,2	192 990	8,9	-0,3	203 542	9,4	-1,0	-0,1
Deutschland	**7 175 641**	**8,8**	**-0,1**	**7 356 964**	**9,1**	**-0,3**	**7 986 994**	**9,7**	**-0,8**	**+0,9**

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Tab. 8.1.2 Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2015 nach Anzahl und Leistungsartenanteil

Kreisfreie Stadt Landkreis (ausgewählte Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Regelleistungsberechtigte nach dem SGB II[1]				Leistungsempfänger/innen nach SGB XII[2]				Regelleistungen nach dem AsylbLG[3]		Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen		
	davon				darunter								
	erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ALG II)		nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld)		HLU		Grundsicherung				ingesamt	Anteil an der Bevölkerung	Veränderung der Anzahl 2014/ 2015
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Braunschweig, Stadt	14 102	61,6	4 524	19,7	432	1,9	3 802	16,6	50	0,2	22 910	9,1	-1,7
Salzgitter, Stadt	7 681	57,0	2 865	21,3	209	1,6	1 607	12,1	1 109	8,2	13 471	13,3	+13,0
Wolfsburg, Stadt	5 106	52,6	2 104	21,7	169	1,7	1 139	11,9	1 183	12,2	9 701	7,8	+8,6
Gifhorn	5 939	54,4	2 135	19,5	211	1,9	1 487	13,9	1 151	10,5	10 923	6,3	+3,0
Göttingen	11 334	52,8	4 135	19,3	744	3,5	3 637	17,5	1 627	7,6	21 477	8,4	-1,2
dav. Göttingen, Stadt	6 952	51,9	2 341	17,5	541	4,0	2 393	18,6	1 174	8,8	13 401	11,3	+1,2
dav. Göttingen, Umland	4 382	54,3	1 794	22,2	203	2,5	1 244	15,8	453	5,6	8 076	5,9	-5,0
Goslar	8 406	53,0	2 835	17,9	545	3,4	2 377	15,5	1 695	10,7	15 858	11,5	+5,2
Helmstedt	4 768	55,3	1 502	17,4	253	2,9	1 047	12,5	1 049	12,2	8 619	9,4	+5,7
Northeim	6 336	53,2	2 282	19,2	172	1,4	1 643	14,0	1 469	12,3	11 902	8,8	+3,5
Osterode am Harz	3 764	51,5	1 092	14,9	138	1,9	1 356	18,9	959	13,1	7 309	9,9	+4,9
Peine	6 299	51,3	2 819	23,0	270	2,2	1 406	11,7	1 481	12,1	12 275	9,3	+6,4
Wolfenbüttel	5 328	49,8	1 817	17,0	141	1,3	1 917	18,2	1 499	14,0	10 702	8,8	+4,4
Stat. Region Braunschweig	**79 063**	**54,5**	**28 110**	**19,4**	**3 284**	**2,3**	**21 418**	**15,1**	**13 272**	**9,1**	**145 147**	**9,1**	**+3,7**
Region Hannover	83 769	55,9	33 040	22,1	1 841	1,2	20 039	13,6	11 038	7,4	149 727	13,1	+6,6
dav. Hannover, LHSt	51 167	58,0	19 402	22,0	1 111	1,3	12 353	14,2	4 240	4,8	88 273	16,6	+4,3
dav. Hannover, Umland	32 602	53,1	13 638	22,2	730	1,2	7 686	12,7	6 798	11,1	61 454	10,0	+10,2
Diepholz	7 871	49,0	3 373	21,0	335	2,1	2 387	15,2	2 105	13,1	16 071	7,5	+9,5
Hameln-Pyrmont	9 166	52,2	3 672	20,9	332	1,9	2 533	14,7	1 871	10,6	17 574	11,9	+8,2
Hildesheim	14 928	52,6	5 737	20,2	378	1,3	4 707	16,8	2 654	9,3	28 404	10,3	+5,9
dav. Hildesheim, Stadt	8 611	54,4	3 363	21,2	253	1,6	2 862	18,4	748	4,7	15 837	15,6	+2,7
dav. Hildesheim, Umland	6 317	50,3	2 374	18,9	125	1,0	1 845	14,8	1 906	15,2	12 567	7,2	+10,3
Holzminden	3 807	53,2	1 346	18,8	142	2,0	972	13,9	891	12,4	7 158	10,0	+5,9
Nienburg (Weser)	5 730	49,7	2 628	22,8	173	1,5	1 736	15,3	1 256	10,9	11 523	9,6	+10,7
Schaumburg	7 652	52,6	2 979	20,5	199	1,4	2 252	15,7	1 465	10,1	14 547	9,3	+4,8
Stat. Region Hannover	**132 923**	**54,3**	**52 775**	**21,5**	**3 400**	**1,4**	**34 626**	**14,3**	**21 280**	**8,7**	**245 004**	**11,5**	**+6,9**
Celle	9 855	51,8	3 958	20,8	309	1,6	3 196	17,1	1 718	9,0	19 036	10,7	+6,9
Cuxhaven	8 897	51,9	3 391	19,8	162	0,9	2 060	12,1	2 625	15,3	17 135	8,6	+12,4
Harburg	8 025	48,0	3 596	21,5	238	1,4	2 178	13,2	2 668	16,0	16 705	6,7	+11,5
Lüchow-Dannenberg	2 830	54,1	954	18,2	59	1,1	754	14,6	638	12,2	5 235	10,4	+3,4
Lüneburg	8 596	49,9	3 308	19,2	269	1,6	2 877	17,0	2 161	12,6	17 211	9,5	+7,6
Osterholz	3 219	45,7	1 289	18,3	76	1,1	1 088	15,6	1 371	19,5	7 043	6,2	+10,7
Rotenburg (Wümme)	4 960	44,4	1 775	15,9	120	1,1	2 196	19,9	2 120	19,0	11 171	6,8	+16,0
Heidekreis	6 658	53,2	2 537	20,3	207	1,7	1 603	13,0	1 514	12,1	12 519	8,9	+5,1
Stade	9 711	52,9	3 979	21,7	202	1,1	1 950	10,7	2 510	13,7	18 352	9,2	+10,5
Uelzen	4 035	51,3	1 422	18,1	172	2,2	1 216	15,8	1 018	12,9	7 863	8,4	+4,1
Verden	5 246	49,1	2 302	21,6	111	1,0	1 466	13,9	1 551	14,5	10 676	7,9	+7,8
Stat. Region Lüneburg	**72 032**	**50,4**	**28 511**	**19,9**	**1 925**	**1,3**	**20 584**	**14,6**	**19 894**	**13,9**	**142 946**	**8,4**	**+9,1**
Delmenhorst, Stadt	7 303	56,6	2 926	22,7	200	1,5	1 659	13,1	817	6,3	12 905	16,9	+6,7
Emden, Stadt	3 512	53,8	1 395	21,4	105	1,6	925	14,4	594	9,1	6 531	12,9	+6,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	12 149	57,9	4 507	21,5	457	2,2	2 493	12,1	1 384	6,6	20 990	12,8	+5,7
Osnabrück, Stadt	12 116	57,0	4 653	21,9	285	1,3	3 070	14,6	1 139	5,4	21 263	13,1	+4,1
Wilhelmshaven, Stadt	7 713	58,6	2 396	18,2	266	2,0	1 739	13,5	1 046	7,9	13 160	17,3	+8,2
Ammerland	4 027	48,5	1 673	20,2	179	2,2	1 108	13,6	1 313	15,8	8 300	6,8	+10,3
Aurich	9 854	55,7	3 662	20,7	179	1,0	2 223	12,7	1 784	10,1	17 702	9,4	+6,5
Cloppenburg	6 110	49,3	2 634	21,3	156	1,3	1 665	13,6	1 825	14,7	12 390	7,5	+14,4
Emsland	9 411	47,3	3 278	16,5	454	2,3	2 998	15,4	3 748	18,8	19 889	6,2	+14,6
Friesland	3 909	48,1	1 570	19,3	140	1,7	1 066	13,3	1 450	17,8	8 135	8,3	+12,8
Grafschaft Bentheim	4 776	48,7	2 155	22,0	113	1,2	1 317	13,6	1 445	14,7	9 806	7,2	+9,9
Leer	7 005	52,6	2 225	16,7	181	1,4	2 085	15,9	1 828	13,7	13 324	8,0	+8,9
Oldenburg	4 485	48,9	1 970	21,5	199	2,2	1 257	14,0	1 266	13,8	9 177	7,1	+9,7
Osnabrück	10 309	50,9	4 610	22,7	419	2,1	3 805	19,2	1 121	5,5	20 264	5,7	+2,1
Vechta	4 163	48,7	1 934	22,6	81	0,9	1 168	13,8	1 209	14,1	8 555	6,2	+15,0
Wesermarsch	5 084	52,4	1 907	19,7	191	2,0	1 353	14,2	1 160	12,0	9 695	10,9	+9,4
Wittmund	2 584	52,3	1 043	21,1	85	1,7	634	13,1	591	12,0	4 937	8,6	+5,1
Stat. Region Weser-Ems	**114 510**	**52,8**	**44 538**	**20,5**	**3 690**	**1,7**	**30 565**	**14,3**	**23 720**	**10,9**	**217 023**	**8,7**	**+8,2**
Niedersachsen	**398 528**	**53,1**	**153 934**	**20,5**	**12 299**	**1,6**	**107 193**	**14,5**	**78 166**	**10,4**	**750 120**	**9,5**	**+7,0**

1) Von der Bundesagentur für Arbeit wurde im April 2016 die SGB-II-Statistik rückwirkend revidiert. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen.
2) SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen.

3) Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (nur örtliche Träger, nach Wohnort). Dazu kommen 23 085 Personen, die vom überörtlichen Träger betreut werden.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. LSN-Online: Tabelle Z2550111.

Tab. 8.1.3 Bezug von Mindestsicherungsleistungen in Niedersachsen 2015 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit und Veränderung 2014/2015

Landkreis Kreisfreie Stadt (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (SGB II + SGB XII + AsylbLG)[1]									
	Empfänger/-innen					Veränderung der Anzahl der Empfänger/-innen 2014/2015				
	insgesamt[2]	Männer	Frauen	Deutsche	Nicht-deutsche[3]	insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Nicht-deutsche[3]
	Anzahl					%				
Braunschweig, Stadt	22 910	11 314	11 596	18 524	4 386	-1,7	-1,4	-2,0	-2,4	+1,4
Salzgitter, Stadt	13 471	6 640	6 831	8 995	4 476	+13,0	+15,7	+10,6	+2,5	+42,7
Wolfsburg, Stadt	9 701	4 920	4 781	6 058	3 643	+8,6	+13,0	+4,4	-3,8	+38,2
Gifhorn	10 923	5 610	5 313	8 085	2 838	+3,0	+3,6	+2,4	-3,0	+25,0
Göttingen	21 477	11 113	10 364	16 324	5 153	-1,2	+0,3	-2,8	-6,9	+22,3
dav. Göttingen, Stadt	13 401	7 168	6 233	9 667	3 734	+1,2	+3,2	-1,0	-6,4	+28,4
dav. Göttingen, Umland	8 076	3 945	4 131	6 657	1 419	-5,0	-4,6	-5,3	-7,5	+8,7
Goslar	15 858	8 023	7 835	12 438	3 420	+5,2	+7,8	+2,6	-2,9	+51,1
Helmstedt	8 619	4 522	4 097	6 700	1 919	+5,7	+8,0	+3,3	-2,6	+50,3
Northeim	11 902	6 068	5 834	8 800	3 102	+3,5	+7,0	+0,1	-4,5	+36,0
Osterode am Harz	7 309	3 734	3 575	5 649	1 660	+4,9	+5,0	+4,8	-4,5	+58,2
Peine	12 275	6 264	6 011	8 873	3 402	+6,4	+9,3	+3,5	-4,8	+53,3
Wolfenbüttel	10 702	5 577	5 125	7 901	2 801	+4,4	+8,3	+0,5	-5,4	+47,7
Stat. Region Braunschweig	**145 147**	**73 785**	**71 362**	**108 347**	**36 800**	**+3,7**	**+5,7**	**+1,7**	**-3,6**	**+33,5**
Region Hannover	149 727	76 546	73 181	91 618	58 109	+6,6	+9,2	+4,1	-1,6	+22,8
dav. Hannover, LHSt	88 273	45 554	42 719	52 947	35 326	+4,3	+6,4	+2,1	-1,5	+14,3
dav. Hannover, Umland	61 454	30 992	30 462	38 671	22 783	+10,2	+13,4	+7,1	-1,7	+38,7
Diepholz	16 071	7 994	8 077	11 397	4 674	+9,5	+12,6	+6,6	-0,8	+46,4
Hameln-Pyrmont	17 574	9 028	8 546	12 035	5 539	+8,2	+10,5	+5,9	-1,8	+38,9
Hildesheim	28 404	14 859	13 545	20 901	7 503	+5,9	+8,9	+2,8	-1,7	+35,3
dav. Hildesheim, Stadt	15 837	8 017	7 820	11 712	4 125	+2,7	+3,5	+1,8	-1,3	+15,9
dav. Hildesheim, Umland	12 567	6 842	5 725	9 189	3 378	+10,3	+15,9	+4,2	-2,3	+69,9
Holzminden	7 158	3 766	3 392	5 583	1 575	+5,9	+13,0	-0,9	-4,4	+71,8
Nienburg (Weser)	11 523	5 661	5 862	8 451	3 072	+10,7	+13,0	+8,5	+0,1	+56,1
Schaumburg	14 547	7 088	7 459	10 644	3 903	+4,8	+6,6	+3,2	-1,3	+26,1
Stat. Region Hannover	**245 004**	**124 942**	**120 062**	**160 629**	**84 375**	**+6,9**	**+9,6**	**+4,2**	**-1,6**	**+27,8**
Celle	19 036	9 616	9 420	14 624	4 412	+6,9	+8,5	+5,2	-0,2	+39,8
Cuxhaven	17 135	8 711	8 424	12 414	4 721	+12,4	+15,8	+9,1	+0,5	+63,7
Harburg	16 705	9 237	7 468	11 195	5 510	+11,5	+21,6	+1,2	-0,5	+47,5
Lüchow-Dannenberg	5 235	2 656	2 579	4 224	1 011	+3,4	+4,6	+2,1	-4,8	+61,2
Lüneburg	17 211	9 109	8 102	12 695	4 516	+7,6	+12,5	+2,5	-2,9	+54,8
Osterholz	7 043	3 423	3 620	4 650	2 393	+10,7	+13,6	+8,0	-3,6	+55,1
Rotenburg (Wümme)	11 171	5 913	5 258	7 931	3 240	+16,0	+23,5	+8,6	-0,6	+96,1
Heidekreis	12 519	6 091	6 428	9 375	3 144	+5,1	+5,8	+4,4	-3,0	+39,4
Stade	18 352	9 349	9 003	13 288	5 064	+10,5	+15,4	+5,8	-1,0	+58,8
Uelzen	7 863	4 083	3 780	6 077	1 786	+4,1	+6,0	+2,1	-5,9	+63,1
Verden	10 676	5 417	5 259	7 343	3 333	+7,8	+14,7	+1,4	-2,8	+41,8
Stat. Region Lüneburg	**142 946**	**73 605**	**69 341**	**103 816**	**39 130**	**+9,1**	**+13,5**	**+4,7**	**-1,8**	**+54,0**
Delmenhorst, Stadt	12 905	6 377	6 528	8 905	4 000	+6,7	+9,2	+4,4	+3,0	+15,8
Emden, Stadt	6 531	3 305	3 226	5 133	1 398	+6,0	+11,7	+0,7	-1,5	+47,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	20 990	10 557	10 433	15 357	5 633	+5,7	+8,0	+3,5	-2,6	+38,1
Osnabrück, Stadt	21 263	10 712	10 551	13 912	7 351	+4,1	+6,2	+2,1	-1,3	+16,3
Wilhelmshaven, Stadt	13 160	6 619	6 541	10 647	2 513	+8,2	+8,7	+7,7	+1,6	+49,2
Ammerland	8 300	4 027	4 273	5 900	2 400	+10,3	+15,0	+6,2	-5,4	+86,2
Aurich	17 702	8 909	8 792	14 012	3 690	+6,5	+12,2	+1,2	-2,4	+62,8
Cloppenburg	12 390	6 001	6 389	8 837	3 553	+14,4	+20,8	+8,9	+0,6	+73,6
Emsland	19 889	9 853	10 036	13 916	5 973	+14,6	+22,1	+8,0	-2,1	+89,9
Friesland	8 135	3 993	4 142	5 996	2 139	+12,8	+15,4	+10,4	-1,8	+93,9
Grafschaft Bentheim	9 806	4 869	4 937	6 516	3 290	+9,9	+13,9	+6,1	-2,7	+47,9
Leer	13 324	6 615	6 709	10 101	3 223	+8,9	+14,2	+4,0	-2,2	+69,1
Oldenburg	9 177	4 541	4 636	6 412	2 765	+9,7	+14,2	+5,6	-4,3	+65,8
Osnabrück	20 264	9 450	10 814	16 027	4 237	+2,1	+3,5	+1,0	-2,9	+27,3
Vechta	8 555	4 194	4 361	5 028	3 527	+15,0	+22,6	+8,5	+0,5	+44,7
Wesermarsch	9 695	4 828	4 867	7 251	2 444	+9,4	+13,1	+5,9	-0,8	+57,6
Wittmund	4 937	2 368	2 569	3 963	974	+5,1	+8,7	+1,9	-3,3	+62,3
Stat. Region Weser-Ems	**217 023**	**107 218**	**109 804**	**157 913**	**59 110**	**+8,2**	**+12,0**	**+4,7**	**-1,7**	**+47,6**
Niedersachsen	**750 120**	**379 550**	**370 569**	**530 705**	**219 415**	**+7,0**	**+10,2**	**+3,9**	**-2,1**	**+37,9**

1) Von der Bundesagentur für Arbeit wurde im April 2016 die SGB-II-Statistik rückwirkend revidiert. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen.
SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen.
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (nur örtliche Träger, nach Wohnort). Dazu kommen 23 085 Personen, die vom überörtlichen Träger betreut werden.
2) Einschließlich "keine Zuordnung möglich".
3) Einschließlich "ohne Angabe", "ungeklärt", "staatenlos", "unbekanntes Ausland".
Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. LSN-Online: Tabelle Z2551020

Tab. 8.1.4 Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1] am 31.12.2015 in Niedersachsen nach Geschlecht und Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt			Männer			Frauen		
	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
	Anzahl je 100 Einwohner/-innen der betreffenden Bevölkerungsgruppe								
Braunschweig, Stadt	14,5	9,5	4,1	14,4	9,3	3,7	14,6	9,8	4,4
Salzgitter, Stadt	21,5	14,7	3,9	21,8	14,3	3,0	21,1	15,1	4,7
Wolfsburg, Stadt	13,8	8,3	2,2	14,1	8,3	1,7	13,5	8,3	2,5
Gifhorn	9,5	6,6	2,0	9,9	6,6	2,2	9,2	6,7	1,8
Göttingen	13,3	8,8	3,4	12,9	9,3	3,4	13,6	8,3	3,4
dav. Göttingen, Stadt	18,3	11,5	5,2	18,4	12,7	5,7	18,2	10,2	4,9
dav. Göttingen, Umland	9,7	6,2	2,1	9,1	6,0	1,9	10,4	6,4	2,3
Goslar	19,9	13,1	3,7	20,2	13,0	3,4	19,7	13,2	3,8
Helmstedt	14,8	10,7	2,4	14,8	11,3	2,1	14,9	10,1	2,6
Northeim	15,2	9,9	2,3	15,2	10,1	2,1	15,1	9,6	2,5
Osterode am Harz	16,0	11,9	2,6	16,1	12,1	2,5	15,8	11,7	2,7
Peine	15,7	9,8	2,4	15,9	9,9	2,3	15,5	9,7	2,5
Wolfenbüttel	13,9	9,8	3,0	14,2	10,2	2,7	13,6	9,2	3,2
Stat. Region Braunschweig	14,7	9,8	3,0	14,8	9,9	2,8	14,6	9,7	3,2
Region Hannover	22,0	13,4	5,2	22,2	13,8	5,2	21,8	13,0	5,1
dav. Hannover, Landeshauptstadt	28,0	16,4	8,1	28,3	17,1	8,5	27,7	15,6	7,8
dav. Hannover, Umland	17,3	10,6	3,0	17,5	10,7	2,9	17,2	10,5	3,2
Diepholz	13,2	7,7	2,7	13,3	7,5	2,4	13,2	7,9	2,9
Hameln-Pyrmont	21,5	12,9	3,4	22,5	13,3	3,3	20,4	12,5	3,4
Hildesheim	16,6	11,4	2,9	16,8	12,1	2,8	16,4	10,6	3,0
dav. Hildesheim, Stadt	26,3	16,7	5,0	26,5	17,5	5,0	26,1	15,9	5,1
dav. Hildesheim, Umland	11,3	8,2	1,7	11,5	9,0	1,6	11,1	7,3	1,9
Holzminden	16,5	11,4	2,7	16,6	12,1	2,3	16,4	10,7	3,1
Nienburg (Weser)	17,4	9,7	3,0	17,4	9,3	2,7	17,4	10,1	3,2
Schaumburg	16,2	10,1	2,8	16,2	9,9	2,4	16,1	10,4	3,1
Stat. Region Hannover	19,5	12,0	4,1	19,7	12,3	4,0	19,3	11,7	4,1
Celle	17,1	11,6	3,5	17,4	11,7	3,3	16,9	11,5	3,7
Cuxhaven	15,0	9,5	2,3	15,0	9,8	2,0	15,1	9,2	2,5
Harburg	9,9	7,5	2,2	9,8	8,7	2,1	9,9	6,2	2,4
Lüchow-Dannenberg	17,7	12,0	2,7	17,5	11,8	2,9	17,9	12,1	2,6
Lüneburg	14,1	10,1	3,4	13,9	11,2	3,2	14,2	9,1	3,6
Osterholz	10,8	6,5	2,0	10,4	6,3	1,8	11,2	6,7	2,2
Rotenburg (Wümme)	9,1	7,5	2,8	9,2	7,9	2,8	9,1	7,1	2,9
Heidekreis	14,3	9,7	2,6	14,2	8,9	2,6	14,4	10,5	2,6
Stade	15,2	9,7	2,5	15,5	9,8	2,0	14,9	9,6	2,8
Uelzen	14,0	9,5	2,2	14,5	9,8	2,4	13,5	9,3	2,1
Verden	12,8	8,4	2,5	12,7	8,8	2,2	12,8	8,1	2,8
Stat. Region Lüneburg	13,3	9,1	2,6	13,3	9,5	2,4	13,3	8,8	2,8
Delmenhorst, Stadt	29,1	17,7	5,7	29,4	17,0	5,4	28,9	18,3	5,9
Emden, Stadt	20,8	13,7	4,1	20,9	13,8	3,2	20,7	13,6	4,9
Oldenburg (Oldb), Stadt	21,8	13,1	4,5	21,8	13,8	4,3	21,8	12,4	4,7
Osnabrück, Stadt	22,9	12,9	6,1	23,0	13,4	5,6	22,7	12,4	6,4
Wilhelmshaven, Stadt	30,1	19,9	4,7	30,1	20,1	4,2	30,1	19,8	5,1
Ammerland	11,6	7,1	2,4	11,3	7,0	2,0	11,9	7,2	2,8
Aurich	14,5	10,4	2,4	14,0	10,7	2,0	14,9	10,2	2,8
Cloppenburg	11,1	7,5	3,1	11,6	6,7	2,8	10,5	8,3	3,4
Emsland	8,6	6,7	2,2	8,5	6,4	1,8	8,6	7,0	2,6
Friesland	15,4	9,0	2,2	15,4	8,9	1,7	15,3	9,0	2,6
Grafschaft Bentheim	12,0	7,3	2,4	12,3	7,1	2,0	11,8	7,6	2,7
Leer	11,1	8,8	2,6	11,4	8,6	2,1	10,7	9,1	3,0
Oldenburg	12,2	7,2	2,6	12,3	7,1	2,2	12,2	7,3	2,9
Osnabrück	8,5	5,8	2,7	8,2	5,2	2,4	8,7	6,4	2,9
Vechta	9,6	5,9	2,9	9,6	5,6	2,5	9,7	6,2	3,2
Wesermarsch	18,1	11,7	3,4	18,7	11,3	2,9	17,5	12,1	3,8
Wittmund	14,2	9,4	2,6	13,2	9,2	2,2	15,3	9,6	2,9
Stat. Region Weser-Ems	13,5	9,1	3,1	13,5	8,9	2,7	13,5	9,3	3,5
Niedersachsen	15,3	10,0	3,3	15,3	10,2	3,0	15,2	9,9	3,5

1) SGB II: erwerbsfähige Leistungsberechtigte und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde im April 2016 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen.
SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen.
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort).

Quelle: LSN Online Tabelle K2551020

Tab. 8.1.5 Quoten der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen[1] am 31.12.2015 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Insgesamt			Deutsche			Nichtdeutsche		
	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter	im Alter bis unter 18 Jahren	im Alter von 18 bis unter 65 Jahren	im Alter von 65 Jahren und älter
	Anzahl je 100 Einwohner/-innen der betreffenden Bevölkerungsgruppe								
Braunschweig, Stadt	14,5	9,5	4,1	13,3	8,6	3,5	31,7	16,3	18,8
Salzgitter, Stadt	21,5	14,7	3,9	16,4	11,4	3,2	58,5	32,7	15,3
Wolfsburg, Stadt	13,8	8,3	2,2	10,0	6,0	1,7	43,5	20,0	10,4
Gifhorn	9,5	6,6	2,0	6,9	5,3	1,8	56,9	24,6	10,6
Göttingen	13,3	8,8	3,4	11,0	7,4	2,7	38,5	21,9	24,1
dav. Göttingen, Stadt	18,3	11,5	5,2	14,7	9,5	4,1	46,1	23,9	27,6
dav. Göttingen, Umland	9,7	6,2	2,1	8,5	5,5	1,8	28,7	17,6	17,9
Goslar	19,9	13,1	3,7	16,2	11,3	3,3	60,2	30,0	17,0
Helmstedt	14,8	10,7	2,4	11,8	8,9	2,1	67,0	36,3	15,0
Northeim	15,2	9,9	2,3	11,6	7,8	2,0	60,4	39,0	19,5
Osterode am Harz	16,0	11,9	2,6	11,6	10,1	2,3	76,9	39,0	16,2
Peine	15,7	9,8	2,4	12,4	7,5	2,0	59,3	37,0	18,3
Wolfenbüttel	13,9	9,8	3,0	10,3	7,7	2,7	71,8	40,1	17,6
Stat. Region Braunschweig	14,7	9,8	3,0	11,7	8,1	2,6	52,0	26,2	17,0
Region Hannover	22,0	13,4	5,2	15,6	9,4	3,4	77,2	37,4	32,5
dav. Hannover, Landeshauptstadt	28,0	16,4	8,1	20,6	11,7	5,2	80,5	36,9	35,6
dav. Hannover, Umland	17,3	10,6	3,0	11,9	7,4	2,2	73,6	38,2	26,2
Diepholz	13,2	7,7	2,7	9,7	5,9	2,4	59,3	28,2	20,5
Hameln-Pyrmont	21,5	12,9	3,4	15,6	9,9	2,5	76,3	41,0	23,5
Hildesheim	16,6	11,4	2,9	13,4	9,0	2,4	57,1	38,0	20,1
dav. Hildesheim, Stadt	26,3	16,7	5,0	22,4	14,0	4,1	53,9	35,7	24,6
dav. Hildesheim, Umland	11,3	8,2	1,7	8,8	6,2	1,5	61,6	41,1	13,4
Holzminden	16,5	11,4	2,7	13,9	9,4	2,6	57,2	37,4	6,7
Nienburg (Weser)	17,4	9,7	3,0	13,0	7,7	2,7	77,7	35,3	19,8
Schaumburg	16,2	10,1	2,8	12,1	8,0	2,5	77,0	34,8	15,1
Stat. Region Hannover	19,5	12,0	4,1	14,2	8,8	2,9	73,1	36,8	28,5
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Celle	17,1	11,6	3,5	13,8	9,6	3,0	61,3	35,0	24,2
Cuxhaven	15,0	9,5	2,3	11,0	7,4	2,1	78,1	38,0	10,5
Harburg	9,9	7,5	2,2	8,2	4,9	2,1	45,5	35,2	10,1
Lüchow-Dannenberg	17,7	12,0	2,7	14,4	10,9	2,6	46,3	21,8	10,9
Lüneburg	14,1	10,1	3,4	11,1	7,9	3,0	63,6	39,8	23,9
Osterholz	10,8	6,5	2,0	6,7	4,7	1,8	60,8	30,4	20,5
Rotenburg (Wümme)	9,1	7,5	2,8	6,5	5,6	2,7	51,9	32,9	14,0
Heidekreis	14,3	9,7	2,6	11,6	8,0	2,1	40,2	25,2	26,1
Stade	15,2	9,7	2,5	11,8	7,5	2,3	64,4	32,2	11,1
Uelzen	14,0	9,5	2,2	10,9	7,9	2,0	62,6	35,6	17,1
Verden	12,8	8,4	2,5	9,6	6,0	2,1	69,1	37,9	22,6
Stat. Region Lüneburg	13,3	9,1	2,6	10,3	7,0	2,4	58,5	33,8	17,3
Delmenhorst, Stadt	29,1	17,7	5,7	23,9	13,8	4,2	68,8	41,0	37,0
Emden, Stadt	20,8	13,7	4,1	17,7	11,7	4,0	52,9	32,4	10,5
Oldenburg (Oldb), Stadt	21,8	13,1	4,5	17,5	10,5	3,7	64,8	39,2	34,0
Osnabrück, Stadt	22,9	12,9	6,1	18,3	9,4	4,2	57,0	36,2	41,4
Wilhelmshaven, Stadt	30,1	19,9	4,7	25,2	17,5	4,2	78,4	51,7	25,0
Ammerland	11,6	7,1	2,4	8,0	5,4	2,1	77,1	36,4	27,7
Aurich	14,5	10,4	2,4	12,2	8,6	2,2	57,2	40,9	18,1
Cloppenburg	11,1	7,5	3,1	8,0	6,0	2,8	47,8	20,1	22,5
Emsland	8,6	6,7	2,2	5,9	5,3	2,2	39,8	18,4	4,6
Friesland	15,4	9,0	2,2	11,2	7,0	2,0	85,8	56,7	18,8
Grafschaft Bentheim	12,0	7,3	2,4	8,9	5,7	2,1	33,2	16,9	4,9
Leer	11,1	8,8	2,6	8,3	7,3	2,4	49,5	26,2	8,7
Oldenburg	12,2	7,2	2,6	8,4	5,6	2,3	61,8	23,9	22,5
Osnabrück	8,5	5,8	2,7	7,2	5,0	2,4	23,9	13,1	15,4
Vechta	9,6	5,9	2,9	6,1	3,8	2,6	42,9	22,3	17,7
Wesermarsch	18,1	11,7	3,4	13,7	9,5	3,1	69,8	37,0	15,1
Wittmund	14,2	9,4	2,6	11,6	8,1	2,4	50,8	33,4	22,1
Stat. Region Weser-Ems	13,5	9,1	3,1	10,4	7,3	2,7	49,1	26,5	17,8
Niedersachsen	15,3	10,0	3,3	11,6	7,8	2,7	58,4	31,0	21,7

1) SGB II: erwerbsfähige Leistungsberechtigte und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Von der Bundesagentur für Arbeit wurde im April 2016 die SGB-II-Statistik revidiert, und zwar rückwirkend. Es kann daher zu geringfügigen Abweichungen zu Veröffentlichungen der BA kommen.
SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU, nach Wohnort); Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Wohnort der Bedarfsgemeinschaft, in- und außerhalb von Einrichtungen.
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (örtliche Träger, nach Wohnort).

Quelle: LSN Online Tabelle K2551020

Tab. 8.2 Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II im Juni 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region[1] Land	Regelleistungsberechtigte[2] Kinder bis unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II im Juni 2015							
	insgesamt		davon					
			bis unter 3 Jahre		3 bis unter 6 Jahre		6 bis unter 15 Jahre	
	Anzahl	%[3]	Anzahl	%[3]	Anzahl	%[3]	Anzahl	%[3]
Braunschweig, Stadt	4 574	15,3	943	14,4	941	15,7	2 690	15,4
Salzgitter, Stadt	2 538	19,5	560	22,4	509	20,4	1 469	18,3
Wolfsburg, Stadt	2 042	12,9	399	11,6	451	14,0	1 192	13,0
Gifhorn	2 179	8,7	461	9,9	463	10,1	1 255	7,9
Göttingen	4 036	13,0	853	14,2	803	13,6	2 380	12,5
dav. Göttingen, Stadt	2 238	16,7	473	15,8	442	16,4	1 323	20,0
dav. Göttingen, Umland	1 798	10,2	380	12,6	361	11,3	1 057	8,5
Goslar	2 731	18,6	554	21,7	569	21,8	1 608	16,9
Helmstedt	1 501	13,7	341	16,9	277	13,9	883	12,7
Northeim	2 252	13,9	461	15,7	531	18,1	1 260	12,2
Osterode am Harz	1 016	12,3	213	15,2	186	12,9	617	11,4
Peine	2 625	14,3	522	16,1	554	16,8	1 549	13,2
Wolfenbüttel	1 884	12,5	397	15,1	391	14,2	1 096	11,3
Stat. Region Braunschweig	**27 378**	**13,8**	**5 704**	**15,0**	**5 675**	**15,3**	**15 999**	**13,0**
Region Hannover	31 905	21,3	6 826	22,5	6 874	23,2	18 205	20,2
dav. Hannover, Landeshauptstadt	18 735	27,8	4 063	26,9	4 061	29,3	10 611	27,7
dav. Hannover, Umland	13 170	15,9	2 763	18,1	2 813	17,8	7 594	14,7
Diepholz	3 242	11,5	714	14,4	661	12,6	1 867	10,3
Hameln-Pyrmont	3 589	19,8	732	22,2	743	22,4	2 114	18,4
Hildesheim	5 555	16,1	1 244	19,9	1 097	17,7	3 214	14,5
dav. Hildesheim, Stadt	3 247	26,5	767	31,3	655	28,7	1 825	24,3
dav. Hildesheim, Umland	2 308	10,3	477	12,6	442	11,3	1 389	9,5
Holzminden	1 329	15,6	293	19,8	292	18,3	744	13,7
Nienburg (Weser)	2 422	15,2	495	18,0	479	16,4	1 448	14,1
Schaumburg	2 746	14,1	602	17,6	523	15,2	1 621	12,9
Stat. Region Hannover	**50 788**	**18,5**	**10 906**	**20,8**	**10 669**	**20,4**	**29 213**	**17,2**
Celle	3 918	16,2	824	18,6	793	17,7	2 301	15,0
Cuxhaven	3 340	13,0	669	14,9	713	15,3	1 958	11,9
Harburg	3 477	10,0	722	11,3	689	10,5	2 066	9,5
Lüchow-Dannenberg	925	15,5	194	18,7	178	17,7	553	14,1
Lüneburg	3 230	12,8	674	14,1	656	13,8	1 900	12,1
Osterholz	1 246	8,4	290	11,3	263	9,6	693	7,3
Rotenburg (Wümme)	1 699	7,5	379	9,9	332	8,1	988	6,7
Heidekreis	2 491	13,5	500	15,4	524	15,3	1 467	12,4
Stade	3 957	14,2	820	16,1	863	16,3	2 274	13,0
Uelzen	1 481	12,9	359	18,1	298	14,7	824	11,1
Verden	2 233	11,8	476	13,3	436	12,3	1 321	11,2
Stat. Region Lüneburg	**27 997**	**12,2**	**5 907**	**14,3**	**5 745**	**13,5**	**16 345**	**11,2**
Delmenhorst, Stadt	2 787	28,2	568	29,6	597	33,1	1 622	26,4
Emden, Stadt	1 318	19,7	318	24,2	298	23,3	702	17,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	4 390	21,5	957	22,7	964	24,6	2 469	20,1
Osnabrück, Stadt	4 491	23,1	961	23,2	986	25,8	2 544	22,2
Wilhelmshaven, Stadt	2 319	28,1	520	31,8	486	30,8	1 313	26,0
Ammerland	1 609	9,6	294	9,9	320	10,5	995	9,2
Aurich	3 427	13,4	675	15,0	703	15,3	2 049	12,4
Cloppenburg	2 528	9,3	490	9,9	525	10,5	1 513	8,8
Emsland	3 051	6,5	613	7,2	532	6,2	1 906	6,4
Friesland	1 474	12,0	322	15,1	306	13,8	846	10,7
Grafschaft Bentheim	2 063	10,4	424	11,7	400	10,7	1 239	9,9
Leer	2 141	9,1	441	10,4	358	8,4	1 342	8,9
Oldenburg	1 873	10,5	330	10,8	404	12,5	1 139	9,9
Osnabrück	4 415	8,6	963	10,4	934	10,0	2 518	7,7
Vechta	1 880	8,5	392	9,3	371	9,2	1 117	8,1
Wesermarsch	1 831	15,9	423	21,6	346	17,5	1 062	14,0
Wittmund	983	12,9	189	14,7	180	13,2	614	12,4
Stat. Region Weser-Ems	**42 580**	**12,3**	**8 880**	**13,9**	**8 710**	**13,7**	**24 990**	**11,4**
Niedersachsen	**148 743**	**14,2**	**31 397**	**16,0**	**30 799**	**15,7**	**86 547**	**13,1**
Baden-Württemberg	116 444	7,9	24 168	8,5	24 659	8,8	67 617	7,4
Bayern	110 331	6,5	24 194	7,2	23 572	7,3	62 565	6,1
Berlin	145 805	31,8	31 513	29,6	31 006	31,9	83 286	32,7
Brandenburg	51 008	16,8	10 823	18,4	10 981	17,9	29 204	16,0
Bremen	25 826	31,1	5 626	32,4	5 388	33,3	14 812	29,9
Hamburg	48 832	20,8	10 287	19,3	10 010	21,0	28 535	21,2
Hessen	118 793	14,5	24 868	15,5	25 399	15,9	68 526	13,7
Mecklenburg-Vorpommern	38 926	20,1	8 397	21,7	8 289	20,7	22 240	19,3
Nordrhein-Westfalen	434 250	18,4	89 951	19,8	89 654	20,1	254 645	17,5
Rheinland-Pfalz	58 321	11,3	13 083	13,2	12 261	12,4	32 977	10,3
Saarland	18 981	16,8	3 941	18,5	4 098	19,1	10 942	15,6
Sachsen	81 254	16,1	18 129	17,0	17 301	16,5	45 824	15,6
Sachsen-Anhalt	57 804	22,6	12 345	24,0	12 365	23,9	33 094	21,8
Schleswig-Holstein	55 618	14,9	11 726	17,1	11 844	17,0	32 048	13,7
Thüringen	38 609	15,0	8 699	16,3	8 229	15,7	21 681	14,3
Deutschland	**1 549 545**	**14,5**	**329 147**	**15,6**	**325 855**	**15,8**	**894 543**	**13,7**

1) Eigene Berechnung. 2) Daten nach Revision der Bundesagentur für Arbeit im April 2016, wegen der Änderung des Zähl- und Gültigkeitskonzeptes ist die Vergleichbarkeit mit bisherigen Veröffentlichungen eingeschränkt. 3) In Prozent der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe am 31.12.2014.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Alter, Hannover, August 2016, Statistik-Service Nordost, Erstellungsdatum: 11.08.2016, Auftragsnummer 230125.

Tab. 8.3 Verweildauern erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in SGB II-Bezug im Juni 2015 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Verweildauern (Bestand und Abgang) erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in SGB II im Juni 2015															
	Bestand	Abgang	Anteil an insgesamt klassiert nach bisheriger Verweildauer im SGB II													
			unter 3 Monate		3 bis unter 6 Monate		6 bis unter 12 Monate		1 bis unter 2 Jahre		2 bis unter 3 Jahre		3 bis unter 4 Jahre		4 Jahre und länger	
			Bestand	Abgang	Bestand	Abgang	Bestand	Abgang	Bestand	Abgang	Bestand	Abgang	Bestand	Abgang	Bestand	Abgang
	Anzahl		%													
Braunschweig, Stadt	14 886	437	6,2	13,0	5,8	12,8	7,8	17,8	11,4	16,2	8,8	9,8	7,1	6,6	52,8	23,6
Salzgitter, Stadt	7 437	200	6,4	13,5	6,5	13,5	8,8	15,0	13,2	14,0	9,7	9,5	7,7	8,0	47,8	26,5
Wolfsburg, Stadt	5 225	212	7,3	9,0	9,4	13,2	11,1	22,6	12,7	17,0	9,8	10,4	6,8	6,1	43,0	21,7
Gifhorn	6 230	197	6,7	15,2	7,6	19,8	9,1	18,3	13,6	7,6	9,0	-	7,1	-	47,0	28,9
Göttingen	11 943	394	6,8	11,9	7,1	16,0	8,3	17,5	12,1	13,5	9,0	7,6	6,3	4,3	50,4	29,2
Goslar	8 844	372	6,1	11,3	5,9	18,3	8,3	17,5	12,4	15,6	9,6	5,9	6,8	3,8	50,8	27,7
Helmstedt	4 972	152	6,3	14,5	5,6	13,2	9,3	14,5	11,7	17,8	8,8	-	6,5	-	51,9	21,7
Northeim	6 708	270	6,7	11,9	7,1	20,0	9,5	17,4	13,3	13,7	10,0	10,0	6,8	3,7	46,6	23,3
Osterode am Harz	3 942	164	6,7	9,8	6,5	18,3	8,3	-	11,4	12,2	7,8	11,6	7,1	-	52,2	28,0
Peine	6 591	282	5,9	9,6	7,4	16,0	9,1	16,3	12,0	12,1	8,2	7,8	7,4	7,1	50,0	31,2
Wolfenbüttel	5 642	221	5,6	-	7,6	14,5	8,7	13,1	11,5	12,2	9,3	14,0	7,0	-	50,2	29,9
Stat. Region Braunschweig	**82 420**	**2 901**	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Region Hannover	85 038	2 183	5,8	10,8	6,4	13,5	9,1	19,8	12,5	16,4	9,4	8,2	7,1	6,4	49,8	25,0
Diepholz	8 052	336	7,2	12,5	7,5	17,0	11,0	17,3	13,2	14,6	10,2	7,7	8,1	6,8	42,8	24,1
Hameln-Pyrmont	9 405	327	6,7	14,4	6,8	17,1	9,3	22,0	12,5	11,9	9,8	8,3	7,8	3,1	47,2	23,2
Hildesheim	15 411	441	6,5	9,5	7,0	14,7	8,8	21,5	12,8	13,6	9,1	9,8	7,4	6,3	48,4	24,5
Holzminden	3 916	181	6,2	12,2	5,8	16,6	9,2	22,7	13,1	12,2	9,4	10,5	8,0	-	48,3	-
Nienburg (Weser)	5 807	241	6,4	11,2	7,3	15,8	10,0	16,6	14,6	18,7	10,9	-	7,2	-	43,6	25,7
Schaumburg	7 914	309	6,8	10,7	7,0	17,5	9,2	18,8	12,4	15,9	9,8	-	7,9	-	46,8	23,3
Stat. Region Hannover	**135 543**	**4 018**	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Celle	10 242	333	6,5	14,4	6,7	19,2	9,5	18,3	12,2	15,0	9,7	6,6	7,4	3,9	47,9	22,5
Cuxhaven	8 989	340	6,7	10,3	7,4	20,3	10,1	22,4	12,7	13,5	10,4	9,7	7,3	4,7	45,3	19,1
Harburg	8 160	298	7,1	11,1	7,9	17,4	10,4	23,8	14,5	18,8	9,9	-	7,2	-	43,0	17,1
Lüchow-Dannenberg	3 007	116	5,4	12,9	5,8	22,4	9,1	19,8	11,5	11,2	10,7	-	7,3	-	50,3	21,6
Lüneburg	8 934	276	7,0	11,2	6,9	12,0	10,2	17,0	12,9	18,8	9,8	9,4	7,2	4,3	46,1	27,2
Osterholz	3 381	144	8,1	11,8	8,4	-	9,7	22,9	14,7	13,9	9,2	10,4	8,1	-	41,8	20,8
Rotenburg (Wümme)	5 079	195	8,9	16,9	9,3	15,4	11,6	16,9	13,6	20,5	8,5	-	6,3	-	41,8	17,4
Heidekreis	6 817	279	6,9	11,1	6,7	19,4	9,8	22,2	12,4	12,5	8,7	6,5	8,0	3,2	47,6	25,1
Stade	9 919	304	6,8	9,2	7,0	21,1	9,0	23,7	13,0	-	9,3	-	7,3	6,6	47,5	22,4
Uelzen	4 261	165	7,7	-	7,2	-	10,1	22,4	13,6	20,0	9,2	6,7	8,3	4,8	44,0	26,7
Verden	5 510	193	6,3	14,0	7,6	14,0	9,1	17,1	11,4	12,4	8,8	7,8	7,5	6,2	49,3	28,5
Stat. Region Lüneburg	**74 299**	**2 643**	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Delmenhorst, Stadt	7 408	249	5,9	9,2	6,5	18,1	8,4	15,7	12,1	15,3	8,5	-	7,0	-	51,6	29,7
Emden, Stadt	3 536	136	6,6	11,0	6,7	-	9,8	19,1	12,5	10,3	9,8	-	7,6	-	47,1	28,7
Oldenburg (Oldb), Stadt	12 355	349	6,4	12,0	7,0	16,0	9,4	25,2	13,2	15,5	9,1	6,3	7,5	6,6	47,4	18,3
Osnabrück, Stadt	12 239	432	7,7	19,2	7,3	14,1	10,4	21,8	13,4	13,9	9,6	9,7	7,1	6,7	44,5	14,6
Wilhelmshaven, Stadt	7 893	273	6,2	-	7,4	13,2	8,8	21,2	11,4	13,6	9,1	11,0	7,1	-	49,9	26,0
Ammerland	4 166	156	7,1	10,3	7,5	18,6	10,1	25,0	16,5	13,5	10,1	-	7,4	-	41,2	21,8
Aurich	9 804	415	6,6	10,8	7,4	16,1	9,4	22,4	12,5	17,3	8,9	-	8,0	-	47,2	21,4
Cloppenburg	6 172	283	9,0	-	9,1	23,3	11,4	23,3	15,1	18,4	10,5	9,5	7,2	-	37,7	13,8
Emsland	9 615	400	9,2	15,8	8,5	21,3	11,2	21,0	14,8	19,0	9,7	8,3	7,5	4,5	39,2	10,3
Friesland	4 058	181	7,1	13,8	8,3	17,7	9,0	18,2	13,7	17,1	10,3	8,8	7,2	-	44,4	-
Grafschaft Bentheim	4 895	199	7,8	17,6	8,7	-	11,4	21,1	15,1	13,6	9,6	9,5	7,6	-	39,9	16,6
Leer	7 124	329	8,5	10,6	8,6	23,4	10,3	19,5	14,2	16,4	10,0	10,3	7,1	4,6	41,3	15,2
Oldenburg	4 611	211	7,7	-	7,4	19,9	9,5	15,2	14,4	20,4	11,4	10,4	8,0	-	41,6	19,4
Osnabrück	10 815	498	8,5	15,1	8,6	18,3	10,7	20,9	14,6	16,9	10,0	6,6	7,6	4,6	40,0	17,7
Vechta	4 195	210	10,3	15,7	11,2	19,5	12,7	20,5	15,9	12,9	10,1	9,0	7,0	1,9	32,8	20,5
Wesermarsch	5 171	189	6,7	10,6	7,3	-	9,4	19,0	13,7	12,7	9,4	11,6	7,2	-	46,4	30,7
Wittmund	2 529	132	7,0	10,6	8,3	18,9	9,5	-	14,2	-	9,6	-	7,4	-	44,0	22,0
Stat. Region Weser-Ems	**116 586**	**4 642**	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Niedersachsen	**408 848**	**13 232**	**6,7**	**12,1**	**7,1**	**16,7**	**9,5**	**19,9**	**12,9**	**15,2**	**9,5**	**8,4**	**7,3**	**5,1**	**47,0**	**22,5**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Verweildauern SGB II, Nürnberg, Erstellungsdatum:20.04.2016.

Tab. 8.4.1 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen am Wohnort

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 am Wohnort		
	Empfänger/-innen insgesamt	davon	
		voll erwerbsgemindert 18 bis unter 65 Jahre alt	65 Jahre und älter
	Anzahl		
Braunschweig, Stadt	3 802	1 713	2 089
Salzgitter, Stadt	1 607	719	888
Wolfsburg, Stadt	1 139	566	573
Gifhorn	1 487	854	633
Göttingen	3 637	1 964	1 673
Goslar	2 377	1 059	1 318
Helmstedt	1 047	567	480
Northeim	1 643	903	740
Osterode am Harz	1 356	834	522
Peine	1 406	776	630
Wolfenbüttel	1 917	1 124	793
Stat. Region Braunschweig	**21 418**	**11 079**	**10 339**
Region Hannover	20 039	8 134	11 905
dar. Hannover, LHSt	12 353	4 506	7 847
Diepholz	2 387	1 185	1 202
Hameln-Pyrmont	2 533	1 322	1 211
Hildesheim	4 707	2 934	1 773
Holzminden	972	491	481
Nienburg (Weser)	1 736	984	752
Schaumburg	2 252	1 221	1 031
Stat. Region Hannover	**34 626**	**16 271**	**18 355**
Celle	3 196	1 810	1 386
Cuxhaven	2 060	1 010	1 050
Harburg	2 178	1 003	1 175
Lüchow-Dannenberg	754	415	339
Lüneburg	2 877	1 702	1 175
Osterholz	1 088	603	485
Rotenburg (Wümme)	2 196	1 306	890
Heidekreis	1 603	872	731
Stade	1 950	997	953
Uelzen	1 216	734	482
Verden	1 466	782	684
Stat. Region Lüneburg	**20 584**	**11 234**	**9 350**
Delmenhorst, Stadt	1 659	736	923
Emden, Stadt	925	505	420
Oldenburg (Oldb), Stadt	2 493	1 155	1 338
Osnabrück, Stadt	3 070	1 260	1 810
Wilhelmshaven, Stadt	1 739	850	889
Ammerland	1 108	487	621
Aurich	2 223	1 265	958
Cloppenburg	1 665	885	780
Emsland	2 998	1 751	1 247
Friesland	1 066	530	536
Grafschaft Bentheim	1 317	697	620
Leer	2 085	1 205	880
Oldenburg	1 257	607	650
Osnabrück	3 805	2 023	1 782
Vechta	1 168	571	597
Wesermarsch	1 353	682	671
Wittmund	634	304	330
Stat. Region Weser-Ems	**30 565**	**15 513**	**15 052**
Niedersachsen	**107 193**	**54 097**	**53 096**

Quelle: Sozialhilfestatistik.

Tab. 8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen nach Sitz des Trägers

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2015 nach Sitz des Trägers								
	Empfänger/-innen insgesamt	davon							
		männlich	weiblich	voll erwerbsgemindert 18 bis unter 65 Jahre alt			65 Jahre und älter		
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anzahl								
Braunschweig, Stadt	4 164	1 953	2 211	1 975	1 107	868	2 189	846	1 343
Salzgitter, Stadt	1 748	745	1 003	835	458	377	913	287	626
Wolfsburg, Stadt	1 287	608	679	682	393	289	605	215	390
Gifhorn	1 563	840	723	940	536	404	623	304	319
Göttingen	3 858	1 953	1 905	2 139	1 191	948	1 719	762	957
Goslar	2 419	1 159	1 260	1 112	643	469	1 307	516	791
Helmstedt	1 166	585	581	677	396	281	489	189	300
Northeim	1 820	899	921	1 057	603	454	763	296	467
Osterode am Harz	1 176	578	598	694	393	301	482	185	297
Peine	1 595	800	795	936	530	406	659	270	389
Wolfenbüttel	1 580	771	809	867	492	375	713	279	434
Stat. Region Braunschweig	**22 376**	**10 891**	**11 485**	**11 914**	**6 742**	**5 172**	**10 462**	**4 149**	**6 313**
Region Hannover	20 840	10 177	10 663	8 804	5 011	3 793	12 036	5 166	6 870
dar. Hannover, LHSt	12 847	6 266	6 581	4 862	2 773	2 089	7 985	3 493	4 492
Diepholz	2 533	1 243	1 290	1 306	746	560	1 227	497	730
Hameln-Pyrmont	2 554	1 276	1 278	1 333	763	570	1 221	513	708
Hildesheim	4 185	2 107	2 078	2 432	1 383	1 049	1 753	724	1 029
Holzminden	1 081	516	565	590	338	252	491	178	313
Nienburg (Weser)	1 714	821	893	979	537	442	735	284	451
Schaumburg	2 292	1 059	1 233	1 270	682	588	1 022	377	645
Stat. Region Hannover	**35 199**	**17 199**	**18 000**	**16 714**	**9 460**	**7 254**	**18 485**	**7 739**	**10 746**
Celle	2 832	1 346	1 486	1 470	795	675	1 362	551	811
Cuxhaven	2 361	1 140	1 221	1 260	703	557	1 101	437	664
Harburg	2 479	1 214	1 265	1 243	708	535	1 236	506	730
Lüchow-Dannenberg	787	430	357	444	269	175	343	161	182
Lüneburg	2 667	1 326	1 341	1 513	854	659	1 154	472	682
Osterholz	1 066	516	550	559	320	239	507	196	311
Rotenburg (Wümme)	1 612	796	816	875	482	393	737	314	423
Heidekreis	1 694	868	826	926	527	399	768	341	427
Stade	2 233	1 092	1 141	1 239	727	512	994	365	629
Uelzen	1 261	663	598	783	443	340	478	220	258
Verden	1 472	709	763	780	443	337	692	266	426
Stat. Region Lüneburg	**20 464**	**10 100**	**10 364**	**11 092**	**6 271**	**4 821**	**9 372**	**3 829**	**5 543**
Delmenhorst, Stadt	1 591	727	864	686	361	325	905	366	539
Emden, Stadt	983	457	526	554	311	243	429	146	283
Oldenburg (Oldb), Stadt	2 535	1 212	1 323	1 191	656	535	1 344	556	788
Osnabrück, Stadt	3 225	1 477	1 748	1 326	750	576	1 899	727	1 172
Wilhelmshaven, Stadt	1 807	843	964	893	490	403	914	353	561
Ammerland	1 246	578	668	605	341	264	641	237	404
Aurich	2 344	1121	1 223	1 379	773	606	965	348	617
Cloppenburg	1 543	714	829	782	423	359	761	291	470
Emsland	3 099	1 458	1 641	1 824	999	825	1 275	459	816
Friesland	1 138	534	604	584	337	247	554	197	357
Grafschaft Bentheim	1 381	672	709	744	429	315	637	243	394
Leer	2 114	981	1 133	1 216	658	558	898	323	575
Oldenburg	1 126	503	623	500	276	224	626	227	399
Osnabrück	3 675	1 722	1 953	1 958	1 082	876	1 717	640	1 077
Vechta	1 159	540	619	566	317	249	593	223	370
Wesermarsch	1 309	606	703	656	362	294	653	244	409
Wittmund	693	323	370	357	187	170	336	136	200
Stat. Region Weser-Ems	**30 968**	**14 468**	**16 500**	**15 821**	**8 752**	**7 069**	**15 147**	**5 716**	**9 431**
Niedersachsen	**109 007**	**52 658**	**56 349**	**55 541**	**31 225**	**24 316**	**53 466**	**21 433**	**32 033**

Quelle: Sozialhilfestatistik.

Tab. 8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31. Dezember 2015 in Niedersachsen am Wohnort

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31. Dezember 2015 am Wohnort												
	Empfänger/-innen insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Durchschnittsalter	Deutsche	Nichtdeutsche	Männlich	Weiblich
			unter 7	7-18	18-25	25-50	50-65	65 und älter					
	Anzahl	je 10 000 Einwohner/-innen[1]	Anzahl										
Braunschweig, Stadt	1 022	41	19	53	46	289	318	297	53	966	56	530	492
Salzgitter, Stadt	573	58	5	22	39	159	156	192	54	520	53	297	276
Wolfsburg, Stadt	274	22	13	29	7	61	95	69	50	242	32	124	150
Gifhorn	1 486	87	256	138	121	430	346	195	38	1 433	53	912	574
Göttingen	1 518	61	20	66	86	608	440	298	49	1 456	62	794	724
Goslar	1 107	80	20	51	51	331	408	246	52	1 047	60	611	496
Helmstedt	483	53	13	27	25	127	177	114	51	454	29	242	241
Northeim	522	39	14	33	15	121	142	197	56	512	10	253	269
Osterode am Harz	674	91	6	17	20	223	240	168	54	661	13	366	308
Peine	488	38	19	48	37	162	132	90	46	457	31	233	255
Wolfenbüttel	930	78	15	34	72	293	268	248	51	915	15	504	426
Stat. Region Braunschweig	**9 077**	**58**	**400**	**518**	**519**	**2 804**	**2 722**	**2 114**	**49**	**8 663**	**414**	**4 866**	**4 211**
Region Hannover	6 748	60	553	382	355	2 407	1 773	1 278	46	6 135	613	3 700	3 048
dar. Hannover, LHSt	2 718	52	83	183	149	958	738	607	49	2 343	375	1 406	1 312
Diepholz	876	42	14	44	39	281	310	188	51	846	30	525	351
Hameln-Pyrmont	941	64	17	46	59	298	292	229	51	869	72	525	416
Hildesheim	2 154	79	36	203	189	803	604	319	45	2 066	88	1 160	994
Holzminden	383	53	8	27	17	137	92	102	50	371	12	212	171
Nienburg (Weser)	614	51	14	33	17	163	205	182	55	598	16	354	260
Schaumburg	755	49	9	30	35	253	237	191	52	720	35	381	374
Stat. Region Hannover	**12 471**	**59**	**651**	**765**	**711**	**4 342**	**3 513**	**2 489**	**47**	**11 605**	**866**	**6 857**	**5 614**
Celle	1 454	83	24	100	95	498	452	285	48	1 406	48	784	670
Cuxhaven	547	28	9	62	45	159	111	161	49	540	7	270	277
Harburg	677	28	14	33	38	228	193	171	51	653	24	336	341
Lüchow-Dannenberg	267	55	3	22	27	83	63	69	48	256	11	158	109
Lüneburg	1 146	65	21	49	89	417	336	234	49	1 118	28	617	529
Osterholz	275	25	2	10	14	110	104	35	49	271	4	140	135
Rotenburg (Wümme)	1 226	76	9	53	104	373	356	331	51	1 204	22	701	525
Heidekreis	587	43	18	57	40	208	150	114	47	557	30	294	293
Stade	596	30	16	20	27	218	151	164	52	584	12	298	298
Uelzen	519	56	7	30	50	178	117	137	50	500	19	280	239
Verden	470	36	4	32	42	164	113	115	49	456	14	234	236
Stat. Region Lüneburg	**7 764**	**46**	**127**	**468**	**571**	**2 636**	**2 146**	**1 816**	**49**	**7 545**	**219**	**4 112**	**3 652**
Delmenhorst, Stadt	573	77	11	22	32	189	190	129	51	521	52	327	246
Emden, Stadt	254	51	4	17	8	80	80	65	52	247	7	146	108
Oldenburg (Oldb), Stadt	875	55	25	65	63	297	235	190	47	828	47	468	407
Osnabrück, Stadt	874	56	14	78	51	261	230	240	51	783	91	429	445
Wilhelmshaven, Stadt	696	92	10	69	37	177	195	208	52	673	23	345	351
Ammerland	396	33	14	32	31	122	99	98	49	383	13	176	220
Aurich	635	34	27	50	28	190	179	161	50	624	11	340	295
Cloppenburg	677	42	9	48	44	209	201	166	50	655	22	364	313
Emsland	1 090	35	21	73	71	379	341	205	48	1 046	44	542	548
Friesland	417	43	5	30	48	130	122	82	47	407	10	223	194
Grafschaft Bentheim	439	33	7	15	18	165	124	110	52	412	27	219	220
Leer	633	38	16	54	47	182	184	150	49	620	13	328	305
Oldenburg	567	45	8	37	40	182	192	108	48	540	27	321	246
Osnabrück	1 583	45	18	37	88	484	513	443	54	1 500	83	808	775
Vechta	437	33	4	48	60	143	73	109	46	425	12	215	222
Wesermarsch	629	71	8	32	34	162	211	182	54	618	11	336	293
Wittmund	202	36	5	12	8	44	46	87	57	201	1	88	114
Stat. Region Weser-Ems	**10 977**	**45**	**206**	**719**	**708**	**3 396**	**3 215**	**2 733**	**50**	**10 483**	**494**	**5 675**	**5 302**
Niedersachsen	**40 289**	**52**	**1 384**	**2 470**	**2 509**	**13 178**	**11 596**	**9 152**	**49**	**38 296**	**1 993**	**21 510**	**18 779**

1) Einwohner/-innen am 31.12.2014.

Quelle: Sozialhilfestatistik.

Tab. 9.1.1 Haushalte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten 2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Verbraucherinsolvenzen						
	2010	2014[1]	2015[2]			Veränderung der Anzahl	
	Anzahl			je 10 000 Einwohner/-innen	durchschnittl. Forderung je Fall in 1 000 Euro	2014/2015	2010/2015
						%	
Braunschweig, Stadt	458	293	261	10,5	31	-10,9	-43,0
Salzgitter, Stadt	236	214	153	15,5	36	-28,5	-35,2
Wolfsburg, Stadt	200	125	123	10,0	35	-1,6	-38,5
Gifhorn	266	155	146	8,5	55	-5,8	-45,1
Göttingen	418	335	311	12,4	39	-7,2	-25,6
Goslar	249	214	215	15,7	51	+0,5	-13,7
Helmstedt	348	240	118	13,0	47	-50,8	-66,1
Northeim	288	180	207	15,5	47	+15,0	-28,1
Osterode am Harz	98	125	134	18,2	52	+7,2	+36,7
Peine	218	223	207	15,8	44	-7,2	-5,0
Wolfenbüttel	173	156	166	13,8	46	+6,4	-4,0
Stat. Region Braunschweig	**2 952**	**2 260**	**2 041**	**12,9**	**43**	**-9,7**	**-30,9**
Region Hannover	2 837	1 981	1 839	16,3	35	-7,2	-35,2
dav. Hannover, LHSt	1 627	1 029	930	17,8	32	-9,6	-42,8
dav. Hannover, Umland	1 210	952	909	15,0	38	-4,5	-24,9
Diepholz	231	254	250	11,8	38	-1,6	+8,2
Hameln-Pyrmont	413	226	309	20,9	38	+36,7	-25,2
Hildesheim	513	385	478	17,4	42	+24,2	-6,8
Holzminden	173	89	157	22,0	45	+76,4	-9,2
Nienburg (Weser)	190	274	219	18,3	40	-20,1	+15,3
Schaumburg	390	320	271	17,4	40	-15,3	-30,5
Stat. Region Hannover	**4 747**	**3 529**	**3 523**	**16,7**	**38**	**-0,2**	**-25,8**
Celle	387	382	392	22,3	46	+2,6	+1,3
Cuxhaven	457	315	304	15,4	46	-3,5	-33,5
Harburg	185	283	232	9,5	39	-18,0	+25,4
Lüchow-Dannenberg	39	65	55	11,3	81	-15,4	+41,0
Lüneburg	318	310	346	19,4	46	+11,6	+8,8
Osterholz	142	147	103	9,2	58	-29,9	-27,5
Rotenburg (Wümme)	244	172	195	12,0	41	+13,4	-20,1
Heidekreis	241	227	237	17,4	34	+4,4	-1,7
Stade	310	230	211	10,7	32	-8,3	-31,9
Uelzen	141	164	187	20,2	37	+14,0	+32,6
Verden	132	128	157	11,8	48	+22,7	+18,9
Stat. Region Lüneburg	**2 596**	**2 423**	**2 419**	**14,4**	**43**	**-0,2**	**-6,8**
Delmenhorst, Stadt	272	226	205	27,4	28	-9,3	-24,6
Emden, Stadt	131	101	108	21,6	112	+6,9	-17,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	349	238	246	15,3	24	+3,4	-29,5
Osnabrück, Stadt	351	236	241	15,4	31	+2,1	-31,3
Wilhelmshaven, Stadt	292	189	174	23,0	33	-7,9	-40,4
Ammerland	154	125	89	7,4	32	-28,8	-42,2
Aurich	331	265	295	15,7	37	+11,3	-10,9
Cloppenburg	216	208	178	11,0	32	-14,4	-17,6
Emsland	424	346	370	11,7	38	+6,9	-12,7
Friesland	165	139	136	14,0	44	-2,2	-17,6
Grafschaft Bentheim	99	88	70	5,2	40	-20,5	-29,3
Leer	336	296	284	17,1	39	-4,1	-15,5
Oldenburg	157	116	126	9,9	59	+8,6	-19,7
Osnabrück	493	452	360	10,2	38	-20,4	-27,0
Vechta	186	148	170	12,5	36	+14,9	-8,6
Wesermarsch	151	134	97	10,9	32	-27,6	-35,8
Wittmund	83	77	74	13,1	43	-3,9	-10,8
Stat. Region Weser-Ems	**4 190**	**3 384**	**3 223**	**13,1**	**38**	**-4,8**	**-23,1**
Niedersachsen	**14 485**	**11 613**	**11 220**	**14,3**	**40**	**-3,4**	**-22,5**
Deutschland	**108 798**	**86 298**	**80 146**	**9,8**	**.**	**-7,1**	**-26,3**

1) Ab 2013 werden erstmals die außerhalb Niedersachsens Wohnenden dargestellt. Wert für Niedersachsen 2014: Schuldner mit Sitz/ Wohnort in Deutschland, aber außerhalb des Bundeslandes Anzahl: 16, durchschnittliche Forderung je Fall: 26 000 Euro; außerhalb Deutschlands Anzahl: 1, Forderung: 12 000 Euro.

2) Wert für Niedersachsen 2015: Schuldner mit Sitz/ Wohnort in Deutschland, aber außerhalb des Bundeslandes Anzahl: 13, durchschnittliche Forderung je Fall: 275 000 Euro; außerhalb Deutschlands Anzahl: 1, Forderung: 6 000 Euro.

Quelle: Insolvenzstatistik.

Tab. 9.1.2 Überschuldung 2014 in Niedersachsen nach sozioökonomischen Merkmalen, Schuldenhöhe und Hauptauslöser

Sozioökonomische Merkmale	Personen insgesamt			Durchschnittliche Schulden		Hauptauslöser der Überschuldung: Anteil an beratenden Personen insgesamt			
	Niedersachsen		Deutschland	Niedersachsen	Deutschland	darunter			
						sonstiges	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners	Erkrankung, Sucht, Unfall
	Anzahl	%		Euro		%			
Beratene Personen[1]									
Insgesamt	**51 086**	**100,0**	**100,0**	**31 367**	**34 504**	**29,1**	**22,3**	**12,8**	**11,2**
Haushaltsgröße									
Haushalt mit ... Personen									
1	23 489	46,0	46,2	/	30 753	30,4	21,9	12,3	15,2
2	12 205	23,9	24,5	30 911	40 235	26,1	21,3	14,1	10,2
3	7 769	15,2	14,3	27 325	(35 026)	28,1	23,9	14,7	7,2
4	4 744	9,3	9,3	34 045	35 018	29,6	24,1	11,1	5,0
5 und mehr	2 879	5,6	5,7	28 178	38 047	32,2	23,0	9,5	3,9
Haushaltstyp									
Alleinlebende Frau	8 469	16,6	16,6	21 822	24 815	32,5	18,2	15,7	13,8
Alleinerziehende Frau									
mit 1 Kind	4 119	8,1	8,1	18 934	20 736	27,9	20,8	23,6	5,5
mit 2 Kindern	2 300	4,5	4,1	21 656	24 567	29	20,3	29,5	4,9
mit 3 und mehr Kindern	1 052	2,1	2,0	22 336	26 264	26,1	17,8	35,3	/
Alleinlebender Mann	14 718	28,8	28,8	/	34 343	29,6	24,2	10,5	15,5
Alleinerziehender Mann									
mit 1 Kind	714	1,4	1,3	(38 152)	42 221	31,6	19,9	24,2	/
mit 2 Kindern	(227)	0,4	0,4	38 515	/	/	(17,6)	37,8	/
mit 3 und mehr Kindern	/	(0,2)	0,1	/	/	/	/	/	-
Paar									
ohne Kind	7 102	13,9	14,9	38 713	49 677	25,1	22,0	7,4	13,0
mit 1 Kind	4 565	8,9	8,4	30 474	(37 114)	30,5	25,9	6,6	6,7
mit 2 Kindern	3 449	6,8	6,8	36 234	36 801	29,7	25,5	5,8	5,9
mit 3 und mehr Kindern	2 193	4,3	4,3	28 309	39 300	34,1	23,3	5,2	(3,8)
Sonstige Lebensform	/	4,1	4,1	22 960	/	19,5	21,8	11,2	16,5
Geschlecht									
Weiblich	24 668	48,3	48,0	23 715	28 167	30,1	20,5	16,5	9,2
Männlich	26 419	51,7	52,0	(38 511)	40 364	28,1	24	9,4	13,1
Familienstand									
Ledig	23 256	45,5	44,3	/	(22 675)	31,5	27,2	6,1	12,6
Verheirat., eingetr. Lebenspartnerschaft	11 933	23,4	23,4	40 625	48 803	29,6	22	4,0	9,4
Verheiratet, getrennt lebend	4 391	8,6	8,6	42 256	45 363	27,3	13,3	33,1	7,2
Verwitwet	1 718	3,4	3,5	34 375	38 364	24,3	5,7	38,8	9,1
Geschieden	9 788	19,2	20,1	32 917	38 595	24,3	18,2	26,1	12,3
Alter									
Von ... bis unter ... Jahren									
unter 20	(283)	0,6	0,4	4 481	/	54,4	/	/	/
20 - 25	4 502	8,8	6,6	7 557	8 205	39,4	24,4	3,4	8
25 - 35	14 912	29,2	27,7	/	(18 639)	32,5	27,1	9,5	8,4
35 - 45	11 399	22,3	23,3	30 192	35 712	26,9	22,7	16,7	9,6
45 - 55	11 191	21,9	23,2	44 433	48 183	23,7	20,1	16,9	14,6
55 - 65	5 898	11,5	13,0	39 653	47 524	23,9	20,1	13	16,8
65 - 70	(1 380)	2,7	2,9	49 948	50 562	29,1	9,9	13,8	13,3
70 und mehr	(1 522)	3,0	3,0	(50 451)	(55 163)	34,8	(3,9)	15,1	13,3
Staatsangehörigkeit									
Deutschland	45 949	89,9	87,7	31 936	34 962	28,8	22,2	13,2	11,6
Anderer Mitgliedstaat der EU	(1 703)	3,3	4,0	/	30 597	27	21,3	10,5	10,5
Sonstige Staatsangehörigkeit	/	6,6	8,2	20 891	31 614	(33,3)	24,6	9,9	6,1
Unbekannt, staatenlos	/	/	(0,1)	19 103	/	/	/	/	/

[1] Personen, die sich bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden. Sämtliche Werte sind hochgerechnet; insbesondere Angaben zur Anzahl sind nicht mit vorherigen Veröffentlichungen vergleichbar.

Quelle: Überschuldungsstatistik.

Tab. 9.2.1 Opfer von Straftaten 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen

Alter von … bis unter … Jahren	2013	2014	Veränderung 2013/2014	Altersgruppen Anteil an Bevölkerung im entsprechenden Alter 2014	Anteil der jeweiligen Opfergruppe an allen Opfern	Opfer in ausgewählten Deliktsbereichen 2014				
						Mord	Mordversuch	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	sonstige Raubtaten auf Straßen	gefährliche / schwere Körperverletzung
	Anzahl		%			Anzahl				
Opfer insgesamt (auch Erwachsene ab 21)	**95 833**	**94 549**	**-1,3**	**1,2**	**100,0**	**47**	**71**	**4 079**	**1 353**	**15 519**
Kinder (0-14)	**7 019**	**6 607**	**-5,9**	**0,7**	**7,0**	**4**	**4**	**1 559**	**64**	**708**
männlich	3 711	3 530	-4,9	0,7	3,7	1	1	382	52	476
weiblich	3 308	3 077	-7,0	0,7	3,3	3	3	1 177	12	232
Jugendliche (14 - 18)	**8 795**	**8 842**	**+0,5**	**2,6**	**9,4**	**1**	**3**	**775**	**207**	**1 578**
männlich	4 978	4 993	+0,3	2,8	5,3	0	0	100	175	1 091
weiblich	3 817	3 849	+0,8	2,3	4,1	1	3	675	32	487
Minderjährige insgesamt	**15 814**	**15 449**	**-2,3**	**1,2**	**16,3**	**5**	**7**	**2 334**	**271**	**2 286**
männlich	8 689	8 523	-1,9	1,3	9,0	1	1	482	227	1 567
weiblich	7 125	6 926	-2,8	1,1	7,3	4	6	1 852	44	719
Heranwachsende (18 - 21)	**10 620**	**9 970**	**-6,1**	**3,8**	**10,5**	**2**	**3**	**352**	**215**	**2 195**
männlich	6 785	6 348	-6,4	4,7	6,7	1	1	34	180	1 700
weiblich	3 835	3 622	-5,6	2,9	3,8	1	2	318	35	495

Quelle: Landeskriminalamt Niedersachsen, Jahresbericht Jugenddelinquenz und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2014.

Tab. 9.2.2 Straftaten 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Straftaten 2014		
	insgesamt	Veränderung 2013/2014	Häufigkeitszahl
	Anzahl	%	je 100 000 Einwohner/-innen[1]
Braunschweig, Stadt	25 074	+5,8	10 090
Salzgitter, Stadt	6 510	+6,3	6 578
Wolfsburg, Stadt	8 844	+3,6	7 189
Gifhorn	7 749	-4,5	4 491
Göttingen	20 772	-0,9	8 301
Goslar	10 025	+13,3	7 304
Helmstedt	6 052	+12,2	6 657
Northeim	6 986	-3,1	5 217
Osterode am Harz	4 241	-2,4	5 747
Peine	6 660	+5,0	5 100
Wolfenbüttel	5 154	-1,3	4 294
Stat. Region Braunschweig	.	.	.
Region Hannover	116 719	+3,3	10 347
dav. Hannover, Landeshauptstadt	79 286	+4,5	15 141
dav. Hannover-Umland	37 433	+0,7	6 193
Diepholz	12 149	+5,3	5 755
Hameln-Pyrmont	9 677	+1,0	6 547
Hildesheim	17 375	-2,3	6 328
Holzminden	3 667	-0,8	5 133
Nienburg (Weser)	6 646	-2,5	5 555
Schaumburg	10 419	+12,2	6 685
Stat. Region Hannover	.	.	.
Celle	11 807	+4,9	6 703
Cuxhaven	10 663	-2,6	5 419
Harburg	13 532	-1,6	5 519
Lüchow-Dannenberg	2 348	+1,0	4 819
Lüneburg	12 038	-4,0	6 758
Osterholz	5 752	+1,9	5 159
Rotenburg (Wümme)	10 185	-3,4	6 293
Heidekreis	10 815	+0,9	7 941
Stade	12 112	+11,4	6 134
Uelzen	5 274	-1,7	5 700
Verden	8 884	-2,1	6 669
Stat. Region Lüneburg	.	.	.
Delmenhorst, Stadt	6 528	-16,9	8 727
Emden, Stadt	4 321	-6,7	8 639
Oldenburg (Oldb), Stadt	14 124	-2,3	8 778
Osnabrück, Stadt	17 008	-4,2	10 840
Wilhelmshaven, Stadt	9 353	+4,1	12 383
Ammerland	5 448	+7,2	4 543
Aurich	10 958	-3,9	5 829
Cloppenburg	8 153	-8,2	5 022
Emsland	18 148	-1,1	5 747
Friesland	5 856	-5,2	6 041
Grafschaft Bentheim	9 149	+3,5	6 811
Leer	9 631	-3,0	5 808
Oldenburg	6 686	-14,6	5 273
Osnabrück	19 145	+14,6	5 450
Vechta	8 096	-6,9	5 945
Wesermarsch	5 256	+7,0	5 921
Wittmund	3 228	+10,7	5 709
Stat. Region Weser-Ems	.	.	.
Niedersachsen	**552 730**	**+1,3**	**7 062**

1) Bevölkerung am 31.12.2014.

Quelle: Landeskriminalamt Niedersachsen, Jahrbuch der Polizeilichen Kriminalstatistik Niedersachsen 2014.

Tab. 9.2.3 Abgeurteilte und Verurteilte 2014 in Niedersachsen

Strafbare Handlung (§§ des Strafgesetzbuches)	Abgeurteilte	Verurteilte						
		insgesamt	davon			darunter Nicht-deutsche	Veränderung 2013/2014	Veränderung 2009/2014
			Jugendliche	Heran-wachsende	Erwachsene			
	Anzahl						%	
Straftaten insgesamt	86 181	69 614	4 245	5 999	59 370	14 289	-2,3	-16,0
darunter								
Sittlichkeitsdelikte (174-184f)	843	645	57	43	545	58	+4,2	-19,6
Mord, Totschlag (211-213)	73	47	-	2	45	12	+11,9	+6,8
Körperverletzung (223-231)	11 455	7 622	906	1 046	5 670	1 344	-7,5	-26,2
Diebstahl (242-244a)	14 516	12 011	1 285	1 179	9 547	3 769	-1,9	-13,2
Unterschlagung (246)	980	738	68	85	585	104	-10,5	-26,8
Raub und Erpressung (249-256)	980	715	188	161	366	175	-17,1	-31,6
Begünst., Hehlerei (257-262)	641	498	61	47	390	137	+10,2	-9,9
Betrug, Untreue (263-266b)	17 741	14 842	256	1 064	13 522	2 369	+0,7	-16,3
Urkundenfälschung (267-282)	1 928	1 631	54	125	1 452	441	-6,9	-12,0
Brandstiftung (306)	80	53	9	9	35	4	-55,5	-61,6
Im Straßenverkehr insges.	16 466	14 794	365	839	13 590	2 718	-1,6	-17,1
dar. nach dem StGB	11 442	10 409	85	598	9 726	1 682	-3,6	-21,2
nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	10 507	8 971	485	769	7 717	2 010	-1,1	-7,2
dar. Verst. gegen das BtMG	5 687	4 857	414	603	3 840	788	+3,3	-3,9

Quelle: Statistik der Rechtspflege.

Tab. 9.2.4 Dunkelfeldstudie 2015: raumbezogenes Unsicherheitsgefühl nach Alter und Geschlecht

Geringes Sicherheitsgefühl Unsicherheitsgefühl in bestimmten Situationen	insgesamt	Geschlecht		Alter					
		Frauen	Männer	16-20 J.	21-34 J.	35-49 J.	50-64 J.	65-79 J.	ab 80 J.
	%								
(Eher) geringes raumbezogenes Sicherheitsgefühl	**10,2**	14,3	5,9	13,8	13,0	8,5	8,6	10,3	11,2
Wie sicher fühlen Sie sich..?	**Anteil der Ausprägungen "sehr/eher unsicher"**								
… in Ihrer Nachbarschaft?	**4,4**	4,7	4,0	3,9	5,9	4,0	4,1	4,0	4,0
… nachts alleine in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus?	**10,5**	15,5	5,4	13,9	12,3	8,5	9,3	11,3	13,3
… nachts alleine in Ihrer Nachbarschaft?	**15,8**	21,7	9,8	20,9	19,9	13,3	13,0	16,9	17,5
… nachts allein in Ihrer Nachbarschaft, wenn Sie einer fremden Person begegnen?	**40,2**	54,1	25,9	46,8	41,1	35,7	37,4	45,4	47,0

Quelle: Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik (KFS). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015, Bericht zu den http://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html

Tab. 9.3.1 Belastung durch monatliche Wohnkosten 2008 bis 2014 in Deutschland

Ausmaß der Belastung* Bevölkerung insgesamt darunter Armutsgefährdete	Anteil der Bevölkerung in Haushalten, die die monatlichen Wohnkosten empfinden als						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	%						
Keine Belastung							
Bevölkerung insg.	16,4	20,4	23,3	21,5	22,1	22,3	24,3
dar. Armutsgefährdete	12,1	15,9	17,9	16,4	16,7	17,5	16,7
Eine gewisse Belastung							
Bevölkerung insg.	59,8	59,1	58,6	58,7	58,8	59,4	58,5
dar. Armutsgefährdete	51,7	52,3	51,4	50,6	51,6	52,4	54,8
Große Belastung							
Bevölkerung insg.	23,8	20,5	18,2	19,8	19,1	18,2	17,2
dar. Armutsgefährdete	36,2	31,8	30,7	33,0	31,7	30,1	28,5

*) Die Angaben beruhen auf einer Selbsteinschätzung der Haushalte.

Quelle: Ergebnisse aus Leben in Europa (EU-SILC). – Die Angaben beruhen auf einer Selbsteinschätzung der Haushalte.

Tab. 9.3.2 Mietbelastungsquote von Haushalten 2014 nach Bundesländern und Haushaltsgröße

Land	Mietbelastungsquote 2014 Insgesamt	davon Mietbelastung der Haushalte mit …				
		1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen und mehr
	%					
Baden-Württemberg	26,6	29,7	24,0	23,5	22,0	23,4
Bayern	26,6	30,0	23,6	22,9	21,5	23,7
Berlin	28,9	32,6	24,3	24,5	24,3	26,7
Brandenburg	26,6	30,9	22,6	22,1	21,4	22,2
Bremen	30,4	33,4	26,5	24,7	25,4	31,0
Hamburg	29,4	32,4	25,1	25,9	26,1	28,1
Hessen	27,3	30,7	24,2	23,8	23,2	24,6
Mecklenburg-Vorpommern	27,6	32,0	23,2	21,9	22,2	/
Niedersachsen	**27,8**	**31,0**	**24,0**	**24,0**	**23,5**	**24,2**
Nordrhein-Westfalen	28,1	31,7	24,6	24,6	23,9	26,3
Rheinland-Pfalz	26,8	30,3	23,2	23,9	23,6	23,6
Saarland	28,2	32,3	23,3	21,7	25,2	/
Sachsen	23,5	27,3	19,9	19,2	19,1	19,6
Sachsen-Anhalt	26,3	29,8	22,2	21,3	21,2	23,9
Schleswig-Holstein	28,8	31,7	25,1	25,3	24,4	24,0
Thüringen	24,0	27,7	20,4	19,3	18,6	21,2
Deutschland	**27,2**	**30,7**	**23,6**	**23,4**	**22,8**	**24,6**

Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung 2014. Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime. Nur Hauptmieterhaushalte mit Angaben zur Bruttokaltmiete und Einkommen berücksichtigt. Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht wird.

Tab. 9.3.3 Platzangebot und Personen in ordnungsrechtlicher Unterbringung am 31.12.2013 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Ordnungsrechtliche Unterbringung am 31. Dezember 2013				
	insgesamt zur Verfügung stehende Plätze	Personen			
		ordnungsrechtlich untergebracht	darunter		
			Anteil mit mehr als 6 Monaten Unterbringung	Anteil vor Vollendung des 18. Lebensjahres	Anteil im Leistungsbezug nach dem 8. Kapitel SGB XII
	Anzahl		%		
Braunschweig, Stadt	261	220	51,4	7,3	0,0
Salzgitter, Stadt	180	34	50,0	14,7	0,0
Wolfsburg, Stadt	144	114	61,4	3,5	3,5
Gifhorn	94	35	60,0	0,0	11,4
Göttingen	747	444	59,9	44,8	1,8
dav. Göttingen, Stadt	666	415	57,6	47,2	1,4
dav.Göttingen, Umland	81	29	93,1	10,3	6,9
Goslar	58	13	100,0	15,4	38,5
Helmstedt	87	30	46,7	0,0	0,0
Northeim	85	42	71,4	9,5	61,9
Osterode am Harz	93	21	71,4	0,0	0,0
Peine	261	89	85,4	6,7	5,6
Wolfenbüttel	34	11	100,0	27,3	0,0
Stat. Region Braunschweig	-	-	-	-	-
Region Hannover	1 809	1 186	41,5	21,9	7,1
dav. Hannover, LHSt	843	783	20,1	26,2	.
dav. Hannover Umland	966	403	83,1	13,6	20,8
Diepholz	253	144	66,7	28,5	9,0
Hameln-Pyrmont	65	17	82,4	23,5	11,8
Hildesheim	183	68	75,0	1,5	0,0
dav. Hildesheim, Stadt	126	48	68,8	2,1	0,0
dav. Hildesheim, Umland	57	20	90,0	0,0	0,0
Holzminden	25	6	0,0	33,3	0,0
Nienburg (Weser)	84	23	82,6	17,4	34,8
Schaumburg	.	.	.	.	.
Stat. Region Hannover	-	-	-	-	-
Celle	182	126	81,0	46,8	4,8
Cuxhaven	132	56	78,6	28,6	67,9
Harburg	243	123	77,2	15,4	9,8
Lüchow-Dannenberg	10	7	57,1	0,0	28,6
Lüneburg	214	130	53,1	26,9	13,1
Osterholz	.	.	.	.	.
Rotenburg (Wümme)	95	49	73,5	6,1	4,1
Heidekreis	170	80	73,8	2,5	0,0
Stade	230	124	95,2	21,0	4,8
Uelzen	95	36	69,4	11,1	41,7
Verden	94	46	91,3	6,5	10,9
Stat. Region Lüneburg	-	-	-	-	-
Delmenhorst, Stadt	42	24	41,7	4,2	0,0
Emden, Stadt	34	15	0,0	0,0	0,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	59	37	27,0	13,5	0,0
Osnabrück, Stadt	56	32	43,8	0,0	3,1
Wilhelmshaven, Stadt	25	15	26,7	6,7	80,0
Ammerland	114	66	90,9	10,6	0,0
Aurich	175	147	95,2	27,2	3,4
Cloppenburg	110	55	58,2	16,4	5,5
Emsland	236	114	81,6	8,8	7,0
Friesland	108	42	90,5	2,4	11,9
Grafschaft Bentheim	198	96	75,0	3,1	32,3
Leer	144	79	87,3	29,1	0,0
Oldenburg	67	31	96,8	16,1	0,0
Osnabrück	160	161	80,7	7,5	10,6
Vechta	221	168	85,7	21,4	6,0
Wesermarsch	77	28	96,4	3,6	0,0
Wittmund	76	49	89,8	14,3	0,0
Stat. Region Weser-Ems	-	-	-	-	-
Niedersachsen	**7 996**	**4 505**	**63,7**	**20,2**	**8,0**

Quelle: Auswertung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) zur Erhebung der Unterbringungsfälle in Nds. Obdachlosenunterkünften zum 31.12.2013, Stand: 09.09.2015.

Tab. 9.4.1 Menschen mit Schwerbehinderung am 31.12.2015 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Geschlecht

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Altersgruppe von … bis unter …. Jahren												insgesamt	Anteil an der Bevölk.
	0 - 4	4 - 6	6 - 15	15 - 18	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 62	62 - 65	65 und älter		
	Anzahl													%
Braunschweig, Stadt	53	51	309	101	287	653	945	2 167	1 606	782	1 193	11 381	19 528	7,9
Salzgitter, Stadt	30	19	133	58	160	266	413	1 082	855	417	695	5 770	9 898	10,0
Wolfsburg, Stadt	19	19	138	68	158	343	425	1 185	862	364	510	5 748	9 839	8,0
Gifhorn	37	36	242	91	307	428	588	1 730	1 288	497	854	6 447	12 545	7,3
Göttingen	44	44	261	106	361	747	972	2 731	2 132	1 011	1 635	12 920	22 964	9,2
dav. Göttingen, Stadt	23	18	103	41	172	433	478	1 189	901	452	663	5 577	10 050	8,5
dav. Göttingen, Umland	21	26	158	65	189	314	494	1 542	1 231	559	972	7 343	12 914	9,7
Goslar	25	21	184	75	211	350	531	1 430	1 067	458	862	7 960	13 174	9,6
Helmstedt	18	21	130	66	153	253	310	958	763	352	583	4 540	8 147	9,0
Northeim	35	18	166	98	221	395	556	1 661	1 281	622	1 029	7 916	13 998	10,5
Osterode am Harz	11	5	101	44	105	216	346	1 012	786	388	589	4 728	8 331	11,3
Peine	33	36	186	74	195	272	432	1 312	969	415	717	5 672	10 313	7,9
Wolfenbüttel	25	24	147	73	189	324	483	1 309	924	437	700	6 204	10 839	9,0
Stat. Region Braunschweig	**330**	**294**	**1 997**	**854**	**2 347**	**4 247**	**6 001**	**16 577**	**12 533**	**5 743**	**9 367**	**79 286**	**139 576**	**8,8**
Region Hannover	235	246	1 572	590	1 585	3 255	5 081	13 151	9 743	4 407	6 922	66 280	113 067	10,0
dav. Hannover, Landeshauptstadt	126	105	674	233	737	1 676	2 578	6 145	4 385	2 035	3 052	30 534	52 280	10,0
dav. Hannover, Umland	109	141	898	357	848	1 579	2 503	7 006	5 358	2 372	3 870	35 746	60 787	10,1
Diepholz	54	51	262	105	307	476	806	2 000	1 476	648	999	9 358	16 542	7,8
Hameln-Pyrmont	37	26	221	85	299	468	743	2 019	1 573	748	1 197	10 148	17 564	11,9
Hildesheim	60	69	400	188	543	852	1 335	3 456	2 425	1 174	1 818	14 828	27 148	9,9
dav. Hildesheim, Stadt	23	23	142	72	229	412	593	1 376	916	435	634	5 664	10 519	10,5
dav. Hildesheim, Umland	37	46	258	116	314	440	742	2 080	1 509	739	1 184	9 164	16 629	9,5
Holzminden	13	18	108	46	100	178	261	816	651	347	561	4 595	7 694	10,8
Nienburg (Weser)	19	26	193	75	198	346	537	1 359	1 037	460	727	5 663	10 640	8,9
Schaumburg	28	16	230	111	266	445	661	1 938	1 514	671	1 053	8 999	15 932	10,2
Stat. Region Hannover	**446**	**452**	**2 986**	**1 200**	**3 298**	**6 020**	**9 424**	**24 739**	**18 419**	**8 455**	**13 277**	**119 871**	**208 587**	**9,9**
Celle	30	45	312	117	356	638	920	2 171	1 524	699	1 149	8 799	16 760	9,5
Cuxhaven	54	48	280	123	266	453	753	2 039	1 644	783	1 344	10 770	18 557	9,4
Harburg	61	51	344	131	278	443	834	2 371	1 583	698	1 247	10 766	18 807	7,7
Lüchow-Dannenberg	9	8	92	36	81	172	214	570	423	222	333	3 215	5 375	11,0
Lüneburg	40	31	264	112	265	548	723	1 991	1 326	610	998	8 102	15 010	8,4
Osterholz	25	10	139	56	149	244	456	1 241	930	375	660	5 248	9 533	8,6
Rotenburg (Wümme)	34	42	304	124	385	560	738	1 882	1 365	630	1 023	7 169	14 256	8,8
Heidekreis	24	29	234	93	220	428	581	1 567	1 129	513	782	6 223	11 823	8,7
Stade	42	31	282	121	279	456	705	1 814	1 404	635	1 061	8 531	15 361	7,8
Uelzen	19	13	127	73	174	318	449	1 141	876	389	637	5 581	9 797	10,6
Verden	31	32	185	79	247	396	534	1 381	1 073	507	818	6 223	11 506	8,6
Stat. Region Lüneburg	**369**	**340**	**2 563**	**1 065**	**2 700**	**4 656**	**6 907**	**18 168**	**13 277**	**6 061**	**10 052**	**80 627**	**146 785**	**8,7**
Delmenhorst, Stadt	13	20	104	32	135	250	332	901	646	299	519	4 680	7 931	10,6
Emden, Stadt	10	11	75	34	98	157	233	579	481	226	336	2 543	4 783	9,6
Oldenburg (Oldb), Stadt	35	30	230	74	292	611	826	1 875	1 260	570	1 037	7 996	14 836	9,2
Osnabrück, Stadt	41	33	194	74	254	570	782	1 705	1 153	545	875	9 203	15 429	9,8
Wilhelmshaven, Stadt	17	12	108	46	177	268	401	1 064	825	329	654	6 031	9 932	13,1
Ammerland	29	29	186	102	226	308	529	1 302	988	494	790	6 578	11 561	9,6
Aurich	54	45	272	132	400	591	901	2 568	1 919	840	1 518	11 002	20 242	10,8
Cloppenburg	43	37	304	121	302	532	711	1 860	1 434	632	1 036	6 616	13 628	8,4
Emsland	81	77	543	237	613	1 035	1 388	3 485	2 563	1 200	1 939	14 542	27 703	8,8
Friesland	14	15	154	65	203	259	431	1 222	880	406	684	6 139	10 472	10,8
Grafschaft Bentheim	44	38	216	87	204	360	534	1 273	891	416	700	5 391	10 154	7,6
Leer	41	33	311	140	353	542	792	2 091	1 529	656	1 107	8 301	15 896	9,6
Oldenburg	26	26	181	86	218	341	513	1 457	1 024	452	799	5 985	11 108	8,8
Osnabrück	95	77	501	214	555	961	1 375	3 643	2 767	1 236	2 029	16 847	30 300	8,6
Vechta	42	37	238	98	298	477	570	1 295	996	462	734	4 641	9 888	7,3
Wesermarsch	29	18	155	74	183	234	360	1 165	848	432	648	5 107	9 253	10,4
Wittmund	16	15	106	57	126	206	254	688	513	234	451	3 535	6 201	11,0
Stat. Region Weser-Ems	**630**	**553**	**3 878**	**1 673**	**4 637**	**7 702**	**10 932**	**28 173**	**20 717**	**9 429**	**15 856**	**125 137**	**229 317**	**9,3**
Niedersachsen	**1 775**	**1 639**	**11 424**	**4 792**	**12 982**	**22 625**	**33 264**	**87 657**	**64 946**	**29 688**	**48 552**	**404 921**	**724 265**	**9,3**
davon: männlich	1 035	970	7 087	2 907	7 456	12 702	17 033	44 388	34 591	16 096	26 874	205 015	376 154	9,8
davon: weiblich	740	669	4 337	1 885	5 526	9 923	16 231	43 269	30 355	13 592	21 678	199 906	348 111	8,7

Quelle: Schwerbehindertenstatistik.

Tab. 9.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land (Sitz des Trägers)	Empfänger/-innen von Eingliederungshilfen für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel SGB XII am Jahresende				
	2009	2014			
		Insgesamt	Empfänger/-innen je 1 000 Einwohner	Anteil an allen Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII[1)]	Veränderung 2009/2014
	Anzahl[2)]			%	
Braunschweig, Stadt	2 408	2 449	9,9	63,1	+1,7
Salzgitter, Stadt	1 021	1 275	12,9	67,6	+24,9
Wolfsburg, Stadt	890	1 161	9,4	72,1	+30,4
Gifhorn	1 215	1 534	8,9	73,4	+26,3
Göttingen	2 190	2 977	11,9	69,2	+35,9
dav. Göttingen, Stadt	1 148	1 590	13,5	67,0	+38,5
dav. Göttingen, Umland	1 042	1 387	10,5	71,9	+33,1
Goslar	1 367	1 725	12,6	65,2	+26,2
Helmstedt	966	1 228	13,5	71,9	+27,1
Northeim	1 474	1 776	13,3	69,5	+20,5
Osterode am Harz	832	1 147	15,5	67,6	+37,9
Peine	1 394	1 398	10,7	75,6	+0,3
Wolfenbüttel	1 025	1 517	12,6	71,2	+48,0
Stat. Region Braunschweig	**14 782**	**18 187**	**11,5**	**69,0**	**+23,0**
Region Hannover	8 065	8 727	7,7	56,5	+8,2
dav. Hannover, LHSt	4 307	4 711	9,0	52,7	+9,4
dav. Hannover, Umland	3 758	4 016	6,6	61,8	+6,9
Diepholz	2 408	2 502	11,9	72,6	+3,9
Hameln-Pyrmont	1 498	1 708	11,6	62,2	+14,0
Hildesheim	2 446	2 811	10,2	71,7	+14,9
dav. Hildesheim, Stadt	916	1 125	11,3	63,2	+22,8
dav. Hildesheim, Umland	1 530	1 686	9,7	78,7	+10,2
Holzminden	903	1 094	15,3	75,3	+21,2
Nienburg (Weser)	1 354	1 602	13,4	70,6	+18,3
Schaumburg	1 748	2 122	13,6	73,6	+21,4
Stat. Region Hannover	**18 422**	**20 566**	**9,8**	**63,9**	**+11,6**
Celle	1 662	2 138	12,1	69,2	+28,6
Cuxhaven	1 627	1 836	9,3	67,4	+12,8
Harburg	1 364	1 510	6,2	70,7	+10,7
Lüchow-Dannenberg	506	567	11,6	68,7	+12,1
Lüneburg	1 196	1 427	8,0	63,6	+19,3
Osterholz	727	607	5,4	65,3	-16,5
Rotenburg (Wümme)	1 709	1 806	11,2	77,7	+5,7
Heidekreis	1 330	1 324	9,7	68,3	-0,5
Stade	1 719	1 665	8,4	69,8	-3,1
Uelzen	940	1 170	12,6	70,8	+24,5
Verden	1 260	1 338	10,0	76,5	+6,2
Stat. Region Lüneburg	**14 040**	**15 388**	**9,2**	**69,9**	**+9,6**
Delmenhorst, Stadt	774	817	10,9	64,4	+5,6
Emden, Stadt	700	866	17,3	78,7	+23,7
Oldenburg (Oldb), Stadt	1 670	2 041	12,7	75,8	+22,2
Osnabrück, Stadt	1 977	2 761	17,6	70,7	+39,7
Wilhelmshaven, Stadt	1 107	1 269	16,8	64,9	+14,6
Ammerland	940	1 144	9,5	75,6	+21,7
Aurich	1 502	2 186	11,6	78,0	+45,5
Cloppenburg	1 577	1 753	10,8	81,3	+11,2
Emsland	3 653	3 890	12,3	81,8	+6,5
Friesland	756	1 010	10,4	77,3	+33,6
Grafschaft Bentheim	1 308	1 482	11,0	76,6	+13,3
Leer	1 638	1 518	9,2	68,8	-7,3
Oldenburg	1 127	1 159	9,1	75,3	+2,8
Osnabrück	3 524	3 767	10,7	72,9	+6,9
Vechta	1 588	1 680	12,3	83,8	+5,8
Wesermarsch	815	905	10,2	65,9	+11,0
Wittmund	612	631	11,2	73,9	+3,1
Stat. Region Weser-Ems	**25 268**	**28 879**	**11,7**	**75,0**	**+14,3**
Niedersachsen	**72 512**	**83 020**	**10,6**	**69,7**	**+14,5**

1) Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart bzw. jedem Ort der Hilfegewährung gezählt.
2) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

Quelle: Sozialhilfestatistik.

Tab. 9.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung Ende 2014 in Niedersachsen in und außerhalb von Einrichtungen nach Hilfearten

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zusammen[1)] Hilfeart Geschlecht	Insgesamt						Durchschnittsalter	
	2014	2009	Veränd. 2014/2009[2)]	dar. Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)			2014	2009
				2014	2009	Veränd. 2014/2009[2)]		
	Anzahl		%	Anzahl		%	Jahre	
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	30	432	-93,1	2	5	-60,0	17,6	19,3
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	70	202	-65,3	7	120	-94,2	35,3	41,4
Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	27 480	25 095	+9,5	6 411	5 976	+7,3	41,5	40,4
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	58 293	48 768	+19,5	15 775	14 763	+6,9	33,4	31,5
davon:								
Hilfsmittel ohne die Hilfe nach §§ 26, 31 und 33 SGB IX	59	66	-10,6	2	7	-71,4	39,3	31,9
Heilpädagogische Leistungen für Kinder	16 289	15 101	+7,9	5	18	-72,2	4,7	4,8
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	12 346	6 174	+100,0	6 493	3 215	+102,0	47,7	44,9
Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt	34	83	-59,0	6	6	0,0	35,9	25,2
Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung	20	9	+122,2	2	1	+100,0	50,8	40,1
Hilfen zum selbstbest. Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten	36 635	30 210	+21,3	15 403	14 450	+6,6	44,7	43,6
davon in …								
...einer eigenen Wohnung (ambulant betreut)	13 586	7 985	+70,1	842	394	+113,7	43,4	41,9
...einer Wohngemeinschaft (ambulant betreut)	641	502	+27,7	51	35	+45,7	40,3	40,8
...einer Wohneinrichtung	22 408	21 723	+3,2	14 510	14 021	+3,5	45,7	44,3
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	2 610	2 371	+10,1	612	779	-21,4	46,7	47,6
Andere Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	338	207	+63,3	22	43	-48,8	33,7	34,7
Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung	7 700	6 878	+12,0	83	167	-50,3	12,8	13,3
Hilfen zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule	73	63	+15,9	6	5	+20,0	27,9	24,7
Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit	18	9	+100,0	-	-	-	23,2	24,6
Hilfe in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 SGB X	50	192	-74,0	3	85	-96,5	46,4	42,6
Nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztl. und ärztl. verordneten Leistungen und zur Sicherheit der Teilhabe am Arbeitsleben	6	67	-91,0	1	26	-96,2	45,2	42,6
Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe	678	1 391	-51,3	151	628	-76,0	30,5	38,5
Insgesamt	**83 020**	**72 512**	**+14,5**	**16 687**	**15 702**	**+6,3**	**33,1**	**31,6**
davon männlich	49 448	43 492	+13,7	9 813	9 210	+6,5	31,9	30,6
davon weiblich	33 572	29 020	+15,7	6 874	6 492	+5,9	34,8	33,1

1) In und außerhalb von Einrichtungen nach Sitz des Trägers. Empfänger meherer Hilfearten werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfegewähung) gezählt. Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.
2) Eigene Berechnung.

Tab. 9.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung Ende 2014 in Niedersachsen nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von … bis unter … Jahren Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zusammen[1]	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	2014	2009	Veränderung 2009/2014[2]	2014	2009	Veränderung 2009/2014[2]	2014	2009	Veränderung 2009/2014[2]
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
unter 3	2 117	1 987	+6,5	1 230	1 175	+4,7	887	812	+9,2
3-7	14 347	13 296	+7,9	9 580	8 757	+9,4	4 767	4 539	+5,0
7-11	2 957	2 643	+11,9	1 913	1 736	+10,2	1 044	907	+15,1
11-15	2 615	2 366	+10,5	1 717	1 477	+16,2	898	889	+1,0
15-18	1 909	1 886	+1,2	1 197	1 131	+5,8	712	755	-5,7
18-21	1 707	1 832	-6,8	992	1 114	-11,0	715	718	-0,4
21-25	4 753	4 215	+12,8	2 686	2 409	+11,5	2 067	1 806	+14,5
25-30	6 519	5 327	+22,4	3 807	3 165	+20,3	2 712	2 162	+25,4
30-40	11 325	10 144	+11,6	6 621	5 901	+12,2	4 704	4 243	+10,9
40-50	13 977	14 475	-3,4	7 951	8 428	-5,7	6 026	6 047	-0,3
50-60	13 568	9 444	+43,7	7 816	5 571	+40,3	5 752	3 873	+48,5
60-65	3 895	2 137	+82,3	2 250	1 251	+79,9	1 645	886	+85,7
65-70	1 401	1 245	+12,5	797	686	+16,2	604	559	+8,1
70-80	1 512	1 164	+29,9	737	598	+23,2	775	566	+36,9
80 und älter	418	351	+19,1	154	93	+65,6	264	258	+2,3
Insgesamt	**83 020**	**72 512**	**+14,5**	**49 448**	**43 492**	**+13,7**	**33 572**	**29 020**	**+15,7**

1) Außerhalb von und in Einrichtungen nach Sitz des Trägers. Empfänger/-innen meherer Hilfearten werden bei jeder Hilfeart (bzw. jedem Ort der Hilfegewährung) gezählt. Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.
2) Eigene Berechnung.

Quelle: Sozialhilfestatistik.

Tab. 9.5.1 Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach Bundesländern

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen						Veränderung der Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2013/2014	2009/2014
	Anzahl			je 1 000 Lebendgeborene			%-Punkte	
Baden-Württemberg	11 539	11 176	10 452	128,7	122,1	109,3	-12,8	-19,4
Bayern	12 054	11 886	12 102	116,2	108,5	106,2	-2,3	-10,0
Berlin	9 402	8 800	8 643	292,9	251,2	231,3	-19,9	-61,6
Brandenburg	3 988	3 464	3 170	215,1	188,7	163,9	-24,8	-51,2
Bremen	1 630	1 537	1 421	297,4	267,4	228,8	-38,6	-68,6
Hamburg	3 838	3 638	3 318	228,7	200,6	174,3	-26,3	-54,5
Hessen	8 731	8 224	8 173	172,1	157,6	149,6	-8,0	-22,5
Mecklenburg-Vorpommern	3 134	2 831	2 633	240,8	225,4	205,2	-20,2	-35,6
Niedersachsen	**9 134**	**8 166**	**7 895**	**146,8**	**129,9**	**118,9**	**-11,0**	**-27,9**
Nordrhein-Westfalen	23 143	20 939	20 105	159,6	143,0	129,6	-13,4	-30,0
Rheinland-Pfalz	4 533	4 011	3 816	146,8	125,4	114,2	-11,2	-32,6
Saarland	1 278	1 168	1 216	184,5	170,6	165,9	-4,6	-18,6
Sachsen	6 027	5 506	5 420	176,8	158,2	150,8	-7,4	-26,0
Sachsen-Anhalt	4 217	3 633	3 474	246,0	216,3	203,6	-12,7	-42,4
Schleswig-Holstein	3 612	3 352	3 210	164,8	153,6	140,8	-12,8	-23,9
Thüringen	3 777	3 379	3 417	224,1	193,9	191,0	-2,9	-33,1
Deutschland	**110 037**	**101 710**	**98 465**	**165,4**	**149,1**	**137,7**	**-11,4**	**-27,7**
Westdeutschland	79 492	74 097	71 708	149,0	135,4	124,8	-10,6	-24,2
Ostdeutschland[1]	30 545	27 613	26 757	231,8	204,6	190,5	-14,0	-41,3

1) Einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesundheit, Schwangerschaftsabbrüche 2014, Fachserie 12 Reihe 3.

Tab. 9.5.2 Schwangerschaftsabbrüche 2014 in Niedersachsen und Deutschland nach Wohnsitz und Alter der Frauen

Frauen im Alter von … bis unter …Jahren	Schwangerschaftsabbrüche 2014			Veränderung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche 2009/2014		Lebendgeborene 2014 insgesamt	Schwangerschafts-abbrüche 2014 bezogen auf 1 000 Lebendgeborene
	Anzahl[1]	Anteil an allen Schwangerschafts-abbrüchen	je 1 000 Frauen in der gleichen Altersgruppe[2]	Veränderung der Anzahl	Veränderung der Quote je 1 000 Frauen im gleichen Alter[3]		
		%		%	%-Punkte	Anzahl	
Niedersachsen							
10 bis 15	26	0,3	0,1	-25,7	-0,0	13	2 000
15 bis 18	272	3,4	2,1	-38,3	-1,2	414	657
18 bis 20	439	5,6	5,2	-38,4	-2,5	1 211	363
Insgesamt 10 bis 20	**737**	**9,3**	**1,8**	**-38,0**	**-0,9**	**1 638**	**450**
Insgesamt von 10 bis 55	**7 895**	**100,0**	**3,6**	**-13,6**	**-0,4**	**66 406**	**119**
Deutschland							
10 bis 15	367	0,4	0,2	-7,8	-0,0	.	.
15 bis 18	3 148	3,2	2,7	-29,9	-1,1	.	.
18 bis 20	5 188	5,3	6,5	-34,7	-2,2	.	.
Insgesamt 10 bis 20	**8 703**	**8,8**	**2,3**	**-32,2**	**-0,9**	**15 500**	**561**
Insgesamt von 10 bis 55	**98 465**	**100,0**	**4,3**	**-10,5**	**-0,3**	**714 927**	**138**

1) Ohne Frauen mit ständigem Wohnsitz im Ausland.
2) Bevölkerung am 31.12.2014. Basis: Zensus 2011.
3) Die Vergleichbarkeit der Quoten ist eingeschränkt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesundheit, Schwangerschaftsabbrüche, Fachserie 12 Reihe 3, 2014.

Tab. 10.1 Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt 1993/1995 und 2012/2014 nach Ländern und Geschlecht

Länder	1993/1995		2012/2014[1]	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Baden-Württemberg	74,5	80,9	79,4	83,9
Bayern	73,9	80,0	78,9	83,5
Berlin	71,9	78,6	77,8	83,0
Brandenburg	70,0	78,0	77,3	82,9
Bremen	72,4	79,2	76,9	82,3
Hamburg	73,3	79,6	78,2	83,0
Hessen	73,9	79,9	78,8	83,2
Mecklenburg-Vorpommern	68,8	77,6	76,5	82,8
Niedersachsen	**72,8**	**79,3**	**77,8**	**82,8**
Nordrhein-Westfalen	73,2	79,5	77,8	82,6
Rheinland-Pfalz	73,6	79,8	78,3	82,9
Saarland	72,4	78,8	77,2	82,2
Sachsen	71,4	78,7	77,6	83,5
Sachsen-Anhalt	70,3	77,7	76,2	82,5
Schleswig-Holstein	73,7	79,7	78,1	82,7
Thüringen	71,3	78,0	77,2	83,0
Deutschland	**73,0**	**79,5**	**78,1**	**83,1**
Früheres Bundesgebiet	73,5	79,8	78,4	83,1
Neue Länder	70,7	78,2	77,1	83,1

1) Die Werte für Bayern wurden aufgrund einer länderspezifischen Methodik ermittelt.

Quelle: www.destatis.de; für die Werte in dem Zeitraum 1993/1995 siehe Sommer, Bettina (1998): Die Sterblichkeit in Deutschland im regionalen und europäischen Vergleich, in Wirtschaft und Statistik 12/1998, S. 960ff.

Tab. 10.2 Durchschnittliche Lebenserwartung 1986/1988 und 2012/2014 in Niedersachsen nach Alter und Geschlecht

Vollendetes Alter in Jahren	Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren				Vollendetes Alter in Jahren	Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren			
	Männer		Frauen			Männer		Frauen	
	1986/1988	2012/2014	1986/1988	2012/2014		1986/1988	2012/2014	1986/1988	2012/2014
0	72,2	77,8	78,7	82,8	**51**	24,7	28,8	30,0	33,1
1	71,9	77,1	78,2	82,0	**52**	23,9	27,9	29,1	32,2
2	70,9	76,1	77,3	81,1	**53**	23,1	27,1	28,2	31,3
3	70,0	75,1	76,3	80,1	**54**	22,3	26,2	27,3	30,4
4	69,0	74,1	75,3	79,1	**55**	21,5	25,4	26,4	29,5
5	68,0	73,1	74,4	78,1	**56**	20,7	24,5	25,5	28,6
6	67,1	72,2	73,4	77,1	**57**	19,9	23,7	24,7	27,7
7	66,1	71,2	72,4	76,1	**58**	19,1	22,9	23,8	26,8
8	65,1	70,2	71,4	75,1	**59**	18,4	22,1	22,9	25,9
9	64,1	69,2	70,4	74,1	**60**	17,7	21,3	22,1	25,1
10	63,1	68,2	69,4	73,1	**61**	16,9	20,5	21,2	24,2
11	62,1	67,2	68,4	72,1	**62**	16,2	19,7	20,4	23,3
12	61,2	66,2	67,5	71,1	**63**	15,5	19,0	19,6	22,5
13	60,2	65,2	66,5	70,1	**64**	14,8	18,2	18,7	21,6
14	59,2	64,2	65,5	69,1	**65**	14,1	17,5	17,9	20,8
15	58,2	63,2	64,5	68,1	**66**	13,5	16,8	17,1	20,0
16	57,2	62,2	63,5	67,2	**67**	12,8	16,0	16,3	19,2
17	56,3	61,2	62,5	66,2	**68**	12,2	15,3	15,6	18,3
18	55,3	60,3	61,6	65,2	**69**	11,6	14,6	14,8	17,5
19	54,4	59,3	60,6	64,2	**70**	11,0	13,9	14,0	16,7
20	53,4	58,3	59,6	63,2	**71**	10,4	13,2	13,3	15,9
21	52,5	57,3	58,6	62,2	**72**	9,8	12,5	12,6	15,1
22	51,6	56,4	57,7	61,2	**73**	9,3	11,9	11,9	14,3
23	50,6	55,4	56,7	60,2	**74**	8,7	11,2	11,2	13,5
24	49,7	54,4	55,7	59,3	**75**	8,3	10,6	10,6	12,8
25	48,7	53,5	54,7	58,3	**76**	7,8	10,0	9,9	12,0
26	47,8	52,5	53,8	57,3	**77**	7,3	9,4	9,3	11,3
27	46,8	51,5	52,8	56,3	**78**	6,9	8,8	8,7	10,6
28	45,9	50,6	51,8	55,3	**79**	6,5	8,2	8,2	9,9
29	44,9	49,6	50,8	54,3	**80**	6,1	7,7	7,6	9,2
30	44,0	48,6	49,9	53,3	**81**	5,7	7,1	7,1	8,6
31	43,0	47,7	48,9	52,4	**82**	5,4	6,6	6,7	8,0
32	42,1	46,7	47,9	51,4	**83**	5,1	6,2	6,2	7,4
33	41,1	45,7	47,0	50,4	**84**	4,8	5,8	5,8	6,9
34	40,2	44,8	46,0	49,4	**85**	4,5	5,4	5,4	6,3
35	39,2	43,8	45,0	48,4	**86**	4,2	5,0	5,0	5,8
36	38,3	42,8	44,1	47,5	**87**	3,9	4,6	4,7	5,4
37	37,4	41,9	43,1	46,5	**88**	3,7	4,3	4,4	5,0
38	36,4	40,9	42,1	45,5	**89**	3,5	3,9	4,1	4,6
39	35,5	40,0	41,2	44,5	**90**	3,3	3,6	3,8	4,2
40	34,6	39,0	40,2	43,6	**91**	3,1	3,3	3,5	3,9
41	33,6	38,1	39,3	42,6	**92**	2,9	3,1	3,3	3,6
42	32,7	37,1	38,3	41,6	**93**	2,7	2,9	3,1	3,4
43	31,8	36,2	37,4	40,7	**94**	2,6	2,7	2,9	3,1
44	30,9	35,2	36,4	39,7	**95**	2,4	2,5	2,7	2,9
45	30,0	34,3	35,5	38,8	**96**	2,3	2,3	2,5	2,7
46	29,1	33,4	34,6	37,8	**97**	2,2	2,2	2,4	2,5
47	28,2	32,4	33,6	36,8	**98**	2,1	2,0	2,3	2,4
48	27,3	31,5	32,7	35,9	**99**	2,0	1,9	2,1	2,2
49	26,5	30,6	31,8	35,0	**100**	1,9	1,8	2,0	2,1
50	25,6	29,7	30,9	34,0					

Tab. 11.1 Kinder junger Mütter 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Lebendgeborene junger Mütter im Alter von unter 20 Jahren	Anteil der Lebendgeborenen junger Mütter im Alter von unter 20 Jahren an allen Lebendgeborenen	Lebendgeborene junger Mütter im Alter von unter 20 Jahren je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren[1)]	Veränderung 2009/2014	
				Zahl der Lebendgeborenen junger Mütter im Alter von unter 20 Jahren	Lebendgeborene junger Mütter im Alter von unter 20 Jahren je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren[2)]
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Braunschweig, Stadt	44	1,9	8,4	-18,5	-1,0
Salzgitter, Stadt	24	2,9	9,3	-38,5	-4,5
Wolfsburg, Stadt	16	1,3	6,1	-48,4	-4,0
Gifhorn	27	1,7	5,5	-28,9	-1,3
Göttingen	57	2,7	8,7	-19,7	-1,7
dav. Göttingen, Stadt	29	2,6	10,1	+7,4	+0,7
dav. Göttingen, Umland	28	2,8	7,6	-36,4	-3,5
Goslar	36	4,1	11,3	-5,3	+0,6
Helmstedt	21	3,1	9,4	0,0	+1,5
Northeim	34	3,4	9,5	-5,6	+0,2
Osterode am Harz	10	2,1	5,4	-54,5	-5,5
Peine	26	2,4	7,2	-23,5	-1,8
Wolfenbüttel	21	2,4	6,3	-8,7	-0,4
Stat. Region Braunschweig	**316**	**2,4**	**8,0**	**-22,4**	**-1,4**
Region Hannover	209	2,0	7,6	-21,4	-2,0
dav. Hannover, Landeshauptstadt	104	1,8	9,3	-18,1	-2,1
dav. Hannover, Umland	105	2,1	6,5	-24,5	-1,9
Diepholz	50	3,0	8,6	+4,2	+0,9
Hameln-Pyrmont	22	2,0	5,8	-42,1	-2,9
Hildesheim	60	2,9	8,2	0,0	+0,8
dav. Hildesheim, Stadt	32	3,6	12,2	+3,2	+1,3
dav. Hildesheim, Umland	28	2,3	5,9	-3,4	+0,5
Holzminden	10	2,2	5,2	-68,8	-10,4
Nienburg (Weser)	30	3,4	8,8	-28,6	-2,3
Schaumburg	45	3,9	10,6	+4,7	+1,1
Stat. Region Hannover	**426**	**2,4**	**7,9**	**-19,5**	**-1,4**
Celle	47	3,0	9,9	-6,0	+0,6
Cuxhaven	43	3,0	7,9	-15,7	-1,3
Harburg	30	1,5	4,5	-11,8	-0,7
Lüchow-Dannenberg	9	2,6	7,5	+80,0	+4,0
Lüneburg	28	1,7	5,8	-3,4	-0,3
Osterholz	18	2,1	5,9	-5,3	-0,2
Rotenburg (Wümme)	35	2,7	7,3	-22,2	-1,4
Heidekreis	31	2,9	8,2	-18,4	-1,0
Stade	43	2,6	7,6	+7,5	+0,7
Uelzen	24	3,6	9,7	-14,3	-0,7
Verden	22	1,8	6,0	-15,4	-0,7
Stat. Region Lüneburg	**330**	**2,4**	**7,1**	**-9,6**	**-0,4**
Delmenhorst, Stadt	20	2,9	10,3	0,0	+0,8
Emden, Stadt	23	5,1	16,3	-37,8	-8,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	41	2,7	10,0	-21,2	-2,3
Osnabrück, Stadt	49	3,3	13,2	+40,0	+4,0
Wilhelmshaven, Stadt	24	4,3	13,1	-11,1	-0,4
Ammerland	12	1,2	3,6	-57,1	-4,3
Aurich	58	3,9	10,3	-21,6	-2,4
Cloppenburg	40	2,4	7,3	-33,3	-3,6
Emsland	65	2,2	6,8	-23,5	-1,5
Friesland	21	3,0	7,5	-25,0	-1,8
Grafschaft Bentheim	22	1,8	5,4	-40,5	-2,8
Leer	40	2,9	8,1	-36,5	-4,0
Oldenburg	23	2,4	6,2	-23,3	-1,6
Osnabrück	72	2,3	6,9	-22,6	-1,4
Vechta	20	1,4	4,5	-45,9	-3,8
Wesermarsch	22	3,4	8,4	0,0	+0,4
Wittmund	14	3,2	8,0	-17,6	-1,6
Stat. Region Weser-Ems	**566**	**2,6**	**7,9**	**-24,0**	**-2,0**
Niedersachsen	**1 638**	**2,5**	**7,7**	**-19,9**	**-1,4**
Baden-Württemberg	1 409	1,5	4,9	-18,0	-0,8
Bayern	1 712	1,5	5,3	-17,6	-0,8
Berlin	907	2,4	13,4	-11,0	-1,2
Brandenburg	493	2,5	11,0	-33,4	-4,4
Bremen	188	3,0	12,1	-11,3	-1,3
Hamburg	345	1,8	9,0	-2,3	+0,1
Hessen	1 080	2,0	7,1	-2,9	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	378	2,9	13,5	-32,1	-4,5
Nordrhein-Westfalen	3 809	2,5	8,3	-20,4	-1,3
Rheinland-Pfalz	810	2,4	7,8	-26,0	-1,9
Saarland	229	3,1	9,7	-24,2	-1,4
Sachsen	816	2,3	11,8	-31,4	-4,5
Sachsen-Anhalt	617	3,6	16,4	-33,5	-5,0
Schleswig-Holstein	564	2,5	7,6	-26,8	-2,4
Thüringen	505	2,8	13,5	-25,6	-3,1
Deutschland	**15 500**	**2,2**	**7,9**	**-20,9**	**-1,5**

1) Bevölkerung am 31.12.2014. 2) Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Tab. 11.2 Scheidungskinder 2004 bis 2015 in Niedersachsen

Jahr	Ehescheidungen					Betroffene Kinder	
	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Veränderung gegenüber 2004	darunter		Insgesamt	Anteil der Scheidungskinder an der gleichaltrigen Bevölkerung[1]
				ohne gemeinsame minderjährige Kinder	mit gemeinsamen minderjährigen Kindern		
	Anzahl	%		Anzahl			je 1 000 Einwohner/-innen
2004	21 872	x	x	9 448	12 424	20 754	13,4
2005	20 177	-7,7	-7,7	8 619	11 558	19 403	12,7
2006	19 058	-5,5	-12,9	8 132	10 926	18 177	12,1
2007	19 682	3,3	-10,0	8 432	11 250	18 818	12,7
2008	20 368	3,5	-6,9	8 888	11 480	19 064	13,1
2009	19 181	-5,8	-12,3	8 428	10 753	17 908	12,6
2010	18 974	-1,1	-13,2	8 394	10 580	17 579	12,6
2011	18 953	-0,1	-13,3	8 386	10 567	17 581	12,9
2012	17 806	-6,1	-18,6	7 903	9 903	16 537	12,3
2013	17 307	-2,8	-20,9	7 801	9 506	15 884	12,0
2014	16 776	-3,1	-23,3	7 410	9 366	15 544	11,8
2015	17 226	2,7	-21,2	7 687	9 539	15 827	12,0

1) Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 18 Jahren im Durchschnitt des jeweiligen Jahres.

Quelle: Statistik der Ehescheidungen.

Tab. 11.3.1 Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Anzahl junger Menschen mit Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses am 31.12.2014 gemessen an der Bevölkerung				Anteile ausgewählter Hilfen zur Erziehung		
	insgesamt[1]	darunter			Unterbringung in einer Tagesgruppe	Vollzeitpflege in einer anderen Familie	Heimerziehung
		Unterbringung in einer Tagesgruppe	Vollzeitpflege in einer anderen Familie	Heimerziehung			
	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter bis unter 21 Jahren				%		
Braunschweig, Stadt	10,1	0,5	3,9	4,9	5,0	39,1	49,1
Salzgitter, Stadt	10,5	0,6	5,6	4,4	5,4	52,7	41,5
Wolfsburg, Stadt	10,2	-	4,8	5,2	-	47,1	51,1
Gifhorn	6,7	0,5	2,9	2,8	6,9	42,9	41,7
Göttingen	11,7	2,3	5,1	4,3	19,5	43,2	37,1
Goslar	15,0	0,4	10,9	3,6	2,9	72,9	23,9
Helmstedt	14,1	1,1	2,9	10,0	8,2	20,6	71,2
Northeim	15,4	1,4	7,6	6,5	8,9	49,0	41,9
Osterode am Harz	21,5	3,4	5,8	11,4	15,8	27,1	53,1
Peine	7,2	0,4	3,1	3,6	5,6	42,6	49,7
Wolfenbüttel	7,7	0,6	2,0	4,7	8,4	25,8	60,7
Stat. Region Braunschweig	**11,0**	**1,0**	**4,8**	**5,0**	**8,9**	**43,3**	**45,3**
Region Hannover	8,8	1,0	2,7	5,0	11,5	30,1	56,3
Diepholz	9,5	0,1	5,1	4,2	0,7	54,0	43,8
Hameln-Pyrmont	11,4	1,0	7,5	2,9	8,9	65,7	25,4
Hildesheim	11,1	1,8	3,2	6,0	16,4	29,2	54,4
Holzminden	15,7	1,7	8,4	5,1	10,6	53,4	32,2
Nienburg (Weser)	12,9	1,9	7,2	3,7	15,0	55,7	28,7
Schaumburg	10,7	1,8	3,2	4,3	16,7	30,0	40,4
Stat. Region Hannover	**10,0**	**1,2**	**3,8**	**4,8**	**11,6**	**38,2**	**47,8**
Celle	10,8	0,4	6,1	4,2	3,9	56,7	39,2
Cuxhaven	14,7	1,5	8,1	5,0	9,9	55,2	34,0
Harburg	7,7	1,4	3,0	3,3	18,2	39,4	42,5
Lüchow-Dannenberg	20,1	3,6	11,0	5,3	17,9	54,7	26,3
Lüneburg	16,3	1,2	8,6	6,4	7,4	53,0	39,1
Osterholz	8,9	0,5	4,7	3,6	6,1	53,5	40,4
Rotenburg (Wümme)	6,9	0,1	4,7	2,1	0,8	67,9	31,2
Heidekreis	10,7	0,6	6,8	3,3	5,7	63,4	30,5
Stade	9,0	0,6	4,8	3,6	6,7	53,1	40,0
Uelzen	9,7	0,3	4,6	4,8	2,9	47,6	49,4
Verden	9,9	0,8	4,8	4,2	8,3	48,4	42,6
Stat. Region Lüneburg	**10,7**	**0,9**	**5,8**	**4,1**	**8,2**	**53,6**	**37,8**
Delmenhorst, Stadt	20,5	2,6	7,0	10,4	12,6	33,9	50,5
Emden, Stadt	15,5	1,1	9,3	4,8	7,0	60,1	31,0
Oldenburg (Oldb), Stadt	11,6	0,6	4,1	6,8	5,1	35,4	58,4
Osnabrück, Stadt	10,0	1,0	4,3	4,6	9,6	42,6	46,4
Wilhelmshaven, Stadt	12,4	0,9	4,3	7,2	7,5	34,4	58,1
Ammerland	8,3	0,7	4,2	3,4	8,7	50,7	40,6
Aurich	11,8	0,5	7,4	3,9	4,3	62,9	32,8
Cloppenburg	8,0	1,9	3,3	2,8	23,6	41,4	34,7
Emsland	13,6	2,3	7,0	4,3	16,8	51,4	31,4
Friesland	11,1	0,3	7,7	3,0	2,8	69,7	27,0
Grafschaft Bentheim	13,0	4,2	5,0	3,7	32,1	38,8	28,8
Leer	14,2	1,3	9,1	3,0	9,5	64,3	21,0
Oldenburg	6,1	1,0	3,2	1,9	15,9	52,4	31,1
Osnabrück	8,5	0,6	4,0	3,8	7,1	47,9	45,1
Vechta	6,9	1,0	3,7	2,3	14,0	52,8	32,8
Wesermarsch	12,0	2,0	6,1	3,9	16,3	51,2	32,6
Wittmund	14,0	1,2	8,5	3,2	8,5	61,0	22,6
Stat. Region Weser-Ems	**11,0**	**1,4**	**5,5**	**4,0**	**12,4**	**50,0**	**36,3**
Niedersachsen	**10,7**	**1,1**	**5,0**	**4,4**	**10,6**	**46,7**	**41,2**

1) Inkl. intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII).

Quelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Tab. 11.3.2 Staatliche "Eingriffe" 2014 in Niedersachsen

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Häufigkeit verschiedener "Eingriffe" an der Bevölkerung im Alter bis unter 18 Jahren						
	Kinder und Jugendliche unter gesetzlicher Amts-vormundschaft	Kinder und Jugendliche unter bestellter Amts-vormundschaft	Kinder und Jugendliche unter bestellter Amtspflegschaft	Kinder und Jugendliche mit Beistand-schaften	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis besteht	Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug des Sorgerechts	Vorläufige Schutz-maßnahmen
	je 10 000 Einwohner/-innen im Alter bis unter 18 Jahren am 31.12.2014						
Braunschweig, Stadt	2,5	21,4	16,6	520,7	3,1	11,7	113,5
Salzgitter, Stadt	4,3	13,0	27,9	883,8	-	21,7	31,0
Wolfsburg, Stadt	4,2	27,4	37,9	478,3	3,7	74,2	26,8
Gifhorn	4,8	19,5	24,0	625,5	0,6	13,5	19,5
Göttingen	6,0	49,6	23,7	584,6	-	9,6	51,2
Goslar	5,9	16,1	18,7	513,5	-	20,9	52,5
Helmstedt	5,8	21,0	41,3	447,1	-	3,6	25,4
Northeim	1,4	38,6	54,1	1253,0	-	3,4	23,2
Osterode am Harz	2,8	53,9	43,5	1023,7	-	39,7	32,2
Peine	2,6	12,7	6,5	281,9	-	4,4	17,9
Wolfenbüttel	46,8	-	21,8	533,4	-	5,2	31,2
Stat. Region Braunschweig	**7,4**	**25,4**	**26,3**	**621,6**	**0,8**	**16,6**	**43,9**
Region Hannover	11,7	18,2	21,1	506,6	1,0	4,1	38,8
Diepholz	4,5	27,9	26,3	466,9	2,5	7,3	40,0
Hameln-Pyrmont	1,3	14,0	13,1	617,7	-	2,6	23,7
Hildesheim	2,5	16,8	13,8	584,2	-	2,5	33,6
Holzminden	7,3	21,1	11,9	583,1	-	-	13,8
Nienburg (Weser)	4,9	33,1	47,4	585,5	1,5	15,3	28,7
Schaumburg	4,5	13,8	16,2	525,4	-	4,5	19,4
Stat. Region Hannover	**8,0**	**19,4**	**21,1**	**528,3**	**0,9**	**4,7**	**34,4**
Celle	12,3	45,0	45,0	436,8	1,0	23,2	38,4
Cuxhaven	2,8	37,0	29,9	495,1	1,5	3,1	31,8
Harburg	0,9	17,2	12,1	282,2	-	5,1	13,5
Lüchow-Dannenberg	2,7	60,0	75,9	636,8	-	6,7	17,3
Lüneburg	5,4	31,3	31,7	376,0	5,1	13,4	22,7
Osterholz	3,7	28,2	42,0	665,2	-	1,1	21,3
Rotenburg (Wümme)	3,5	26,4	31,9	407,3	-	1,7	26,7
Heidekreis	4,3	34,0	29,3	670,5	0,4	3,9	37,9
Stade	4,3	28,1	18,3	380,9	0,3	43,2	5,7
Uelzen	4,1	9,0	24,8	720,7	2,8	5,5	22,1
Verden	5,9	24,6	20,4	342,3	1,7	0,8	13,6
Stat. Region Lüneburg	**4,5**	**29,5**	**28,7**	**449,5**	**1,2**	**11,3**	**22,6**
Delmenhorst, Stadt	4,9	24,6	27,9	1202,5	-	6,6	22,1
Emden, Stadt	9,6	25,2	15,6	1213,1	-	4,8	32,4
Oldenburg (Oldb), Stadt	1,6	9,2	23,6	843,4	-	8,8	65,5
Osnabrück, Stadt	3,4	79,8	13,2	666,4	0,8	11,9	33,5
Wilhelmshaven, Stadt	15,5	69,5	21,2	1126,0	7,7	29,0	106,2
Ammerland	-	27,1	26,1	448,0	-	-	10,9
Aurich	11,7	71,3	64,9	638,2	-	19,1	31,4
Cloppenburg	2,4	15,0	13,8	291,0	-	18,9	9,4
Emsland	3,1	47,0	23,7	300,3	-	2,9	7,7
Friesland	7,0	67,3	69,2	512,3	1,9	45,7	5,1
Grafschaft Bentheim	6,4	33,5	22,7	568,3	0,4	2,8	21,5
Leer	3,7	34,3	33,7	488,7	-	4,0	11,8
Oldenburg	1,3	13,8	14,7	492,2	1,3	0,4	23,2
Osnabrück	2,0	38,9	18,4	291,1	0,5	7,9	17,7
Vechta	1,8	17,8	30,9	342,8	-	4,0	17,8
Wesermarsch	3,4	28,3	55,8	442,1	3,4	9,4	33,6
Wittmund	5,1	45,2	23,6	438,5	1,0	10,3	6,2
Stat. Region Weser-Ems	**4,0**	**38,1**	**28,0**	**500,5**	**0,6**	**9,5**	**22,4**
Niedersachsen	**5,8**	**29,0**	**26,1**	**519,3**	**0,8**	**10,0**	**29,6**

Quelle: Jugendhilfestatistik.

Tab. 11.4 Doppischer Zuschussbedarf 2014 in Niedersachsen nach ausgewählten Produktgruppen

Kreisfreie Stadt Landkreis[1)] Statistische Region Land	Doppischer Zuschussbedarf nach Produktgruppen					
	(3) Soziales und Jugend Insgesamt		darunter			
			(311) Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	(3121-3126) Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)[2)]	(36) Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
		Veränderung ggü. 2013				darunter (365) Tageseinrichtungen für Kinder
	Euro je Einwohner/-in					
Braunschweig, Stadt	675,60	+44,05	66,46	115,21	412,54	231,52
Salzgitter, Stadt	718,17	+59,67	86,70	125,11	399,69	216,26
Wolfsburg, Stadt	697,55	+90,09	71,72	71,51	460,71	264,80
Gifhorn	399,19	+17,00	39,98	59,96	252,64	129,16
Göttingen	574,32	+2,05	78,63	100,37	351,28	151,86
Goslar	518,59	+19,48	70,18	119,61	259,48	105,12
Helmstedt	519,63	+11,50	58,86	103,83	281,01	84,51
Northeim	504,66	+32,00	70,83	79,72	291,51	114,92
Osterode am Harz	622,92	+39,60	70,60	99,12	378,86	88,28
Peine	474,04	+16,69	57,88	81,24	289,44	137,97
Wolfenbüttel	530,39	+59,79	60,79	81,67	327,31	166,59
Stat. Region Braunschweig	**566,40**	**+32,78**	**66,47**	**94,64**	**338,90**	**160,60**
Region Hannover	765,74	+37,14	86,99	161,24	405,42	182,02
Diepholz	491,67	+46,48	70,98	69,23	293,35	143,90
Hameln-Pyrmont	554,17	+11,84	80,20	123,48	287,45	97,35
Hildesheim	561,70	+49,98	58,66	106,31	330,77	151,23
Holzminden	470,12	+26,54	70,80	85,94	267,38	94,95
Nienburg (Weser)	505,60	+11,88	75,66	77,39	303,18	120,05
Schaumburg	550,41	+56,19	75,47	134,00	285,29	117,44
Stat. Region Hannover	**655,71**	**+38,01**	**79,15**	**132,75**	**356,64**	**156,91**
Celle	565,74	+0,77	67,78	83,39	334,55	165,19
Cuxhaven	506,89	+17,53	41,82	75,14	339,92	143,05
Harburg	498,21	+71,10	58,88	66,70	297,78	157,76
Lüchow-Dannenberg	560,52	+48,92	79,48	100,40	321,98	113,85
Lüneburg	540,54	+17,89	32,03	94,12	331,41	161,23
Osterholz	389,41	-0,90	38,99	60,36	245,40	115,17
Rotenburg (Wümme)	397,33	+71,89	58,26	49,16	241,07	110,51
Heidekreis	490,15	+86,56	56,78	92,40	291,64	120,90
Stade	501,87	+64,31	54,10	90,72	304,89	132,79
Uelzen	480,21	+37,47	67,27	86,33	272,42	105,69
Verden	483,03	+28,95	53,22	75,72	311,04	153,15
Stat. Region Lüneburg	**493,24**	**+41,70**	**53,47**	**77,93**	**301,90**	**139,33**
Delmenhorst, Stadt	761,23	+49,66	87,31	192,85	370,30	131,22
Emden, Stadt	669,35	+34,44	45,66	126,69	415,52	161,75
Oldenburg (Oldb), Stadt	733,59	+160,76	77,78	150,36	423,43	183,47
Osnabrück, Stadt	820,31	+63,36	110,74	140,84	490,76	229,77
Wilhelmshaven, Stadt	767,00	+34,37	104,14	191,20	357,34	87,19
Ammerland	392,60	+40,36	48,85	69,42	227,96	108,60
Aurich	461,45	-18,36	45,33	81,81	306,76	128,01
Cloppenburg	398,60	+11,42	53,70	56,12	232,99	115,41
Emsland	455,26	+26,22	58,32	46,90	298,91	143,59
Friesland	486,46	+75,29	51,60	83,93	270,57	113,24
Grafschaft Bentheim	409,66	+42,38	44,38	69,28	250,05	80,23
Leer	456,67	+90,88	63,75	81,57	249,96	99,50
Oldenburg	413,49	+48,07	45,40	68,98	251,55	131,67
Osnabrück	450,19	+24,13	60,87	56,40	294,59	115,64
Vechta	404,95	+45,30	67,61	47,99	243,48	83,63
Wesermarsch	562,77	+95,51	89,46	99,46	311,66	129,19
Wittmund	411,45	+15,90	63,77	72,24	222,79	105,42
Stat. Region Weser-Ems	**509,28**	**+45,98**	**63,98**	**84,46**	**303,70**	**128,15**
Niedersachsen	**556,82**	**+40,24**	**66,32**	**98,13**	**324,68**	**144,84**
Landkreise	**532,15**	**+35,58**	**64,15**	**93,14**	**310,35**	**136,33**
Kreisfreie Städte	**728,09**	**+72,44**	**81,40**	**132,79**	**424,16**	**203,90**

1) Die Angaben der Landkreise enthalten auch den Zuschussbedarf der kreisangehörigen Gemeinden.
2) abzügl. Produkt 611/Konto 6052: Zuweisungen des Landes gemäß § 5 Nds. AG SGB II.

Quelle: Kommunale Jahresrechnungsstatistik.

Tab. 11.5 Familiensachen vor dem Amtsgericht 2015 in Niedersachsen: (fehlende) Unterhaltsleistungen für Kinder

Mit den erledigten Verfahren sind an Verfahrensgegenständen anhängig gewesen insgesamt	Familiensachen vor dem Amtsgericht							
	2010		2014		2015			
					Anzahl		Anteil an insgesamt	
	Anzahl	Anteil an insgesamt	Anzahl	Anteil an insgesamt		Veränd. 2010/2015		Veränd. 2010/2015
		%		%		%		%-Punkte
Insgesamt	**90 960**	**100,0**	**85 580**	**100,0**	**89 155**	**-2,0**	**100,0**	**0,0**
davon betrafen								
Scheidung	21 357	23,5	18 808	22,0	19 144	-10,4	21,5	-2,0
andere Ehesachen	78	0,1	42	0,0	45	-42,3	0,1	-0,0
Versorgungsausgleich	24 633	27,1	21 512	25,1	21 038	-14,6	23,6	-3,5
Unterhalt für das Kind	**9 196**	**10,1**	**7 042**	**8,2**	**6 867**	**-25,3**	**7,7**	**-2,4**
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	6 025	6,6	4 626	5,4	4 751	-21,1	5,3	-1,3
sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	241	0,3	200	0,2	225	-6,6	0,3	-0,0
Ehewohnung und/oder Haushalt	1 069	1,2	870	1,0	834	-22,0	0,9	-0,2
Güterrechtssache	1 477	1,6	1 395	1,6	1 540	+4,3	1,7	+0,1
elterliche Sorge	12 171	13,4	14 328	16,7	17 985	+47,8	20,2	+6,8
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	4 954	5,4	5 378	6,3	5 259	+6,2	5,9	+0,5
Kindesherausgabe	326	0,4	418	0,5	326	0,0	0,4	+0,0
Unterbringung nach § 1631b BGB	1 354	1,5	2 043	2,4	2 065	+52,5	2,3	+0,8
Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	57	0,1	110	0,1	135	+136,8	0,2	+0,1
sonstige Kindschaftssache	202	0,2	173	0,2	557	+175,7	0,6	+0,4
Abstammungssache	1 888	2,1	1 647	1,9	1 588	-15,9	1,8	-0,3
Adoptionssache	874	1,0	1 191	1,4	1 228	+40,5	1,4	+0,4
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	3 248	3,6	3 736	4,4	3 591	+10,6	4,0	+0,5
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	556	0,6	525	0,6	479	-13,8	0,5	-0,1
Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	76	0,1	89	0,1	127	+67,1	0,1	+0,1
sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	750	0,8	1 087	1,3	1 069	+42,5	1,2	+0,4
weitere Familiensache	428	0,5	360	0,4	302	-29,4	0,3	-0,1

Quelle: Justitizgeschäftsstatistik der Familiengerichte.

Tab. 12.2.1 Mitgliedschaften in Sportvereinen am 01.01.2015

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region[1] Land	Mitgliedschaften	Organisationsgrad[2][3] insgesamt	Vereinsdichte[3]	Mitgliederstärke[4]
	absolut	%	je 10 000 Einwohner/-innen[5]	absolut
Braunschweig, Stadt	59 471	23,9	9	255,2
Salzgitter, Stadt	26 340	26,6	13	209,0
Wolfsburg, Stadt	41 693	33,9	9	375,6
Gifhorn	66 235	38,4	14	264,9
Göttingen	91 004	36,4	17	217,2
dav. Göttingen, Stadt	34 583	29,4	10	300,7
dav. Göttingen, Umland	56 421	42,6	23	185,6
Goslar	43 354	31,6	17	184,5
Helmstedt	35 179	38,7	18	211,9
Northeim	57 728	43,1	23	188,7
Osterode am Harz	29 701	40,2	20	206,3
Peine	48 298	37,0	14	263,9
Wolfenbüttel	35 799	29,8	15	196,7
Stat. Region Braunschweig	**534 802**	**33,9**	**15**	**227,1**
Region Hannover	288 956	25,6	9	282,5
dav. Hannover, Landeshauptstadt	112 425	21,5	7	314,0
dav. Hannover, Umland	176 531	29,2	11	265,5
Diepholz	74 381	35,2	11	320,6
Hameln-Pyrmont	52 750	35,7	17	208,5
Hildesheim	97 651	35,6	14	257,7
Holzminden	29 662	41,5	24	170,5
Nienburg (Weser)	53 656	44,9	17	264,3
Schaumburg	57 585	36,9	15	252,6
Stat. Region Hannover	**654 641**	**31,0**	**12**	**262,7**
Celle	63 542	36,1	14	265,9
Cuxhaven	77 889	39,6	12	319,2
Harburg	89 524	36,5	8	463,9
Lüchow-Dannenberg	15 451	31,7	15	217,6
Lüneburg	45 695	25,7	9	283,8
Osterholz	43 995	39,5	12	325,9
Rotenburg (Wümme)	84 657	52,3	17	301,3
Heidekreis	54 967	40,4	16	259,3
Stade	68 355	34,6	8	438,2
Uelzen	34 732	37,5	17	224,1
Verden	54 436	40,9	14	286,5
Stat. Region Lüneburg	**633 243**	**37,7**	**12**	**310,9**
Delmenhorst, Stadt	15 967	21,3	8	261,8
Emden, Stadt	18 213	36,4	11	331,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	41 979	26,1	7	378,2
Osnabrück, Stadt	47 492	30,3	8	392,5
Wilhelmshaven, Stadt	20 228	26,8	10	273,4
Ammerland	44 999	37,5	14	264,7
Aurich	70 520	37,5	16	231,2
Cloppenburg	50 744	31,3	11	285,1
Emsland	112 417	35,6	11	322,1
Friesland	39 545	40,8	18	232,6
Grafschaft Bentheim	51 016	38,0	9	418,2
Leer	51 689	31,2	11	287,2
Oldenburg	46 152	36,4	12	292,1
Osnabrück	115 157	32,8	9	382,6
Vechta	50 999	37,4	9	428,6
Wesermarsch	36 490	41,1	16	262,5
Wittmund	28 183	49,8	21	236,8
Stat. Region Weser-Ems	**841 790**	**34,2**	**11**	**308,1**
Niedersachsen	**2 664 476**	**34,0**	**12**	**277,1**
Baden-Württemberg	3 703 759	34,6	11	325,2
Bayern	4 355 391	34,3	9	362,0
Berlin	620 348	17,9	7	267,0
Brandenburg	327 544	13,3	12	112,0
Bremen	162 466	24,5	6	399,2
Hamburg	578 672	32,8	5	708,3
Hessen	2 058 323	33,8	13	265,7
Mecklenburg-Vorpommern	242 608	15,2	12	127,1
Nordrhein-Westfalen	5 084 675	28,8	11	266,5
Rheinland-Pfalz	1 426 634	35,6	16	228,8
Saarland	373 546	37,8	21	178,1
Sachsen	623 482	15,4	11	138,2
Sachsen-Anhalt	341 295	15,3	14	108,5
Schleswig-Holstein	783 411	27,7	9	302,4
Thüringen	365 251	16,9	16	106,9
Deutschland	**23 711 881**	**29,2**	**11**	**262,8**

1) Eigene Berechnung. 2) Organisationsgrad = Mitgliedschaften je 100 Einwohner/-innen, einschließlich Mehrfachmitgliedschaften. Stichtag der LSB-Statistik ist jeweils der 1.1. eines Jahres. 3) Vereinsdichte = Vereine je 10 000 Einwohner/-innen. 4) Mitgliederstärke = durchschnittliche Zahl der Mitglieder pro Verein.
5) am 31.12.2014.

Quelle: Landessportbund (LSB) Niedersachsen und Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB).

Tab. 12.2.2 Kandidaturen bei den Kommunalwahlen 2006, 2011 und 2016 in Niedersachsen (Wahlarten insgesamt)

Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	Kandidaturen bei den Kommunalwahlen							
	2006		2011		2016		Veränderung 2006/2016	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen im Alter von 18 Jahren und älter[1)]	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen im Alter von 18 Jahren und älter[1)]	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen im Alter von 18 Jahren und älter[1)]	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen im Alter von 18 Jahren und älter
							%	%-Punkte
Braunschweig, Stadt	882	4,2	1 032	4,9	1 009	4,7	+14,4	+0,5
Salzgitter, Stadt	507	5,8	542	6,4	456	5,4	-10,1	-0,4
Wolfsburg, Stadt	633	6,3	671	6,5	633	6,1	0,0	-0,2
Gifhorn	2 103	15,2	2 035	14,6	2 079	14,5	-1,1	-0,7
Göttingen[2)]	3 197	14,7	3 139	14,4	3 767	17,4	X	X
Goslar	1 797	14,2	1 628	13,3	1 225	10,3	-31,8	-3,9
Helmstedt	1 440	18,0	1 382	17,7	1 163	15,0	-19,2	-3,0
Northeim	2 320	19,4	2 010	17,3	1 943	17,0	-16,3	-2,4
Osterode am Harz[2)]	1 092	16,1	1 004	15,3	X	X	X	X
Peine	1 639	15,2	1 581	14,7	1 209	11,1	-26,2	-4,1
Wolfenbüttel	1 880	18,4	1 869	18,5	1 513	14,9	-19,5	-3,5
Stat. Region Braunschweig	**17 490**	**12,9**	**16 893**	**12,5**	**14 997**	**11,1**	**-14,3**	**-1,8**
Region Hannover	6 263	6,7	6 858	7,2	6 633	6,9	+5,9	+0,3
Diepholz	2 248	12,9	2 251	12,8	2 104	11,8	-6,4	-1,1
Hameln-Pyrmont	2 025	15,5	1 902	14,7	1 756	14,0	-13,3	-1,5
Hildesheim	3 301	13,9	3 233	13,7	2 768	11,9	-16,1	-2,0
Holzminden	2 786	44,1	1 055	17,2	1 132	18,6	-59,4	-25,5
Nienburg (Weser)	1 707	17,0	1 570	15,7	1 513	15,1	-11,4	-1,9
Schaumburg	2 210	16,4	2 100	15,7	1 975	15,0	-10,6	-1,4
Stat. Region Hannover	**20 540**	**11,5**	**18 969**	**10,6**	**17 881**	**10,0**	**-12,9**	**-1,5**
Celle	2 252	15,4	2 355	16,1	2 117	14,4	-6,0	-1,0
Cuxhaven	2 464	14,8	2 219	13,4	1 439	8,7	-41,6	-6,1
Harburg	2 762	14,1	2 990	14,8	2 815	13,7	+1,9	-0,4
Lüchow-Dannenberg	1 076	25,8	995	24,2	888	21,0	-17,5	-4,8
Lüneburg	1 928	13,5	1 971	13,6	1 855	12,4	-3,8	-1,1
Osterholz	938	10,3	808	8,8	672	7,1	-28,4	-3,2
Rotenburg (Wümme)	2 381	18,3	2 343	17,7	2 208	16,4	-7,3	-1,9
Heidekreis	1 286	11,2	1 300	11,4	1 241	10,7	-3,5	-0,6
Stade	2 169	13,8	2 064	12,9	1 971	11,9	-9,1	-1,8
Uelzen	1 291	16,4	1 260	16,1	1 153	14,7	-10,7	-1,7
Verden	1 373	12,8	1 271	11,7	1 170	10,5	-14,8	-2,2
Stat. Region Lüneburg	**19 920**	**14,5**	**19 576**	**14,1**	**17 529**	**12,4**	**-12,0**	**-2,1**
Delmenhorst, Stadt	267	4,3	226	3,7	203	3,2	-24,0	-1,2
Emden, Stadt	159	3,8	150	3,5	151	3,6	-5,0	-0,2
Oldenburg (Oldbg.), Stadt	277	2,1	330	2,4	317	2,3	+14,4	+0,2
Osnabrück, Stadt	355	2,6	338	2,4	347	2,5	-2,3	-0,1
Wilhelmshaven, Stadt	215	3,1	248	3,5	245	3,7	+14,0	+0,7
Ammerland	675	7,3	700	7,3	657	6,6	-2,7	-0,7
Aurich	1 980	13,1	2 367	15,4	1 833	11,7	-7,4	-1,4
Cloppenburg	673	5,7	669	5,4	680	5,2	+1,0	-0,5
Emsland	2 622	10,7	2 624	10,4	2 627	10,1	+0,2	-0,7
Friesland	733	9,0	667	8,1	610	7,4	-16,8	-1,6
Grafschaft Bentheim	1 281	12,1	1 226	11,3	1 200	10,9	-6,3	-1,2
Leer	1 463	11,2	1 433	10,8	1 407	10,2	-3,8	-1,0
Oldenburg	857	8,6	830	8,0	826	7,8	-3,6	-0,8
Osnabrück	3 260	11,5	3 273	11,4	3 290	11,2	+0,9	-0,2
Vechta	581	5,7	570	5,3	604	5,5	+4,0	-0,2
Wesermarsch	648	8,7	677	9,1	675	9,1	+4,2	+0,4
Wittmund	853	18,4	911	19,5	860	18,1	+0,8	-0,3
Stat. Region Weser-Ems	**16 899**	**8,5**	**17 239**	**8,6**	**16 532**	**8,0**	**-2,2**	**-0,5**
Niedersachsen	**74 849**	**11,5**	**72 677**	**11,1**	**66 939**	**10,1**	**-10,6**	**-1,4**

1) Bevölkerung jeweils zum 31.12. des Vorjahres; 2006 zum 31.12.2006. Vergleichbarkeit eingeschränkt aufgrund unterschiedlicher Fortschreibungsbasis der Bevölkerung (bis einschließlich 2010 auf Basis der Volkszählung 1987, ab 2011 auf Basis des Zensus 2011).
2) Die Landkreise Göttingen und Osterode am Harz wurden zum 01.11.2016 zum neuen Landkreis Göttingen fusioniert. Die Kreistagswahl am 11.09.2016 fand für den neuen Landkreis Göttingen statt.

Tab. 12.2.3 Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnis bei der Bundestagswahl 2013

Kreisfreie Stadt Landkreis (Großstadt, Umland) Statistische Region Land	Wahl-berechtigte	Wahl-beteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige
	Anzahl	%						
Braunschweig, Stadt	193 799	74,2	34,0	33,6	4,4	12,4	6,7	9,0
Salzgitter, Stadt	75 402	68,8	33,2	41,9	3,0	5,8	6,9	9,1
Wolfsburg, Stadt	92 819	69,7	41,9	34,0	3,7	6,9	5,1	8,4
Gifhorn	134 366	73,9	44,0	32,2	3,7	7,4	4,5	8,3
Göttingen	195 780	75,2	35,4	32,8	4,0	13,0	6,4	8,3
Goslar	112 517	70,8	38,3	37,2	4,2	6,4	5,6	8,2
Helmstedt	74 709	71,9	39,5	36,1	3,6	6,7	4,8	9,3
Northeim	110 737	72,6	37,5	39,2	3,8	7,1	4,5	7,8
Osterode am Harz	62 441	71,4	38,1	38,5	3,9	6,1	5,3	8,1
Peine	102 787	75,4	35,9	40,6	3,3	7,4	4,9	7,9
Wolfenbüttel	97 192	76,6	36,7	36,9	3,8	9,0	5,0	8,5
Stat. Region Braunschweig	**1 252 549**	**73,2**	**37,4**	**35,8**	**3,9**	**8,9**	**5,6**	**8,5**
Region Hannover	847 629	74,4	36,3	34,8	4,5	10,9	5,7	7,8
dav. Hannover, Landeshauptstadt	374 279	72,4	31,6	35,1	4,5	13,9	7,2	7,7
dav. Hannover, Umland	473 350	76,0	39,8	34,5	4,5	8,6	4,7	8,0
Diepholz	168 362	73,8	43,2	31,5	5,0	8,3	4,5	7,4
Hameln-Pyrmont	119 218	71,4	38,1	35,3	4,0	8,6	5,6	8,4
Hildesheim	219 571	75,1	38,7	36,4	3,4	8,9	5,0	7,6
Holzminden	58 096	72,7	36,7	37,6	5,5	8,2	4,7	7,3
Nienburg (Weser)	95 508	71,0	43,5	33,6	3,6	7,7	4,2	7,4
Schaumburg	125 175	73,5	38,5	37,3	3,6	8,2	4,3	8,1
Stat. Region Hannover	**1 633 559**	**73,9**	**38,1**	**34,9**	**4,3**	**9,7**	**5,3**	**7,8**
Celle	139 513	72,5	45,5	29,0	4,4	7,0	4,3	9,7
Cuxhaven	158 469	73,3	43,4	33,7	3,5	7,2	4,8	7,4
Harburg	194 856	78,4	42,8	28,3	4,9	9,3	4,4	10,3
Lüchow-Dannenberg	39 827	72,3	36,6	27,3	3,6	15,6	8,9	8,0
Lüneburg	139 242	75,3	36,9	29,5	4,1	13,9	6,4	9,2
Osterholz	89 204	74,9	38,4	34,2	3,5	9,5	6,1	8,2
Rotenburg (Wümme)	128 090	74,1	46,4	29,7	4,2	8,1	4,0	7,5
Heidekreis	108 738	72,8	43,5	32,1	3,9	7,8	4,6	8,2
Stade	155 168	74,0	43,3	31,7	4,2	8,0	4,3	8,5
Uelzen	75 772	73,7	41,3	32,2	3,7	9,1	5,0	8,8
Verden	104 439	74,8	41,3	32,2	3,8	9,6	5,2	8,0
Stat. Region Lüneburg	**1 333 318**	**74,5**	**42,3**	**30,8**	**4,1**	**9,1**	**5,0**	**8,7**
Delmenhorst, Stadt	57 824	67,4	37,1	36,3	3,5	6,9	6,6	9,6
Emden, Stadt	38 946	67,2	26,0	48,6	3,1	9,2	6,0	7,1
Oldenburg (Oldb), Stadt	125 662	74,2	30,9	33,5	4,4	15,0	8,0	8,3
Osnabrück, Stadt	120 206	71,5	38,9	31,0	4,5	12,9	6,0	6,7
Wilhelmshaven, Stadt	64 203	68,1	36,6	36,3	3,6	7,2	6,5	9,7
Ammerland	94 747	74,2	40,9	31,4	6,0	9,1	4,5	8,2
Aurich	152 041	71,1	34,0	42,7	3,3	8,1	4,7	7,2
Cloppenburg	117 226	69,5	62,9	20,6	4,4	3,8	3,0	5,4
Emsland	235 731	73,9	60,4	22,2	4,3	4,8	3,0	5,3
Friesland	80 196	73,5	37,7	36,5	4,7	7,8	5,0	8,5
Grafschaft Bentheim	96 649	74,2	50,8	30,7	4,2	5,8	3,2	5,3
Leer	128 455	71,2	38,7	38,6	3,4	7,0	4,9	7,4
Oldenburg	99 258	75,5	41,2	30,1	6,0	9,1	5,2	8,4
Osnabrück	271 557	74,3	48,3	29,5	4,3	7,7	4,0	6,2
Vechta	99 074	73,0	63,5	18,9	5,0	4,7	2,6	5,4
Wesermarsch	70 637	69,0	36,9	38,6	4,7	7,5	5,0	7,2
Wittmund	45 635	69,1	42,1	35,8	4,5	6,7	3,6	7,3
Stat. Region Weser-Ems	**1 898 047**	**72,4**	**45,2**	**31,2**	**4,4**	**7,8**	**4,5**	**6,9**
Niedersachsen	**6 117 473**	**73,4**	**41,1**	**33,1**	**4,2**	**8,8**	**5,0**	**7,8**
Baden-Württemberg	7 689 895	74,3	45,7	20,6	6,2	11,0	4,8	11,7
Bayern	9 472 738	70,0	49,3	20,0	5,1	8,4	3,8	13,5
Berlin	2 505 718	72,5	28,5	24,6	3,6	12,3	18,5	12,6
Brandenburg	2 065 944	68,4	34,8	23,1	2,5	4,7	22,4	12,4
Bremen	483 823	68,8	29,3	35,6	3,4	12,1	10,1	9,5
Hamburg	1 281 918	70,3	32,1	32,4	4,8	12,7	8,8	9,2
Hessen	4 413 271	73,2	39,2	28,8	5,6	9,9	6,0	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 350 705	65,3	42,5	17,8	2,2	4,3	21,5	11,6
Nordrhein-Westfalen	13 253 554	72,5	39,8	31,9	5,2	8,0	6,1	9,0
Rheinland-Pfalz	3 092 424	72,8	43,3	27,5	5,5	7,6	5,4	10,6
Saarland	796 072	72,5	37,8	31,0	3,8	5,7	10,0	11,7
Sachsen	3 406 430	69,5	42,6	14,6	3,1	4,9	20,0	14,8
Sachsen-Anhalt	1 930 880	62,1	41,2	18,2	2,6	4,0	23,9	10,0
Schleswig-Holstein	2 251 796	73,1	39,2	31,5	5,6	9,4	5,2	9,0
Thüringen	1 834 259	68,2	38,8	16,1	2,6	4,9	23,4	14,2
Deutschland	**61 946 900**	**71,5**	**41,5**	**25,7**	**4,8**	**8,4**	**8,6**	**10,7**

Quelle: Wahlstatistik.

Tab. 13.1 Struktur und mittelfristige Entwicklung von Verwaltungseinheiten in sieben Clustern in Niedersachsen

Anzahl Indikator Veränderung 2013-2015 gegenüber 2008-2010	Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt)	Ländliche Gebiete (dünn besiedelt)	Großstädtisches Umland	Kleinstädtisch geprägte Gebiete	Großstädte und verstädterte Gebiete	Wachstumsgürtel (dünn besiedelt)	Wachstumsgürtel (dichter besiedelt)	**Summe der Cluster**
Aktuelle Struktur								
Anzahl der Clustermitglieder 2015	84	85	50	33	42	46	59	**399**
Durchschnittsgröße (Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner) der Kommunen 2015	10 049	13 523	16 712	11 238	61 916	11 455	22 997	**19 270**
Bevölkerungsdichte (Einwohner je km^2) am 31.12.2015	99,3	115,6	176,0	121,1	580,2	98,1	175,7	**161,5**
Mittelfristige Durchschnitte (2013-2015) und Veränderungen (gegenüber 2008-2010)								
Arbeitsplatzbesatz (Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am Arbeitsort je 1 000 Einwohner/-innen)	172,7	228,2	206,2	305,0	492,4	279,8	426,3	**350,8**
Zuwachs in Promillepunkten	*+28,1*	*+39,3*	*+33,2*	*+10,5*	*+106,6*	*+34,1*	*+126,2*	***+44,5***
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	7,4	7,8	7,9	6,5	9,1	9,2	8,8	**8,4**
Veränderung in Promillepunkten	*+0,0*	*+0,4*	*+0,6*	*+0,4*	*+1,2*	*-0,1*	*+0,6*	***+0,4***
Kinder-Senioren-Verhältnis (Personen im Alter von unter 15 Jahren je 100 Personen im Alter von 75 Jahren und mehr)	129,0	118,7	130,8	83,9	116,0	194,4	139,8	**125,4**
Veränderung des Indikators	*-49,4*	*-41,4*	*-52,9*	*-25,9*	*-21,4*	*-51,6*	*-51,7*	***-33,4***
Besuchsquote von Kindern im Alter unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen in %	58,5	55,3	59,1	59,5	57,5	54,1	57,5	**57,3**
Zuwachs in Prozentpunkten	*+6,1*	*+9,2*	*+6,1*	*+4,3*	*+7,1*	*+6,2*	*+8,3*	***+7,3***
Schulabbrecherquote (Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss) in %	2,2	6,6	2,8	4,9	7,1	2,2	6,1	**5,6**
Rückgang in Prozentpunkten (gegenüber 2006-2008)	*-1,2*	*-0,8*	*-1,6*	*-3,4*	*-4,6*	*-0,4*	*-4,2*	***-2,2***
Gesamtbetrag der Einkünfte pro Steuerptlichtigen in € (2010/2007)	30 196,59	28 155,21	35 858,18	27 406,37	29 144,8	30 759,19	31 989,28	**30 786,07**
Zuwachs (2007/2010 gegenüber 2004/2007) in %	*+3,5*	*+2,9*	*+5,0*	*+3,2*	*+2,5*	*+4,3*	*+3,9*	***+3,0***
Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015								
Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2015	844 108	1 149 416	835 586	370 866	2 600 487	526 927	1 356 816	**7 688 548**
Veränderung gegenüber 31.1.2011 (%)	-0,3	+0,6	+3,1	0,0	+2,8	+2,8	+2,7	**+2,0**
Mindestsicherungsquote am 31.12. 2015 (%)	6,0	8,2	6,3	10,0	13,7	5,2	7,6	**9,5**
Veränderung der Mindestsicherungsquote gegenüber 2011 (Prozentpunkte)	+0,3	+0,5	+0,6	+0,3	+0,4	+0,7	+0,5	**+0,5**

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebietsschlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungsdichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015		2011		2015	
		Anzahl		Einwohner/-innen je km²	Anzahl	%	Anzahl	%
Cluster 1: Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt)								
03152001	Adelebsen,Flecken	6 563	6 573	86,7	406	6,2	341	5,2
03358401	Ahlden, SG	6 967	7 034	82,9	458	6,6	508	7,2
03254003	Algermissen	7 971	7 738	217,2	342	4,3	288	3,7
03352401	Am Dobrock, SG	11 907	11 807	66,3	1 085	9,1	1 110	9,4
03451001	Apen	11 085	11 334	147,5	751	6,8	873	7,7
03257003	Auetal	6 454	6 315	101,6	442	6,8	426	6,7
03252002	Bad Münder am Deister, Stadt	17 595	17 376	161,4	1 400	8,0	1 571	9,0
03158402	Baddeckenstedt, SG	10 817	10 574	92,9	553	5,1	635	6,0
03352059	Beverstedt	13 670	13 503	68,3	847	6,2	1 038	7,7
03358002	Bispingen	6 263	6 404	50,0	278	4,4	357	5,6
03459012	Bissendorf	14 346	14 370	149,1	418	2,9	436	3,0
03455025	Bockhorn	8 503	8 594	111,6	600	7,1	683	7,9
03151401	Boldecker Land, SG	9 637	9 910	142,4	209	2,2	227	2,3
03352404	Börde Lamstedt, SG	6 030	6 052	34,2	344	5,7	378	6,2
03357401	Bothel, SG	8 274	8 231	55,4	314	3,8	324	3,9
03151402	Brome, SG	15 210	16 470	80,8	548	3,6	483	2,9
03461003	Butjadingen	6 251	6 180	47,9	393	6,3	464	7,5
03361003	Dörverden	9 011	8 993	108,0	895	9,9	909	10,1
03152401	Dransfeld, SG	9 320	9 316	76,1	471	5,1	416	4,5
03157001	Edemissen	12 350	12 349	119,1	689	5,6	584	4,7
03461004	Elsfleth, Stadt	9 144	9 094	79,0	922	10,1	954	10,5
03252005	Emmerthal	10 109	9 876	86,2	636	6,3	685	6,9
03351025	Eschede	6 154	5 926	30,3	669	10,9	631	10,6
03351010	Faßberg	6 248	6 142	60,2	367	5,9	384	6,3
03351402	Flotwedel, SG	11 421	11 318	100,3	561	4,9	594	5,2
03359402	Fredenbeck, SG	12 676	12 704	88,2	695	5,5	736	5,8
03454014	Geeste	11 169	11 231	84,4	458	4,1	557	5,0
03357403	Geestequelle, SG	6 453	6 449	45,9	254	3,9	308	4,8
03152402	Gieboldehausen, SG	14 106	13 835	132,1	970	6,9	768	5,6
03254017	Giesen	9 758	9 707	286,3	453	4,6	505	5,2
03152011	Gleichen	9 145	8 984	69,7	364	4,0	344	3,8
03357016	Gnarrenburg	9 260	9 238	75,2	443	4,8	500	5,4
03356002	Grasberg	7 628	7 694	138,5	359	4,7	334	4,3
03459020	Hagen am Teutoburger Wald	13 629	13 475	390,6	571	4,2	593	4,4
03352060	Hagen im Bremischen	11 027	10 991	55,7	616	5,6	706	6,4
03356401	Hambergen, SG	11 851	11 759	87,1	569	4,8	633	5,4
03351012	Hambühren	9 962	10 227	180,3	720	7,2	820	8,0
03254020	Harsum	11 681	11 445	229,1	458	3,9	465	4,1
03256402	Heemsen, SG	6 056	6 019	82,1	432	7,1	461	7,7
03252007	Hessisch Oldendorf, Stadt	18 458	18 119	150,6	1 349	7,3	1 456	8,0
03459022	Hilter am Teutoburger Wald	10 205	10 243	194,8	479	4,7	482	4,7
03452011	Hinte	6 956	7 008	145,8	288	4,1	292	4,2
03157002	Hohenhameln	9 049	9 116	131,3	731	8,1	649	7,1
03254022	Holle	7 228	7 124	116,5	312	4,3	333	4,7
03452012	Ihlow	12 095	12 267	99,6	528	4,4	570	4,6
03461005	Jade	5 786	5 823	62,2	364	6,3	382	6,6
03155006	Kalefeld	6 692	6 543	77,7	215	3,2	234	3,6
03155007	Katlenburg-Lindau	7 267	7 166	100,3	323	4,4	320	4,5
03361005	Kirchlinteln	10 033	10 132	58,2	417	4,2	466	4,6
03351403	Lachendorf, SG	12 395	12 493	75,9	754	6,1	744	6,0
03254403	Lamspringe, SG	5 813	5 626	79,8	448	7,7	505	9,0
03154014	Lehre	11 520	11 927	166,4	504	4,4	519	4,4
03157005	Lengede	12 684	12 900	377,0	694	5,5	712	5,5
03153008	Liebenburg	8 465	8 059	102,8	717	8,5	608	7,5
03257402	Lindhorst, SG	7 891	7 796	227,0	610	7,7	682	8,7
03153401	Lutter am Barenberge, SG	4 231	4 046	67,6	244	5,8	242	6,0
03151405	Meinersen, SG	20 432	20 380	117,7	1 372	6,7	1 107	5,4
03358017	Neuenkirchen	5 561	5 570	57,6	322	5,8	311	5,6
03257404	Niedernwöhren, SG	8 301	8 115	126,0	408	4,9	364	4,5
03257405	Nienstädt, SG	10 266	10 111	336,4	472	4,6	510	5,0
03154403	Nord-Elm, SG	5 741	5 634	89,0	327	5,7	356	6,3
03254026	Nordstemmen	12 160	12 143	201,8	694	5,7	790	6,5
03155010	Nörten-Hardenberg,Flecken	8 196	8 109	150,0	551	6,7	489	6,0
03158403	Oderwald, SG	6 937	6 866	77,1	464	6,7	527	7,7
03459029	Ostercappeln	9 480	9 566	95,5	396	4,2	388	4,1
03461008	Ovelgönne	5 513	5 376	43,4	433	7,9	445	8,3
03152403	Radolfshausen, SG	7 342	7 162	104,8	267	3,6	256	3,6
03358402	Rethem/Aller, SG	4 604	4 594	42,3	300	6,5	373	8,1
03257407	Sachsenhagen, SG	9 460	9 253	148,2	485	5,1	442	4,8
03252008	Salzhemmendorf, Flecken	9 610	9 297	98,6	634	6,6	756	8,1
03254029	Schellerten	8 174	8 024	100,3	362	4,4	444	5,5
03158039	Schladen-Werla	9 016	8 789	119,0	832	9,2	812	9,2
03455015	Schortens,Stadt	20 339	20 321	295,9	1 427	7,0	1 561	7,7
03254404	Sibbesse, SG	6 144	5 900	82,0	354	5,8	295	5,0
03152026	Staufenberg	7 998	7 800	100,4	275	3,4	214	2,7
03256407	Steimbke, SG	7 276	7 186	38,7	340	4,7	414	5,8
03357407	Tarmstedt, SG	10 795	10 796	57,8	441	4,1	468	4,3
03361401	Thedinghausen, SG	14 800	14 906	97,9	750	5,1	787	5,3
03251042	Twistringen,Stadt	12 197	12 219	107,0	1 014	8,3	1 093	8,9
03241018	Uetze	19 880	20 103	143,0	1 426	7,2	1 621	8,1
03154404	Velpke, SG	12 182	12 595	104,6	359	2,9	386	3,1

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebiets-schlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungs-dichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015	Einwohner/-innen je km²	2011		2015	
		Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	%
03459033	Wallenhorst	23 109	23 018	487,9	950	4,1	960	4,2
03352061	Wurster Nordseeküste	16 953	16 965	93,3	1 034	12,3	1 168	6,9
03455027	Zetel	11 674	11 685	143,8	832	7,1	991	8,5
	Ländliche Gebiete (sehr dünn besiedelt) zusammen	**846 609**	**844 108**	**99,3**	**48 458**	**5,7**	**50 553**	**6,0**
	Cluster 2: Ländliche Gebiete (dünn besiedelt)							
03252001	Aerzen,Flecken	10 874	10 693	101,7	723	6,6	829	7,8
03156017	Bad Grund (Harz)	8 957	8 638	209,7	719	8,0	731	8,5
03254005	Bad Salzdetfurth, Stadt	13 334	13 269	197,7	977	7,3	1 079	8,1
03251402	Barnstorf, SG	11 691	12 016	58,4	718	6,1	899	7,5
03241002	Barsinghausen, Stadt	33 062	33 608	327,3	2 649	8,0	3 249	9,7
03453001	Barßel	12 432	12 714	150,7	1 132	9,1	1 094	8,6
03251007	Bassum, Stadt	15 520	15 768	93,5	1 176	7,6	1 198	7,6
03459008	Belm	13 420	13 581	291,1	1 147	8,5	1 076	7,9
03351004	Bergen,Stadt	12 893	13 027	79,5	1 348	10,5	1 571	12,1
03461001	Berne	6 917	6 896	80,9	459	6,6	503	7,3
03255401	Bevern, SG	6 169	5 879	88,6	424	6,9	399	6,8
03254008	Bockenem, Stadt	10 106	9 659	88,2	777	7,7	874	9,0
03155002	Bodenfelde, Flecken	3 304	3 176	159,9	306	9,3	311	9,8
03255408	Bodenwerder-Polle, SG	15 487	14 953	69,6	1 177	7,6	1 109	7,4
03255403	Boffzen, SG	7 117	6 889	182,2	617	8,7	646	9,4
03459013	Bohmte	12 706	12 637	114,1	717	5,6	721	5,7
03452401	Brookmerland, SG	13 143	13 352	172,8	1 198	9,1	1 347	10,1
03257009	Bückeburg,Stadt	19 193	19 182	278,6	1 965	10,2	1 991	10,4
03457024	Bunde	7 530	7 607	62,9	433	5,8	552	7,3
03241003	Burgdorf,Stadt	28 863	30 147	268,3	2 586	9,0	3 027	10,0
03252004	Coppenbrügge, Flecken	7 349	7 152	79,6	419	5,7	522	7,3
03355403	Dahlenburg, SG	6 150	6 121	39,3	692	11,3	741	12,1
03452027	Dornum	4 539	4 636	60,4	355	7,8	561	12,1
03359013	Drochtersen	11 249	11 292	89,1	1 024	9,1	1 026	9,1
03152007	Duderstadt,Stadt	21 209	21 072	220,4	1 942	9,2	1 556	7,4
03254405	Duingen, SG	5 214	5 007	84,0	297	5,7	358	7,1
03257401	Eilsen, SG	6 732	6 715	482,7	537	8,0	565	8,4
03254014	Elze,Stadt	8 921	8 767	183,8	654	7,3	726	8,3
03255409	Eschershausen-Stadtoldendorf, Stadt	16 092	15 791	119,4	1 646	10,2	1 914	12,1
03254401	Freden (Leine), SG	4 853	4 727	88,4	455	9,4	512	10,8
03462005	Friedeburg	10 135	10 251	62,7	587	5,8	674	6,6
03459403	Fürstenau, SG	15 734	15 873	70,7	1 138	7,2	1 265	8,0
03241005	Garbsen,Stadt	59 516	60 590	763,9	6 840	11,5	7 761	12,8
03256409	Grafschaft Hoya, SG	16 924	16 757	77,8	962	5,7	1 053	6,3
03452006	Großefehn	13 532	13 837	108,8	929	6,9	927	6,7
03452007	Großheide	8 495	8 551	123,4	615	7,2	647	7,6
03452403	Hage, SG	10 807	11 100	161,7	1 030	9,5	1 029	9,3
03151403	Hankensbüttel, SG	9 084	9 040	31,1	632	7,0	719	8,0
03155005	Hardegsen, Stadt	7 891	7 815	93,2	408	5,2	375	4,8
03156402	Hattorf am Harz, SG	7 638	7 344	127,7	457	6,0	449	6,1
03154402	Heeseberg, SG	4 061	3 956	48,5	365	9,0	396	10,0
03352407	Hemmoor, SG	14 115	14 189	114,6	1 457	10,3	1 640	11,6
03457402	Hesel, SG	10 446	10 706	126,9	602	5,8	708	6,6
03462402	Holtriem, SG	9 149	9 365	112,9	751	8,2	820	8,8
03457012	Jemgum	3 662	3 539	45,1	187	5,1	206	5,8
03455007	Jever,Stadt	13 924	14 020	332,9	1 068	7,7	1 106	7,9
03457403	Jümme, SG	6 392	6 526	79,3	391	6,1	407	6,2
03154013	Königslutter am Elm, Stadt	15 579	15 733	120,4	1 186	7,6	1 215	7,7
03352410	Land Hadeln, SG	15 363	15 321	67,1	1 077	7,0	1 177	7,7
03241011	Lehrte,Stadt	42 668	43 639	343,4	4 245	9,9	4 914	11,3
03256405	Liebenau, SG	5 809	5 950	82,7	449	7,7	531	8,9
03256406	Marklohe, SG	8 489	8 349	78,5	351	4,1	423	5,1
03457014	Moormerland	22 566	23 138	189,2	1 718	7,6	1 657	7,2
03358016	Munster,Stadt	14 688	15 091	78,0	1 761	12,0	1 829	12,1
03454406	Nordhümmling, SG	12 075	12 100	84,8	859	7,1	865	7,1
03359407	Nordkehdingen, SG	7 602	7 375	38,2	643	8,5	605	8,2
03457017	Ostrhauderfehn	10 452	11 032	216,3	697	6,7	770	7,0
03256025	Rehburg-Loccum, Stadt	10 163	10 154	101,6	689	6,8	708	7,0
03457018	Rhauderfehn	17 257	17 815	173,1	1 344	7,8	1 483	8,3
03241014	Ronnenberg, Stadt	23 241	23 752	628,7	2 402	10,3	2 923	12,3
03152021	Rosdorf	11 721	11 909	179,2	1 020	8,7	924	7,8
03455014	Sande	9 166	8 879	197,9	618	6,7	604	6,8
03358019	Schneverdingen, Stadt	18 750	18 729	79,8	1 465	7,8	1 506	8,0
03251406	Schwaförden, SG	7 004	6 892	46,1	375	5,4	413	6,0
03251407	Siedenburg, SG	4 652	4 604	44,7	222	4,8	278	6,0
03254032	Söhlde	7 887	7 796	136,5	486	6,2	441	5,7
03241017	Springe, Stadt	28 473	28 682	179,5	2 380	8,4	2 728	9,5
03461009	Stadland	7 520	7 476	65,9	546	7,3	562	7,5
03256030	Steyerberg, Flecken	5 303	5 262	51,6	327	6,2	355	6,7
03452023	Südbrookmerland	18 549	18 573	191,8	1 861	10,0	1 895	10,2
03360405	Suderburg, SG	6 910	6 810	27,3	299	4,3	309	4,5
03251041	Syke, Stadt	23 583	24 018	187,7	1 920	8,1	2 011	8,4
03256408	Uchte, SG	14 643	13 932	49,0	726	5,0	824	5,9
03357051	Visselhövede, Stadt	10 137	10 199	64,2	951	9,4	1 005	9,9
03251044	Wagenfeld	6 992	7 102	60,5	346	4,9	410	5,8

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebiets-schlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungs-dichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015	Einwohner/-innen je km²	2011		2015	
		Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	%
03358022	Walsrode, Stadt	23 329	23 219	85,8	2 306	9,9	2 327	10,0
03455020	Wangerland	9 244	9 213	52,5	654	7,1	755	8,2
03457021	Weener,Stadt	15 479	15 510	190,9	1 278	8,3	1 279	8,2
03151407	Wesendorf, SG	14 156	14 383	68,8	1 246	8,8	1 035	7,2
03457022	Westoverledingen	19 698	20 482	182,7	1 254	6,4	1 233	6,0
03452025	Wiesmoor, Stadt	12 670	13 005	156,8	889	7,0	1 002	7,7
03351023	Wietze	8 009	8 096	128,6	842	10,5	825	10,2
03351024	Winsen (Aller)	12 669	13 017	83,8	877	6,9	940	7,2
03151040	Wittingen, Stadt	11 640	11 480	51,0	884	7,6	856	7,5
03158037	Wolfenbüttel, Stadt	51 581	52 269	665,8	5 917	11,5	5 693	10,9
	Ländliche Gebiete (dünn besiedelt) zusammen	**1 142 248**	**1 149 416**	**115,6**	**94 798**	**7,7**	**101 179**	**8,2**
	Cluster 3: Großstädtisches Umland							
03355001	Adendorf	10 288	10 724	666,9	591	5,7	623	5,8
03459004	Bad Iburg, Stadt	10 586	10 548	289,0	587	5,5	555	5,3
03451002	Bad Zwischenahn	27 531	28 204	217,4	1 796	6,5	2 123	7,5
03355402	Bardowick, SG	16 584	17 313	172,8	627	3,8	776	4,5
03152004	Bovenden, Flecken	13 255	13 510	212,2	784	5,9	750	5,6
03353005	Buchholz in der Nordheide, Stadt	36 875	38 487	515,6	2 649	7,2	2 826	7,3
03158006	Cremlingen	12 899	13 056	220,0	463	3,6	538	4,1
03254011	Diekholzen	6 687	6 493	214,9	356	5,3	353	5,4
03458003	Dötlingen	6 046	6 212	61,0	309	5,1	368	5,9
03353401	Elbmarsch, SG	11 932	12 382	152,2	539	4,5	652	5,3
03152009	Friedland	7 529	12 506	165,2	530	7,0	321	2,6
03458005	Ganderkesee	30 293	30 943	223,8	2 067	6,8	2 300	7,4
03241006	Gehrden, Stadt	14 211	14 624	339,3	817	5,7	1 092	7,5
03355404	Gellersen, SG	12 849	13 142	178,5	725	5,6	819	6,2
03353402	Hanstedt, SG	13 747	14 149	71,4	687	5,0	939	6,6
03458401	Harpstedt, SG	10 978	10 899	51,8	499	4,5	525	4,8
03459021	Hasbergen	10 965	10 901	501,7	584	5,3	584	5,4
03458009	Hatten	13 645	13 986	135,1	617	4,5	743	5,3
03241007	Hemmingen, Stadt	18 434	18 793	594,9	1 015	5,5	1 363	7,3
03353403	Hollenstedt, SG	10 809	11 406	103,5	469	4,3	467	4,1
03359405	Horneburg, SG	11 755	12 388	206,6	716	6,1	801	6,5
03458010	Hude (Oldb)	15 829	16 166	129,7	695	4,4	788	4,9
03355405	Ilmenau, SG	10 486	10 434	149,7	537	5,1	569	5,5
03353404	Jesteburg, SG	10 595	11 088	293,2	442	4,2	611	5,5
03361006	Langwedel, Flecken	14 421	14 414	189,4	925	6,4	963	6,7
03356005	Lilienthal	18 104	18 819	261,0	808	4,5	1 036	5,5
03352032	Loxstedt	15 873	15 980	112,9	1 097	6,9	1 099	6,9
03359406	Lühe, SG	9 717	9 844	169,9	460	4,7	551	5,6
03257403	Nenndorf, SG	16 441	16 960	330,0	1 106	6,7	1 128	6,7
03353026	Neu Wulmstorf	19 935	20 828	370,7	1 069	5,4	1 324	6,4
03241012	Neustadt am Rübenberge, Stadt	43 516	43 931	122,9	3 438	7,9	4 055	9,2
03361009	Oyten	15 356	15 604	246,0	817	5,3	943	6,0
03241013	Pattensen, Stadt	13 750	14 324	213,6	727	5,3	984	6,9
03356008	Ritterhude	14 455	14 680	446,5	632	4,4	776	5,3
03353405	Salzhausen, SG	14 065	14 371	97,0	744	5,3	920	6,4
03355407	Scharnebeck, SG	15 091	15 538	114,4	911	6,0	933	6,0
03352050	Schiffdorf	13 714	14 095	124,1	592	4,3	747	5,3
03353031	Seevetal	39 921	40 949	389,2	2 135	5,3	2 400	5,9
03241016	Sehnde, Stadt	23 021	23 489	227,2	1 708	7,4	1 948	8,3
03357404	Selsingen, SG	9 624	9 631	42,5	313	3,3	410	4,3
03158406	Sickte, SG	10 282	10 618	129,9	812	7,9	981	9,2
03353032	Stelle	10 827	11 086	286,5	415	3,8	513	4,6
03353406	Tostedt, SG	25 018	26 143	118,1	1 667	6,7	2 052	7,8
03157007	Vechelde	16 026	16 738	220,6	800	5,0	795	4,7
03241019	Wedemark	28 356	29 358	169,3	1 350	4,8	1 750	6,0
03157008	Wendeburg	9 962	10 234	170,5	425	4,3	439	4,3
03241020	Wennigsen (Deister)	13 955	14 036	261,0	861	6,2	966	6,9
03251047	Weyhe	29 896	30 388	504,0	1 586	5,3	1 727	5,7
03451008	Wiefelstede	15 347	15 889	149,9	716	4,7	906	5,7
03356011	Worpswede	9 223	9 285	121,9	489	5,3	516	5,6
	Großstädtisches Umland zusammen	**810 704**	**835 586**	**176,0**	**45 704**	**5,6**	**52 348**	**6,3**
	Cluster 4: Kleinstädtisch geprägte Gebiete							
03355049	Amt Neuhaus	4 830	5 127	21,6	371	7,7	381	7,4
03153002	Bad Harzburg, Stadt	21 965	21 735	332,2	2 473	11,3	2 468	11,4
03252003	Bad Pyrmont, Stadt	19 085	19 239	310,5	2 326	12,2	2 628	13,7
03459006	Bad Rothenfelde	7 530	7 839	430,5	506	6,7	544	6,9
03156003	Bad Sachsa, Stadt	7 619	7 510	226,7	1 008	13,2	1 004	13,4
03358004	Bomlitz	7 043	6 951	108,5	555	7,9	580	8,3
03457002	Borkum,Stadt	5 155	5 473	176,7	210	4,1	175	3,2
03153016	Braunlage,Stadt	6 216	6 803	215,6	559	9,0	572	8,4
03154003	Büddenstedt	2 642	2 485	127,2	213	8,1	229	9,2
03153018	Clausthal-Zellerfeld, Berg- und	15 618	15 818	361,9	1 488	9,5	1 459	9,2
03352011	Cuxhaven, Stadt	48 829	48 264	298,1	5 531	11,3	5 938	12,3
03155003	Dassel,Stadt	10 151	10 223	90,4	660	6,5	774	7,6
03255008	Delligsen,Flecken	8 139	8 048	223,5	511	6,3	481	6,0
03354406	Elbtalaue, SG	20 707	21 425	50,7	2 046	9,9	2 143	10,0

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebiets-schlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungs-dichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015		2011		2015	
		Anzahl		Einwohner/-innen je km²	Anzahl	%	Anzahl	%
03354403	Gartow, SG	3 700	3 681	27,4	269	7,3	313	8,5
03254402	Gronau (Leine), SG	13 728	13 579	123,4	892	6,5	961	7,1
03156009	Herzberg am Harz, Stadt	13 367	13 059	181,7	1 541	11,5	1 407	10,8
03452013	Juist, Inselgemeinde	1 509	1 596	97,1	11	0,7	25	1,6
03251404	Kirchdorf, SG	6 911	7 444	41,4	492	7,1	561	7,5
03153007	Langelsheim,Stadt	11 973	11 697	239,9	1 136	9,5	1 089	9,3
03462007	Langeoog	1 731	1 790	91,0	28	1,6	31	1,7
03461006	Lemwerder	6 942	6 940	190,8	528	7,6	551	7,9
03354407	Lüchow (Wendland), SG	24 675	25 022	44,6	2 590	10,5	2 779	11,1
03155009	Moringen, Stadt	7 233	7 071	86,0	443	6,1	438	6,2
03452020	Norderney, Stadt	5 787	5 935	225,8	191	3,3	183	3,1
03257028	Obernkirchen, Stadt	9 330	9 196	283,1	973	10,4	1 021	11,1
03257031	Rinteln, Stadt	25 731	25 187	230,9	2 925	11,4	2 851	11,3
03154019	Schöningen, Stadt	11 542	11 430	323,2	1 530	13,3	1 670	14,6
03153012	Seesen,Stadt	19 739	19 296	188,8	2 178	11,0	2 265	11,7
03462014	Spiekeroog	748	768	42,1	11	1,5	11	1,4
03155012	Uslar, Stadt	14 676	14 394	126,8	1 252	8,5	1 211	8,4
03156403	Walkenried, SG	4 804	4 537	216,4	459	9,6	362	8,0
03455021	Wangerooge, Nordseebad	1 278	1 304	262,4	46	3,6	31	2,4
	Kleinstädtisch geprägte Gebiete zusammen	**370 933**	**370 866**	**121,1**	**35 952**	**9,7**	**37 136**	**10,0**
	Cluster 5: Großstädte und verstädterte Gebiete							
03254002	Alfeld (Leine),Stadt	19 253	19 081	261,8	1 852	9,6	2 080	10,9
03155001	Bad Gandersheim, Stadt	9 998	10 141	112,1	838	8,4	1 004	9,9
03156002	Bad Lauterberg im Harz, Stadt	10 919	10 596	255,0	1 157	10,6	1 036	9,8
03461002	Brake (Unterweser), Stadt	15 038	15 129	396,3	2 004	13,3	2 321	15,3
03101000	Braunschweig, Stadt	243 829	251 364	1308,0	25 632	10,5	22 910	9,1
03357008	Bremervörde, Stadt	18 637	18 645	124,2	1 548	8,3	1 619	8,7
03351006	Celle, Stadt	68 712	69 748	398,5	9 704	14,1	10 357	14,8
03401000	Delmenhorst,Stadt	73 364	76 323	1223,9	12 049	16,4	12 905	16,9
03251012	Diepholz, Stadt	15 917	16 692	159,8	1 915	12,0	2 214	13,3
03402000	Emden, Stadt	49 848	50 694	451,2	6 374	12,8	6 531	12,9
03151009	Gifhorn, Stadt	41 183	41 905	399,6	4 845	11,8	4 752	11,3
03152012	Göttingen,Stadt	116 052	118 914	1017,3	14 063	12,1	13 401	11,3
03252006	Hameln, Stadt	56 433	56 529	552,4	8 495	15,1	9 127	16,1
03152016	Hann. Münden, Stadt	23 785	24 072	198,7	2 457	10,3	2 186	9,1
03241001	Hannover, Landeshauptstadt	509 485	532 163	2606,9	79 872	15,7	88 273	16,6
03154010	Helmstedt, Stadt	23 084	23 254	494,8	3 622	15,7	3 596	15,5
03254021	Hildesheim, Stadt	99 267	101 667	1102,9	15 439	15,6	15 837	15,6
03255023	Holzminden, Stadt	20 151	20 099	227,8	2 608	12,9	2 609	13,0
03241009	Laatzen,Stadt	39 090	40 939	1202,0	5 250	13,4	6 319	15,4
03241010	Langenhagen, Stadt	51 045	53 323	742,0	5 348	10,5	6 196	11,6
03457013	Leer (Ostfr.), Stadt	33 995	34 042	484,3	4 176	12,3	4 218	12,4
03355022	Lüneburg, Hansestadt	70 438	74 072	1053,1	9 548	13,6	9 986	13,5
03256022	Nienburg (Weser), Stadt	30 815	31 193	484,0	4 754	15,4	5 248	16,8
03452019	Norden,Stadt	25 010	25 117	236,2	3 851	15,4	3 730	14,9
03461007	Nordenham,Stadt	26 416	26 325	301,5	3 378	12,8	3 513	13,3
03155011	Northeim,Stadt	29 087	28 920	198,5	3 611	12,4	3 517	12,2
03403000	Oldenburg (Oldb), Stadt	157 706	163 830	1590,7	19 164	12,2	20 990	12,8
03404000	Osnabrück, Stadt	154 513	162 403	1355,6	19 338	12,5	21 263	13,1
03156011	Osterode am Harz, Stadt	22 868	22 201	216,7	2 739	12,0	2 319	10,4
03157006	Peine,Stadt	48 480	49 366	412,6	7 094	14,6	7 370	14,9
03357039	Rotenburg (Wümme), Stadt	21 082	21 392	216,1	2 866	13,6	2 953	13,8
03102000	Salzgitter, Stadt	98 588	101 079	451,4	11 821	12,0	13 471	13,3
03254028	Sarstedt, Stadt	18 204	19 303	449,5	1 511	8,3	1 558	8,1
03241015	Seelze, Stadt	31 940	33 283	615,9	3 612	11,3	4 155	12,5
03358021	Soltau,Stadt	21 112	21 414	105,4	2 408	11,4	2 424	11,3
03359038	Stade, Hansestadt	45 198	46 378	421,5	6 491	14,4	7 278	15,7
03257035	Stadthagen, Stadt	21 582	21 814	361,9	3 526	16,3	3 778	17,3
03251040	Sulingen, Stadt	12 457	12 681	114,6	1 398	11,2	1 485	11,7
03360025	Uelzen, Stadt	33 467	33 782	248,6	3 999	11,9	4 086	12,1
03455026	Varel, Stadt	23 729	23 884	210,4	2 193	9,2	2 404	10,1
03405000	Wilhelmshaven, Stadt	76 926	75 995	710,8	12 448	16,2	13 160	17,3
03462019	Wittmund, Stadt	20 538	20 735	98,7	2 078	10,1	2 123	10,2
	Großstädte und verstädterte Gebiete zusammen	**2 529 241**	**2 600 487**	**580,2**	**337 076**	**13,3**	**356 302**	**13,7**
	Cluster 6: Wachstumsgürtel (dünn besiedelt)							
03359401	Apensen, SG	8 488	8 958	121,0	308	3,6	345	3,9
03459005	Bad Laer	9 136	9 268	198,0	451	4,9	505	5,4
03460001	Bakum	5 915	6 123	77,8	168	2,8	214	3,5
03459402	Bersenbrück, SG	27 861	28 870	113,0	1 810	6,5	1 770	6,1
03453002	Bösel	7 430	7 725	77,1	468	6,3	513	6,6
03453003	Cappeln (Oldenburg)	6 566	6 821	89,5	240	3,7	327	4,8
03454401	Dörpen, SG	15 897	16 355	78,2	631	4,0	778	4,8
03456401	Emlichheim, SG	14 250	14 525	78,7	380	2,7	538	3,7
03454010	Emsbüren	9 797	9 939	71,3	230	2,3	328	3,3
03453005	Emstek	11 479	11 855	109,6	419	3,7	532	4,5
03453006	Essen (Oldenburg)	8 334	8 676	88,5	351	4,2	467	5,4
03453007	Friesoythe, Stadt	20 960	21 918	88,7	1 371	6,5	1 687	7,7
03453008	Garrel	14 041	14 634	129,2	545	3,9	819	5,6

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebiets-schlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungs-dichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015		2011		2015	
		Anzahl		Einwohner/-innen je km²	Anzahl	%	Anzahl	%
03459034	Glandorf	6 709	6 664	111,3	220	3,3	236	3,5
03460004	Goldenstedt	9 282	9 572	108,0	432	4,7	594	6,2
03458007	Großenkneten	14 048	15 208	86,3	1 062	7,6	1 414	9,3
03454403	Herzlake, SG	9 983	10 281	66,2	301	3,0	351	3,4
03460005	Holdorf	6 546	6 816	124,1	214	3,3	326	4,8
03151404	Isenbüttel, SG	15 304	15 287	197,5	623	4,1	527	3,4
03359028	Jork	11 578	12 050	193,5	486	4,2	696	5,8
03453009	Lastrup	6 710	6 902	80,9	296	4,4	404	5,9
03454404	Lathen, SG	11 190	11 323	68,3	501	4,5	608	5,4
03454405	Lengerich, SG	9 088	9 125	63,9	296	3,3	263	2,9
03453010	Lindern (Oldenburg)	4 659	4 709	71,6	151	3,2	258	5,5
03453012	Molbergen	7 797	8 429	82,2	322	4,1	454	5,4
03456402	Neuenhaus, SG	13 987	13 937	137,5	698	5,0	913	6,6
03459404	Neuenkirchen, SG	10 172	10 162	66,5	561	5,5	452	4,4
03460007	Neuenkirchen-Vörden	7 832	8 392	92,4	383	4,9	435	5,2
03355406	Ostheide, SG	10 178	10 456	80,6	580	5,7	680	6,5
03151406	Papenteich, SG	23 435	23 992	216,4	726	3,1	668	2,8
03454044	Rhede (Ems)	4 195	4 174	55,7	147	3,5	158	3,8
03353029	Rosengarten	12 907	13 337	209,4	348	2,7	516	3,9
03454045	Salzbergen	7 527	7 570	141,9	295	3,9	348	4,6
03151025	Sassenburg	10 784	11 358	128,5	618	5,7	549	4,8
03453013	Saterland	13 006	13 283	107,5	1 138	8,7	1 294	9,7
03456403	Schüttorf, SG	15 272	15 482	116,3	806	5,3	1 013	6,5
03357406	Sottrum, SG	14 262	14 444	83,5	678	4,8	730	5,1
03454408	Spelle, SG	12 789	13 178	144,7	471	3,7	631	4,8
03460008	Steinfeld (Oldenburg)	9 584	9 903	165,5	450	4,7	496	5,0
03454054	Twist	9 636	9 676	91,6	442	4,6	518	5,4
03456404	Uelsen, SG	11 313	11 259	58,3	250	2,2	377	3,3
03457020	Uplengen	11 359	11 678	78,5	635	5,6	636	5,4
03460010	Visbek	9 242	9 656	114,8	290	3,1	461	4,8
03454409	Werlte, SG	16 301	16 989	84,9	972	6,0	1 152	6,8
03456025	Wietmarschen	11 423	11 863	99,7	287	2,5	447	3,8
03358023	Wietzendorf	4 099	4 105	38,4	134	3,3	154	3,8
	Wachstumsgürtel (dünn besiedelt) zusammen	**512 351**	**526 927**	**98,1**	**23 185**	**4,5**	**27 582**	**5,2**
	Cluster 7: Wachstumsgürtel (dichter besiedelt)							
03361001	Achim,Stadt	29 598	31 156	458,1	2 293	7,7	2 391	7,7
03251401	Altes Amt Lemförde, SG	7 967	8 211	74,9	414	5,2	493	6,0
03355401	Amelinghausen, SG	8 259	8 353	42,9	603	7,3	601	7,2
03459401	Artland, SG	22 315	22 839	120,6	2 200	9,9	2 176	9,5
03452001	Aurich,Stadt	40 606	41 489	210,4	4 473	11,0	4 865	11,7
03456001	Bad Bentheim,Stadt	15 070	15 311	153,1	811	5,4	964	6,3
03459003	Bad Essen	15 102	15 263	147,8	917	6,1	937	6,1
03358008	Bad Fallingbostel,Stadt	10 826	11 044	173,9	926	8,6	1 085	9,8
03452002	Baltrum	546	610	93,8	10	1,8	6	1,0
03360004	Bienenbüttel	6 632	6 644	67,1	383	5,8	370	5,6
03355009	Bleckede,Stadt	9 532	9 439	67,2	1 065	11,2	1 102	11,7
03459014	Bramsche,Stadt	30 217	36 013	196,4	2 193	7,3	1 867	5,2
03251403	Bruchhausen-Vilsen, SG	16 776	16 971	74,7	1 131	6,7	1 150	6,8
03241004	Burgwedel,Stadt	20 301	20 654	135,9	1 139	5,6	1 526	7,4
03359010	Buxtehude,Stadt	39 858	40 173	525,2	3 349	8,4	3 964	9,9
03453004	Cloppenburg, Stadt	32 994	33 798	478,5	3 190	9,7	3 704	11,0
03460002	Damme, Stadt	16 287	16 872	161,6	709	4,4	923	5,5
03460003	Dinklage, Stadt	12 596	12 914	177,7	705	5,6	912	7,1
03459015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	9 334	9 390	294,4	871	9,3	775	8,3
03451004	Edewecht	21 049	21 827	192,3	995	4,7	1 161	5,3
03462401	Esens, SG	14 271	14 264	88,0	1 320	9,2	1 278	9,0
03357402	Fintel, SG	7 313	7 461	61,2	298	4,1	427	5,7
03454402	Freren, SG	10 387	10 310	78,0	474	4,6	592	5,7
03459019	Georgsmarienhütte, Stadt	31 984	31 520	568,5	1 986	6,2	1 869	5,9
03154401	Grasleben, SG	4 568	4 486	99,2	233	5,1	252	5,6
03454018	Haren (Ems), Stadt	22 801	23 545	112,8	805	3,5	997	4,2
03359403	Harsefeld, SG	20 041	20 929	126,6	1 051	5,2	1 120	5,4
03454019	Haselünne,Stadt	12 375	12 656	79,4	547	4,4	758	6,0
03241008	Isernhagen	22 742	23 792	398,1	1 025	4,5	1 215	5,1
03452014	Krummhörn	12 469	12 123	76,1	655	5,3	623	5,1
03454032	Lingen (Ems), Stadt	51 735	53 284	302,5	3 893	7,5	4 187	7,9
03460006	Lohne (Oldenburg), Stadt	25 045	26 060	287,0	1 616	6,5	1 948	7,5
03453011	Löningen,Stadt	12 882	13 270	92,6	629	4,9	837	6,3
03459024	Melle, Stadt	45 878	46 039	181,3	2 264	4,9	2 073	4,5
03454035	Meppen, Stadt	33 909	34 918	185,4	2 276	6,7	2 618	7,5
03456015	Nordhorn, Stadt	52 085	53 285	356,0	4 756	9,1	5 554	10,4
03356007	Osterholz-Scharmbeck, Stadt	30 097	30 302	206,3	2 479	8,2	2 610	8,6
03361008	Ottersberg, Flecken	12 118	12 443	125,6	939	7,7	857	6,9
03454041	Papenburg, Stadt	35 194	36 690	309,9	2 920	8,3	3 338	9,1
03451005	Rastede	21 046	22 027	179,0	1 353	6,4	1 388	6,3
03251405	Rehden, SG	5 606	5 887	46,0	268	4,8	362	6,1
03257406	Rodenberg, SG	15 645	15 562	180,5	914	5,8	789	5,1
03360404	Rosche, SG	6 911	6 771	32,2	420	6,1	416	6,1
03357041	Scheeßel	13 005	12 946	86,5	585	4,5	626	4,8
03356009	Schwanewede	19 484	21 040	159,1	978	5,0	1 138	5,4

Tab. 13.2 Bevölkerung und Empfang von Mindestsicherungsleistungen 2011 und 2015 nach Clustern, Einheits- und Samtgemeinden

Gebietsschlüssel	Einheits-/Samtgemeinde (SG), Cluster	Bevölkerung am 31.12.		Bevölkerungsdichte 2015	Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen am 31.12.			
		2011	2015		2011		2015	
		Anzahl		Einwohner/-innen je km²	Anzahl	%	Anzahl	%
03358403	Schwarmstedt, SG	12 189	12 545	89,0	766	6,3	1 006	8,0
03357405	Sittensen, SG	10 883	11 009	79,3	328	3,0	383	3,5
03454407	Sögel, SG	15 586	16 144	56,5	681	4,4	842	5,2
03251037	Stuhr	32 576	33 083	405,1	1 530	4,7	1 777	5,4
03460009	Vechta, Stadt	30 423	31 558	359,5	1 946	6,4	2 246	7,1
03361012	Verden (Aller), Stadt	26 599	26 997	377,1	3 453	13,0	3 360	12,4
03458013	Wardenburg	15 538	15 804	133,2	921	5,9	974	6,2
03351404	Wathlingen, SG	15 026	15 547	227,1	1 048	7,0	1 193	7,7
03451007	Westerstede,Stadt	21 893	22 154	123,6	1 759	8,0	1 849	8,3
03458014	Wildeshausen, Stadt	18 888	19 390	216,6	1 776	9,4	2 065	10,6
03353040	Winsen (Luhe), Stadt	32 638	33 896	309,3	3 208	9,8	3 485	10,3
03103000	Wolfsburg, Stadt	120 889	124 045	607,8	8 938	7,4	9 701	7,8
03241021	Wunstorf, Stadt	40 670	41 251	328,2	3 126	7,7	3 662	8,9
03357408	Zeven, SG	22 457	22 812	89,9	1 405	6,3	1 418	6,2
	Wachstumsgürtel (dichter besiedelt) zusammen	**1 321 711**	**1 356 816**	**175,7**	**93 946**	**7,1**	**102 805**	**7,6**
	Nachrichtlich: Kommunen ohne Clusterzuordnung							
03360408	Aue, SG	12 802	12 563	44,9	806	6,3	904	7,2
03360407	Bevensen-Ebstorf, SG	26 562	26 561	55,4	1 631	6,1	1 778	6,7
03155013	Einbeck, Stadt	32 021	31 338	135,5	3 269	10,2	3 229	10,3
03158407	Elm-Asse, SG	18 893	18 809	88,2	1 434	15,2	1 516	8,1
03352062	Geestland	30 634	30 936	86,8	1 870	12,9	2 134	6,9
03153017	Goslar, Stadt	51 368	50 782	310,2	6 885	13,4	7 154	14,1
03157009	Ilsede	21 614	21 617	299,9	1 822	16,7	1 726	8,0
03256410	Mittelweser, SG	15 912	15 830	80,7	1 346	8,5	1 506	9,5
03359409	Oldendorf-Himmelpforten, SG	17 444	17 963	91,5	1 084	6,2	1 230	6,8
03351026	Südheide	11 775	11 652	59,4	877	16,9	939	8,1
03000000	**Niedersachsen insgesamt** [1]	**7 774 253**	**7 926 599**	**166,5**	**700 256**	**9,0**	**750 120**	**9,5**

[1] einschließlich gemeindefreie Gebiete und Bezirke sowie der nicht zuordnungsfähigen Kommunen; ohne regional nicht zuordenbare Asylbewerberinnen und -bewerber